

**Max Bank**

**Stunde der Neoliberalen?**

**Politikberatung und Wirtschaftspolitik in der  
Ära Adenauer**

Inauguraldissertation zur  
Erlangung des Doktorgrades der  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der  
Universität zu Köln

Köln 2013

Referent: Prof. Dr. Jens Beckert

Koreferent: Prof. Dr. Carsten Burhop

Datum der Promotion: 4. Dezember 2013

*Für Jochen Bank*



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung.....</b>	<b>1</b>
1.1 Thema und Fragestellung.....	1
1.2 Methodik.....	5
1.3 Quellen- und Literaturgrundlage.....	8
1.4 Aufbau der Studie .....	12
<b>2. Wirtschaftsentwicklung und Entstehung der Wirtschaftsordnung in der Ära Adenauer, 1949-1963 .....</b>	<b>15</b>
2.1 Die liberalen Reformen von 1948 als Basis der neuen Wirtschaftsordnung .....	15
2.2 Der Koreaboom als Ausgangspunkt des Expansionspfades der deutschen Volkswirtschaft .....	20
2.3 Die Reformen der Wirtschaftsordnung und richtungsweisende Entwicklungen der deutschen Wirtschaftsstruktur in den 1950er Jahren .....	21
2.4 Die Debatte um die Bedeutung der liberalen Reformen .....	26
2.4.1 Der neoliberale Ansatz der Strukturbruchhypothese .....	28
2.4.2 Der angebotsorientierte Ansatz als Ergänzung des neoliberalen Ansatzes.....	32
2.4.3 Die Rekonstruktionshypothese: Kontinuität statt grundlegender Wandel.....	35
2.5 Synthese .....	40
<b>3. Der Neoliberalismus: Entstehung und Entwicklung der Mont Pèlerin Society und deutscher neoliberaler Organisationen bis 1963 .....</b>	<b>45</b>
3.1 Die Entstehung und Entwicklung des Neoliberalismus seit den 1930er Jahren bis zur Gründung der MPS.....	47

3.2 Nationale Entwicklung in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches in Deutschland: Alexander Rüstows Statement zum ‚Neuen Liberalismus‘ und zum ‚liberalen Interventionismus‘ .....	50
3.3 Die MPS als institutionelle Ausprägung einer neoliberalen Intellektuellenbewegung .....	53
3.3.1 Die Gründung der MPS nach dem 2. Weltkrieg .....	53
3.3.2 Die strategische Ausrichtung der MPS.....	56
3.3.3 Zentrale Akteure innerhalb der MPS .....	59
3.3.4 Die MPS aus organisatorischer Perspektive .....	63
3.3.5 Die Finanzierung der MPS.....	65
3.3.6 Positionen zu Geldpolitik, Währungspolitik und Wettbewerbspolitik in der MPS im Untersuchungszeitraum .....	66
3.4 Die Entwicklung des deutschen Neoliberalismus bis in die 1960er Jahre: Drei Phasen der Theoriebildung .....	69
3.5 Die institutionelle Verankerung der neoliberalen Bewegung in Westdeutschland und ihre Verbindungen zur MPS .....	74
3.5.1 Die aktive Rolle des BMWi – Ludwig Erhard und die Gruppe der Praktiker: Eine politische Strategie der Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik.....	75
3.5.2 Die Neoliberalen soziologischer Richtung: ASM und VdMA .....	79
3.5.3 Die theoretisch orientierte Freiburger Schule und die Zeitschrift ORDO .....	81
3.5.4 Die Freiburger Schule und das Walter-Eucken-Institut .....	85
3.6 Das neoliberale Institutionengeflecht in Deutschland im Überblick	88

#### **4. Das dynamisch-wolkige Wirtschaftspolitiker-, Unternehmer- und Wissenschaftlernetzwerk der deutschen MPS-Mitglieder .....**

4.1 Netzwerkanalyse der deutschsprachigen MPS-Mitglieder .....	92
4.1.1 Die Entwicklung der deutschen MPS-Mitgliedschaft von 1947 bis 1963 im Überblick .....	92

4.1.2 Entwicklung des Samples im Zeitverlauf.....	97
4.1.3 Spezifische Merkmale der deutschsprachigen MPS-Mitglieder .....	126
4.2 Vorstellung zentraler deutscher MPS-Akteure .....	135
4.2.1 Die Gründergeneration als Initiatoren.....	135
4.2.2 Die zentralen Wissenschaftler .....	141
4.2.3 Die Wirtschaftspolitiker .....	156
4.3 Die Entwicklung des deutschen MPS-Samples im Überblick.....	166

## **5. Die deutschen MPS-Mitglieder und spezifische Interessenkoalitionen – empirische Beispiele aus der Wirtschaftspolitik der Ära Adenauer..... 171**

5.1. Das Bundesbankgesetz.....	173
5.1.1 Der Prozess zum Gesetz – Kernpunkte der Auseinandersetzung .....	173
5.1.2 Das neoliberale Leitbild für die Konstitution und Politik der Notenbank .....	176
5.1.3 Zentrale Institutionen und Organisationen in den Auseinandersetzungen um das Bundesbankgesetz.....	180
5.1.4 Zentrale Personen in den Auseinandersetzungen um das Bundesbankgesetz .....	185
5.1.5 Die politischen Konflikte um Unabhängigkeit und Mandat der Notenbank während des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesbankgesetz .....	194
5.1.6 Zusammenfassung: Ein neoliberales Bundesbankgesetz?.....	237
5.2. Das GWB.....	239
5.2.1 „Der siebenjährige Krieg“ – Kernpunkte der Auseinandersetzung .....	239
5.2.2 Das neoliberale Leitbild einer Wettbewerbsordnung .....	242
5.2.3 Zentrale Institutionen und Organisationen in den Auseinandersetzungen um das GWB.....	246

5.2.4 Zentrale Personen in den Auseinandersetzungen um das GWB .....	255
5.2.5 Der Kampf um die Wettbewerbsordnung der Bundesrepublik .....	271
5.2.6 Zusammenfassung .....	344
5.3 Die erste Aufwertungsdebatte in Westdeutschland .....	344
5.3.1 Kernpunkte der Auseinandersetzungen .....	347
5.3.2 Das neoliberale Leitbild einer Weltwährungsordnung .....	350
5.3.3 Zentrale institutionelle Akteure in den Auseinandersetzungen um die Aufwertung der D-Mark .....	354
5.3.4 Zentrale Personen in den Auseinandersetzungen um die Aufwertung der D-Mark.....	358
5.3.5 Die Aufwertungsdebatte bis zur Aufwertung vom 4. März 1961 .....	365
5.3.6 Zusammenfassung: Die Aufwertung als neoliberale Erfolgsgeschichte .....	403
<b>6. Fazit .....</b>	<b>407</b>
6.1 Die ‚Ära Adenauer‘ als ‚Stunde der Neoliberalen‘? .....	407
6.2 Ausblick .....	415
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>417</b>
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>438</b>
<b>Internetquellen .....</b>	<b>456</b>
<b>Liste der zitierten Zeitungsartikel .....</b>	<b>460</b>



<b>Anhang</b> .....	<b>I</b>
Anhang 1a: Deutschsprachige MPS-Mitglieder 1947-1963 (Übersicht)....	I
Anhang 1b: Deutschsprachige MPS-Mitglieder 1947-1963 (einzelne Jahrgänge) .....	IX
Anhang 2a: Vorstandsmitglieder Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), 1953-1966 mit Hinweis auf MPS- Mitgliedschaft .....	XCV
Anhang 2b: Beiratsmitglieder der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), 1953-1963 mit Hinweis auf MPS- Mitgliedschaft .....	XCVII
Anhang 3: Herausgeber ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1948 – 1963. ....	XCVIII
Anhang 4: MPS-Vorträge am Walter-Eucken-Institut mit Hinweis auf MPS-Mitgliedschaft .....	C
Anhang 5: Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Bundewirtschaftsministeriums (BMW) 1948-1963 .....	CV

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Organigramm der Organisationsstruktur der MPS, eigene Darstellung.....	64
Abbildung 2: Anzahl MPS-Autoren in ORDO von 1948-1963, eigene Darstellung.....	84
Abbildung 3: Anzahl der Vorträge von MPS-Mitglieder im Rahmen der Veranstaltungen des Walter-Eucken Instituts von 1954-1963, eigene Darstellung.....	87
Abbildung 4: Institutionelle und organisationelle Aufstellung der deutschen Neoliberalen, eigene Darstellung. ....	90
Abbildung 5: Deutsche MPS-Mitgliederentwicklung zwischen 1947 und 1963 in absoluten Zahlen, eigene Darstellung. ....	95
Abbildung 6: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1949/50, eigene Darstellung.....	101
Abbildung 7: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1951, eigene Darstellung.....	104
Abbildung 8: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1953, eigene Darstellung.....	107
Abbildung 9: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1954, eigene Darstellung.....	110
Abbildung 10: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1955, eigene Darstellung.....	112
Abbildung 11: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1957, eigene Darstellung.....	115
Abbildung 12: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1959, eigene Darstellung.....	119
Abbildung 13: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1961, eigene Darstellung.....	121
Abbildung 14: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1962, eigene Darstellung.....	125

Abbildung 15: Regionale Verteilung deutschsprachiger MPS-Mitglieder 1947-1963, eigene Darstellung.....	130
Abbildung 16: Vernetzung über wissenschaftliche Vorträge und Konferenzen, 1949-1963, eigene Darstellung. ....	132
Abbildung 17: Die wichtigsten Kontakte von Wilhelm Röpke 1949 bis 1963 im Überblick, eigene Darstellung.....	152
Abbildung 18: Die wichtigsten Kontakte von Otto Veit 1949 bis 1963 im Überblick, eigene Darstellung.....	161
Abbildung 19: Am Bundesbankgesetz beteiligte Personen, eigene Darstellung.....	192
Abbildung 20: Am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligte Institutionen und Organisationen, eigene Darstellung. ....	249
Abbildung 21: Am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) beteiligte Personen, eigene Darstellung.....	257
Abbildung 22: An der Aufwertungsdebatte beteiligte Personen im Kontext ihrer Institutionen und Organisationen, eigene Darstellung. ....	364

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1947 .....	98
Tabelle 2: Überblick über Publikationen im ORDO zum Kartellgesetz 1949-1957 .....	281
Tabelle 3: Vorträge von Ludwig Erhard zum Kartellgesetz im November und Dezember 1953.....	316

## Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AHK	Alliierte Hohe Kommission
ASM	Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
ASU	Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BA	Bundesarchiv Koblenz
BBk	Archiv der Deutschen Bundesbank
BdL	Bank deutscher Länder
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMVt	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DI	Deutsches Industrieinstitut
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	European Recovery Programme
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZU	Europäische Zahlungsunion
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FEE	Foundation for Economic Education
FIW	Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz
Frankfurt a.M.	Frankfurt am Main
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
IEA	Institute für Economic Affairs
IHK	Industrie- und Handelskammer
IWF	Internationaler Währungsfond
IWP	Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln
LDP	Liberale Deutsche Partei

LSE	London School of Economics
MPS	Mont Pèlerin Society
NL	Nachlass
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-Regime	Nationalsozialistisches Regime
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ORDO	ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USA	United States of America
VdMA	Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten
VfS	Verein für Socialpolitik
WiBei	Wissenschaftlicher Beirat



# 1. Einleitung

## 1.1 Thema und Fragestellung

Wer heute von der ‚Ära Adenauer‘ spricht<sup>1</sup>, verbindet damit häufig Vorstellungen von einer Zeit, die in Westdeutschland im Zeichen des Aufbruchs, des Wiederaufstiegs und der Prosperität gestanden habe. Ökonomisch gesehen wird hiermit häufig jene Periode der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte identifiziert, in der die Wirtschaftsordnung der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ in Westdeutschland etabliert wurde. Verknüpft wird damit oftmals das Engagement des neoliberalen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard, der mutig vorangeschritten sei und zunächst die Währungsreform, dann weitere Reformschritte veranlasst und damit die westdeutsche Wirtschaft weltweit ‚nach vorne‘ gebracht habe.<sup>2</sup>

Soweit der Mythos.<sup>3</sup> Doch wie sah die Realität der Zeit von 1949 bis 1963 aus? Waren es wirklich die liberalen Reformen der 1940er und 1950er Jahre, die dazu führten, dass Westdeutschland ab Mitte der 1950er Jahre enorm hohe Wachstumsraten verzeichnete? Die Antwort auf diese Frage scheint weniger eindeutig, als es die oben kurz vorgestellte Erzählung – in der Wissenschaft als ‚Strukturbruchhypothese‘ bekannt – behauptet. Vielmehr ist

---

<sup>1</sup> Gemeint ist mit der ‚Ära Adenauer‘ der Zeitraum der Kanzlerschaft Konrad Adenauers zwischen 1949 und 1963.

<sup>2</sup> Die klassische Interpretation des Wirtschaftswunders als Folge liberaler Reformen findet man vor allem bei Giersch/Paqué. Vgl. Giersch et al. 1992.

<sup>3</sup> Eine Darstellung des Mythos liegt von Haselbach vor. Vgl. Haselbach 1991, S. 12.

die Bedeutung der liberalen Reformen in der wirtschaftshistorischen Forschung mittlerweile herabgestuft worden.<sup>4</sup> Galt für eine gewisse Zeit das Credo, das die einschneidenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung in den 1950er Jahre maßgebend für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik waren, so hat sich mittlerweile eine Betrachtungsweise durchgesetzt, die den liberalen Reformen durchaus eine gewisse Bedeutung zuschreibt, zugleich aber auch die Kontinuitäten in der deutschen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur als einen ebenso wichtigen Parameter anerkennt.<sup>5</sup>

Im Spannungsfeld dieser beiden Perspektiven bewegt sich auch die Fragestellung dieser Arbeit. Allerdings wird in diesem Rahmen nicht das Zustandekommen der exorbitanten Wachstumsraten der Ära Adenauer im Zusammenhang mit den Reformen der 1950er Jahre analysiert.<sup>6</sup> Insofern geht es nicht primär um eine Betrachtung der ökonomischen Entwicklung, sondern um eine Untersuchung der politischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die wirtschaftlichen Prozesse vollzogen. Es stehen somit zwei andere Fragestellungen, die von wirtschaftspolitischer Natur sind, im Vordergrund. Erstens diskutiert die vorliegende Untersuchung die Frage, ob und wie sich

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Abelshäuser 2011, Ritschl 2005 und Eichengreen und Ritschl 2009.

<sup>5</sup> Eine erste kritische Auseinandersetzung mit der klassischen Erklärung des Wirtschaftswunders erfolgte durch Abelshäuser. Vgl. Abelshäuser 1975. Die Auseinandersetzung wurde fortgeführt durch Eichengreen und Ritschl. Eichengreen und Ritschl 2009.

<sup>6</sup> Hierzu gibt es bereits eine sehr gute Arbeit von Eichengreen und Ritschl. Vgl. Eichengreen und Ritschl 2009.



neoliberale<sup>7</sup> Kräfte nach dem Zweiten Weltkrieg international, aber insbesondere in der Bundesrepublik organisierten und vernetzten, ob und in welcher Form sie Anbindungen an den politischen Betrieb im engeren Sinne suchten, inwieweit also politisch wirksame Kräfte vorhanden waren, die die Umsetzung einer entsprechenden Agenda vorantreiben konnten. Zweitens diskutiert sie fallstudienartig, ob es sich bei zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der 1950er Jahre um eine Politik mit einer erkennbaren neoliberalen Handschrift handelte und welche Rolle die im ersten Schritt identifizierten neoliberalen Akteure hierin jeweils einnahmen. Ziel dieser Arbeit ist es also herauszufinden, inwieweit neoliberale Akteure auf die Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer Einfluss nahmen, man also bei dieser Ära von einer ‚Stunde der Neoliberalen‘ sprechen kann.<sup>8</sup>

Zu den wichtigsten neuen politischen Kräften der Nachkriegszeit gehörten dabei eben jene, die sich bereits vor dem Krieg zu einem ‚neuen Liberalismus‘ bekannten und nach dem Krieg eine neoliberale Agenda in der Wirtschaftspolitik einforderten.<sup>9</sup> Ein deutscher Neoliberalismus war also bereits während der 1930er Jahre als theoretischer Strang innerhalb der Wirtschaftswissenschaften entstanden, fand aber erst nach der NS-Zeit seinen

---

<sup>7</sup> Zu einer Auseinandersetzung mit dem Begriff des Neoliberalismus vgl. die Ausführungen in Kapitel 3.

<sup>8</sup> Eine systematische akteurszentrierte Analyse liegt bisher nur partiell vor. Beispielsweise lassen sich Ansätze einer auf die involvierten Personen konzentrierten Untersuchung bei Robert für die Wettbewerbspolitik finden. Robert 1976.

<sup>9</sup> Das erste Mal forderte der neoliberale Soziologe Alexander Rüstow im Rahmen der Tagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) 1932 eine ‚neue liberale Agenda‘ ein und machte damit den Auftakt für die politische Forderung nach einem Neoliberalismus in Deutschland zu einem Zeitpunkt, als weltweit infolge der großen Krise liberale Wirtschaftspolitik sich im Rückzug befand. Vgl. Plickert 2008, S. 73ff.

Weg in die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen.<sup>10</sup> Zu beantworten versucht diese Untersuchung also die Frage, inwieweit eine zunächst zu genauer zu identifizierende und zu beschreibende Gruppe von neoliberalen Wirtschaftspolitikern, Wissenschaftlern, Journalisten und auch Unternehmern ihre Agenda in die Wirtschaftspolitik der Ära Adenauer einzubringen versuchte und einbringen konnte. Die Chancen dazu waren jedenfalls – so lässt sich zunächst spekulieren – niemals zuvor besser in der deutschen Geschichte gewesen. Denn mit Ludwig Erhard hatte eine Person den Posten des Wirtschaftsministers inne, der selbst vom Neoliberalismus überzeugt war, und der in bestimmten wirtschaftspolitischen Bereichen, wie der Wettbewerbspolitik, auf die Unterstützung für seine Agenda durch die Besatzungsmacht USA bauen konnte. Darüber hinaus hatten große Teile der deutschen Eliten, die sich in den Dienst der NS-Herrschaft gestellt hatten und insofern auf den ersten Blick nicht gerade als Freunde liberalen Gedankenguts gelten können, nach dem Krieg ein Legitimitätsproblem. Dies hinterließ ein Vakuum, in dem neue politische Strömungen potentiell – zumindest kurzzeitig – Platz finden konnten.<sup>11</sup> Untersucht wird in dieser Arbeit also die Organisierung und Vernetzung sowie der wirtschaftspolitische Aktivismus und Einfluss der für den westdeutschen wirtschaftspolitischen Diskurs relevanten Mitglieder der Mont-Pèlerin Society<sup>12</sup>, der damals wichtigsten inter-

---

<sup>10</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 133-136.

<sup>11</sup> Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg vgl. Plickert 2008 und Ptak 2004.

<sup>12</sup> Eine genauere Begründung, warum gerade diese Gruppe von Akteuren untersucht wird, erfolgt unter 1.2.

nationalen Vereinigung von neoliberalen Wissenschaftlern, Wirtschaftspolitikern und Unternehmern<sup>13</sup>, wobei eine dortige Mitgliedschaft hier als Identifikationsmerkmal genutzt wird, um einen Akteur der neoliberalen Gruppe zuzurechnen und ihn somit zum Untersuchungsobjekt zu machen.

## 1.2 Methodik

In Anbetracht der inhaltlichen Ziele dieser Arbeit und der damit verbundenen Grundüberlegungen bietet sich ein methodischer Dreiklang als Untersuchungsvorgehensweise an. Dabei wird in einem ersten Schritt eine Anzahl von Personen als für die Bundesrepublik wirtschaftspolitisch relevante, neoliberal orientierte Akteure identifiziert (s.u.) sowie deren ‚Zusammenspiel‘ mittels Methoden der Netzwerkanalyse analysiert. In einem zweiten Schritt erfolgt die genauere Vorstellung der zentralen Personen des zuvor erschlossenen Netzwerks. Und in einem letzten Schritt wird die Wirkungsweise des neoliberalen Personen-Netzwerks in konkreten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Ära Adenauer erfasst.<sup>14</sup>

Netzwerkanalyse als erster methodischer Schritt der Analyse dieser Untersuchung wird hier nicht als umfassende Sozialtheorie begriffen, sondern als eine Form, soziale Beziehungen von Individuen zu untersuchen, weil man sie

---

<sup>13</sup> Es gibt eine bereits umfassende Rezeption zur MPS auf internationaler Ebene. Pionierarbeit hat Walpen geleistet. Vgl. Walpen 2004; eine weitere dezidierte Geschichte der MPS liefert Plickert. Vgl. Plickert 2008. Eine hilfreiche Ergänzung ist die ereignisgeschichtliche Erzählung zur Entwicklung der MPS von Hartwell, einem Mitglied der MPS und ehemaligen Präsidenten der Gesellschaft. Vgl. Hartwell 1995.

<sup>14</sup> Dass die Ergänzung der Netzwerkanalyse durch qualitative Fallstudien eine durchaus fruchtbare Kombination von Methoden darstellt, zeigt bereits der Aufsatz von Windolf in der Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. Windolf 2006.

als bedeutende Komponente für die Wirkungskraft einer Person betrachtet.<sup>15</sup> Wichtig ist hierbei, dass es sich um soziale Beziehungen handelt, die in die Form gemeinsamer formeller ‚Mitgliedschaften‘ gegossen wurden und deshalb auch in der offiziellen Überlieferung auftauchen. Wenn man also die Netzwerkanalyse für die wirtschaftshistorische Forschung nutzbar macht, erreicht man die Hervorhebung organisationeller historischer Begebenheiten.

Die hier vorgenommene Netzwerkanalyse bezieht sich nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt, sondern es wurden zwischen 1948 und 1963 jährlich Daten erhoben, um die Dynamik der sich wandelnden Personenkonstellation deutlich zu machen. Um das erhobene Sample quantitativ einzugrenzen, hat sich der Autor dieser Studie dafür entschieden, diejenigen Mitglieder der MPS zu untersuchen, die aus dem deutschsprachigen Raum stammen. In einem zweiten Schritt wurde das Sample eingegrenzt auf diejenigen, die an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Westdeutschland direkt beteiligt waren, für den westdeutschen wirtschaftspolitischen Diskurs eine besondere Relevanz hatten oder aber einen Universitätslehrstuhl in Deutschland innehatten.<sup>16</sup> Diese sind so zunächst einmal dem Neoliberalismus als wissenschaftlicher Schule klar zuzuordnen, weil sich die Mitglieder der MPS dieser Schule selbst zuordneten, wie am „statement of aims“, der

---

<sup>15</sup> Vgl. hierzu Lang und Leifeld 2008, S. 236.

<sup>16</sup> Es fand also ein Auswahlprozess statt, bei dem das Gesamtsample von MPS-Mitgliedern des deutschsprachigen Raums mithilfe der oben genannten Kriterien verkleinert wurde. Dabei wurde das Gesamtsample mit der vorhandenen Literatur und Quellenmaterial zu wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der 1950er und frühen 1960er Jahre abgeglichen, die Relevanz der Akteure für konkrete wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse und den wirtschaftspolitischen Diskurs bewertet und so eine entsprechende Auswahl an Akteuren getroffen. Erst durch diesen Abgleich entstand das endgültige Sample.

gemeinsamen Zielerklärung der MPS, abgelesen werden kann.<sup>17</sup> Man kann zudem bei denjenigen, die sich international organisierten, davon ausgehen, dass sie über die nationale Diskussion hinaus bekannte Vertreter des Neoliberalismus waren und zugleich die internationalen Diskurse auch in die nationalen wirtschaftspolitischen Diskussionen einbrachten. Ferner bildeten die Mitglieder der MPS einen Querschnitt aus neoliberal gesinnten Individuen, die wirtschaftspolitisch interessiert waren.<sup>18</sup> Und viertens liegt für die Mitglieder der MPS ausreichend Quellenmaterial vor.<sup>19</sup> In dieser Studie wird fortan bei den Mitgliedern des Samples entweder von deutschen Neoliberalen oder neoliberalen Akteuren gesprochen. Ebenfalls genutzt werden die Begriffe MPS-Akteurssample und deutschsprachige MPS-Mitglieder.

Diejenigen Personen, die unter den MPS-Mitgliedern eine zentrale Bedeutung haben – eng und zahlreich vernetzt zugleich – werden dann in einem zweiten Schritt genauer vorgestellt. Denn es ist anzunehmen, dass diese Personen innerhalb der Gruppe von neoliberalen Akteuren der Nachkriegszeit besonders viel bewirken konnten. Im Kontext der Vorstellung der Akteure erfolgt der Versuch einer Typisierung der Personen.

---

<sup>17</sup> Vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, Statement of aims und Mitgliederverzeichnis der MPS von 1961.

<sup>18</sup> Für einen umfassenderen Überblick über Forschungsfelder und Methode der Netzwerkanalyse insbesondere für die Analyse politischer Netzwerke vgl. Jansen 2006, Schneider et al. 2009 und Vedres und Scotti 2012.

<sup>19</sup> Neben den Mitgliederlisten der MPS wurde auf die einschlägigen Monographien zur MPS sowie auf die Nachlässe einiger der Akteure zurückgegriffen. Der Datensatz befindet sich im Anhang dieser Arbeit. Vgl. Anhang 1.

Die Netzwerkanalyse und der zweite Schritt einer Vorstellung daraus hervorgehender zentraler Akteure beruhen auf einem Datensatz, der im Wesentlichen aus der Zuordnung von Mitgliedschaften zu Organisationen und der Hinzuziehung privater Korrespondenz zwischen Personen beruht. Um darüber hinaus ein realistisches Bild der Wirkungsweise neoliberaler Akteure der Nachkriegszeit zu erhalten, ist es notwendig, die beschriebene interne Struktur dieser Gruppe in der politischen Auseinandersetzung sichtbar zu machen. Denn in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen werden auch die Stärken und Schwächen sowie die machtpolitischen Grenzen dieser durch eine Idee geeinten Gruppe deutlich. Mittels Fallstudien zu drei wirtschaftspolitischen Feldern, der Zentralbankkonstituierung, der Wettbewerbsgesetzgebung und der Währungspolitik, entsteht ein lebendiges und realistisches Bild der Stärken und Schwächen Neoliberaler in der Wirtschaftspolitik der Ära Adenauer. Zudem gehören die genannten politischen Felder zu Kerninteressen einer neoliberal geprägten Wirtschaftsordnung.<sup>20</sup> Man kann also davon ausgehen, dass die entsprechende Gruppe von Akteuren auch nach Möglichkeit in die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen involviert ist.<sup>21</sup>

### **1.3 Quellen- und Literaturgrundlage**

Andeutungen dazu, wie es um die Quellen- und Literaturlage bei dieser Untersuchung bestellt ist, finden sich bereits im methodischen Teil wieder, so

---

<sup>20</sup> Warum es sich dabei um Kerninteressen neoliberaler Politik handelt, wird im Rahmen der jeweiligen Fallstudien erläutert. Vgl. Kapitel 5.

<sup>21</sup> Zur großen Bedeutung von Geld-, Währungs- und Wettbewerbspolitik für den Neoliberalismus vgl. die zentralen Grundsatzschriften von Eucken: Eucken 1950 und Eucken 1959.

der Hinweis auf Mitgliedschaften in Organisationen und private Korrespondenz unter 1.3. Beide Hinweise zeigen die wesentlichen Quellengrundlagen dieser Arbeit auf. Zum einen greift diese Arbeit auf Quellen von wichtigen Institutionen der Nachkriegswirtschaftspolitik zurück, vor allem auf Quellen des Bundesbankarchivs und des Bundeswirtschaftsministeriums, aber eben auch auf die vorhandene Überlieferung von dezidiert neoliberalen Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik-Organisationen der Ära Adenauer, wie dem Walter-Eucken Institut in Freiburg.<sup>22</sup> Zum anderen ist es gerade die in privaten Nachlässen gesammelte Korrespondenz von einzelnen Personen, die zur Nachzeichnung der Wirkungskraft der Neoliberalen in der Nachkriegszeit beiträgt. Und drittens findet ein Datensatz zu den Mitgliedern der Montpèlerin Society, der Organisationsmitgliedschaften sowie Berufshintergrund dokumentiert, Anwendung, der vom Autor dieser Untersuchung erstellt wurde und auf der umfassenden Grundlagenforschung von Walpen aufbaut.<sup>23</sup> Entsprechend der Methodik dieser Arbeit kann man zwischen drei Quellensträngen unterscheiden.<sup>24</sup>

Der Netzwerkanalyse liegen vor allem Quellen zu Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen zugrunde, die ein quantitatives Indiz für die Vernetzung deutscher Neoliberaler liefern. Dazu gehören Daten zur Mitglied-

---

<sup>22</sup> Zum Walter-Eucken Institut und dessen Charakter vgl. Kapitel 3.5.4.

<sup>23</sup> Bernhard Walpen, später zusammen mit Dieter Plehwe, hat sich als erster umfassend auf netzwerkanalytischer Ebene mit der MPS beschäftigt. Zu meinem MPS-Datensatz vgl. Anhang 1.

<sup>24</sup> Dadurch entsteht aus Sicht des Autors dieser Untersuchung eine probate Mischung aus quantitativ belastbaren und qualitativ fundierten Ergebnissen. Zum Spannungsfeld von quantitativer und qualitativer Wirtschaftsgeschichte vgl. Plumpe 2008.

schaft in der Mont-Pèlerin Society zwischen 1947 und 1963, Mitgliedschaftsdaten des Walter-Eucken Instituts in Freiburg, der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz (FIW), des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln (IWP), des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums sowie Daten zu Publikationen in der Zeitschrift *ORDO* – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft.<sup>25</sup>

Erweitert wurden diese Daten in einem weiteren Schritt durch qualitative Hinweise aus privater Korrespondenz, die Aufschluss über die Zentralität von Akteuren liefern und die auf institutionellen Mitgliedschaften basierenden Daten kritisch ergänzen. Diese qualitativen Quellen aus den Nachlässen der Akteure fließen vor allem in Kapitel 4 ein und ergänzen die offizielle institutionalisierte um die informelle Ebene.<sup>26</sup> Sie wurden im Bundesarchiv Koblenz, im Archiv für Christlich Demokratische Politik in St. Augustin, im Archiv der Ludwig Erhard Stiftung in Bonn, im Universitätsarchiv der Universität Mainz, im Wilhelm Röpke Archiv des Instituts für Wirtschaftspolitik in Köln sowie im Sal. Oppenheim Archiv erschlossen. Dabei wurden die Nachlässe von Alexander Rüstow (BA Koblenz), Franz Böhm (ACDP), Alfred Müller-Armack (ACDP), Ludwig Erhard (Archiv der Ludwig Erhard Stiftung) und Wilhelm Röpke (IWP Köln) eingesehen.

---

<sup>25</sup> Zu Plehwes Datensatz vgl. Mirowski und Plehwe 2009.

<sup>26</sup> Insbesondere der an Korrespondenz äußerst reiche ergiebige Nachlass von Wilhelm Röpke sei an dieser Stelle erwähnt. Der Nachlass von Röpke wurde vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln archiviert und weitestgehend digitalisiert.



Bei den Fallstudien – dem dritten Schritt der Arbeit – spielten unterschiedliche Quellen zu den jeweiligen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen eine Rolle. Zum einen handelt es sich um die Überlieferung zu Gesetzgebungsverfahren und politischen Prozessen, zum anderen um private Korrespondenz zu eben jenen politischen Auseinandersetzungen. Die Quellenbasis wurde vor allem während Archivaufenthalten im Bundesbankarchiv<sup>27</sup> und im Bundesarchiv geschaffen, darüber hinaus ergänzen qualitative Hinweise aus den oben genannten Nachlässen die Darstellung. Auch die Nachlässe einiger Personen lieferten hier weitere Substantiierung. Zu erwähnen sind die Nachlässe von Otmar Emminger und Wilhelm Vocke sowie die Dienstakten von Karl Blessing als führenden Notenbankern der Ära Adenauer. Zudem wurde ergänzend der Nachlass von Robert Pferdenges, dem wohl wichtigsten wirtschaftspolitischen Berater von Bundeskanzler Adenauer im Sal. Oppenheim Archiv eingesehen. Nicht zuletzt die Recherche im Bibliotheksportal der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* war des Weiteren für diesen Teil der Arbeit sehr ergiebig. Das Online-Portal bietet einen umfassenden Einblick in die Diskursgeschichte der Bundesrepublik.<sup>28</sup>

Ergänzend zum umfassenden Quellenmaterial gibt es bereits eine breite Literaturbasis, sowohl zu einzelnen Akteuren des neoliberalen Netzwerks und der Geschichte des Neoliberalismus nach dem 2. Weltkrieg als auch zu den

---

<sup>27</sup> Im Bundesbankarchiv wurde die Quellenbasis für die Fallstudien zur Aufwertungsdebatte und zum Bundesbankgesetz geschaffen.

<sup>28</sup> Das FAZ Bibliotheksportal ist für Nutzer des Intranet der Universität zu Köln unter folgende URL einsehbar unter: [http://faz-archiv-approved.faz.net/intranet/biblionet/r\\_suche/FAZ.ein](http://faz-archiv-approved.faz.net/intranet/biblionet/r_suche/FAZ.ein), zuletzt überprüft am 10.06.2013.

wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Zu den wichtigsten Biographien gehören die Röpke-Biographie von Hennecke sowie die Rüstow-Biographie von Meier-Rust.<sup>29</sup> Pionierarbeit zur Geschichte des Neoliberalismus lieferte vor allem Bernhard Walpen<sup>30</sup>, ferner liegen Arbeiten von Dieter Plehwe<sup>31</sup>, Ralf Ptak<sup>32</sup> und Philip Plickert<sup>33</sup> vor, wobei die letztere Arbeit aus dem heutigen neoliberalen politischen Spektrum stammt, die anderen eher einem neoliberalismuskritischen Ausgangspunkt zuzuordnen sind. Im Rahmen dieser Arbeit erfolgt eine neue Systematisierung der vorhandenen Literatur zu den deutschen MPS-Akteuren, eine Ergänzung durch neues Quellenmaterial und eine Fokussierung auf eine neue Fragestellung, die zu Ende dieser Arbeit beantwortet wird: Wie organisierten sich deutsche MPS-Mitglieder nach dem Zweiten Weltkrieg? Und konnten sie sich in Anbetracht dessen in den politischen Auseinandersetzungen der 1950er Jahre durchsetzen. Und kann die „Ära Adenauer“ als eine im Sinne einer neoliberalen Agenda erfolgreiche wirtschaftspolitische Epoche begriffen werden?

#### **1.4 Aufbau der Studie**

Zur Beantwortung der Forschungsfragen, werden dabei zunächst in Kapitel 2 Wirtschaftsentwicklung und Entstehung der westdeutschen Wirtschaftsordnung geschildert. Dieser wirtschaftshistorische Überblick dient besonders zur Einordnung der Bedeutung der späteren Fallstudien zu einzelnen

---

<sup>29</sup> Vgl. Hennecke 2005 und Meier-Rust 1993.

<sup>30</sup> Vgl. Plehwe und Walpen 1998.

<sup>31</sup> Vgl. Plehwe und Walpen 1999.

<sup>32</sup> Vgl. Ptak 2004.

<sup>33</sup> Vgl. Plickert 2008.

wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, in denen neoliberale Akteure eine Rolle spielten, aber auch zur allgemeinen wirtschaftshistorischen Kontextualisierung der vorliegenden Untersuchung.

In Kapitel 3 erfolgt eine historische Darstellung der Genese des wissenschaftlichen Neoliberalismus auf internationaler Ebene und besonders in Deutschland. In einem zweiten Schritt wird die wichtigste internationale Organisation Neoliberaler in der Nachkriegszeit, die Mont Pèlerin Society, vorgestellt. Es folgt sodann eine Darstellung der Einrichtungen, Vereine etc., die für den westdeutschen Neoliberalismus nach dem Krieg von Relevanz waren. Kapitel 3 dient dazu zu verstehen, warum nach dem Zweiten Weltkrieg eine Gruppe von Wissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern in die westdeutschen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen intervenierten.

Kapitel 4 stellt die institutionelle und persönliche Vernetzung deutscher MPS-Mitglieder zwischen 1947 und 1963 detailliert und im Zeitverlauf dar. Die formellen und informellen Beziehungen zwischen den Akteuren, die in der Wirtschaftspolitik der 1950er Jahre in Erscheinung traten, bieten neue Perspektiven auf die Einflusskanäle einer Koalition von wissenschaftlichen Experten und Wirtschaftspolitikern.

Im fünften Kapitel dieser Studie werden schließlich drei wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen der Ära Adenauer im Hinblick auf den Einfluss der zuvor genauer vorgestellten Akteure analysiert. Es folgt eine Schlussbetrachtung, die zusammenfasst, inwieweit neoliberale Ideen von Seiten der deutschen MPS-Akteure in die Wirtschaftspolitik der 1950er Jahre einfließen.



## **2. Wirtschaftsentwicklung und Entstehung der Wirtschaftsordnung in der Ära Adenauer, 1949-1963**

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine ungeahnte Zeit der Prosperität in Westdeutschland, die im heutigen öffentlichen Diskurs eng verbunden ist mit der Entstehung der Idee der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘. Deren Durchsetzung als wirtschaftspolitisches Leitbild erfolgte nach sieben Jahren planwirtschaftlicher Experimente während des Zweiten Weltkriegs und markierte damit einen grundlegenden Neuanfang.<sup>34</sup> Die Entstehung dieses Leitbildes und vor allem der Kampf um dessen inhaltliche Ausprägung spiegelte sich in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Zeit zwischen 1949 und 1963 wider, denn in dieser Periode wurden die Kernelemente dieses Leitbildes in gesetzliche Form gegossen. Es wurde heftig um die Konzeption der neuen Wirtschaftsordnung gestritten. Bis heute ist in der Forschung die Bedeutung der Neuordnung für die überaus erfolgreiche Entwicklung der Nachkriegswirtschaft umstritten. Nicht umstritten ist jedoch, dass es einen wirtschaftspolitischen Neuordnungsprozess in der Ära Adenauer gab, der im Folgenden kurz skizziert sei.

### **2.1 Die liberalen Reformen von 1948 als Basis der neuen Wirtschaftsordnung**

Der Neuordnungsprozess begann 1947. Mitte des Jahres von den Amerikanern und Briten gegründet, gewann der in Frankfurt tagende und als Vorläufer des Bundestages geltende Wirtschaftsrat zunehmend an Einfluss in der Gestaltung der Nachkriegsordnung der zukünftigen Bundesrepublik. Dieser

---

<sup>34</sup> Zur Wirtschaftsordnung des Dritten Reiches vgl. Abelshauser 2003.

Wirtschaftsrat war vor der Existenz des Bundestages das wohl mächtigste Entscheidungsgremium deutscher Politik und verfügte über legislative Entscheidungsbefugnisse in der vereinigten britischen und amerikanischen Besatzungszone, der sogenannten Bizone.<sup>35</sup> Sein gesetzgeberisches Initiativrecht war zwar an die Zustimmung des Alliierten Kontrollrates gebunden, verlieh aber der deutschen Seite erstmals wieder gesetzgeberischen Gestaltungsspielraum. Im Wirtschaftsrat waren bereits zentrale Akteure der späteren Bundesregierung – zum Beispiel Ludwig Erhard – vertreten.<sup>36</sup> Eine Koalition aus CDU/CSU und FDP bestimmte ab Ende Januar 1948 maßgeblich die Politik des Wirtschaftsrates und begann schrittweise an den Eckpfeilern der Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit zu arbeiten – einer durch sozialen Ausgleich flankierten Marktwirtschaft, später ‚Soziale Marktwirtschaft‘ genannt. Die Garantie individueller Freiheit durch die Rahmensetzungsfähigkeit eines starken Staates war dabei Leitidee und Grundvoraussetzung für das Funktionieren dieser sozialen Marktwirtschaft.<sup>37</sup>

Entscheidend für das Wiedererstarken der westdeutschen Volkswirtschaft war – da waren sich alle Experten jeglicher politischen Couleureinig – eine Reform der Währung.<sup>38</sup> Diese Reform der Währung wurde maßgeblich durch die amerikanische Besatzungsmacht gesteuert und nach dem sogenannten Colm-Dodge-Goldsmith Plan umgesetzt.<sup>39</sup> Eingeführt wurde mit

---

<sup>35</sup> Zur Bedeutung des Wirtschaftsrates und der damit verbundenen Verwaltung für Wirtschaft (VfW) vgl. Ambrosius 1979.

<sup>36</sup> Zum Wirtschaftsrat vgl. auch Nelleßen-Strauch, Dagmar (1997), S. 1-6.

<sup>37</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 28.

<sup>38</sup> Vgl. Abelshäuser 2005, S. 121.

<sup>39</sup> Vgl. Tilly und Frank 1993, S. 207.

der D-Mark eine neue Währung, die zur Reichsmark im Verhaltis von 10:1 stand. Sie beseitigte damit über Nacht den während des Weltkrieges geschaffenen Gelduberhang innerhalb eines Wochenendes.<sup>40</sup> Die Reform fiel zugunsten der Eigner von Produktionsmitteln aus, weil sie deren Besitz nicht antastete und sie laut Ambrosius zu 90 Prozent entlastete, die Lohnabhängigen dagegen lediglich mit 60 Mark pro Kopf ausstattete und zusätzlich die Schulden des Reiches annullierte. Damit fand eine massive Kapitalenteignung durch eine Entwertung der monetären Ersparnisse statt, die bis heute nur wenig Beachtung in der öffentlichen Debatte gefunden hat.<sup>41</sup> Zur Reform der Währung gehörte auch eine geldemittierende Notenbank, die im März 1948 mit der Bank deutscher Länder (BdL) – der späteren Deutschen Bundesbank – geschaffen wurde.<sup>42</sup> Diese Notenbank zeichnete sich vor allem durch zwei zentrale Eigenschaften aus: Sie war unabhängig von den Regierungen der Länder und durfte nur begrenzt den öffentlichen Haushalt finanzieren.<sup>43</sup>

Das an neoliberalen Leitlinien orientierte Leitsatzgesetz, das einige Tage nach der Umsetzung der Währungsreform im Juni 1948 verabschiedet wurde, kann als Substantiierung der Währungsreform gelten. Es unterstützte diese insofern, als dass es die Preise an vielen Stellen freigab, außer bei Nahrungsmitteln und industriewichtigen Rohmaterialien, wie Kohle, Eisen, Stahl und Erdöl.<sup>44</sup> Für das Funktionieren einer Marktwirtschaft ist das

---

<sup>40</sup> Vgl. Ritschl 1985, S. 136.

<sup>41</sup> Vgl. Ambrosius 1989, S. 52.

<sup>42</sup> Vgl. Tilly und Frank 1993, S. 207.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 209.

<sup>44</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 38.

Funktionieren des Preismechanismus von zentraler Bedeutung. Andernfalls können Preise nicht im Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage auf Märkten entstehen. Dies erklärt auch die grundlegende Bedeutung des Leitsatzgesetzes für die Nachkriegswirtschaftsordnung der BRD. Das mit der Währungsreform verknüpfte Leitsatzgesetz stellte einen Pfad dar, den die spätere Deutsche Demokratische Republik (DDR) nur hätte mitgehen können, wenn sie im Anschluss ein marktwirtschaftliches System etabliert hätte. So stellen Währungsreform und Leitsatzgesetz auch in Anbetracht der politischen Situation – eine Sowjetunion, die marktwirtschaftliche Prinzipien ablehnte und den westlichen Alliierten, die diese als Grundprinzip befürworteten – einen grundlegenden Bruch mit der deutschen Einheit dar.<sup>45</sup>

Dabei war die Währungsreform je nach Besatzungszone unterschiedlich wirksam: Während in der Bizone deutliche Auswirkungen inklusive einer Anpassungskrise Anfang 1949 sichtbar wurden, gibt es klare Anzeichen für eine verspätete Umsetzung und Wirkung der Währungsreform in der französischen Zone. Dort wurde die Bewirtschaftung trotz neuer Währung nicht sofort im Mai 1948 ausgesetzt – allerdings ohne entsprechende Auswirkungen auf die Preisentwicklungen. Dies deutet darauf hin, dass die Preiskontrollen auch in der französischen Besatzungszone nicht mehr effektiv wirksam waren.<sup>46</sup>

Zentral verbunden mit der Währungsreform war auch die sogenannte ‚kleine‘ Steuerreform, die im Wesentlichen die Angebotsbedingungen inner-

---

<sup>45</sup> Vgl. Abelshauser 2005, S. 127f.

<sup>46</sup> Vgl. Buchheim 1989, S. 401.



halb der deutschen Volkswirtschaft verbesserte. Sie erhöhte dabei die unbedingt notwendigen Anreize zur Kapitalbildung. So wurde unter Anderem der Unternehmenssteuersatz von 65 auf 50 Prozent gesenkt und zahlreiche Steuerfreistellungen für Einkommen und investiertes Kapital vorgenommen. Ferner wurde der Spitzensteuersatz von 95 Prozent im Jahre 1946 auf gut 60 Prozent reduziert.<sup>47</sup> Dies geschah trotz erheblicher Widerstände der Alliierten, die darin anfangs eine Gefahr für die Grundlagen zur Staatsfinanzierung sahen. Nicht zuletzt auf Drängen der Alliierten hin wurden die Steuersätze zunächst nicht weiter gesenkt.<sup>48</sup>

Ein Lastenausgleich im Sinne einer Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum aufgrund des Widerspruches zwischen den verlorenen Ersparnissen auf der einen Seite und dem weiter vorhandenen Anlagekapital der Unternehmer auf der anderen Seite fand faktisch nicht statt und wurde – vor allem auch aufgrund des Einflusses der Alliierten – auf die Zukunft vertagt, letztlich aber nicht in umfassendem Maße durchgeführt.<sup>49</sup> Die durch die Währungsreform und die damit verbundene Annullierung der Reichsschuld umgesetzte Vermögensumverteilung wurde also niemals vollständig ausgeglichen. Weniger als 50 Prozent der potentiellen Umverteilungsmasse wurde mit dem Lastenausgleich von 1952 nachträglich umverteilt.<sup>50</sup>

*„Diese Ungleichheit in der Behandlung der Vermögen mochte angesichts der allgemeinen Not des Jahres 1948 noch unerheblich erscheinen; für die in den sechziger Jahren*

---

<sup>47</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 38.

<sup>48</sup> Vgl. Abelshauser 2011, S. 161f.

<sup>49</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 38.

<sup>50</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 38.

*immer stärker kritisierte Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung war sie jedoch grundlegend“,*

konstatiert Abelshauser.<sup>51</sup>

## **2.2 Der Koreaboom als Ausgangspunkt des Expansionspfades der deutschen Volkswirtschaft**

Entscheidender als die Gelder aus dem European Recovery Programme (ERP), bekannt auch als Marshallplan – denen in der öffentlichen Wahrnehmung häufig eine zentrale Rolle zugeschrieben wird –, war für den Expansionspfad der deutschen Volkswirtschaft nach dem Krieg der sogenannte Koreaboom. Im Vorfeld und rund um den Krieg in Korea, der am 25. Juni 1950 ausbrach, kam es Anfang der 1950er Jahre weltweit zu massiven Aufrüstungstendenzen, die eine entsprechend verstärkte Nachfrage nach Industriegütern zur Folge hatten.<sup>52</sup>

Die deutsche Wirtschaft befand sich vor dem Koreaboom in einer schwierigen Lage. Im Bundeswirtschaftsministerium wurde bereits über erste keynesianische Konjunkturprogramme nachgedacht, um über die Nachfrageseite die Wirtschaft anzukurbeln.<sup>53</sup> Denn die Arbeitslosigkeit Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre war massiv angestiegen und drohte in Westdeutschland soziale Sprengkraft zu entfalten. Ähnlich wie in den USA Ende der 1930er Jahre kam der einsetzende Rüstungsboom also für die BRD genau zum richtigen Zeitpunkt: Die Unternehmen wiesen unausgelastete

---

<sup>51</sup> Abelshauser 2005, S. 125.

<sup>52</sup> Zum Koreaboom und seiner Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Volkswirtschaft vgl. Wünsche 1986.

<sup>53</sup> Zur Lage der deutschen Wirtschaft vor dem Koreaboom vgl. Giersch et al. 1992, S. 46-63; zu Plänen der staatlichen Konjunkturpolitik vgl. Berger 1997, S. 106-111.

Kapazitäten auf und die deutsche Schwerindustrie war zugleich weiterhin stark auf Investitionsgüter ausgerichtet, was dem Nachfrageprofil des Rüstungsbooms ausgesprochen gut entsprach. Eine für die westdeutsche Unternehmensstruktur bedeutsame Nebenwirkung war zudem, dass spätestens seit dem einsetzenden Koreaboom die anfänglich angedachten Entflechtungsmaßnahmen in der deutschen Schwerindustrie nicht mehr ernsthaft von den Alliierten verfolgt wurden.<sup>54</sup>

Es kam daraufhin zu einer massiven Expansion des Außenhandels und einer wachsenden Bedeutung der Schwerindustrie für die gesamte Volkswirtschaft. Zudem legitimierten der Rüstungsboom und die dadurch erkennbar gewordenen Vorteile eines liberalisierten Außenhandels eine zunächst in die Kritik geratene außenwirtschaftliche Liberalisierungsstrategie. Man kann also konstatieren, dass durch den Koreaboom einer der Eckpfeiler des westdeutschen Nachkriegsproduktionssystems legitimiert und weiter bestärkt wurde: ein liberales, auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtetes Außenhandelsregime.<sup>55</sup>

### **2.3 Die Reformen der Wirtschaftsordnung und richtungsweisende Entwicklungen der deutschen Wirtschaftsstruktur in den 1950er Jahren**

Nachdem mit Währungsreform, Leitsatzgesetz und Etablierung des Außenhandelsregimes das Fundament gegossen worden war, wurden die Eckpfeiler der westdeutschen Nachkriegswirtschaftsordnung in den 1950er Jahren

---

<sup>54</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 68-71.

<sup>55</sup> Zum Außenhandelsregime der Bundesrepublik vgl. Holtfrerich 1998, S. 380-383.

etabliert. Dies gilt sowohl für gesetzliche Regelungen wie die Wettbewerbsgesetzgebung, als auch für die Anpassung des deutschen Produktionsapparates an die Nachkriegsnotwendigkeiten, durch die Wiederherstellung der deutschen Großbanken als Instrument der elementar wichtigen Industriefinanzierung und durch die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch das Wiederaufleben des deutschen korporatistischen Modells der Arbeitsbeziehungen. Nicht zuletzt die Etablierung einer exportbegünstigenden, wettbewerbsfördernden Zentralbankpolitik gehörte zu diesen Eckpfeilern und etablierte sich ebenfalls innerhalb der ersten Dekade der Existenz der Bundesrepublik.<sup>56</sup>

Von außerordentlicher Bedeutung für die Exportorientierung war der Bruch in der Außenhandelspolitik: Die damit verbundenen Liberalisierungen steigerten den Wettbewerbsdruck von außen und führten früh im Vergleich zum Rest Europas zum Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz auf den Weltmärkten. Die Beitritte von Westdeutschland zum ERP, zur Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC)<sup>57</sup>, zur Europäischen Zahlungsunion (EZU), sowie zum General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) beendeten die Isolation Westdeutschlands und markierten die Integration in den kapitalistischen Block der Weltwirtschaft. Gerade der Beitritt zum GATT besiegelte die Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen Westdeutschlands auf Dauer. Die Gründung der EZU im Jahre 1950, die den Zahlungsverkehr und Handel der kapitalistischen westeuropäischen Staaten regelte und den Handel zwischen den Staaten damit erleichterte, wurde ab

---

<sup>56</sup> Vgl. zu letzterem Punkt ebenfalls Holtfrerich 1998, S. 380-383.

<sup>57</sup> Zur Geschichte und Rolle der OEEC vgl. Griffiths 1997.

1958 durch die mittlerweile erreichte Konvertibilität der Währungen obsolet. Die Konvertibilität der Währungen wiederum substantiierte das liberale Außenhandelsregime und den damit verbundenen internationalen Wettbewerb.<sup>58</sup>

Ebenso lassen sich klassisch keynesianische Investitionsimpulse von staatlicher Seite in den 1950er Jahren wiederfinden. Insbesondere das „Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft von 1952“ konterkarierte Vorstellungen eines rein ordnungspolitischen Programms der Christdemokraten in den 1950er Jahren, denn ein Investitionsprogramm war im Rahmen der strengen wirtschaftspolitischen Leitidee der sozialen Marktwirtschaft ein Tabu. Das sogenannte Investitionshilfegesetz war eine Art Konjunkturprogramm, das vor allem den Kohlebergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und die Energiewirtschaft und damit die Grundlagen der Industrieproduktion begünstigte.<sup>59</sup>

Darüber hinaus kam es in den 1950er Jahren zu steuerpolitischen Reformen, welche die Situation der Angebotsseite der deutschen Wirtschaft erheblich verbesserten und dabei vor allem Kapitalinvestitionen in Westdeutschland attraktiver machten. Die Anpassungsreformen umfassten unter anderem die Senkung von Einkommens- und Körperschaftsteuersatz Mitte 1950 sowie Vergünstigungen bei der Erbschaftsteuer.<sup>60</sup> Darüber hinaus wurden ebenfalls 1950 steuerpolitische Impulse zur Förderung des Exports einge-

---

<sup>58</sup> Vgl. Eichengreen 1995.

<sup>59</sup> Vgl. Heilemann et al. 2003, S. 32.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., S. 26.

führt, unter anderem das ‚Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr‘. Ähnlich wie das Investitionshilfegesetz begünstigten also auch die fiskalpolitischen Reformen den Ausbau einer kapitalgüterfokussierten Exportindustrie.<sup>61</sup>

Dem entgegengesetzt kam es auch zu sozialpolitischen Reformen. Der sogenannte ‚Lastenausgleich‘ von 1952 wurde ebenfalls in der Zeit der Wirtschaftsordnungsreformen der 1950er Jahre beschlossen und dann schrittweise bis zum Jahr 2000 umgesetzt. Im Kern handelte es sich dabei um einen Prozess der Umverteilung von Vermögen hin zu denjenigen, die infolge des Krieges große Verluste ihres Besitzes zu verzeichnen hatten. Das betraf vor allem auch die Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten, die zum größten Teil ihren gesamten Besitz verloren hatten und nun staatliche Unterstützung durch die Einnahmen über die mit dem Lastenausgleich verbundene Vermögensabgabe erhielten.<sup>62</sup>

Ferner ist das ‚Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung‘ (GWB) von 1957 zu erwähnen, dessen kurzfristige wettbewerbspolitische Folgen begrenzt waren. Wenn das Gesetz auch ein grundsätzliches Kartellverbot umfasste, so untergruben die zahlreichen Ausnahmeregelungen die Wirkungsmacht des Gesetzes in einem nicht unerheblichen Maße. Auch die Wettbewerbsgesetzgebung entsprach einer Begünstigung der Exportindustrie und deren Kooperationsstrukturen, die seit dem Kaiserreich gewachsen waren. Hier ist

---

<sup>61</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 60f.

<sup>62</sup> Vgl. Abelshausen 2011, S. 333-336; vgl. auch Giersch et al. 1992, S. 80.

interessant zu sehen, dass gerade die Exportkartelle auch zu den zahlreichen Ausnahmen des Gesetzes gehörten.<sup>63</sup>

Und schließlich kann die Gründung der Bundesbank als deutscher Zentralbank als wichtiger Eckpfeiler der Wirtschaftsordnung gelten. Mit der Bundesbank entstand eine politisch weitgehend unabhängige Zentralbank – man spricht retrospektiv sogar von der unabhängigsten Zentralbank der Welt – die auch vor wirtschaftspolitischen Zielkonflikten mit der Bundesregierung nicht zurückschreckte und sich dabei auf ihr klar und eng gestecktes Mandat, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu gewährleisten, berief. Die Bundesbank und auch ihr Vorgänger – die durch die Alliierten 1948 gegründete Bank deutscher Länder (BdL) – beförderte mit ihrer Geldpolitik in den 1950er Jahren die Exportorientierung der deutschen Industrie.<sup>64</sup> Eng verbunden mit der Rolle der Zentralbank war auch die Währungspolitik der 1950er und 1960er Jahre, die bei weitgehendem Einvernehmen von Zentralbank und Bundesregierung den Außenwert der D-Mark niedrig hielt, um die deutschen Wettbewerbsvorteile im internationalen Wettbewerb nicht zu gefährden. Diese Währungspolitik war ein weiterer zentraler Eckpfeiler des westdeutschen Produktionsregimes nach dem Weltkrieg.<sup>65</sup>

---

<sup>63</sup> Eine eingehendere Erläuterung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung erfolgt in Kapitel 5.2.

<sup>64</sup> Zur Bundesbank vgl. Berger 1996 und Buchheim 2001; vgl. auch die umfassenden Erläuterungen zur Entstehung des Bundesbankgesetzes in Kapitel 5.1.

<sup>65</sup> Vgl. Holtfrerich 1998.

Zentral für eine funktionsfähige aggressive Exportstrategie der deutschen Volkswirtschaft waren schließlich geregelte Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Durch die Gesetze zur Mitbestimmung – Montanmitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz – entstanden auf dieser Ebene die Grundlagen für ein kooperatives Verhalten von Gewerkschaften und Unternehmern. Der weitgehende Verzicht auf Arbeitskämpfe war zentral, um die Planungssicherheit der deutschen Industrie zu verbessern, auf den Weltmärkten flexibel expandieren zu können und die Arbeitskämpfe in anderen Staaten als Zeitfenster für Expansion zu nutzen.<sup>66</sup>

Wenn es also ein richtungsweisendes Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland für Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik gab, dann waren es die ersten zehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik. Hier wurden die Grundlagen für einen schnellen Aufbau einer stark begünstigten, dabei geldpolitisch und korporatistisch flankierten, Exportindustrie gelegt, die das deutsche Produktionsregime bis heute bestimmt.<sup>67</sup>

## **2.4 Die Debatte um die Bedeutung der liberalen Reformen**

Wie bereits oben erwähnt, gibt es in der wirtschaftshistorischen Forschung eine Debatte darüber, welche Bedeutung die Neuordnung der deutschen Wirtschaftsordnung und –struktur in den 1950er Jahren für das äußerst hohe wirtschaftliche Wachstum der Nachkriegszeit hatte. In der Forschungs-

---

<sup>66</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 71-79.

<sup>67</sup> Vgl. ebd., S. 7., S. 271f.



debatte lassen sich insbesondere drei Ansätze unterscheiden: Der neoliberale Ansatz, der angebotsorientierte Ansatz und die Rekonstruktionshypothese.<sup>68</sup>

Die Ansätze sind dabei nicht eindeutig voneinander abzugrenzen, sondern unterscheiden sich vor allem durch unterschiedliche Gewichtungen. Insbesondere der angebotsorientierte und der neoliberale Ansatz können als miteinander verwandt betrachtet werden. Die ursprüngliche Rekonstruktionshypothese hingegen grenzt sich stärker von den beiden übrigen Erklärungsmodellen ab und stellt deren Kerngehalt in Frage. Eine neuere Rekonstruktionshypothese integriert dagegen auch die Elemente anderer Ansätze. Der angebotsorientierte und der neoliberale Ansatz reklamieren einen fundamentalen Bruch in den institutionellen Rahmenbedingungen der westdeutschen Ökonomie durch umfassende Liberalisierungen in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft mit der Folge einer liberaleren, kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der BRD. Dementgegen betont die neuere Forschung, dass die Konzentration auf diesen zäsuralen Einschnitt übertrieben ist. Ziel der folgenden Ausführungen ist es nun, die einzelnen Forschungsansätze im Groben vorzustellen und ihre Plausibilität zu bewerten. Dies geschieht, um den Stellenwert der im Rahmen dieser Arbeit vorgenommenen Untersuchungen der wirtschaftspolitischen Reformen der 1950er Jahre zu bewerten.<sup>69</sup>

---

<sup>68</sup> Vgl. Lindlar 1997, S. 42.

<sup>69</sup> Vgl. ebd., S. 42f.

### 2.4.1 Der neoliberale Ansatz der Strukturbruchhypothese

Als erster Forschungsansatz zur Erklärung des Nachkriegswachstums wird hier die sogenannte Strukturbruchhypothese vorgestellt. Diese wurde ab Anfang der 1950er Jahre bis heute von neoliberalen Wissenschaftlern vertreten. Die Strukturbruchhypothese konstatiert einen klaren Bruch mit der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches. Sie schreibt den ordnungspolitischen Reformen der späten 1940er und frühen 1950er Jahre eine vorrangige Bedeutung bei der Generierung des Wirtschaftswachstums der Nachkriegszeit zu. Ordnungspolitische Reformen werden dabei als institutionelle Neuordnungen verstanden, welche die Rahmenbedingungen für eine auf Wettbewerb basierende Marktwirtschaft gestaltet hätten. Eine zentrale Grundüberzeugung ist dabei, dass sich sämtliche Rahmenbedingungen und Mechanismen innerhalb einer Volkswirtschaft wechselseitig beeinflussen. Eine Wettbewerbsordnung funktioniert also nur, wenn alle Mechanismen aufeinander abgestimmt und wettbewerbskonform ausgestaltet sind: „Die moderne Volkswirtschaft kann nur noch im Rahmen einer einheitlichen Verfassung voll funktionsfähig sein“, schrieb Walter Eucken, einer der führenden deutschen neoliberalen Theoretiker der unmittelbaren Nachkriegszeit, in seinem 1952 posthum veröffentlichten Grundlagenbuch zur Wirtschaftspolitik.<sup>70</sup> Es gibt demzufolge keine auf Dauer funktionierende, „halbherzig“ gestaltete Wettbewerbsordnung. Nur vollständig nach diesem Prinzip organisierte Volkswirtschaften sind und bleiben im marktwirtschaftlichen Sinne funktionsfähig, so die Vertreter der Strukturbruchhypothese.<sup>71</sup>

---

<sup>70</sup> Eucken 1959, S. 11.

<sup>71</sup> Vgl. Lindlar 1997, S. 48.

Basierend auf dieser Überzeugung geht die Strukturbruchhypothese also von einem umfassenden wirtschaftspolitischen Bruch in den Bereichen Währungspolitik, Wettbewerbspolitik, Außenhandelspolitik und in den industriellen Beziehungen als Grundlage für die hohen Wachstumsraten der Nachkriegszeit aus.<sup>72</sup> Zu den zentralen Vertretern gehören Wallich, Giersch,<sup>73</sup> Paqué und Schmieding, wobei alle Autoren die angebotsorientierten Ansätze ebenfalls aufgreifen.<sup>74</sup> Im „Bruch der wirtschaftlichen Leitideen“, in der „Koinzidenz von wirtschaftlichem Wiederaufstieg und neoliberaler Wirtschaftsreform“, wie Abelshäuser über die Vertreter der Hypothese schreibt, liege also deren Meinung nach der entscheidende Antrieb für die wirtschaftliche Dynamik.<sup>75</sup>

Der Kern jeder liberalen Wettbewerbsordnung, das Funktionieren des Preismechanismus, setzt eine funktionierende Geld- und Währungsordnung voraus. In Walter Euckens Worten:

---

<sup>72</sup> Allerdings lassen sich hierfür bislang wenige Indizien finden. Es fehlen bislang notwendige Studien, die verifizieren, dass eine andere, ebenfalls marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik die Wachstumsraten substantiell negativ beeinflusst hätte. Entsprechende europäische Vergleichsstudien mit anderen westeuropäischen kapitalistischen Staaten sind nur schwer möglich, da die Ausgangsbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg sehr unterschiedlich waren. Vgl. ebd., S. 49.

<sup>73</sup> Unterscheiden muss man hier zwischen den früheren Positionen von Giersch, die dem neueren Stand der neueren Forschung (Eichengreen und Ritschl) entsprechen und die Bedeutung des Strukturbruchs nicht so stark hervorheben, wie beispielsweise in Giersch 1971 und der späteren Positionierung von Giersch (Giersch et al. 1992), in der er der Strukturbruchhypothese weitaus mehr Bedeutung zuschreibt.

<sup>74</sup> Vgl. hierzu Giersch et al. 1992.

<sup>75</sup> Abelshäuser 2005, S. 276.

*„Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange die Stabilität des Geldwertes nicht gewährleistet ist. Die Währungspolitik besitzt damit für die Wettbewerbsordnung ein Primat.“<sup>76</sup>*

Genau an dieser Stelle der Gewährleistung einer stabilen und wettbewerbskonformen Wirtschaftsordnung setzen nun die Vertreter der Strukturbruchhypothese an. Die Währungsordnung des Dritten Reiches sei nicht am Primat der Geldwertstabilität ausgerichtet gewesen. Vielmehr habe die Finanzierung von Rüstung und Krieg über die Notenpresse einen massiven Geldüberhang zur Folge gehabt.<sup>77</sup> Als Mutter aller Reformen zur Garantie der Wettbewerbsordnung gilt daher entsprechend dieser Interpretation des ‚Wirtschaftswunders‘ die Währungsreform vom 20. Juni 1948: Erst sie ermöglichte überhaupt den schrittweisen Wechsel von einem System kontrollierter Preise zu einem System frei fluktuierender Preise.<sup>78</sup>

Darüber hinaus wurde der nötige Wettbewerbsrahmen für westdeutsche Unternehmen aus neoliberaler Sicht durch zwei gesetzgeberische Maßnahmen der 1940er und 1950er Jahre entscheidend determiniert. Darunter fielen zum einen die von den Alliierten angeordneten Dekartellierungsmaßnahmen, die ausschließlich in der chemischen Industrie durch die Zerschlagung der IG-Farbenindustrie AG, nur zum Teil hingegen in der Montanindustrie durch die Abtrennung der Kohlenproduktion von der Eisen- und

---

<sup>76</sup> Eucken 1959, S. 256.

<sup>77</sup> Vgl. Tilly und Frank 1993, S. 167-172.

<sup>78</sup> Vor allem bei Nahrungsmitteln, aber auch in weiteren Bereichen, wurde die Preisfixierung nicht mit der Währungsreform, sondern erst weitaus später aufgegeben. Auch zwischen den westlichen Besatzungszonen gab es chronologische Unterschiede bei der Umsetzung. So wurde weitaus länger an einem Festpreissystem in der britischen Besatzungszone festgehalten. Vgl. Buchheim 1989, S. 400ff.

Stahlproduktion, erfolgreich waren.<sup>79</sup> Dazu zählte zum Zweiten das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB), das erst 1957, also verhältnismäßig spät, zustande kam und die Bedeutung von Kartellen in der deutschen Volkswirtschaft neu regelte.<sup>80</sup> Neben der Geld- und Währungsordnung ist die Wettbewerbspolitik der zweite Bereich, in dem die Vertreter der Strukturbruchhypothese von einem grundlegenden strukturellen Bruch ausgehen.

Ähnliches gilt auch für den Bruch in der Außenhandelspolitik: Die oben bereits beschriebene Westintegration der Bundesrepublik substantiierte durch die damit verbundenen Liberalisierungen den internationalen Wettbewerbsdruck für die deutsche Industrie. Auch die frühe Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch das Montanmitbestimmungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz trug zur Etablierung eines stabilen Produktionssystems in Westdeutschland bei.<sup>81</sup> ‚Collective bargaining‘, also kollektive Tarifverhandlungen, passen zwar theoretisch nicht zu einer strikt wettbewerbsorientierten und einem freien Preisbildungsmechanismus verpflichteten Wirtschaftspolitik. Sie werden von den Vertretern der Strukturbruchhypothese aber durchaus als positiver Bruch mit der Weimarer Ordnung und der Ordnung des Dritten Reiches begriffen, da der Staat – ähnlich wie im deutschen Kaiserreich und anders als in der

---

<sup>79</sup> Zur Entflechtung vgl. Abelshauser 2011, S. 173-177; vgl. auch Schröter 1994, S. 484-487.

<sup>80</sup> Vgl. hierzu die detaillierten Ausführungen in Kapitel 5.2.

<sup>81</sup> Vgl. Wolf 1995, S. 332.

Zwischenkriegszeit – erst einmal keine wichtige Rolle bei den Lohnverhandlungen spielte.<sup>82</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus Sicht der Strukturbruchhypothese strukturelle Reformen die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur der westdeutschen Ökonomie umfassend veränderten und so überhaupt erst die notwendige Grundlage schufen, auf der sich die wirtschaftliche Dynamik der 1950er und 1960er entfalten konnte.

#### **2.4.2 Der angebotsorientierte Ansatz als Ergänzung des neoliberalen Ansatzes**

Angebotsorientierte Ansätze legen besonderen Wert auf die günstigen Angebotsbedingungen für den Export- und Investitionsboom im Westdeutschland der Nachkriegszeit. Diese Interpretation des Nachkriegswachstums betrifft dabei nicht nur Westdeutschland allein, sondern Westeuropa insgesamt.<sup>83</sup> Unter günstigen Angebotsbedingungen verstehen die Vertreter dieses Erklärungsmodells vor allem ein Produktionsregime, dass durch folgende Charakteristika gekennzeichnet ist: „Niedrige Löhne und Sozialausgaben, steuerliche Vergünstigungen für die Kapitalbildung, eine investitionsfördernde Währungsreform und preislich sehr wettbewerbsfähige Exportindustrien.“<sup>84</sup> Dabei wird die Sachkapitalbildung als entscheidende Größe für die Generierung von Wirtschaftswachstum angesehen, womit die für Sach-

---

<sup>82</sup> Vgl. Fischer 1989, S. 392.

<sup>83</sup> Vgl. Glyn 2006, S. 9.

<sup>84</sup> Wallich 1955, S. 51.

kapitalbildung günstigen Voraussetzungen konsequenterweise als Kernindikator für ökonomischen Erfolg gelten.<sup>85</sup> Im Fall von Westdeutschland – aber auch anderen europäischen Ländern der Nachkriegszeit – war die Sachkapitalrendite in den 1950er Jahren extrem hoch und beförderte damit Investitionen.<sup>86</sup>

Die von den Vertretern des angebotsorientierten Ansatzes theoretisch angenommenen Wachstumsvoraussetzungen sind also in den frühen Jahren der Bundesrepublik in der Tat anzutreffen. Dies gilt gerade für die Voraussetzungen zur Kapitalbildung. Bei relativ niedrigen Lohnquoten und Sozialausgaben und zugleich hohen Unternehmensgewinnen konnte der Kapitalstock der deutschen Volkswirtschaft rasch ausgebaut und modernisiert werden. Zudem war die Ausstattung des Kapitalstocks – anders als von den Zeitgenossen zunächst angenommen – nach dem Krieg äußerst günstig.<sup>87</sup>

Begünstigt wurde der westdeutsche Wiederaufstieg ferner durch ein – zumindest in den 1950er und 1960er Jahren – bestehendes Überangebot des Faktors Arbeit. Moderate Lohnabschlüsse und eine insgesamt kooperative Haltung der Gewerkschaften mit moderaten Lohnabschlüssen waren die Folge.<sup>88</sup> Hinzu kam eine daraus resultierende relativ niedrige Konsumquote, die eine Konzentration auf den Ausbau des Anlagekapitals und der daraus folgenden Erhöhung der Produktivität ermöglichte.<sup>89</sup>

---

<sup>85</sup> Vgl. Lindlar 1997, S. 52.

<sup>86</sup> Vgl. ebd., S. 51f.

<sup>87</sup> Vgl. Giersch 1971, S. 16.

<sup>88</sup> Lindlar 1997, S. 55.

<sup>89</sup> Vgl. Giersch et al. 1992, S. 70f.

Auch der im Rahmen der Strukturbruchhypothese bereits erwähnte Wettbewerbsdruck – durch die Liberalisierung des Außenhandels und durch die fortschreitende Europäische Integration im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – war in den 1950er und 1960er Jahren Antriebsfeder für eine Steigerung der Produktivität und der Ersetzung von Arbeit durch Kapital in den westdeutschen Unternehmen. Man nahm zwar an, dass sich mit fortschreitender Integration der Wettbewerbsdruck vermindern würde, aber in den zwei ersten Dekaden nach dem Krieg wurde durchaus die Bedeutung des internationalen Wettbewerbsdrucks für Produktivitätssteigerungen und Sachkapitalbildung konstatiert.<sup>90</sup>

Vertreter dieser These sind zum einen marxistische Ökonomen wie Andrew Glyn<sup>91</sup> sowie auf der anderen Seite eher neoklassisch orientierte Ökonomen rund um das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, wie Herbert Giersch, langjähriges Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung.<sup>92</sup> Gerade im Ausland war diese angebotsorientierte Interpretation des westdeutschen Wirtschaftswunders lange Zeit weit verbreitet<sup>93</sup> und wird nach wie vor von heute international führenden Wirtschaftshistorikern wie Eichengreen postuliert.<sup>94</sup> Eichengreen verbindet mit einer Betonung der Angebotsbedingungen eine Hervorhebung der nationalen und internationalen Institutionen, die diese Angebotsbedingungen ermöglichten und begünstigten.<sup>95</sup> Es gilt

---

<sup>90</sup> Vgl. Giersch 1971, S. 17.

<sup>91</sup> Vgl. Glyn 2006, S. 4.

<sup>92</sup> Vgl. Giersch 1971, S. 14ff.

<sup>93</sup> Vgl. Lindlar 1997, S. 52.

<sup>94</sup> Vgl. Eichengreen 2007.

<sup>95</sup> Vgl. ebd., S. 1-14.



festzuhalten, dass einzig die marxistischen Vertreter eine substantielle empirische Untermauerung ihrer Analyse lieferten, dabei allerdings Profitraten und Kapitalakkumulation und nicht Wachstumsraten im Vordergrund stehen und somit die Frage nach den exorbitanten Wachstumsraten nicht zentrale Beachtung fanden.<sup>96</sup>

Die entscheidende Frage ist, ob es tatsächlich die Angebotsbedingungen waren, die das hohe Wachstum der frühen Nachkriegsjahre verursacht haben oder ob es nicht andere Faktoren gab, die diese Expansion auslösten. Diese Frage bleibt sowohl bei den Vertretern des angebotsorientierten Ansatzes und den Vertretern der Strukturbruchhypothese unbeantwortet.<sup>97</sup> Festzuhalten hinsichtlich des angebotsorientierten Ansatzes gilt es folgendes: Weniger die wettbewerbpolitische Konsistenz der Wirtschaftsordnung steht bei dieser Argumentation als Bedingung für eine erfolgreiche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im Vordergrund, als vielmehr ein investitionsfreundliches Klima, das im gesamten Westeuropa der Nachkriegszeit vorzufinden war.<sup>98</sup>

### **2.4.3 Die Rekonstruktionshypothese: Kontinuität statt grundlegender Wandel**

Die sogenannte Rekonstruktionshypothese legt im Gegensatz zu neoliberalen und angebotsorientierten Ansätzen mehr Wert auf langfristige Trends in der Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands. Ihre Verfechter betonen,

---

<sup>96</sup> Vgl. Lindlar 1997, S. 60.

<sup>97</sup> Gemeint sind hier sowohl institutionelle Arrangements zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für die Lohnverhandlungen als auch internationale Organisationen, wie EZU, GAZZ und OEEC. Vgl. Eichengreen 2007, S. 31-40.

<sup>98</sup> Vgl. Eichengreen 1995, S. 31f.

dass das Wachstumspotential bereits vor den wirtschaftsliberalen Reformen vorhanden war, ja zum Teil während des dritten Reiches geschaffen wurde. Manche Autoren gehen gar so weit, den entscheidenden Ausgangspunkt für die wirtschaftliche Dynamik zeitlich vor der Währungsreform einzuordnen. Dem Bruch mit dem Wirtschaftsregime des Dritten Reiches wird also zumindest eine geringere Bedeutung zugeschrieben als in den zuvor diskutierten Ansätzen.<sup>99</sup>

Laut Abelshäuser, dem Hauptvertreter der Rekonstruktionshypothese im deutschen Diskurs, muss diese dabei „andere ‚Sehweisen‘ nicht ausschließen“<sup>100</sup>, sie stellt aber in den Vordergrund, dass die deutsche Volkswirtschaft nach einer „Störphase“ der Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg wieder an den ‚natürlichen‘ Entwicklungs- und Wachstumspfad anknüpfen konnte und die hohen Wachstumsraten nur wenig mit den Strukturereformen Ende der 1940er und in den 1950er Jahren zu tun gehabt haben. Dies setzt voraus, dass man zwischen einer Unterbrechung und einem ‚normalen‘ Wachstumspfad unterscheiden kann, was laut Abelshäuser möglich ist.<sup>101</sup>

Abelshäuser untersuchte den westdeutschen Fall im Detail und stellte zunächst einmal fest, dass der Kapitalstock der deutschen Volkswirtschaft –

---

<sup>99</sup> Das Spektrum der Positionen reicht hier von Abelshäuser, der ursprünglich dem Wirtschaftsregime des Dritten Reiches keine Bedeutung zuschrieb, bis hin zu Eichengreen/Ritschl, die die Bedeutung der liberalen Reformen abschwächen. Vgl. Abelshäuser 2011 und Eichengreen und Ritschl 2009.

<sup>100</sup> Abelshäuser 2005, S. 281.

<sup>101</sup> Vgl. ebd., S. 281f.

anders als intuitiv nach Jahren der Bombardierung zu erwarten – zu erheblichen Teilen von Zerstörungen verschont blieb. Der entscheidende Produktionsfaktor – Humankapital – war sogar in größerer und mobilerer Form als vor dem Krieg vorhanden. Dies gilt nach Abelshäuser zumindest für die Zeit bis Anfang der 1960er Jahre und hing vor allem mit den Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und (bis zum Bau der ‚Mauer‘) aus der SBZ und späteren DDR zusammen.<sup>102</sup>

Ein hoher Kapitalstock und ein großes Angebot an Humankapital als ‚Startbedingungen‘ sind nach wie vor unbestrittene Forschungsergebnisse: Auch wenn es durch die Bombardements zu erheblichen Zerstörungen in den deutschen Großstädten kam, kann man nach Abelshäuser gerade nicht von einer ‚Stunde Null‘ sprechen. Denn die Produktionsstätten, wenn auch zum Teil beschädigt, waren in relevantem Maße von militärischen Auseinandersetzungen verschont geblieben, wie der „United States Strategic Bombing Survey“ dokumentiere.<sup>103</sup> Die Angriffe auf die Rüstungsindustrie bezeichnet der Survey als „kostspielige Fehlschläge.“<sup>104</sup> Insgesamt kann man konstatieren, dass „die Substanz des industriellen Anlagevermögens keineswegs entscheidend getroffen“ worden war.<sup>105</sup> Kregel geht auf Basis von Daten, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erhoben wurden, sogar davon aus, dass die Zerstörung des industriellen Anlagevermögens unter 20

---

<sup>102</sup> Vgl. Lindlar 1997, S. 63.

<sup>103</sup> Vgl. Abelshäuser 2005, S. 22-28, S. 68.

<sup>104</sup> Vgl. ebd., S. 68.

<sup>105</sup> Vgl. ebd., S. 71.

Prozent lag.<sup>106</sup> Eine der Grundlagen des Wachstumspotentials der deutschen Volkswirtschaft war somit Ende des 2. Weltkrieges in überraschend gutem Zustand.

Ähnliches gilt auch für den Faktor Arbeit. Gerade im Kontext der Organisation von Unternehmen gilt es zu festzuhalten, dass während der NS-Zeit maßgebende, über 1945 hinauswirkende, strukturelle Reformen, beispielsweise im Bereich der Berufsausbildung und in der Struktur des Managements durchgeführt wurden.<sup>107</sup> Darüber hinaus gab es auch aufgrund der Flüchtlingsströme aus dem Osten keineswegs einen Arbeitskräftemangel, sondern eher einen überaus mobilen Überschuss an kompetenten Fachkräften, die aus den östlichen Gebieten zurück in die Besatzungszonen strömten und nach Arbeit suchten. Die deutsche Bevölkerung wuchs zwischen 1946 und 1950 um ganze 9 Prozent.<sup>108</sup>

Es galt das logistische Chaos der zerstörten Verkehrswege zu beseitigen, um zum einen den Zustrom von Arbeitskräften zu ermöglichen, zum anderen die Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen und Materialien zu gewährleisten.<sup>109</sup> Aufgrund des Zustandes der deutschen Infrastruktur kann man hier noch am Ehesten von einer ‚Stunde Null‘ sprechen. Grund dafür ist ein Wandel der Bombardementstrategie der Alliierten seit Mitte 1944. Man war dazu übergegangen, Transportwege, Logistik und nicht Produktionsbetriebe zu zerstören<sup>110</sup>, mit der Folge, dass die deutsche Rüstungsindustrie mangels

---

<sup>106</sup> Vgl. Kregel 1958.

<sup>107</sup> Vgl. Abelshäuser 2005, S. 49f.

<sup>108</sup> Vgl. Eichengreen und Ritschl 2009, S. 197.

<sup>109</sup> Vgl. Abelshäuser 2005, S. 72.

<sup>110</sup> Vgl. Eichengreen und Ritschl 2009, S. 199.

logistischer Probleme und nicht mangels Produktionsstätten gegen Ende des Krieges zunehmend handlungsunfähig geworden war.

Abelshauer bestreitet darüber hinaus die herausragende Bedeutung des von den neoliberalen und angebotsorientierten Schulen betonten strukturellen Bruchs mit der NS-Wirtschaft. Er stellt bereits für die Zeit vor der Währungsreform ein starkes Ansteigen der Produktionszahlen in den Westzonen fest und kritisiert den rapiden Zuwachs in der amtlichen Statistik ab 1948 als unzuverlässig. Den Beweis für den Zuwachs der Produktion in den Westzonen sieht Abelshauer im steigenden Elektrizitätsverbrauch des produzierenden Gewerbes.<sup>111</sup> Abelshauers Behauptung, dass die Währungsreform nahezu keine Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik der Westzonen hatte, wurde auf Basis einer erneuten Prüfung seiner Untersuchung von Ritschl plausibel widerlegt, so dass die Bedeutung der Währungsreform für das Wirtschaftswachstum zwar abgeschwächt werden muss, aber nicht gänzlich geleast werden kann.<sup>112</sup>

Knut Borchardt ist ähnlich wie Abelshauer der Meinung, dass der Wachstumsboom der westdeutschen Volkswirtschaft der Nachkriegszeit ein Aufholwachstum darstelle. Abstand nimmt er hingegen von der These, dass die Wachstumsraten der deutschen Volkswirtschaft bereits vor den ordnungspolitischen Reformen hoch waren und deshalb nicht auf diese zurückgeführt werden könnten. Borchardts Augenmerk liegt darauf, zu betonen, dass es Kontinuitäten und Pfadabhängigkeiten der institutionellen Entwicklung der

---

<sup>111</sup> Vgl. Abelshauer 1975.

<sup>112</sup> Vgl. Ritschl 1985, S. 160f.

deutschen Volkswirtschaft seit der Kaiserzeit, über die NS-Wirtschaft hinweg bis in die Wirtschaftsordnung der BRD gebe. Diese seien zweifelsohne in der Organisation der Industriestruktur, deren Fokussierung auf Investitionsgüter und deren Exportorientierung zu finden.<sup>113</sup>

## 2.5 Synthese

Einig sind sich fast alle Autoren der unterschiedlichen Ansätze dennoch darin, dass die liberalen Reformen der späten vierziger und fünfziger Jahre eine mehr oder weniger große Rolle für die starke wirtschaftliche Wachstumsentwicklung der Nachkriegszeit gespielt haben. Darüber hinaus ist es ebenso plausibel, dass diese Reformen, wenn auch nicht einen dermaßen grundlegenden strukturellen Bruch mit dem bisherigen Produktionsregime wie von der ‚reinen‘ Strukturbruchhypothese behauptet, so doch sicherlich eine grundlegende Entscheidung für den institutionellen Rahmen einer Marktwirtschaft darstellten. Infolgedessen kann man zu Recht von einem Strukturbruch sprechen, der in seinen Nachwirkungen bis heute spürbar ist.<sup>114</sup> Vor allem sind aber auch die politischen Folgen der transatlantischen Anbindung von Westdeutschland in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzen.<sup>115</sup>

Darüber hinaus sind sich alle Autoren darin einig, dass die Angebotsbedingungen – insbesondere im Fall der Kapitalbildung – den Nachkriegsauf-

---

<sup>113</sup> Vgl. Borchardt 1982.

<sup>114</sup> Vgl. Eichengreen und Ritschl 2009, S. 215.

<sup>115</sup> Vgl. Eichengreen 2007, S. 163-167.

schwung begünstigten und Westdeutschland im internationalen Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften stärkten.<sup>116</sup> Dies bestreitet selbst Abelshauer nicht, obwohl er den Angebotsbedingungen eine geringere Relevanz für das Wirtschaftswunder zuschreiben würde als anderen Faktoren. Bei den Angebotsbedingungen ist außerdem die von Giersch erstmals betonte Bedeutung des reichlich vorhandenen und mobilen Produktionsfaktors Arbeit zu betonen.

Eine weitere Leistung des angebotstheoretischen Ansatzes besteht darin, darauf hinzuweisen, dass die Reformen der 1950er Jahre und die damit verbundenen neuen institutionellen Arrangements – Notenbank, liberalisierter Außenhandel und Wettbewerbsordnung die deutsche Exportindustrie förderten. So wies Giersch bereits 1971 auf die für den Nachkriegsboom günstige, auf Investitionsgüter und hochwertige Konsumgüter fokussierte Produktionskapazität der deutschen Volkswirtschaft hin.<sup>117</sup> Diese Ausrichtung blieb auch nach dem Krieg ungebrochen und entsprach einer Nachfrage mit hoher Einkommenselastizität.

Es bleibt das große Verdienst der Vertreter der Rekonstruktionshypothese, aufzuzeigen, dass das Anlagevermögen der deutschen Volkswirtschaft nur relativ geringfügig im Bombenkrieg zerstört wurde und der Mythos der sogenannten ‚Stunde Null‘ nach dem Krieg damit in seiner Bedeutung abgeschwächt wurde. Die These vom vorhandenen Anlagekapital wurde in jüngster Zeit durch die Untersuchungen von Scherner zu Rüstungsinvestitionen substantiiert. Denn Scherners Untersuchungen bestätigen ein frühes und

---

<sup>116</sup> Vgl. Giersch 1971, S. 14-19.

<sup>117</sup> Vgl. ebd., S. 14.

nachhaltiges Einsetzen der Tiefenrüstung, das heißt des Aufbaus von neuen Produktionskapazitäten für den Krieg, die zum Teil in Kapazitäten einer Friedenswirtschaft umgewandelt werden konnten.<sup>118</sup>

Erneut aufgegriffen und bestärkt wurde die von Borchardt und Abelshäuser bereits zaghaft angedeutete These der Kontinuität von institutionellen Arrangements zwischen NS-Wirtschaft und westdeutscher Nachkriegswirtschaft und deren positivem Einfluss auf das Wirtschaftswachstum nach dem Krieg durch Eichengreen und Ritschl im Jahre 2005. Demnach trugen die institutionellen Pfadabhängigkeiten – im Ausbildungswesen und auch in der Wettbewerbsordnung – „zwischen der gelenkten Wirtschaft des Dritten Reiches und der Sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegswirtschaft“<sup>119</sup> zur Stabilisierung und Stärkung der westdeutschen Nachkriegswirtschaft bei und bildeten somit eine signifikante Grundlage für das hohe Nachkriegswachstum.

Wichtig für die weiteren Ausführungen dieser Arbeit ist jedoch die grundsätzliche Feststellung, dass die liberalen Reformen der 1950er Jahre von Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Volkswirtschaft nach dem 2. Weltkrieg waren. Auch für die Zeitgenossen waren die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen um diese Reformen relevant, wie die weiteren Ausführungen dieser Arbeit zeigen werden. In Fragen der Zentralbankpolitik, in Fragen der Wettbewerbsordnung und in Fragen der Währungspolitik stießen unterschiedliche wirtschaftspolitische Vorstellungen und Interessengruppen aufeinander, so dass die Reformen der 1950er Jahre mit tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen verbunden waren. Diese Auseinandersetzungen lohnt es sich, gemeinsam innerhalb einer

---

<sup>118</sup> Vgl. Scherner 2010.

<sup>119</sup> Ritschl 2005, S. 153.



umfassenden Studie zu thematisieren und zu analysieren. Dies trägt zum einen zu einer Analyse des Entstehungsprozesses der deutschen Wirtschaftsordnung nach dem Krieg bei, aber auch – und für diese Arbeit weit- aus wichtiger – zu einem Verständnis der wirtschaftspolitischen Kräfteverhältnisse in der Ära Adenauer. Dies lässt insbesondere Rückschlüsse auf die Bedeutung der in dieser Arbeit im Fokus stehenden deutschen MPS-Mitglieder für die Nachkriegswirtschaftsordnung zu.



### **3. Der Neoliberalismus: Entstehung und Entwicklung der Mont Pèlerin Society und deutscher neoliberaler Organisationen bis 1963**

Wer das Wort ‚Neoliberalismus‘ im Jahr 2013 hört, denkt in erster Linie an einen ‚Kampfbegriff‘ der politischen Linken, der heutzutage in aller Munde ist. Er weist in dieser Verwendung dabei zumeist einen Bezug zu vermeintlichen Exzessen eines deregulierten Finanzmarktkapitalismus auf. Dabei wird im Wesentlichen die Deregulierung der Finanzmärkte seit Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre aufgegriffen und kritisiert. Dass die Ideen des Neoliberalismus aber deutlich älter sind – sowohl als wissenschaftliches Gedankengebäude als auch als politische Praxis – und dass der Gebrauch der Bezeichnung „Neoliberalismus“ jenseits eines politischen Kampfbegriffs zunächst einmal in erster Linie aus der Wissenschaft stammt – das wird zumeist außer Acht gelassen und ist weniger bekannt. Das vorliegende Kapitel erklärt die Herkunft und die Bedeutung des wissenschaftlichen Neoliberalismus. Es beschreibt die Genese der neoliberalen Idee in den 1930er und 1940er Jahren und die institutionelle Ausprägung und organisationelle Manifestierung dieses wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ansatzes international auf der einen und in Westdeutschland auf der anderen Seite.<sup>120</sup>

Dabei spielte die Mont-Pelèrin Society (MPS) als Organisation eine zentrale Rolle. Sie kann als Ort der internationalen Koordination der Neoliberalen gelten. Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt hier auf der Organisation

---

<sup>120</sup> Grundlegende Arbeiten zur Entstehung und Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland stammen von Walpen 2004, Ptak 2004, Mirowski und Plehwe 2009 und Plickert 2008.

und Positionierung der deutschen MPS-Mitglieder. Zugleich ist aber eine Einordnung dieser Positionierung im internationalen Kontext vonnöten, um den Sonderweg des deutschen Neoliberalismus – auch Ordoliberalismus genannt – begrifflich zu machen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich zu benennen und die strategische Ausgangslage des deutschen Neoliberalismus im internationalen Kontext begrifflich zu machen.<sup>121</sup>

Neben den organisationellen Ausprägungen und der politischen Positionierung wird auch die politische Strategie der MPS analysiert und erläutert. Denn sie macht deutlich, mit welchem Ansatz sich neoliberale Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und – allerdings nur am Rande – auch Unternehmer nach dem Zweiten Weltkrieg neu formierten und systematisch daran arbeiteten, neoliberale gesellschaftspolitische Veränderungen herbeizuführen.<sup>122</sup>

Diese Arbeit geht also davon aus, dass eine systematische Formierung neoliberaler Akteure stattfand und es auch deutsche Ausprägungen dieser Formierung gegeben hat. Dabei geht der Autor zugleich nicht davon aus, dass die MPS eine Art ‚verschwörerischer Geheimbund‘ war, der etwa neoliberale Unterwanderungsstrategien für ganze Gesellschaften entwickelte.<sup>123</sup>

---

<sup>121</sup> Ptak begreift den Ordoliberalismus als eine deutsche Spielart des Neoliberalismus. Diese Arbeit übernimmt diese Begriffsfindung und spricht entsprechend vom deutschen Neoliberalismus, um die Verwandtschaft mit anderen international vorhandenen Schulen des Neoliberalismus zu betonen. Vgl. Ptak 2004, S. 14-19.

<sup>122</sup> Zur Strategie der MPS vgl. Plickert 2008, S. 158-162.

<sup>123</sup> Die Studien zur MPS von Cockett, Denham und Walpen tendieren dazu, der Gesellschaft einen verschwörerischen Charakter zuzuweisen. Dies ist aus Sicht des Autors überzogen, denn es überschätzt die Einflussmöglichkeiten der MPS. Zu ähnlicher Ansicht gelangte auch Plickert. Vgl. Plickert 2008, S. 6f.

Die Treffen der MPS werden vielmehr als internationaler Diskurs- und Austauschraum begriffen. Dieser hatte dabei sicherlich eine koordinierende Funktion für die Liberalen untereinander. Das ist aber durchaus ein plausibler und gewöhnlicher Schritt für international verankerte politische Strömungen und mitnichten gleichzusetzen mit einem verschwörerischen Geheimbund.<sup>124</sup>

Bei dem Versuch der Implementierung neoliberaler Politik in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg spielte vor allem eine Institution eine zentrale Rolle: Das Bundeswirtschaftsministerium (BMW). Die Grundsatzabteilung des BMW war dabei das institutionelle Herz der deutschen Neoliberalen. Um das Ministerium herum entwickelte sich zudem eine Koalition von Think Tanks und Forschungsinstituten und darüber hinaus unterhielt das BMW zusätzlich enge Beziehungen zu relevanten Presseorganen, die regelmäßig Schützenhilfe für eine neoliberale Politik leisteten und dafür zugleich einen privilegierten Zugang zu Informationen hatten.<sup>125</sup>

### **3.1 Die Entstehung und Entwicklung des Neoliberalismus seit den 1930er Jahren bis zur Gründung der MPS**

#### *Internationale Entwicklung: Das Kolloquium Walter Lippmann von 1938*

Während der Zwischenkriegszeit lag der Liberalismus – in seiner politischen, aber genauso in seiner wirtschaftspolitischen Dimension – am Boden. Wäh-

---

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 6f.

<sup>125</sup> Das Bundeswirtschaftsministerium wird hier als Kern der deutschen neoliberalen Koalition begriffen. Ähnlich argumentieren Ptak 2004, S. 298, und Löffler 2002, S. 70-86.

rend der 1930er und 1940er Jahre hatten weltweit nationalistische und protektionistische Tendenzen Aufwind und Vorrang vor internationaler Kooperation zwischen den Staaten. Dies galt für die USA und Roosevelts Politik des ‚Isolationism‘<sup>126</sup>, insbesondere aber auch für Europa, wo faschistische Bewegungen auf dem Vormarsch waren: Im Deutschen Reich, aber auch in Italien und Spanien. Darüber hinaus fassten expansive Fiskalpolitik im keynesianischen Sinne und staatliche Interventionen in die Wirtschaftsprozesse überall in Europa, aber auch in Nordamerika mit dem New Deal, Fuß, nachdem der Laissez-Faire Ansatz<sup>127</sup> keine Antworten auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte liefern können.<sup>128</sup>

In diesem historischen Kontext fanden sich wirtschaftsliberale Intellektuelle und Wissenschaftler 1938 zu einem Strategietreffen in Paris zusammen, um darüber zu diskutieren, welche Zukunftsperspektiven der Liberalismus habe und wie man ihm trotz entgegenlaufender gesellschaftlicher Entwicklungen weltweit wieder mehr Bedeutung verschaffen könne. Eingeladen hatte dazu der französische Philosoph Louis Rougier, der gemeinsam mit Gleichgesinnten die Thesen des US-Journalisten Walter Lippmann diskutieren wollte.<sup>129</sup>

Es ist dieses Treffen, auf dem erstmals die Kerngruppe zusammenkam, die nach dem Zweiten Weltkrieg die MPS gründen sollte. Unter Anderem waren

---

<sup>126</sup> Vgl. hierzu Bierling 2007, S. 73-80, und Heideking et al. 2007, S. 248-263.

<sup>127</sup> Laissez-Faire Ansatz meint hier den klassischen Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts, der in seiner Extremform postuliert, dass der Staat sich aus dem gesamten Wirtschaftsleben raushalten, auf diese Weise die wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand einer Gesellschaft am besten fördert und deshalb lediglich als ‚Nachtwächter‘ Rechts- und Vertragssicherheit garantieren soll. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2004, S. 29.

<sup>128</sup> Vgl. hierzu Kindleberger 1973, S. 232-290.

<sup>129</sup> Zu Lippmann vgl. Plickert 2008, S. 87f.

Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises, Jacques Rueff, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke bei dem Kolloquium anwesend.<sup>130</sup> Festzuhalten gilt es, dass der spätere geistige „Übervater“ der MPS, Hayek, auf diesem Kolloquium in Paris eher zurückhaltend und passiv auftrat.<sup>131</sup>

Auch wurde auf diesem Treffen erstmals der Begriff des Neoliberalismus international diskutiert und etabliert und damit die Grundlage für einen Neuanfang eines liberalen Paradigmas geschaffen. In Paris vollzog sich die Abkehr vom klassischen Laissez-Faire Liberalismus und es setzte sich eine weit aus pragmatischere Perspektive des Wirtschaftsliberalismus durch, die dem Staat eine aktive Rolle in der Schaffung und Gewährleistung von ökonomischer Freiheit zugestand.<sup>132</sup> Allerdings waren bereits zu diesem Zeitpunkt grundlegende Meinungsdivergenzen zwischen deutschen Liberalen, ihren angelsächsischen Kollegen sowie den Anhängern und Nachfahren der Österreichischen Schule der Nationalökonomie feststellbar. Die Kerndifferenzen lagen in unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie weit genau der Staat eine aktive Rolle als Garant einer liberalen Gesellschaft und Wirtschaft spielen dürfe und solle. Dabei war insbesondere bei den deutschen Neoliberalen eine deutlich pragmatischere Haltung zu verzeichnen, die dem Staat einen „liberalen Interventionismus“ zugestand.<sup>133</sup>

Größere unmittelbare Nachwirkungen hatte diese Konferenz aufgrund des kurz danach ausbrechenden Zweiten Weltkriegs jedoch zunächst keine.<sup>134</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. ebd., S.94.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., S. 99.

<sup>132</sup> Vgl. Hartwell 1995, S. 22, 27.

<sup>133</sup> Zum sogenannten ‚liberalen Interventionismus‘ vgl. Abschnitt 3.2.

<sup>134</sup> Vgl. Plückert 2008, S. 115.

Es gab zwar eine gemeinsame Abschlusserklärung mit einem Bekenntnis zum Neoliberalismus, die jedoch über eine Absichtserklärung nicht hinausreichte. Denn faktisch gab es während der Kriegsjahre kein weiteres vergleichbares Zusammentreffen liberaler Kräfte auf internationaler Ebene. Und dennoch war entscheidend, dass vom Kolloquium Walter Lippmann der Anstoß für eine Koordinierung der internationalen Aktivitäten wirtschaftsliberaler Wissenschaftler, Intellektueller, Politiker, Journalisten und Unternehmer ausging und dieser Anstoß nach dem Zweiten Weltkrieg von Hayek und einigen anderen wieder aufgegriffen und in die Tat umgesetzt wurde.<sup>135</sup>

### **3.2 Nationale Entwicklung in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches in Deutschland: Alexander Rüstows Statement zum ‚Neuen Liberalismus‘ und zum ‚liberalen Interventionismus‘**

Während der Begriff des Neoliberalismus auf internationaler Ebene erst 1938 in Paris Fuß fasste,<sup>136</sup> sind Ansätze zu einem solchen Begriff im deutschen wissenschaftlichen Diskurs – wenn auch marginalisiert – weitaus früher anzutreffen. Erstmals tauchte der Begriff eines ‚neuen Liberalismus‘ 1932 in einem Vortrag von Alexander Rüstow bei der Dresdner Tagung des Vereins für Socialpolitik auf. Trotz der in vieler Hinsicht antiliberalen Stimmung im Deutschen Reich forderte er eine Neubegründung des Liberalismus ein. Er geißelte die Weimarer Demokratie als schwachen Staat, der von Lobbygruppen missbraucht werde und forderte einen starken Staat, der zum

---

<sup>135</sup> Vgl. ebd., S. 102f.

<sup>136</sup> Vgl. Abschnitt 3.1.



einem ‚liberalen Interventionismus‘ gegen die ‚Interessenten‘ befähigt sein sollte.<sup>137</sup>

Diese Programmatik wurde in grundlegenden theoretischen Schriften von Eucken, Rüstow, Röpke und Müller-Armack aufgegriffen und vertieft.<sup>138</sup> Die Publikationen der frühen 1930er Jahre, die man als theoretisches Fundament des deutschen Neoliberalismus bezeichnen kann, haben gemeinsam, dass sie die Weltwirtschaftskrise als Ausgangspunkt nehmen. Diese wird nicht als eine systemimmanente Krise des Kapitalismus interpretiert, sondern als eine Krise, die aus dem Fehlverhalten der Wirtschaftssubjekte sowie dem Fehlverhalten vor allem des von ‚Interessenten, dominierten Staates resultierte. Aus dieser Analyse resultierte die Forderung nach einem starken und unabhängigen, handlungsfähigen Staat, der zugunsten einer funktionierenden Wettbewerbsordnung interveniert und dafür sorgt, dass Machtmonopole jenseits des Staates in der Wirtschaft nicht zu groß werden können, um ihre Position zu missbrauchen.<sup>139</sup>

Insofern wandten sich diese theoretischen Schriften nicht gegen die Vorstellung eines autoritären Staates, der demokratische Prinzipien über Bord werfe, sofern dieser der Errichtung einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht

---

<sup>137</sup> Zu Rüstows Vortrag auf der Dresdner Tagung des Vereins für Socialpolitik vgl. Ptak 2004, S. 36ff. Vgl. hierzu auch Plickert 2008, S. 73.

<sup>138</sup> Zu den grundlegenden Schriften gehörte vor allem auch die Reihe ‚Ordnung der Wirtschaft, die 1936 und 1937 von Franz Böhm, Hans Großmann-Doerth und Walter Eucken herausgegeben wurde. Vgl. hierzu die Bände 1 bis 4: Böhm 1937, Miksch 1937, Gestrich 1936 und Lutz 1936. Exemplarisch für die neue Haltung Liberaler zum Staat als Reaktion auf die Krise sei hier ein Aufsatz von Walter Eucken erwähnt: Eucken 1932.

<sup>139</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 30.

entgegenstehe. Es lässt sich sogar im Gegenteil die Kritik durch die oben genannten liberalen Autoren an der Weimarer Republik als Kritik an der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt lesen und als eine Angst vor dem Einfluss der „Massen“.<sup>140</sup> Dies wird insbesondere in den Schriften Müller-Armacks deutlich, der in seinem Buch ‚Entwicklungsgesetze des Kapitalismus‘ von 1932 einen autoritären Staat einforderte, der den wirtschaftspolitischen Rahmen für die Wettbewerbswirtschaft garantieren und den Einfluss der „Massen“ begrenzen sollte.<sup>141</sup>

Zugleich kann man vielen der neoliberalen Theoretiker keine Systemnähe zum NS-Regime vorwerfen, durchaus aber eben jene gewisse Sympathie für die Durchsetzungsfähigkeit eines autoritären Staates, der jenseits von Lobbyinteressen durchregiert, Kartelle und sonstige Monopolstrukturen in der Wirtschaftsordnung zerschlägt und somit dem Wirtschaftsliberalismus dienlich ist.<sup>142</sup> Hier soll also festgehalten werden, dass eine neo- bzw. ordoliberalen Grundhaltung nicht notwendigerweise gleichzusetzen ist mit politischem Widerstand gegen das NS-Regime, wie es oftmals geschehen ist. Und gleichzeitig vertritt der Autor dieser Studie die Annahme, dass eine neoliberale Theorie auch im Kontext des Dritten Reiches wachsen konnte, ohne deshalb von vornherein systemkritisch sein zu müssen. Die neoliberale Theoriebildung fand also in den 1930er Jahren statt und wurde nur zum Teil von vor

---

<sup>140</sup> Vgl. ebd., S. 37. Zur skeptischen Einstellung neoliberaler Wissenschaftler gegenüber den Volksmassen und Massenbewegungen vgl. Plickert 2008, S. 159.

<sup>141</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 55f.

<sup>142</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen von Ptak. Ebd., S. 62-90.

dem Nationalsozialismus geflohenen Exilanten wie Rüstow und Röpke<sup>143</sup> und Widerständlern wie von Beckerath betrieben. Sie wurde auch von Ludwig Erhard, Leonhard Miksch und Alfred Müller-Armack geprägt, die alle in reichsnahen Forschungsinstituten systemkonform publizierten und sich an Forschungsdebatten über eine erfolgreiche Kriegswirtschaft beteiligten.<sup>144</sup> Das gilt auch für den führenden Ökonomen der Freiburger Schule, Walter Eucken, dessen Rat zu kriegswirtschaftlich relevanten Themen herangezogen wurde.<sup>145</sup> Die Ideen zu einer ‚sozialen Marktwirtschaft‘, wenn auch noch nicht unter diesem Begriff, kursierten also bereits während des Dritten Reiches und mussten insofern nur noch von einer Gruppe schlagkräftiger Politiker und Wissenschaftler nach dem Krieg aufgegriffen werden.<sup>146</sup>

### **3.3 Die MPS als institutionelle Ausprägung einer neoliberalen Intellektuellenbewegung**

#### **3.3.1 Die Gründung der MPS nach dem 2. Weltkrieg**

Das Gründungstreffen der Mont Pèlerin Society in der Schweiz im Jahre 1947 war ein entscheidender Schritt der Formierung liberaler Intellektueller nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Treffen fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem liberale Kräfte trotz des Endes einer Reihe totalitärer Regime nicht notwen-

---

<sup>143</sup> Wilhelm Röpke war kurzzeitig im Exil in Istanbul zusammen mit Alexander Rüstow und hielt sich während der NS-Herrschaft dann vorwiegend in der Schweiz in Genf auf, wo er einen Lehrstuhl innehatte. Zu Röpke vgl. Hennecke 2005, S. 99-154; zu Rüstow vgl. Meier-Rust 1993, S. 62-82.

<sup>144</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 72-90.

<sup>145</sup> Vgl. ebd., S. 64.

<sup>146</sup> Zur Entstehung des deutschen Neoliberalismus während der 1930er Jahre vgl. ebd., S. 289f.

digerweise auf dem Vormarsch waren. Gerade im wirtschaftspolitischen Bereich befand sich die keynesianische Lehre auf dem Siegeszug und fand ihren Ausdruck in den zahlreichen Investitionsprogrammen der westlichen Industriestaaten und den internationalen Institutionen von Bretton Woods, des IWF und der Weltbank, die die Weltwirtschaftsordnung in den nächsten 20 Jahren prägen sollten.<sup>147</sup>

Der Grund dafür, dass dieses Treffen zustande kam, lag in der Initiative von zwei Personen, die sich äußerst gut ergänzten und einen effizienten Modus der Zusammenarbeit entwickelten, sich des Projekts einer internationalen liberalen Koordinierungsorganisation annahmen und es in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens vorantrieben. Dabei handelte es sich um den mittlerweile Londoner Ökonomen Friedrich August von Hayek und den Schweizer Geschäftsmann Albert Hunold.<sup>148</sup> Hayek und Hunold waren der Überzeugung, dass das Treffen liberaler Intellektueller nach dem Zusammenbruch der totalitären Systeme in Westeuropa von entscheidender Bedeutung war, um eine mittelfristige gemeinsame Zukunftsstrategie für den kapitalistischen Westen insgesamt zu entwerfen. Dies galt den Teilnehmern der Konferenz zufolge nicht nur für die ehemals totalitären Staaten, sondern genauso für die vom „Kollektivismus“ geprägten Volkswirtschaften der Alliierten, sowohl in Europa als auch in den USA.<sup>149</sup>

---

<sup>147</sup> Vgl. Burhop et al. 2013.

<sup>148</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 163f.

<sup>149</sup> Vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, Statement of Aims und Mitgliederverzeichnis der MPS von 1961, S. 1f.

Diese Haltung schlug sich entsprechend im ‚statement of aims‘ der MPS als einer dauerhaft angelegten neoliberalen Nachkriegsstrategie nieder. Hayek, der die Aussagen zu den Zielen der Gesellschaft maßgeblich mitgestaltete, ging von einem langfristigen Kampf um die Durchsetzung einer neuen liberalen Agenda aus. So enthält diese Zielfestlegung auch eine Art mittelfristiges Forschungsprogramm, das die versammelte Gruppe von Akteuren sich vornahm, um zum Weg in eine freie Gesellschaft beizutragen.<sup>150</sup> Das Forschungsprogramm umfasst unter anderem eine Analyse der Nachkriegssituation aus liberaler Perspektive, eine Neudefinition der Rolle des Staates in einer liberalen Gesellschaft (um eine strikte Unterscheidung zwischen totalitären und freien Gesellschaften jenseits der oberflächlichen Bezeichnungen vorzunehmen), die Entwicklung von Methoden zur Sicherung der Vertragsfreiheit und -sicherheit und zugleich zur Verhinderung von monopolistischen Strukturen sowie Möglichkeiten zur Errichtung und Erhaltung einer internationalen ökonomisch fundierten Weltfriedensordnung.<sup>151</sup> Es lässt sich insgesamt als eine Gegenoffensive gegen die keynesianische und marxistische Wirtschaftstheorie lesen, und als ein Forschungsprogramm, das darauf abzielte, deren Perspektiven zu unterminieren und auf Dauer eine wissenschaftliche Hegemonie zu entfalten.<sup>152</sup>

---

<sup>150</sup> Vgl. ebd.

<sup>151</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>152</sup> Vgl. ebd., S. 1f.

### 3.3.2 Die strategische Ausrichtung der MPS

Diese strategische Ausrichtung machte Hayek in seinen Aussagen auch unmissverständlich deutlich: Es ging ihm um eine langfristige Strategie der intellektuellen Hegemoniegewinnung, deren Aufgabe die Vermittlung und Verankerung neoliberaler Ideen in der Gesellschaft sein sollte. Seine Strategie wird von Plehwe und Walpen folgendermaßen charakterisiert:

*„Ideen bedürfen nach Hayek der institutionellen Vermittlung, um wirksam zu sein. Daher ist sein ständiges Bemühen um Organisations- und Institutionsgründungen (von der MPS bis zu verschiedenen Think Tanks) sowie das Herstellen von Kanälen zur medialen Einflußnahme die praktische Konsequenz aus seiner Analyse.“<sup>153</sup>*

Hayek ging es also nicht um kurzfristige politische ‚Propaganda‘ und damit verbundene kurzfristige politische Interventionen, sondern um einen langfristigen und dauerhaften Vermittlungsprozess.<sup>154</sup> Die Unterstützung einzelner nationaler Parteien wurde unter den MPS-Mitgliedern ebenfalls grundsätzlich ausgeschlossen, eine Angelegenheit, die sich auch in den darauffolgenden Jahren der Arbeit der MPS widerspiegeln sollte. In Deutschland wurde beispielsweise die intellektuelle Überzeugungsarbeit auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ausgeweitet, aus der auch prominente Mitglieder wie Karl Schiller, der spätere Wirtschafts- und Finanzminister, zugleich der MPS angehörten.<sup>155</sup>

---

<sup>153</sup> Vgl. Plehwe und Walpen 1999, S. 209.

<sup>154</sup> Vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, Statement of Aims und Mitgliederverzeichnis der MPS von 1961, S. 2.

<sup>155</sup> Zur Integration der SPD vgl. beispielsweise die parteiübergreifende Debatte auf der Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) im April 1955. Erhard et al. 1955, S. 139.

Der Strategie von Hayek und anderen stand die Position von Karl Brandt, Jacques Rueff, Albert Hunold<sup>156</sup> und weiteren MPS-Mitgliedern entgegen. Sie waren der Auffassung, dass man kurzfristig mittels eines liberalen Manifests und weiterer direkter politischer Diskursinterventionen sofort in politische Debatten der Nachkriegszeit eingreifen müsse. Dies war eine Position, die sich trotz zahlreicher Konflikte am Ende nicht durchsetzen konnte. Sie führte Anfang der 1960er Jahre beinahe dazu, dass die MPS zerbrach. Im Rahmen der sogenannten Hunold-Affäre, in die der europäische Sekretär der MPS verwickelt war, kam es zum Zerwürfnis zwischen Hayek und Hunold. Dieses Zerwürfnis konnte nur durch viel Mühe und guten Willen einiger Akteure kompensiert und dadurch das Zerbrechen der Gesellschaft insgesamt verhindert werden.<sup>157</sup>

Eng verbunden mit einer langfristigen Strategie der intellektuellen Hegemonie war ein schrittweiser Aufbau von wissenschaftlichen Institutionen, wie Forschungsinstituten und Think Tanks, die wissenschaftliche Gutachten für langfristige politische Strategien liefern sollten. Solche Institutionen wurden während und nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien mit dem Institute for Economic Affairs (IEA) und in den USA mit der Foundation for Economic Education (FEE) gegründet.<sup>158</sup> Ähnliche Institutsgründungen gab es auch in Deutschland mit den wirtschaftspolitischen Forschungsinstituten an

---

<sup>156</sup> Hunold war zwar ähnlicher Meinung wie Brandt, äußerte sich dazu aber nur selten publik und unterwarf sich insgesamt der strategischen Vorstellung Hayeks. Vgl. Plickert 2008, S. 164.

<sup>157</sup> Zur ‚Hunold-Affäre‘ vgl. ebd., S. 178-194; vgl. auch Hartwell 1995, S. 100-133.

<sup>158</sup> Vgl. Plehwe und Walpen 1999, S. 223.

den Universitäten Köln und Mainz sowie mit der Gründung des Walter Eucken Instituts im Jahre 1954 nach dem Tod von Eucken in Freiburg.<sup>159</sup> Vor dem Hintergrund der genannten strategischen Differenzen war es ein besonderes Charakteristikum des deutschen Falls, dass sich die neu gegründeten Institute sehr stark auf konkrete politische Interventionen konzentrierten und zu diesem Zweck oftmals Gutachten zu Gesetzgebungsverfahren produzierten. Im Gegensatz zu Großbritannien und den USA lässt sich für Westdeutschland also eine stärkere Nähe der neoliberalen Organisationen zur politischen Praxis feststellen, was darin begründet liegen könnte, dass in Deutschland die politischen Spielräume nach dem Ende des NS-Regimes größer waren. Die von Hayek und anderen postulierte Trennung von intellektueller Wegbereitung und konkreten politischen Interventionen wurde in Westdeutschland also nicht scharf vorgenommen, die Übergänge waren vielmehr fließend, personelle Überschneidungen die Regel.<sup>160</sup>

Ein weiterer strategischer Eckpfeiler der MPS waren ihre Exklusivität und die Praxis der Diskretion, welche die Konferenzen bestimmte. Als Grundprinzip der MPS wurde der Austausch ‚off the record‘ geführt – es sollte also nicht aus den Diskussionen öffentlich zitiert werden, Diskussionen sollten nicht pressewirksam nach außen getragen werden.<sup>161</sup> Die Konferenzen der MPS stellten einen Ort der Zusammenkunft dar, zu dem nur ein begrenzter Kreis

---

<sup>159</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 256-260.

<sup>160</sup> Vgl. Plehwe und Walpen 1999.

<sup>161</sup> Hier kann die Konferenz in Kassel im Jahre 1960 als Ausnahme gelten. Sie wurde von Ludwig Erhard politisch ausgeschlachtet und fand viel mediale Aufmerksamkeit. Vgl. Sind die Wechselkurse richtig? Die Mont Pèlerin-Gesellschaft diskutiert finanzielle Probleme des Westens, in: FAZ 10.09.1960, S. 7. Zur Konferenz in Kassel vgl. auch die Ausführungen unter Abschnitt 5.3.5.



Zugang hatte – Zugang bekam man nur, wenn man von zwei Mitglied der MPS empfohlen wurde oder aber, wenn man als Gast zur Konferenz zugelassen wurde.<sup>162</sup>

### 3.3.3 Zentrale Akteure innerhalb der MPS

Alle vier großen theoretisch orientierten ‚Entstehungszentren des Neoliberalismus‘ waren in die MPS eingebunden: Die Freiburger Schule aus Deutschland, die in Wien ansässige Österreichische Schule, die Chicago-School aus den USA und die Londoner Schule aus Großbritannien. Darüber hinaus waren weitere wichtige Akteursgruppen aus der Schweiz, Frankreich und Italien von Beginn an in der MPS präsent, wobei der Anteil der angelsächsischen und deutschsprachigen Akteure zunahm, während der französische und italienische Anteil abnahm.<sup>163</sup> Ab Anfang der 1960er Jahre nahm auch der Anteil der deutschen Akteure ab, so dass ab diesem Zeitpunkt von einer angelsächsischen Dominanz gesprochen werden kann.<sup>164</sup>

Betrachtet man die MPS auf internationaler Ebene, so gab es aus den oben genannten Schulen jeweils zentrale Wissenschaftler, die sich in die internen Debatten der Gesellschaft einbrachten und durch zahlreiche Vorträge während der Konferenzen Aufsehen erregten.<sup>165</sup> Die wichtigsten dieser Akteure werden im Folgenden benannt, um den internationalen Charakter und das hohe Maß an Reputation der Gesellschaft insgesamt zu illustrieren.

---

<sup>162</sup> Oftmals waren dabei die Gäste potentielle zukünftige Mitglieder. Zur Aufnahme in die MPS insgesamt vgl. Plehwe und Walpen 1998, S. 371.

<sup>163</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 164-171.

<sup>164</sup> Vgl. ebd., S. 190-193.

<sup>165</sup> Vgl. ebd., S. 169-171.

Von deutscher Seite sind insbesondere folgende Personen zu nennen: Aus den Kreisen der Freiburger Schule waren anfangs Walter Eucken und Leonhard Miksch, dann Franz Böhm, Constantin von Dietze, Karl-Paul Hensel, Hans-Otto Lenel, Friedrich Lutz und Karl-Friedrich Meyer präsent, darüber hinaus die der Wirtschaftspolitik nahestehenden Professoren aus Köln, Günter Schmölders und Alfred Müller-Armack, der Münchener Volkswirt Bernhard Pfister und schließlich der in Bonn ansässige Ludwig Erhard.<sup>166</sup> Darüber hinaus sind Otto Veit, Hans Ilau und Edith Eucken-Erdsiek zu nennen, die zwar in der MPS weniger dominant in Erscheinung traten, aber für die deutsche Vernetzung der Neoliberalen von entscheidender Bedeutung waren.<sup>167</sup>

Von den der Chicago School nahestehenden Wissenschaftlern gehörten vor allem Frank Knight, Aaron Director, Milton Friedman, George Stigler, Lloyd Mints, Wilson Wallis und Yale Brozen zu den aktiveren MPS-Mitgliedern. Neben der Chicago School waren für die US-Neoliberalen der in Stanford lehrende Karl Brandt von zentraler Bedeutung, darüber hinaus die sich um die FEE formierende Gruppe aus Leonard Read, Floyd Harper und Herbert Cornuelle.<sup>168</sup>

Von der Londoner Schule sind insbesondere Karl Popper, Lionel Robbins und Arnold Plant als prominente Akteure zu nennen. Für die MPS war aber weniger ihre rege Teilnahme an den Konferenzen von Relevanz – vielmehr

---

<sup>166</sup> Plickert 2008, S. 164f.

<sup>167</sup> Vgl. ebd. S. 165.

<sup>168</sup> Vgl. ebd.

wurde das Prestige der Gesellschaft durch ihre Mitgliedschaft erhöht. Permanent aktiv brachten sich vor allem John Jewkes vom Merton College in Oxford und William Hutt von der University of Cape Town, Südafrika, ein.<sup>169</sup>

Von französischer Seite tat sich insbesondere der Ökonom Jacques Rueff durch rege Teilnahme an den Konferenzen der 1950er Jahre hervor. Ferner war insbesondere der Jurist Daniel Villey aus Poitiers sehr aktiv in der MPS. Von italienischer Seite gehörte Carl Antoni zu den aktivsten MPS-Mitgliedern. Auch hier galt, dass die prominenteren Akteure, wie der italienische Staatspräsident Luigi Einaudi, weniger durch ihre regen Aktivitäten innerhalb der Gesellschaft in Erscheinung traten, dennoch aber als prominentes Mitglied galten und für Prestige nach außen sorgten.<sup>170</sup>

Darüber hinaus war neben prominenten Wissenschaftlern vor allem die Präsenz von renommierten Journalisten von zentraler Bedeutung, welche die Diskussionen innerhalb der MPS verfolgten und zentrale Thesen in öffentlich geführte Politikdiskurse einbrachten. Das gilt zum einen für die angelsächsische Presse, von der unter anderem Henry Hazlitt, *Newsweek*-Kolumnist, und William Grimes (*Wall Street Journal*) Mitglieder waren. Das gilt aber auch für einflussreiche deutsche Journalisten der deutschen bürgerlichen Presse wie Erich Welter von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ),

---

<sup>169</sup> Vgl. ebd., S. 166f.

<sup>170</sup> Vgl. ebd., S. 167.

Hans-Otto Wesemann als Leiter der *Deutschen Welle* und Volkmar Muthesius von der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*.<sup>171</sup> Die deutlichste Präsenz allerdings zeigten Journalisten aus der Schweiz, zumeist Redaktionsmitglieder der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ). Von Beginn an waren diese bei den Treffen der MPS vertreten.<sup>172</sup>

Zentrales Bindeglied qua Persona zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Schulen des Neoliberalismus und zwischen den unterschiedlichen Ländern war Hayek selbst. Er war durch seine Lehrtätigkeiten in erster Linie in den USA und Großbritannien gut vernetzt und betrieb den weiteren Aufbau der MPS in diesen Ländern. Die deutschen Akteure, anfangs vor allem durch Eucken rekrutiert und empfohlen, wurden später ebenfalls durch Hayek integriert. Bei der Integration der Italiener, Franzosen und Schweizer wirkte darüber hinaus Röpke mit, der mit Wissenschaftlern aus diesen Ländern äußerst enge Kontakte pflegte. Unterstützt wurden dabei diese Vernetzungs- und Integrationsbemühungen durch die emsige organisatorische Tätigkeit des europäischen MPS-Sekretärs Hunold, durch dessen außerordentliches Engagement überhaupt nur Kontinuität in den Organisationsaufbau in den 1950er Jahren kommen konnte.<sup>173</sup> Hayek als Präsident übernahm zudem die inhaltliche Vorbereitung der MPS-Tagungen, während Hunold sich auch hier um die organisatorische Ausgestaltung und Finanzierung der Treffen küm-

---

<sup>171</sup> Günter Schmolders, ebenfalls MPS-Mitglied, gehörte zu den Herausgebern der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz Hi – Hz, Brief von Walter Hofmann an Wilhelm Vocke vom 09.02.1953.

<sup>172</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 168.

<sup>173</sup> Zu Hayeks Bindegliedfunktion vgl. ebd., S. 162-171; zum Engagement Röpkes vgl. ebd., S. 169; zum Engagement Hunolds vgl. ebd., S. 163f.

merte sowie um darüber hinaus anfallende administrative Notwendigkeiten.<sup>174</sup> Dieses Tandem funktionierte als Kern der MPS über die ersten zehn Jahre ausgesprochen gut, wobei es Anfang der 1960er Jahre aufgrund bereits länger währender strategischer und persönlicher Differenzen zum Zerwürfnis kam.<sup>175</sup>

### **3.3.4 Die MPS aus organisatorischer Perspektive**

Organisatorisch bestand die MPS gemäß Satzung aus drei Gremien, die alle ehrenamtlich besetzt wurden und die während der etwa alle zwei Jahre stattfindenden ‚general meetings‘ gewählt wurden. Diese waren ein neunköpfiges Direktorium, ein 15 Personen umfassender Rat sowie der Vorstand. Die gewählten Mitglieder wurden nicht bezahlt, sie konnten aber mit Aufwandsentschädigungen für etwaige Treffen und einer Erstattung der damit verbundenen Reise- und Unterkunftskosten rechnen.<sup>176</sup> Den drei Gremien waren de jure unterschiedliche Befugnisse zugeordnet. De facto waren aber die meisten davon im Untersuchungszeitraum bedeutungslos. Man könnte sogar so weit gehen und konstatieren, dass alle Gremien bedeutungslos waren und dass die entscheidenden Handlungen auf einer informellen Ebene stattfanden. Dennoch hatten die entscheidenden Akteure einen festen Platz in den Gremien der MPS und kommunizierten zumindest dort die Ergebnisse ihrer Arbeit.<sup>177</sup>

---

<sup>174</sup> Vgl. ebd., S. 174.

<sup>175</sup> Vgl. ebd., S. 162ff.

<sup>176</sup> Vgl. Hartwell 1995, S. 64f.

<sup>177</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 162f.

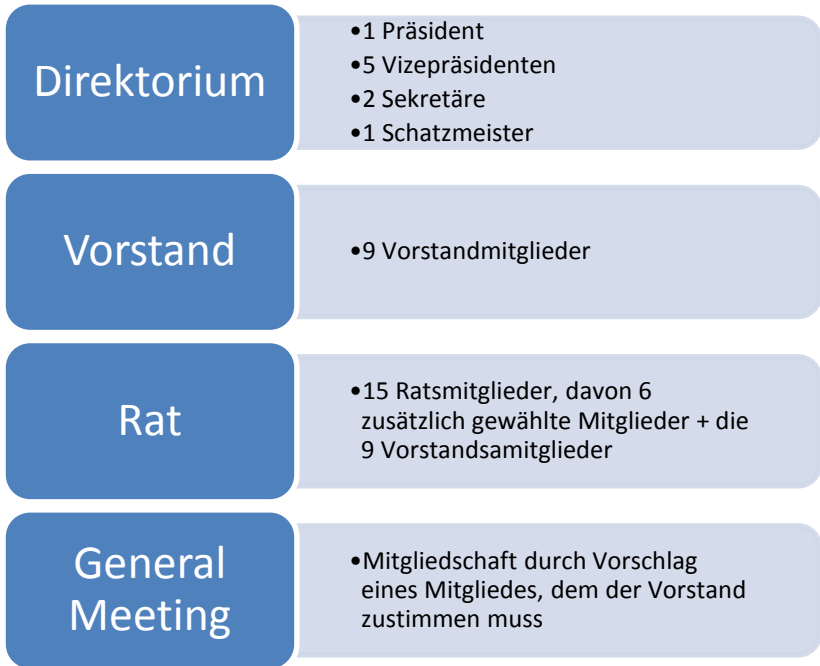


Abbildung 1: Organigramm der Organisationsstruktur der MPS, eigene Darstellung.<sup>178</sup>

Die bereits oben erwähnten entscheidenden Persönlichkeiten in der MPS – Hayek und Hunold – waren Mitglieder des Direktoriums. Wenn es also ein Gremium gab, von dem die Steuerung der MPS ausging, dann war es das Direktorium, dem der Präsident, fünf Vizepräsidenten, zwei Sekretäre und ein Schatzmeister angehörten. Vor allem aber das Duo aus dem Präsidenten

---

<sup>178</sup> Die Darstellung beruht auf dem Articles of Incorporation under the General not for profit corporation act, ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, Interne Veröffentlichung zur MPS aus dem Jahre 1961.

(Hayek, später Röpke, dann Jewkes) und dem europäischen Sekretär (Hunold) der Gesellschaft bildete also – wie oben bereits erläutert – den organisatorischen Kern der Gesellschaft. Abbildung 1 stellt die organisatorische Struktur der MPS grafisch dar. Das entscheidende Gremium des Direktoriums war dabei fast über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg in der Hand des Tandems Hayek-Hunold.<sup>179</sup>

### 3.3.5 Die Finanzierung der MPS

Die Finanzierung der MPS erfolgte über Stiftungen und Beiträge von vermögenden Einzelpersonen. Darüber hinaus gab es einen konstanten Mitgliedsbeitrag von vier US-Dollar jährlich, der allerdings bei weitem nicht die Kosten der MPS-Aktivitäten abdeckte.<sup>180</sup> Weitere Finanzierungsquellen waren zum einen amerikanische Stiftungen, wie der Volker Fund, die Relm Foundation oder die Earhart Foundation.<sup>181</sup> Zum anderen wurde die MPS durch zahlreiche vermögende Einzelpersonen aus der Schweiz unterstützt. Dabei handelte es sich oftmals um persönliche Kontakte von Albert Hunold, dem europäischen Sekretär der Gesellschaft.<sup>182</sup> Ferner kam sogar eine indirekte Unterstützung durch das deutsche Bundeswirtschaftsministerium zustande, die allerdings nur einmalig abgerufen werden konnte, weil es bei der finanziellen Kooperation zu Unstimmigkeiten kam.<sup>183</sup> Hauptkostenfaktor bei der

---

<sup>179</sup> Vgl. ebd., S. 163f.

<sup>180</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 174.

<sup>181</sup> Vgl. Hartwell 1995, S. 65f.

<sup>182</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 174f.

<sup>183</sup> Es kam zu Differenzen zwischen MPS und BMWi, weil das BMWi sich von der Unterstützung Gegenleistung in Form von konkreten, in der Wirtschaftspolitik nutzbaren, Forschungsergebnissen erhofft hatte. Vgl. ebd., S. 176ff.

MPS waren die logistischen Rahmenbedingungen der Treffen, die recht aufwändig waren, sowie ferner die Reisekosten der zahlreichen Wissenschaftler, die oftmals den Atlantik überqueren mussten. Dies galt insbesondere für die amerikanischen Wissenschaftler, da ein Großteil der Treffen in den 1950er Jahren in Europa stattfand.<sup>184</sup>

### **3.3.6 Positionen zu Geldpolitik, Währungspolitik und Wettbewerbspolitik in der MPS im Untersuchungszeitraum**

Nach Plickert sind die Währungspolitik sowie die Wettbewerbspolitik die am häufigsten, aber auch am kontroversesten diskutierten Themen der 1950er und 1960er Jahre in der MPS gewesen. Sie tauchten nahezu auf allen Konferenzen der MPS in diesem Zeitraum auf und wurden immer wieder von den zentralen Akteuren in der MPS, wie Hayek oder Friedman, Rueff oder Machlup aufgegriffen und eingebracht.<sup>185</sup>

Was die Wettbewerbspolitik betraf, wurde die Rolle des Staates für die Gestaltung der Wettbewerbsordnung diskutiert. Hier kann man für die 1950er Jahre eine Kontroverse identifizieren, die zwischen den vier Schulen des Neoliberalismus stattfand und bei der die Zugehörigkeiten zu einer der Schulen auch die Grenzen der inhaltlichen Position markierten. So plädierten die Österreichische, die Chicagoer und die Londoner Schule des Neoliberalismus für eine möglichst zurückhaltende Rolle des Staates, die sich auf die Bereitstellung des rechtlichen Rahmens für marktwirtschaftlichen Wettbewerb reduzieren lässt. Der wohl prominenteste Protagonist dieser Position war der

---

<sup>184</sup> Vgl. Hartwell 1995, S. 65.

<sup>185</sup> Zu den Auseinandersetzungen über die Währungspolitik innerhalb der MPS vgl. Plickert 2008, S. 216-223; zu den Kontroversen über Wettbewerbspolitik vgl. ebd., S. 198-207.



Österreichischer Ökonom Ludwig von Mises. Demgegenüber standen die Vertreter des deutschen Neoliberalismus, die dem Staat eine weitaus aktivere Rolle in der Gestaltung der Wettbewerbsordnung zugestanden. Hier lässt sich eine einheitliche Gegenposition gegenüber von Mises unter deutschen Neoliberalen konstatieren.<sup>186</sup>

Anders war dies bei der Währungspolitik, bei der die inhaltliche Positionierung nicht mit einer „Schulenzugehörigkeit“ korrelierte. Sie war ein heiß umkämpftes Thema, bei dem Vertreter flexibler Wechselkurse und Befürworter der Rückkehr zum Goldstandard aufeinandertrafen. Es kam dabei zur Lagerbildung und erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der MPS, die über Jahre hinweg Bestand hatten und zu zunehmend verhärteten Fronten führten, die zum Teil sogar persönliche Anfeindungen zur Folge hatten.<sup>187</sup>

Schrittweise, nach vielen Debatten auf den Konferenzen der MPS, kristallisierte sich dabei eine mehrheitliche Position heraus. Einig war man sich von Anfang an darin, dass eine Zentralbank eine von der Politik möglichst unabhängige Institution sein sollte, die ausschließlich an ein Statut von Zielvorgaben mit dem Primat der Geldwertstabilität als Kern gebunden sein sollte und somit nicht für verteilungspolitische Zwecke missbraucht werden könnte.<sup>188</sup>

Überhaupt nicht einig war man sich in der Frage, wie inflationären Tendenzen im internationalen Währungssystem entgegengesteuert werden sollte und wie man makroökonomische Ungleichgewichte verhindern könnte. Die

---

<sup>186</sup> Zum Spannungsfeld zwischen deutschen Neoliberalen und den anderen neoliberalen Schulen in der MPS bei der Wettbewerbspolitik vgl. ebd., S. 202-207.

<sup>187</sup> Vgl. Umgang mit der Frage flexible vs. fixe Wechselkurse zwischen franz. und amerikanischen Wissenschaftlern. Vgl. ebd., S. 222.

<sup>188</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen im Folgenden in Kapitel 5.1.

Vertreter fixer Wechselkurse – die sich um den französischen Ökonomen Jacques Rueff formierten – sahen in der Rückkehr zum Goldstandard eine Garantie für Geldwertstabilität, welcher vor dem Ersten Weltkrieg bereits seine Funktionalität bewiesen hätte. Die Vertreter flexibler Wechselkurse – die anfangs in der Minderheit waren und sich um Milton Friedman sammelten – sahen die Dollar-Goldbindung und auch den Goldstandard als realitätsfern an und forderten dem liberalen Prinzip folgend auch eine Liberalisierung des Währungssystems, bei zugleich strikter Kontrolle der Geldmenge durch die Zentralbanken, festgelegt durch klare Statuten. Dabei setzte sich zu Beginn der 1960er Jahre die Position flexibler Wechselkurse trotz energischer Widerstände durch und wurde zum liberalen geld- und währungspolitischen Leitprinzip.<sup>189</sup>

Dies ist insbesondere relevant für die vorliegende Untersuchung. Sie macht die in der MPS kontrovers diskutierte wirtschaftspolitischen Fragen zu zentralen Untersuchungsgegenständen, insbesondere im Hinblick auf die Haltung und Aktivitäten der deutschen Neoliberalen hierzu. Zudem spielten diese kontroversen Themen für die Gesetzgebung und politischen Diskussion in Westdeutschland eine bedeutende Rolle: Im Bereich der Zentralbankkonstituierung, der Wettbewerbspolitik sowie der Währungspolitik wurden während der Kanzlerschaft Adenauers grundlegende Entscheidungen getroffen. Relevant ist dies umso mehr, weil zentrale Akteure des BMWi – zu denen auch Erhard und Müller-Armack als Personen mit relevanten Entscheidungsbefugnissen gehörten – bei der entscheidenden Tagung für die

---

<sup>189</sup> Vgl. hierzu Plickert 2008, S. 216-223.

Durchsetzung der Position flexibler Wechselkurse 1960 in Kassel zugegen waren und davon auszugehen ist, dass sie auch in ihrer Positionierung in der Aufwertungsdebatte beeinflusst wurden.<sup>190</sup>

### **3.4 Die Entwicklung des deutschen Neoliberalismus bis in die 1960er Jahre: Drei Phasen der Theoriebildung**

Um nun die deutschen Richtungen des Neoliberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg verstehen zu können, muss man historisch einen Schritt zurück in die 1930er Jahre machen. Denn seit den 1930er Jahren bildete sich in Deutschland dieser „neue Liberalismus“ heraus, dessen Theoretiker oben bereits benannt wurden und der sich mit dem Vortrag von Rüstow bei der Tagung des *Vereins für Socialpolitik* das erste Mal vor der Fachöffentlichkeit präsentierte. In der Forschung wird grob zwischen drei Entwicklungsphasen des deutschen Neoliberalismus unterschieden: Einer Phase der Theoriebildung am Ende der Weimarer Republik, einer Phase der theoretischen Fundierung zwischen 1933 und 1945 und einer dritten Phase nach 1945 mit konkretem gesellschaftlichen Anwendungsbezug, die im Folgenden kurz beschrieben werden, bevor eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb des deutschen Neoliberalismus vorgenommen wird.<sup>191</sup>

In der ersten Phase der Theoriebildung ging es in erster Linie darum, eine wirtschaftstheoretische Antwort auf die Weltwirtschaftskrise zu finden, welche die klassische Nationalökonomie in ihren Fundamenten bloßgestellt

---

<sup>190</sup> Vgl. Sind die Wechselkurse richtig? Die Mont Pèlerin-Gesellschaft diskutiert finanzielle Probleme des Westens, in: *FAZ*, 10.09.1960, S. 7. Vgl. auch im Detail Kapitel 5.3.5.

<sup>191</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 23-29.

hatte und die einer erneuten Rechtfertigung bedurfte, um ihre Existenz zu legitimieren. Der Neoliberalismus ist also, wie Plickert zu Recht konstatiert, ein „Krisenprodukt“.<sup>192</sup> Die Auseinandersetzung mit der umfassenden realwirtschaftlichen Krise Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre suchten fast alle der später führenden neoliberalen Theoretiker. Die Frage, die sich aus neoliberaler Sicht stellte, lautete, wie es zu solch einem umfassenden Marktversagen kommen konnte. Viele der ersten Theoretikergeneration von Neoliberalen beschäftigten sich anfangs mit der Marx'schen Krisentheorie und den Keynesianischen Antworten auf die Krise, um daraus einen neuen Wirtschaftsliberalismus zu entwickeln, der dem klassischen Laissez-Faire entgegengesetzt war und dem Staat eine umfassende Funktion als Garant des Wettbewerbs zugestand.<sup>193</sup>

Dafür sind die Frühschriften von Müller-Armack, Rüstow und Röpke, aber auch von Eucken gute Beispiele. Bereits in den Dissertationen der oben genannten Personen lassen sich in den 1920er Jahren Auseinandersetzungen mit ökonomischen Krisenphänomenen identifizieren. Dafür kann die Dissertation von Müller-Armack von 1923 exemplarisch herangezogen werden. Sie beschäftigte sich mit ökonomischen Krisen und den theoretischen Antworten der Sozialökonomik darauf und lehnte dabei den Marxschen Determinismus eines grundsätzlich krisenhaften Kapitalismus, der notwendigerweise zum Ende kommen würde, ab.<sup>194</sup> Auch Walter Euckens frühe Schrift

---

<sup>192</sup> Plickert 2008, S. 103.

<sup>193</sup> Vgl. Ptak 2004, S.30.

<sup>194</sup> Vgl. Kowitz 1998, S. 21ff.

von 1932 zu staatlichen Strukturwandlungen und der Krise des Kapitalismus ist dafür ein gutes Beispiel, wie Ralf Ptak feststellt:<sup>195</sup>

*„Eucken gestand hier zumindest indirekt ein, daß auch aus liberaler Sichtweise bestimmte Eingriffe in die Wirtschaftspolitik notwendig sind, die allerdings bestimmten Bedingungen genügen müßten; eine Position, die Rüstow zum gleichen Zeitpunkt mit seiner Forderung nach einer 'dritte(n) Art des Verhaltens' in Abgrenzung zum 'alten Liberalismus' und zum 'reaktionären Interventionismus' der Weimarer Regierungen als 'liberalen Interventionismus' schon deutlicher artikuliert hatte.“<sup>196</sup>*

Die Phase der theoretischen Fundierung zwischen 1933 und 1945 war eine Zeit, während der nach einer zunächst grundsätzlichen Rechtfertigung der Notwendigkeit eines neuen Wirtschaftsliberalismus eine Substantiierung dieser Idee folgte. Es war hier insbesondere die von Franz Böhm herausgegebene Schriftenreihe von 1937 zur ‚Ordnung der Wirtschaft‘, in der das Fundament des deutschen Neoliberalismus stärker elaboriert wurde. Dem Staat wurden im Rahmen des oben bereits genannten „liberalen Interventionismus“ vier zentrale Aufgaben zugewiesen: Garantie einer auf Leistung beruhenden Wettbewerbswirtschaft und Zerschlagung von Monopolen (1), strenge Überwachung des Geld- und Kreditsystems zur Vermeidung inflationärer oder deflationärer Tendenzen (2), Überwachung von Monopolen in Bereichen, wo natürliche Monopole auftreten, um das Leistungsprinzip zu garantieren (3), Harmonisierung des Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital durch sozialpolitische Intervention in Form von Grundsicherungen (4).<sup>197</sup> Bei diesen Eckpunkten wird das Neue dieses Wirtschaftsliberalismus überdeutlich: Er bedarf eines durchsetzungsfähigen Staates, der die

---

<sup>195</sup> Vgl. Eucken 1932.

<sup>196</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 34.

<sup>197</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 95-97.

Wettbewerbsordnung garantiert. Dass der gesellschaftspolitische Rahmen des NS-Regimes für diese Neukonzeptionierungen sicherlich nicht ohne Bedeutung war, wird durch unterschiedliche Studien gestützt. Hiermit ist gemeint, dass ein durchsetzungsfähiger, autoritärer Staat als durchaus hilfreich für die Durchsetzung eines liberalen Wirtschaftssystems angesehen wurde. Diese Interpretation der ideellen Entwicklung des deutschen Neoliberalismus ist selbstverständlich nicht gleichzusetzen mit der Vorstellung, neoliberale Wissenschaftler hätten grundsätzlich mit dem NS-Regime sympathisiert, obwohl dies für Einzelpersonen gelten mag.<sup>198</sup> Gleichzeitig ist aber auch bei anderen Personen eine fundamentale Gegnerschaft gegenüber dem Regime zu konstatieren, die sie sogar in die Emigration trieb.<sup>199</sup>

Die dritte Phase der Theoriebildung schließlich war geprägt vom historischen Umfeld des Zusammenbruchs des Dritten Reichs und den damit verbundenen Chancen eines wirtschaftspolitischen Neuanfangs. Viele der neoliberalen Wissenschaftler erhofften sich vom westdeutschen Neubeginn eine konkrete Umsetzung ihrer bisherigen theoretischen Überlegungen und begannen entweder bereits vor Ende des Dritten Reichs in den 1940er Jahren oder aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für eine deutsche liberale Wettbewerbswirtschaft zu eruiieren und diese in die Öffentlichkeit zu tragen. In diesem Kontext entstanden zum einen die Schriften des Arbeitskreises „Erwin von Beckerath“ im Umfeld der Freiburger Universität, ein Kreis von Ökonomen und Juristen, die bereits

---

<sup>198</sup> Vgl. ebd.

<sup>199</sup> Zu Rüstows und Röpkes Entscheidung, ins Exil zu gehen vgl. Haselbach 1991, S. 168f., S. 207f. Zum Widerstand von Akteuren Freiburger Schule vgl. Goldschmidt 2005.

Anfang der 1940er Jahre mit Überlegungen zu einer Nachkriegswirtschaftsordnung begannen. Aus diesen Konzeptionierungen entstanden grundlegende Werke für die Volkswirtschaftslehre der Nachkriegszeit, wie Walter Euckens ‚Grundsätze der Wirtschaftspolitik‘. Darüber hinaus wurden ebenfalls erste Konzepte von Müller-Armack in seiner Forschungsstelle in Münster erarbeitet – hier entstand erstmals auch der Begriff der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘. Darüber hinaus machte sich auch ein Kreis von Exilanten an der Universität Istanbul Gedanken über die zukünftige deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – darunter Röpke, Rüstow, Neumark sowie der Mathematiker Richard von Mises, Bruder des Ökonomen Ludwig von Mises. Es machte sich also eine Reihe neoliberaler Ökonomen intensiv Gedanken zur Nachkriegswirtschaftsordnung Westdeutschlands, publizierte sie und verbreitete sie innerhalb ihrer Kreise. Die Konstellation aus Akteuren war zum Teil eher wissenschaftlich orientiert und zu einem anderen Teil deutlich, später sogar ausschließlich, der Wirtschaftspolitik zugewandt. Dies bildete eine fruchtbare Grundlage für das Entstehen von konkreten wirtschaftspolitischen Grundsätzen für die Nachkriegszeit. Der deutsche Neoliberalismus versammelte also sowohl wissenschaftlich als auch wirtschaftspolitisch orientierte Akteure unter seiner Fahne bzw. denen seiner drei ‚Schulen‘.<sup>200</sup>

---

<sup>200</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 201

### **3.5 Die institutionelle Verankerung der neoliberalen Bewegung in Westdeutschland und ihre Verbindungen zur MPS**

#### *Die deutschen Neoliberalismen nach dem Zweiten Weltkrieg: Drei Schulen, drei unterschiedliche Stoßrichtungen*

Im Lager der deutschen neuen Liberalen lässt sich grob zwischen mindestens drei Schulen unterscheiden. Es lässt sich also bei Weitem nicht von einer absolut einheitlichen Formierung sprechen. Diese drei Schulen waren alle in der MPS durch ihre zentralen Akteure vertreten. Die theoretisch orientierte Freiburger Schule agierte vor allem im akademischen Feld auf nationaler und internationaler Ebene und baute die theoretische ökonomische Fundierung des deutschen Neoliberalismus in den frühen Jahren der Bundesrepublik weiter aus. Sie blieb dabei allerdings innerhalb der deutschen Volkswirtschaftslehre randständig.<sup>201</sup> Ferner gab es eine soziologisch orientierte Schule, die ihre akademischen Zentren in Frankfurt, Heidelberg und der Schweiz hatte und sich in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) gruppierte. Schließlich spricht Ptak von einer weiteren, davon zu trennenden Gruppe, den sogenannten ‚Praktikern‘, die Forschung betrieben, die sich auf die konkrete Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit bezog. Diese Gruppe formierte sich rund um das Bundeswirtschaftsministerium und die Universitäten Köln, Bonn, Mainz und Frankfurt, die alle in relativer geographischer Nähe zum neuen Regierungssitz in Bonn lagen.<sup>202</sup>

---

<sup>201</sup> Vgl. Hesse 2010, S. 19f.

<sup>202</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 133f.



### **3.5.1 Die aktive Rolle des BMWi – Ludwig Erhard und die Gruppe der Praktiker: Eine politische Strategie der Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik**

Für die westdeutsche Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war vor allem die Gruppe der ‚Praktiker‘ von zentraler Bedeutung. Die dazu gehörenden Akteure arbeiteten aktiv am Brückenbau zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft. Dabei gab es zwar unterschiedliche Kalküle, je nach Kontext, aus dem die Person stammte, aber dennoch eine klare Stoßrichtung: Sie wollten ein wissenschaftliches Fundament für die Wirtschaftspolitik Westdeutschlands in der Nachkriegszeit schaffen.<sup>203</sup>

Ludwig Erhard, der ab 1949 das Bundeswirtschaftsministerium leitete, hatten zweierlei Anliegen. Erhard war zum einen eine Person, die selbst aus der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung stammte und dieser bis zum Ende seines Lebens verbunden blieb und sie an zahlreichen Stellen förderte. Er sah also einen Nutzen in der Fundierung von Wirtschaftspolitik durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse und förderte Kooperationen zwischen dem Ministerium und einzelnen Forschungsinstituten sowie darüber hinausgehende Beratertätigkeiten durch Wissenschaftler, besonders über die Einrichtung des wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums.<sup>204</sup> Neben der Fundierung von Wirtschaftspolitik hatte Erhard ein zweites Anliegen bei seinen Integrationsbestrebungen: Er versuchte seine

---

<sup>203</sup> Vgl. ebd., S. 201-206.

<sup>204</sup> Vgl. Hesse 2010, S. 123f., vgl. auch Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 60 ( vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961), Brief von Ludwig Erhard an Alexander Rüstow vom 27.10.1952.

Machtbasis in der Politik durch ein wissenschaftliches Fundament zu festigen. Erhard, der als ‚Quereinsteiger‘ an die CDU geriet, verfügte kaum über eine substantielle, gewachsene Machtbasis innerhalb der Partei, zumal er selbst lange Zeit parteilos blieb. So machte er sein eigenes ‚Steckenpferd‘ – die Wirtschaftswissenschaft – zur Machtbasis seiner Politik und stärkte damit seine eigene Glaubwürdigkeit, sowohl innerhalb der Regierung und der Partei, als auch gegenüber der Bevölkerung.<sup>205</sup>

Umgekehrt war Wirtschaftswissenschaftlern aus dem neoliberalen Lager daran gelegen, ihre bereits entwickelten wirtschaftspolitischen Ideen umgesetzt zu sehen und deshalb Einfluss auf den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft und Wirtschaftsordnung zu gewinnen. Dies galt insbesondere für die Mitglieder der Gruppe der ‚Praktiker‘, die nahe dem Regierungssitz ihre Forschung betrieben und entsprechend die Ausrichtung ihrer Projekte an der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung orientierten. Oftmals gab das Bundeswirtschaftsministerium Studien in Auftrag, die sich auf konkrete Gesetzesvorhaben bezogen, um dazu Stellungnahmen aus der Wissenschaft zu bekommen. Rüstow beispielsweise sicherte diesbezüglich Erhard 1949 seine volle Unterstützung zu und lieferte programmatische Impulse in Kurzform an den Wirtschaftsminister.<sup>206</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. Erhard und Hohmann 1988, S. 19; vgl. ferner Löffler 2002, S. 457ff.

<sup>206</sup> Vgl. Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 60 (vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961), Brief von Alexander Rüstow an Ludwig Erhard am 03.09.1949.

Nun kann man freilich nicht behaupten, dass der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums eindeutig von neoliberalen Wissenschaftlern dominiert war. Im Gegenteil, es waren von Marxisten über Keynesianer bis hin zu Neoliberalen alle Richtungen wirtschaftspolitischer Gesinnung vertreten.<sup>207</sup> Dennoch lässt sich konstatieren, dass zum einen einige MPS-Mitglieder im Beirat saßen und mit ihren neoliberalen Positionen versuchten Einfluss zu nehmen.<sup>208</sup> Zum anderen war der Beirat nicht das einzige Gremium von Wissenschaftlern, welches das BMWi für die Substantiierung seiner Politik heranzog.

Vielmehr waren es auch die universitären wirtschaftspolitischen Forschungsinstitute, die eng mit dem BMWi vernetzt waren. So nahmen das Institut für Wirtschaftspolitik in Köln und das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik in Mainz regelmäßig Forschungsaufträge entgegen und gaben Politikempfehlungen ab. So heißt es etwa im Vorwort einer wirtschaftspolitischen Studie aus dem Jahre 1954 von Prof. Erich Welter, Vorstandsmitglied des Instituts in Mainz, zum Zweck der Arbeit des Instituts:

*„Das Institut möchte die Grundlagen der Ordnung der Wirtschaft, Geld, Eigentum und Wettbewerb, untersuchen. Es hofft, Verbesserungen der geltenden Ordnung vorschlagen zu können. Es will daneben von dem gewonnenen Standpunkt aus zu Spezialfragen*

---

<sup>207</sup> Vgl. Schanetzky 2007, S. 61 und Hesse 2010, S. 123f.

<sup>208</sup> Zur Zusammensetzung des Beirats vgl. die Liste der Beiratsmitglieder im Anhang 5. Walter Eucken ging kurz nach der Gründung des Beirats 1948, als es noch der Beirat der Verwaltung für Wirtschaft (VfW) war, von einem erheblichen Einfluss seiner Schule aus, wie er in einem Brief an Röpke 1948 konstatierte. Vgl. IWP Köln, NL Röpke, Ordner 12, Lettres 03.1944 – 04.1946, Brief 157, Brief von Walter Eucken an Wilhelm Röpke vom 30.04.1948. Dies lässt sich allerdings für spätere Positionierungen des Beirats nicht immer bestätigen, wie die Fallstudien in Kapitel 5 zeigen.

*der Wirtschaftspolitik Stellung nehmen, die ihm aktuell und wichtig zu sein scheinen.*<sup>209</sup>

Hier wird also deutlich benannt, dass der Zweck des Instituts eine an der konkreten Wirtschaftspolitik orientierten Forschung sein soll. Im Falle des Kölner Instituts für Wirtschaftspolitik war die enge Bindung an das BMWi ohnehin durch die personelle Überschneidung über Müller-Armack gewährleistet, der das IWP und die Grundsatzabteilung des BMWi zugleich leitete. Auch die Finanzierung des IWP erfolgte in Teilen durch eine jährliche Pauschale des BMWi.<sup>210</sup> Umgekehrt fanden ebenfalls Anbindung und Wissenstransfer hin zu den Instituten statt: So lieferten die Forschungsinstitute nicht nur regelmäßig Studien, sondern die Staatssekretäre und Beamte der Grundsatzabteilung des BMWi nahmen auch regelmäßig an Forschungskolloquien der Institute teil und waren in deren Gremien entsprechend vertreten. Beispielhaft sei hier die Mitgliedschaft von Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht im Verwaltungsrat des Mainzer Forschungsinstituts erwähnt.<sup>211</sup>

Es waren nicht zuletzt auch Stellungnahmen von einzelnen prominenten Wissenschaftlern, die das BMWi für die Verfolgung seiner Politik heranzog. Dies wurde von den übrigen wirtschaftspolitischen Beratergremien des Ministeriums nicht gerade begrüßt, wie Stellungnahmen von Personen aus dem Beirat des BMWi zu Gutachten von einzelnen Wissenschaftlern verdeutlichen. Insbesondere das Gutachten von Wilhelm Röpke zur deutschen

---

<sup>209</sup> Welter 1954, Einleitung.

<sup>210</sup> Vgl. Kowitz 1998, S. 126.

<sup>211</sup> Vgl. Universitätsarchiv Mainz, Sign. S8-B55, Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Johannes Gutenberg Universität, Haus Recht und Wirtschaft, Stand 1971, Tätigkeitsbericht des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik, S. 6.

Wirtschaftspolitik aus dem Jahre 1950 kann als Beispiel für eine solche Flankierung der liberalen Wirtschaftspolitik Erhards gelten, denn es wurde systematisch zu diesem Zweck genutzt.<sup>212</sup> Selbst Bundeskanzler Adenauer zeigte sich beeindruckt von Röpkes Gutachten.<sup>213</sup> Entsprechend kam es zu dem erwähnten Unmut anderer Beratergremien darüber, dass Röpke mit einem umfassenden Sondergutachten von Erhard persönlich beauftragt wurde. Insbesondere Teile des wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums zeigten sich deutlich empört über das Gutachten. Der Keynesianer Erich Schneider sprach in diesem Zusammenhang von einer „Diktatur der Liberalen.“<sup>214</sup>

### **3.5.2 Die Neoliberalen soziologischer Richtung: ASM und VdMA**

Neben den bereits erwähnten Forschungsinstituten und Einzelpersonen wusste das BMWi auch weitere neoliberale Gruppierungen einzubinden. Wenn auch der wirtschaftspolitische Einfluss der Freiburger Schule als relativ gering eingestuft werden kann, so kann man für die andere Gruppierung, die soziologische Richtung neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler, eine erhebliche Beratungstätigkeit in der Wirtschaftspolitik feststellen. Das gilt insbesondere für Alexander Rüstow und die 1953 gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) formierenden Wissenschaftler und Wirtschaftspolitiker. Rüstow kann dabei als erfahrener Lobbyist gelten, der

---

<sup>212</sup> Das Gutachten von Röpke wurde 1950 veröffentlicht und weit verbreitet: Röpke 1950.

<sup>213</sup> Archiv des IWP, NL Röpke, Panzerschrank\_Korrespondenz III, Brief 136, Brief von Konrad Adenauer an Wilhelm Röpke vom 02.10.1953.

<sup>214</sup> Zitiert nach Hesse 2010, S. 126.

bereits in den 1920er und 1930er Jahren als Lobbyist für den Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten (VdMA) in Berlin tätig war und auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der Politikberatung aktiv blieb.<sup>215</sup> So initiierte er zahlreiche Treffen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern und Erhard zur Diskussion von konkreten Gesetzgebungsverfahren.<sup>216</sup>

Die ASM kann dabei, wie von Becker vorgeschlagen, als 'advokatische Ideenagentur' begriffen werden, die versuchte, in konkrete wirtschaftspolitische Gesetzgebungsverfahren zu intervenieren.<sup>217</sup> Der Begriff der advokatischen Ideenagentur steht dabei für eine wissenschaftsnahe politische Lobbygruppierung.<sup>218</sup> Damit entsprach die ASM nicht dem Bild, das Hayek in der MPS von der Rolle von neoliberalen Wissenschaftlern in der Nachkriegszeit zeichnete. Denn in der ASM lässt sich eindeutig ein Abweichen von der in der MPS priorisierten Strategie der Intellektuellen-Hegemoniebildung erkennen. Im Vergleich zum IEA in Großbritannien war die ASM sehr stark daran interessiert, konkret die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit mitzugestalten.<sup>219</sup> Dies gilt ebenso für die strategische Ausrichtung der oben erwähnten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Köln, Bonn und Mainz, die – wie die ASM – nah an der Tagespolitik arbeiteten und nur

---

<sup>215</sup> Vgl. Rüstow 1981, S. 371.

<sup>216</sup> Vgl. Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 60, vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961. Briefwechsel zwischen Alexander Rüstow und Ludwig Erhard 1949, 1950, 1952.

<sup>217</sup> Vgl. Becker 2011, S. 11.

<sup>218</sup> Vgl. ebd., S. 11f.

<sup>219</sup> Vgl. ebd., S. 4-9.

indirekt – nämlich in der universitären Lehre – an der unter 3.3.2 erläuterten mittelfristigen intellektuellen Hegemoniestrategie festhielten.<sup>220</sup>

Interessant an der ASM ist jedoch auch, dass auf den häufig von ihr veranstalteten Konferenzen nicht nur gesetzgebungsnahe Themen behandelt wurden. Sie fanden auch geographisch gesehen nahe dem Regierungsbetrieb in der Hauptstadt Bonn – zumeist im Stadtteil Bad Godesberg – statt, was begünstigte, dass zahlreiche Politiker dort in den 1950er Jahren anwesend waren, ja sogar auch selbst Vorträge hielten und sich in der ASM einbrachten. Im wichtigsten Gremium der ASM, dem Vorstand, war seit Mitte der 1950er Jahre durchgängig ein Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion vertreten, weswegen von absoluter parteipolitischer Unabhängigkeit nicht die Rede sein kann.<sup>221</sup> Dies ist also ein weiteres Abweichen von der MPS-Strategie der Parteiunabhängigkeit, die im ‚statement of aims‘ festgeschrieben war.<sup>222</sup>

### **3.5.3 Die theoretisch orientierte Freiburger Schule und die Zeitschrift ORDO**

Ganz anderes ist für die oben bereits erwähnte Freiburger Schule zu konstatieren. Ganz im Sinne Euckens und Hayeks strebten neoliberale Wissen-

---

<sup>220</sup> Zur Einbindung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute in die Tagespolitik vgl. Ptak 2004, S. 248-264.

<sup>221</sup> Vgl. Becker 2011, S. 43f. Die Frage nach der politischen Unabhängigkeit der ASM gegenüber der CDU und insbesondere dem damaligen Kanzler Erhard war zentrales Thema eines ASM-internen Konfliktes im Jahr 1966. Siehe hierzu ebd., S. 69-78.

<sup>222</sup> Es handelte sich sicherlich nicht um ein ‚bewusstes‘ Abweichen von der MPS-Strategie, sondern vielmehr um ein Engagement deutscher Neoliberaler, die ihre historische Chance zur Implementierung ihrer Ideen nutzen wollten.

schaftler aus Freiburg eher eine Diskursverschiebung in den Wirtschaftswissenschaften zugunsten neoliberaler Leitideen an, waren damit aber im gesamtakademischen deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Umfeld ziemlich marginalisiert.<sup>223</sup> Dennoch wurden in Freiburg – ähnlich wie in London das IEA – Institutionen gegründet, die noch bis heute an einer neoliberalen intellektuellen Hegemonie arbeiten. Gemeint ist zum einen die Gründung der wissenschaftlichen Zeitschrift *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* im Jahre 1948 durch Walter Eucken und Franz Böhm, eine wissenschaftliche Zeitschrift, die erhebliche publizistische Wirkung entfalten konnte und namhaften neoliberalen Autoren aus der ganzen Welt einen Ort für Publikationen in Deutschland schaffte. Gemeint ist zum anderen der wissenschaftliche Think Tank Walter–Eucken-Institut, der nach dem Tod Euckens im Jahre 1954 gegründet wurde und zusammen mit *ORDO* zum intellektuellen Koordinierungspunkt der deutschen Neoliberalen avancierte.

Gerade die wissenschaftliche Zeitschrift *ORDO* war ein Publikationsorgan, das im Vergleich zu den publizistischen Produkten der ASM ein wesentlich höheres Renommee in der akademischen Welt genoss und in dem viele führende neoliberale Wissenschaftler – darunter auch viele MPS-Mitglieder – publizierten. Man könnte gewissermaßen vom wissenschaftlichen Hausor-

---

<sup>223</sup> Zur Rolle der Neoliberalen in den deutschen Wirtschaftswissenschaften als Fachbereich vgl. Hesse 2010, S. 19f.



gan der deutschen Neoliberalen sprechen. Es war darüber hinaus eine wissenschaftliche Fachzeitschrift, die Vertreter aller sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen unter einem Dach versammelte.<sup>224</sup>

Allein schon der Kreis der Herausgeber macht die enge Bindung zur MPS deutlich. Von der Gründung 1948 über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg gehörten alle Herausgeber des *ORDO* der MPS an: Eucken, Böhm, Meyer, Brandt, von Dietze, Hayek, Lutz, Röpke und Rüstow. Und bei dieser Konstellation handelte es sich mitnichten um randständige Akteure, sondern vielmehr um einige der führenden deutschen MPS-Mitglieder.<sup>225</sup>

Man kann auch an dieser Konstellation feststellen, dass alle Gruppierungen der deutschen Neoliberalen vertreten waren: Die Freiburger Schule zunächst durch Eucken, später durch Böhm und von Dietze; die soziologische Schule durch Röpke und Rüstow; die regierungsnahen Praktiker durch Böhm als CDU-Mitglied und Mitglied des Bundestags und den nah an der Tagespolitik arbeitenden Rüstow; darüber hinaus die internationale Anbindung über Brandt aus Washington und Lutz und Röpke aus Zürich, sowie Hayek als dem führenden MPS-Mitglied und Vertreter einer weiteren Schule, der österreichischen Schule der Neoliberalen, die sich stark an Ludwig von Mises orientierte.<sup>226</sup>

---

<sup>224</sup> Zur Bedeutung des Jahrbuchs *ORDO* vgl. den Aufsatz von Franz Böhm im dritten Band des *ORDO* von 1950. Vgl. Böhm 1950; vgl. auch Franz Böhm, Eine wirkliche Freiheitsordnung, in: *FAZ*, 02.10.1950, S. 7.

<sup>225</sup> Vgl. Kapitel 4.

<sup>226</sup> Zu Hayek und der Österreichischen Schule vgl. Neck 2008, S. 177-188.

Ähnliche Tendenzen wie beim Herausgeberkreis lassen sich auch für die Autoren im *ORDO* feststellen: An Abbildung 2 wird deutlich, dass zwischen 1948 und 1963 regelmäßig eine große Anzahl von Autoren im *ORDO* publizierte, die Mitglieder der MPS waren. Das gilt sowohl für deutsche als auch für aus anderen Ländern stammende MPS-Mitglieder. Dazu gehörten sowohl die führenden deutschen Akteure, wie Meyer, Veit, Hensel, Röpke oder Böhm, als auch führende internationale MPS-Akteure, wie Hayek, Popper oder Antoni.<sup>227</sup>

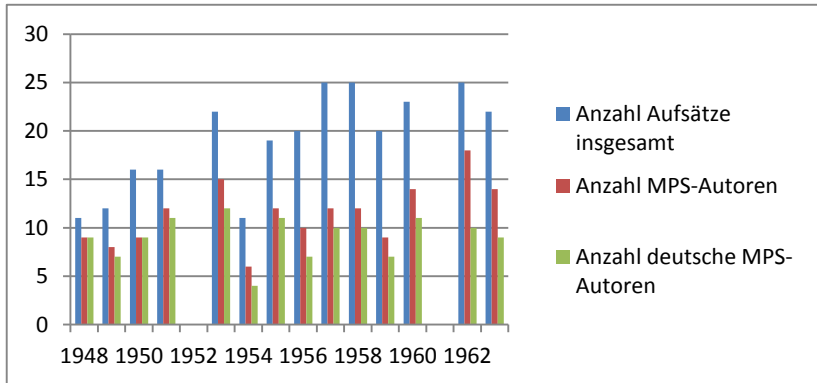


Abbildung 2: Anzahl MPS-Autoren in *ORDO* von 1948-1963, eigene Darstellung.<sup>228</sup>

In *ORDO* wurden die zentralen Auseinandersetzungen, die in der MPS auf internationaler Ebene angestoßen wurden, auf der nationalen Ebene weiter diskutiert. Die Zeitschrift stellte also einen zentralen Diskursraum neoliberaler Wissenschaftler dar und spiegelte insofern auch die zentralen Debatten der 1950er und 1960er Jahre wider, beispielweise die Debatten um die

<sup>227</sup> Vgl. ebd.

<sup>228</sup> Vgl. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, 1948-1963.

Frage, wie eine richtige Wettbewerbspolitik und Geld- und Währungspolitik auszusehen hat.<sup>229</sup> Das diese Debatten auch von den politisch Verantwortlichen rezipiert wurden, deutet zumindest eine Bestellung von 15 Sonderdrucken eines Aufsatzes von Hans Ilau im *ORDO* an, der in Anbetracht seiner Relevanz für die Notenbank an den gesamten Zentralbankrat verteilt wurde.<sup>230</sup>

### 3.5.4 Die Freiburger Schule und das Walter-Eucken-Institut

Das Walter-Eucken-Institut, das als zentraler Eckpfeiler der ‚Hayek-Strategie‘ einer intellektuellen Hegemonie in Deutschland gelten kann, wurde vor allem mit Vorträgen, wissenschaftlichen Tagungen und Veröffentlichungen aktiv und bot so eine Plattform für neoliberale Diskurse in der westdeutschen akademischen Öffentlichkeit. Das mit Unterstützung von Röpke, Erhard und vielen weiteren neoliberalen Wissenschaftlern gegründete Institut entsprach deutlich den strategischen Vorstellungen, die Hayek von einem Wiederaufleben des Liberalismus hatte.<sup>231</sup> So führte Hayek das Institut auch während der 1960er Jahre, nachdem er nach Freiburg berufen worden war. Die Diskussionen im Rahmen des Instituts waren dabei nicht primär an den tagespolitischen Ereignissen orientiert, sondern vielmehr an den großen

---

<sup>229</sup> Vgl. ebd.

<sup>230</sup> Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2027, Vocke: Korrespondenz I, Brief von Wilhelm Vocke an Hans Ilau vom 04.09.1950.

<sup>231</sup> Zu Röpkes unmittelbarer Beteiligung an der Gründung des Instituts vgl. den Briefwechsel von Wilhelm Röpke und Edith Eucken im September und Oktober 1953, der die Vorbereitungen für die Gründung beschreibt. IWP, Röpke Archiv, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 86, Brief von Wilhelm Röpke an Edith Eucken-Erdsiek vom 25.10.1953, und Brief 87/88, Brief von Edith Eucken-Erdsiek an Wilhelm Röpke vom 21.10.1953.

Fragestellungen, die auch im Rahmen der MPS diskutiert wurden. Eine Startfinanzierung bekam das Walter-Eucken-Institut auf Erhards Wunsch von der Bank deutscher Länder, ferner von Hermann Josef Abs, Vorstandssprecher der Süddeutschen Bank, und Hugo Zinßer, Vorstand der Dresdner Bank.<sup>232</sup> Von Seiten der BdL war eine längerfristige Förderung angedacht, die 5.000 DM jährlich umfasste.<sup>233</sup>

Bei den Mitgliedern des Walter-Eucken-Instituts handelte es sich um einen handverlesenen Kreis von Wissenschaftlern. Darunter waren die meisten Professoren, einige wenige Personen mit Dokortitel sind ebenfalls vorzufinden. Man kann also zu Recht von einer akademisch geprägten intellektuellen Elite sprechen, die dort zusammentraf.

Abbildung 3 zeigt, dass viele MPS-Mitglieder zu den Vortragenden bei den Veranstaltungen des Walter-Eucken-Instituts gehörten. Auch wenn das Walter Eucken-Institut mit seinem Standort Freiburg geographisch gesehen eher abseits in Westdeutschland lag, wurde es dennoch durch den geschaffenen Diskursraum zu einem attraktiven Versammlungsort der deutschen Neoliberalen. Nicht zuletzt die Anwesenheit zahlreicher Schüler und Kollegen Walter Euckens, sowie ab 1962 die Schüler Hayeks, machten das Walter-

---

<sup>232</sup> Zur finanziellen Förderung des Walter-Eucken-Instituts durch die BdL, Abs und Zinßer vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Vocke vom 15.01.1955; vgl. auch das Dankeschreiben von Edith Eucken-Erdsiek für die Ankündigung der Förderung. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Edith Eucken-Erdsiek an Wilhelm Vocke vom 02.04.1951.

<sup>233</sup> Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Wilhelm Könneker und Eduard Wolf (Direktorium der Bank deutscher Länder) an das Walter Eucken Institut vom 02.11.1954. Zur Summe vgl. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Edith Eucken-Erdsiek an Wilhelm Vocke vom 02.04.1951.

Eucken-Institut zu einem wichtigen Anlaufpunkt. So waren deutsche MPS-Mitglieder aus Köln, Münster, Frankfurt, Kiel, Hamburg regelmäßig auf den Treffen des Instituts zugegen. Dies galt ebenso für MPS-Mitglieder, die nicht in Deutschland ansässig waren. Wenn sich internationale MPS-Mitglieder außerhalb der MPS-Konferenzen in Westdeutschland trafen, dann vorwiegend im Rahmen der Vorträge des Walter-Eucken Instituts.<sup>234</sup> So wurden 17 der insgesamt 49 Vorträge zwischen 1954 und 1963 von nicht-deutschen MPS-Mitgliedern bestritten, darunter prominente neoliberale Akteure wie Hayek, Machlup, Polanyi und Haberler.<sup>235</sup>

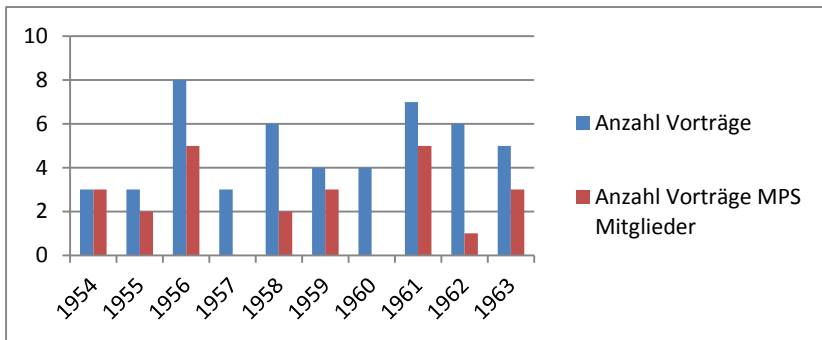


Abbildung 3: Anzahl der Vorträge von MPS-Mitglieder im Rahmen der Veranstaltungen des Walter-Eucken Instituts von 1954-1963, eigene Darstellung.

<sup>234</sup> Vgl. Liste der Vorträge zwischen 1954 und 1963 auf der Homepage des Walter-Eucken Instituts am 15.05.2012: <http://www.walter-eucken-institut.de/veranstaltungen/veranstaltungen-archiv/veranstaltungen-1954-2007/veranstaltungen-1954-1963.html>; zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>235</sup> Vgl. Anhang 4.

### 3.6 Das neoliberale Institutionengeflecht in Deutschland im Überblick

Aus den Erläuterungen oben wird deutlich, dass deutsche Neoliberale ein weitverzweigtes, gut aufgestelltes Institutionengeflecht errichteten. Dieser Verbund aus wissenschaftlichen Think Tanks, advokatischer Ideenagentur, wirtschaftspolitischen Forschungsinstituten und wissenschaftlichen Beiräten sowie dem BMWi und seiner Grundsatzabteilung war ausgesprochen gut vernetzt und überregional aufgestellt. Trotz der wissenschaftlich gesehen eher marginalen Rolle der deutschen Neoliberalen waren die Akteure aus der Wissenschaft dennoch durch die gute Anbindung an das BMWi sehr wirkungsmächtig und konnten ihren Einfluss regelmäßig in politischen Auseinandersetzungen geltend machen.

Insgesamt lässt sich eine Dreiteilung der Strategie deutscher Neoliberaler feststellen. Während Think Tanks wie das Walter-Eucken-Institut in Einvernehmen mit der Zeitschrift *ORDO* eher an einer an Hayek anknüpfenden Strategie der langfristigen Diskurshegemonie arbeiteten, ging die ASM den Weg der direkten politischen Intervention in konkrete Gesetzgebungsverfahren, bei der gleichzeitigen Organisation öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen. Drittens gewährleisteten der wissenschaftliche Beirat des BMWi und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute konkrete Beratungstätigkeiten.

Man kann schließlich feststellen, dass die Initiative zur Vernetzung innerhalb der Wissenschaft maßgeblich von dem BMWi selbst ausging, das sich durch wissenschaftliche Gutachten ein Fundament für seine Macht schaffte und die dafür notwendige Infrastruktur an Forschungseinrichtungen und Kontakten in die Wissenschaft entsprechend pflegte. Der politische Wille zur

Einbindung von neoliberalen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern in die Wirtschaftspolitik ging also stark vom Ministerium selbst aus. Von Bedeutung ist ferner noch die Rolle der Presse. Die MPS-nahen Wirtschaftsredaktionen der *FAZ* und der *NZZ* flankierten zum einen die wirtschaftspolitische Stoßrichtung des BMWi unter Erhard, zum anderen griffen sie die neoliberalen Diskurse im Walter-Eucken-Institut und in *ORDO* auf. Man kann bei den oben genannten Tageszeitungen und Fachzeitschriften also von Publikationen sprechen, die eine Bindegliedfunktion erfüllten und kurzfristige politische Interventionen in eine langfristige Diskurshegemonieetablierung einbetteten. Ihre Bedeutung innerhalb von wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen darf also nicht unterschätzt werden und wird in Kapitel 4 auch exemplarisch dargestellt.

Die Dreiteilung der Strategie neoliberaler Wissenschaftler entspricht auch der Aufteilung in drei unterschiedliche Schulen des Neoliberalismus in Deutschland. So war die Gruppe der „Praktiker“ im BMWi und den sie umgebenden Wissenschaftsinstitutionen vertreten. Die soziologische Schule war vor allem darauf konzentriert, unmittelbar in wirtschaftspolitische Gesetzgebungsprozesse von außen einzugreifen und agierte über die ASM.

Und die Freiburger Schule arbeitete stärker an einer langfristigen Fundierung der neoliberalen Hegemonie.

Das Institutionengeflecht wird in Abbildung 4 noch einmal zusammenfassend dargestellt. Aus der Darstellung geht insbesondere die Zentralität des BMWi hervor. Darüber hinaus wird deutlich, dass das Ministerium auch oftmals die Initiative ergriff, wenn es um die Heranziehung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ging. Nicht zuletzt wird auch sichtbar, dass es eine Trennung zwischen den stark am Wissenschaftsbetrieb ausgerichteten und eher an der Tagespolitik orientierten Institutionen gab.

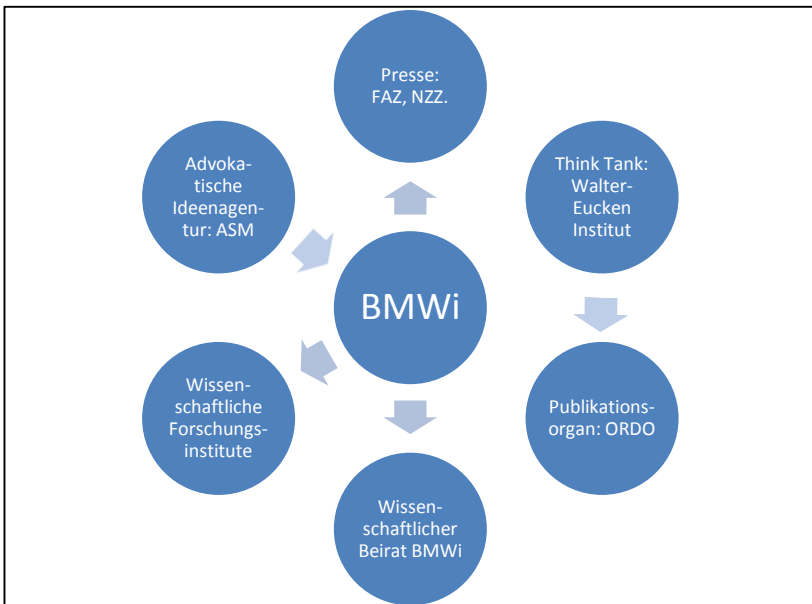


Abbildung 4: Institutionelle und organisationelle Aufstellung der deutschen Neoliberalen, eigene Darstellung.



## **4. Das dynamisch-wolkige Wirtschaftspolitiker-, Unternehmer- und Wissenschaftlernetzwerk der deutschen MPS-Mitglieder**

Dieses Kapitel stellt die personelle Verflechtung deutscher MPS-Akteure dar und bewertet die Schlagkraft dieser Koalition von Akteuren in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zunächst nur unter Berücksichtigung der netzwerkinternen Zusammenhänge. Das heißt, dass erst einmal die Kapazitäten deutscher Neoliberaler für politische Auseinandersetzungen ohne Berücksichtigung der Stärke der politischen Gegner evaluiert werden. Es geht darum, die Einflusskanäle dieser Akteure in die Wirtschaftspolitik auf unterschiedlichen Ebenen zu identifizieren und nachzuzeichnen. Kapitel 4 bereitet damit Kapitel 5 vor, in dem im Anschluss konkrete wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen bei Gesetzgebungsverfahren analysiert werden. Während Kapitel 3 vor allem die Verflechtung von Organisationen und von Akteuren über Organisationen fokussiert hat, widmet sich Kapitel 4 sowohl der Vernetzung über Organisationen als auch der informellen Vernetzung von Akteuren untereinander jenseits der gemeinsamen Zugehörigkeit zu Forschungseinrichtungen, Think Tanks etc. Die Quellengrundlage ändert sich dementsprechend ebenfalls gegenüber Kapitel 3. Kapitel 4 greift gegenüber Kapitel 3 zunehmend auf die private Korrespondenz von neoliberalen Akteuren mit (zeitweiliger) MPS-Mitgliedschaft zurück, um informelle Einflusskanäle zu identifizieren, die nicht in den organisationsbezogenen Quellen sichtbar werden.

In einem ersten Schritt werden die Verflechtungen der verschiedenartigen Organisationen im Detail vorgestellt. Dabei wird vor allem die dynamische

Entwicklung der entstehenden Koalition in der frühen Bundesrepublik deutlich gemacht. Schrittweise kamen sowohl Institutionen als auch einzelne Personen zur MPS-Koalition dazu. Zudem werden in einem weiteren Schritt eine Reihe von zentralen Akteuren herausgegriffen, die in ihren – auch vielfältigen informellen – Einflusskanälen detaillierter dargestellt werden. Damit wird am Ende des Kapitels eine lebendige und dynamische Koalition von Akteuren sichtbar, die in der Ära Adenauer an der Gestaltung von Wirtschaftspolitik beteiligt waren.

Nicht zuletzt beabsichtigen Kapitel 4 und Kapitel 5, allgemein die Frage zu beantworten, wie wirtschaftspolitische Beratung und Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer aussah. Abschließend sollen sich aus den hier vorgestellten Fallstudien auch Rückschlüsse auf die Funktionsweise von wirtschaftspolitischer Beratung in den 1950er und 1960er Jahren im Allgemeinen ziehen lassen.

## **4.1 Netzwerkanalyse der deutschsprachigen MPS-Mitglieder**

### **4.1.1 Die Entwicklung der deutschen MPS-Mitgliedschaft von 1947 bis 1963 im Überblick**

Zu den deutschen Mitgliedern der Mont Pèlerin Society gehörte zwischen 1947 und 1963 – also von Gründung der Gesellschaft bis zum Ende der Kanzlerschaft Adenauers – ein kleiner Kreis von Ökonomen, Soziologen und Historikern, die als Bestandteil einer internationalen neoliberalen Intellektuellenbewegung gelten können. Darunter befanden sich auch zentrale Wirtschaftspolitiker der Zeit, deren Berater, deren Angestellte sowie eine Gruppe namhafter Wissenschaftler des deutschsprachigen Raums.

Den Begriff des deutschen MPS-Mitglieds gilt es vorab ein wenig präziser zu definieren, damit klar ist, wer durch das Sample erfasst wird.<sup>236</sup> Aufgenommen wurden nur diejenigen Personen aus der MPS, die einen direkten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse hatten (z. B. Ludwig Erhard), wirtschaftspolitisch involviert waren oder an wirtschaftspolitischen Diskursen partizipierten, entweder in Deutschland einen Universitätslehrstuhl innehatten oder aber schließlich vom Ausland aus Einfluss auf die wirtschaftspolitische Linie zu nehmen versuchten, indem sie beispielsweise öffentlich Stellung nahmen.

So finden sich unter den ausgewählten und betrachteten Akteuren der MPS-Mitglieder sowohl ein Friedrich August von Hayek, der aus Österreich stammte, den größten Teil des Untersuchungszeitraums jedoch in Großbritannien an der *London School of Economics* (LSE) lehrte, dennoch aber wichtig für die Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland war. Ähnliches gilt für Wilhelm Röpke, der ursprünglich aus Deutschland kam, aber nach Kriegsende seinen Lebensmittelpunkt nicht mehr nach Deutschland zurückverlagerte, gleichwohl durch seine zahlreichen publizistischen und persönlichen Interventionen einen nicht unbedeutenden Einfluss für die deutschen wirtschaftspolitischen Diskurse hatte. Es findet sich aber auch ein Ludwig Erhard darunter, der zwar nie in erster Linie eine Universitätsprofessur ausübte, jedoch in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister maßgeblich die Wirtschaftspolitik der frühen Bundesrepublik mitgestaltete. Und auch

---

<sup>236</sup> Dies geschah zwar bereits im Rahmen von Kapitel 1.2. Es erscheint aber sinnvoll, die dort vorgestellte Systematisierung hier noch einmal aufzugreifen und in den Kontext des Kapitels zu stellen.

ein Karl Friedrich Maier, der schwerpunktmäßig wissenschaftlich an der Universität Freiburg forschte und lehrte, sich im Walter Eucken-Institut engagierte und im *ORDO* publizierte, zählt zum Sample der deutschsprachigen MPS-Mitglieder.

Darüber hinaus wurden auch Gäste der MPS-Konferenzen, die im Untersuchungszeitraum an politisch oder wissenschaftlich relevanten Stellen wirkten, mit einbezogen, bei denen nicht ganz sicher ist, ob sie vollwertige Mitglieder der Gesellschaft waren. Beispielsweise wurde Rolf Gocht, Ministerialbeamter in der Grundsatzabteilung im BMWi und Gast bei der MPS-Konferenz 1953 in Seelisberg, in das Sample mit einbezogen.<sup>237</sup> Auf der anderen Seite wurden hingegen verschiedene österreichische Mitglieder der MPS, wie Ludwig von Mises, aus dem letztendlichen Sample ausgeklammert, da sie – wie Literaturrezeption und umfassende Quellenstudien gezeigt haben – weitgehend irrelevant für den westdeutschen wirtschaftspolitischen Diskurs blieben. Anderes gilt jedoch für einige der Schweizer Mitglieder der MPS, die sich entweder über die Tätigkeit für die *NZZ* oder aber durch ihre Prominenz in der deutschen wirtschaftspolitischen Beratung als Akteure für das Sample qualifizieren.<sup>238</sup> Dieses Auswahlverfahren liegt also derjenigen Gruppe von Akteuren zugrunde, die nun im Weiteren als deutschsprachige MPS-Mitglieder bezeichnet werden, auch wenn vereinzelte MPS-Mitglieder, z. B. aus Österreich, hier ausgeschlossen sind.

---

<sup>237</sup> Zur Teilnahme von Gocht in Seelisberg vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-055/4, D VIII, The Mont Pèlerin Society, list of participants, 7.-12.09.1953.

<sup>238</sup> Hier sind vor allem Carlo Mötteli und Wilhelm Röpke sowie Albert Hunold zu nennen.

In der ‚Ära Adenauer‘ befand sich die Anzahl der deutschen MPS-Mitglieder insgesamt auf einem recht bescheidenen Niveau. Im Gründungsjahr der Gesellschaft 1947 zählte die MPS sieben deutschsprachige Personen, auf die die oben genannten Merkmale zutreffen, zu ihren Mitgliedern, bei einer Gesamtzahl von 64 Gründungsmitgliedern. Es handelte sich also um rund zehn Prozent der gesamten Mitglieder.<sup>239</sup> Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Anzahl der Akteure im Sample im Jahre 1961 mit rund 32 Personen, bei einer Gesamtzahl von 258 Mitgliedern weltweit, also rund 13 % der Gesamtzahl.<sup>240</sup> Danach nahm die deutschsprachige Mitgliederzahl aufgrund der Krise der MPS im Rahmen der Hunold-Affäre wieder ab.<sup>241</sup> Einen leichten Knick nach unten erlitt die Mitgliederzahl auch aufgrund des Todes einiger Akteure, darunter Leonhard Miksch und Walter Eucken im Jahre 1950.

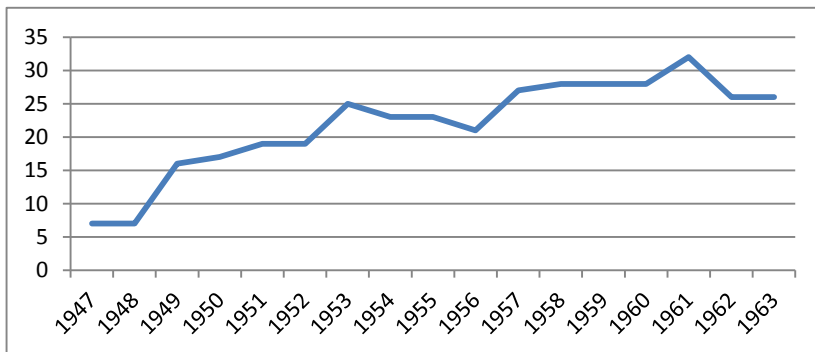


Abbildung 5: Deutsche MPS-Mitgliederentwicklung zwischen 1947 und 1963 in absoluten Zahlen, eigene Darstellung.

<sup>239</sup> Vgl. Hartwell 1995, S. 51.

<sup>240</sup> ACDP, NL. Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, The Mont Pèlerin Society, January 1, 1961, S. 12-23.

<sup>241</sup> Zur Hunold Affäre vgl. Kapitel 3.3.2.

Die Mitgliedschaft der MPS zeichnete sich dabei also nicht gerade durch Quantität, sondern v. a. durch ihre „Qualität“ aus. Das entsprach auch dem Anspruch der MPS, einen exklusiven, elitären Kreis von Akteuren unter einem Dach zu versammeln. Zu ihnen gehörten anfangs der namhafte und einflussreiche Freiburger Ökonom Walter Eucken, Friedrich August von Hayek als Initiator der MPS, Albert Hunold, der langjährige europäische Sekretär der Gesellschaft, die Exilanten Friedrich A. Lutz, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, die vor dem NS-Regime geflohen waren und nun die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft mitgestalten wollten, und nach dem Krieg Lehrstühle in Kontinentaleuropa annahmen, sowie schließlich der Münchener Historiker Franz Schnabel, der zwar kein Exilant, aber dennoch entschiedener Gegner des NS-Regimes gewesen war und deshalb von 1933 bis 1945 seinen Lehrstuhl verloren hatte.<sup>242</sup>

Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, konnte man nur Mitglied der MPS werden, wenn man von einem anderen Mitglied vorgeschlagen wurde und das Direktorium der MPS die Mitgliedschaft bestätigte. Ausgewählt und vorgeschlagen wurden deutsche MPS-Mitglieder anfangs vor allem durch Walter Eucken bis zu dessen Tod im Jahre 1950 sowie durch Alexander Rüstow. Beide verstanden sich als ein Team von Wissenschaftsstrategen, die sich neben der Lehrstuhlbesetzung in Westdeutschland auch über eine ‚Grand Strategy‘ der Neoliberalen in Deutschland sowie weltweit Gedanken machten.<sup>243</sup>

---

<sup>242</sup> Zu Franz Schnabel vgl. Gall 2007.

<sup>243</sup> Dahingestellt sei, ob deren strategische Überlegungen auch nur annähernd an einer Realisierungschance orientiert waren. Zu den strategischen Überlegungen vgl. den Brief von Eucken an Rüstow im Februar 1950. BA, NL Rüstow, Sign. N 1169 3, Brief von Walter Eucken an Alexander Rüstow vom 08.02.1950.

#### **4.1.2 Entwicklung des Samples im Zeitverlauf**

Nach diesem überblicksartigen Eindruck vom MPS-Sample erfolgt nun eine dynamische Darstellung und Analyse des Akteursfelds. Insgesamt ist eine akteurszentrierte Analyse v. a. deshalb sinnvoll, weil man an ihr erkennen kann, dass das „Zusammenfinden“ der Akteure der Bildung von Organisationen auf nationaler Ebene vorausgeht. Dies betont damit einmal mehr die Bedeutung der MPS als Initiationspunkt der Integration deutscher neoliberaler Wissenschaftler. Die Darstellung greift der Gründung der Bundesrepublik 1949 zwei Jahre voraus, um die Gründergeneration der MPS mit einzubeziehen.

##### *1947: Die Gründergeneration*

Die „Gründergeneration“ der hier ausgewählten MPS-Mitglieder zeichnete sich dadurch aus, dass sie ausschließlich aus Wissenschaftlern sowie dem europäischen Sekretär der MPS – ein Unternehmer – bestand. Die sieben Akteure, die dem Kernsample im Jahre 1947 zuzuordnen sind, waren also – wenn auch alle wirtschaftspolitisch interessiert – der wissenschaftlichen Forschung als Hauptberufsfeld zuzuordnen und widmeten sich im Jahre 1947 auch hauptsächlich der Forschung. Bis auf eine Ausnahme handelte es sich dabei ausschließlich um Universitätsprofessoren, die im Jahre 1947 vorwiegend außerhalb des besetzten Deutschlands tätig waren. Das Sample

setzt sich zusammen aus vier Volkswirtschaftlern, einem Wirtschaftshistoriker, einem Neuzeithistoriker sowie einem Unternehmer, dem europäischen Sekretär der MPS.<sup>244</sup>

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Eintritt MPS	Austritt MPS
Eucken	Walter	Freiburg	Universitätsprofessor	1947	1950 (†)
Hayek	Friedrich A.	London	Universitätsprofessor	1947	1992 (†)
Hunold	Albert	Zürich	Angestellter Unternehmerverband	1947	1961
Lutz	Friedrich A.	Princeton	Universitätsprofessor	1947	1974
Röpke	Wilhelm	Genf	Universitätsprofessor	1947	1961
Rüstow	Alexander	Istanbul	Universitätsprofessor	1947	1961
Schnabel	Franz	München	Universitätsprofessor	1947	1956

*Tabelle 1: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1947, eigene Darstellung.*<sup>245</sup>

Als Zentrum der deutschen MPS-Mitglieder kann zunächst Freiburg gelten. Denn in Freiburg hatte das MPS-Gründungsmitglied Walter Eucken seinen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre inne und pflegte von dort aus engen Kontakt mit vielen – über die ganze Welt verteilten – gleichgesinnten Wissenschaftlern.<sup>246</sup> Darunter befanden sich weitere Personen des Kernsamples. Zwei aus dem englischsprachigen Raum: Friedrich A. Lutz, der als ehemaliger Freiburger zu diesem Zeitpunkt noch im Exil in den USA in Princeton

<sup>244</sup> Vgl. Anhang 1b.

<sup>245</sup> Vgl. ebd.

<sup>246</sup> Zu Eucken vgl. Grosseckttler 2010.



weilte<sup>247</sup>, und Friedrich August von Hayek als Initiator der MPS, der 1947 in London lehrte, später aber nach Chicago und erst zu Beginn der 1960er Jahre nach Freiburg wechselte.<sup>248</sup> Dazu gehörten weiterhin die Schweizer Gruppe rund um Wilhelm Röpke und den aus Zürich stammenden Sekretär der MPS Albert Hunold.

Für einen Austausch und eine Koordination von Aktivitäten mit anderen liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftlern gab es auf internationaler Ebene kurz nach dem Zweiten Weltkrieg keine wirkliche Alternative zur MPS.<sup>249</sup> Alfred Müller-Armack brachte diesen Umstand in seinen Memoiren in einer Bewertung der Bedeutung der MPS für ihn zum Ausdruck:

*„Das bunte Gebilde internationaler Kontakte bot damals die Mont Pèlerin-Gesellschaft. [...] In dieser Gesellschaft fanden sich Vertreter fast aller Länder der Welt, die vom liberalen Gedanken bestimmt waren, mit Ausnahme des Ostblocks zusammen. [...] Ich habe es als eine große Auszeichnung empfunden, daß ich im Kreise der ersten zehn deutschen Teilnehmer der Mont Pèlerin-Gesellschaft zu der damals auf dem Seelisberg am Vierwaldstätter See geführten Tagung hinzugeladen und als Mitglied der Gesellschaft berufen wurde.“<sup>250</sup>*

---

<sup>247</sup> Zu Lutz vgl. Vanberg und Veit-Bachmann 2003, S. XY.

<sup>248</sup> Zu Hayek vgl. Ebenstein 2003; vgl. auch die umfangreiche Dissertation von Hennecke, Hennecke 2000.

<sup>249</sup> Die Koordinationsrolle der MPS mag das folgende Beispiel illustrieren: Infolge eines Gespräches mit Röpke auf der MPS Tagung 1953 in Seelisberg schlug Müller-Armack vor, dass Röpke in Hamburg ein neoliberal geprägtes Forschungsinstitut aufbauen solle, um der politisch linken Tendenz der Hamburger Universität etwas entgegenzusetzen. Aus dem Vorhaben wurde nichts. Aber offensichtlich wurden diese Pläne am Rande der MPS-Konferenz verhandelt. Vgl. IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 60f., Brief von Alfred Müller-Armack an Wilhelm Röpke vom 10.11.1953.

<sup>250</sup> Müller-Armack 1971, S. 44.

*1948: Kontinuität der Gründergeneration*

Im Jahre 1948 veränderte sich nichts an der Konstellation der deutschsprachigen Akteure, die innerhalb der MPS organisiert waren. Der Kern aus Eucken, Lutz, Hayek, Hunold, Röpke, Rüstow und Schnabel blieb dem Projekt verbunden. Mit der Ausnahme von Eucken, der im Jahre 1950 starb, und Schnabel, der die MPS 1956 verließ, sollte diese Konstellation bis zum Jahre 1962 kontinuierlich im Rahmen der MPS Akteurs-Konstellation aktiv sein.<sup>251</sup>

Die maßgebliche Veränderung des Jahres 1948 jedoch spiegelt sich nur marginal im Kernsample selber wider, denn sie spielte sich außerhalb der MPS ab. Die Gründung des Wissenschaftlichen Beirats der Verwaltung für Wirtschaft für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet fand am 23. Januar 1948 in Königstein im Taunus bei Frankfurt am Main statt und legte den Grundstein für einen maßgeblichen Einflusskanal von neoliberalen Wissenschaftlern auf die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik. Denn bei dem in Königstein aus der Taufe gehobenen Beirat handelte es sich um den Vorläufer des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums, der ab 1949 regelmäßig mit Gutachten zu wirtschaftspolitischen Streitfragen – zunächst unter dem Vorsitz von Erwin von Beckerath – Stellung nehmen sollte.<sup>252</sup>

Da aus dem MPS-Kreis anfangs nur Eucken dem Wissenschaftlichen Beirat angehörte, spiegelte sich diese wichtige institutionelle Integration von neoliberalen Wissenschaftlern im Sample lediglich durch eine neue Mitgliedschaft Euckens wieder. Dem wissenschaftlichen Beirat der Verwaltung für

---

<sup>251</sup> Vgl. Anhang 1.

<sup>252</sup> Zur Gründung und Entwicklung des Wissenschaftlichen Beirats vgl. Schanetzky 2007, S. 58f.

Wirtschaft gehörten jedoch auch einige Akteure an, die später MPS-Mitglieder werden sollten, darunter der Jurist Franz Böhm, der Währungsexperte Otto Veit und der spätere Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller.<sup>253</sup>

### 1949–1950: Der erste Mitgliederschub und die Gründung des Wissenschaftlichen Beirats des BMWi im Jahre 1949

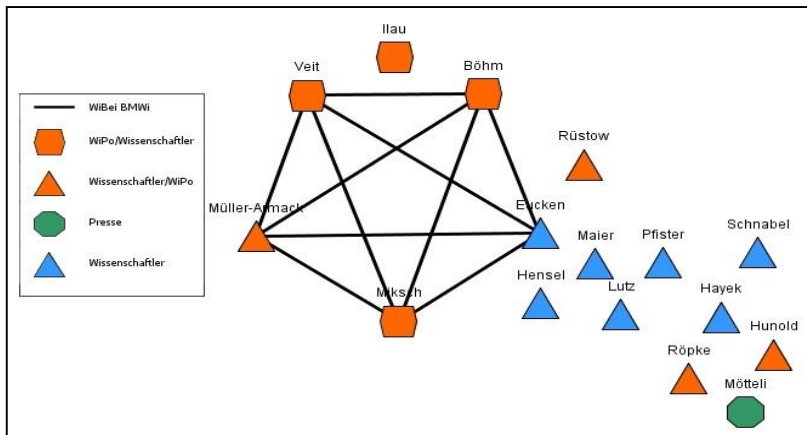


Abbildung 6: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1949/50, eigene Darstellung.<sup>254</sup>

<sup>253</sup> Einen guten Überblick zu Karl Schillers wirtschaftspolitischem Wirken liefert Hochstätter in seiner Dissertation von 2008. Allerdings bleibt dabei die MPS-Mitgliedschaft von Schiller außen vor. Vgl. Hochstätter 2008. Zum Kontakt mit der MPS ab den 1970er Jahren vgl. Plickert 2008, S. 339; zur Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat vgl. Anhang 5.

<sup>254</sup> In der Legende von Abbildung 6 und der folgenden Abbildungen tauchen entweder Knoten in unterschiedlichen Farben und Formen oder Verbindungslinien zwischen diesen Knoten, sogenannte Kanten auf.

#### Knoten

Die Knoten stehen für die einzelnen deutschsprachigen MPS-Mitglieder und sind jeweils nach ihnen durch den Nachnamen benannt. Form und Farbe beschreiben deren Charakteristika. Die entsprechende Zuschreibung basiert auf umfassender Quellen- und Literaturrecherche zu den einzelnen Personen. Ein orangefarbenes Hexagon steht für einen der Wirtschaftswissenschaft gegenüber aufgeschlossenen Wirtschaftspolitiker (=> Bezeichnung ‚WiPo/Wissenschaftler‘). Ein orangefarbenes Dreieck steht für einen Wissenschaftler,

Die Gründung des wissenschaftlichen Beirats des BMWi erfolgte im Jahre 1949, als der Frankfurter VfW-Beirat darin aufging. Er brachte einige der neu aufgenommenen MPS-Mitglieder institutionell auf einer weiteren Ebene zusammen. Gleich vier dem Beirat entstammende Personen – Franz Böhm, Otto Veit, Alfred Müller-Armack und Leonhard Miksch – wurden im Jahre 1949 in die MPS aufgenommen.<sup>255</sup> Über den Beirat kam ein regelmäßiges Zusammentreffen dieser Personen zustande. Man kann davon ausgehen, dass es vor allem Eucken war, der zur Integration der vier Beiratsmitglieder beitrug. Darüber hinaus integrierte Eucken seine ehemaligen Schüler und Assistenten aus Freiburg in die MPS, Karl Friedrich Maier und Karl Paul Hensel sowie ferner seinen Schüler Bernhard Pfister, der Adolf Webers Professur in München übernommen hatte.<sup>256</sup> Schließlich kamen noch zwei Akteure aus der Presse hinzu, zum einen der wohl durch Hunold integrierte Redakteur der *NZZ* Carlo Mötteli, wie Hunold ebenfalls aus Zürich, sowie Hans Ilau,

---

der stark wirtschaftspolitisch interessiert ist und sich der Politikberatung widmet (=> Bezeichnung ‚Wissenschaftler/WiPo‘). Ein blaues Dreieck steht für Wirtschaftswissenschaftler, deren Tätigkeitsschwerpunkt in Forschung und Lehre liegt (=> Bezeichnung ‚Wissenschaftler‘). Ein grünes Oktagon steht für Personen, denen primär eine wirtschaftsjournalistische Tätigkeit zugeschrieben werden kann (=> Bezeichnung ‚Presse‘).

Kanten

In Abbildung 6 steht die schwarze Kante zwischen den Personen für die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat des BMWi (=> Bezeichnung WiBei BMWi). Generell stehen Kanten auch in den folgenden Abbildungen für Mitgliedschaften in Organisationen.

Die Anordnung der Personen in der Abbildung erfolgt zum einen über die Dichte der institutionellen Verbindungen. Umso mehr Kanten Personen also miteinander teilen, umso näher rücken sie einander in der Abbildung. Zudem erfolgte die Anordnung der Personen ohne Mitgliedschaft manuell auf Basis der Quellen- und Literatur, die zu den einzelnen Personen konsultiert wurde.

Abschließend sei hier darauf verwiesen, dass mit dem Visualisierungsprogramm Visone gearbeitet wurde, dass in der Netzwerkanalytischen Forschung häufig Anwendung findet und als freie Software online unter folgender URL zur Verfügung steht: <http://visone.info/html/download.html>; zuletzt überprüft am 10.05.2013.

<sup>255</sup> Vgl. Anhang 1.

<sup>256</sup> Zu Bernhard Pfister vgl. Berndt und Goldschmidt 2000, S. 7f.

ehemals *Frankfurter Zeitung* während der NS-Zeit, nun Mitglied im Landtag für die Liberale Deutsche Partei (LDP) und Leiter der Rhein-Main-Bank.<sup>257</sup>

Insgesamt stieg die Zahl der Akteure im Sample im Jahre 1949 deutlich an und steigerte sich um mehr als 100 Prozent. Waren 1948 sieben Personen Mitglieder, so stieg die Zahl 1949 auf 16 Personen an. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass auf der zweiten Konferenz der MPS in Seelisberg neue Mitglieder bestätigt werden konnten und das mit dieser weiteren Konferenz der MPS verbundene Signal der institutionellen Kontinuität das Interesse an der Gesellschaft steigen ließ. Die Mitgliederzahl und Konstellation des Samples blieb 1950 gleich. Sie steigerte sich nicht weiter, was nicht damit zusammenhing, dass 1950 keine Tagung der MPS stattfand. Die Tagung in Bloemendaal in den Niederlanden 1950 verzeichnete zwar einen leichten Rückgang der Teilnehmerzahl, wurde aber insgesamt durchaus von den Anwesenden als Erfolg empfunden. Dennoch sollte die deutsche Mitgliederzahl erst 1951 erneut zunehmen.<sup>258</sup>

---

<sup>257</sup> Zu Ilau vgl. Lengemann 1986, S. 287f. Vgl. auch den Nachruf zu Ilau in der *FAZ*. Hans Ilau gestorben, in: *FAZ*, 03.05.1974, S. 15.

<sup>258</sup> Vgl. Anhang 1b.

## 1951–1952: Weitere Mitglieder und die Gründung der Wirtschaftsforschungsinstitute

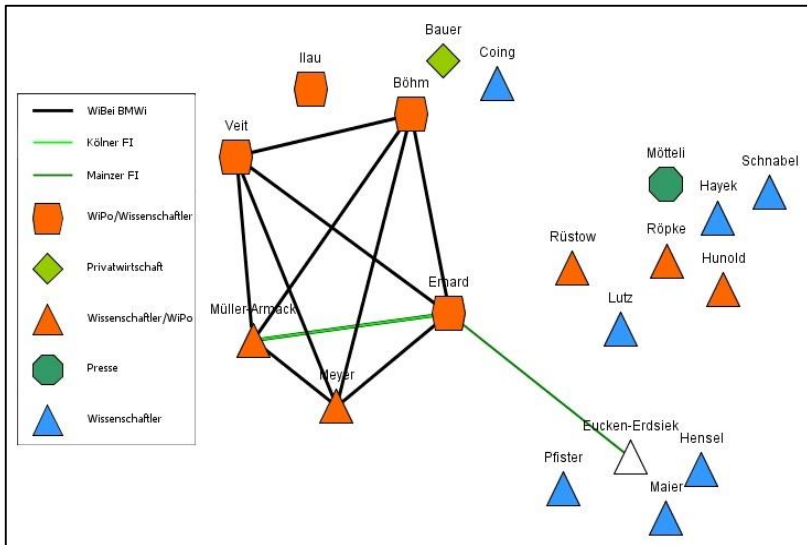


Abbildung 7: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1951, eigene Darstellung.

Im Jahr 1951 erfolgten die Gründungen einiger neuer Institutionen, was auch in der grafischen Darstellung des Samples sichtbar wird. Gemeint sind die wirtschaftspolitischen Forschungsinstitute, die an den Universitäten Köln (Dezember 1950) und Mainz (November 1950) gegründet wurden.<sup>259</sup>

Das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln (IWP) wurde von

<sup>259</sup> Zur Gründung des Instituts für Wirtschaftspolitik (IWP) im Dezember 1950 vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-045/1, C II, Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln im Jahre 1951; zur Gründung des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz vgl. Universitätsarchiv Mainz, Sign. S8-B55, Erich Welter, Ein Wirtschaftspolitisches Forschungsinstitut. Wirtschaftstheoretische Kenntnisse werden für die praktische Wirtschaftspolitik nutzbar gemacht, in: Staatszeitung und Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, 29.07.1951, S. 3. Vgl. auch die entsprechenden Ausführungen in Kapitel 3.5.1.

Alfred Müller-Armack begründet und wird somit auch durch Erhards enge Beziehung zum IWP im Sample sichtbar.<sup>260</sup> Das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz wurde von Prof. Erich Welter initiiert und taucht zunächst nur über Edith Eucken-Erdsiek im Sample auf, weil diese im Kuratorium des Instituts saß.<sup>261</sup> Nicht zuletzt war es aber auch Eucken-Erdsieks Verdienst, dass die wissenschaftlich orientierten Freiburger Kreise an die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in der Bundeshauptstadt angebunden blieben. Die eng an das BMWi angebondenen Forschungsinstitute hatten somit eine Vertiefung der Integration des MPS-Akteurs-Samples zur Folge und machten das BMWi verstärkt zum Fokus der Aktivitäten deutscher MPS-Mitglieder.<sup>262</sup> Denn gerade die Gewährleistung der Anbindung der Freiburger Kreise trotz des Todes von Eucken und Miksch war ein zentraler Gewinn für die Wirtschaftspolitik in Bonn. Schließlich gilt es noch zu konstatieren, dass Müller-Armack sich für seine Lehrtätigkeit an der Universität zu Köln beurlauben ließ und 1952 Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi wurde. Dies hatte zur Folge, dass die Bindung des Instituts für Wirtschaftspolitik und der Kölner Volkswirtschaftslehre an die Aktivitäten des Bundeswirtschaftsministers intensiviert wurden. Müller-Armack war dabei sowohl erfolgreich als Integrationsfigur für das Kölner Forschungsinstitut als auch in

---

<sup>260</sup> Vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-045/1, C II, Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln im Jahre 1951. Zum IWP vgl. auch Kowitz 1998, S. 121-129.

<sup>261</sup> Zu Erich Welter vgl. Jürgen Eick, Ein Zeitungsmann und ein Unternehmer. Zum Tode von Erich Welter, in: FAZ, 14.06.1980, S. 10.

<sup>262</sup> So saß Erhard beispielsweise im Kuratorium des FIW's in Mainz. Vgl. Universitätsarchiv Mainz, Sign. S8-B55, Erich Welter, Ein Wirtschaftspolitisches Forschungsinstitut. Wirtschaftstheoretische Kenntnisse werden für die praktische Wirtschaftspolitik nutzbar gemacht, in: Staatszeitung und Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, 29.07.1951, S. 3.

der Umsetzung seiner eigenen wirtschaftswissenschaftlichen Ideen in seiner Funktion als Staatssekretär.<sup>263</sup> Er bezeichnete seine Zeit als Staatssekretär als „Lebensperiode großer und freudig ergriffener Wirkungsmöglichkeiten“<sup>264</sup> und befand zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, dass man als Wissenschaftler Abweichungen von der Theorie in Kauf nehmen müsse, aber dennoch sinnvolle Orientierungshilfen liefern könne.<sup>265</sup>

### *1953: Neuer Mitgliederzuwachs und die Gründung der ASM*

Das Jahr 1953 umfasste einige Veränderungen im MPS-Sample. Zum einen hing dies mit der Gründung der ASM zusammen, wodurch eine institutionell sichtbare Integration von Akteuren rund um den Regierungssitz in Bonn sichtbar wird. Zum anderen nahm die Bedeutung des BMWi als institutioneller Hintergrund weiter zu, da auch Mitarbeiter des Ministeriums nun auf den Tagungen der MPS auftauchten. Insgesamt kann man eine tiefere Integration und größere Anzahl der aus Nordrhein-Westfalen stammenden MPS-Mitglieder feststellen.

---

<sup>263</sup> Zu Müller-Armacks wirtschaftspolitischem und wissenschaftlichen Wirken vgl. Watrin 1988.

<sup>264</sup> Müller-Armack 1971, S. 243.

<sup>265</sup> Vgl. ebd., S. 55.



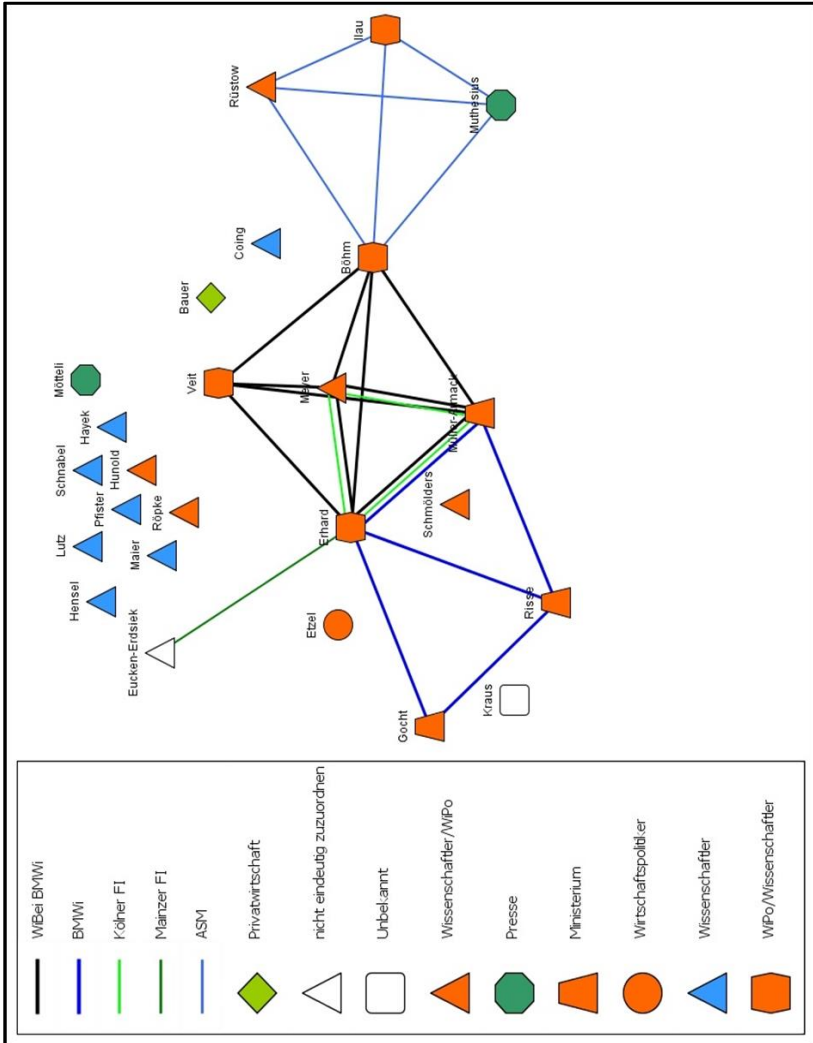


Abbildung 8: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1953, eigene Darstellung.<sup>266</sup>

<sup>266</sup> Gegenüber der Leseanleitung zu Abbildung 6 sind weitere Knoten und Kanten hinzugekommen, die infolge kurz vorgestellt seien:

Personell spiegelt sich dies folgendermaßen wider: Es kamen insgesamt sechs neue Personen zur MPS hinzu. Drei davon, Rolf Gocht<sup>267</sup>, Roland Risse<sup>268</sup> und vermutlich auch Herr Kraus<sup>269</sup>, kamen aus Nordrhein-Westfalen und arbeiteten für das BMWi; Frantz Etzel war in Luxemburg ansässig, dort für die Bundesregierung als Vizepräsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) tätig und wurde 1957 deutscher Finanzminister;<sup>270</sup> Günther Schmolders war Professor für Finanzwissenschaften an der

Knoten:

Orangefarbene Kreise beschreiben Wirtschaftspolitiker, die nicht wissenschaftsnah arbeiteten (=> Bezeichnung ‚Wirtschaftspolitiker‘). Orangefarbene Trapeze stehen für Mitarbeiter des BMWi (=> Bezeichnung ‚Ministerium‘). Hellgrüne Rauten stehen für Personen, die der Unternehmerschaft oder privaten Wirtschaftsverbänden zuzuordnen sind (=> Bezeichnung ‚Privatwirtschaft‘). Ein abgerundetes weißes Quadrat impliziert einen Akteur, der MPS-Mitglied war, aber nicht eindeutig identifiziert werden konnte, bei dem aber vermutet wird, dass dieser im Fall des Samples BMWi-Angestellter war (=> Bezeichnung ‚unbekannt‘). Ein weißes Dreieck schließlich beschreibt eine Person, bei der kein eindeutiger kategorialer Schwerpunkt ausgemacht werden konnte (=> Bezeichnung ‚nicht eindeutig zuzuordnen‘).

Kanten:

Bei den Kanten sind folgende weitere Mitgliedschaften in Organisationen hinzugekommen: Angestellter oder Minister im BMWi (=> Bezeichnung ‚BMW‘), Mitglied Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln (IWP) (=> Bezeichnung ‚Kölner FI‘), Mitglied im Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz (FIW) (=> Bezeichnung ‚Mainzer FI‘) sowie die Mitgliedschaft in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) (=> Bezeichnung ‚ASM‘).

<sup>267</sup> Rolf Gocht (geb. 1913) war von 1951-1967 Ministerialbeamter im BMWi, dort 1951-1953 Leiter des Referats I A 1 a (Allgemeine wirtschaftspolitische Fragen), 1953 Leiter des Referats I A 1 (Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, Geschäftsführung des Interministeriellen Wirtschaftsausschusses), 1959-1963 Leiter der Unterabteilung I A (Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik), 1963-1967 Leiter der Abteilung I (Wirtschaftspolitik), 1967-1975 war er Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank. Vgl. BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1\\_7/para2\\_41.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_7/para2_41.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>268</sup> Zu Risse vgl. die Erläuterungen in Kapitel 5.2.4.

<sup>269</sup> Herr Kraus konnte leider trotz Recherchen nicht zugeordnet werden.

<sup>270</sup> Zu Franz Etzel vgl. Dietrich 2013.

Universität zu Köln und verstärkte die Anbindung der Kölner Volkswirtschaftslehre an die Bonner Wirtschaftspolitik weiter.<sup>271</sup> Volkmar Muthesius ist zwar der Region Hessen/Rheinland-Pfalz zuzuordnen, hatte aber faktisch als Herausgeber der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* und Autor zahlreicher Kolumnen in Tageszeitungen viel mit dem Regierungsbetrieb in Bonn zu tun.<sup>272</sup>

Die Vernetzung der Freiburger Gruppe über Organisationen hingegen blieb auch 1953 eher marginal, obwohl sie wissenschaftlich und im Rahmen der MPS insgesamt die bedeutendere Rolle spielte.<sup>273</sup> Zugleich muss man konstatieren, dass die positive, auf die Wirtschaftspolitik Erhards zurückgeführte wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland eine erhöhte Aufmerksamkeit auf die politischen Praktiker rund um Ludwig Erhard und Müller-Armack lenkte.<sup>274</sup>

### *1954: Vertiefte Integration deutscher MPS-Mitglieder und das Walter Eucken-Institut*

Auch wenn die ASM-Gründung die institutionelle Integration vor allem der Bonner Kreise stärkte und deren Außenwirkung verbesserte, ist für das MPS-Sample die Gründung des Walter Eucken-Instituts im Jahre 1954 weitaus bedeutender. Denn diese Institutsgründung brachte eine deutlich größere Zahl

---

<sup>271</sup> Zu Schmölders vgl. Rieter 2007.

<sup>272</sup> Zu Muthesius vgl. Jürgen Eick, Ein Vorbild des Wirtschaftsjournalismus. Volkmar Muthesius gestorben, in: *FAZ*, 13.07.1979, S. 13; vgl. auch Wilhelm Seuss, Volkmar Muthesius 75 Jahre, in: *FAZ*, 18.03.1975, S. 13.

<sup>273</sup> Zur wissenschaftlichen Bedeutung der Freiburger Schule im Kontext des deutschen Neoliberalismus vgl. Löffler 2002, S. 72-75.

<sup>274</sup> Zum Bedeutungszuwachs der Gruppe der Praktiker vgl. Ptak 2004, S. 248-264.

von Akteuren „unter einem Dach“ zusammen.<sup>275</sup> Sowohl die regierungsnahen Kreise als auch die wissenschaftlich orientierten Kreise fanden hier ihren Platz und eine Institution vor, die zum zentralen Bezugspunkt deutscher neoliberaler Wissenschaftler werden sollte.<sup>276</sup>

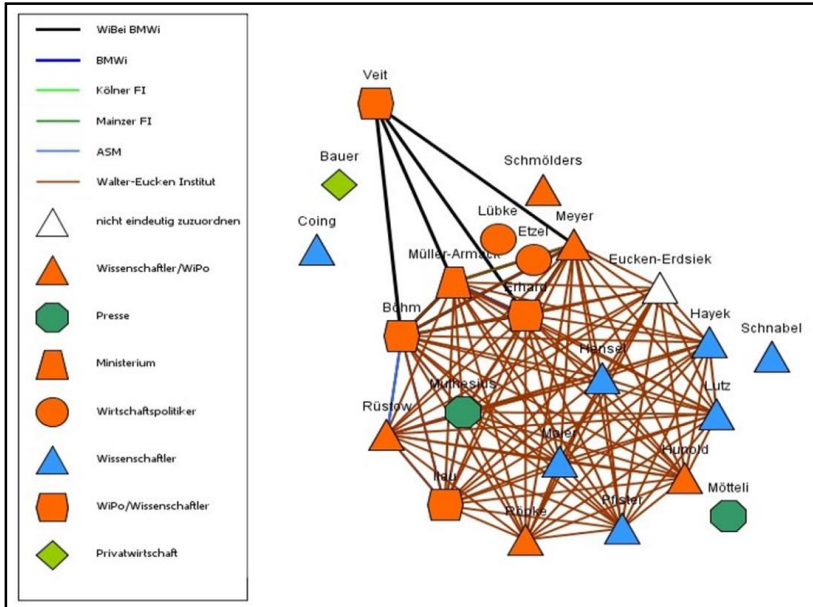


Abbildung 9: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1954, eigene Darstellung.

<sup>275</sup> Zur Gründung des Walter-Eucken Instituts vgl. Jahresbericht des Walter-Eucken Instituts für das Jahr 1954.

<sup>276</sup> Zu den Gründungsmitgliedern des Walter-Eucken Instituts gehörten: Franz Böhm, Gerhard Erdsiek, Rolf Gocht, Paul Hensel, Hans Ilau, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer, Volkmar Muthesius, Peter Raule, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow; das Kuratorium des Instituts war sehr international besetzt. Folgende Personen waren vertreten: Franz Böhm, Karl Brandt, Ernst von Caemmerer, Constantin von Dietze, Luigi Einaudi, Ludwig Erhard, Wilhelm Grewe, Gottfried von Haberler, Friedrich A. von Hayek, Albert Hunold, Rudolf Johns, Friedrich A. Lutz, Fritz Machlup, Fritz W. Meyer, Alfred Müller-Armack, Bernhard Pfister, Erich Raemisch, Prof. Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfons Schmitt, Walter Strauß, Erich Welter. Vgl. Walter-Eucken Institut, Jahresberichte des Walter-Eucken Instituts, 1954.

Personell veränderte sich nicht sonderlich viel beim MPS-Sample. Außer der Tatsache, dass die drei Akteure aus dem BMWi-Umfeld von 1953 nicht mehr auftauchten, weil ihre dauerhafte Integration in die MPS-Kreise empirisch nicht gesichert ist, tauchte mit von Loessl lediglich ein neuer Akteur auf, der weder genauer identifiziert noch eingeordnet werden konnte. Viel entscheidender ist tatsächlich der von Eucken-Erdsiek angestoßene, von den ehemaligen Eucken-Schülern und Freunden vorangetriebene Prozess der Gründung des Walter Eucken-Instituts. Durch die Gründung des Instituts war zudem der Einfluss der Schweizer Kreise sowie weiterer internationaler Kreise auf den deutschen Diskurs deutlich gestärkt.<sup>277</sup> Die Gründung des Walter Eucken-Instituts kann als Trendwende in der Integrationsentwicklung der deutschen MPS-Akteure betrachtet werden. Hiermit entstand eine international orientierte Wissenschaftsinstitution, die jenseits des Bonner Tagesgeschäfts wirtschaftspolitische Leitlinien diskutierte und in den Diskurs einbrachte und somit eine mittelfristige Wirkung auf Wirtschaftspolitik und Gesellschaft entfaltete.<sup>278</sup>

---

<sup>277</sup> Das international besetzte Kuratorium machte die Bedeutung des Instituts deutlich. Vgl. ebd.

<sup>278</sup> Zu den Diskussion vgl. Anhang 4.

## 1955: Vertiefte Integration und weitere ASM Mitglieder

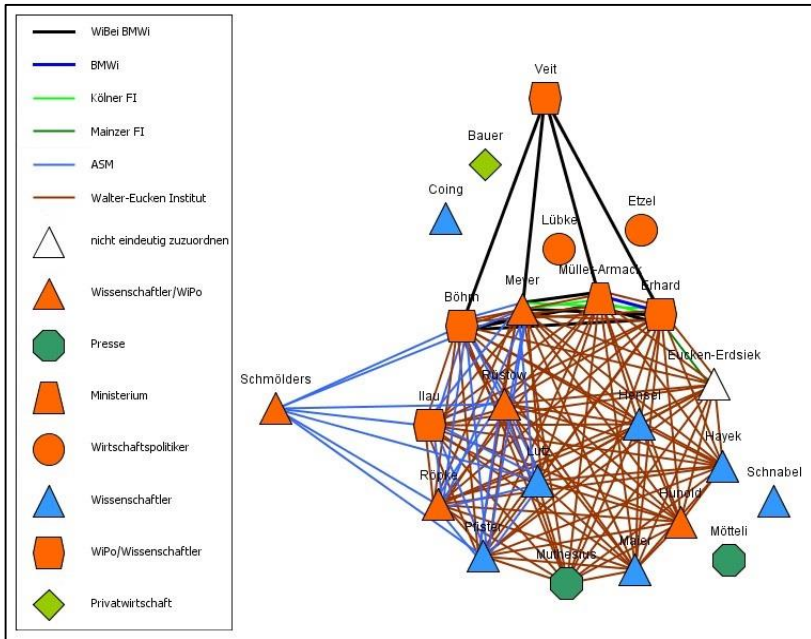


Abbildung 10: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1955, eigene Darstellung.

Auch im Jahre 1955 veränderte sich die personelle Zusammensetzung des Samples nicht. Veränderungen waren hingegen erneut auf der Ebene der organisationalen Kooperation zu verzeichnen. Offensichtlich folgte der Dynamik durch die Gründung des Walter Eucken-Instituts eine verstärkte Integration der Bonner Kreise durch eine zunehmende Anzahl an MPS-Akteuren, die sich im Rahmen der ASM engagierten.<sup>279</sup>

<sup>279</sup> Vgl. Anhang 2a.

Zu denjenigen, die der ASM beitraten, gehörten der Münchner Volkswirt Bernhard Pfister<sup>280</sup>, die Schweizer Ökonomen Wilhelm Röpke<sup>281</sup> und Friedrich A. Lutz<sup>282</sup> sowie der Bonner Volkswirt Fritz W. Meyer.<sup>283</sup> Dabei handelte es sich in allen Fällen um wissenschaftlich renommierte Professoren. Gerade Röpke und Lutz gehörten zu den international bekannten deutschen Ökonomen, deren Ruf auch während des Zweiten Weltkriegs durch ihre Emigration nicht gelitten hatte. Und auch Meyer und Pfister hatten innerhalb von Westdeutschland relevante Lehrstühle inne – Pfister hatte den Lehrstuhl von Adolf Weber in München übernommen, Meyer den Lehrstuhl von Adolf Lampe in Bonn.<sup>284</sup> Deren Assoziation mit der ASM kann also durchaus als beachtlicher Schritt gewertet werden, der die Organisation beträchtlich in ihrer wissenschaftlichen Reputation aufwertete.

Als zentraler handelnder Akteur hinter dieser Erweiterung der ASM-Kreise kann der ehemalige Eucken-Vertraute Rüstow gelten. Durch seine Reputation und seine zahlreichen internationalen Kontakte gelang es Rüstow, die oben genannten Akteure für seinen politiknahen Ansatz zu gewinnen.<sup>285</sup> Dabei ist nicht gemeint, dass die ASM und das Walter-Eucken-Institut als gegensätzliche Pole von den handelnden Akteuren wahrgenommen wurden. Sie wurden von den Zeitgenossen vielmehr als sich ergänzende Institutionen

---

<sup>280</sup> Zu Pfister vgl. Berndt und Goldschmidt 2000, S. 7f.

<sup>281</sup> Zu Wilhelm Röpke vgl. Kapitel 4.2.2.

<sup>282</sup> Friedrich A. Lutz kann als geld- und währungspolitischer Experte innerhalb des MPS-Spektrums gelten. Er war Zeit seines Lebens Mitglied der MPS und sogar von 1964-1967 dessen Präsident. Zu Lutz vgl. Vanberg und Veit-Bachmann 2003.

<sup>283</sup> Zu Fritz W. Meyer vgl. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln 1967.

<sup>284</sup> Vgl. Hesse 2010, S. 196f.

<sup>285</sup> Zu Rüstow vgl. Kapitel 4.2.2.

betrachtet, so dass man viele personelle Überschneidungen feststellen kann.<sup>286</sup>

### *1956: Das Schwinden der Gründergeneration – Schnabel geht*

Das Jahr 1956 war ein Jahr geringer Veränderungen. Zwar verließen zwei Akteure die MPS, bei beiden Personen – dem nicht identifizierbaren von Loessel und dem Münchener Historiker Franz Schnabel handelte es sich allerdings um randständige Personen innerhalb des Gesamtsamples. Allerdings verließ mit Schnabel nach dem Tod von Eucken und Miksch ein weiteres frühes Mitglied die MPS. Bemerkenswert ist dies insofern, als dies den ersten realen Austritt eines Mitglieds darstellte. Franz Schnabel war insbesondere durch Hayek und Eucken zur MPS gekommen und gehörte zu denjenigen, die nicht aus der Wirtschaftswissenschaft stammten und sich auch nicht der wirtschaftspolitischen Beratung in Bonn widmeten. Schnabel war also zu dem Zeitpunkt seines Austritts weder in die deutschen neoliberalen Institutionen integriert noch verfügte er über eine gute persönliche Anbindung an weitere Kreise, da Eucken nun tot war und Hayek mittlerweile in den USA lehrte. Insofern erscheint der Rückzug des ‚Außenseiters‘ Schnabel nicht verwunderlich und hat vermutlich auch nicht sonderlich viel Aufsehen erregt. Er ist dennoch interessant, weil er nahelegt, dass eine institutionelle wie persönliche Bindung an das MPS-Projekt entscheidend für eine langfristige Mitgliedschaft war.<sup>287</sup>

---

<sup>286</sup> Es war beispielsweise selbstverständlich, dass Wilhelm Röpke Mitglied des Walter-Eucken Instituts und zugleich Ehrenmitglied der ASM war.

<sup>287</sup> Zu Schnabel vgl. Gall 2007.



1957–1958: Der dritte Mitgliederschub: Unternehmer und Vertreter der Presse

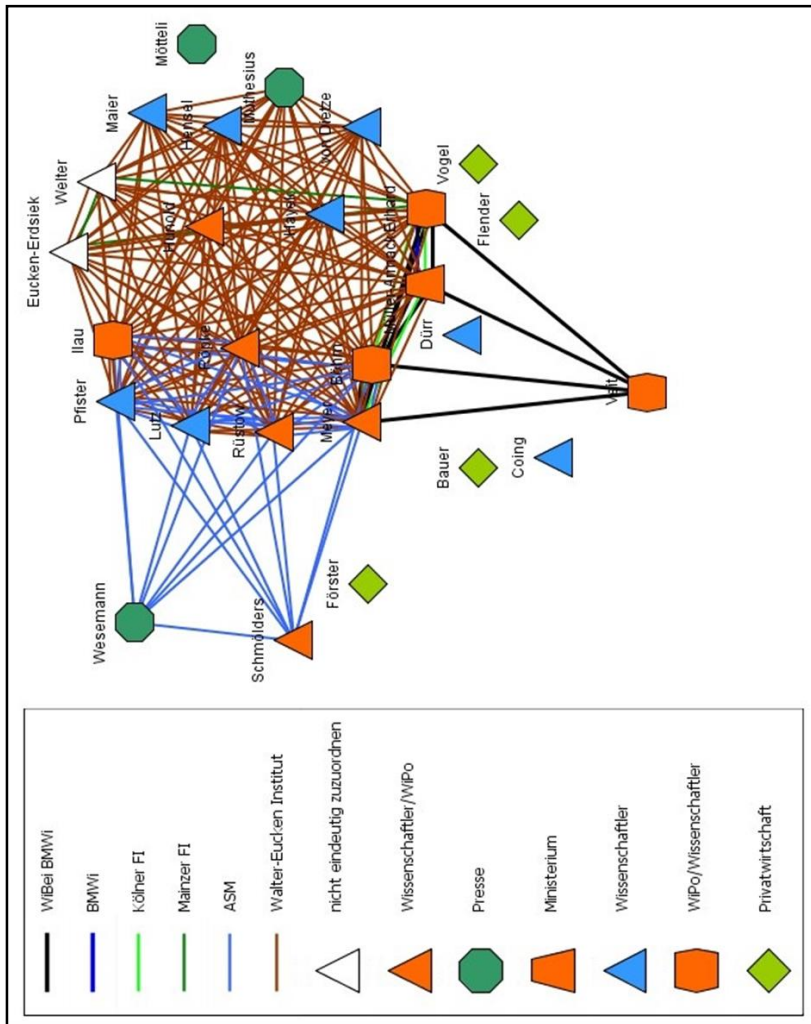


Abbildung 11: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1957, eigene Darstellung.

Im Jahre 1957 kamen weitere deutsche Akteure zur MPS hinzu, man kann von einem dritten Mitgliederschub im Untersuchungszeitraum sprechen. Das Jahr war ferner dadurch gekennzeichnet, dass weitere Akteure der ASM beitraten, und sich allmählich das Gewicht zugunsten einer Institution verlagerte, die ihren Fokus auf den konkreten wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Bonn hatte.<sup>288</sup>

Zur MPS kamen im Jahre 1957 sechs neue Personen hinzu. Der Mitgliederschub hatte insofern einen neuen Charakter, als dass außer dem Düsseldorfer Ökonomen Ernst Dürr<sup>289</sup> verschiedene, nicht originär der Wissenschaft entstammende Akteure Mitglieder wurden. Eine bisher eher wissenschaftlich dominierte Akteurskonstellation wurde ergänzt durch zwei namhafte Journalisten sowie drei Unternehmerpersönlichkeiten. Nun kann man bei den beiden Journalisten, Hans-Otto Wesemann, *Deutsche Welle*<sup>290</sup>, und Erich Welter, *FAZ*, sicherlich eine deutliche Nähe zur Wissenschaft erkennen.<sup>291</sup> Dies gilt gerade für Welter, der auch Ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre in Mainz und Mitbegründer des FIWs war.<sup>292</sup> Aber dennoch lag deren Hauptbetätigungsfeld im Bereich des wirtschaftspolitischen Journalismus. Somit waren zwei Vertreter der Erhard-nahen Presse

---

<sup>288</sup> Vgl. Anhang 1b.

<sup>289</sup> Zu Ernst Dürr vgl. Görgens und Tuchtfeldt 1992.

<sup>290</sup> Zu Hans-Otto Wesemann vgl. *Deutsche Welle*: Der Intendant war nicht der Entführer, in: *FAZ*, 13.10.2011, S. S. 35.

<sup>291</sup> Erich Welter wurde auf Vorschlag von Röpke im Direktorium der MPS zu Konferenz der MPS 1954 eingeladen. Da er aber zunächst aus terminlichen Gründen der Einladung nicht folgen konnte, erfolgte sein Eintritt erst 1957 Vgl. IWP, NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 714/715, Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 28.11.1953 und Brief 717, Brief von Wilhelm Röpke an Erich Welter vom 14.09.1953.

<sup>292</sup> Zu Erich Welter vgl. Mussler 2008.

dem Kreise der MPS-Akteure näher gerückt. Darin drückte sich letztlich ein vertrauliches Verhältnis der Redakteure zu ihren Kollegen aus der Wissenschaft aus und selbstverständlich das Interesse an den von renommierten Wissenschaftlern besuchten Tagungen. Ähnliches gilt für die Unternehmer, die zur MPS hinzustießen. Alle drei Personen, Vogel, Flender und Förster, waren Unternehmer, die der Wissenschaft deutlich zugewandt waren und auf Unternehmervereinbarungsebene bereits den ein oder anderen bekannten Vertreter der deutschen neoliberalen Wissenschaftler zum Vortrag eingeladen hatten. So war beispielsweise Flender der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) und suchte wissenschaftliche Unterstützung für die kartellkritische Position seines Verbandes.

Eine weitere Entwicklung zeichnete sich mit der leicht zunehmenden Bedeutung der ASM unter den MPS-Mitgliedern ab. Das neue MPS-Mitglied Wesemann war bereits ASM-Mitglied und verstärkte die Gruppe der Akteure im ASM-Umfeld. Das Wesemann der ASM angehörte, hatte nicht zuletzt mit seiner journalistischen Tätigkeit zu tun. Seine Mitgliedschaft in der ASM lieferte ihm durch die Teilnahme an deren Tagungen wichtige inhaltliche Impulse und Informationen für seine journalistische Arbeit. Der damalige Chefredakteur und zukünftige Intendant der *Deutschen Welle* war fest integriert in den Kreis neoliberaler Wissenschaftler und Wirtschaftspolitiker rund um das BMWj.<sup>293</sup>

Auch das Jahr 1958 war durch einen ähnlichen Trend zugunsten der ASM gekennzeichnet. Der Bonner Agrarökonom Niehaus wurde MPS-Mitglied

---

<sup>293</sup> Vgl. Erhard und Schröder 1972, S. 665f.

und verstärkte damit den Kreis der nordrhein-westfälischen MPSler und die eng um das Bonner Regierungsviertel gruppierten Personenkreise, vermutlich im engen Austausch mit seinem Kollegen Meyer, der – wie bereits oben erwähnt – ebenfalls an der Bonner Universität lehrte.

### *1959–1960: Krise in der ASM – Ilau geht*

Die Jahre 1959 und 1960 waren im Wesentlichen durch eine starke Kontinuität des Samples gekennzeichnet, wobei man konstatieren muss, dass dem Autor für 1960 keine eigenständigen Mitgliederdaten vorliegen und man insofern nicht genau sagen kann, ob die weiteren Mitglieder ab 1961 nicht auch schon ein Jahr früher hinzukamen. Um den Entwicklungstrend der deutschen MPS-Mitgliedschaft insgesamt zu beschreiben stellt dies allerdings kein grundlegendes Problem dar.<sup>294</sup>

1959 gab es des Weiteren einen erwähnenswerten Zwischenfall innerhalb der ASM. Es fand ein interner Zwist statt, der letztlich dazu führte, dass Hans Ilau die Aktionsgemeinschaft verließ. Ausgelöst durch eine Entgleisung gegenüber dem Bonner Professor Meyer wurde Ilau von Rüstow der Rücktritt nahegelegt, und dieser Aufforderung kam Ilau schließlich auch nach. Ilau hatte sich zuvor im Rahmen der Debatte um den Kohlebergbau – abweichend vom neoliberalen Leitbild – für eine Kartellierung im Bergbau ausgesprochen, war aber zugleich Interessenvertreter für den Bergbau und machte sich insofern angreifbar. Ilau distanzierte sich darüber hinaus in diesem Kontext vom neoliberalen Leitbild einer kartellfreien Wettbewerbswirtschaft und stellte die Argumentation Meyers dazu explizit in Frage – als zu

---

<sup>294</sup> Vgl. Anhang 1b.

wissenschaftlich und realitätsfern, so dass Meyer wiederum seinen Unmut über Ilaus Position Rüstow gegenüber vorbrachte. Der Austritt aus der ASM war letztlich die Folge.<sup>295</sup>

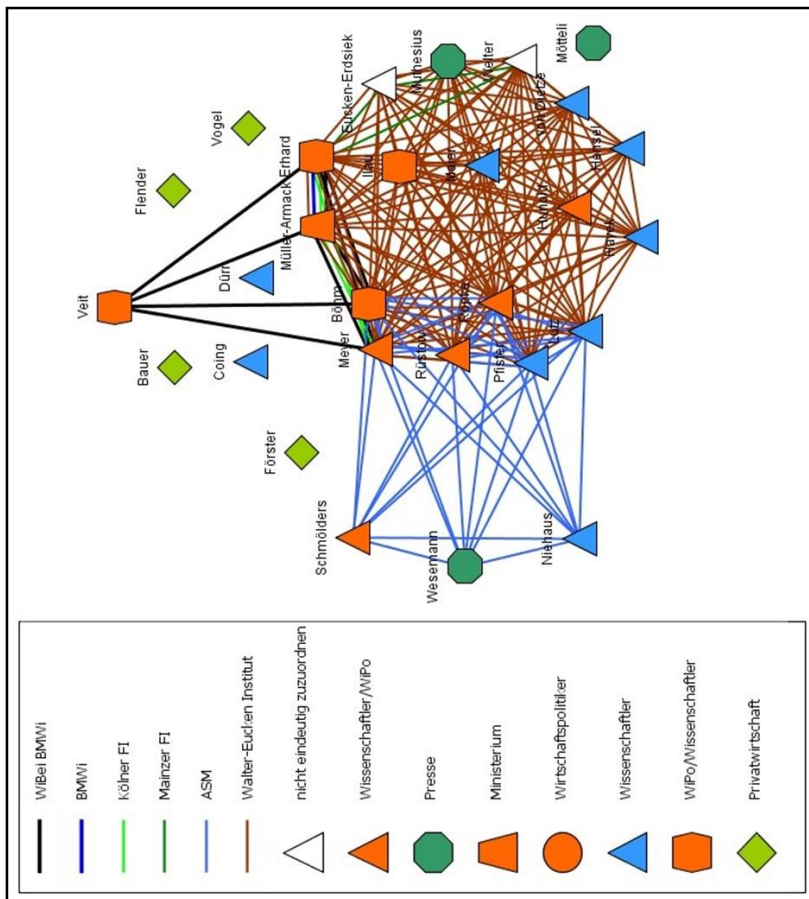


Abbildung 12: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1959, eigene Darstellung.

<sup>295</sup> Zum Ausschluss von Ilaue aus der ASM vgl. ACDP, Sign. 06-059-001/4: VIB 10/59, Briefwechsel Ilaue-Rüstow-Röpke, 2.6.1959.

Ilaus Verhältnis zur ASM spiegelte darüber hinaus eine deutliche Abkühlung der Beziehungen zu den ASM-nahen Wissenschaftlern wider. Dies galt vor allem für Meyer, aber auch für Röpke, Rüstow, Niehaus, Lutz und Pfister. Eine solche Distanz in den persönlichen Beziehungen führte zu einer leicht spürbaren Desintegration der neoliberalen MPS-Akteure. Dies galt insbesondere im Verhältnis zwischen den Wissenschaftlern und den Praktikern im BMWi und anderswo. So kann Ilaus ASM-Austritt symbolisch als Akt der Distanzierung zwischen Wissenschaft und Praxis betrachtet werden, eine Spannung, welche die MPS-Akteurskonstellation permanent in Atem hielt und immer wieder zu Auseinandersetzungen auch innerhalb der MPS insgesamt führte.<sup>296</sup>

---

<sup>296</sup> Zum diesem Spannungsfeld innerhalb der MPS insgesamt vgl. Hartwell 1995, S. 82-85.

1961: Der Höhepunkt der MPS-Mitgliedschaft im Untersuchungszeitraum - Frickhöffer, Willgerodt etc.

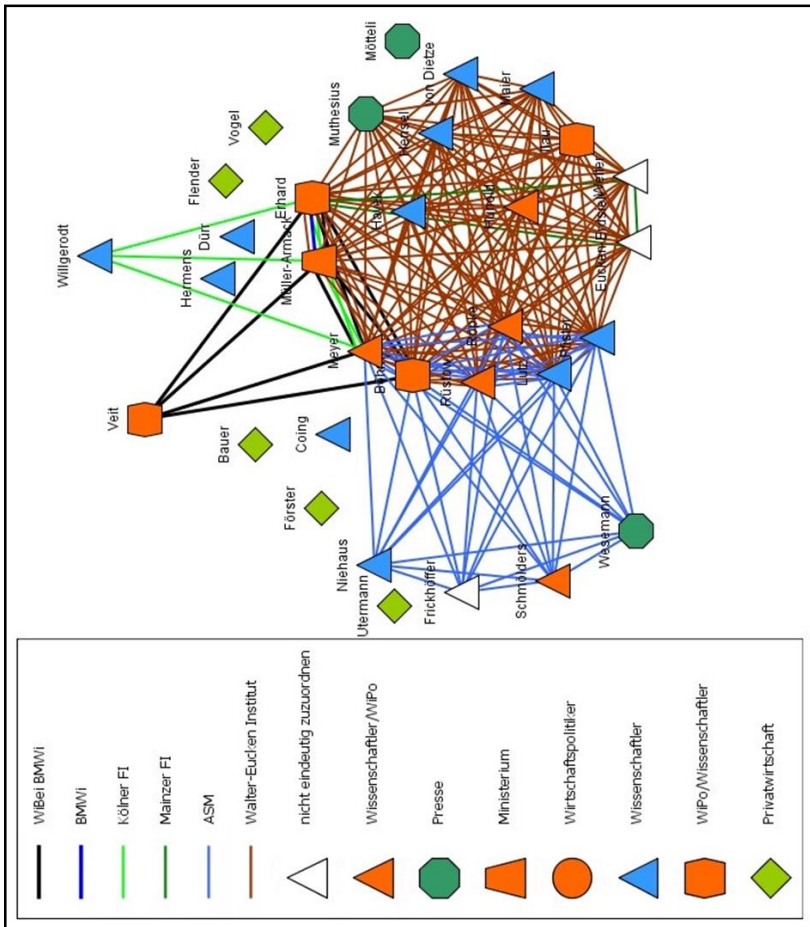


Abbildung 13: Deutschsprachige MPS-Mitglieder im Jahre 1961, eigene Darstellung.

Wie das Schaubild illustriert, bildete das Jahr 1961 den vorläufigen Höhepunkt der deutschsprachigen MPS-Mitgliedschaft im Untersuchungszeitraum. Das Sample umfasste zu diesem Zeitpunkt 32 Akteure, zwischen 1959

und 1961 waren vier weitere Personen hinzugekommen. Auf Ebene der deutschen Organisationen und auf der personellen Ebene war die Akteurskoalition stabil und gut integriert, zugleich zeichneten sich die Spannungen, die sich innerhalb der MPS entladen sollten, auch in der deutschen Akteurskonstellation ab.

Von den vier neuen Akteuren stammten drei Akteure aus Nordrhein-Westfalen und einer aus Baden Württemberg/Bayern. Unter den Personen aus ersterem Bundesland waren zwei Wissenschaftler der Universität zu Köln. Zum einen kam der Assistent und spätere Nachfolger Müller-Armacks, Hans Willgeroth, Neffe von Wilhelm Röpke, zur MPS hinzu.<sup>297</sup> Zum anderen wurde Ferdinand Hermens aufgenommen, Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen in Köln.<sup>298</sup> Darüber hinaus stieß Wilhelm Utermann, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dortmund, als ein der Privatwirtschaft zuzuordnender Akteur zur MPS hinzu.<sup>299</sup> Bei der vierten Person aus dem Süden Deutschlands handelte es sich um Wolfgang Frickhöffer, den Geschäftsführer der ASM, der – bereits seit 1953 in deutschen neoliberalen Kreisen aktiv – nun auch in den Kreis der MPS aufgenommen wurde.

---

<sup>297</sup> Zu Hans Willgeroth vgl. o. V. 2012, Hennecke 2012 und Freytag 2012.

<sup>298</sup> Zu Hermens vgl. die Hinweise zu seinem Nachlass auf der Website des American Catholic History Research Center and University Archives, verfügbar unter folgender URL: <http://archives.lib.cua.edu/findingaid/hermens.cfm>; zuletzt überprüft am: 10.06.2013.

<sup>299</sup> Utermann war bereits ab 1952 in die MPS-Kreise in Westdeutschland integriert, wie seine Korrespondenz mit Röpke zeigt. Eine Aufnahme in die MPS erfolgte aber erst später. Vgl. IWP, NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 650, Brief von Wilhelm Utermann an Wilhelm Röpke vom 01.04.1952.



Auch wenn Frickhöffer von Heidelberg aus agierte, war er oftmals im Rahmen der ASM in Bonn aktiv und kann somit dem Akteurskreis rund um das BMWi zugeordnet werden.<sup>300</sup>

Das oben erwähnte Spannungsfeld zeichnete sich darin ab, dass die Akteure aus NRW rund um das BMWi mehr Bedeutung innerhalb des Gesamt-Akteursfeld erlangten und mitunter ein ebenso großes Gewicht bekamen wie der Kreis um das Walter-Eucken-Institut in Freiburg. Das Spannungsfeld entlud sich in der MPS im Rahmen der unter 3.3.2 bereits erwähnten Hunold-Affäre und fand personell mit dem Austritt von Hunold, Röpke und Rüstow und einigen weiteren Akteuren seinen Niederschlag. Dabei wurde die sogenannte Hunold-Affäre von Röpke und Hunold als Problem einer angelsächsischen Dominanz in der MPS wahrgenommen. Diese Dominanz war aus Sicht von Röpke und Hunold verbunden mit der von ihnen ebenfalls kritisch betrachteten Vorherrschaft der Hayekianischen Strategie einer langfristigen Diskurshegemoniegewinnung.<sup>301</sup>

### *1962–1963: Die MPS-Krise und die deutschen MPS-Kreise*

Wider Erwarten führte der leichte Mitgliederschwund im Laufe des Jahres 1962 infolge der Hunold-Affäre nicht zu einem deutschen ‚crowding-out‘ aus der MPS, so dass man auch im Jahre 1963 noch 26 deutsche Akteure zählen konnte. Wie sich an Abbildung 14 ablesen lässt, ging die Krise innerhalb der Gesamt-MPS nicht einher mit einem deutlich desintegrativen Moment für das deutsche Netzwerk von neoliberalen Akteuren. Es stiegen zwar mit

---

<sup>300</sup> Zu Frickhöffer vgl. Becker 2011.; vgl. auch Starbatty 2002.

<sup>301</sup> Zur Hunold-Affäre vgl. Plickert 2008, S. 178-194; vgl. auch Hartwell 1995, S. 100-133.

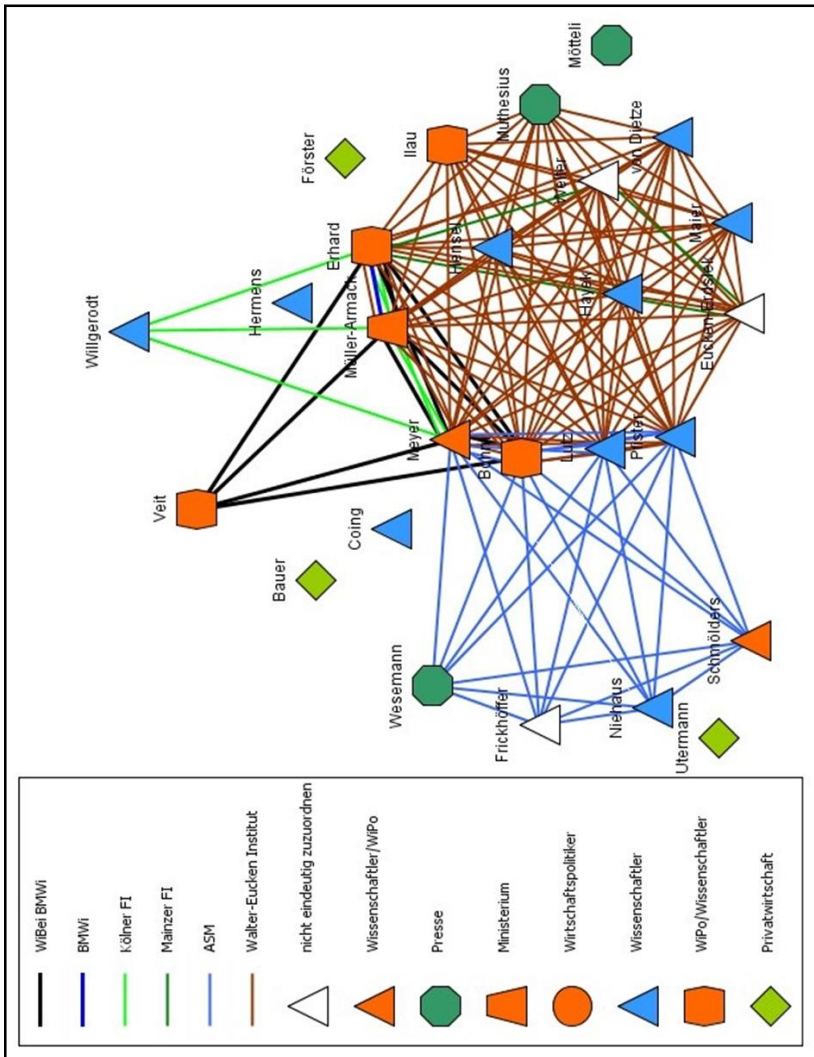
Röpke, Rüstow und Hunold drei zentrale Akteure aus der MPS aus und verringerten damit die Dichte der Integration. Dadurch waren aber die von der MPS-Mitgliedschaft unabhängigen Bindungen unter den Akteuren zum einen nicht gekappt, denn es gab weitere Akteure, die diese Bindungen aufrechterhielten, wie beispielsweise Böhm, Meyer, Pfister und Lutz. Zum anderen blieb gerade Rüstow bis zu seinem Tod im Jahre 1963 im Rahmen der ASM aktiv, es entfiel für ihn also lediglich das jährliche MPS-Treffen.<sup>302</sup> Die Übrigen Aussteiger – Dürr, Vogel und Flender – waren darüber hinaus eher randständige Akteure der Koalition, deren Ausstieg keine großartigen Lücken riss. Sie hatten auf einen Empörungsbrief von Rüstow hin ihren Ausstieg erklärt, in dem Rüstow darlegte, wie übel Röpke persönlich innerhalb der MPS zugesetzt worden sei.<sup>303</sup> Schließlich war sicherlich auch entscheidend für die Stabilität der deutschen Koalition, dass besonders Ludwig Erhard weiterhin ein deutliches Interesse an der MPS als einer internationalen wissenschaftlichen Organisation mit hoher Glaubwürdigkeit hatte, die seine politische Agenda flankierte. Insofern stellte das starke Gewicht von Akteuren aus der Wirtschaftspolitik auch einen Stabilitätsanker dar.<sup>304</sup>

---

<sup>302</sup> Vgl. Anhang 2a.

<sup>303</sup> Rüstow schrieb sämtliche ihm vertraute Kollegen in Deutschland an und forderte sie zum Austritt aus der MPS auf. Vgl. beispielsweise den Brief von Röpke an Otto Veit vom 24.07.1962. BA, NL Rüstow, Sign. N 1169, Brief von Alexander Rüstow an Otto Veit vom 24.07.1962.

<sup>304</sup> Zur Stabilisierung der MPS durch Erhard während der MPS-Konferenz in Kassel 1960 vgl. Hartwell 1995, S. 115.



### 4.1.3 Spezifische Merkmale der deutschsprachigen MPS-Mitglieder

#### *Berufsfeld*

Interessant an der Koalition neoliberaler wirtschaftspolitischer Akteure war gerade ihr vorwiegend wissenschaftlicher Hintergrund. Ein Trend zur Verwissenschaftlichung politischer Interessengruppen lässt sich zwar ebenfalls auf Arbeitgeberseite mit der Gründung des Deutschen-Industrieinstituts 1951 verzeichnen<sup>305</sup> und auf Arbeitnehmerseite mit dem Aufbau des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts seit 1946 erkennen.<sup>306</sup> Die neoliberale Koalition rund um das BMWi kam jedoch in erster Linie aus der Wissenschaft und drängte geradezu (zumindest in Teilen) auf einen stärkeren Einfluss auf und eine Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik.<sup>307</sup>

Bei einem Großteil der sich im MPS-Sample befindenden Personen handelt es sich jedenfalls um Wissenschaftler, die auch in der Mehrheit einen Lehrstuhl innehatten, ein Forschungsinstitut leiteten oder aber in einem Forschungsinstitut tätig waren. Mehrheitlich waren es Wirtschaftswissenschaftler, allerdings ausschließlich Volkswirte, ferner waren darunter einige Wirtschaftswissenschaftler mit volkswirtschaftlicher Ausbildung und wirtschaftssoziologischem Schwerpunkt. Weiterhin weist das Sample zwei Historiker und zwei Juristen auf. Darunter befanden sich unter anderem der

---

<sup>305</sup> Im Falle des Instituts des Deutschen-Industrieinstitutes stellt sich allerdings durchaus die Frage, ob man bei extrem meinungsbasierten Forschungsergebnissen von Wissenschaft sprechen kann.

<sup>306</sup> Zum Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) vgl. Schäfer und Seifert 2006.

<sup>307</sup> Vgl. hierzu auch Löffler 2002, S. 70-86.

namhafte Jurist Helmut Coing, Mitbegründer und Vorsitzender des Wissenschaftsrats und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Fritz-Thyssen-Stiftung sowie zeitweise Rektor der Universität Frankfurt, des Weiteren der bekannte Münchener Historiker Franz Schnabel, der zusammen mit seinen Schülern maßgeblich die deutsche Geschichtsschreibung nach dem Krieg prägte.<sup>308</sup>

Einige wenige, aber durchaus wichtige Akteure, entstammten zwar ursprünglich der Wirtschaftswissenschaft, sind ihrem Berufsfeld nach aber während des Untersuchungszeitraums eher, zum Teil auch vollständig, dem politischen Feld zuzuordnen. Es handelt sich entweder um Minister, Abgeordnete des Bundestages, Angestellte von Bundesministerien oder Angestellte der Zentralbank. Interessant ist dabei, dass die Akteure aus der politischen Praxis immer wieder den Kontakt und den Austausch mit der Wissenschaft suchten. Darunter waren insbesondere Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard sowie Staatssekretär im BMWi Alfred Müller-Armack.<sup>309</sup>

Drei Personen entstammten der Privatwirtschaft und waren so einige der wenigen in den Kreis der deutschsprachigen MPS-Mitglieder berufenen Unternehmern. Bei diesen Unternehmern handelte es sich allerdings um wissenschaftlich wie politisch organisierte Unternehmer, die in ihren jeweiligen Verbänden neoliberale Positionen vertraten. Sie sind dem deutschen und schweizerischen Mittelstandsunternehmertum zuzuordnen. So gehörten

---

<sup>308</sup> Zu den Schülern von Franz Schnabel gehört unter anderem der bekannte Neuzeithistoriker Lothar Gall.

<sup>309</sup> Sowohl für Erhard als auch für Müller-Armack spielte die MPS dabei einen besonders wichtigen Referenzrahmen dar. Zu Erhard vgl. Müller-Armack 1972 und Schmolders 1972; zu Müller-Armack vgl. Müller-Armack 1971, S. 55.

zum Sample Wilhelm Utermann, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Dortmund, sowie Alfred Flender, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU). Interessant ist dabei, dass diese Unternehmerkreise vor allem durch die der ASM zugehörigen Mitglieder der MPS integriert wurden. Die Aktionsgemeinschaft war nicht zuletzt daran interessiert auch im Kreise der Unternehmer an Rückhalt zu gewinnen, was neben politischen Implikationen natürlich positive finanzielle Effekte in Form von Spenden hatte.

Nahezu alle Akteure des Samples, die im deutschen Bundesgebiet ansässig waren, waren auch Mitglieder im Verein für Socialpolitik (VfS) – der zentralen deutschen Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlern – organisiert. Man kann auch konstatieren, dass MPS-Mitglieder geschlossen im VfS auftraten und dort versuchten – wenn auch nicht sonderlich erfolgreich – ihre inhaltlichen Positionen zu verankern sowie auf die Vergabe von Lehrstühlen in Westdeutschland Einfluss zu nehmen.<sup>310</sup>

### *Organisationelle Anbindung*

Die wichtigsten organisationellen Anker deutscher MPS-Mitglieder wurden bereits in Kapitel 3 vorgestellt. Das Zusammenspiel von BMWi, Wissenschaftlichem Beirat des BMWi, den Wirtschaftsforschungsinstituten an den Universitäten, der Ideenagentur ASM, dem Think Tank Walter Eucken Institut sowie den überregionalen Zeitung *FAZ*, *NZZ* und der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen wird an dieser Stelle aus akteurszentrierter Perspek-

---

<sup>310</sup> Vgl. hierzu Hesse 2010, S. 106f.

tive vorgestellt. Wo Kapitel 3 die Organisationen und ihre Funktionen analysiert hat, fokussiert Kapitel 4 also auf eine personelle Ebene und lässt die Organisationen in ihrer sozialen Dimension sichtbar werden.

Schaut man sich das Sample an, so ist die Mehrheit der Akteure anfangs der Fraktion derer zuzuordnen, die innerhalb der MPS eine Strategie der langfristigen Hegemoniegewinnung vertraten und diese Strategie auch auf nationaler Ebene mit Hilfe von Organisationen implementierten. Die mit der Gründung des Walter-Eucken Instituts 1954 einhergehende Dynamik deutet in institutioneller Hinsicht ebenfalls in diese Richtung und entspricht auch der Fortsetzung der Dominanz von Akteuren wie Leonhard Miksch und Walter Eucken innerhalb der deutschen MPS-Gruppe bis zu deren Tod 1949/1950.

Durch das Hinzukommen weiterer Mitglieder ab Mitte der 1950er Jahre veränderte sich das Gewicht zugunsten derjenigen, die neben einer langfristigen Strategie auch kurzfristige politische Interventionen in Gesetzgebungsverfahren für sinnvoll hielten. Dem entspricht die etwas spätere Gründung der ASM im Jahre 1953 und die zunehmende Bedeutung von Alexander Rüstow. Dem entspricht auch die Präsenz von Vertretern der Presse ab Mitte der 1950er Jahre. Letzteres gilt vor allem für den einflussreichen Erich Welter, Mitbegründer und Herausgeber der *FAZ* bis in die 1980er Jahre. Vertreter der Schweizer Presse sind zwar bereits mit Carlo Mötteli von der *NZZ* bereits Anfang der 1950er Jahre vertreten, erlangten aber keine große Bedeutung auf den MPS-Konferenzen. Sie sind auch für das westdeutsche wirtschaftspolitische Geschehen nicht so relevant wie die Diskurse, die etwa durch die *FAZ* angestoßen wurden.

## Regionale Verteilung deutscher MPS-Mitgliedschaft

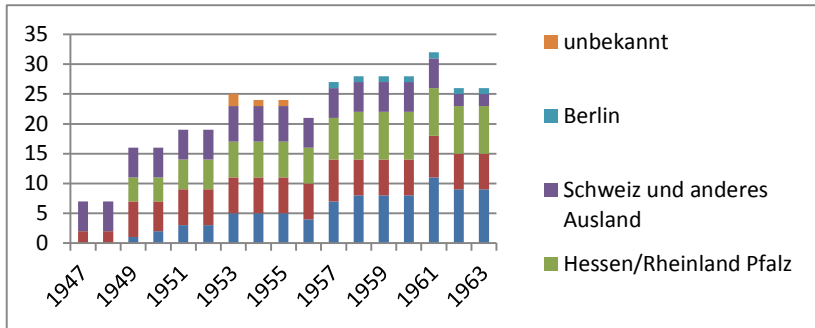


Abbildung 15: Regionale Verteilung deutschsprachiger MPS-Mitglieder 1947-1963, eigene Darstellung.

Geographisch gesehen gab es grob betrachtet vier regionale Zentren in Westdeutschland, wo sich MPS-Mitglieder konzentrierten. Regionale Zentren bezeichnen in diesem Fall Orte, an denen Akteure des MPS-Samples ansässig waren und von denen aus sie hauptsächlich wissenschaftlich oder politisch agierten. Folgende Gebiete fallen darunter: NRW mit Köln, Bonn und Düsseldorf als Städten rund um den Regierungssitz in Bonn; Baden-Württemberg/Bayern mit Freiburg, Heidelberg und München als zentralen Städten, eng verbunden mit den Institutionen Walter-Eucken Institut und Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft; Hessen/Rheinland-Pfalz mit Frankfurt, Marburg und Mainz als zentralen Städten, die wichtigste darunter Frankfurt. Letzteres war Sitz der Verwaltung für Wirtschaft, der amerikanischen Militärregierung, der deutschen Zentralbank; schließlich die Schweiz und weitere Ausland, die insofern als eine „Region“ behandelt werden kann, als das die Anbindung an das angelsächsische Ausland oftmals über den in der Schweiz lebenden europäischen Sekretär der MPS Albert Hunold lief. Bei



wenigen Akteuren war die regionale Herkunft unbekannt, eine Person stammte schließlich aus Berlin-Dahlem und wurde entsprechend gesondert erfasst.

Schaut man sich die regionale Mitgliederentwicklung im Untersuchungszeitraum an, so lassen sich folgende Trends feststellen. Die Anzahl der hessischen/rheinland-pfälzer Akteure stieg von vier im Jahre 1949 auf acht ab dem Jahre 1958 an und blieb dann bis 1963 konstant. In Baden-Württemberg/Bayern stieg die Anzahl der Akteure von zwei (1947) auf durchschnittlich sechs ab dem Jahre 1949 - mit ein paar wenigen Ausreißern - an und blieb auf diesem Level bis 1963. Den größten Zuwachs im Zeitverlauf verzeichnete NRW, von einem Akteur ab 1949 auf bis zu elf Akteuren im Jahr 1961 mit einem leichten Rückgang ab 1962 auf neun Personen. Die Schweiz und das andere Ausland waren mit durchschnittlich 5–6 Akteuren ab 1947 vertreten und verzeichnete den größten Einbruch bei den Mitgliederzahlen 1962 infolge der Hunold-Affäre. Der einzige Akteur aus Berlin war stärker angebunden an NRW und blieb auch nach der Hunold-Affäre in der MPS. Die zwei unbekannt Akteure, die als Gäste auf der MPS-Konferenz von 1953 in das Sample mit einbezogen wurden, sind aller Wahrscheinlichkeit nach Angestellte des BMWi gewesen. Sie können also vermutlich auch NRW zugeordnet werden.

Auch ohne die zwei unbekannt Personen verzeichnete NRW das größte Wachstum und die größte Anzahl an Akteuren. Dies erscheint plausibel, da dort der Bonner Regierungssitzes Bonn lag. Umso mehr sich also abzeichnete, dass deutsche MPS-Akteure Anteil nahmen an konkreten wirtschafts-

politischen Gesetzgebungsmaßnahmen, umso eher stammten diese Personen auch aus regierungssitznahen Regionen. Ausnahmen sind die Akteure Rüstow und – später – Frickhöffer, die zwar von Heidelberg aus agierten, deren konkrete Aktivitäten im Rahmen der ASM aber oftmals in Bonn oder dessen Nähe stattfanden. Damit stellten Rüstow und Frickhöffer in den 1950er/1960er Jahren durchaus eine bedeutsame Ausnahme dar.

### *Wissenschaftliche Konferenzen auf nationaler Ebene*



*Abbildung 16: Vernetzung über wissenschaftliche Vorträge und Konferenzen, 1949-1963, eigene Darstellung.*

Zwischen 1948 und 1963 fanden zahlreiche formelle wie informelle wissenschaftliche Zusammenkünfte und Konferenzen statt, welche die Kooperation und Vernetzung von Akteuren der MPS innerhalb von Westdeutschland stärkten. Angedockt waren sie an vier Institutionen: den wissenschaftlichen Beirat des BMWi, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz sowie das Walter-Eucken Institut in Freiburg.

Im Rahmen des BMWi-Beirats trafen regelmäßig deutsche MPS-Mitglieder zusammen und verfassten für die vom BMWi ausgehende Wirtschaftspolitik durchaus relevante Impulse, wie auch im Rahmen der Fallstudien in Kapitel 5 noch deutlich werden wird. Zwischen 1948 und 1963 war der Beirat äußerst produktiv, die Anzahl der Gutachten in diesem Zeitraum belief sich auf insgesamt 63, die damit verbundenen Zusammenkünfte dürften auch recht häufig gewesen sein.<sup>311</sup>

Ähnlich produktiv war das Walter-Eucken Institut. Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt fanden insgesamt 49 wissenschaftliche Vorträge zwischen 1954 und 1963 statt. Eng angeschlossen an das Walter-Eucken Institut war das Jahrbuch *ORDO*, so dass die Inhalte der Vorträge oftmals auch im Nachhinein publiziert wurden.

Das Institut für Wirtschaftspolitik hatte mit Alfred Müller-Armack ebenfalls einen äußerst produktiven ersten Direktor, der eine große Anzahl von Vorträgen hielt und neben seinen Tätigkeiten in BMWi und dessen Beirat auch

---

<sup>311</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft 1973.

wissenschaftliche Konferenzen organisierte. Eine Konferenz zu Außenhandels- und Wettbewerbspolitik, die auch innerhalb der MPS wahrgenommen wurde, organisierte er 1951 und lud dazu Franz Böhm sowie Fritz Meyer als Hauptreferenten ein.<sup>312</sup> Die zweitägige Konferenz zeichnete sich dadurch aus, das beinahe alle deutschen Mitglieder der MPS zugegen waren, wie Huhnold in seinem Rundschreiben an alle MPS-Mitglieder anerkennend anmerkte.<sup>313</sup>

Ähnliches wie für das Kölner Institut galt auch für das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik in Mainz, das von dem prominenten Volkswirt und FAZ-Herausgeber Welter geleitet wurde. Es zeichnete sich durch einen hochkarätig besetzten Verwaltungsrat aus, von denen einige Mitglieder auch in der MPS waren.<sup>314</sup>

### *Teilnahme an wirtschaftspolitischen Konferenzen*

Konferenzen, die den Anspruch hatten, ein wissenschaftliches Diskussionsniveau zu bieten und gleichzeitig damit die wirtschaftspolitische Praxis anzusprechen, werden hier ‚wirtschaftspolitische Konferenzen‘ genannt. Sie wurden oftmals von der ASM in Bad Godesberg organisiert und bezogen auch Ministeriumsmitarbeiter und Bundestagsabgeordnete mit ein.<sup>315</sup>

---

<sup>312</sup> Vgl. ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-045/1, C II, Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik im Jahre 1951, S. 4.

<sup>313</sup> BA, NL Rüstow, Sign. N 1169, The Mont Pèlerin Society, Secretary's Report on the Seelisberg Meeting September 7<sup>th</sup>-12<sup>th</sup> 1953.

<sup>314</sup> Zur Besetzung des Kuratoriums des FIW's vgl. Universitätsarchiv Mainz, Sign. S8-B55, Erich Welter, Ein Wirtschaftspolitisches Forschungsinstitut. Wirtschaftstheoretische Kenntnisse werden für die praktische Wirtschaftspolitik nutzbar gemacht, in: Staatszeitung und Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, 29.07.1951, S. 3.

<sup>315</sup> Zu den Tagungen der ASM siehe Becker 2011, S. 57-61.

Auch eine der Konferenzen der MPS hatte – trotz des MPS-Selbstverständnisses – durchaus innenpolitisch relevanten Charakter. Inmitten der Debatte um die Aufwertung der D-Mark fand das Treffen der MPS 1960 in Kassel statt. Da das BMWi stark in die Vorbereitungen der Konferenz eingebunden war und auch teilweise das Treffen finanzierte, waren wirtschaftspolitische Themen, wie die Währungsfrage, auch auf der Tagesordnung zu finden.<sup>316</sup>

## **4.2 Vorstellung zentraler deutscher MPS-Akteure**

### **4.2.1 Die Gründergeneration als Initiatoren**

#### *Das ideale Paar aus Freiburg – Walter Eucken und Edith Eucken-Erdsiek*

Aus wissenschaftlich-theoretischer Perspektive nahm der Neoliberalismus in Deutschland vor allem in Freiburg seinen Anfang. Dies galt auch für die ersten Jahre der Organisierung der neoliberalen Kräfte nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter den dort ansässigen Wissenschaftlern war es vor allem Eucken selbst, der mit seinen grundlegenden Werken zur Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung die Basis für einen weiter zu entwickelnden deutschen Neoliberalismus schaffte.<sup>317</sup>

---

<sup>316</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.3.5.

<sup>317</sup> Vgl. hierzu Kapitel 3.2.

Walter Eucken<sup>318</sup> und seine Frau Edith Eucken-Erdsiek<sup>319</sup> können als zentrale Figuren der Formierungsphase der deutschen MPS-Mitglieder gelten. Während Walter Eucken den Anschluss an die internationalen neoliberalen Kreise nach dem Krieg gewährleistete, war es Edith Eucken-Erdsiek, die nach dem Tod ihres Mannes Freiburg zu einem zentralen Wissenschaftsstandort der deutschen MPS-Mitglieder ausbaute und durch die Gründung des Walter-Eucken Instituts einen institutionellen Rahmen dafür schaffte. Und es war auch Eucken-Erdsiek, welche das Institut bis zum ihrem Tode 1985 gestaltete und auch für dessen nationale wie internationale Vernetzung sorgte.<sup>320</sup>

Die Bedeutung von Netzwerken kannten die Euckens bereits aus den Erfahrungen mit dem ‚Euckenbund‘ in den 1920er und 1930er Jahren. Beim Euckenbund handelte es sich um „eine der vielen weltanschaulich ausgerichteten Vereinigungen, in denen und mit denen das deutsche Bildungsbürgertum auf die nach dem Ersten Weltkrieg sich verstärkende kulturelle Enteignung reagierte.“<sup>321</sup> Den Euckenbund hatte Walter Euckens Vater Rudolf Eucken ins Leben gerufen und damit eine der zahlreichen inwärts gewandten philosophisch-politischen Vereinigungen der Weimarer Zeit initiiert. Das

---

<sup>318</sup> Einen kurzen Überblick über Leben und Werk von Walter Eucken liefert Oswald. Vgl. Oswald 2008. Eine weitere Überblicksdarstellung liegt von Heinz Grosseckttler vor. Vgl. Grosseckttler 2010.

<sup>319</sup> Zu Edith Eucken-Erdsiek gibt es bislang erst einen Aufsatz, der sie und ihr Lebenswerk würdigt. vgl. v. Klinckowstroem 2008. Eine umfassendere Würdigung wäre sicherlich anstrengenswert.

<sup>320</sup> Vgl. ebd.

<sup>321</sup> Dathe und Goldschmidt 2003, S. 57f.

Ehepaar Walter und Edith war vor allem in der Berliner Ortsgruppe aktiv gewesen, belebte diese und lernte dabei Vorzüge von Organisationen des intellektuellen Austauschs kennen. Dabei war das Entscheidende beim Euckenbund, dass er ähnlich wie die MPS zwar nach innen gewandt war, aber durchaus fruchtbare intellektuelle Impulse lieferte, die schriftlich durch eine Zeitschrift wie auch verbal in Vorträgen der Mitglieder nach außen getragen wurden.<sup>322</sup>

Walter Euckens Verdienst war es insbesondere, deutsche neoliberale Wissenschaftler in die MPS zu integrieren. Er lud seine Schüler und Kollegen Ende der 1940er Jahre zu den Tagungen der MPS ein. Dies erklärt auch, warum die Freiburger Kreise zu den ersten aus Deutschland stammenden Teilnehmern der Tagungen gehörten und andere Akteure, die eher den Bonner Kreisen oder der Privatwirtschaft zuzuordnen sind, erst später hinzukamen.<sup>323</sup>

Darüber hinaus kann Euckens Zeit im Wissenschaftlichen Beirat der Verwaltung für Wirtschaft und nach Gründung der Bundesrepublik 1949 im Beirat des BMWi als Periode wichtiger Impulse für die Wirtschaftspolitik gewertet werden. Eucken galt zwar als zurückhaltende Persönlichkeit in der Öffentlichkeit, war aber sicherlich zugleich wichtiger Impulsgeber in Zwiegesprächen, was durch seine zahlreichen Schüler und deren Beiträge zum deutschen Neoliberalismus belegt wird.<sup>324</sup>

---

<sup>322</sup> Zum Euckenbund insgesamt vgl. Dathe und Goldschmidt 2003, S. 57-63.

<sup>323</sup> Zu Walter Euckens Engagement zu Beginn der Formierung der MPS vgl. Plickert 2008, S. 267.

<sup>324</sup> Vgl. Plickert 2008, S. 262.

Schließlich machte Eucken sich als Wissenschaftsstrategie verdient. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er darum bemüht, gleichgesinnten Kollegen auf relevante Lehrstühle zu verhelfen. Aus der Korrespondenz mit Röpke und Rüstow geht hervor, wie diese sich um Besetzungen von Lehrstühlen bemühten, so beispielsweise um die Nachfolge Alfred Webers in Heidelberg, die schließlich Rüstow übernahm und die Nachfolge in Marburg, um die sich Eucken für Röpke vergeblich bemühte.<sup>325</sup>

Während Walter Eucken als Strategie im Hintergrund gelten kann, war seine Frau Edith eher das Gegenteil. Sie beteiligte sich weitaus lebendiger als ihr Mann an intellektuellen öffentlichen Debatten, prägte die Ausspracheabende, die mit Studierenden einmal pro Semester bei Euckens zu Hause im Rahmen des Walter-Eucken Instituts stattfanden mit ihrer lebhaften Debattekultur. Und sie war diejenige, die den Kreis der Eucken-Schüler und Freunde zusammenhielt und einmal pro Jahr ins Hause der Euckens in Freiburg zum Austausch einlud. Edith Eucken-Erdsiek betrieb also vielfach Pflege von sozialen Beziehungen und versammelte regelmäßig namhafte Personen um sich herum. Sie verstand es, die so entscheidenden Beziehungen zu den Freunden ihres Mannes wie Wilhelm Röpke, aber auch Alexander Rüstow auch nach dessen Tod fortzuführen. Nicht zuletzt ihr ist die Bedeutung des Walter-Eucken Instituts als renommierter Institution in der deutschen Wissenschaftslandschaft bis heute zu verdanken.<sup>326</sup>

---

<sup>325</sup> In einem Brief bedankte sich Röpke bei Eucken für seine Bemühungen. Vgl. IWP, NL Röpke, Ordner 13, Lettres 12.12.1938 – 16.06.1942, Brief 177, Brief von Röpke an Eucken vom 02.06.1949.

<sup>326</sup> Vgl. v. Klinckowstroem 2008.



### *Das verkannte Genie – der Eucken-Schüler Leonhard Miksch*

Leonhard Miksch gehörte zwar nicht zu den zentralen, aber eben zu den frühen wichtigen Akteuren, die kurzzeitig zwischen 1949 und 1950 in der MPS auftauchten. Die Tagung von 1949 in Seelisberg blieb die einzige Tagung an der Miksch aufgrund seines frühen Todes im September 1950 teilnahm. In der Literatur ist Miksch bisher weder ausreichend als wichtiger Akteur der deutschen neoliberalen Schule noch in seiner bedeutenden wirtschaftspolitischen Rolle gewürdigt worden.<sup>327</sup> Eine erste Korrektur der bisher zu wenig gewürdigten Rolle von Miksch haben Berndt und Goldschmidt mit ihrem Aufsatz aus dem Jahre 2000 vorgelegt, in dem sie sowohl seine wichtige Rolle bei der Verwaltung für Wirtschaft als auch seine theoretischen Beiträge zur Wettbewerbstheorie betonten.<sup>328</sup>

Mikschs Wirken war gerade in Hinblick auf die Unterstützung Erhards bei der Währungsreform von 1948 von tragender Bedeutung. Ähnliches gilt für die Vorarbeiten zum einem Kartellgesetzentwurf, die im Rahmen des Wissenschaftlichen Beirats der Verwaltung für Wirtschaft Ende der 1940er Jahre stattfanden. Hier arbeitete Miksch Josten beim Entwurf für ein Kartellgesetz zu.

Wenn Miksch auch eine dauerhafte wissenschaftliche Karriere aufgrund seines frühen Todes 1949 verwehrt blieb, so hat er in seiner kurzen Lebenszeit

---

<sup>327</sup> Eine erste Würdigung von Miksch erfolgte mit dem Nachruf im *ORDO* 1951 von Erich Achterberg und Volkmar Muthesius. Vgl. Achterberg und Muthesius 1951.

<sup>328</sup> Vgl. Berndt und Goldschmidt 2000.

nicht nur maßgeblich zur Umsetzung neoliberal geprägter wirtschaftspolitischer Maßnahmen beigetragen, sondern auch wissenschaftliche Beiträge geleistet. Auch wenn sich sein Lehrer Eucken und namhafte Freiburger Professoren um einen Lehrstuhl für ihn bemühten, so war ihm der erwünschte Freiburger Lehrstuhl erst ein Jahr vor seinem Tod vergönnt, als er im Oktober 1949 die Nachfolge von Adolf Lampe antrat.<sup>329</sup> Miksch war in den 1930er Jahren vorwiegend journalistisch tätig, den größten Teil des Zeitraums bei der Frankfurter Zeitung als Leiter des Wirtschaftsressorts in Berlin. Er habilitierte zwar 1937 mit seiner Schrift ‚Wettbewerb als Aufgabe. Grundsätze einer Wettbewerbsordnung‘ bei Eucken in Freiburg, verzichtete allerdings aus politischen Gründen auf eine Zulassung zur Dozentur. Miksch war zwar Nationalsozialist der ersten Stunde, also bereits früh der NSDAP beigetreten. Er hatte sich aber fast genauso schnell wieder von ihr abgewandt, was seine akademische Karriere deutlich negativ beeinflusste. Deshalb blieb ihm auch eine frühere Übernahme eines Lehrstuhls bis nach dem 2. Weltkrieg verwehrt. Und selbst nach dem Krieg war der Einstieg in die akademische „Zunft“ kein leichtes Unterfangen, das auch erst nach einigen bereits gescheiterten Anläufen gelang.<sup>330</sup>

Von entscheidender Bedeutung für diese Arbeit ist, dass Miksch sowohl akademisch als auch wirtschaftspolitisch nach dem Zweiten Weltkrieg bestens integriert war und in der Gründungszeit der Bundesrepublik maßgeblichen Einfluss auf wirtschaftspolitische Gesetzgebung hatte – und das gerade in

---

<sup>329</sup> Berndt und Goldschmidt 2000, S. 8.

<sup>330</sup> Berndt und Goldschmidt 2000, S. 7ff.

seiner Zwitterrolle zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik. Miksch, der das berühmte Leitsätze-gesetz vom Juni 1948 wohl formuliert hat<sup>331</sup>, war zu dieser Rolle bestens geeignet, weil er einen ausgesprochen gut verständlichen Sprachstil aufgrund seiner journalistischen Tätigkeiten hatte und dadurch hochkomplexe Sachverhalte der Politik auseinanderzusetzen und auch in Textform gießen konnte.<sup>332</sup> Ludwig Erhard, der selbst aus der Wissenschaft stammte, war gegenüber Miksch als einem politisch Gleichgesinnten und zugleich Sachverständigen sehr aufgeschlossen, da ihn dieser in seiner marktwirtschaftlichen Stoßrichtung gegenüber den Alliierten, aber auch den deutschen politischen Parteien flankieren konnte.<sup>333</sup>

#### 4.2.2 Die zentralen Wissenschaftler

*Wilhelm Röpke – Der „Shooting Star“<sup>334</sup> und „große Mahner“<sup>335</sup> unter den deutschen Neoliberalen*

Wilhelm Röpke gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den führenden internationalen Ökonomen. Dies gilt gerade für Europa, wo er nicht nur führendes Mitglied der MPS war, sondern auch ein vielgefragter wirtschaftspolitischer Berater zahlreicher Regierungen.<sup>336</sup> Es war nicht zuletzt seine deutliche Distanz zum Nationalsozialismus und die Entscheidung für das Exil in

---

<sup>331</sup> Vgl. Goldschmidt und Köhler 2008.

<sup>332</sup> Berndt und Goldschmidt 2000, S. 3.

<sup>333</sup> Vgl. Smeets und Sket 2002.

<sup>334</sup> Mooser 2005.

<sup>335</sup> Röpke und Hunold 1959, S. 13.

<sup>336</sup> Dazu gehörte neben der Bundesregierung die italienische und französische Regierung. Zum Verhältnis des italienischen Staatspräsidenten Einaudi zu Wilhelm Röpke vgl. beispielsweise Röpke und Hunold 1959, S. 11f.

Istanbul und Genf in den 1930er Jahren, die seine Reputation und sein Ansehen international steigerten und ihn auch als einen glaubwürdigen Mitgestalter der westdeutschen Nachkriegspolitik legitimierten.<sup>337</sup> Als entschiedener Antikommunist kam er auch den Amerikanern mit seiner ständigen Geißelung des östlichen ‚Kollektivismus‘ sehr gelegen.<sup>338</sup>

Wenngleich er auf der theoretischen Ebene weniger bleibenden Einfluss auf die Nationalökonomie denn auf die Wirtschaftssoziologie hatte, so ist sein eigentliches Erbe doch stark in der ständigen publizistischen Kommentierung deutscher, europäischer und internationaler Wirtschaftspolitik zu suchen.<sup>339</sup> Über seine zahlreichen Artikel in der Tagespresse, vor allem in der *FAZ* und der *NZZ*, hinaus publizierte Röpke ausgiebig in Fachzeitschriften und schrieb ferner einige Monographien, die vor allem immer wieder die Überlegenheit des westlich-christlich geprägten Abendlandes und des liberalen Kapitalismus postulierten.<sup>340</sup> Beinahe „legendär“ ist seine Bilanz über die deutsche Wirtschaftspolitik, die Röpkes Freund Ludwig Erhard<sup>341</sup> Anfang der 1950er Jahre in Auftrag gab und die dem westdeutschen Staat für seine liberalen Wirtschaftsreformen lobte und dazu ermunterte, weitere Schritte in diese Richtung zu gehen.<sup>342</sup> Sein Bericht „Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?“ schlug damals in der deutschen Öffentlichkeit bahnbrechende

---

<sup>337</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 133f.

<sup>338</sup> Vgl. Hennecke 2005, S. 219.

<sup>339</sup> Vgl. Hennecke 2005, S. 2f.

<sup>340</sup> Vgl. Haselbach 1991.

<sup>341</sup> Zur Freundschaft zwischen Röpke und Erhard vgl. deren Korrespondenz, in der sie diese beide ausdrücklich preisen und hervorheben. Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Röpke an Erhard vom 26.09.1953 und Brief von Erhard an Röpke vom 07.10.1953.

<sup>342</sup> Vgl. Röpke 1950.

Wellen, stärkte Ludwig Erhard, aber auch der Bundesregierung insgesamt, deutlich den Rücken. Röpke schrieb in diesem Bericht in Anerkennung von Erhards Leistung bei der Währungsreform:

*„Das Verdienst, das somit der auf Wiederherstellung der Marktwirtschaft gerichteten Wirtschaftspolitik dem seinerzeitigen Direktor für Wirtschaft und jetzigen Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard zuerkannt werden muß, ist umso größer und der Beweis, der damit für die Überlegenheit der Marktwirtschaft über den Kollektivismus geliefert worden ist, um so eindrucksvoller, als die Erholung der westdeutschen Wirtschaft seit jener Reform notorisch ist.“<sup>343</sup>*

Unvergessen sind schließlich die zahlreichen Vorträge, die Röpke in ganz Europa, vor allem aber in Westdeutschland nach dem Krieg hielt und damit immer wieder den neoliberal geprägten Kapitalismus als einzig richtigen Weg für den Westen einforderte. Röpke war sowohl bei Wissenschaftlern, Wirtschaftspolitikern, aber auch liberalen Unternehmern beliebt durch seine provokanten Vorträge und Meinungsäußerungen. Röpke war als Persönlichkeit Zeit seines Lebens nicht unumstritten, weil er insgesamt sehr verletzlich, eitel und launig war, zugleich aber deutlich gegenüber anderen nicht zimperlich agierte. Diese persönliche Charakteristik Röpkes sorgte immer wieder für Dissonanzen innerhalb der MPS, innerhalb der deutschen Neoliberalen, aber auch darüber hinaus. Es war nicht zuletzt seine schwierige Persönlichkeit, die ihn innerhalb der MPS isolierte und ein Jahr vor seinem Tod als Präsidenten zu Fall brachte.<sup>344</sup>

---

<sup>343</sup> Röpke 1950, S. 18.

<sup>344</sup> Zur schwierigen Persönlichkeit Röpkes vgl. Peukert 2010, S. 353.

Röpke verfügte infolge seiner regen publizistischen Tätigkeiten und seiner häufigen Präsenz in der Öffentlichkeit über zahlreiche internationale Kontakte.<sup>345</sup> Nun war Röpke nicht nur äußerst produktiv auf wirtschaftspolitischer und wissenschaftlicher Ebene. Er pflegte darüber hinaus die von ihm geschlossenen Kontakte mittels regelmäßiger privater Briefkorrespondenz, die als historische Quelle äußerst wertvoll ist und Aufschluss darüber gibt, welche seiner Kontakte große, welche weniger große Bedeutung hatten.<sup>346</sup> Die folgenden Ausführungen greifen die wichtigsten, wirtschaftspolitisch und wissenschaftlich relevanten Kontakte heraus und erläutern deren Bedeutung im Kontext neoliberaler Wirtschaftspolitik in Westdeutschland. Dabei werden die zentralen Kommunikationsachsen von Röpke analysiert. Zu seinem unmittelbarsten Umfeld – wie die persönliche Korrespondenz belegt – gehörten vor allem Mitglieder der MPS, darunter Albert Hunold, Hans Ilau, Ludwig Erhard, Volkmar Muthesius, Erich Welter, Otto A. Vogel sowie die aus der Istanbul Exilzeit bekannten Kollegen Rüstow und Lutz.<sup>347</sup> Diese Be-

---

<sup>345</sup> Vgl. hierzu u.a. die Korrespondenz mit dem italienischen Ökonomen Carl Antoni, mit dem wirtschaftspolitischen Berater des französischen Staatspräsidenten de Gaulles Jacques Rueff und dem international vernetzten Ökonomen Friedrich August von Hayek. IWP, NL Röpke, Ordner 12.53-7.55, Brief 9, Brief von Wilhelm Röpke an Carl Antoni vom 30.10.1954; Ordner 12.53-7.55, Brief 490, Brief von Jacques Rueff an Wilhelm Röpke vom 06.06.191955; Ordner 14, Brief 157, Brief von Wilhelm Röpke an Friedrich August von Hayek vom 06.11.1952.

<sup>346</sup> Die umfangreiche Sammlung der Briefe im Röpke Archiv des IWP belegt dies eindrucksvoll.

<sup>347</sup> Insbesondere Welter, Röpke, Rüstow, Ilau und Muthesius begriffen sich selbst als Kreis, der sich wirtschaftspolitisch absprach, um entsprechend publizistisch zu intervenieren. Vgl. IWP, NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 730f., Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 24.04.1952.

ziehungen verliefen gelegentlich nicht nur harmonisch, aber selbst die Konflikte lagen oftmals in Briefform vor und wurden von Röpke und seinen Kontrahenten offen ausgetragen.<sup>348</sup>

Wichtig von der Gründung der MPS im Jahre 1947 an war die Beziehung und spätere Freundschaft zum europäischen Sekretär der MPS Albert Hunold. Diese Beziehung markierte zugleich den Beginn wie auch das Ende von Röpkes MPS-Mitgliedschaft. Denn Röpke gehörte zu der Minderheit von Wissenschaftlern, die infolge der Hunold-Affäre die MPS im Jahre 1962 verließen. Im Laufe der 1950er Jahre stellte sich ein äußerst vertrauensvolles Verhältnis zwischen Röpke und Hunold ein, das deutlich zu unterscheiden ist von Beziehungen mit sonstigen politisch wie wissenschaftlich Gleichgesinnten. Man kann dabei auch von einer zentralen strategischen Achse für Röpkes wirtschaftspolitisches Handeln sprechen. So urteilten Röpke und Hunold in ihrer Korrespondenz über zahlreiche Gleichgesinnte und es klingt heraus, dass die Beiden sich selbst als miteinander vertraute Strategen verstanden. In einem Brief, der auch die Auseinandersetzungen um das Kartellgesetz behandelte, schrieb Hunold etwa an Röpke im Juli 1955:

---

<sup>348</sup> Vgl. Hennecke 2005, S. 1.

*„Die Sache steht lange nicht so schlimm, wie ich vermutet hatte. Ich schrieb dies auch Hayek und bat ihn auch Mises ins Bild zu setzen. Wenn wir geschlossen auftreten, können wir viel erreichen. [...] Über die Zeitschrift von Muthesius<sup>349</sup> sprachen beide Herren<sup>350</sup> nur mit Verachtung und ich glaube kaum, dass sie dies nur taten, um mir einen Gefallen zu erweisen.“<sup>351</sup>*

Hunold informierte hier Röpke zum einen darüber, dass er Hayek und von Mises versuchte, in eine politische Intervention zum Kartellgesetz einzubinden. Zum anderen teilte er Röpke mit, wie Hayek und von Mises zur neuen Zeitschrift des politisch durchaus nahestehenden Volkmar Muthesius, Chefredakteur der Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen und der Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, standen. Offensichtlich teilten Röpke und Hunold eine Verachtung für Muthesius Zeitschrift sowie Muthesius als Person.<sup>352</sup> Das Verhältnis zwischen Röpke und Hunold wurde umso vertrauter, je mehr die Kritik an Hunold innerhalb der MPS zunahm. Ähnlich wie Hunold interpretierte Röpke die Krise der MPS nicht als menschliches Versagen Hunolds wie der Großteil der anderen MPS-Mitglieder. Vielmehr betrachtete Röpke in Einklang mit Hunold die Führungskrise der MPS und die Kritik an Hunold und ihm als angelsächsische Verschwörung einer Gruppe um Hayek, die eine europäisch geprägte Variante des Neoliberalismus aus der MPS systematisch zu verbannen suchten. Dieser Interpretation der MPS-Krise folgend verschlechterte sich nicht zuletzt auch Röpkes Verhältnis zu sämtlichen Kollegen des angelsächsischen Raums Anfang der 1960er Jahre.

---

<sup>349</sup> Gemeint sind hier die von Muthesius herausgegebenen *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik*.

<sup>350</sup> Gemeint sind hier Hayek und Mises.

<sup>351</sup> IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 117, Brief von Albert Hunold an Wilhelm Röpke vom 04.07.1955.

<sup>352</sup> Vgl. ebd.



Röpke wurde in der historischen Nachbetrachtung aber mehr als Opfer von Hunolds Machenschaften, denn als eigentlicher ‚Übeltäter‘ in der MPS betrachtet.<sup>353</sup>

Ein weiterer Akteur, mit dem Röpke rege Korrespondenz führte, war Hans Ilau von der Rhein-Main Bank, zeitweise im Untersuchungszeitraum FDP-Mitglied, vor allem auch Vorsitzender des FDP-Wirtschaftsausschuss Anfang der 1950er Jahre. Dabei kann man von einer deutlich aktiveren Rolle Ilau in der Beziehung zu Röpke sprechen. Es war Ilau, der Röpke für Gesprächskreise und Vorträge in Frankfurt gewinnen wollte. Und es war Ilau, der durch rege Korrespondenz den Kontakt aufrechterhielt. Röpke profitierte von Ilau durch zahlreiche wirtschaftspolitische Insiderinformationen, die in den Briefen von Ilau auftauchten. Beispielsweise berichtete Ilau in einem Brief von 1953 über eine „äußerst laue Haltung“ in der Konvertibilitätsfrage des Vertreters der Bank deutscher Länder in einer Sitzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), eine Information, die er wiederum von Per Jakobsson, dem späteren IWF-Exekutivdirektor und damaligen Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung der BIZ, erhalten hatte.<sup>354</sup> Diese Beziehung ermöglichte Röpke einen Zugang zu bundespolitischem Insiderwissen, welches sicherlich hilfreich für Röpke war. Dies galt nicht zuletzt deshalb, weil es ihm einen neutraleren Einblick in die Wirtschaftspolitik Erhards bot, mit dem er schließlich auch regelmäßig in Kontakt stand. Oftmals hat man

---

<sup>353</sup> Vgl. Hennecke 2005, S. 220.

<sup>354</sup> IWP, NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 255f., Brief von Hans Ilau an Wilhelm Röpke vom 24.06.1953.

bei Korrespondenz mit Ilau den Eindruck, dass sie eher Lücken in der Korrespondenz von Röpke mit dem äußerst beschäftigten Erhard füllte. Ilau hatte hingegen äußerst viel davon, dass Röpke ein aufmerksamer Leser jeglicher Artikel und Aufsätze war, die man ihm schickte. Man konnte darüber hinaus ein aufrichtiges, durchaus auch kritisches Feedback erwarten. Spätestens jedoch nach der ASM-Krise um Ilau, in der jener sich abfällig gegenüber Meyer und der Realitätsferne der Wissenschaft geäußert hatte, kühlte sich das Verhältnis zwischen Ilau und Röpke deutlich ab.

Ähnliche Schwankungen erlebte das Verhältnis zwischen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und Röpke. Man sollte meinen, dass sich der vermeintliche „Vater der Währungsreform“ und der von Anfang an mit dem westdeutschen Wiederaufbau befasste Ökonom bereits recht früh nicht nur als Kämpfer für die gemeinsame Sache anerkannten, sondern auch persönlich miteinander bekannt waren. Allerdings erfolgte erstaunlicherweise eine erste Kontaktaufnahme der beiden neoliberalen ‚Frontkämpfer‘ erst Ende August 1948 von Erhards Seite per Brief.<sup>355</sup> Aus dieser Kontaktaufnahme entstand eine intensive, wenn auch zuweilen durch Spannungen gekennzeichnete Freundschaft, die in zahlreichen publizistischen Impulsen zur deutschen Wirtschaftspolitik von Seiten Röpkes mündete und Erhard in seinem neoliberalen Kurs innerhalb der Bundesregierung bestärkte. Erhard konnte sich der Unterstützung Röpkes für seinen Kurs in der Wirtschaftspolitik sicher sein. Allerdings musste er ebenso damit rechnen, dass dieser ihm

---

<sup>355</sup> Hennecke 2005, S. 176.

stets auf die Finger schaute und an seine eigenen, ihm gegenüber bekundeten liberalen Ideale, erinnern würde. Von großer Bedeutung für die Beziehung der Beiden kann der Besuch Erhards bei Röpke in Genf betrachtet werden. Erhard besuchte ihn im Winter 1949 zusammen mit seiner Frau und empfand das Treffen, wie er in einem Brief bekundete, als eine Zeit des extrem fruchtbaren Gedankenaustausches, welche die Begründung einer Freundschaft zur Folge hatte.<sup>356</sup> Gleichwohl kann man ab Mitte der 1950er Jahre dieser Freundschaft eine gewisse Einseitigkeit zuschreiben. Denn Erhard, der zunehmend von seinem Amt beansprucht war, reagierte nicht mehr so schnell und häufig auf die brieflichen Kontaktaufnahmen Röpkes. Dieser war wiederum entsprechend enttäuscht, hatte er sich doch mehr von seiner Freundschaft zu Erhard erhofft, obendrein einen direkteren Kanal ins Herz der westdeutschen Wirtschaftspolitik. Röpke verfügte mit seinem persönlichen Kontakt zu Erhard durchaus über einen direkten Einflusskanal, er genoss vor allem aber neben direktem Kontakt auch eine hohe Reputation bei Erhard, die dafür sorgte, dass das BMWi und darin insbesondere die Grundsatzabteilung den Publikationen Röpkes erhöhte Aufmerksamkeit widmete. Röpke konnte sich also der Rezeption seiner publizistischen Interventionen von Seite des BMWi sicher sein. Insofern war insbesondere für Röpkes wirtschaftspolitischen Einfluss die Freundschaft zu Erhard bedeutend. Erhard fasste seine hohe Wertschätzung in einem Brief 1959 folgen-

---

<sup>356</sup> Vgl. Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Wilhelm Röpke an Ludwig Erhard vom 26.09.1953.

dermaßen zusammen: „Sie haben wie kein Anderer meine geistige und seelische Haltung in allen gesellschaftspolitischen Fragen so stark geprägt, dass ich Sie als einen „Bruder im Geist“ verehere.“<sup>357</sup>

Ebenso bedeutsam, wenn auch nicht auf privater Ebene, waren die persönlichen Beziehungen von Röpke mit Vertretern der deutschen Presse. Insbesondere der Kontakt zu Volkmar Muthesius von der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen und Erich Welter von der *FAZ* ermöglichten Röpke, jederzeit publizistisch in politische Debatten zu intervenieren. Trotz diverser Meinungsverschiedenheiten im Laufe der 1950er Jahre eröffneten Welter und Muthesius Röpke jederzeit eine Plattform, um einen Meinungsartikel in anerkannten Tages- oder Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Dies signalisierten Welter und Muthesius in ihren anerkennenden Briefen an Röpke.<sup>358</sup> So schrieb Welter an Röpke im September 1954: „Ich weiß nicht, was ich mehr bewundern soll: die wissenschaftliche Klarheit oder den Mut, mit dem Sie immer wieder den Kampf gegen den Irrtum aufnehmen.“<sup>359</sup> Man kann so weit gehen zu konstatieren, dass Röpke kaum den Wünschen nach Artikeln nachkommen konnte, so häufig traten Personen aus dem *FAZ*- und *NZZ*-Umfeld an ihn heran.<sup>360</sup> Röpke deutet in seiner Korrespondenz mit anderen

---

<sup>357</sup> Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Röpke vom 7.10.1959.

<sup>358</sup> Vgl. beispielsweise den Brief von Welter an Röpke vom 28. August 1954, in dem Welter sowohl kürzlich publizierte Aufsätze von Röpke preist als auch um eine Veröffentlichung in der *FAZ* bittet. IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 688, Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 28.08.1954.

<sup>359</sup> Vgl. ebd., Brief 689, Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 04.09.1954.

<sup>360</sup> Röpkes Kontaktperson innerhalb der *NZZ* war der Redakteur Carlo Mötteli, der bereits unter 4.1.2 vorgestellt wurde. Auch zwischen Röpke und Mötteli liegt eine rege Korrespondenz mit entsprechenden Publikationsangeboten vor. Vgl. vor allem IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 373, 421 – 427, Korrespondenz

Personen seine deutliche Distanz zu Welter, vor allem aber auch zu Muthesius an und spottete oftmals über die ihm wohlgesonnenen Publizisten. Hier deutet sich auch die schwierige Persönlichkeit Röpkes an, der über seine inhaltliche Kritik an den politischen Meinungen einzelner Personen auch dazu neigte, persönlich mit einem ihm politisch Nahestehenden aufgrund kleinster Meinungsverschiedenheiten zu brechen.<sup>361</sup>

Solche persönlichen Brüche gab es vorwiegend mit den während der NS-Zeit im Deutschland verbliebenen, auch wenn sie politisch Gleichgesinnte nach dem Krieg waren. Das galt nicht nur für Vertreter der Presse, sondern auch für den oben erwähnten Ilau oder aber auch für Günter Schmölders aus Köln, mit dem Röpke gar eine öffentliche publizistische Auseinandersetzung führte.<sup>362</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Röpke gewisse Schwierigkeiten, eng mit Personen umzugehen, die sich mit dem Nationalsozialismus arrangiert hatten. Ludwig Erhard stellte hier eine Ausnahme dar. Anderes galt für die Personen, die er im Exil in Istanbul kennen- und schätzen gelernt hatte. Insbesondere seine Beziehung zu Alexander Rüstow, dem er auch seit den 1930er Jahren wissenschaftlich mit seinem soziologisch geprägten Neoliberalismus am Nächsten stand, war nach dem Krieg von großer persönlicher Bedeutung und stets eine wichtige Stütze für Röpke. Selbst im Kontext

---

zwischen Wilhelm Röpke und Carlo Mötteli; und Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 455 – 460; Korrespondenz zwischen Wilhelm Röpke und Carlo Mötteli.

<sup>361</sup> Vgl. beispielsweise auch die Korrespondenz mit Muthesius, in der Röpke seine Enttäuschung offen ansprach: „Meine allerletzte Hoffnung – Sie sehen, wie sehr ich mich dagegen sträube – richtet sich darauf, dass ein ruhiges Gespräch zwischen uns die Krise unserer freundschaftlichen Beziehungen überwinden könnte [...]“. IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief von Wilhelm Röpke an Volkmar Muthesius vom 10.07.1955.

<sup>362</sup> Vgl. IWP, Röpke Archiv, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 579 – 587, Briefwechsel von Wilhelm Röpke und Günter Schmölders 1954/1955.

der MPS-Krise wich Rüstow nicht von Röpkes Seite und trat 1962 mit einer Reihe weiterer Wissenschaftler und Unternehmer solidarisch aus der MPS aus.<sup>363</sup>

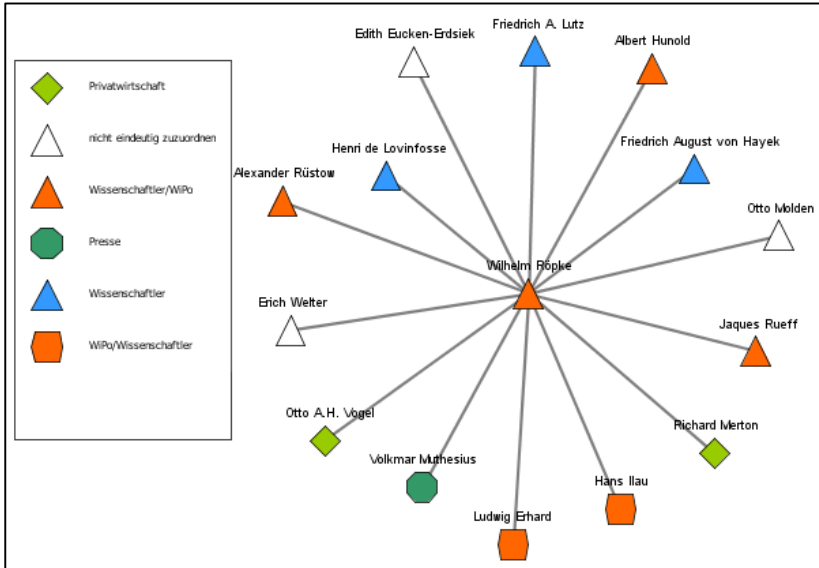


Abbildung 17: Die wichtigsten Kontakte von Wilhelm Röpke 1949 bis 1963 im Überblick, eigene Darstellung.

Abbildung 17 zeigt, dass Röpke insgesamt wohl einer der am besten vernetzten neoliberalen Wissenschaftlern der Nachkriegszeit war. Dies ist in Anbetracht seiner durchaus schwierigen, leicht cholerischen Persönlichkeit umso

<sup>363</sup> Zum durch Rüstow initiierten Austritt aus der MPS als Solidaritätsaktion vgl. die Briefaktion von Rüstow, in der er zahlreiche deutsche MPS-Mitglieder aus Solidarität mit Röpke zum Austritt aufforderte. Vgl. BA, NL Rüstow, Sign. N 1169, u.a. Briefwechsel von Alexander Rüstow mit Wilhelm Coing Utermann, Otto Veit, Otto A. H. Vogel und Hans Willgerodt 1962.

erstaunlicher. Zugleich erscheint die zentrale Position von Röpke aber wiederum nicht überraschend, da er zu den wenigen integren, international anerkannten ökonomischen Experten für deutsche Wirtschaftspolitik gehörte und darüber hinaus unentwegt postal kommunizierte und seine zahlreichen Beziehungen – trotz der diversen Konflikte – gleichwohl pflegte.

### *Alexander Rüstow – Wissenschaft und wirtschaftspolitisches Engagement*

Ähnlich wie Wilhelm Röpke gehörte Alexander Rüstow zu denjenigen Wissenschaftlern, die sich entschieden, nach dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft Deutschland zu verlassen. Wie Röpke führte ihn sein Weg ebenfalls an die Universität Istanbul, an der er von 1933 bis zum Ende des Krieges blieb, um dann schließlich 1949 nach Deutschland zurückzukehren und den Lehrstuhl von Weber in Heidelberg zu übernehmen. Seine Distanz zum Nationalsozialismus verlieh Rüstow ebenfalls ein integriertes Image nach dem Krieg. Er war sowohl an seiner Universität in Heidelberg unter den Studierenden ein beliebter Dozent, als auch ein Wissenschaftsstrategie, der sich mit der Aufstellung der neoliberalen Lehre an den deutschen Universitäten beschäftigte. Und er war nicht zuletzt ein einflussreicher wissenschaftlicher Lobbyist bei wirtschaftspolitischen Gesetzgebungsverfahren im Rahmen seiner Aktivitäten als Vorsitzender der ASM.

Rüstow gehörte zu den ersten deutschen MPS-Mitgliedern überhaupt. Er hatte – wie bereits oben erwähnt – 1932 im Rahmen des Vereins für Socialpolitik einen „neuen Liberalismus“ als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise eingefordert und war Teilnehmer am Kolloquium Walter Lippmann 1938 in Paris. Er gehörte also zu den deutschen Neoliberalen der ersten Stunde.

Zwar war er nicht auf der ersten Tagung der MPS 1947 zugegen, wurde aber dennoch bereits von Eucken als Mitglied vorgeschlagen und auch angenommen.<sup>364</sup> Während des Zweiten Weltkriegs stand er in ständigem Kontakt mit Walter Eucken und korrespondierte mit diesem über die Lage im Deutschen Reich, die beide zur schieren Verzweiflung brachte. Es war auch Eucken, der Rüstow nach dem Krieg zum Antritt der Professur in Heidelberg ermutigte und mit ihm darüber diskutierte, wie man sich als neoliberale Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern in Deutschland aufstellen sollte und auf die zukünftige Lage Westdeutschlands Einfluss nehmen könnte. Beide, Eucken wie Rüstow, versuchten auch Röpke zu einer Rückkehr nach Westdeutschland zu bewegen – wie sich herausstellen sollte aber vergebens.<sup>365</sup>

Rüstows relevantestes Wirkungsfeld im Kontext der vorliegenden Arbeit war sein Wirken als Lobbyist und Berater Ludwig Erhards in Bonn nach dem Zweiten Weltkrieg. Er war unmittelbar an der Gründung der ASM beteiligt und unentwegt auf deren Konferenzen oder eben als Berater der Wirtschaftspolitik im Zwiegespräch mit einzelnen Politikern aktiv. Erfahren war Rüstow im Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung, weil er bereits in den in den 1920er und 1930er Jahren die Berliner Ministerien und Lobbywelt kennenlernte und auf beiden Seiten bereits Berufserfahrung sammelte. Im Reichswirtschaftsministerium war er von 1919 bis 1925 als Referent für Kartellfragen zuständig und scheiterte in der Weimarer Zeit daran, ein Kar-

---

<sup>364</sup> Man darf vermuten, dass Rüstow Einreiseschwierigkeiten an der Teilnahme im Jahr 1947 hinderten.

<sup>365</sup> Vgl. Hennecke 2005, S. 164ff.



tellgesetz mit Verbotprinzip auf die Wege zu bringen. Und ab 1924 wechselte er auf die Seite der Lobbyisten und wurde Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des VdMA.<sup>366</sup>

Bereits 1949 sicherte Rüstow Erhard seine wissenschaftliche Unterstützung für das wirtschaftspolitische Programm der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu und schickte ihm per Brief programmatische Ausarbeitungen seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen.<sup>367</sup> Im November 1950 erfolgte das erste persönliche Treffen zwischen Erhard und Rüstow in Unkel am Rhein nah bei Bonn, an dem auch Rüstows Bruder Hanns-Joachim Rüstow teilnahm, ebenfalls wirtschaftspolitischer Lobbyist.<sup>368</sup> Das ausgesprochen freundschaftliche Verhältnis von Rüstow zu Erhard verschaffte ihm einen direkten und gewichtigen Kanal ins Bundeswirtschaftsministerium. Rüstow verstand es auch, Erhard in die Aktivitäten der ASM einzubinden, so zum Beispiel in deren Konferenzen.

Rüstow war dabei eine Integrationsgestalt, die stets darum bemüht war, die Schnittstelle zwischen Wirtschaftspolitik und Wissenschaft im Auge zu behalten und ähnlich wie Röpke zu diesem Zwecke mit zahlreichen Personen aus Wissenschaft und Politik korrespondierte, darüber hinaus regelmäßig

---

<sup>366</sup> Zur Rüstows Zeit im Reichswirtschaftsministerium und beim VdMA vgl. Starbatty 2008, S. 417f.

<sup>367</sup> Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 60, vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961, Brief von Alexander Rüstow an Ludwig Erhard vom 03.09.1949.

<sup>368</sup> Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 60, vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961, Brief von Ludwig Erhard an Alexander Rüstow vom 20.10.1950.

zwischen Heidelberg und Bonn pendelte, um Akteure aus der Wirtschaftspolitik persönlich zu treffen. Auch seine Publikationsmacht kann als bedeutend angesehen werden, zumal er einer der drei Kuratoren der Fazit-Stiftung war und somit im engen Kontakt mit dem Kreis der Herausgeber der FAZ stand.<sup>369</sup>

Der wichtigste Beitrag Rüstows zum Einfluss der neoliberalen Agenda auf die westdeutsche Wirtschaftspolitik liegt allerdings nicht so sehr auf der Ebene der persönlichen Beziehungen, die er jederzeit problemlos etablierte, sondern vielmehr in der Schaffung des zentralen deutschen neoliberalen Ideenagentur der Nachkriegszeit, der ASM, in dem die von ihm geknüpften Kontakte zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammenliefen und einen Kristallisationspunkt in der Nachkriegswirtschaftspolitik bildeten. Von 1955 bis 1962 bekleidete er das Amt des Präsidenten der ASM, war aber auch darüber hinaus eines der aktivsten und führenden Mitglieder der ASM, zumal der Geschäftsführer der ASM, Wolfgang Frickhöffer, auch von Heidelberg, Rüstows Wohnsitz, aus arbeitete.<sup>370</sup>

#### **4.2.3 Die Wirtschaftspolitiker**

##### *Ludwig Erhard – „Wanderer zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft“*

In einem Brief an Rüstow vom 27. Oktober 1952 bezeichnete sich Ludwig Erhard als „Wanderer zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft“ und

---

<sup>369</sup> Vgl. Rüstow 1981, S. 375.

<sup>370</sup> Vgl.ebd.

bezeichnete diesen Zustand als „unerquicklich“, weil vermutlich auch äußerst zermürend.<sup>371</sup> Es war eine Gradwanderung für Erhard, zwischen den Idealvorstellungen neoliberaler Wissenschaft von einer nach dem Wettbewerbsprinzip organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, den Eigeninteressen von Unternehmern, die aufgrund ihrer eigenen Erfahrungswelt oftmals wenig Verständnis für kartellkritische Positionen von Erhard mit sich brachten und den oftmals mit Unverständnis reagierenden Kollegen im Bundestag, die sich zumeist der Privatwirtschaft verpflichtet fühlten, zu vermitteln. Und doch gelang Erhard gerade dieses Kunststück für den Zeitraum, während dem er Wirtschaftsminister war, erstaunlich gut, indem er sich vor allem auf die Argumente der Wirtschaftswissenschaft stützte, dort den Ausgangspunkt seiner politischen Argumentation sah, sich regelmäßig in politischen Auseinandersetzungen von Wissenschaftlern flankieren ließ und zugleich ein gewisses Maß an Kompromissfähigkeit in politische Auseinandersetzungen mitbrachte.

Erhards Verdienst war also nicht nur die oftmals gerühmte Durchführung der Währungsreform sowie weitere Schritte zur Etablierung einer liberalen Marktwirtschaft in Westdeutschland, sondern auch einen Prozess der Verwissenschaftlichung von Politik anzustoßen und während seiner Zeit im BMWi systematisch auszubauen. Dieser Prozess wurde bereits in Kapitel drei diskutiert, soll aber hier noch einmal auf der personellen Ebene nachvollzogen werden. Denn besonders erstaunlich ist an diesem Prozess, dass

---

<sup>371</sup> Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 60, vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961, Brief von Ludwig Erhard an Alexander Rüstow vom 27.10.1952.

Erhard zwar aus der Wissenschaft in die Politik kam, allerdings während der NS-Zeit noch nicht eng mit den großen Wirtschaftswissenschaftlern seiner Zeit bekannt war. Wenn man nun der Frage nachgeht, wie es dazu kam, das Erhard um das BMWi herum eine Struktur an Wissenschaftsinstitutionen und zentralen Personen aus der Wissenschaft gruppieren konnte, dann kann man in diesem Kontext einige Schlüsselpersonen identifizieren, die diesen Prozess mit anstießen und beförderten.

Zunächst ist Erhards eigenes wissenschaftliches Engagement während der NS-Zeit für die Reichsgruppe Industrie zu nennen. Die Reichsgruppe Industrie unterstützte seine Forschung zu Plänen für die Nachkriegszeit mit der finanziellen Förderung des Instituts für Konsumforschung und garantierte damit zugleich eine Vernetzung mit denjenigen, die aus der Unternehmerschaft entsprechende Wirtschaftsnachkriegsplanungen umsetzen würden.<sup>372</sup>

Zum zweiten war es die frühe Einbeziehung von Wissenschaftlern in der Verwaltung für Wirtschaft, deren wissenschaftlichen Beirat Erhard von Beginn an ernst nahm und an dessen Sitzungen er auch – ähnlich wie später beim BMWi-Beirat – teilnahm. Insbesondere die Bekanntschaft mit Leonhard Miksch in der Verwaltung für Wirtschaft, der ebenso wie er aus der Wissenschaft stammte, aber nun in der Verwaltung für Wirtschaft als Referatsleiter

---

<sup>372</sup> Vgl. Löffler 2002, S. 56ff.

arbeitete, ist hier hervorzuheben.<sup>373</sup> Das Gespann aus zwei Wissenschaftlern, die nun Wirtschaftspolitik gestalteten, war sicherlich von prägender Bedeutung für Erhards zukünftiges politisches Agieren.

Ein solches Gespann von zwei Wissenschaftlern sollte sich bei der engen Zusammenarbeit mit Alfred Müller-Armack wiederum ergeben und die Zeit im BMWi für Erhard sehr stark prägen. Denn Müller-Armack gewährleistete sowohl die Anbindung des BMWi-Beirats an die Politik. Er war aber auch in einer Schlüsselposition, als dass er das Institut für Wirtschaftspolitik in Köln und die dort stattfindenden anwendungsorientierten Forschungen einband und damit einen dauerhaften Forschungsverbund zwischen Ministerien und universitären Forschungsinstituten anstieß, der sich später auch in weiteren Beiräten bei Ministerien niederschlagen sollte.<sup>374</sup>

Schließlich war die Freundschaft zu Rüstow und Röpke von tragender Bedeutung für Erhards Einbeziehung der Wissenschaft in die Wirtschaftspolitik. Beide unterstützten Erhards neoliberale Grundhaltung in der Wirtschaftspolitik und waren anders als Müller-Armack und er selbst in der NS-Zeit emigriert. Sie garantierten also symbolisch eine zusätzliche Legitimationsgrundlage für neoliberale Politik, weil sie für den Bruch zwischen Liberalismus und Nationalsozialismus standen – auch in der internationalen Wahrnehmung.<sup>375</sup>

Zu guter Letzt sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der mangelnde Rückhalt in der CDU, für die Erhard kandidierte, zumindest während der ersten zwei

---

<sup>373</sup> Vgl. Berndt und Goldschmidt 2000, S. 5ff.

<sup>374</sup> Vgl. Löffler 2002, S. 75-78.

<sup>375</sup> Vgl. Ptak 2004, S. 133f.

Legislaturperioden dafür sorgte, dass sich Ehard seinen Rückhalt und seine Machtbasis anders organisieren musste. Dies gelang ihm erfolgreich mit der Einbeziehung von Wirtschaftswissenschaftlern. Erhard kann insgesamt als die Schlüsselfigur im Bonner Politikbetrieb betrachtet werden, die einen verstärkten Einfluss neoliberaler Akteure aus der MPS ermöglichte und die Institutionen neoliberaler Akteure eng an die Arbeit im Bundeswirtschaftsministerium koppelte.

### *Otto Veit – Banken- und währungspolitischer Experte zwischen Zentralbank und Wissenschaft*

Otto Veit gehörte zu den Staatsbeamten, die in der Zeit der Weimarer Republik während ihrer Arbeit in Ministerien in Berlin Expertise sammelten und ihre zahlreichen Kontakte knüpften, deren Karriere und Aufstieg jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte, weil Veit als Opponent des Nationalsozialismus weder die Freiheit zum Publizieren noch zu einer weitergehenden wissenschaftlichen Karriere hatte. Veit gehörte zu den bekanntesten währungspolitischen Experten der ersten Dekaden der Nachkriegszeit, war von 1947 bis 1952 Präsident der Hessischen Landeszentralbank und lehrte ab 1952 als Professor für Staatswissenschaften an der Frankfurter Universität. Er war zugleich Direktor des Frankfurter Instituts für Kreditwesen. Nicht zuletzt seine Arbeit im wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums war von tragender Bedeutung.

Hermann Josef Abs, der langjährige Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank, charakterisierte Veit als jemanden, der es verstand, „seine Ansichten klar zu formulieren und dozierend vorzubringen“, allerdings weniger dazu imstande war zuzuhören und dies – wenn überhaupt - nur äußerst selektiv

tat.<sup>376</sup> Veit verfügte zwar aufgrund seiner Expertise über äußerst gute Kontakte in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, war aber ähnlich wie Röpke eine Person, mit der sich ein persönlicher Umgang äußerst schwierig gestaltete.

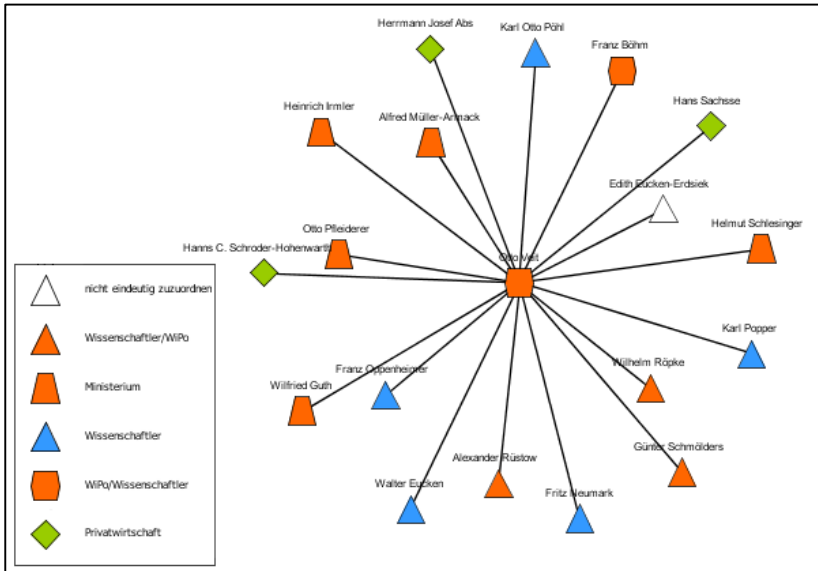


Abbildung 18: Die wichtigsten Kontakte von Otto Veit 1949 bis 1963 im Überblick, eigene Darstellung.

Im Gegensatz zu anderen neoliberalen Wissenschaftlern stand Veit insbesondere dem Bankensektor nahe, da er als Mitarbeiter bei der Zentralbank und auch später noch als Dozent regelmäßig in Frankfurt Umgang mit Akteuren aus der Privatwirtschaft und der Zentralbank pflegte und auch von diesen als Experte konsultiert wurde. Er war bekannt mit dem oben bereits

<sup>376</sup> Solf 1988, S. 13f.

erwähnten Herman Josef Abs von der Deutschen Bank, pflegte darüber hinaus insbesondere Kontakte mit den ‚Zentralbankern‘ Helmut Schlesinger, Otto Pfleiderer, Wilfried Guth und Heinrich Irmeler, die zum Teil im späteren Verlauf ihrer Karrieren in internationalen Institutionen wie dem IWF, zum Teil auch bei Privatbanken tätig wurden.

Wenn man nun nach den entscheidenden Einflusskanälen von Veit auf die Wirtschaftspolitik der Ära Adenauer sucht, dann müssen an dieser Stelle vor allem zwei Institutionen genannt werden. Zum einen war die Zeit von Veit im Zentralbankrat der Bank deutscher Länder von wichtiger Bedeutung, zum Zweiten gehörte er zu den wichtigen Experten für die Geld- und Währungspolitik im Wissenschaftlichen Beirat des BMWi und war an den Gutachten des Beirats zur Zentralbank- und Währungspolitik beteiligt. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Zentralbankrat wurde Veit weiterhin von seinen Kollegen aus der BdL und später der Bundesbank konsultiert.

Wie die Grafik unten zeigt, bewegte sich Veit in seinem beruflichen Wirken in einem Netzwerk aus Praktikern und Wissenschaftlern. Anders als andere seiner Kollegen aus der MPS stand er Kreisen der Privatwirtschaft weitaus näher.

### *Alfred Müller-Armack – der wissenschaftsorientierte Wirtschaftspolitiker par excellence*

Rückblickend sprach Alfred Müller-Armack von seiner Zeit als Staatssekretär im BMWi nach dem Zweiten Weltkrieg als „einer Lebensperiode großer und



freudig ergriffener Wirkungsmöglichkeiten.“<sup>377</sup> Überhaupt kann wohl Müller-Armack als einer derjenigen Wirtschaftswissenschaftler gelten, die ihre wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse in den 1950er und frühen 1960er Jahren nahezu vollständig in den Dienst der Wirtschaftspolitik stellten. Auch wenn Müller-Armack weiterhin die Arbeit am Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln koordinierte, wandte er sich doch weitgehend mit seiner Tätigkeit in Bonn der angewandten Wissenschaft zu. Durch das von ihm geprägte Konzept der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ gestaltete er das Wirtschaftsprogramm der CDU und die Gestaltung der Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer nachhaltig mit. Mit dem Begriff der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ entwickelte Müller-Armack einen Slogan, welcher der CDU drei erfolgreiche Wahlkämpfe und insgesamt eine Re-Legitimierung des Kapitalismus insgesamt gelingen ließ.<sup>378</sup>

Als neoliberaler Wirtschaftspolitiker zeichnete sich Müller-Armack insbesondere dadurch aus, dass er offensichtlich wissenschaftliche Forschungsergebnisse anwendungsbezogen in der Politik gut verkaufen konnte. Als Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi und später als Staatssekretär hatte er privilegierten Zugang zu regierungsinternen Informationskanälen und zu zentralen Persönlichkeiten der Politik, dies galt insbesondere für Wirtschaftsminister Erhard. Wenn die Forschungsergebnisse auch nicht immer von ihm selbst stammten, so war er dennoch dazu imstande, Forschungsergebnisse

---

<sup>377</sup> Müller-Armack 1971, S. 243.

<sup>378</sup> Hierzu interessant ist eine Aussage des MPS-Mitglied Schmölders bei einer MPS-Tagung: „Man kann sogar die deutsche Wirtschaftsordnung der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ als Beispiel dafür anführen, was ein blosser (sic) Name vermag – es wäre sicherlich ‚politisch unmöglich‘ gewesen, (...) ein Wirtschaftssystem unter dem Namen ‚Kapitalismus‘ einzuführen.“ Zitiert nach Hartung 2010, S. 105.

in die Politik gut zu vermitteln. Ihm kam also eine klassische Vermittlerrolle an die Politik zu. Diese Vermittlerrolle trug dazu bei, dass der Wissenschaftliche Beirat des BMWi als tragende Säule in die Arbeit der Grundsatzabteilung des Ministeriums einbezogen wurde. Ähnliches gilt für die Einbeziehung der Forschungsergebnisse der Wirtschaftsforschungsinstitute an den Universitäten. Dass er diese Vermittlerrolle erfolgreich spielen konnte, lag aber nicht zuletzt an dem selbst aus der Forschung stammenden Minister Erhard.<sup>379</sup>

Will man nun Müller-Armack im Kreise neoliberaler Wissenschaftler einordnen, so lässt sich für ihn konstatieren, dass er zu den pragmatischeren, ideologisch weniger strengen Personen innerhalb der MPS gehörte. Beispielsweise beurteilte er das GWB von 1957 trotz seines Kompromisscharakters sehr viel positiver als einige seiner MPS Kollegen. Während Franz Böhm und Wilhelm Röpke das GWB als Verrat an der Wettbewerbswirtschaft betrachteten, sah Müller-Armack darin einen politisch wie ökonomisch erfolgsversprechenden Kompromiss.<sup>380</sup>

### *Franz Böhm – Ein Wettbewerbstheoretiker durch und durch*

Als Professor an der Universität Frankfurt und bedeutender Protagonist aus den Reihen der Christdemokraten im Streit um ein Kartellgesetz in den 1950er Jahren gehört Franz Böhm zu den zentralen Akteuren im MPS-

---

<sup>379</sup> Vgl. Löffler 2002, S. 83. Kowitz 1998, S. 125-129.

<sup>380</sup> Müller-Armack 1971, S. 55; vgl. auch Watrin 2008, S. 454.

Sample. Er verband Wirtschaftspolitik mit einer wissenschaftlichen Fundierung, die in seinen Positionierungen durchaus festzumachen ist.<sup>381</sup>

Böhm war ein bedeutender Wettbewerbstheoretiker in wissenschaftlicher Hinsicht, er habilitierte sich bei Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth in Freiburg und trug zur Theoriegenese des deutschen Neoliberalismus mit seinem Beitrag in ‚Die Ordnung der Wirtschaft‘ in den 1930er Jahren bei.<sup>382</sup>

Böhm zählte also bereits früh zu den Protagonisten der Freiburger Schule des Neoliberalismus.<sup>383</sup> Zugleich gehörte er zu den zentralen Personen in der politischen Auseinandersetzung über die Ausgestaltung der Wettbewerbswirtschaft in der Bundesrepublik. Vor allem in der Kartellgesetzgebung trat er als politischer Protagonist mit neoliberalen Positionen auf.<sup>384</sup> Er beteiligte sich zum einen am ersten Entwurf für ein Kartellgesetz, dem sogenannten Josten-Entwurf, der 1949 von einer Sachverständigenkommission um Paul Josten erarbeitet und nach diesem benannt wurde.<sup>385</sup> Zum anderen gehörte zu denjenigen CDU-Bundestagsabgeordneten, die in den 1950er Jahren für ein grundlegendes Verbot des deutschen Kartellwesens kämpften.<sup>386</sup>

Seine Bindegliedfunktion zwischen Wissenschaft und Politik spiegelte sich auch in seinen Organisationsmitgliedschaften wider. Er war sowohl Mitglied im theoretisch-wissenschaftlich ausgerichteten Walter-Eucken Institut als

---

<sup>381</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.2.

<sup>382</sup> Vgl. Kapitel 3.4.

<sup>383</sup> Vgl. Vanberg 2008, S. 43f.

<sup>384</sup> Böhm brachte sogar einen eigenen Kartellgesetzentwurf in den Bundestag ein, weil ihm der Regierungsentwurf nicht hart genug gegen Kartelle vorging. Vgl. Kapitel 5.2.5.

<sup>385</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.2.5.

<sup>386</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.2.5.

auch in der tagespolitisch orientierten ASM aktiv und brachte seine juristischen Kenntnisse anwendungsbezogen im Wissenschaftlichen Beirat des BMWi ein. Anders als Müller-Armack allerdings war er nicht in ein Ministerium eingebunden, sondern er griff in die Politik ab 1953 als Bundestagsabgeordneter ein und hatte – gerade in Hinblick auf die kartellpolitikpolitischen Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums – durchaus divergierende Ansichten, welche er auch deutlich artikulierte.<sup>387</sup> Gerade im Vergleich zu Müller-Armack kann Böhm als Politiker betrachtet werden, der sich dem neoliberalen Ideal einer Wettbewerbsordnung grundlegend verpflichtet fühlte.

### **4.3 Die Entwicklung des deutschen MPS-Samples im Überblick**

Ziel von Kapitel 4 war es die politische Schlagkraft deutscher MPS-Akteure darzustellen und ihre Einflusskanäle auf die Wirtschaftspolitik zu verdeutlichen. Dazu wurde zum einen der Verflechtungsprozess der deutschsprachigen MPS-Mitglieder über Organisationen erläutert. Zum zweiten wurden zentrale Akteure unter den MPS-Mitgliedern und ihre spezifischen Handlungsspielräume hinsichtlich wirtschaftspolitischer Einflussnahme vorgestellt.

Der Verflechtungsprozess zwischen 1947 und 1963 zeigt, dass ein exklusiver Kreis von Akteuren mit vorwiegend wissenschaftlichem Hintergrund um das Bundeswirtschaftsministerium herum systematisch Organisationen mit wirtschaftspolitischen Implikationen schuf. Eine kleine Gründergruppe von

---

<sup>387</sup> Zu Böhm vgl. Vanberg 2008, S. 43ff; vgl. auch die Festschrift zu Franz Böhms 80. Geburtstag. Böhm et al. 1975.

sieben Leuten rund um Walter Eucken und Wilhelm Röpke integrierte sich zunehmend innerhalb des Zeitraums in drei Schüben. Der erste Schub erfolgte mit der Gründung des Beirats der VfW, später des BMWi, im Jahre 1948. Ein zweiter Mitgliederschub erfolgte in dem Zeitraum, als die ASM und das Walter-Eucken-Institut 1953 bzw. 1954 gegründet wurden. Ein dritter Mitgliederschub fand statt, als eine Anzahl von Zeitungsredakteuren und Unternehmern in die MPS aufgenommen wurde. Entscheidende Verdichtungen des Netzwerk erfolgten vor allem über die Gründung des Walter-Eucken Instituts und der ASM. Der Höhepunkt der deutschsprachigen MPS-Mitgliedschaft wurde 1961 bei 32 Mitgliedern erreicht, wobei es sich weiterhin um einen höchst exklusiven Kreis von wissenschaftsnahen Akteuren handelte. Die meisten MPS-Mitglieder stammten aus NRW, sie kamen also aus einer Region nah dem Regierungssitz Bonn.

Enorm wichtig für die äußerst guten Einflusskanäle von deutschsprachigen MPS-Mitgliedern war die Kombination aus einer äußerst renommierten Gründergeneration, von der vor allem Walter Eucken und Edith Eucken-Erdiesik sowie Leonhard Miksch herausstachen, einer weiteren Gruppe von öffentlichkeitswirksamen Wissenschaftlern – hier stachen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow hervor – sowie einer Gruppe von Wirtschaftspolitikern bestehend aus Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Otto Veit und Franz Böhm, die innerhalb der wirtschaftspolitischen Institutionen der Nachkriegszeit die Fäden zogen und den außerhalb dieser Institutionen stehenden Akteuren wichtige Einflusskanäle boten.

Entscheidend und zentral für den wirtschaftspolitischen Einfluss deutscher MPS-Akteure war die enge Anbindung dieser Personen und damit verbundenen Institutionen an das Bundeswirtschaftsministerium. Dass Ludwig Erhard Wirtschaftsminister wurde und dass die Grundsatzabteilung seines Ministeriums neoliberalen Prinzipien verpflichtet war schuf die Basis für einen politischen Einfluss einer bis dato eher randständigen Gruppe von Wissenschaftlern, Wirtschaftspolitikern und Unternehmern.

Ludwig Erhards Engagement für den Aufbau eines solchen Netzes von Akteuren rund um sein Ministerium war sicherlich nicht uneigennützig. Denn Erhard verfügte zum einen nicht über eine Hausmacht innerhalb der CDU und brauchte deshalb in politischen Auseinandersetzungen oftmals Rücken- deckung von außen. Zum anderen waren seine Kontakte in die Privatwirtschaft sicherlich nicht mit den engen Kontakten Adenauers in diese Kreise zu vergleichen, so dass ihm auch hier an einem Gegengewicht in öffentlichen Auseinandersetzungen gelegen war.

In der Tat entstand im Laufe der 1950er Jahre das oben beschriebene umfassende Institutionengeflecht von Lobbyverbänden, politisch an das BMWi gebundenen Forschungsinstituten und dem auch an das Ministerium ange- bunden Freiburger Think Tank Walter-Eucken Institut. Darüber hinaus ist der Erhard treuen Presse aus *NZZ* und *FAZ* keine unwesentliche Rolle in der öf- fentlichen Flankierung von Erhards neoliberalen Positionen zuzuschreiben.

Dabei spielten einzelne Akteure besondere Rollen im Aufbau dieses Netz- werks. Sie können als die dynamischen Elemente des Samples begriffen wer- den. Zum einen gab es Personen wie Edith Eucken-Erdsiek, die die Bildung von Institutionen maßgeblich vorantrieben. Zum anderen gab es mehr den

Typ Einzelgänger, den Wilhelm Röpke sehr typisch verkörpert. Jenseits von Institutionen intervenierte er häufig zugunsten von Erhards Politik in wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen.





## 5. Die deutschen MPS-Mitglieder und spezifische Interessenkoalitionen – empirische Beispiele aus der Wirtschaftspolitik der Ära Adenauer

Kapitel 4 hat das Ausmaß der Vernetzung deutscher MPS-Akteure über Institutionen und transinstitutionelle private Kontakte deutlich gemacht. Nun soll diese Konstellation von Akteuren in Kapitel 5 in spezifischen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen beleuchtet werden. Ziel dabei ist es, auszuloten, in welchem Maße eine wissenschaftlich geprägte Konstellation von Akteuren rund um das BMWi die Wirtschaftspolitik der frühen Bundesrepublik prägen konnte.

Zu diesem Zweck werden drei wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen der Adenauer-Zeit, die als grundlegend für Wirtschaftsordnung und Industriepolitik gelten können<sup>388</sup>, herausgegriffen und auf den Einfluss von MPS-Akteuren – unter Einbeziehung der politischen Gegner – untersucht. Diese Auseinandersetzungen werden in chronologischer Reihenfolge vorgestellt.

Es handelt sich dabei erstens um das Bundesbankgesetz, das im Jahre 1957 verabschiedet wurde und am 1. Januar 1958 in Kraft trat und das die Leitlinien der Geldpolitik fixierte. Die lange Debatte um das Gesetz von 1951 bis zur Verabschiedung 1957 bietet für diese Untersuchung umfangreiches Anschauungsmaterial. Dabei stellen sich bei der Untersuchung des Einflusses neoliberaler Kräfte in dieser Fallstudie vor allem zwei Grundsatzfragen. Erstens: Welche Rolle spielt die Notenbank im Gefüge der staatlichen Institutionen? *Wie unabhängig* soll sie von der Regierung und Parlament sein? Und

---

<sup>388</sup> Zur Bedeutung dieser Auseinandersetzungen im Kontext der Errichtung der neuen westdeutschen Wirtschaftsordnung vgl. hierzu Kapitel 2.

zweitens: Wie ist die *Zielsetzung* der Notenbankpolitik zu definieren? Wird grundsätzlich der Preisstabilität die Priorität eingeräumt oder ist die Unterstützung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das wichtigste Anliegen der Zentralbankpolitik? Wie wird hier gewichtet und welche Aufgabenverteilung kommt dabei zwischen Regierung und Notenbank zustande?<sup>389</sup>

In einem zweiten Abschnitt wird das sogenannte „Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft“ der Bundesrepublik behandelt.<sup>390</sup> Die Rede ist hier vom ersten Kartellgesetz der 1950er Jahre, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB). Aus neoliberaler Sicht sollte dieses Gesetz neben Fragen der Geld- und Währungspolitik besondere Priorität genießen, handelte es sich doch um einen Kernpunkt neoliberaler Forderungen, die Konzentration wirtschaftlicher Macht zu verhindern und freien Wettbewerb zu garantieren.<sup>391</sup>

Als drittes wird die Debatte um die Aufwertung der D-Mark zwischen dem Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre diskutiert. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte war ebenfalls ein grundlegendes Anliegen neoliberaler Politik. Im Fall der Währungspolitik mündete dies in Milton Friedmans Forderung nach flexiblen Wechselkursen - eine Position, die bereits 1957 vom Wissenschaftlichen Beirat des BMWi intern geteilt wurde. Die Forderung nach der Auflösung des Bretton-Woods-Systems fixer Wechselkurse war zwar noch nicht Schwerpunkt der Debatte um die erste Aufwertung der D-

---

<sup>389</sup> Die Auswahl dieser Fragen wird in Kapitel 5.1 erläutert.

<sup>390</sup> Koerfer 1987, S. 147.

<sup>391</sup> Zu neoliberaler Wettbewerbspolitik vgl. Kapitel 5.2.2.

Mark, deutete sich aber hier bereits bei einzelnen Akteuren an und wurde ab Mitte der 1960er Jahre ebenfalls zu einer neoliberalen Kernforderung.<sup>392</sup>

Im Kontext der drei wirtschaftspolitischen Fallstudien werden die zentralen Akteure der drei jeweiligen Auseinandersetzungen vorgestellt. In Kapitel 4 wurden bereits die wichtigsten Akteure aus der MPS eingeführt. Ergänzend dazu umfasst dieses Kapitel daher eine Vorstellung wichtiger Kontrahenten der neoliberalen Koalition. Auch wenn im Rahmen dieser Arbeit keine ähnlich systematische Einführung der Gegenkoalition erfolgen kann, sollen doch zumindest die zentralen Akteure und ihre Zusammenarbeit kurz beschrieben werden.

## **5.1. Das Bundesbankgesetz**

### **5.1.1 Der Prozess zum Gesetz – Kernpunkte der Auseinandersetzung**

Die Rolle der Notenbank im Staatsgefüge der Bundesrepublik schien mit der Gründung der Bank deutscher Länder (BdL) im Frühjahr 1948 und der Anerkennung der BdL als Zentralnotenbank durch britische, amerikanische und französische Besatzungsbehörden bis Ende März 1948 vorerst geklärt. Der Umfang des Geltungsbereichs der von ihr zu emittierenden Währung war spätestens mit der Durchführung der Währungsreform im Juni 1948 festgelegt und entsprechend begrenzt auf die westlichen Besatzungszonen.<sup>393</sup> Mit

---

<sup>392</sup> Zur Entstehung der Idee eines Systems flexibler Wechselkurse innerhalb der MPS vgl. Schmelzer 2010.

<sup>393</sup> Zum Gründungsprozess der Bank deutscher Länder vgl. Buchheim 1998, S. 105-117.

der BdL war eine bundeseigene Notenbank geschaffen, die politisch unabhängig für die Geldpolitik der Bundesrepublik verantwortlich war und die in Fragen von Währungs- und Fiskalpolitik dazu angehalten war, ihre Aktivitäten auf die Maßnahmen der Bundesregierung abzustimmen.<sup>394</sup> Nach dem Vorbild des Federal Reserve System der USA war diese Notenbank relativ dezentral organisiert. Sie verfügte mit den eigenständigen Landeszentralbanken über ein weit verzweigtes Filialnetz in den westlichen Besatzungszonen, das auf Basis der ehemaligen Reichsbankfilialen wieder aufgebaut worden war. Eingebunden wurden diese Filialen über den Zentralbankrat, in dem die Präsidenten der Landeszentralbanken regelmäßig mit dem Direktorium der Zentrale in Frankfurt zusammenkamen, um die geldpolitischen Maßnahmen abzustimmen. Währungspolitik war im Rahmen des Bretton-Woods-Systems nicht Aufgabe der Notenbank, sondern der Bundesregierung, die in Abstimmung mit den anderen Ländern des Systems fixer Wechselkurse die Währungsparitäten bestimmte. Das Hauptaugenmerk der Wechselkurspolitik lag dabei auf dem Verhältnis zur Leitwährung des Systems, dem Dollar.<sup>395</sup>

Mit dem bundesrepublikanischen Grundgesetz von 1949 erfolgte in dessen Artikel 88 der Auftrag an den Gesetzgeber ein Gesetz über die Aufgaben und die Organisation der Notenbank zu verabschieden.<sup>396</sup> Damit wurde der Prozess um die Gestaltung der Zentralbank erneut eröffnet. Er sollte ganze acht Jahre andauern, bis man sich 1957 endlich auf einen Kompromiss einigen

---

<sup>394</sup> Vgl. Holtfreich 1988, S. 143.

<sup>395</sup> Zur Funktionsweise und den Aufgaben der BdL vgl. Geisler 1953, S. 90-109.

<sup>396</sup> Zur Entstehung des Grundgesetzes vgl. Niclauss 1998.

konnte, der für alle Beteiligten tragbar war. Dieser Prozess zog sich über diesen langen Zeitraum hin, weil es in zwei zentralen Fragen grundlegende Konflikte gab. Zum einen wurde das Maß der *Zentralisierung* der Notenbank kontrovers diskutiert. Gerade auf Seiten der Bundesländer regte sich eine deutliche Kritik an einer zu stark zentralisierten Notenbank, da sich die Länder von einer dezentralen, *zweistufigen* Struktur mehr Einfluss auf die Geldpolitik erhofften. Eine deutlich stärkere Zentralisierung und damit verbunden ein *einstufiges* System wurde hingegen von Teilen der BdL-Zentrale in Frankfurt und von einer Mehrheit der Regierungsmitglieder in Bonn eingefordert. Vizepräsident des Direktoriums der BdL Könneker bezeichnete den Prozess der Schaffung des Notenbankgesetzes als „Kampf um die Macht zwischen Bund und Ländern“ und damit als einen Prozess, der „zu eng verknüpft ist mit der Problematik unseres Staatsaufbaues überhaupt.“<sup>397</sup>

Der andere zentrale öffentlich ausgetragene Konflikt betraf die Frage der *Unabhängigkeit* der Notenbank.<sup>398</sup> Das Kanzleramt und der Finanzminister wollten – anfangs noch gemeinsam mit Wirtschaftsminister Erhard – die Unabhängigkeit der Notenbank von politischer Steuerung durch die Bundesregierung einschränken. Dagegen regte sich Widerstand in der Öffentlichkeit und in der Notenbank selbst, der schließlich auch deutlich von Seiten des

---

<sup>397</sup> Könneker resümierte diesbezüglich in einem Vortrag im Mai 1955. Vgl. BBk, Sign. B 330/3643, Bundesbankgesetz, 1955 II., R 11/14, Aktuelle Notenbankprobleme, Vortrag von Vizepräsident Könneker zur Eröffnung des 9. Lehrganges zur Vorbereitung auf die höhere Bankprüfung in Klein-Heubach, Mai 1955.

<sup>398</sup> Zu den Hauptkonfliktpunkten des Gesetzgebungsverfahrens vgl. auch die Ausführungen von Hans Henckel zu diesem Sachverhalt: BBk, Sign. B 330/3645, Bundesbankgesetz: Gesetzesentwürfe II., 1955-1956, R 11/14, Hans Henckel, Grundgesetz und Notenbank, Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage zu Teil IV B Nr. 27, 05.07.1952.

BMWi und des Bundesjustizministeriums (BMJ) unterstützt wurde. Ausgetragen wurde diese Debatte vor allem über drei Streitpunkte: erstens die Ausgestaltung der Besetzung der Führungsgremien der Notenbanken, zweitens die Frage nach etwaigen Weisungsbefugnissen der Bundesregierung gegenüber der Notenbank, sowie drittens über die Standortfrage, die Adenauer Mitte der 1950er Jahre zum wiederholten Male aufgrund seiner Verärgerung über die Diskontzinspolitik der BdL anstieß. Dem Vorschlag der Verlegung des Notenbanksitzes von Frankfurt nach Köln, also in unmittelbare Nähe des Regierungssitzes in Bonn, folgte ein Sturm der öffentlichen Entrüstung über die potentielle staatliche Einflussnahme auf die Notenbank.

### **5.1.2 Das neoliberale Leitbild für die Konstitution und Politik der Notenbank**

Anhand zahlreicher Grundsatzschriften und öffentlicher Äußerungen lässt sich bezüglich der zwei zentralen Fragen - nach der Rolle der Notenbank im staatlich-institutionellen Gefüge und nach dem Mandat der Bank - ein neoliberal geprägtes Leitbild ermitteln. Die weitere Analyse von Auseinandersetzungen um das Notenbankgesetz wurde erheblich erleichtert durch die Feststellung, dass ein äußerst einheitliches Bild unter neoliberalen Akteuren vorherrschte. Beispielhaft werden hier vier schriftliche Äußerungen von MPS-Akteuren herangezogen, um das im Untersuchungszeitraum existierende Leitbild einer Notenbank und ihrer Politik zu verdeutlichen. Sie können als charakteristisch für die in Literatur und Quellen vorgefundenen Argumentationsmuster betrachtet werden.

In einer 1959 von Albert Hunold herausgegebenen Aufsatzsammlung von und über Wilhelm Röpke befindet sich ein Text, der treffend den neoliberalen Konsens unter deutschen MPS Mitgliedern zur Rolle der Notenbank wiedergibt. „Zusammenarbeit ohne Abhängigkeit“, so betitelte Röpke das Fazit seines Aufsatzes.<sup>399</sup> Röpke forderte darin eine unabhängige Institution, welche die geldpolitischen Maßnahmen in letzter Konsequenz allein bestimmt, sich allerdings nach Möglichkeit mit der Bundesregierung in wirtschafts-, geld- und währungspolitischen Fragen abstimmt.<sup>400</sup> Auf die Unabhängigkeit sei vor allem dann zu bestehen, wenn sie von der Regierung am deutlichsten infrage gestellt werde.<sup>401</sup> Erich Welter, Leiter des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik in Mainz, forderte ähnlich wie Röpke in seinem Aufsatz „Ziele der Wirtschaftspolitik“ von 1957, dass die Zentralbank selbstverständlich „politisch denken“ solle, sich aber eben in der Konsequenz nicht stets „den Wünschen einer Regierung gefügig zeigen solle.“<sup>402</sup> Ähnlich positionierte sich auch der Währungsexperte und Präsident der Landeszentralbank Hessen Otto Veit bezüglich der Frage nach der Unabhängigkeit in seiner 1950 veröffentlichten Aufsatzsammlung zur deutschen Geldpolitik. Er forderte darin, „daß die staatliche Oberhoheit über die Geldschöpfung sich beschränkt auf die gesetzliche Konstituierung der Zentralbank und die Ernennung der leitenden Personen. Im Übrigen soll die Notenbank ihre Aufgabe unabhängig von Weisungen des Staates erfüllen.“<sup>403</sup> Wie Röpke und Welter

---

<sup>399</sup> Röpke und Hunold 1959, S. 286.

<sup>400</sup> Ebd., S. 285.

<sup>401</sup> Ebd., S. 286.

<sup>402</sup> Welter 2008, S. 578.

<sup>403</sup> Veit 1950, S. 141. Zum Thema der Zentralbankunabhängigkeit vgl. auch die Veit-Biographie von Solf. Solf 1988, S. 74.

forderte Veit also eine Koordinierung zwischen Regierung und Zentralbank in Fragen der Wirtschafts-, Geld- und Währungspolitik, zugleich aber eine allgemeine Unabhängigkeit der Notenbank als Institution in der Ausgestaltung der Geldpolitik. Andernfalls könne der Staat „als Interessent der Geldschöpfung“ die Möglichkeit der Geldschöpfung anders als eine mit einem eindeutigen Mandat ausgestattete Notenbank missbrauchen.<sup>404</sup>

Was das Mandat der Notenbank angeht, findet man dazu eine klare Positionierung in den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik von Walter Eucken. Eucken forderte, dass Geldwertstabilität das primäre Ziel von Geld- und Währungspolitik sein müsse, damit die Grundvoraussetzungen für das Funktionieren des Preismechanismus und damit der Wettbewerbsordnung gewährleistet seien. „Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.“<sup>405</sup> Auch Otto Veit vertrat diese Position: „Selbstverständlich sind die Grundlinien der Wirtschaftspolitik Sache des Staates. Ihnen muss auch die Zentralbankpolitik sich anpassen, soweit dies mit der Aufgabe der Sicherung der Währung vereinbar ist.“<sup>406</sup> Entscheidend ist hier die von Veit gemachte Einschränkung, die eindeutig impliziert, dass die „Sicherung der Währung“, also Geldwertstabilität, das oberste Ziel der Geldpolitik sein müsse, dem sich alle weiteren Ziele unterzuordnen haben. Dabei war aus

---

<sup>404</sup> Vgl. Veit 1950, S. 141.

<sup>405</sup> Die Texte, aus denen die ‚Grundsätze der Wirtschaftspolitik‘ zusammengestellt wurden, schrieb Eucken bis zu seinem Tode im Jahre 1950, so dass diese als Grundgedanken eines neoliberalen Programms herangezogen werden können. Eucken 1959, S. 256.

<sup>406</sup> Veit 1950, S. 141.



Veits Sicht die konkrete organisatorische Ausgestaltung der Notenbank sekundär. Von vorderster Bedeutung für ihn war die deutliche Festlegung des Mandats, wie aus seinem Aufsatz ‚Die Verantwortung der Notenbank‘ deutlich wird: „Wie auch immer die organisatorische Frage gelöst werden wird – die Anpassung der Währungspolitik an die Wirtschaftspolitik des Staates läßt sich am besten umgrenzen durch klare Festlegung dessen, was unter ‚Stabilität der Währung‘ zu verstehen ist.“<sup>407</sup>

Nimmt man schließlich noch die Position des Ökonomen und Währungsexperten Friedrich A. Lutz aus Princeton hinzu, so zeugt dies einmal mehr von der Einheitlichkeit der Positionierung in der Theorie zur Notenbankausgestaltung und -politik. War Lutz 1936 noch kein eindeutiger Befürworter einer unabhängigen Notenbank und der Auffassung, „daß Macht und Verantwortung über das Geld dem Staat oder seiner Zentralbank zufällt“<sup>408</sup>, und dass die Notenbank durchaus eine „enge Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium oder dem Schatzamt“<sup>409</sup> betreiben solle, ohne dabei die jeweiligen Abhängigkeitsverhältnisse weiter zu bestimmen, so wandelte sich diese Position grundlegend nach dem 2. Weltkrieg. Auch Lutz ging über zu der Idee einer unabhängigen Notenbank.<sup>410</sup>

---

<sup>407</sup> Veit 1952, S. 174.

<sup>408</sup> Lutz 1936, S. 95.

<sup>409</sup> Ebd., S. 94.

<sup>410</sup> Lutz 1958.

### **5.1.3 Zentrale Institutionen und Organisationen in den Auseinandersetzungen um das Bundesbankgesetz**

Auch wenn Organisationen und Institutionen nicht der zentrale Gegenstand dieser Untersuchung sind, so sollen doch kurz die wichtigsten institutionellen Akteure der Auseinandersetzungen um das Bundesbankgesetz benannt werden. Damit wird der Rahmen und institutionelle Hintergrund dargestellt, vor dem die später vorgestellten Personen handelten.

Auf der Ebene des Gesetzgebers war bis 1951 die Alliierte Bankkommission zuständig für die Errichtung der deutschen Notenbank. Sie konstruierte das westdeutsche Zentralbanksystem im Wesentlichen nach dem Vorbild des Federal-Reserve-Systems der USA, dezentral und von Weisungsbefugnissen der Politik unabhängig, allerdings mit einer schwächeren Zentralgewalt als sie mit dem Federal Reserve Board in den USA gegeben war. Die Alliierte Bankkommission ist insofern als relevante Institution in den Auseinandersetzungen zu betrachten, als dass sie mit der Konstituierung des Zentralbanksystems Fakten schuf, an denen sich die späteren Gesetzesentwürfe orientieren und die immer wieder Referenzpunkte unterschiedlicher Konfliktparteien darstellten.<sup>411</sup> Allerdings war sie ab März 1951 aufgrund des schrittweisen Rückzugs der Alliierten aus der westdeutschen Politik nicht mehr gestaltend an der Zentralbankkonstituierung und –Politik beteiligt. Lediglich bis zum März 1951 wirkte sie aktiv an der Politik der Bank deutscher Länder mit, indem sie jederzeit berechtigt war in die politischen Entscheidungen der BdL einzugreifen. Dieses ‚Eingriffsbefugnis‘ führte dazu, dass

---

<sup>411</sup> Holtfrerich 1988, S. 140.

Wilhelm Vocke als erster Präsident des Direktoriums der BdL, die Zentralbank in enger Absprache mit der Kommission leitete und offene Konflikte durch diese enge Kooperation vermied.<sup>412</sup> Von ihrem Weisungsrecht machte die Kommission keinen Gebrauch, es war lediglich als „eine Maßnahme zum Schutze gegen etwaige Geldschöpfungsansinnen deutscher Stellen gedacht.“<sup>413</sup>

Ab März 1951 war die deutsche Bundesregierung für den Entwurf eines Notenbankgesetzes zuständig. Dadurch waren auf gesetzgeberischer Ebene vor allem die Ministerien der Justiz, der Wirtschaft und der Finanzen, sowie an entscheidenden Punkten auch das Kanzleramt, nach den Durchläufen im Kabinett schließlich der Bundestagsausschuss für Geld und Kredit, und abschließend auch Bundestag und Bundesrat an den entsprechenden Auseinandersetzungen um das Gesetz beteiligt. Dabei waren unterschiedliche Spannungsfelder zu verzeichnen, die sich abhängig vom jeweiligen Zeitpunkt veränderten. Die zwei wichtigsten Spannungsfelder lagen zum einen zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium und zum anderen zwischen Bund und Ländern. Das Spannungsfeld zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium drehte sich auf der Ebene der Zuständigkeit um die Federführung beim Gesetzesentwurf, wobei beide Ministerien auf die führende Position insisierten und sich das BMWi 1954 durchsetzte.<sup>414</sup> Des Weiteren betrafen die Spannungen auch inhaltliche Gesichtspunkte, die mal die Frage nach der Zentralisierung des Zentralbanksystems betrafen, mal die Frage des Grads

---

<sup>412</sup> Veit 1950, S. 37f.

<sup>413</sup> Geisler 1953, S. 97.

<sup>414</sup> Löffler 2002, S. 394ff.

der Unabhängigkeit der Institution und der Führungsgremien. Das zweite Spannungsfeld, zwischen Bund und Ländern, manifestierte sich vor allem zwischen Kabinett und Bundesrat in Form von Drohungen des Bundesrats, das Gesetz zu blockieren, und es gipfelte in einem Gegenentwurf eines Notenbankgesetzes zum Kabinettsentwurf.<sup>415</sup> Diese Spannungsfelder werden im Abschnitt 5.1.5 detaillierter dargestellt.

Spannungsfelder konnte man ebenfalls innerhalb des Wissenschaftlichen Beirats des BMWi feststellen. In manchen Punkten ließen sich die Konfliktlinien auf der wissenschaftlichen Ebene nicht einfach entsprechend der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schule der sich mit der Notenbank befassen Wirtschaftswissenschaften zuordnen. Die Frage der Unabhängigkeit der Notenbank war im Beirat beispielsweise gar unbestritten. Umstritten war jedoch das Mandat der Notenbank, also die Frage der Priorisierung von bestimmten Zielsetzungen bei der Ausgestaltung der Notenbankpolitik. Dies war ein Aspekt des Gesetzes, der auch in der darum geführten parlamentarischen Debatte von zentraler Bedeutung war. Die konträren Positionen innerhalb des Wissenschaftlichen Beirats in dieser Debatte werden in der hier vorliegenden Auswertung auch deshalb berücksichtigt, weil daran die unterschiedliche Bedeutung der wirtschaftswissenschaftlichen Schulen für die Politikberatung deutlich wird.<sup>416</sup> Zu diesem Zwecke wird das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des BMWi zum Notenbankgesetz von 1954 auf

---

<sup>415</sup> Vgl. Hentschel 1988a, S. 22-25.

<sup>416</sup> Zu den unterschiedlichen Schulen im Wissenschaftlichen Beirat des BMWi vgl. Schanetzky 2007, S. 61.

seine Positionierung hin untersucht und daran festgemacht, welche volkswirtschaftliche Schule im Gutachten die Oberhand behielt.

Schließlich beteiligte sich die Bank deutscher Länder selbst an den Auseinandersetzungen um das Bundesbankgesetz. Dies manifestierte sich sowohl in öffentlichen Diskussionen als auch in den Kabinettsitzungen, die das Bundesbankgesetz betrafen und zu denen die Vertreter der Notenbank zugegen waren. Konflikte gab es insbesondere zwischen BdL und Kanzleramt, wobei das Kanzleramt eine deutliche Einschränkung der Handlungsfreiheit der Notenbank durch das parlamentarische System, insbesondere die Regierung, einforderte, die Notenbank hingegen versuchte, die Unabhängigkeit ihrer Politik zu bewahren. Darüber hinaus waren die Positionen zum Notenbankgesetz allerdings auch innerhalb der BdL nicht einheitlich. Die Quellen deuten auf ein Spannungsverhältnis zwischen Zentralbankrat und Direktorium der BdL hin, das besonders das Machtverhältnis zwischen den beiden Gremien betraf.<sup>417</sup>

Neben den Auseinandersetzungen innerhalb der staatlichen Institutionen fanden ebenfalls Diskussionen über die Ausgestaltung des Notenbanksystems innerhalb der politischen Parteien statt, die allerdings im Rahmen dieser Untersuchung nicht näher aufgeschlüsselt werden. Festzuhalten gilt hier aber zumindest, dass sich die Konfliktlinien nicht der Parteizugehörigkeit nach ordnen lassen, sondern dass sich die Konfliktlinien mitten durch die

---

<sup>417</sup> Das Direktoriumsmitglied Erich Zachau deutete dieses Spannungsfeld in einem Brief an Otmar Emminger 1954 an. Vgl. BKK, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Erich Zachau an Otmar Emminger vom 15.03.1954.

Parteien zogen. Allein dies sollte bereits deutlich machen, dass ein Verfahren zur Verabschiedung des Notenbankgesetzes äußerst schwierig war.<sup>418</sup>

Außerhalb des parlamentarischen Systems und der Parteien wurde ebenfalls über die Ausgestaltung des Notenbanksystems gestritten. Zwischen den Vertretern der organisierten Interessengruppen, insbesondere der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, lassen sich keine eindeutigen Frontlinien identifizieren, die dem klassischen Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsprechen. Eine nähere Analyse erscheint im Kontext dieser Untersuchung daher unzweckmäßig und würde von der eigentlichen Fragestellung nach der Konfliktlinie um den neoliberalen Diskurs wegführen. Berücksichtigt werden allerdings im weiteren Verlauf die Stellungnahmen des Bundesverbands des privaten Bankgewerbes zum Bundesbankgesetz. Gerade das Bundeskanzleramt war gegenüber den Wirtschaftsverbänden recht aufgeschlossen und bot dem Verband so eine starke Stimme in Fragen der Gesetzgebung.<sup>419</sup>

Auch die wichtigen Tageszeitungen als relevante Akteure im Institutionengefüge der politischen Welt der 1950er Jahre und ihre jeweiligen Positionierungen zum Notenbankgesetz spielten eine große Rolle im Politikprozess bei diesem Gesetzgebungsverfahren. Sehr eindeutig spiegelte sich in der Presse die inflations-averse, auf die Unabhängigkeit der Notenbank bedachte Positionierung der von den Erfahrungen der Hyperinflation geprägten deut-

---

<sup>418</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 94-107.

<sup>419</sup> Vgl. hierzu die detaillierten Ausführungen unter 5.1.6.

schen Öffentlichkeit wider. Die Tageszeitungen gaben der BdL in der Debatte um das Gesetz also Rückendeckung und forderten weitestgehend ihre politische Unabhängigkeit ein.<sup>420</sup>

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich die Auseinandersetzung vor allem zwischen parlamentarischen Institutionen und der BdL sowie innerhalb der parlamentarischen Institutionen abspielte. Eine Aussage darüber, ob und welchen Einfluss MPS-Akteure auf das Gesetzgebungsverfahren hatten, lässt sich also vor allem durch eine Analyse der Einflussnahme auf die parlamentarischen Institutionen, insbesondere des MPS-nahen BMWi als zentralem Einflusskanal treffen.

#### **5.1.4 Zentrale Personen in den Auseinandersetzungen um das Bundesbankgesetz**

Bevor nun der Einfluss von MPS-Akteuren auf das Gesetzgebungsverfahren zum Bundesbankgesetz thematisiert wird, erfolgt zunächst die Vorstellung der zentralen Akteure, sowohl Kontrahenten, als auch Unterstützer einer neoliberalen Leitvorstellung einer Notenbank, in den oben genannten Institutionen.

Auf Ebene des Kabinetts waren es vor allem Finanzminister Fritz Schäffer, Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, Justizminister Thomas Dehler sowie Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst, die sich im Laufe der 1950er Jahre schwerpunktmäßig mit Entwürfen zu einem Notenbankgesetz beschäftigten. Federführend war zunächst das Bundesfinanzministerium. Schäffer machte das Bundesbankgesetz zur Chefsache und engagierte sich intensiv

---

<sup>420</sup> Vgl. Buchheim 2001, S. 23f.

dafür, ein Notenbankgesetz noch in der ersten Legislaturperiode zu verabschieden, was ihm allerdings nicht gelang. Schäffer war als aus Bayern stammendes CSU-Mitglied an einer dezentralen Zentralbankstruktur interessiert, die den Einfluss der Länder auf die Geldpolitik stärken sollte. Zudem versuchte er in seinen Gesetzesentwürfen möglichst die Einflussmöglichkeiten der Bundesregierung und insbesondere des Finanzministeriums auf die Notenbank zu stärken. Ab 1954, als die Federführung dem BMWi übertragen wurde, wurde der Gesetzgebungsprozess maßgeblich von Ministerialrat Hans Henckel geprägt, der in vieler Hinsicht als Vater des Bundesbankgesetzes gelten kann.<sup>421</sup> Wirtschaftsminister Erhard engagierte sich zwar auf Kabinettssebene, was das Bundesbankgesetz betraf. Sein Schwerpunkt lag aber in den 1950er Jahren auf der Kartellgesetzgebung.<sup>422</sup> Es lässt sich darüber hinaus konstatieren, dass Erhard zunächst kein energischer Verfechter von Zentralbankunabhängigkeit war, wie man es vielleicht von einem vermeintlich neoliberalen Minister erwartet hätte. Nicht die Unabhängigkeit der Institution, sondern die Struktur der Notenbank war das zentrale Thema und auch der Hauptkonfliktherd in den Kabinettsauseinandersetzungen mit Finanzminister Schäffer. Hans Henckel, Erhards rechte Hand beim Bundesbankgesetz, verfügte über die Fähigkeit, den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens zu suchen, wie in der detaillierteren Darstellung unten noch deutlich werden wird. Henckel besaß durch jahrelange Berufserfahrung in finanzpolitischen und geldpolitischen Institutionen der Weimarer Republik sowie des Dritten

---

<sup>421</sup> Zu Henckels Rolle beim Bundesbankgesetz vgl. Hentschel 1988b, S. 87.

<sup>422</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.2.



Reichs viel Geschick in der Vorbereitung und Durchführung legislativer Tätigkeiten. Seit 1935 war der promovierte Jurist Reichskommissar beim Reichsaufsichtsamt für Kreditwesen, seit 1939 abgeordnet zur Haupttreuhandstelle Ost in Berlin, ab 1942 wurde er eingezogen und kehrte nach 3 Jahren Kriegsgefangenschaft 1948 in die westlichen Besatzungszonen zurück. Nach dem Krieg setzte sich die ministerielle Karriere Henckels fort. Er war zunächst für die Bankenaufsicht im Hessischen Finanzministerium zuständig, bis er 1950 ins Bundeswirtschaftsministerium wechselte und dort unterschiedliche Referate und Abteilungen leitete, schließlich 1966 in das Direktorium der Bundesbank wechselte.<sup>423</sup> Damit kann Henckel als beispielhaft für den Beamtentypus gelten, der seine Karriere trotz des Systemwechsels vom Dritten Reich zur Bundesrepublik kontinuierlich fortsetzte und zum Abschluss seiner Karriere selbst die von ihm maßgeblich mitgestaltete Institution leitete.

Weitere wichtige Akteure auf der parlamentarischen Ebene waren der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit, Hugo Scharnberg (CDU), und sein Ausschusskollege für die SPD, Karl Schiller, wobei Schiller im Anschluss an den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit sogar an Tagungen der MPS teilnahm.<sup>424</sup> Scharnberg hatte eine Scharnierfunktion inne. Er gehörte als erfahrener Bankier, unter anderem in seiner Funktion als Mitglied

---

<sup>423</sup> Henckel blieb nur 1 Jahr im Bundesbankdirektorium, weil er 1967 verstarb. Vgl. BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1\\_8/para2\\_71.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_8/para2_71.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>424</sup> Schiller gehörte damit zu den wenigen SPD-Mitgliedern, die in den Kreisen der MPS verkehrten. Ob er Mitglied der MPS wurde, ist unklar. Vgl. Plickert 2008, S. 338f.

des Zentralbeirats der Dresdner Bank, bei finanzpolitischen Themen zur Führungsriege der Christdemokraten und nahm deshalb auch an den Kabinettsitzungen zum Bundesbankgesetz teil. Im Bundestagsausschuss arbeitete er daher stets auf einen den Kabinettsbeschlüssen entsprechenden Kompromiss hin und – unterstützt durch die engagierte Arbeit Henckels – hatte dabei schließlich auch nach 8 Jahren Erfolg.<sup>425</sup> Der bereits im Kontext des Kabinetts genannte Henckel spielte auch im Ausschuss für Geld und Kredit neben Scharnberg eine führende Rolle und vertrat dort oftmals den abwesenden Bundeswirtschaftsminister.

Bundesrat und Bundestag werden an dieser Stelle außen vor gelassen, weil die kontroversesten Debatten zum Gesetzgebungsverfahren in der Tat entweder bereits im Kabinett oder aber spätestens im Ausschuss für Geld und Kredit geklärt wurden.<sup>426</sup> Innerhalb des Bundestages wurde maximal eine Stunde in den Plenarsitzungen über das Gesetz beraten. An den grundsätzlichen Auseinandersetzungen, die bereits im Kabinett stattfanden, änderte die Einbringung ins Plenum wenig, auch wenn die SPD es sich bei der ersten Einbringung des Gesetzesentwurfs ins Bundestagsplenum nicht nehmen ließ, noch einmal auf den unabhängigen Status der Bundesnotenbank zu insistieren.<sup>427</sup> Dabei muss man gleichwohl konstatieren, dass auch die SPD ihre Meinung bezüglich der Frage der Unabhängigkeit der Zentralbank sehr fle-

---

<sup>425</sup> Zu Scharnberg vgl. BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/z11/z/z1961z/kap1\\_6/para2\\_35.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/z11/z/z1961z/kap1_6/para2_35.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>426</sup> Vgl. Hentschel 1988a und Hentschel 1988b.

<sup>427</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 100f.

xibel handhabte. Noch 1950 wetteuerte man im „Neuen Vorwärts“, dem Zentralorgan der Partei, gegen die Allmacht des Zentralbankrats.<sup>428</sup> Sieht man schließlich von einer dramatisch angehauchten Debatte im Bundesrat kurz vor Verabschiedung des Gesetzes ab, wurden die entscheidenden Weichen auch außerhalb dieser Institution gestellt.<sup>429</sup>

Innerhalb der Bank deutscher Länder ist zum einen der Präsident des Zentralbankrats Karl Bernard, zum anderen der Präsident des Direktoriums der BdL Wilhelm Vocke zu nennen. Darüber hinaus spielte Vockes Vertreter Wilhelm Könnecker eine wichtige Rolle. Alle drei Personen beteiligten sich an der Debatte um das Bundesbankgesetz im Rahmen der Kabinettsitzungen der Bundesregierung, nahmen aber auch öffentlich zu Fragen des Bundesbankgesetzes Stellung. Könnecker vertrat die BdL die meiste Zeit im Bundestagsausschuss für Geld und Kredit und vertrat auch Vocke bisweilen in den relevanten Kabinettsitzungen, zu denen die Notenbankvertreter hinzugebeten wurden.<sup>430</sup> Vocke und Bernard wurden beim Gesetzgebungsprozess von ihren engsten Mitarbeitern unterstützt, von denen in erster Linie Friedrich Wilhelm von Schelling, Dezernent für Rechts- und Wirtschaftsfragen bei der BdL zu erwähnen ist. Von Schelling zeichnete sich insbesondere durch

---

<sup>428</sup> Vgl. Währungspolitik. Wären wir Befehlsempfänger, in: Der Spiegel, 22. November 1950, S. 26.

<sup>429</sup> Vgl. hierzu Hentschel 1988b, S. 111-114.

<sup>430</sup> Vgl. Protokoll der 243. Kabinettsitzung der Bundesregierung am 29.08.1952, Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung' online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_62/index.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_62/index.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

seinen weitreichenden Sachverstand rund um das Notenbankgesetz aus,<sup>431</sup> und dadurch, dass er während der heißen Phase des Gesetzgebungsverfahrens in ständigem und engen Kontakt mit Hans Henckel stand und auch in der BdL Konsensfindungsprozesse anstieß.<sup>432</sup> Von Schelling war bereits in der ersten Legislaturperiode als Vertreter der Bank deutscher Länder in den Sitzungen des Bundestagsausschuss Geld und Kredit.<sup>433</sup> Weitere wichtige Mitglieder des Zentralbankrates, die die notenbankinterne Diskussion mitprägten, waren der Landeszentralbankpräsident und spätere Bundesbankpräsident Otto Pfleiderer sowie der bereits oben behandelte Landeszentralbankpräsident von Hessen Otto Veit.<sup>434</sup> Wenn sich Bernard und Vocke als die wichtigsten Akteure aus der BdL auch nicht einig in der Frage der Zentralisierung der Notenbank waren, so einte doch alle aus der BdL stammenden Personen das Eintreten für eine von der Politik weitgehend unabhängige Notenbank. Dabei exponierte sich insbesondere Vocke, der 1939 bereits aus dem Reichsbankdirektorium zurückgetreten war, weil er die Weisungen der NS-Regierung an die Reichsbank nicht mehr mittragen wollte.<sup>435</sup>

---

<sup>431</sup> In einer Liste des Bundestagsausschuss für Geld und Kredit wird von Schelling als Experte für Devisengeschäfte, Devisenpolitik, Devisenbewirtschaftung, statistische Fragen, Rechtslage Berlin, Strafbestimmungen und sonstige technische Fragen genannt. Vgl. BBk, Sign. B 330/646, Bundesbankgesetz: Entwürfe, Sitzungsprotokolle etc. Band I, Anlage 2 des Kurzprotokolls der 82. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit am Donnerstag, 05.02.1953, 10 Uhr in Bonn, Bundeshaus.

<sup>432</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 95f.

<sup>433</sup> Vgl. BBk, B 330/3488, Direktorium Bundesbankgesetz § 1-24, 1955, Kurzprotokoll der 87. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit am Freitag, den 13. März 1953, 10 Uhr. Bonn, Bundeshaus.

<sup>434</sup> Veit war – wie bereits in Kapitel 4 ausgeführt - von 1948 – 1952 Landeszentralbankpräsident, ab 1949 MPS-Mitglied und gehörte von Beginn an dem Wissenschaftlichen Beirat des BMWi an. Zu Fragen der Notenbankgesetzgebung äußerte er sich in dieser Zeit ebenfalls.

<sup>435</sup> Vgl. Vocke 1973, S. 126-130.

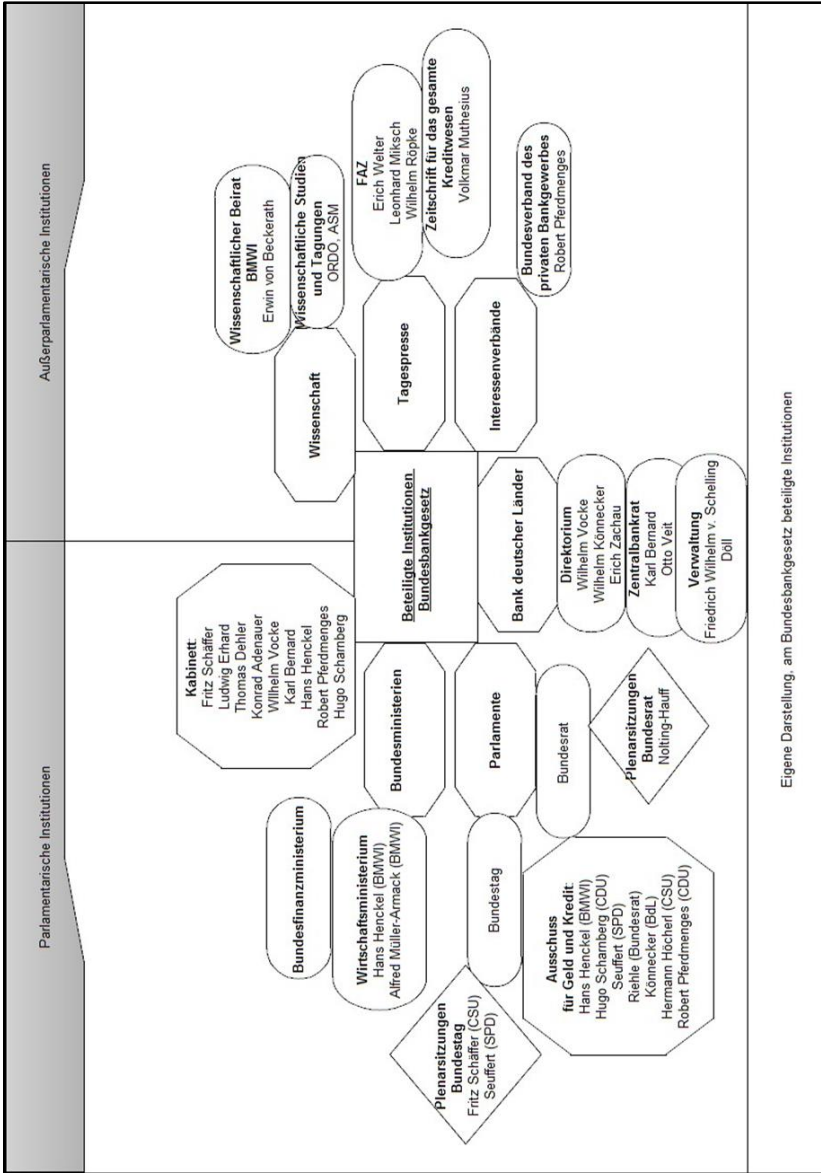
Er machte sich durch das Eintreten für Notenbankunabhängigkeit in Regierungskreisen, besonders auch bei Adenauer, derart unbeliebt, dass dieser – gemeinsam mit Erhard wegen Vockes Ablehnung von Aufwertungen der D-Mark – die Neubesetzung von dessen Posten betrieb.<sup>436</sup> Vocke war bis zu seinem Rücktritt 1939 im Reichsbankdirektorium gewesen und hatte während des Dritten Reichs die Folgen einer Weisungsbefugnis der Reichsregierung für die Notenbankpolitik mit ihren katastrophalen Auswirkungen für die Währung erlebt. Seine Erfahrungen mit der Reichsbank machten ihn also nicht nur zu einem Anhänger des zentralistischen Reichsbankmodells für die zukünftige Bundesbank, sondern auch zu einem energischen Verfechter der Unabhängigkeit der von ihm geführten Institution. Alle auf die Unabhängigkeit der Notenbank als Institution zielenden Angriffe wurden konzertiert von der BdL bekämpft, wobei die Notenbank auf Unterstützung der Öffentlichkeit und der relevanten Tagespresse zählen konnte.<sup>437</sup> Vocke war insgesamt ein nüchterner Zeitgenosse, der vor allem auf die Erfahrung in der wirtschaftlichen Praxis setzte und skeptisch gegenüber Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaft war.<sup>438</sup>

---

<sup>436</sup> Vgl. ebd., S. 150f.

<sup>437</sup> Zum ‚Stabilitätsbewußtsein‘ der deutschen Öffentlichkeit vgl. Emminger 1986a, S. 26.

<sup>438</sup> Gegenüber dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis äußerte sich Vocke 1956 folgendermaßen: „Ich schätze gewiß die Arbeit der Wissenschaft, aber verlangen Sie nicht von uns, daß wir uns einfach nach Ihren Ratschlägen richten. In Geld- und Bankfragen habe ich immer von praktischem Können und praktischer Erfahrung mehr gehalten als von den schönsten Theorien.“ BBk, Sign. B 330/9154, Bundesbankgesetz, Pressearchiv, 03.01.1956, August 1956, Bundesnotenbank ohne Aufsicht? Vocke hält nichts von Theorie, *Die Zeit*, 16.08.1956.



Eigene Darstellung, am Bundesbankgesetz beteiligte Institutionen

Abbildung 19: Am Bundesbankgesetz beteiligte Personen, eigene Darstellung.

Die relevante Tagespresse wurde durch zahlreiche Akteure dominiert, welche die Unabhängigkeit der Notenbank und das auf Preisstabilität fokussierte Mandat als sakrosankt ansahen. Darunter war der in der *FAZ* und der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen schreibende Volkmar Muthesius, der auch in weiteren Wirtschaftszeitungen, beispielsweise dem *Industriekurier*, Kolumnen veröffentlichte und dadurch über eine ausgeprägte Publikationsmacht verfügte.<sup>439</sup> Dazu gehörte auch der *FAZ*-Gründer Erich Welter. Darüber hinaus bot Welter auch Wissenschaftlern, die für die Unabhängigkeit der Notenbank argumentierten – beispielsweise Leonhard Miksch<sup>440</sup> oder aber auch Wilhelm Röpke<sup>441</sup> – eine ‚Publikationsplattform‘ in der *FAZ*.<sup>442</sup>

Die Interessenverbände der Privatwirtschaft mischten sich schließlich ebenfalls in das Bundesbankgesetzgebungsverfahren ein. Durch Robert Pferdenges, CDU-Bundestagsabgeordneter und regelmäßiger Teilnehmer an Kabinettsitzungen, einem der wichtigsten wirtschaftspolitischen Berater des Bundeskanzlers, verfügte der oben bereits erwähnte Bundeverband des privaten Bankgewerbes über eine einflussreiche Stimme, die sich auch zu Fragen des Bundesbankgesetzes, insbesondere zu Fragen der Mindestreserve, zu Wort meldeten und ihren Einfluss geltend machten.

---

<sup>439</sup> Zu Muthesius vgl. Jürgen Eick, Ein Vorbild des Wirtschaftsjournalismus. Volkmar Muthesius gestorben, in: *FAZ*, 13.07.1979, S. 13; vgl. auch Wilhelm Seuss, Volkmar Muthesius 75 Jahre, in: *FAZ*, 18.03.1975, S. 13.

<sup>440</sup> Vgl. Leonhard Miksch, Die Unabhängigkeit der Notenbank, in: *FAZ*, 03.11.1949, S. 7.

<sup>441</sup> Vgl. Wilhelm Röpke, Die ‚demokratische‘ Inflation, in: *FAZ*, 17.02.1951, S. 7.

<sup>442</sup> Zur ‚Publikationsplattform‘ *FAZ* vgl. Mussler 2008, S. 567ff.

### **5.1.5 Die politischen Konflikte um Unabhängigkeit und Mandat der Notenbank während des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesbankgesetz**

#### *Die Konstituierung der Bank deutscher Länder durch die Alliierte Bankkommission*

Das deutsche Notenbanksystem existierte bereits vor Schaffung des Bundesbankgesetzes im Jahre 1957 und gewährleistete die erfolgreiche Umsetzung der Währungsreform im Juni 1948.<sup>443</sup> Es lieferte mit seiner bestehenden Struktur überhaupt erst die Grundlage dafür, erstens die Währungsreform durchzuführen und die Währung zu emittieren, und dann auch zweitens eine eigenständige deutsche Geldpolitik zu ermöglichen.<sup>444</sup> Von den alliierten Behörden geschaffen, wirkte das Modell der BdL in mehrfacher Hinsicht auf die Konstituierung der deutschen Notenbank im Laufe der kommenden Jahre nach. Interessant ist, dass die Hauptstreitpunkte des insgesamt 8 Jahre andauernden Gesetzgebungsverfahrens markante Eigenschaften des BdL-Modells betrafen und sich an diesen Eigenschaften rieben. Dies galt erstens für die eindeutige Fixierung der Unabhängigkeit der Notenbank von Weisungen der Regierung durch Artikel I, Absatz 3 des BdL-Gesetzes.<sup>445</sup> Zweitens war das Mandat der BdL erstmals in der Geschichte von Notenbanken überhaupt mit einer Priorität auf der Preisstabilität versehen.<sup>446</sup> Und

---

<sup>443</sup> Von 1948 stammt auch die erste Korrespondenz zwischen dem Präsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder Vocke und dem damaligen Direktor des Verwaltungsamts für Wirtschaft Ludwig Erhard, die im Bundesbankarchiv vorliegt. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 I, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 10.07.1948.

<sup>444</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 24,26.

<sup>445</sup> Vgl. BdL-Gesetz, Art. I, 3.

<sup>446</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 25.



drittens verfügte die BdL, wie oben bereits erwähnt, über eine äußerst dezentrale Struktur, die nach dem US- Vorbild des Federal-Reserve System konstruiert war und nach dem Willen der Alliierten – in diesem Falle vor allem der Amerikaner - einer Zentralisierung des deutschen Geldwesens entgegen wirken sollte.<sup>447</sup> Alle drei genannten Punkten gehörten zu den Hauptstreitpunkten der 1950er Jahre, wobei bei allen drei Punkten die BdL als Bezugspunkt der Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielte und für die Legitimierung des Status quo und das Funktionieren des bestehenden Arrangements herhielt.

Das von den Alliierten geschaffene Gesetz zur Notenbank wurde von neoliberaler Seite ausdrücklich begrüßt. Die Unabhängigkeit von der deutschen Regierung, vor allem aber das die Preisstabilität priorisierende Mandat, waren ganz im Sinne einer neoliberalen Programmatik. So betonte Leonhard Miksch in einer Kolumne in der FAZ im November 1949 vor allem die positiven Implikationen des Mandats.<sup>448</sup> Und auch Erich Welter stimmte im Dezember 1949 in diesen Tenor ein. Er forderte zudem, „auf dem empfindlichen Gebiet des Geldwesens eine den Wechselfällen des parlamentarischen Lebens etwas entrückte Instanz beizubehalten“<sup>449</sup>, also eine Unabhängigkeit der Zentralbank von der Bundesregierung auch im neu zu schaffenden Notenbankgesetz festzuschreiben. Zudem publizierte Volkmar Muthesius 1950

---

<sup>447</sup> Vgl. Buchheim 2001, S. 3.

<sup>448</sup> Vgl. Leonhard Miksch, Die Unabhängigkeit der Notenbank, in: FAZ, 03.11.1949, S. 7.

<sup>449</sup> Erich Welter, Der Geldkorb, in: FAZ, 10.12.1949, S. 5.

in der Schriftenreihe der ‚Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen‘ ein kurzes Buch mit dem Titel ‚Die Zukunft der D-Mark,‘<sup>450</sup> das die Unabhängigkeitsthese von Welter weiter bestärkte. In seinem Buch mahnte er die Bank deutscher Länder, wachsam gegenüber staatlichen Eingriffen zu sein und ihre unabhängige Rolle zu bewahren:

*„Und sie [die Zentralbank; Anmerkung des Verfassers] muß besonders vorsichtig sein gegenüber der Doppelrolle, die der Staat nun einmal in der Geld- und Kreditwirtschaft, in seinem Verhältnis zur Zentralbank spielt, in der Rolle als Gesetzgeber und Kreditnehmer. Allzu leicht läßt der Staat sich dazu verführen, das gesetzliche Statut der Zentralbank so zu gestalten, daß er, der Staat, mit seinem Kreditbedarf sich eine andere Behandlung sichert als die Wirtschaft. [...] Es ist also gar nicht verwunderlich, wenn die Leitung der Zentralbank den Wunsch hat, sich ihre volle Unabhängigkeit von der Regierung zu bewahren.“*<sup>451</sup>

Das Buch von Muthesius hatte den Anspruch einen „über den engeren Fachkreis hinausreichenden Kreis“<sup>452</sup> zu erreichen und Aufklärungsarbeit über die Herausforderungen der Geld- und Währungspolitik zu betreiben. Direktoriumspräsident Vocke bedankte sich bei Muthesius ausdrücklich für dieses Buch und lobte es in einem Brief an ihn: „Es ist sehr dankenswert, dass Sie die währungspolitischen Fragen in so knapper gemeinverständlicher Form dargestellt haben.“<sup>453</sup> Die publizistischen Interventionen von Miksch, Welter und Muthesius können als Diskursintervention gelten, die in ihrem Tenor auf breiten Zuspruch in der Bevölkerung traf,<sup>454</sup> war man in Deutschland doch

---

<sup>450</sup> Vgl. Muthesius 1950.

<sup>451</sup> Vgl. ebd., S. 49f.

<sup>452</sup> Vgl. Muthesius 1950, S. 8.

<sup>453</sup> Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2035, Vocke: Korrespondenz MF – MZ, Brief von Wilhelm Vocke an Volkmar Muthesius vom 04.12.1950.

<sup>454</sup> Zum breiten Zuspruch der deutschen Bevölkerung zu einer unabhängigen Notenbank vgl. Buchheim 2001, S. 23f.

erheblich geschädigt durch die Inflationserfahrungen der jüngsten Vergangenheit.<sup>455</sup> Hier wurden Grundlagen für einen dauerhaften Diskurs zur Konstruktion des Notenbanksystems gelegt, den die *FAZ* die gesamten 1950er Jahre durch der Stoßrichtung nach beibehielt.<sup>456</sup>

*Finanzminister Schäffers Entwurf: Ein Angriff auf die Unabhängigkeit und eine unbestimmte Ausweitung des Mandats*

Im Verlauf des Politikprozesses zum Bundesbankgesetz gab es zu unterschiedlichen Zeitpunkten Angriffe von Seiten der Vertreter der Bundesregierung auf die oben behandelten Forderungen nach einer Unabhängigkeit der Notenbank. Der erste Angriff erfolgte mit dem ersten Referentenentwurf für das Gesetz über die Deutsche Bundesbank durch Finanzminister Schäffer im Februar 1950. Dieser Entwurf hatte die volle Rückendeckung von Bundeskanzler Adenauer, der aus seiner kritischen Haltung gegenüber einer unabhängigen Notenbank keinen Hehl machte.<sup>457</sup> Der Entwurf sah weitgehende Vetobefugnisse der Bundesregierung bei Entscheidungen des Zentralbankrats vor. Er sah bei kontroversen Situationen – beispielsweise bei Änderungen des Diskontzinssatzes folgendes vor: „Können sich Bundesregierung und Zentralbankrat nicht einigen, entscheidet ein sechsköpfiger Sonderaus-

---

<sup>455</sup> Zu den Inflationserfahrungen der deutschen Bevölkerung vgl. Balderston 2002.

<sup>456</sup> Vgl. weitere Kolumnen zur Konstitution der Zentralbank im Laufe der 1950er Jahre: Erich Welter, Jetzt fallen die Würfel, in: *FAZ*, 04.11.1950, S. 9; Volkmar Muthesius, Dreizehn Männer, in: *FAZ*, 15.08.1951, S. 7; Wilhelm Röpke, Der Platz der Zentralbank, in: *FAZ*, 09.02.1953, S. 3; Die Notenbank bleibt unabhängig, in: *FAZ*, 08.01.1955, S. 7; Erich Welter, Wirtschaftswunder, letzter Akt?, in: *FAZ*, 26.05.1956, S. 1; Wilhelm Vocke, Harte Währung, in: *FAZ*, 04.02.1957, S. 11.

<sup>457</sup> Vgl. Buchheim 2001, S. 18.

schuß, dem drei Männer der Regierung und drei Männer der Notenbank angehören. Mit noch einer ganzen Kleinigkeit: Bei Stimmengleichheit entscheidet der Bundeskanzler.“<sup>458</sup> Darüber hinaus sollte der Bundespräsident die Befugnis haben, den Bundesbankpräsidenten abuberufen. Ferner sah der Entwurf ein zweistufiges Zentralbanksystem vor, bei dem die Landeszentralbanken als eigenständige Einheiten erhalten blieben. Schäffer war – wie bereits erwähnt – als aus Bayern stammender Minister Föderalist und vertrat in der Bundesregierung die Interessen der CSU, die großen Wert auf die Macht der einzelnen Bundesländer legte.<sup>459</sup>

Gegen diesen ersten Entwurf protestierten sofort sämtliche Mitglieder des Kabinetts sowie die Vertreter der BdL. Sowohl die Verfechter eines einstufigen Zentralbanksystems, Wirtschaftsminister Erhard und Justizminister Dehler, als auch die Notenbankvertreter selbst, die sich gegen den Angriff auf ihre institutionelle Unabhängigkeit zur Wehr setzten, machten Front gegen den Entwurf. Direktoriumspräsident Vocke kritisierte den Entwurf in einem Brief an Schäffer scharf und warf dem Finanzminister vor, dass er das Vertrauen in die Notenbank unterminierte: „Ein gewisses Misstrauen gegen die Notenbankleitung zieht sich wie ein roter Faden durch die von Ihnen neu eingefügten Bestimmungen hindurch.“<sup>460</sup> Im Falle des Wirtschaftsministers gilt es festzuhalten, dass sich dessen Kritik nicht vornehmlich auf die Frage der Unabhängigkeit bezog, sondern diese primär die Zweistufigkeit des

---

<sup>458</sup> Währungspolitik. Wären wir Befehlsempfänger, in: *Der Spiegel*, 22. November 1950, S. 25.

<sup>459</sup> Zur Bedeutung des Föderalismus in der CDU/CSU Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre vgl. Ley 1978.

<sup>460</sup> BBk, Sign. B 330/9984, Handakte Dr. Fögen, Bundesbankgesetz, 13.10.1950 – 22.1.1953 (R), Brief von Wilhem Vocke an Fritz Schäffer vom 7. März 1950.

Zentralbanksystems betraf und diese in Frage stellte. In den frühen 1950er Jahren war Erhard zumindest offen dafür, die institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank einzuschränken.<sup>461</sup> Ähnliches gilt für den der FDP angehörenden Justizminister Dehler. Dehler sprach sich sogar für weitgehende Befugnisse der Regierung aus, Einfluss auf die Geldpolitik der Notenbank zu nehmen, und hatte dabei das Vorbild der Reichsbank vor Augen.<sup>462</sup> Dies galt ebenso für Bundeskanzler Adenauer, der mit einer unabhängigen Notenbank einen ‚Staat im Staate‘ fürchtete.<sup>463</sup> Adenauer stützte im Gegensatz zu Dehler und Erhard den Entwurf von Schäffer, da ihn die Frage der Dezentralisierung weniger interessierte und er einen starken Einfluss der Regierung auf die Notenbankpolitik befürwortete.<sup>464</sup> Man kann also insgesamt in Regierungskreisen weder von einer einvernehmlichen Meinung noch von einer konzertierten Kritik, sondern von einer Kritik mit unterschiedlichen Nuancen sprechen.

Von Seiten der Zentralbank war die Stimme für die Beibehaltung der Unabhängigkeit der Notenbank zwar eindeutig. Hier hieß es aus Frankfurt kritisch zum Entwurf des Finanzministers: „Bisher hatten wir als Exekutive der Währungspolitik das Recht zu denken. Da haben wir uns allerdings unsere eigenen Gedanken gemacht. Danach handelten wir als Treuhänder. Würden wir jemals eine Abteilung des Bundesfinanzministeriums werden, dann bräuchten wir nicht mehr zu denken. Dann wären wir Befehlsempfänger.“<sup>465</sup> Was

---

<sup>461</sup> Vgl. Buchheim 2001, S. 19.

<sup>462</sup> Vgl. Hentschel 1988a, S. 14.

<sup>463</sup> Vgl. Buchheim 2001, S. 18.

<sup>464</sup> Vgl. Hentschel 1988a, S. 12; vgl. auch Buchheim 2001, S. 18.

<sup>465</sup> Währungspolitik. Wären wir Befehlsempfänger, in: *Der Spiegel*, 22. November 1950, S. 26.

die Frage der Stufen des Zentralbanksystems betraf, zeichnete sich allerdings kein so einhelliges Meinungsbild im Zentralbankrat ab. Gerade die Mitglieder des Direktoriums neigten eher zu einer stärker zentralistischen, einstufigen Struktur nach dem Vorbild der Reichsbank, die der erste Schäffer-Entwurf und auch die folgenden Entwürfe gerade nicht implizierten. Insbesondere Vocke sprach sich während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens für eine zentralistische Struktur der Bundesnotenbank aus und machte sich deshalb vor allem bei Schäffer aus diesem Grund äußerst unbeliebt.<sup>466</sup>

Von Seiten des Finanzausschusses der Ministerpräsidenten - also von Seiten der Länder - hingegen gab es vor dem ersten Referentenentwurf bereits Rückendeckung für die Beschneidung der Unabhängigkeit der Notenbank sowie der Beibehaltung der zweistufigen Struktur des Zentralbanksystems. In einer Empfehlung des Ausschusses hieß es bereits im Dezember 1949: „Die neue Bundesnotenbank übernimmt von den Einrichtungen der Bank deutscher Länder diejenigen, die sich bewährt haben. Die Bundesregierung ist an dem Rat der Notenbank zu beteiligen.“<sup>467</sup> Mit den bewährten Einrichtungen war aus Sicht der Ministerpräsidenten der Länder die Zweistufigkeit des Notenbanksystems gemeint. Mit der Erweiterung des Zentralbankrats wurde darüber hinaus gefordert die Zuständigkeit für die Geldpolitik zwischen Notenbank und Regierung zu teilen, insbesondere das Finanzministerium mit einzubinden.

---

<sup>466</sup> Zu Vockes Position vgl. Hentschel 1988a, S. 15.

<sup>467</sup> Bundesregierung und Notenbank. Ein neuer Vorschlag des Finanzausschusses, in: *FAZ*, 13.12.1949, S.5.

## *Die Übereinkunft zwischen Pressevertretern und Notenbank*

Infolge dieses ersten Angriffes auf die Unabhängigkeit der Notenbank begann sich um die BdL ein Lager von Journalisten zu formieren, das die Unabhängigkeit der Institution und ein Mandat mit Priorität auf Preisstabilität zur Leitlinie machte. Über die Stoßrichtung dieses Diskurses gab es bereits eine frühe Übereinkunft zwischen zentralen Akteuren von Presse und Notenbank. Im April 1950 wandte sich Volkmar Muthesius, späteres MPS-Mitglied und Vertrauter von Wilhelm Röpke<sup>468</sup>, an den persönlichen Referenten von Wilhelm Vocke, Viktor von der Lippe, und schlug ihm vor eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, um den Diskurs um das Notenbankgesetz in der Öffentlichkeit zu gestalten und den Druck auf die Bundesregierung zu bestärken.<sup>469</sup> Vocke willigte ein, es fand ein Treffen zwischen den Beiden statt, zu dem er Muthesius in die BdL einlud. Vereinbart wurde, dass Vocke einen Referenzartikel schreiben sollte, auf den sich in Zukunft alle öffentlichen Kommentare beziehen würden und der als Grundlage des Diskurses um die Notenbank dienen sollte.<sup>470</sup> Vocke lieferte zwar aus Zeitgründen keinen solchen Artikel, aber der Abdruck einer Rede von ihm im Mai 1950 in einer Sonderausgabe der ‚Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen‘ mit dem

---

<sup>468</sup> Vgl. 4.2.2.

<sup>469</sup> Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2035, Vocke: Korrespondenz MF – MZ, Brief von Volkmar Muthesius an Viktor von der Lippe am 18.04.1950.

<sup>470</sup> Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2035, Vocke: Korrespondenz MF – MZ, Brief von Volkmar Muthesius an Viktor von der Lippe am 18.04.1950 und Brief von von der Lippe an Muthesius vom 21.04.1950.

Titel ‚Die Währung des Sparers‘ erfüllte die entsprechende Funktion und war Auftakt für regelmäßige Artikel mit einer entsprechenden Stoßrichtung.<sup>471</sup>

Eine weitere wichtige Publikation in diesem Zusammenhang stellen die ‚Auszüge aus Presseartikeln‘ der Bank deutscher Länder dar. In den ‚Auszügen‘ wurden zwischen 1950 und 1957 regelmäßig Artikel mit dem oben beschriebenen Leitbild der Notenbank abgedruckt, um im Sinne der Bank den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen.<sup>472</sup> Hinzu kamen regelmäßige öffentliche Stellungnahmen der Notenbankleitung.<sup>473</sup> Man kann hier insgesamt von einer systematischen Pressearbeit sprechen, die von der Notenbank ausging und die Stellung der Institution im öffentlichen Diskurs stärkte.<sup>474</sup>

### *Das Übergangsgesetz vom 10.07.1951*

Der nächste Angriff auf die Unabhängigkeit der Notenbank erfolgte mit dem sogenannten Übergangsgesetz im Jahre 1951. Zu diesem Zeitpunkt oblag die Federführung im Gesetzgebungsverfahren noch dem Finanzministerium. Es war also erneut Schäffer, der die Initiative zu einer Beschneidung der Unabhängigkeit der Notenbank ergriff, als die Alliierten der deutschen Regierung die Zuständigkeit für die Geld- und Währungspolitik im März übertrugen und

---

<sup>471</sup> Vgl. Wilhem Vocke, Die Währung des Sparers, in: Sonderdruck der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Mai 1950.

<sup>472</sup> Vgl. Bank deutscher Länder 1950-1957.

<sup>473</sup> Vgl. hierzu die Reden von Vocke in den 1950er Jahren. Vocke 1973, S. 175-204; vgl. auch Vocke 1956.

<sup>474</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 24-28.



ein Übergangsgesetz notwendig erschien, um bis zur endgültigen Ausarbeitung des Bundesnotenbankgesetzes eine gesetzliche Grundlage für diesen Politikbereich zu erlangen.

Bislang hatte die Alliierte Bankkommission das letzte Wort bei allen Entscheidungen des Zentralbankrates der BdL und konnte somit Diskontzinsveränderungen und andere geldpolitische Maßnahmen stoppen, wenn sie wollte. Wie bereits oben erwähnt, machte die Alliierte Bankkommission niemals offiziell von diesem Vetorecht Gebrauch. Dies lag allerdings auch an der eng mit den Alliierten abgestimmten Geldpolitik der BdL, deren Koordination Chefsache war und die Vockes volle Aufmerksamkeit in den ersten drei Jahren der Existenz der neuen Notenbank genoss. Nun versuchte Schäffer kurzerhand die Weisungsbefugnisse der Alliierten Bankkommission auf die Bundesregierung zu übertragen, indem er im bisherigen Gesetzestext den Begriff ‚Alliierte Bankkommission‘ mit ‚Bundesregierung‘ ersetzte: „Bei der Festsetzung der Politik der Bank unterliegt der Zentralbankrat den gegebenenfalls von der Bundesregierung erlassenen Anordnungen.“<sup>475</sup> Solch ein Eingriffsrecht in die BdL-Politik konnte nur gelingen, wenn es zügig umgesetzt wurde und damit etwaige Gegenspieler überraschte, weswegen Schäffer binnen weniger Tage nach dem Erlass der Alliierten mit einem Gesetzesentwurf im Kabinett aufwartete.<sup>476</sup>

In der ersten Kabinettsitzung am 3. April 1951 kam es zum offenen Schlagabtausch über den Entwurf zum Übergangsgesetz. Insbesondere der Vertre-

---

<sup>475</sup> Vgl. Vorschlag für Artikel 6 des Übergangsgesetzes; zitiert nach Hentschel 1988a, S. 17.

<sup>476</sup> Zur Überrumpelungsaktion von Schäffer vgl. Hentschel 1988a, S. 17.

ter des Zentralbankrats Bernard empörte sich über den Versuch der Einflussnahme der Regierung auf die Politik der Notenbank. Zum einen fühle sich die BdL überrumpelt, da sie vorab keine Gelegenheit über eine Abstimmung mit dem Finanzministerium über das Gesetz gehabt habe. Zum anderen, so heißt es im Kabinettsprotokoll, suggeriere der aktuelle Entwurf, dass „die Bank- und Währungspolitik der BdL den Weisungen der Bundesregierung unterliegen. Damit sei die Unabhängigkeit der Notenbank beseitigt“<sup>477</sup>, so Bernard. Bernard versuchte die Bundesregierung ferner dadurch unter Druck zu setzen, dass er mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne von Seiten der BdL drohte und schließlich darauf hinwies, dass die Alliierten über eine Beschneidung der Unabhängigkeit der Notenbank „entsetzt“ sein würden, woran die Bundesregierung sicherlich kein Interesse habe.<sup>478</sup> Bundeswirtschaftsminister Erhard äußerte sich anlässlich dieses Gesetzesentwurfs erstmals kritisch zur Frage der Beschneidung der Unabhängigkeit der Zentralbank und ergriff damit Position für die BdL. Hatte sich Erhard bislang nur kritisch zur Zweistufigkeit des Zentralbanksystems positioniert, so hieß es im Kabinettsprotokoll nun folgendermaßen: „Auch der Bundesminister für Wirtschaft ist der Meinung, der Brief der AHK<sup>479</sup> [die Übertragung der Befugnisse der Alliierten Bankkommission an die Bundesregierung betreffend;

---

<sup>477</sup> Protokoll der 139. Kabinettsitzung am 03.04.1951, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1951k/kap1\\_2/kap2\\_28/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1951k/kap1_2/kap2_28/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>478</sup> Vgl. ebd.

<sup>479</sup> AHK steht für Alliierte Hohe Kommission.

M.B.] sei nicht so aufzufassen, daß er ein Weisungsrecht der Bundesregierung verlange. Er schlägt vor, Artikel II des BDL-Gesetzes zu streichen.“<sup>480</sup> Damit schlug Erhard vor, die Weisungsbefugnis zu streichen. Erhard zeigte sich in der Kabinettsitzung zwar nicht als exponierter Gegner einer von der Politik abhängigen Notenbank, wie in späteren Auseinandersetzungen. Er äußerte sich aber unverblümt kritisch gegenüber einer weitreichenden Weisungsbefugnis der Regierung oder des Finanzministeriums. Im Ergebnis wurde vom Kabinett eine Arbeitsgruppe aus BMF, Präsidenten des Zentralbankrats und dem Direktorium der BdL beschlossen, um eine geeignete Neuformulierung des Entwurfes zu erarbeiten.

Damit war Schäffers Versuch, sein Vorhaben durch schnelles Agieren durch das Kabinett zu bringen, vorerst am Widerstand der BdL und auch des BMWi gescheitert.<sup>481</sup> Im Übergangsgesetz vom 10. August 1951 wurde der Gesetzesentwurf deutlich zugunsten einer unabhängigen BdL verändert. So war zum einen von einer Weisungsbefugnis der Regierung nicht mehr die Rede, lediglich war die Notenbank dazu „verpflichtet, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu beachten und im Rahmen ihrer Aufgaben zu unterstützen“<sup>482</sup>, wobei die Sicherung der Währung und damit die Preisstabilität zentrale Aufgabe war und dadurch die Unterstützung für die allgemeine Wirtschaftspolitik deutlich begrenzte. BMWi- und BMF-Vertreter wa-

---

<sup>480</sup> Protokoll der 139. Kabinettsitzung am 03.04.1951, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1951k/kap1\\_2/kap2\\_28/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1951k/kap1_2/kap2_28/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>481</sup> Vgl. Hentschel 1988a, S. 17f.

<sup>482</sup> Gesetz vom 10. August 1951 (BGB1. I 509).

ren außerdem befugt dazu an den Sitzungen des Zentralbankrats teilzunehmen, konnten aber lediglich ein suspensives Veto einbringen und damit Entscheidungen um acht Tage verschieben, nicht aber vollständig verhindern. Mit dem Übergangsgesetz vom August 1951 entstand also eine Zentralbank in Deutschland, die unabhängiger als jemals zuvor war. Weder die Reichsbank noch die BdL der ersten drei Jahre hatte solch ein ausgeprägtes Maß an Unabhängigkeit. Denn die BdL war fortan weder an die Weisungen der Alliierten noch an die der Regierung gebunden.

*Die zweite Kabinettsvorlage: Der Schäffer-Entwurf vom Oktober 1951: Ein verschleierter Angriff auf die Unabhängigkeit*

Der dritte Angriff auf die Unabhängigkeit der Notenbank verlief weitaus subtiler als der vorherige Versuch Schäffers mit dem Übergangsgesetz Fakten zu schaffen. Obwohl sich die ministeriellen Zuständigkeiten für den Bereich Geld und Kredit im März 1952 nach zähen Auseinandersetzungen veränderten und fortan das BMWi zuständig war, lag im Mai 1952 noch eine weitere im BMF ausgearbeitete Kabinettsvorlage vor und wurde dann auch im Kabinett diskutiert. Gleichzeitig wurde aber bereits trotz anderer Absprachen zwischen Schäffer und Erhard im BMWi ein Entwurf vorbereitet.<sup>483</sup>

Schwerpunkt der Auseinandersetzungen, die mit der Kabinettsitzung vom 24. Juni begannen, war das Maß der Zentralisierung der Notenbank. Während der Schäffer-Entwurf im Sinne der stark föderalistisch aufgestellten

---

<sup>483</sup>Zu diesem Vorgang vgl. Hentschel 1988a, S. 22-25.

CSU auf der Zweistufigkeit des Zentralbanksystems bestand,<sup>484</sup> konterte Erhard in Abwesenheit des Kanzlers in der Kabinettsitzung vom 29. August nach vorheriger Blockadehaltung gegenüber der BMF-Vorlage mit einem Gegenentwurf, der ein einstufiges Zentralbanksystem vorsah. Für ein einstufiges System hatte Erhard bereits in der Kabinettsitzung vom 14. März 1952 gemeinsam mit Vocke, Präsident des Direktoriums der BdL, argumentiert. Im Protokoll der Sitzung hieß es dazu von Erhards Seite: „Der Unterbau der Bundesbank müsse aus dringenden praktischen Gründen weisungsgebunden sein. [...] Soweit er [Erhard] übersehen könne, seien in allen Staaten die Noten- und Währungsbanken nach dem zentralen System aufgebaut. Das und die unbestrittene Tatsache, daß die Reichsbank mit ihrer Organisation vorzüglich gearbeitet habe, falle doch sehr ins Gewicht.“<sup>485</sup> Von Vocke hieß es in der gleichen Sitzung mit einer ähnlichen Stoßrichtung im Protokoll: „Geheimrat Vocke tritt in längeren Ausführungen mit Nachdruck für die zentrale Lösung ein.“<sup>486</sup> Mit dem unangekündigten Gegenentwurf in einer Sitzung, in der nur noch Details des Schäffer-Entwurfs geklärt werden sollten und der bereits als verabschiedet galt, sorgte Erhard nun für einen Eklat. Obwohl sich schließlich der Schäffer-Entwurf im Kabinett durchsetzte und damit zum Regierungsentwurf wurde, versandete er letztlich im Bundestag,

---

<sup>484</sup> Der Schäffer-Entwurf hielt am Zweistufigkeitsprinzip fest. Vgl. BBk, Sign. B 330/3642, Bundesbankgesetz, 1952-1953 I., R 11/14, Entwurf Gesetz über die Währungs- und Notenbank des Bundes (Bundesbankgesetz), Fassung vom 08.07.1952.

<sup>485</sup> Protokoll der 207. Kabinettsitzung am 14.03.1952, Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung' online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_18/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_18/para3_1.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>486</sup> Ebd.

weil Erhard dort gemeinsam mit der FDP den Widerstand organisierte.<sup>487</sup> Die FDP legte einen Gegenentwurf vor, der identisch mit Erhards Entwurf war und daraufhin entsprechend von den beteiligten Ministerien sowie der Notenbank als ein identischer Entwurf behandelt wurde.<sup>488</sup> Zugleich rief die FDP das Bundesverfassungsgericht an<sup>489</sup>, um gegen den Schäffer-Entwurf zu klagen.<sup>490</sup>

Im Schatten der Auseinandersetzung um die Zentralisierung der Notenbank ging der Konflikt um das Maß der Unabhängigkeit der Notenbank weiter. Von Schäffers Seite war dieser Punkt sehr defensiv behandelt worden, weil er unbedingt daran interessiert war, seinen Entwurf insgesamt durchzusetzen, und er dabei auf die Unterstützung der BdL hoffte. Insofern gab er auch Bedenken von Zentralbankratspräsidenten Bernard nach, der die in seinem Entwurf vorgesehene Möglichkeit der Regierung zur Abberufung von Mitgliedern des Direktoriums kritisierte und nahm diese aus dem Entwurf heraus.<sup>491</sup> Erhards Gegenentwurf hingegen sah ein Kontrollorgan für das Direktorium in Form eines Kuratoriums vor, in dem vier Bundesminister und zwei Delegierte des Bundesrats sitzen sollten. Das Kuratorium sollte zwei wich-

---

<sup>487</sup> Vgl. Hentschel 1988a, S. 28-31.

<sup>488</sup> In den Akten der Bundesbank sind der Entwurf der FDP und der des BMWi zusammen als ein Entwurf abgeheftet und entsprechend kategorisiert. Vgl. BBk, Sign. B 330/3642, Bundesbankgesetz, 1952-1953 I., R 11/14.

<sup>489</sup> Dabei richtete sich die Klage gegen die Beteiligung des Bundesrats am Gesetzgebungsprozess. Zur Klage der FDP vor dem Bundesverfassungsgericht vgl. BBk, Sign. B 330/3645, Bundesbankgesetz: Gesetzentwürfe II., 1955-1956, R 11/14, Verfassungsklage der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei wegen des Umfangs der Rechte des Bundesrats beim Erlass des Bundesnotenbankgesetzes, Bonn, 04.02.1953.

<sup>490</sup> Vgl. Hentschel 1988a, S. 28f.

<sup>491</sup> Vgl. ebd., S. 24.

tige Rechte haben: Die Bestimmung der Satzung der Bank sowie die Bestätigung des Personalstatuts. Es war zwar keine Intervention in geldpolitische Maßnahmen vorgesehen, aber dennoch durch die Bestimmung der Satzung und einen Einfluss auf die Personalpolitik eine – zugegebenermaßen indirekte – Interventionsmöglichkeit für die Bundesregierung gegeben.<sup>492</sup> Dies zeigt, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank zunächst für Erhard zumindest keine Priorität hatte, wenn er nicht sogar im Gegenteil ein Interesse an einem Einfluss der Regierung auf die Geldpolitik der Notenbank hatte.

### *Diskursinterventionen zum Notenbankgesetz von neoliberaler Seite*

Noch in seiner Zeit als aktives Mitglied des Zentralbankrats hatte sich der neoliberale Ökonom Otto Veit, seinerseits MPS-Mitglied seit 1949, zur Frage der Unabhängigkeit der zukünftigen Notenbank in einem 1952 in der Fachzeitschrift des Kieler Instituts für Weltwirtschaft erschienenen Aufsatz geäußert.<sup>493</sup> Dieser Aufsatz mit dem Titel ‚Die Verantwortung der Notenbank‘ stellte genau die indirekte Möglichkeit der Einflussnahme der Politik auf die Notenbank infrage, die Erhard in seinem Entwurf durch die Besetzung der Gremien und das Kuratorium vorgesehen hatte.

Die Intervention Veits wurde in der Notenbank selbst rezipiert und fand dort breiten Zuspruch.<sup>494</sup> Es ist davon auszugehen, dass er auch Eingang in den Wissenschaftlichen Beirat des BMWi fand, in dem Veit Zeit seines Lebens

---

<sup>492</sup> Vgl. BBk, Sign. B 330/3642, Bundesbankgesetz, 1952-1953 I., R 11/14, FDP und BMWi-Entwurf.

<sup>493</sup> Vgl. Veit 1952.

<sup>494</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Otto Veit vom 17.06.1952.

Mitglied war.<sup>495</sup> Veits Aufsatz entstand in der Folge der mehrfachen Versuche von Mitgliedern des Kabinetts, die institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank zu beschränken, und bestärkte die BdL intern darin weiter auf ihrem Standpunkt zu bestehen.

Dem Aufsatz von Veit von 1952 folgte ein weiterer grundsätzlicher Beitrag zur Rolle der Notenbank, der 1953 im *ORDO*-Jahrbuch erschien.<sup>496</sup> Dort forderte Veit eine Unabhängigkeit der Notenbank, die einen ähnlichen Status im Verfassungsgefüge haben solle wie die Justiz und damit eine Art vierte Gewalt konstituieren solle. Allein dies würde garantieren, dass die Zentralbank die Stabilität der Währung gegenüber der Regierung im Zweifelsfall als öffentliches Gut verteidigen könne.<sup>497</sup> Mit dem *ORDO*-Jahrbuch griff somit auch das wissenschaftliche Hausorgan der deutschen Neoliberalen<sup>498</sup> die Frage um die Unabhängigkeit der Notenbank auf und substantiierte die Forderung nach der Unabhängigkeit.

Auch die ASM griff das Thema der Notenbank später in ihrer Tagung im November 1953 auf, um nach der Bundestagswahl im September hinsichtlich geldpolitischer Fragen ein deutliches Signal zu senden. Unter Anwesenheit einiger Minister, Bundestagsabgeordneter und zwei Mitgliedern des Zentralbankrats<sup>499</sup> forderte Otto Lautenbach in seinem Vortrag mit dem Titel

---

<sup>495</sup> Vgl. den Abschnitt zur Debatte um das Notenbankgesetz im Wissenschaftlichen Beirat des BMWi.

<sup>496</sup> Vgl. Veit 1954.

<sup>497</sup> Vgl. Veit 1954, S. 74.

<sup>498</sup> Zum *ORDO*-Jahrbuch vgl. Kapitel 3.5.3.

<sup>499</sup> Zur Anwesenheit von Ministern, Bundestagsabgeordneten und Zentralbankratsmitgliedern vgl. Lautenbach 1954, S. 7.



„Wir fordern von Regierung und Bundestag eine stabile Währungsordnung‘  
 „im Bundesnotenbankgesetz eine klare Stabilitätsklausel.“<sup>500</sup> Im Rahmen  
 der ASM-Tagung wurde also erneut auf eine zentrale Bedeutung der Geld-  
 wertstabilität im Mandat des Bundesbankgesetzes gedrängt.

### *Der Streit um den Sitz der Notenbank als Streit um die Un- abhängigkeit*

Die klare Positionierung der BdL und der Schulterschluss mit deutschen Ne-  
 oliberalen in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte hinderten  
 Teile der Bundesregierung aber nicht daran, die Unabhängigkeit der Noten-  
 bank immer wieder infrage zu stellen. Aus Regierungskreisen in Bonn war  
 bereits in der ersten Legislaturperiode das Bestreben vernehmbar, die No-  
 tenbank in die Nähe des Regierungssitzes zu verlegen. Als Alternativen zu  
 Frankfurt kamen entweder Köln oder Bonn infrage. Das Ziel dabei war,  
 schneller in persönliche Verbindung mit der Notenbankleitung treten zu  
 können.<sup>501</sup> Diese Debatte gewann immer dann an Bedeutung, wenn das Ver-  
 trauen zwischen Bundesregierung und Notenbankleitung strapaziert war,  
 wie beispielsweise bei Diskontzinserhöhungen, vor allem im Jahr 1956.<sup>502</sup>  
 Dass es dieses Bestreben von Seiten der Bundesregierung gleichwohl schon  
 lange gab, dokumentieren die Vorbereitungen auf eine Abwehr dieser Idee

---

<sup>500</sup> Lautenbach 1954, S. 28.

<sup>501</sup> Vgl. Adenauers Argumentation in der 113. Kabinettsitzung am 18.01.1956. Protokoll der  
 113. Kabinettsitzung am 18.01.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesre-  
 gierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_3/para3_3.html); zuletzt überprüft  
 am 10.06.2013.

<sup>502</sup> Die Eskalation im Jahre 1956 zwischen Notenbank und Bundeskanzler wird unten noch de-  
 taillierter erläutert.

innerhalb der Bank deutscher Länder. Der Hinweis im Regierungsentwurf von 1953, dass sich die Regierung die Bestimmung des Sitzes vorbehalte, hatte die BdL-Leitung alarmiert.<sup>503</sup> Im März 1953 ließ das Direktoriumsmitglied Erich Zachau systematisch Gründe gegen eine Verlegung des Sitzes weg von Frankfurt am Main sammeln. In der Zusammenstellung der Argumente wird deutlich, dass zwar der Trennung von Regierungssitz und Notenbank-sitz eine gewisse symbolische Bedeutung beigemessen wurde.<sup>504</sup> Es hieß aber zugleich in dem Vermerk: „In diesem Zusammenhang ist die Sitzfrage für den Sachkenner allerdings nur Nebensache.“<sup>505</sup> Entscheidend waren aus Sicht der Bank deutscher Länder Kostengründe bei der Verlegung des Sitzes und die Tatsache, dass der aktuelle Sitz der Bank ein zentraler, gut angebundener Ort innerhalb der Bundesrepublik war.<sup>506</sup> Ein entsprechender Beschluss hinsichtlich des Sitzes der Notenbank wurde nach einem Vortrag von Erich Zachau im Bundestagsausschuss für Geld und Kredit am 13. März 1953 ohne Gegenrede getroffen. Dort hatte Zachau auf die immensen Kosten einer Umsiedelung von mehr als 100 Millionen DM hingewiesen und auf diese Weise den Ausschuss davon überzeugt, dass eine Umsiedelung zum derzei-

---

<sup>503</sup> Im Regierungsentwurf hieß es: „Aus heute noch nicht zu übersehenden Gründen kann sich die Notwendigkeit einer Sitzverlegung der Bundesbank ergeben. Es erscheint daher zweckmäßig, den Sitz nicht gesetzlich festzulegen, sondern seine Bestimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der Bundesregierung zu überlassen.“ BBk, Sign. B 330/3488, Direktorium Bundesbankgesetz § 1-24, 1955. Organisations- und Revisionsabteilung 510/-/53, Frankfurt (Main), 6. März 1953, Hausruf 547, Vermerk, Betreff: Sitz der Bundesbank; Gründe, die für Frankfurt (Main) sprechen, S. 2.

<sup>504</sup> Ebd., S. 4.

<sup>505</sup> Ebd.

<sup>506</sup> Vgl. Ebd., S. 4f.

tigen Zeitpunkt nicht angebracht sei. Man legte gemeinsam fest, „daß Frankfurt/Main Sitz der Notenbank bleibe und daß eine dahingehende Bestimmung expressis verbis in das Gesetz aufgenommen werden soll.“<sup>507</sup>

### *Die Notenbank-Empfehlungen des BMWi-Beirats im Frühjahr 1954*

Nachdem die Verabschiedung des Gesetzes in der ersten Legislaturperiode der jungen Bundesrepublik gescheitert war, rollten Erhard und das BMWi den Gesetzgebungsprozess nach der gewonnenen Wahl Ende 1953 wieder auf. Zu diesem Zweck gab Erhard ein Gutachten an den wissenschaftlichen Beirat seines Ministeriums in Auftrag, von dem er sich in zweierlei Hinsicht Rückendeckung erhoffte: Zum einen erwartete er eine Unterstützung für die Idee eines einstufigen Zentralbanksystems. Zum anderen war ihm gelegen an einem Mandat der Notenbank, das die Geldwertstabilität im Rahmen der Aufgaben der Zentralbank priorisierte.<sup>508</sup>

Der Beirat hatte sich bereits einmal zu Zielen und Maßnahmen der Geldpolitik der Zentralbank in einem Gutachten vom 18.09.1949 geäußert. Es entsprach nicht vollständig Erhards Vorstellung einer Priorisierung der Geldwertstabilität,<sup>509</sup> äußerte sich auch nicht zur Konstitution der Notenbank, lieferte aber Unterstützung für die Idee einer unabhängigen Zentralbank. Als

---

<sup>507</sup> BBk, Sign. B 330/646, Bundesbankgesetz: Entwürfe, Sitzungsprotokolle etc. Band I, Kurzprotokoll der 87. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit am Freitag, den 13. März 1953, 10 Uhr. Bonn, Bundeshaus.

<sup>508</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 80.

<sup>509</sup> Im Gegensatz zum flexiblen Umgang mit der Unabhängigkeit der Notenbank hatte Erhard eine Priorisierung der Geldwertstabilität im Mandat der Notenbank immer gefordert. Vgl. hierzu auch: Emminger 1986b, S. 38.

Ziel der Geldpolitik wurde zunächst definiert, „die Entfaltung von Produktion und Umsatz unter Vermeidung inflationistischer und deflationistischer Prozesse zu ermöglichen.“<sup>510</sup> Zu den Maßnahmen hieß es dort weiter: „Für diese Geldpolitik ist die Orientierung an einzelnen Symptomen, wie Geldumlauf, Beschäftigungsgrad usw., unzureichend. Auch Veränderungen des Preisniveaus können für sich allein nicht als ausreichendes Kriterium betrachtet werden, da Preissteigerungen nicht in jedem Fall inflationistisch, Preissenkungen nicht in jedem Fall deflationistisch zu sein brauchen. Die Geldpolitik darf sich vielmehr nur an einer Gesamtanalyse der wirtschaftlichen Situation orientieren.“<sup>511</sup> Die Geldpolitik, die sich der Beirat vorstellte, war also der Sicherung der Währung verpflichtet, forderte aber zugleich eine gesamtwirtschaftliche Analyse vorab und ließ offen, welchem Ziel bei Zielkonflikten Vorrang einzuräumen sei. In dieser Stellungnahme machte sich also eindeutig der keynesianische Einfluss im Beirat bemerkbar. Die Frage der Unabhängigkeit der Notenbank wurde vom Beirat hingegen schon 1949 eindeutig beantwortet: „Koordination aller an der Wirtschaftspolitik beteiligten Stellen“<sup>512</sup>, also auch eine Koordination zwischen Zentralbank und der für die Währungs- und Wirtschaftspolitik verantwortlichen Bundesregierung; zugleich die gesetzliche Fixierung der Unabhängigkeit der Notenbank.<sup>513</sup>

---

<sup>510</sup> Bundesministerium für Wirtschaft 1973, S. 47.

<sup>511</sup> Bundesministerium für Wirtschaft 1973, S. 48.

<sup>512</sup> Bundesministerium für Wirtschaft 1973, S. 49.

<sup>513</sup> Bundesministerium für Wirtschaft 1973, S. 49

1954 konnten sich dieselben Sachverständigen nicht erneut auf ein Gutachten einigen, sondern warteten lediglich mit einigen Empfehlungen auf.<sup>514</sup> Für Erhard waren diese Empfehlungen politisch unbrauchbar, zum Teil weil sie seinen politischen Positionen entgegen standen und zum Teil weil sie keine klare Richtung für die Notenbankkonstitution vorgaben. Entgegen Erhards politischer Verortung ging die Mandatsempfehlung in eine keynesianische Richtung.<sup>515</sup> Dies dokumentierte erneut den Einfluss der Keynesianer im Beirat: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Stabilität der Währung und Zahlungsbilanzausgleich wurden - wie später im Stabilitätsgesetz von 1967 – in der Gewichtung gleichgesetzt.<sup>516</sup> Darüber hinaus mangelte es dem Gutachten in anderen Fragen an eindeutigen Empfehlungen, die Erhard sich von dem Gutachten erhofft hatte.<sup>517</sup> Zur Frage der Stufen des Zentralbanksystems mochte sich der Beirat nicht eindeutig positionieren, wobei es eine leichte Präferenz für das einstufige System gab. Statt hier ein klares Votum abzugeben benannte der Beirat kontroverse Punkte und empfahl zudem die Schaffung einer Enquete-Kommission, welche sich dem Konstrukt der Notenbank gründlicher und mit deutlich mehr Zeit widmen sollte. Hentschel spricht in diesem Kontext von einem „ratlosen Beirat“<sup>518</sup>. Dies wiederum stand jedoch Erhards Absicht entgegen, das Notenbankgesetz möglichst schnell und frühzeitig in der neuen Legislaturperiode zu verabschieden.<sup>519</sup>

---

<sup>514</sup> Vgl. Becker 1982, S. 72ff.

<sup>515</sup> Zum Einfluss der Keynesianer im Beirat vgl. Nützenadel 2005, S. 62; vgl. auch Kapitel 3.5.1.

<sup>516</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 80.

<sup>517</sup> Vgl. Ebd., S. 80.

<sup>518</sup> Ebd. Hentschel 1988b, S. 80.

<sup>519</sup> Zur ablehnenden Haltung Erhards gegenüber einer Enquete und einem damit verbundenen langfristigen Konsultationsprozess vgl. seinen Brief an Vocke 1954: BBk, Sign. B 330/28598

Erhard wurde also im Jahre 1954 bezüglich seiner Erwartungen an das in Auftrag gegebene Gutachten gleich in mehrfacher Hinsicht enttäuscht.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass er den Empfehlungen seines Beirats keine weitere Aufmerksamkeit zukommen ließ, sie vielmehr weitgehend ignorierte und auch nicht – wie oftmals sonst – als Referenz für seine Politik heranzog. Hier rettete Erhards Autorität also die Niederlage neoliberaler Wissenschaftler im Beirat, die dort ihre Position nicht durchsetzen konnten. Stattdessen eröffnete er einen Dialog mit den Praktikern der Zentralbankpolitik und den Interessengruppen der Wirtschaft, also mit Industrieverbänden, Bankenverbänden und Gewerkschaften.<sup>520</sup>

### *Dialog mit Bundesbankern und Interessenvertretern*

Der Zeitraum zwischen Sommer 1954 und Frühling 1955 steht insgesamt im Lichte intensiver Konsultationen zwischen aktiven Zentralbankern aus Direktorium und Zentralbankrat, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern und dem mittlerweile für das Notenbankgesetz zuständigen Ressort Geld und Kredit im BMWi. Bei einem erneuten Anlauf zur Verabschiedung des Gesetzes wollte sich Erhard nicht durch die Interessenkonflikte der beteiligten Institutionen und Interessengruppen aufreiben lassen und ließ deshalb die Lage vorab sondieren.<sup>521</sup>

---

(Auszüge aus den Grundsatzakten zur Frage eigener Emissionen), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Vocke vom 29.06.1954.

<sup>520</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 80ff.

<sup>521</sup> Vgl. ebd., S. 83.

Um die BdL einzubinden, entwickelte das BMWi einen Fragenkatalog zum Zentralbanksystem, der konkrete Sachfragen umfasste. Diese Sachfragen wurden dem Zentralbankrat in Frankfurt am 29. Juni 1954 zugesandt mit der Bitte sich diesbezüglich bis Oktober desselben Jahres zurückzumelden. Es dauerte allerdings fast ein ganzes Jahr, bis eine Stellungnahme zu allen Fragen erfolgte.<sup>522</sup>

Die Konsultationen mit den Bankenverbänden hatte Erhard der BdL übertragen. Die BdL war dazu angehalten die Verbände der Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaften insbesondere wegen Fragen der Mindesteinlagenpolitik anzuhören.<sup>523</sup> Die Notenbank selbst befürwortete Ober- und Untergrenzen, die per Gesetz festgelegt seien, damit die Zentralbank in konjunkturell guten Zeiten nicht unter Druck gerate, die Mindesteinlagegrenzen nach unten zu verschieben. Die Festlegung von Ober- und Untergrenzen der Einlagen griffen alle Verbände des Kreditgewerbes an, die Sparkassen- und Genossenschaftsverbände kritisierten darüber hinaus, dass Spareinlagen mit Mindestreserven versehen sein sollten.<sup>524</sup> Neben der Diskussion um Mindesteinlagen war der Finanzbranche vor allem daran gelegen, den dezentralen Charakter der Notenbank durch einen weiterhin starken Zentralbankrat zu erhalten, der im BMWi-Entwurf zugunsten des Direktoriums an

---

<sup>522</sup> Vgl. hierzu die Stellungnahme der Bank deutscher Länder zum Fragenkatalog des BMWi: BBk, Sign. B 330/3488, Direktorium Bundesbankgesetz § 1-24, 1955, Stellungnahme zu den Fragen des Bundeswirtschaftsministeriums betr. Bundesbankgesetz (Schreiben vom 29. Juni 1954).

<sup>523</sup> Zur Konsultation der Bankenverbände vgl. BBk, Sign. B 330/31205, Bundesbankgesetz 1955/1956, Vermerke von Schelling/Döll, BWM-Gesetzentwurf, Einzelfragen, Schreiben BDL vom 25.02.1955 an Bankenverbände wegen Vorbereitungen des Bundesbankgesetzes und Fragen des BWM hierzu.

<sup>524</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 82.

Bedeutung verloren hatte. Die Argumentation dabei war, dass durch starke Landeszentralbanken die Privatwirtschaft und deren Interessen besser in die Notenbankentscheidungen eingebunden seien.<sup>525</sup>

Die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften führte das BMWi selber. Von Seiten der Spitzenverbände der Gewerkschaften gab es deutliche Kritik an einer unabhängigen Notenbank, die den Gewerkschaften nach parteiisch sein könne und arbeitgeberfreundliche Lohnpolitik befördere. Spätestens seit 1957 trat diese Skepsis gegenüber einer Unabhängigkeit der Notenbank offen zutage, als sie im IG-Metall-Funktionärsorgan *Der Gewerkschaftler* offen infrage gestellt wurde: „Es wird also höchste Zeit, daß die Arbeitnehmer sich aus anderer Sicht um die Neutralität und Unabhängigkeit der Notenbank kümmern als bisher. Es muß gesichert werden, durch Einsicht in und Einfluß auf die Notenbankpolitik, daß diese sich nicht einseitig gegen die Bemühungen der Arbeitnehmer zu richten vermag, ihren gerechten Anteil am Gesamtergebnis der Erzeugung zu erringen und zu behaupten.“<sup>526</sup>

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Konsultationen die Reibungsflächen zwischen Regierung und Interessengruppen nicht minderten, dass aber mittels der Einbindung der BdL in die Konsultationen mit dem Finanzsektor eine

---

<sup>525</sup> Dies geht aus einem Brief von Robert Pferdenges in seiner Funktion als Vorsitzender des Verbandes des privaten Bankgewerbes hervor, den er bereits im Dezember an Bundeskanzler Adenauer schrieb. Vgl. BBk, Sign. B 330/9985, Handakte Dr. Fögen, Bundesbankgesetz, 15.8.1949 – 22.11.1955 (R), Brief von Robert Pferdenges an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 18.12.1953.

<sup>526</sup> *Der Gewerkschaftler*, 7/1957. Zitiert nach: Wolfgang Krüger, Kritik ist immer gut – aber nicht so! Ein böser Seitenhieb gegen die Unabhängigkeit der Notenbank ans dem Gewerkschaftslager, in: *Die Zeit*, 25.07.1957.



Kultur der Kooperation und des Vertrauens zwischen Notenbank und BMWi geschaffen wurde, die einen konstruktiven Prozess einleitete.<sup>527</sup> Ferner erreichte Erhard mit den Konsultationsgesprächen immerhin, dass die bestehenden Interessenkonflikte offen zutage traten und bei der Erarbeitung eines neuen Entwurfs berücksichtigt werden konnten. Die Dauer von insgesamt einem Jahr ist allerdings als beträchtlich zu werten und lässt sich unter anderem damit erklären, dass das BMWi mit anderen Gesetzgebungsverfahren – insbesondere dem Kartellgesetz - belastet war.

### *Henckels Entwurf als Resümee der Konsultationen*

Nach der Phase der Konsultationen begann Mitte 1955 erneut der Prozess der Erarbeitung eines Entwurfs für das Kabinett. Personell ist für die Vorbereitung dieses Entwurfs vor allem der bereits erwähnte Ministerialrat Hans Henckel zu nennen. Es war Henckel, der sich den zähen Auseinandersetzungen der zahlreichen Akteure widmete, die ihren Anspruch auf Einfluss auf das Notenbankgesetz anmeldeten. Henckel verfügte dabei über vertrauenswürdige Kontakte in die BdL, und er baute weitere Kontakte in den relevanten Ressorts im Kabinett, Bundestag und Bundesrat auf.<sup>528</sup>

---

<sup>527</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 83.

<sup>528</sup> Die große Bedeutung Henckels für das Zustandekommen des Bundesbankgesetzes in der zweiten. Legislaturperiode wird anhand eines Vermerks über ein Telefongespräch deutlich, dass von Schelling mit Henckel führte. In diesem Gespräch drängte Henckel darauf, dass die BdL unbedingt den Gesetzesentwurf beraten müsse, damit er den Entwurf nach Rückmeldung der Notenbank über Weihnachten kabinettstreu machen könne. Dies zeugt von seinem immensen Engagement. BBk, Sign. B 330/3646, Bundesbankgesetz: Schriftwechsel und Vermerke (Allgemein) IIa., 1955.-1956., R 11/14, Vermerk 1/17934/55, Betr.: Bundesbankgesetz, Frankfurt (Main), 27.10.1955.

Von Erhard hatte Henckel die Vorgabe erhalten, den Entwurf für ein einstufiges Zentralbanksystem vorzubereiten, in dem die Geldwertstabilität eine Priorisierung im Mandat erhielt. Im Rahmen dieser Prämissen nahm er nun weitere Ideen und Wünsche an das Zentralbanksystem auf. Dabei galt es für Henckel, diverse Herausforderungen zu bewältigen. Zunächst einmal gab es zahlreiche Forderungen von Seiten der Länder, aber auch aus dem Zentralbankrat der BdL, nach einem zweistufigen Zentralbanksystem. Wenn Henckel also die Weisungsbefugnis des Direktoriums implementieren wollte, musste er einen Kompromiss für die Landeszentralbanken finden. Denn es blieb lange unklar, ob der Bundesrat als Repräsentant und Interessenvertreter der Länder über das Notenbankgesetz abstimmen durfte oder nicht. Henckel entwickelte dazu folgenden Kompromiss: Die Zentralbankzentrale in Frankfurt erhielt eine Weisungsbefugnis für die Landeszentralbanken, die Landeszentralbanken blieben aber als eigene Institutionen in Form von Hauptverwaltungen der Notenbank bestehen.<sup>529</sup>

Ähnliche Ansprüche hatten die Länder für die Besetzung der Posten der leitenden Gremien der Notenbank. Dies betraf indirekt auch die Frage der Unabhängigkeit der Notenbank. Innerhalb der Bundesregierung war man sich einig, dass Direktorium und Zentralbankrat möglichst weitgehend von der Regierung bestellt werden sollten. Man war aber zugleich bereit, auf die Länder zuzugehen und einen Teil der Posten im Zentralbankrat durch den Bundesrat bestimmen zu lassen. So schlug Henckel vor, dass die Präsidenten der Hauptverwaltungen durch den Bundesrat vorgeschlagen und durch den

---

<sup>529</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 86f.

Bundespräsidenten offiziell ernannt werden sollten. Dass die Führungsgremien somit von der Politik bestimmt würden, war auch in der Notenbank selbst nicht umstritten. Wogegen man sich bisher gewehrt hatte, war die Möglichkeit kurzfristiger Abberufungen, die unabhängige Entscheidungen von Mandatsträgern hätten erschweren können. Aber dies stand auch nach Schäffers letztem gescheitertem Versuch nicht mehr zur Debatte.<sup>530</sup>

1955 gab es auch keine grundsätzliche Kontroverse über die Zuschneidung des Mandats der Notenbank. Dazu waren die Kämpfe bereits in der vorherigen Legislaturperiode zwischen Vocke, Bernard und Könnecker auf der einen Seite, Adenauer und Schäffer auf der anderen Seite ausgefochten worden. Erhards Vorstellungen einer ‚Sicherung der Währung‘ hatten eindeutige Priorität bei der Frage des Mandats. Diesem Ziel nachgeordnet sollte die Notenbank dann die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützen.

Auch die vor allem von der Leitung der BdL selbst postulierte Forderung nach einer gesetzlichen Festschreibung der institutionellen Unabhängigkeit bei geldpolitischen Entscheidungen sorgte in dieser Phase nicht für Kontroversen. Ähnlich wie im Übergangsgesetz von 1951 sah der Henckel-Entwurf zwei Rechte für den Wirtschafts- und Finanzminister, später auch den Bundeskanzler und weitere Mitglieder des Kabinetts vor. Zum einen war eine Teilnahme der Minister oder ihrer Vertreter an den Sitzungen des Zentral-

---

<sup>530</sup> Vgl. ebd., S. 87.

bankrats vorgesehen, zum anderen ein suspensives Veto bei Entscheidungen des Zentralbankrates. Dabei waren Entscheidungen über Diskont- und Mindestreservesätze von diesem Veto ausgenommen.

Zu Ende der Erarbeitungsphase des Entwurfs war lediglich umstritten, ob der Bundesrat dem Gesetz zustimmen müsse oder nicht. Ohne eine endgültige Antwort darauf abzuwarten, wurde der Entwurf schließlich vom BMWi am 25. Oktober 1955 an die Ministerien und die BdL weitergeleitet, um dann ins Kabinett eingebracht zu werden.

*Von den Ressortbesprechungen zur ‚Gürzenich-Affäre‘: Die Frage der Unabhängigkeit der Notenbank ist wieder auf der Tagesordnung*

Zu Zeiten der Adenauer'schen Kanzlerschaft hatte das Kabinett im Wesentlichen die Funktion eines Beschlussgremiums.<sup>531</sup> Die Vorbereitungen für eine Entscheidung erfolgten zumeist vorab in Besprechungen der unterschiedlichen an einem Gesetz beteiligten Ressorts. So kam es auch nach der Weiterleitung des Henckel-Entwurfs zunächst zu einer Periode der Ressortbesprechungen, zu denen Henckel mehrfach in das BMWi einlud.<sup>532</sup> Insgesamt verlief dieser Prozess im Vergleich zu vorherigen Versuchen deutlich konstruktiver. Denn auch wenn sich die Fronten zu diversen Fragen im Dezember 1955 zunehmend verhärteten, so reagierte Henckel stets mit der Modifizierung der ersten Fassung, so dass im Januar 1956 schließlich der 3. Entwurf vorlag. Auf dieser Basis wurden nach den Ressortbesprechungen

---

<sup>531</sup> Dies änderte sich grundlegend mit dem Einzug von Ludwig Erhard ins Kanzleramt. Vgl. ebd., S. 94.

<sup>532</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 91.

nun auch Austauschgespräche mit Interessenverbänden geführt, die sich neben einer politisch unabhängigen Notenbank zugleich ein Mitspracherecht in einem Beirat wünschten.<sup>533</sup> Der Entwurf des BMWi sah in der Tat erstmals in einem eigenen Paragraphen die Festschreibung der Unabhängigkeit der Notenbank von der Politik vor, allerdings keinen Beirat.

Hierauf reagierte Bundeskanzler Adenauer in der Kabinettsitzung des 18. Januar 1956. Zunehmend verärgert über das Auseinanderdriften der Positionen von BdL und Bundesregierung bezüglich des öffentlichen Wohnungsbaus und der Entscheidungen über Diskontzinserhöhungen der jüngsten Vergangenheit, forderte Adenauer erneut die Verlegung des Sitzes der Notenbank an einen Ort in räumlicher Nähe zum Regierungssitz. Ferner drohte er, darauf zu drängen, „daß die Spitze der Notenbankleitung ständig an den Sitzungen des Kabinetts teilnehmen müßte,“<sup>534</sup> ein Vorschlag, der die Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen Bundesbank und Regierung laut Adenauer erleichtern sollte.

In einer eigens zu diesem Thema einberufenen Sondersitzung der Bundesregierung am 8. März echauffierte sich Adenauer erneut über die BdL, und zwar diesmal über die Entscheidung des Zentralbankrates am 7. März, den

---

<sup>533</sup> In einem Austauschgespräch mit dem BDI wurde sowohl die Unabhängigkeit von der Politik als auch ein Beirat, in dem die Privatwirtschaft ihren Platz fände, gefordert. Für die Notenbank führte von Schelling, für das BMWi Henckel, die Verhandlungen mit dem BDI. Vgl. BBk, Sign. B 330/3646, Bundesbankgesetz: Schriftwechsel und Vermerke (Allgemein) IIa., 1955. – 1956., R 11/14, Protokoll über die Sitzung des Geld-, Kredit- und Währungsausschusses am 16.02.1956 im Hause des BDI in Köln.

<sup>534</sup> Protokoll der 113. Kabinettsitzung am 18.01.1956, BA Koblenz, Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung' online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_3/para3_3.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Diskontzins zu erhöhen.<sup>535</sup> Uneinig war er sich mit Finanzminister Schäffer darüber, inwieweit die Regierung ihr suspensives Veto bereits verspielt hatte oder nicht. Adenauer war der festen Überzeugung, dass dies noch nicht der Fall sei: „Es könne keine Rede davon sein, daß das Vetorecht der Bundesregierung infolge des privaten Gespräches zwischen ihm und dem Präsidenten des Zentralbankrates konsumiert worden sei.“<sup>536</sup> Adenauers Misstrauen gegenüber der BdL war durch die gegen seinen Willen getroffene Entscheidung der Notenbank zur Diskontzinserhöhung gestiegen, und er insistierte am 8. März, „man dürfe sich das Verhalten der Bank deutscher Länder nicht gefallen lassen“ und müsse für die Zukunft zu diesem Zweck auch am Notenbankgesetz nachjustieren und den Einfluss der Bundesregierung stärken.<sup>537</sup> Dieser Auffassung schlossen sich alle Kabinettsmitglieder dem Protokoll zufolge an.<sup>538</sup>

Bei der Sitzung am 8. März waren sowohl Finanzminister Schäffer als auch Wirtschaftsminister Erhard zugegen.<sup>539</sup> Dies substantiiert die Annahme, dass bei Erhard nicht die Rede sein kann von einem überzeugten Verfechter der Unabhängigkeit der Notenbank, wie der Mythos des neoliberalen Wirtschaftsministers suggerieren könnte. Inwieweit Erhard selbst die Unabhängigkeit der Notenbank infrage stellte, scheint – je nach politischer Situation

---

<sup>535</sup> Vgl. Protokoll der Sondersitzung des Kabinetts am 08.03.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_17/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_17/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>536</sup> Ebd.

<sup>537</sup> Ebd.

<sup>538</sup> Ebd.

<sup>539</sup> Ebd.

- vielmehr taktisch motiviert gewesen zu sein. Wie bereits oben erwähnt forderte er beispielsweise gemeinsam mit Justizminister Dehler in der Auseinandersetzung mit Schäffer in der ersten Legislaturperiode die institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank ein. Vorrangig aber war in dieser Auseinandersetzung vor allem die Bekämpfung der Zweistufigkeit des Zentralbanksystems. Dass Erhard auf die Unabhängigkeit der Notenbank pochte, könnte in dieser Situation ein Zugeständnis gewesen sein, um die Unterstützung der Vertreter der Notenbank für seine Forderung nach einem einstufigen Zentralbanksystem zu gewinnen.

Die Debatte um den Gesetzesentwurf wurde daraufhin aus unterschiedlichen Gründen verschoben – einmal wegen mangelnder Vorab-Konsultationen des Kreditgewerbes, was zu einer ablehnenden Haltung der Banken gegenüber dem Gesetzesentwurf führte<sup>540</sup>; ein zweites Mal aufgrund der Abwesenheit des Bundeskanzlers, der sich auf einer Reise in die USA befand. Eine ablehnende Stellungnahme des Kreditgewerbes hatte Adenauer bereits am 5. Mai von seinem wirtschaftspolitischen Berater Pferdenges im Namen sämtlicher Spitzenverbände erhalten. Pferdenges bat Bundeskanzler Adenauer im Namen des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes, des Deutschen Sparkassen- und Giroverband, des Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), des Deutschen Raiffeisenverbands und des Verbands öffentlicher Kreditanstalten, das Notenbankgesetz auf unbestimmte Zeit aufzuschieben. Pferdenges lobte die Bank deutscher Länder

---

<sup>540</sup> Protokoll der 137. Kabinettsitzung am 06.06.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_31/para3\\_8.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_31/para3_8.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

und das bestehende Zentralbanksystem und kritisierte die im aktuellen Gesetzesentwurf umrissene Notenbank als „eine schwerfälligere und wirtschaftsfernere Institution.“<sup>541</sup>

Die Debatte wurde während der 143. Kabinettsitzung am 11. Juli 1956 wieder aufgenommen.<sup>542</sup> Bei dieser Sitzung waren die Vertreter der BdL nicht zugegen, Erhard war gemeinsam mit Henckel anwesend. Ausgelöst durch den Gesetzesentwurf des Bundeswirtschaftsministers kam es in dieser Sitzung zu einer Grundsatzdebatte über das Mandat und die Unabhängigkeit der Notenbank. Der energisch geführten Debatte im Kabinett war noch ein anderes Ereignis vorausgegangen, das die Fronten im Kabinett verhärten sollte. Um die Konjunktur abzukühlen, hatte die BdL am 19. Mai 1956 ihre dritte Diskontzinserhöhung innerhalb von 10 Monaten beschlossen, so dass der Diskontzins von 3 Prozent im August 1955 auf 5,5 Prozent im Mai 1956 gestiegen war.<sup>543</sup> Adenauer war offenkundig empört über diesen Vorgang. Grund war nicht allein, dass die Entscheidung des Zentralbankrats aus seiner Sicht ein Fehler war, weil er sie als einen Anschlag auf die deutsche Konjunktur betrachtete. Er war mindestens genauso wütend darüber, dass seine zwei Kabinettskollegen Erhard und Schäffer der Diskontzinserhöhung im Zentralbankrat in seiner Abwesenheit zugestimmt hatten.<sup>544</sup> Es kam in der

---

<sup>541</sup> BBk, B 330/3646, Bundesbankgesetz: Schriftwechsel und Vermerke (Allgemein) IIa., 1955.-1956., R 11/14, Brief von Robert Pferdenges an Bundeskanzler Adenauer vom 05.05.1956.

<sup>542</sup> Protokoll der 141. Kabinettsitzung am 26.06.1956, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_37/para3\\_7.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_37/para3_7.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>543</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 77.

<sup>544</sup> Buchheim 2001, S. 27.



Folge zu einer Kabinettskrise, welche die Debatte in der Sitzung im Juli 1956 um das Notenbankgesetz drastisch verschärfen sollte.

Adenauers Replik auf die Diskontzinserhöhung ließ nicht lange auf sich warten. Sie erfolgte fünf Tage später in einem Vortrag am 23. Mai vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie im Kölner Gürzenich. In seiner Rede griff er die Entscheidung des Zentralbankrats an, distanzierte sich deutlich und kritisierte, dass damit „der deutschen Konjunktur ein schwerer Schlag versetzt worden“ sei.<sup>545</sup> Seine Distanzierung ging einher mit einem Angriff auf seine Ministerkollegen Erhard und Schäffer, weil sie während der Zentralbanksitzung nicht interveniert hätten. In seiner Rede kündigte er an, dass die beiden Minister in einer am folgenden Tag anberaumten Sondersitzung des Kabinetts über diesen Vorgang „Rechenschaft geben werden.“<sup>546</sup> Die Sondersitzung vom 24. Mai dauerte ganze sechs Stunden und war vor allem durch den offen geführten Streit über die Diskontzinsentscheidung zwischen Adenauer, Erhard und Schäffer geprägt. Beide Parteien warfen sich gegenseitig illoyales Verhalten vor: Adenauer, weil er nicht über die Entscheidung informiert worden war, und Schäffer und Erhard, weil Adenauer sie öffentlich in seiner Rede angegriffen hatte.<sup>547</sup> Vor dem Hintergrund dieser über die Notenbankpolitik ausgelösten Vertrauenskrise im Kabinett fand nun die

---

<sup>545</sup> Vgl. Rede vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln („Gürzenich-Rede“) am 23. Mai 1956.

<sup>546</sup> Vgl. ebd.

<sup>547</sup> Vgl. Protokoll der Sondersitzung des Kabinetts am 24.05.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_29/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_29/para3_1.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

nächste Sitzung zum Gesetzesentwurf für die Deutsche Bundesbank am 11. Juli statt. Sie war entsprechend kontrovers.

*Die Kabinettsitzungen nach der Gürzenich-Affäre: Der Schlagabtausch am 11. Juli 1956 und seine Folgen*

Bundeskanzler Adenauer, Vizekanzler Blücher, Finanzminister Schäffer, Bundesminister für Atomfragen Strauß sowie Bundesminister für Wohnungsbau Preusker erwiesen sich als energische Gegner der institutionellen Unabhängigkeit der Notenbank, wobei sich Adenauer am Deutlichsten für eine Weisungsbefugnis der Bundesregierung aussprach. Er forderte erneut, dass der Standort der Notenbank in die Nähe des Regierungssitzes verlegt werden solle, denn „die Bundesnotenbank müsse die politische Atmosphäre mitempfinden.“<sup>548</sup> Und er bestand ebenfalls auf demokratiethoretischen Gründen darauf, dass die Bundesregierung bei allen geld- und währungspolitischen Entscheidungen das letzte Wort haben solle, also auch jedes Mitglied der Regierung an den Sitzungen des Zentralbankrates teilnehmen können solle. Andernfalls „werde der Notenbank die Stellung einer Gewalt im Staate eingeräumt, die gegen die politischen Gewalten auftreten könne.“<sup>549</sup> Den Gegnern der Unabhängigkeit der Notenbank standen in dieser wichtigen Sitzung Bundeswirtschaftsminister Erhard, Bundesminister der Justiz

---

<sup>548</sup> Protokoll der 143. Kabinettsitzung am 11.07.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_39/para3\\_4.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_39/para3_4.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>549</sup> Ebd.

Neumayer und Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates gegenüber und setzten sich mit Nachdruck für eine institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank ein.<sup>550</sup>

Auch das Mandat der Notenbank führte zur gleichen Frontenbildung. In der Auseinandersetzung um das Mandat gab sich Adenauer ebenso kompromisslos wie bei der Frage der institutionellen Unabhängigkeit. Das Primat der Währungssicherung als Mandat betrachtete er als falsch. Adenauer und Vizekanzler Blücher hielten den Begriff der Währungssicherung „für wenig faßbar“<sup>551</sup>, deshalb solle man auf ihn verzichten. Adenauer ging sogar so weit und konstatierte, dass es „einen Begriff ‚Währungssicherung‘ überhaupt nicht gebe.“<sup>552</sup> Am Ende der Sitzung fasste Adenauer die Ergebnisse der Sitzung ohne Widerspruch aus dem Kabinett zusammen und ging mit seiner Koalition im Kabinett als klarer Sieger vom Platz: „Es ist die überwiegende Meinung des Kabinetts, daß das demokratische Grundprinzip schon aus verfassungsrechtlichen Gründen gewahrt bleiben müsse, daß der Bundesregierung die Rechte der §§ 10 und 11 zugestanden werden müssen“ – gemeint sind mit diesen Rechten die Weisungsbefugnisse der Bundesregierung – „und daß der Bundesminister für Wirtschaft versuchen solle, mit den beteiligten Ministern zu einer Einigung über die noch offenen materiellen Fragen zu kommen.“<sup>553</sup>

---

<sup>550</sup> Ebd.

<sup>551</sup> Ebd.

<sup>552</sup> Ebd.

<sup>553</sup> Ebd.

Bei der Sitzung vom 11. Juli handelte es sich wohl um den umfassendsten Angriff auf die Unabhängigkeit der Notenbank von Seite der Bundesregierung. Erstaunlich ist, dass Erhard in dieser Sitzung erstmals deutlich als Verteidiger von einer institutionell unabhängigen Notenbank auftrat.<sup>554</sup> Sein Ziel war eine der Währungssicherung verpflichtete Notenbank, die durch die Angriffe des Bundeskanzlers gefährdet schien. Es ist anzunehmen, dass Erhard aus der Erfahrung der Angriffe auf die Politik der Notenbank seine Position verändert hat. Denn er trat fortan gemeinsam mit der Notenbankleitung für die Unabhängigkeit der Bundesbank auf.

Erstaunlicherweise setzte sich Erhard trotz der Niederlage am 11. Juli im Zuge erneuter Ressortbesprechungen weitestgehend mit seinen Ansichten durch. Innerhalb eines Monats hatten er und seine Ministeriumsmitarbeiter intensiv darauf hingearbeitet. Er hatte offensichtlich innerhalb eines Monats gemeinsam mit seinen Ministeriumsmitarbeitern ganze Überzeugungsarbeit geleistet. Auch wenn Erhard Schäffer wegen grundlegender Differenzen hinsichtlich der Frage der Zentralisierung nicht überzeugen konnte, schien doch der Rest des Kabinetts inklusive der anwesenden Vertreter der Notenbank an dem überarbeiteten Henckel-Gesetzesentwurf festzuhalten. Dies galt vor allem für die Frage des Mandats. In der Sondersitzung der Bundesregierung am 14. August 1956 ließ Adenauer von Vizekanzler Blücher aufgrund seiner Abwesenheit bekanntgeben, dass er mit der Priorisierung der

---

<sup>554</sup> Vgl. Ebd.

Sicherung der Währung in § 3 des Bundesbankgesetzes einverstanden sei.<sup>555</sup>

Man einigte sich auf folgenden Kompromissvorschlag für § 3:

*„Aufgabe. (1) Die Deutsche Bundesbank hat die Aufgabe, die Währung zu sichern. Sie regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft. Sie sorgt für die bankmaige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland. (2) Die Verantwortung der Bundesregierung für die Sicherung der Währung bleibt unberührt. Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu beachten und im Rahmen ihrer Aufgabe zu unterstützen.“*

Mit dieser Kompromissformulierung war Adenauers Widerstand in dieser Frage gebrochen. Der Kanzler insistierte allerdings weiterhin darauf, dass der Ort des Sitzes der Notenbank nicht gesetzlich festgeschrieben werde: „Die Sitzbestimmung sei Angelegenheit der Exekutive,<sup>556</sup> hieß es von Seiten des Kanzlers.<sup>557</sup> In den abschließenden Beratungen zum Gesetzesentwurf im Kabinett am 24. August 1956, bei denen auch die Vertreter der Notenbank zugegen waren, kam es zu keinen grundlegenden Änderungen mehr. Es wurde lediglich das Teilnahmerecht von Mitgliedern der Bundesregierung an Sitzungen des Zentralbankrats in Einvernehmen mit der BdL bestätigt, sowie § 3, der die Aufgaben der Notenbank aufführte, auf Anregung von BdL-Präsident Vocke leicht modifiziert und dadurch konkretisiert. Die Bedeutung

---

<sup>555</sup> Protokoll der Sondersitzung des Kabinetts am 14.08.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_44/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_44/para3_3.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>556</sup> Ebd.

<sup>557</sup> Dass Adenauer durchsetzte, den Sitz der Notenbank nicht festzulegen, führte zu emportenen Reaktionen in der Presse. Zum einen sorgte die nun mögliche symbolische Bedeutung der potentiellen in die Nähe des Regierungssitzes für Aufregung, zum anderen die damit verbundenen Kosten. Vgl. beispielsweise folgende Artikel: Der Kanzler setzte sich durch. Sitz der Notenbank soll offen bleiben, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.08.1956; Verlegung der Notenbank ist unwahrscheinlich, in: *Neue Presse*, 27.08.1956.

des Begriffes ‚Sicherung der Währung‘ wurde im Gesetzestext insofern spezifiziert, als fortan im Entwurf stand, dass die „Währung nach innen und außen zu sichern“ sei.<sup>558</sup> Nicht nur eine Stabilität des Preisniveaus innerhalb der westdeutschen Volkswirtschaft, sondern auch eine stabile Kaufkraft nach außen war damit gesetzlich als Aufgabe der Notenbank fixiert.

### *Modifizierung des Henckel-Entwurfs im Bundestagsausschuss für Geld und Kredit*

Da die Beratungen im Bundestagsplenum maximal eine halbe Stunde andauerten und die Stellungnahmen des Bundesrats von der Regierung weitestgehend ignoriert wurden, können sie an dieser Stelle vernachlässigt werden. Zudem finden sich alle wichtigen kontroversen Punkte in den Ausschussberatungen wieder,<sup>559</sup> auf die im Folgenden eingegangen sei.

Als die Beratungen im Bundestagsausschuss für Geld und Kredit Anfang 1957 begannen, waren die wesentlichsten Eckpunkte des Notenbankgesetzes bereits fixiert. Durch die Einbindung von Hugo Scharnberg, dem Vorsitzenden des Ausschusses, und der BDL-Vertreter Vocke, Bernard, Konckecker und von Schelling waren wesentliche Vertreter des Ausschusses bereits integriert in die Ausarbeitung des Kabinettsentwurfs und somit vorab hinter dem Entwurf versammelt.<sup>560</sup> Gerade die Einbindung Scharnbergs in

---

<sup>558</sup> Protokoll der 148. Kabinettsitzung am 24.08.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_46/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_46/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>559</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 99ff.

<sup>560</sup> Es gab zwar einen weiteren Entwurf von CSU-Seite, der von einer Gruppe rund um den Bundestagsabgeordneten Höcherl eingebracht wurde und wohl einen Versuch darstellte, den Gesetzgebungsprozess erneut zu verzögern. Er wurde vom zuständigen Ausschuss für

seiner Rolle als Koordinator des Ausschusses war von zentraler Bedeutung für einen konstruktiven Aushandlungsprozess.<sup>561</sup> Der für das Gesetz zuständige Wirtschaftsminister Erhard tauchte lediglich zur ersten Sitzung des Ausschusses am 11. Januar 1957 auf und nahm danach keine weitere Sitzung zur Frage des Bundesbankgesetzes bis zu dessen Verabschiedung wahr.<sup>562</sup> Selbst Finanzminister Schäffer war öfter anwesend als der Minister des zuständigen Ressorts.<sup>563</sup> Das zeigt zum einen die Überlastung des Wirtschaftsministers in Anbetracht der parallel laufenden Gesetzgebungsverfahren. Es macht zum anderen deutlich, welche wichtige Rolle dadurch Henckel als Hauptvertreter des BMWi in den Verhandlungen zukam.

Dabei waren die Beratungen nach Hentschels eigenen Darstellungen kaum geprägt von parteipolitischer Zugehörigkeit, sondern stark durch eine kleine Gruppe von Experten unterschiedlichster Parteien, die über konkrete Sachfragen der Notenbankkonstitution diskutierten.<sup>564</sup> Geprägt war das Jahr

---

Geld und Kredit aber weitgehend außer Acht gelassen. Zum Höcherl-Entwurf vgl. BBk, Sign. B 330/31207, Bundesbankgesetz 1956, Höcherl-Entwurf, BWM-Entwurf, Dr. Fögen/Ausgleichsforderungen u. anderes, Einzelfragen, Bundestagsdrucksache 2832 Höcherl-Entwurf.

<sup>561</sup> Zur Rolle Scharnbergs vgl. die Kurzprotokolle über die Sitzungen des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit 1953-1957. BBk, Sign. B 330/8582, Bundesbankgesetz, Pressearchiv (K 3, 22) IV: Kurzprotokolle über die Sitzungen des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit, in welchen über das Bundesbankgesetz beraten wurde, 1953-1957.

<sup>562</sup> Vgl. BBk, Sign. B 330/646, Bundesbankgesetz: Entwürfe, Sitzungsprotokolle etc. Band I, Kurzprotokoll der 72.-101. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit, Bonn, Bundeshaus.

<sup>563</sup> Vgl. ebd., Kurzprotokoll der 81, 86. und 98. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit, Bonn, Bundeshaus.

<sup>564</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 103. Zu den Verhandlungen über die entsprechenden Sachfragen vgl. auch Berichte über die Ausschusssitzungen. BBk, Sign. B 330/31206, Bundesbankgesetz 1956/1957, Vermerke Döll, Satzung BWM-Entwurf nebst Begründung, Vermerke von Döll (BdL) über die Sitzungen des Ausschusses für Geld und Kredit des Bundestages von Januar bis März 1957.

1957 auch durch Eingaben der Interessenverbände, insbesondere der Bankenverbände, die versuchten, letzten Einfluss auf den Gesetzesentwurf zu nehmen. So forderte der Bundesverband des privaten Bankgewerbes in einer Eingabe vom 23.01.1957 eine möglichst weitgehende, institutionell abgesicherte Unabhängigkeit der Notenbank von der Bundesregierung.<sup>565</sup>

Insgesamt, wiederholte sich die zuvor über Jahre hinweg im Kabinett geführte Debatte in ihrem Facettenreichtum noch einmal detailliert in den parlamentarischen Ausschüssen.<sup>566</sup> Im Januar 1957 war erneut unklar, ob man das Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode verabschieden könne. Zumindest von Seiten der BdL-Leitung versuchte vor allem Vocke zu verhindern, dass das Gesetz noch in der laufenden Periode verabschiedet würde. Denn Vocke war mit dem Status quo der BdL-Konstitution mittlerweile recht zufrieden und schlug einen ähnlichen Tenor wie Pferdenges in seinen Schreiben an.<sup>567</sup> Spätestens seit April 1957 mehrten sich jedoch die Anzeichen, dass die beteiligten Ausschussmitglieder von einer Verabschiedung kurz vor Ende der Legislaturperiode ausgingen und darauf auch rücksichtslos drängen würden.<sup>568</sup>

---

<sup>565</sup> Vgl. BBk, Sign. B 330/3491, Direktorium, Unterlagen zum Bundesbankgesetz (Dr. Zachau), 1957, Stellungnahme des Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Köln, 23.01.1957.

<sup>566</sup> Vgl. Hentschel 1988b, S. 103.

<sup>567</sup> Vocke bat Bernard, in den Sitzungen des Ausschusses für Geld und Kredit subtil darauf zu drängen, das Gesetz nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode zu verabschieden. Vgl. BBk, Sign. B 330/31208, Bundesbankgesetz 1957, Mutter-Tochterentwurf, BWM-Entwürfe, 1. Und 2. Lesung des Ausschusses für Geld und Kredit, Sonstiges, Fernschreiben von Präsident Vocke an Präsident Bernard vom 15.02.1957.

<sup>568</sup> In einem Brief berichtete Lemmer von Schelling über die Einschätzung der Beteiligten im Ausschuss für Geld und Kredit hinsichtlich der Verabschiedung des Gesetzes in der laufen-



Neben den inhaltlichen Kontroversen gab es aber doch eine parteipolitische Uneinigkeit, die personalpolitischer Art war. Die SPD war äußerst angetan von der Standhaftigkeit, mit der BdL-Präsident Vocke während seiner Amtszeit Kanzler Adenauer Kontra gegeben hatte.<sup>569</sup> Insbesondere während des Korea-Booms und der ‚Gürzenich-Affäre‘ hatte Vocke trotz des Widerstands der Bundesregierung und insbesondere Adenauers auf Diskontzins erhöhungen zur Ausbremsung der Konjunktur bestanden und sie dann auch umgesetzt. Wegen dieser Standhaftigkeit forderten die Sozialdemokraten, dass Vocke im Amt bleibe. Da Adenauer Vocke loswerden wollte<sup>570</sup>, waren die Christdemokraten zu einem Kuhandel bereit und boten der SPD für den Verzicht auf Vocke einen Kompromiss bei der Behandlung der Landeszentralbankpräsidenten an.<sup>571</sup> Der Vorsitzende des Ausschusses für Geld und Kredit Scharnberg schlug entsprechend vor, dass das BdL-Direktorium zwar neu besetzt werden müsse, gleiches aber nicht für die Landeszentralbankpräsidenten gelte, von denen einige auch von der SPD ernannt worden waren. Zudem wurde ausgehandelt, dass ein SPD-Mitglied in das Direktorium berufen würde. Mit diesem Kompromiss gab sich die SPD einverstanden und verzichtete auf die Forderung, dass Vocke im Amt bleiben müsse.<sup>572</sup>

Statt nun das Naheliegende zu tun und Karl Bernard als Präsidenten des Zentralbankrats zum ersten Bundesbankpräsidenten zu berufen, suchte

---

den Legislaturperiode. Vgl. BBk, Sign. B 330/3492, Direktorium, Unterlagen zum Bundesbankgesetz (Dr. Zachau), 1957, Brief von Dr. Friedrich Lemmer an Dr. Viktor von der Lippe vom 08.04.1957.

<sup>569</sup> Vgl. Bundesbank. Die Gürzenich Rechnung, in: *Der Spiegel*, 17.07.1957, S. 18ff.

<sup>570</sup> Vgl. Marsh 1992, S. 237f.

<sup>571</sup> Vgl. Bundesbank. Die Gürzenich Rechnung, in: *Der Spiegel*, 17.07.1957, S. 18ff.

<sup>572</sup> Vgl. ebd.

man nach einem geeigneten Kompromiss bei der Nachfolge: Dies sollte eine Person sein, die zum einen den standhaften und konfliktbereiten Mann Vocke verkörperte und damit den Interessen der SPD genügte, die zum anderen aber auch gleichzeitig eine Adenauer zusagende Nähe zur Industrie aufwies.<sup>573</sup> Bei dieser Suche stieß man auf Karl Blessing. Blessing, der als industriefreundlich galt, da er Mitglied der Leitung des Unilever-Konzerns war, aber auch über die notwendige praktische Erfahrung im geld- und währungspolitischen Bereich durch seine Zeit bei der Reichsbank verfügte, war für Adenauer wie auch für die Sozialdemokraten ein passabler Kandidat.<sup>574</sup> Auch Vocke hatte Blessing zu währungspolitischen Fragen bereits in der Vergangenheit konsultiert,<sup>575</sup> so dass er in der Bundesbank selbst ebenfalls als Experte bekannt war.<sup>576</sup> So wurde die Neubesetzung des Postens mit Blessing in der Kabinettsitzung vom 2. Juli 1957 einstimmig beschlossen.<sup>577</sup>

---

<sup>573</sup> Vgl. ebd.

<sup>574</sup> Vgl. ebd.

<sup>575</sup> Vgl. Briefwechsel zwischen Vocke und Blessing im Januar 1950. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2015 I, Vocke: Korrespondenz Bi-Br, Brief von Wilhelm Vocke an Karl Blessing vom 21.01.1950 und Brief von Karl Blessing an Wilhelm Vocke vom 24.01.1950.

<sup>576</sup> Blessing war es äußerst unangenehm, dass er nun anstelle von Vocke die Zentralbank leiten sollte und entschuldigte sich bei Vocke per Brief dafür, dass die Bundesregierung ihn ausgewählt habe und sich damit gegen Vocke entschied: „Auch mir gegenüber ist das Bonner Vorgehen nicht von übertriebenem Taktgefühl gewesen. Ich habe mich um die Kandidatur nicht bemüht und wäre heute noch glücklich, wenn der Kelch an mir vorübergehen würde.“ Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2015 I, Vocke: Korrespondenz Bi-Br, Brief von Karl Blessing an Wilhelm Vocke vom 06.07.1957.

<sup>577</sup> Vgl. Protokoll der 187. Kabinettsitzung am 2. Juli 1957, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1\\_2/kap2\\_28/para3\\_15.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1_2/kap2_28/para3_15.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

### **5.1.6 Zusammenfassung: Ein neoliberales Bundesbankgesetz?**

Das Bundesbankgesetz gehört zu den kontroversesten Gesetzgebungsverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik. Der achtjährige Prozess, in dem das Gesetz Schritt für Schritt entstand, ist ein Lernfeld für die Auseinandersetzung mit der Konstitution von Notenbanken im Allgemeinen. Die zwei grundlegenden Forderungen neoliberaler Geldpolitik zu diesem Zeitpunkt – institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank und ein die Preisstabilität priorisierendes Mandat – wurden am Ende des Gesetzgebungsverfahrens beide erfüllt.

Ein auf Preisstabilität fixiertes Mandat war in der politischen Debatte im Kabinett und den Ausschüssen des Bundestags wenig umstritten und wurde lediglich in der wissenschaftlichen Debatte im Beirat des BMWi kontrovers diskutiert. Diese von keynesianisch orientierten Ökonomen angestoßene Debatte floss jedoch nicht in die politischen Auseinandersetzungen um das Gesetz ein, weil BMWi-Chef Erhard die Empfehlungen seines Beirats an dieser Stelle weitestgehend ignorierte. Hier wurde durch den neoliberalen Wirtschaftsminister ein wissenschaftlicher Einfluss der Keynesianer auf das Notenbankmandat unterbunden.

Weitaus kontroverser war die Debatte um die institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank. Diejenigen Akteure, die sich konsequent für eine institutionell unabhängige Notenbank aussprachen, waren die Vertreter der Notenbank selbst, namentlich Vocke und Bernard. Doch selbst in den Führungsgremien der Notenbank – unter anderem bei den Direktoriumsmitgliedern Pfeleiderer und Könnecker – findet man Positionen, die einen stärkeren Einfluss der Politik forderten – allerdings zu einem Zeitpunkt, bevor diese in

die BdL eintraten.<sup>578</sup> Gleichwohl trat die BdL mittels systematischer Öffentlichkeitsarbeit nach außen als Verteidigerin ihrer institutionellen Unabhängigkeit auf. Sie wurde dabei von neoliberalen Pressevertretern wie Volkmar Muthesius und Erich Welter gestützt. Hier wurde der Einfluss von MPS-Akteuren außerhalb der parlamentarischen Institutionen am deutlichsten sichtbar.

Wirtschaftsminister Erhard, ebenfalls MPS-Mitglied, hatte seine Position als stärkster Befürworter einer institutionellen Unabhängigkeit im Kabinett erst im Laufe der 1950er Jahre entwickelt. 1950 war er offen für einen weitergehenden Einfluss der Bundesregierung auf die Notenbank, wie die Debatte um den ersten Schäffer-Entwurf im Kabinett gezeigt hat. Erst durch den öffentlichen Diskurs und nach den Erfahrungen mit Angriffen auf aus seiner Sicht richtige Notenbankentscheidungen in der Diskontpolitik veränderte sich seine Haltung. Spätestens nach der ‚Gürzenich-Rede‘ des Bundeskanzlers trat Erhard konsequent für eine institutionell unabhängige Notenbank ein. Seine Kontrahenten im Kabinett waren im Wesentlichen der Kanzler, der Vizekanzler sowie zumeist Finanzminister Schäffer. Adenauer trat kontinuierlich als entschiedenster Kontrahent einer unabhängigen Zentralbank auf. Er befürchtete durch eine unabhängige Notenbank einen ‚Staat im Staate‘.

Dass sich also neoliberale Leitbilder für die Zentralnotenbank durchsetzten, lässt sich aus einem Zusammenspiel von mindestens vier Faktoren erklären:

---

<sup>578</sup> Vgl. Buchheim 2001, S. 5f.

Erstens sind die Rolle des neoliberalen Wirtschaftsministers und dessen Sinneswandel im Laufe der 1950er Jahre von großer Bedeutung; zweitens befeuerte die Notenbank selbst ständig die Debatte um ihre eigene Unabhängigkeit, indem sie vor Inflationsgefahren warnte und auf ein entsprechendes Mandat hinarbeitete; drittens wurde die BdL von neoliberalen Pressevertretern sowie von weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen gestützt; und viertens war mit der Schaffung der BdL durch die Alliierten bereits eine Institution geschaffen, die als Leitbild in der Debatte immer wieder als Referenz herangezogen wurde und dadurch nachwirkte.

## **5.2. Das GWB**

### **5.2.1 „Der siebenjährige Krieg“ – Kernpunkte der Auseinandersetzung<sup>579</sup>**

In den 1950er Jahren gab es neben dem Bundesbankgesetz ein weiteres wirtschaftspolitisches Gesetz, das fast acht Jahre in Anspruch nahm, bis es dann schließlich – man könnte fast sagen ‚doch noch‘ - verabschiedet wurde. Sein Zustandekommen gilt als das mit Abstand kontroverseste Gesetzgebungsverfahren der frühen Bundesrepublik.<sup>580</sup> Die Rede ist vom Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), in der öffentlichen Debatte auch

---

<sup>579</sup> So hieß ein Artikel vom 3. Juli 1957 zum Kartellgesetz, der den nahezu achtjährigen Gesetzgebungsprozess rezipierte: Bonn/Kartellgesetz. Der siebenjährige Krieg, in: *Der Spiegel*, 03.07.1957, S. 17-25.

<sup>580</sup> Vgl. Möschel 1996, S. 242.

Kartellgesetz genannt.<sup>581</sup> Es handelte sich eigentlich nicht um einen siebenjährigen Krieg, wie der aus dem Spiegel zitierte Titel oben suggeriert, sondern um eine fast achtjährige Auseinandersetzung, wenn man den Zeitraum von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1958 zugrunde legt. Das Gesetz sollte den Rahmen der westdeutschen Wirtschaftsordnung umgestalten und das Verhältnis der deutschen Wirtschaft zum Kartellphänomen neu regeln. Waren im deutschen Wirtschaftsleben Kartelle zu diesem Zeitpunkt Alltag gewesen, so hatten die Initiatoren des Gesetzes den Anspruch, das Kartellwesen entweder stark einzuschränken oder aber vollständig zu unterbinden und dazu eine Behörde – das heutige Bundeskartellamt – zu schaffen, die dann Kartelle entweder kontrollierte oder aber darauf aufpasste, dass sie gar nicht erst entstehen.<sup>582</sup>

Der Hauptkonfliktpunkt zwischen Politikern, aber auch in der öffentlichen Debatte außerhalb des Parlaments, kreiste um die Frage, ob es ein grundsätzliches Verbot von Kartellen oder eine Bestrafung des Missbrauchs von Kartellstrukturen geben sollte. Dem Missbrauchsprinzip nach wären Kartelle erst einmal legal gewesen, konnten aber im Fall des Missbrauchs ihrer Marktmacht zu Lasten des Verbrauchers bestraft werden. Dass eine kartellfeindliche Stimmung im Land der Kartelle überhaupt Fuß fassen konnte, lag

---

<sup>581</sup> Das GWB wurde nach der ersten Fassung von 1957 mehrfach überarbeitet; mittlerweile liegt eine 7. Novelle des Gesetzes vor.

<sup>582</sup> Zur Rolle des Bundeskartellamts nach der ersten Fassung des GWB vgl. den Kommentar von Müller-Henneberg zur ersten Fassung des Gesetzes: Müller-Henneberg 1963.

zum einen an den USA, die in ihren Besatzungsgebieten eine Anti-Trust-Gesetzgebung nach amerikanischem Vorbild implementieren wollten,<sup>583</sup> zum anderen an den Franzosen, die sich von einer Schwächung der deutschen Kartellstrukturen eine Schwächung der deutschen Wirtschaft insgesamt erhofften. Nur durch den Einfluss der westlichen Alliierten war die junge westdeutsche Republik überhaupt dafür offen, dass die im BMWi verankerte wirtschaftsliberale, kartellskeptische Strömung Fuß fassen konnte.

Die deutsche Industrie, insbesondere repräsentiert durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), lief Sturm gegen diese Bestrebungen. Die Verbände setzten sich für das Missbrauchsprinzip ein, um die Abschaffung von Kartellen weitmöglichst zu verhindern. Sie waren grundsätzlich daran interessiert, das deutsche Kartellwesen zu erhalten und wechselten je nach politischer Großwetterlage die Strategie, um zu diesem Ziel zu gelangen. Jenseits der Debatte um Verbots- oder Missbrauchsprinzip versuchten die Industrieverbände ferner das Strafmaß für Kartelle möglichst gering zu halten.

Die Aggressivität der Kampagne der Verbände gegen ein grundsätzliches Kartellverbot nahm zu, umso mehr sich die Alliierten aus der westdeutschen Gesetzgebung verabschiedeten und umso mehr die Zerschlagung der deutschen Großkonzerne im Zuge der Entflechtung der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr aktiv von den Alliierten betrieben wurde. Sobald also aus diplomatischen Gründen keine Zurückhaltung mehr geboten war, stieg der

---

<sup>583</sup> Zum Einfluss der Amerikaner vgl. Murach-Brand 2004.

BDI in den offenen Kampf gegen die Einschränkung oder das Verbot von Kartellen ein.<sup>584</sup>

Ziel der folgenden Fallstudie ist nun darzustellen, wie die Auseinandersetzungen zwischen Industrie und dem wirtschaftsliberal ausgerichteten BMWI verliefen, die Rolle der Alliierten, insbesondere der Amerikaner zu berücksichtigen und vor allem die Rolle neoliberaler Wissenschaftler und Wirtschaftspolitiker zu skizzieren. Es folgt eine Bewertung des Erfolgs des Versuches, eine Antikartellgesetzgebung in Westdeutschland zu etablieren. Zunächst wird aber noch das neoliberale Leitbild einer Wettbewerbspolitik umschrieben, um nachvollziehen zu können, inwieweit dieses Leitbild in das Gesetzgebungsverfahren einfluss.

### **5.2.2 Das neoliberale Leitbild einer Wettbewerbsordnung**

Nach der Diskussion über ein neoliberales Leitbild der Wettbewerbspolitik braucht man nicht lange zu suchen. Denn der Wettbewerb und die damit verbundene Wettbewerbsordnung standen seit jeher im Zentrum des Neoliberalismus.<sup>585</sup> Neben dem oben erwähnten ‚Primat der Währungspolitik‘ war die durch den Staat zu garantierende und aufrechtzuerhaltende Wettbewerbsordnung ein weiterer zentraler Bestandteil einer konsistenten kapitalistischen Wirtschaftsstruktur neoliberalen Gepräges. So formulierte Leonhard Miksch 1949 in seinem ‚Versuch eines liberalen Programms‘: „Die

---

<sup>584</sup> Vgl. hierzu Arbeitskreis Kartellgesetz im Ausschuß für Wettbewerbsordnung des Bundesverbands der Deutschen Industrie 1968

<sup>585</sup> Vgl. hierzu die grundlegende neoliberalen Theorieschriften der 1930er Jahre, vor allem die Schriftenreihe ‚Ordnung der Wirtschaft‘ und dessen erster Band zur Wettbewerbsordnung: Böhm 1937.



Wirtschaftspolitik muss folglich danach streben, mittels eines rechtlichen Rahmens die Voraussetzungen für vollständigen Wettbewerb zu schaffen. Wo Oligopole unvermeidbar sind, kann durch ein spezielles Marktrecht begrenzter Wettbewerb geschaffen werden. Wenn keine Form des Wettbewerbs möglich ist, muß die Regierung eingreifen, allerdings nur gemäß klar definierter Prinzipien.<sup>586</sup> Die staatliche Gewährleistung des Wettbewerbs nach zu definierenden Prinzipien gehörte also zum neoliberalen Grundsatprogramm.

In der Theorie war man sich darüber einig, dass Monopole nicht nur fragwürdige Machtkonzentrationen im gesamtwirtschaftlichen Gefüge darstellten und dadurch in der Lage seien Monopolgewinne abzuschöpfen, sondern auch eine Gefahr für die gesamte Wirtschaftsordnung darstellten: Weil sie den Wettbewerb reduzierten, damit Wachstumspotentiale und Innovation untergruben und die Preise in einer marktbasieren Ordnung manipulierten. Aus diesem Grunde wandten sich neoliberale Vordenker gegen das Entstehen von Kartellstrukturen, waren diese doch geeignet, am Markt quasi-monopolistisch aufzutreten.<sup>587</sup>

Walter Eucken schlägt in den ‚Grundsätzen der Wirtschaftspolitik‘ zur Frage eines angemessenen Umgangs mit Kartellstrukturen folgendes vor: „Nicht in erster Linie gegen die Mißbräuche vorhandener Machtkörper sollte sich

---

<sup>586</sup> Miksch 2008, S. 167.

<sup>587</sup> Vgl. Eucken 1959, S. 33f.

die Wirtschaftspolitik wenden, sondern gegen die Entstehung der Machtkörper überhaupt.“<sup>588</sup> Hier postuliert Eucken also eindeutig das oben erwähnte Verbotsprinzip. Denn Eucken ging davon aus, dass trotz eines grundsätzlichen Kartellverbots immer noch genug Missbrauch von Marktmacht stattfinden würde und darüber hinaus das Vorhandensein natürlicher Monopole der Aufsicht bedürfe. Für solche Fälle sah Eucken ein sogenanntes ‚Monopolamt‘ vor, das die übriggebliebenen Kartellstrukturen innerhalb der Volkswirtschaft beaufsichtigte: „Das Monopolamt hat die Aufgabe, Monopole soweit wie möglich aufzulösen und diejenigen, die sich nicht auflösen lassen, zu beaufsichtigen.“<sup>589</sup> Ähnlich äußerte sich Franz Böhm als wichtigster Bundestagsabgeordneter und zugleich Vertreter der neoliberalen Schule in den parlamentarischen Gremien.<sup>590</sup>

Der Kampf gegen die Kartelle war für die Neoliberalen auch aus Imagegründen wichtig: Er verlieh einer bislang randständigen Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern eine starke Legitimität und das Selbstbewusstsein für eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung zu kämpfen. Und in der Tat war es in der westdeutschen Nachkriegszeit zentral, dass es eine Gruppe von Akteuren gab, die dem deutschen Kartellwesen den Kampf ansagte. In keiner anderen historischen Situation als während der Neuordnung Westdeutschlands durch die Alliierten hätten Neoliberale mit ihren Vorstellungen von einer Zerschlagung der Kartellstrukturen und mehr Wettbewerb eine Chance auf

---

<sup>588</sup> Eucken 1959, S.172.

<sup>589</sup> Eucken 1959. S. 294.

<sup>590</sup> Vgl. beispielsweise Böhms Vortrag vor dem ‚Freiwirtschaftsbund‘ in Heidelberg 1952. BA, Sign. B 102//316880b, fol. 1, Franz Böhm, Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung, gehalten vor dem ‚Freiwirtschaftsbund‘ in Heidelberg am 06.11.1952.

die Verwirklichung ihrer Ideen gehabt. Nur durch den Druck der USA, die selbst eine Anti-Trust-Gesetzgebung praktizierten, konnte der deutschen Kartellwirtschaft der Kampf angesagt werden. Zwar hatten die Nationalsozialisten bereits mit den Theorien Euckens und Böhms sympathisiert, sie hätten aber wohl nie deren Theorien so ernst genommen, als dass sie auf die Idee gekommen wären, sie dann konsequent umzusetzen.<sup>591</sup> Dies gilt insbesondere, weil sie auf einen funktionierenden Rüstungsapparat angewiesen waren und deshalb nicht die Grundstrukturen der deutschen Industrie hätten infrage stellen können. Die kartellförmige Struktur der deutschen Unternehmenslandschaft wurde vielmehr soweit wie möglich in den Dienst der Kriegführung gestellt.<sup>592</sup>

Schließlich sei darauf verwiesen, dass die theoretischen Vorstellungen von Eucken und Böhm zwar einen Hauptstrang der neoliberalen Theorie repräsentieren. Gleichwohl findet man auch andere Positionen zur Wettbewerbspolitik. Dies gilt insbesondere für die konkrete Frage, wie man Monopolstrukturen und Machtkonzentration in einer Marktwirtschaft verhindert. In diesem Zusammenhang ist vor allem die abweichende Meinung Leonhard Mikschs zu nennen, der ein Verbot von Kartellen per Gesetz für kontraproduktiv hielt und damit von Eucken und Böhms Vorstellungen abwich.<sup>593</sup> Die

---

<sup>591</sup> Zum Verhältnis zwischen deutschem Neoliberalismus und Nationalsozialismus vgl. Ptak 2004, S. 62-71.

<sup>592</sup> Vgl. Scherner 2006.

<sup>593</sup> ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-039, Leonhard Miksch, Der Schutz des Wettbewerbs im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft. Referat auf der Tagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten am 20. März 1950 in Weinheim a.d. Bergstr., S. 10.

vorhandenen Brüche und deren Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Debatte werden aber im Folgenden noch deutlich werden.<sup>594</sup>

### 5.2.3 Zentrale Institutionen und Organisationen in den Auseinandersetzungen um das GWB

Ähnlich wie im Zentralbankwesen hatten sich die westlichen Alliierten auch im Bereich der Kartellpolitik bereits in den ersten Nachkriegsjahren engagiert und in vieler Hinsicht vor der Gründung der Bundesrepublik Fakten geschaffen, die zukunftsweisend sein sollten. Auf alliierter Seite hatte sich zunächst die Auffassung durchgesetzt, dass man mit Hilfe einer Entflechtung der Großkonzerne aller Branchen die westdeutsche Wirtschaft und damit die Macht Deutschlands insgesamt schwächen müsse.<sup>595</sup> Konzentration und Kartellierung wurden dabei mit nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik gleichgesetzt.<sup>596</sup> In der Potsdamer Erklärung vom 2. August 1945 wurde entsprechend festgelegt, „die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren“, so dass „die gegenwärtige übermäßige Konzentration der Wirtschaftsmacht, wie sie

---

<sup>594</sup> Zu erwähnen ist auch das Abweichen Müller-Armacks von einem neoliberalen Leitbild. Dies ist insofern von Relevanz, da er während des Gesetzgebungsprozesses des Kartellgesetzes Staatssekretär im BMWi war. Gleichwohl ist diese Relevanz zu relativieren, weil er nicht unmittelbar mit dem Kartellgesetz befasst war. In seiner Schrift ‚Der freien Wirtschaft zum Gedenken‘ hieß es 1949: „Die US-Amerikaner haben einmal gemeint, bloss die Kartelle zu verbieten und schon sei die freie Marktwirtschaft wieder da. Sie hätten aus ihrer eigenen Wirtschaft wissen können, das man mit einem Kartellverbot nur Zusammenballungen fördert, die die Wirtschaftsfreiheit noch mehr zerstören als die Kartelle.“ BA, Sign. B 102/316879a, fol. 1, Aus Müller-Armack/Münster.

<sup>595</sup> Diese Position veränderte sich, nachdem Westdeutschland ab 1949 fest in den westlichen Staatenblock integriert war. Im Vordergrund waren fortan nicht mehr sicherheitspolitische Erwägungen, sondern der Versuch zu verhindern, dass „die alte besitzende Klasse in Deutschland wieder an die Macht käme.“ Vgl. Murach-Brand 2004, S. 127.

<sup>596</sup> Die Tatsache, dass viele Kartellstrukturen der deutschen Wirtschaft in Wirklichkeit noch aus dem Kaiserreich stammten, wurde in der Argumentation dabei weitgehend ignoriert. Zur Kartellierung im Kaiserreich vgl. beispielsweise die Studie zur Kartellierung der Steinkohlenindustrie von Burhop und Lübbers: Burhop und Lübbers 2009.

im besonderen in den Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen monopolistischen Einrichtungen zutage tritt, beseitigt wird.“<sup>597</sup>

Die Amerikaner vertraten diese Position darüber hinaus aus der Überzeugung heraus, dass man nur durch Garantie des Wettbewerbs mittels einer Anti-Trust-Gesetzgebung nach amerikanischem Vorbild langfristig eine stabile kapitalistische Wirtschaftsordnung gewährleisten könne.<sup>598</sup> Die Franzosen teilten diese Auffassung mitnichten, verfügten sie doch selbst über ein stark staatlich geprägtes und durch Konzentration charakterisiertes Wirtschaftssystem.<sup>599</sup> Sie waren aber mit einer Schwächung des deutschen Industriepotentials durchaus einverstanden, weil sie dadurch ihre eigene Position im europäischen Wettbewerb gestärkt sahen. Prinzipielle Kartellgegner waren die Franzosen dennoch nicht. Die Briten hingegen fügten sich der Entflechtung nur widerwillig, sahen sie doch die gewachsenen Strukturen der deutschen Industrie als eine Chance für eine schnellere Rekonstruktionsphase in Europa an – sie waren weder ideologisch überzeugte Vertreter einer Anti-Trust-Gesetzgebung wie die USA noch befürworteten sie die Schwächung des deutschen Wirtschaftspotentials wie die Franzosen. Dies führte im Übrigen auch dazu, dass in der britischen Besatzungszone die Entflechtungsmaßnahmen nicht so rigoros wie in den anderen beiden Zonen durchgeführt wurden. Insgesamt war für die Entflechtung der deutschen Industrie eine eigene Abteilung innerhalb der Verwaltung der amerikanischen Militärregierung geschaffen worden, die ‚Decartelization Branch‘ mit dem

---

<sup>597</sup> Erklärung der „Großen Drei“ vom 2.8.1945, Potsdamer Konferenz, Wirtschaftliche Grundlagen, Abs. 12, in: Der Neuaufbau in Deutschland, Minden 1948.

<sup>598</sup> Zur Frage der Motive für die Entflechtungsmaßnahmen vgl. Schulz 1985.

<sup>599</sup> Zum französischen Wirtschaftssystem vgl. Maclean et al. 2007.

kritischen amerikanischen Colonel Hawkins an ihrer Spitze. Die ‚Decartelization Branch‘ gehörte zur Wirtschaftsdivision.<sup>600</sup> Nach der Einrichtung der Alliierten Hohen Kommission 1949 wurde unter dem amerikanischen Hochkommissar McCloy die Kartellabteilung nicht wie zuvor der Wirtschaftsabteilung, sondern der Rechtsabteilung zugeordnet und wurde durch McCloy's grundsätzliche Anti-Trust-Position aufgewertet.<sup>601</sup> Wenn auch die Position der Amerikaner in den öffentlichen Debatten um das Kartellgesetz nicht prominent auftaucht, so war sie sicherlich an vielen Stellen des Prozesses zum Gesetz gewichtig, zum Teil sogar ausschlaggebend für den weiteren Verlauf.<sup>602</sup>

Die nebenstehende Grafik veranschaulicht, welche Institutionen Einfluss auf das Zustandekommen des GWB nahmen. Deren Rolle wird im Folgenden knapp dargestellt.

---

<sup>600</sup> Weisz 1994, S. 55.

<sup>601</sup> Vgl. Murach-Brand 2004, S. 123ff.

<sup>602</sup> Vgl. Murach-Brand 2004, S. 3-9.

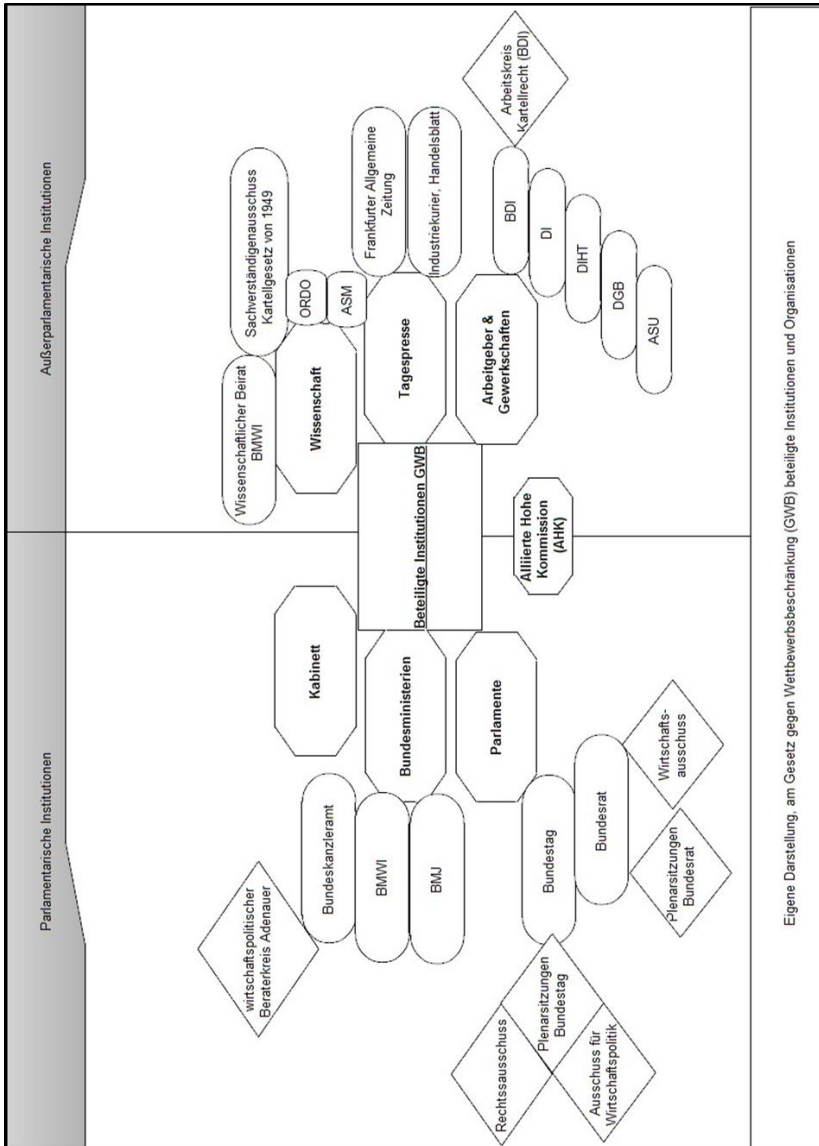


Abbildung 20: Am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligte Institutionen und Organisationen, eigene Darstellung.

Auf der parlamentarischen Ebene äußerte sich die inhaltliche Kontroverse um das Kartellgesetz an unterschiedlichen Stellen. Bereits innerhalb der Bundesregierung gab es hierüber grundlegende Meinungsverschiedenheiten. Dabei waren drei Ministerien federführend im Kartellgesetzgebungsverfahren: Das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesjustizministerium auf der einen Seite, das Kanzleramt auf der anderen Seite. Für BMWi und BMJ kann man insbesondere für die Zeit von 1949 bis 1953, in der Thomas Dehler (FDP) das Bundesjustizministerium leitete, eine enge Zusammenarbeit konstatieren. Es war vor allem das BMWi, das stets emsig am Entwurf des Kartellgesetzes arbeitete und trotz dauerhafter Widerstände am Verbotssprinzip im Gesetz festhielt. Auf Kabinettsebene war vor allem das Kanzleramt schärfster Gegner dieser Bestrebungen von BMWi und BMJ. Die Polarisierung zwischen den drei Institutionen prägte maßgeblich die Auseinandersetzungen um das Gesetz auf höchster politischer Ebene. Auf parlamentarischer Ebene fand der Kampf um das Kartellgesetz vor allem in den Ausschüssen für Wirtschaftspolitik und Justiz des Bundestags statt.<sup>603</sup>

Neben den offiziellen Gremien von Bundesregierung und Parlament ist auch der Einfluss von inoffiziellen Beratergremien nicht zu unterschätzen. Dies gilt gerade für das Kanzleramt. Adenauer hatte sich von seinen engsten wirtschaftspolitischen Berater Pferdenges Anfang 1954 einen Kreis von Vertretern der Privatwirtschaft und der Bank deutscher Länder zusammenstellen lassen, die ihn unter Ausschluss des Wirtschaftsministers in allen wirtschaftspolitischen Fragen berieten. Zu diesem sogenannten „Kleinen Kreis“

---

<sup>603</sup> Vgl. Robert 1976, S. 369-375.



gehörten neben Robert Pferdmenes selbst der Bankier Hermann J. Abs, Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Karl Bernard, Präsident des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder, Karl Blessing, Präsident der Niederländischen Handelskammer für Deutschland, Bezirkskammer Hamburg, Albert Schäfer, Präses der Handelskammer Hamburg, Dr. Dr. Otto Seeling, Vorsitzender des Landesverbandes der Bayerischen Industrie e.V., Dr. Ing. e.h. Friedrich Spennrath, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin e.V., Richard Uhlemeyer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und Geheimrat Vocke, Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder.<sup>604</sup>

Nach einer anfänglichen Phase der Desorganisation in den ersten vier Jahren nach dem Krieg baute die deutsche Industrie ab 1949 ihre Interessensverbände systematisch wieder auf und wurde im Laufe der 1950er Jahre zunehmend handlungsfähiger und zugleich auch aggressiver in ihren Angriffen auf eine kartellfeindliche Politik.<sup>605</sup> Zu den Kontrahenten einer Politik gegen Wettbewerbsbeschränkung gehörten der BDI, die Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, aber auch weitere prominente Verbände des Handels und des Handwerks sowie der Deutsche Industrie- und Handelstag. Ab 1951 wurden die industriellen Spitzenverbände unterstützt durch das in Köln neu ge-

---

<sup>604</sup> Archiv Sal. Oppenheim, NL Pferdmenes, Sign. Büro P,R/16, Bd. 1, Robert Pferdmenes, Sammelordner politische Mandate, Bd.1, Anlage zum Brief vom 14. Januar 1954.

<sup>605</sup> Das zunehmend aggressive Auftreten hing auch mit dem schrittweisen Rückzug der Alliierten aus der deutschen Politik zurück. Als man sich ab 1951 zunehmend gewiss sein konnte, dass die Alliierte Hohe Kommission nicht mehr in die deutsche Souveränität im Bereich der Wirtschaftspolitik eingreifen würde, wurde der BDI offensiver in seiner Öffentlichkeitsarbeit.

gründete Deutsche Industrieinstitut (DI), einem industrienahen Wirtschaftsforschungsinstitut, dem Vorläufer des heutigen Instituts der deutschen Wirtschaft.<sup>606</sup> Erste Geschäftsführer des Instituts waren Otto Mejer und der CDU-Bundestagsabgeordnete Fritz Hellwig<sup>607</sup>, erster Vorsitzender des Vorstands der Wuppertaler Unternehmer Carl Neumann. Wissenschaftlich beraten wurde das Institut anfangs durch Prof. Ernst Schuster.<sup>608</sup> Das im Aufbau befindliche Forschungsinstitut unterstützte BDI und DIHT publizistisch in der Öffentlichkeitsarbeit. Gleichwohl kann man wohl vom BDI als der Speerspitze der deutschen Kartellgesetzkritiker sprechen. Eine Ausnahme unter den Unternehmerverbänden stellte die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) dar. Die ASU, die vor allem durch ihren Vorsitzenden Schleussner geprägt wurde, bekannte sich als einer der wenigen Wirtschaftsverbände äußerst früh zu einem Verbotsprinzip im Kartellgesetz und stützte ab 1953 zunehmend den Kurs des Bundeswirtschaftsministers.<sup>609</sup>

Die Position des BDI wurde auch von gewerkschaftlicher Seite durch den 1949 gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gestützt, stellte

---

<sup>606</sup> Vgl. Walter Herrmann 1954, S. 58f.

<sup>607</sup> Fritz Hellwig gehörte auch den prominenten Protagonisten in den Auseinandersetzungen um das Kartellgesetz im Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Deutschen Bundestages.

<sup>608</sup> Zum Deutschen Industrieinstitut vgl. die Festschrift zum 25-jährigen Bestehen: Institut der Deutschen Wirtschaft 1976, S. 43-56.

<sup>609</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/17083, Heft 1, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, C.A. Schleussner, Die Kleineren müssen sich wehren können. Das marktbeherrschende Unternehmen im neuen Kartellgesetz, in: Handelsblatt, 10.06.1953, S. 2.

man doch im DGB die jahrzehntelang gewachsenen Strukturen der deutschen Industrie auf der Produktionsebene nicht in Frage.<sup>610</sup> In den wirtschaftspolitischen Grundsätzen von 1949 forderte der DGB denn auch für Kartelle und Monopole die „staatliche Kontrolle unter Beteiligung der Gewerkschaften“, nicht aber deren Verbot, eine Position, die man ähnlich auch bei den Wirtschaftsverbänden wiederfindet.<sup>611</sup> Anders waren die Verhältnisse bei der Frage nach der Verteilung der Macht in den Unternehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie die Debatte um Mitbestimmung in den Betrieben der 1950er Jahre deutlich zeigt.<sup>612</sup> In der Frage des Umgangs mit Kartellen war man sich jedoch ungewöhnlich einig: Kartelle wirken an vielen Stellen der Volkswirtschaft stabilisierend und sind vor allem auch in der Auseinandersetzung mit der internationalen Konkurrenz von Vorteil. Im Aktionsprogramm von 1955 wurde die Kartellfrage vom DGB denn auch gar nicht mehr hervorgehoben, die strategischen Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt von gesamtgesellschaftlichen Forderungen auf konkrete Arbeitnehmerinteressen, wie kürzere Arbeitszeit oder höhere Löhne verlagert.<sup>613</sup>

In die Auseinandersetzungen um das Kartellgesetz mischten sich auch namhafte Vertreter der Wissenschaft ein, vornehmlich auf der Seite der Kritiker

---

<sup>610</sup> Vgl. Hüttenberger 1976, S. 294.

<sup>611</sup> Vgl. Wirtschaftspolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1949), veröffentlicht in: Abelshäuser 1987, S. 127.

<sup>612</sup> Vgl. zur Haltung der Gewerkschaften den Artikel von Ludwig Erhard im Volkswirt von 1949, in der die Haltung der Gewerkschaften zur Kartellfrage aufgriff: Erhard und Hohmann 1988, S. 222.

<sup>613</sup> Vgl. Das Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1955, veröffentlicht in: Abelshäuser 1987, S. 137f.

der deutschen Kartellstrukturen. Das gilt sowohl für die parlamentarische Ebene, auf die vor allem Wirtschaftswissenschaftler über die Institution des wissenschaftlichen Beirats des BMWi Einfluss nahmen und mit Franz Böhm einen prominenten Vertreter im Bundestag hatten. Das gilt aber auch für die öffentliche Diskussion, in die sich zentrale Akteure über Presseartikel und Vortragsreihen einbrachten. Und nicht zuletzt ist der ‚Josten Kreis‘ zu nennen, jenes wissenschaftliche Expertengremium, das im Jahre 1949 den ersten Entwurf für ein Kartellgesetz der Verwaltung für Wirtschaft (VfW) vorlegte.

In der öffentlichen Debatte um das Kartellgesetz war schließlich auch die oben vorgestellte advokatische Ideenagentur ASM äußerst präsent. Die ASM organisierte mehrere Tagungen in den 1950er Jahren, die Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsvertreter zusammenbrachten und das Thema der Wettbewerbspolitik behandelten. Die Protokolle der Tagungen und dort gehaltenen Vorträge wurden anschließend veröffentlicht und verbreitet, darüber hinaus war die ASM in Bonner Regierungskreisen durch ihren Geschäftsführer und ‚Cheflobbyisten‘ Frickhöffer vertreten. Insbesondere zwischen 1953 und 1954 und dann noch einmal im Jahre 1957 gab es Vorträge und Diskussionen zu Kartellgesetz und Kartellpolitik.<sup>614</sup>

---

<sup>614</sup> Vgl. Lautenbach et al. 1953, Lang et al. 1954, Erhard et al. 1955, Röpke et al. 1957.

### **5.2.4 Zentrale Personen in den Auseinandersetzungen um das GWB**

Abbildung 21 auf der folgenden Seite zeigt die in den oben angeführten Institutionen maßgeblichen Personen, die nachfolgend kurz vorgestellt werden.

#### *Die Ministerebene: Ludwig Erhard, Thomas Dehler und Konrad Adenauer*

Die politischen Kämpfe um die Ausgestaltung des Kartellgesetzes fanden selbstverständlich ihren Widerklang auf der Ebene des Bundeskabinetts. In diesem Kontext sind vor allem drei Personen mit zum Teil divergierenden Positionen im Kabinett aufgetreten. Zum einen waren dies Ludwig Erhard und Thomas Dehler, die in der ersten Legislaturperiode als Wirtschafts- bzw. Justizminister gemeinsam für das Verbotprinzip im Kartellgesetz eintraten. Demgegenüber stand der industriennahe Bundeskanzler Adenauer, dessen Interventionen im Kabinett ein grundsätzliches Kartellverbot zunächst untermiinierten.<sup>615</sup>

Erhard rekurrierte in der Diskussion auf seine zahlreichen Kontakte in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die seine Position bestärkten. Nicht nur der wissenschaftliche Beirat seines Ministeriums, sondern auch die um das BMWi gruppierten Forschungsinstitute sowie weitere Experten aus der neoliberalen Wissenschaftsgemeinde flankierten Erhard in der radikaleren Stoßrichtung seiner Kartellpolitik, kritisierten ihn dann später, als er von seiner Radikalität abwich, wie unten deutlich werden wird. Überhaupt war die

---

<sup>615</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.2.5.

Auseinandersetzung um ein Kartellgesetz die politische Leitfrage für Erhard in den 1950er Jahren – er nannte das dabei am Ende entstandene Gesetz das „Herzstück der sozialen Marktwirtschaft.“<sup>616</sup> Drei weitere Fragen, die Erhard in den 1950er Jahren umtrieben, betrafen unmittelbar die Organisation

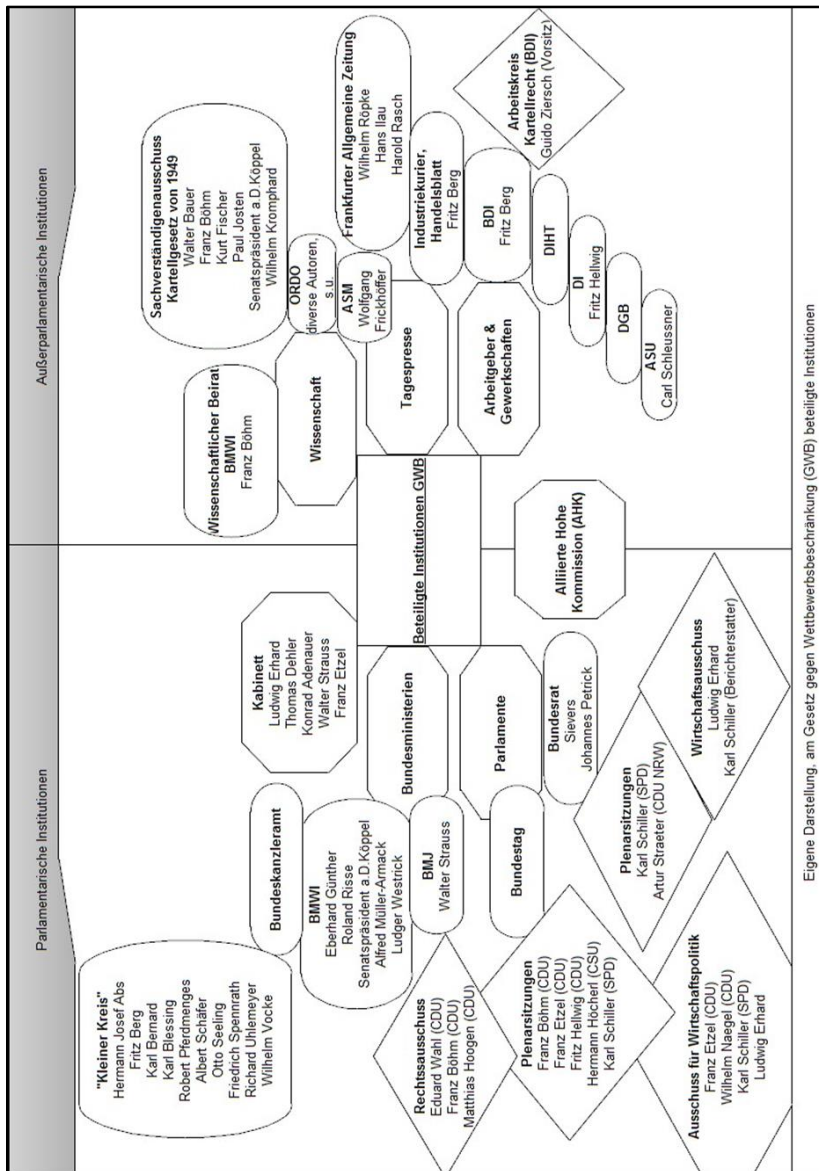
des Wettbewerbs in einer marktwirtschaftlichen Ordnung: Die Geld- und Währungspolitik (1), die währungspolitische Frage der Konvertibilität der D-Mark (2) und die Liberalisierung des Außenhandels (3). Aber das Kartellgesetz war aus Erhards Sicht der Kern einer funktionierenden Wettbewerbswirtschaft. Dies galt gerade in Deutschland als ´dem Mutterland der Kartelle´.

Ebenso wie Erhard war der der FDP angehörende Justizminister Dehler ein Befürworter eines politischen Rahmens für einen möglichst freien Wettbewerb. Dehler galt als entschiedener Kritiker der Adenauer’schen Politik in innenpolitischen wie außenpolitischen Fragen und gehörte zu den zentralen Persönlichkeiten, die in der zweiten Legislaturperiode die Koalition mit der CDU/CSU aufkündigten. Auch in der Frage des Wettbewerbs stand er dem die Kartelle befürwortenden Kanzler skeptisch gegenüber und unterstützte an wichtigen Stellen den Anspruch Erhards auf ein Kartellgesetz, dass die Machtkonzentration in der Wirtschaft real verhindern würde.<sup>617</sup>

---

<sup>616</sup> Kartelle sind kein Kavaliersdelikt. Spiegel-Gespräch mit dem Präsidenten des Bundeskartellamts, Dr. Eberhard Günther, in: Der Spiegel, 17.02.1960, S. 38.

<sup>617</sup> Zu Dehler vgl. Maassen und Hucko 1977.



Eigene Darstellung, am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) beteiligte Institutionen

Abbildung 21: Am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) beteiligte Personen, eigene Darstellung.

Adenauer hingegen – maßgeblich beeinflusst durch seine wirtschaftspolitischen Berater aus der Industrie, vor allem durch seinen Kölner Parteikollegen Robert Pferdenges, – war innerhalb der ersten Legislaturperiode desinteressiert bis skeptisch gegenüber der von den beiden Ministern postulierten wettbewerbsspolitischen Position, dann während der zweiten Legislaturperiode offen kritisch gegenüber dem von Erhard und weiteren eingeforderten Verbotssprinzip. Für Adenauers wirtschaftspolitische Positionen ist tatsächlich seine enge Vernetzung mit zahlreichen führenden Persönlichkeiten der Industrie und des Bankensektors relevant. Wenn Adenauer am Ende auch politisch entschied, so waren seine politischen Berater bei ökonomischen Fragen doch äußerst einseitig gewählt.

*Die Ministeriumsebene: Eberhard Günther, Paul Josten, Roland Risse und Walter Strauss*

Neben parteipolitischen Akteuren, wirtschaftspolitischen Beratern und Vertretern der Verbände gehörten ferner zentrale Beamte der Ministerien zu denjenigen Kräften, die Gesetzgebungsverfahren vorantrieben. Dies gilt auch für das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung. Der wichtigste Mann im BMWi für das Kartellgesetz war der Leiter des Referats Kartelle und Monopole Dr. Eberhard Günther.<sup>618</sup> Günther, der nach der Verabschiedung des GWB auch zum ersten Leiter des Bundeskartellamts ernannt wurde, hatte

---

<sup>618</sup> Neben den im Folgenden genannten Ministeriumsmitarbeitern war Staatssekretär Müller-Armack ebenfalls punktuell an der Entstehung des Kartellgesetzes beteiligt. Er war bei einigen Gesprächen mit den Wirtschaftsverbänden zugegen. Müller-Armack hatte eine durchaus ambivalente Position gegenüber Kartellen und war persönlich der Meinung, dass die Frage von Missbrauchsprinzip oder Verbotssprinzip zweitrangig sei. Vgl. BA, Sign. B 102/316869, AE 1/2, fol. 1, Vermerk betr. Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Besprechung mit der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer am 30.04.1954.



bis zur Nachkriegszeit bereits einschlägige Erfahrungen mit dem deutschen Kartellwesen hinter sich. Durch seine akademische Ausbildung in Freiburg, die er mit einer Promotion in den Rechtswissenschaften abschloss, war er darüber hinaus stark von den Wettbewerbsvorstellungen der Freiburger Schule geprägt, kann aber zugleich sicherlich nicht als Dogmatiker im Sinne neoliberaler Wettbewerbspolitik gelten. Er arbeitete 1939 zunächst selbst im Kartellwesen der deutschen Industrie, wurde aber dann im Anschluss an den Krieg zum energischen Kartellbekämpfer. Zunächst übernahm er zwischen 1948 und 1950 die Leitung des Sonderreferats Dekartellierung in der Verwaltung für Wirtschaft und im Anschluss die entsprechende Abteilung im BMWi.<sup>619</sup> Ab 1950 leitete er das Referat I B 5 (Kartelle und Monopole) im Wirtschaftsministerium. Günther gehörte auch zu denjenigen Beamten des BMWi, die sich auf wissenschaftlichen Tagungen sehen ließen, dort die Diskussionen mitführten und darüber hinaus die öffentliche Debatte durch Meinungsbeiträge in Zeitungen mitgestalteten.<sup>620</sup>

Eine weitere zentrale Person aus dem ministeriellen Betrieb war der Kartell-experte Paul Josten, der in der Weimarer Zeit im Reichswirtschaftsministerium im Bereich der Kartellkontrolle gearbeitet hatte und die Tücken des Weimarer Missbrauchsprinzips im Umgang mit Kartellen kannte, die mit

---

<sup>619</sup> In dieser Funktion schrieb Günther auch ein Gutachten zum ersten Entwurf eines Kartellgesetzes des sogenannten Josten-Kreises. Vgl. BA, Sign. B 102 17071, Heft 1, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Stellungnahme zum deutschen Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung wirtschaftlicher Machtstellungen von Eberhard Günther an den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft Prof. Dr. Ludwig Erhard.

<sup>620</sup> Zu Stellungnahmen von Günther vgl. beispielsweise: Kartelle sind kein Kavaliersdelikt. Spiegel-Gespräch mit dem Präsidenten des Bundeskartellamts, Dr. Eberhard Günther, in: *Der Spiegel*, 17.02.1960, S. 38-47.

dem Kartellgesetz von 1923 einhergingen.<sup>621</sup> Er kannte aus dieser Zeit auch Franz Böhm, der in seiner Abteilung unter ihm gearbeitet hatte. Aus Jostens Feder stammte auch der erste Entwurf eines vergleichsweise radikalen Kartellgesetzentwurfes von 1949, der das Verbotsprinzip zum Programm machte. Dieser Entwurf war vom sogenannten ‚Josten-Kreis‘ – einer Gruppe von Experten um Josten – ausgearbeitet wurde. Dem Josten-Kreis gehörten Teile der neoliberalen Freiburger Schule an, unter anderem Bernhard Pfister<sup>622</sup>, Walter Bauer und Franz Böhm.<sup>623</sup> Aber auch Leonhard Miksch und der oben erwähnte Eberhard Günther arbeiteten von Seiten der VfW mit dem Josten-Kreis zusammen.<sup>624</sup> Josten war sowohl in der Ministerialbürokratie zu Hause als auch in der Wissenschaft. Man kann ihm also eine Art Schnittstellenfunktion zwischen Wissenschaft und Ministerien zuschreiben. Unklar ist allerdings, inwieweit er nach der Erarbeitung des Entwurfes von

---

<sup>621</sup> Zur Weimarer Kartellgesetzgebung vgl. Bremer 1985.

<sup>622</sup> Interessant ist, dass Pfister auf Vorschlag Konrad Adenauers in die Beratungen mit einbezogen wurde, wie aus einem Schreiben von Hermann Pünder an Ludwig Erhard hervorgeht. Vgl. BA, Sign. B 102/17071, Heft 4, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Brief von Hermann Pünder an Ludwig Erhard vom 02.02.1949.

<sup>623</sup> Weitere Mitglieder des Josten Kreises waren Curt Fischer, Wilhelm Köppel und Wilhelm Kromphardt. Vgl. BA, Sign. B 102, 17071, Heft 1, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Entwurf zu einem Gesetz zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und zu einem Gesetz über das Monopolamt mit des Stellungnahme des Sachverständigen-Ausschusses und Minderheitsgutachten.

<sup>624</sup> Zu Günthers Teilnahme an den Sitzungen des Josten-Kreises vgl. BA, Sign. B 102, 17071, Heft 1, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Anfrage von Eberhard Günther an Roland Risse wegen Teilnahme an der Sitzung des Josten-Kreises. Zur Teilnahme weiterer Mitglieder der VfW vgl. BA, Sign. B 102/17071, Heft 3, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Vermerk über eine Besprechung über die Schaffung eines deutschen Kartellgesetzes am 28.06.1949 im Rektorat der Universität Frankfurt.

1949 weiter wirkte, weil Informationen zu seinem weiteren Werdegang fehlen. Zu vermuten ist, dass Josten noch 1949 verstorben ist.<sup>625</sup>

Im BMWi ist schließlich noch der in der Wettbewerbspolitik einflussreiche Ministerialbeamte Dr. Roland Risse zu nennen. Er war im BMWi Leiter der Abteilung I B (Preise, Kartelle, Monopole, Steuern und Abgaben) und als Vorgesetzter von Günther an den Entwürfen zum Kartellgesetz beteiligt. Während des Dritten Reiches war Risse zwischen 1937 und 1945 als Syndikus beim Reichsverband der deutschen Industrie angestellt und kannte somit die kartellartige Struktur der deutschen Wirtschaft und die Position der Industrieverbände äußerst gut. Gerade in der Endphase des Gesetzgebungsprozesses im Jahre 1957 vertrat er das BMWi auf den entsprechenden Sitzungen der Bundestagsausschüsse. Er stand wegen des Gesetzes in direktem Austausch mit dem Bundeswirtschaftsminister.<sup>626</sup>

Nicht nur die hohen Beamten des federführenden Wirtschaftsressorts und die ständig anwesenden Beamten des Kanzleramts waren deutlich in die Arbeit zu den Entwürfen des Kartellgesetzes involviert, sondern auch die Beamten des BMJ. Im Bundesjustizministerium war es der Staatssekretär Walter Strauss persönlich, der das GWB mit vorantrieb. An einigen Stellen des ‚7-jährigen Krieges‘ war sogar er es, der den Gesetzgebungsprozess überhaupt erst wieder in Gang brachte. Dies galt vor allem zu Beginn der zweiten Legislaturperiode. Walter Strauss wurde 1900 geboren, durchlief eine Aus-

---

<sup>625</sup> Zu Josten vgl. Hansen 2009 und Günther 1975.

<sup>626</sup> Vgl. Bonn/Kartellgesetz. Der siebenjährige Krieg, in: *Der Spiegel*, Mittwoch, 03.07.1957, S. 17.

bildung zum Juristen und durchlief eine klassische Beamtenlaufbahn während der Weimarer Zeit. Bereits in den 1930er Jahren arbeitete Strauss für das Reichswirtschaftsministerium, wurde dann allerdings im Zuge der Arisierung des Ministeriums entlassen. Dieser vermeintliche Karriereknick führte dazu, dass er nach dem Krieg sofort in der Verwaltung für Wirtschaft (VfW) anfang und im Anschluss in das Justizministerium wechselte.<sup>627</sup> Walter Strauss gehörte zu denjenigen politischen Kräften, die der Idee einer neoliberalen Wirtschaftsordnung nahe standen und sich deutlich zu den theoretischen Schriften der 1930er Jahre von Böhm, Miksch, und Eucken bekannten.<sup>628</sup> Nun war Strauss weder Wissenschaftler noch Parlamentsabgeordneter, sondern Beamter. Bereits in der VfW stand er aber dennoch der Wissenschaft nahe und gehörte vermutlich sogar zu den Initiatoren des Wissenschaftlichen Beirats der VfW.<sup>629</sup> Strauss tauchte immer wieder in enger Zusammenarbeit mit Erhard am GWB auf. Auch wenn er sich theoretisch dem neoliberalen Leitbild zuordnen lässt, war er zugleich Beamter und Pragmatiker und teilte einen weniger dogmatischen Ansatz in der Wirtschaftspolitik mit Erhard, aber auch mit seinem Kollegen im BMWi Müller-Armack. Strauss nahm eine Schlüsselfunktion bei der durchaus fruchtbaren und kooperativen Zusammenarbeit zwischen BMWi und BMJ in den 1950er Jahren ein. Dies gilt gerade für das GWB, wie die Ausführungen unten illustrieren werden.

---

<sup>627</sup> Vgl. Utz 2003, S. 1.

<sup>628</sup> Vgl. ebd., S. 116.

<sup>629</sup> Vgl. Utz 2003, S. 115.

*Die zentralen Bundestagsabgeordneten: Franz Böhm, Karl Schiller, Fritz Hellwig und Hermann Höcherl*

Im Bundestag gab es vor allem zwei Akteure, die sich mit ihren Positionen zum Kartellgesetz diametral gegenüberstanden. Auf der einen Seite war dies der bereits oben vorgestellte, der neoliberalen Schule angehörende, Professor Franz Böhm. Innerhalb der 1950er Jahre wandelte sich Böhms Position von einem Unterstützer des Erhard'schen Antikartellgesetzes, das zunächst dem Verbotprinzip deutlich verpflichtet schien, zu einem Kritiker der BMWi-Konzeption, die ihm doch allzu lasch erschien. Böhm betrachtete die Arbeit am Kartellgesetz in der zweiten Legislaturperiode als einen Verrat an den neoliberalen Leitvorstellungen, die er Erhard durchaus erst einmal unterstellt hatte. Der Schwerpunkt von Böhms Aktivitäten lag dabei in seiner Mitarbeit im Bundestagsausschuss für Wirtschaftspolitik, gleichwohl hielt er auch diverse öffentlichkeitswirksame Vorträge und publizierte in Tageszeitungen.<sup>630</sup>

Unterstützt wurde er in seiner Kritik vom Prof. Karl Schiller, SPD, der zunehmend die wirtschaftspolitischen Leitlinien seiner Partei prägte und Böhm in seiner radikal ablehnenden Haltung gegenüber Machtkonzentrationen in der deutschen Wirtschaft unterstützte. Karl Schiller war bereits ab 1947 im wissenschaftlichen Beirat der VfW und ab 1949 im Beirat des BMWi. Er kann als vertraut mit den wirtschaftspolitischen Debatten des Beirats gelten und stand den neoliberalen Positionen einiger der Beiratsmitglieder durchaus in

---

<sup>630</sup> Vgl. beispielsweise Böhms Vortrag vor dem ‚Freiwirtschaftsbund‘ in Heidelberg 1952. BA, Sign. B 102//316880b, fol. 1, Franz Böhm, Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung, gehalten vor dem ‚Freiwirtschaftsbund‘ in Heidelberg am 06.11.1952.

mancher Hinsicht nahe. Ähnlich wie Erhard stammte Schiller aus der Wissenschaft, war aber anders als Erhard während der Kriegszeit nicht für die Industrie tätig, sondern als Soldat im Krieg gewesen und im Anschluss an die Universität Rostock berufen worden. Wenn Schiller auch später als der Keynesianer schlechthin in der deutschen Wirtschaftspolitik gelten kann, so stand er in den 1950er Jahren in der Wettbewerbspolitik neoliberalen Positionen nahe. Er war nicht zuletzt – außerhalb des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit – Mitglied der MPS und des Walter Eucken Instituts. Und was die hier behandelten Fallstudien betraf, so befand sich Schiller mit neoliberalen Positionen auf einer Linie und trug maßgeblich dazu bei, dass diese in der SPD verankert wurden. Schiller gehörte außerdem zu denjenigen SPD-Politikern, die nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb der Partei zur ‚Versöhnung mit der Marktwirtschaft‘ beitrugen – gerade in den frühen Jahren der Bundesrepublik gestaltete Schiller die wirtschaftspolitischen Leitlinien seiner Partei mit. An dieser Stelle sei in Hinblick auf das hier behandelte Thema des Kartellgesetzes bemerkt, dass Schiller für das Verbotssprinzip in der Wettbewerbsgesetzgebung eintrat und diese Position in der SPD durchsetzte.<sup>631</sup>

Fritz Hellwig, ein CDU-Parteikollege von Franz Böhm hingegen nahm eine mittlere, deutlich industriefreundlichere Position ein, die das Verbotssprinzip zwar nicht grundsätzlich, aber in seiner umfassenden Form ablehnte. Als Gründungsdirektor des Deutschen Industrieinstituts (DI) war seine industrienähe Position keineswegs verwunderlich. Man kann ihn im Bundestag

---

<sup>631</sup> Zu Schiller vgl. Lütjen 2007, S. 95-167; Zur Position der SPD zum Kartellgesetz vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 174.

also in seiner Position als eine Art Schützenhilfen des BDI betrachten, der – wenn auch etwas moderater – die Positionen des BDI-Vorsitzenden Fritz Berg im Bundestag vertrat.<sup>632</sup> Hellwig nahm auch an einigen der Kabinettsitzungen zum Kartellgesetz teil.

Ein weiterer Vertreter der kartellfreundlichen Industriepositionen war der CSU-Bundestagsabgeordnete und spätere Innenminister Hermann Höcherl. Höcherl ging so weit, einen auf dem Missbrauchsprinzip basierenden Gesetzesentwurf als Gegenentwurf zum Regierungsentwurf im Jahre 1956 einzubringen. Höcherl begriff dabei – wie viele Vertreter der Industrie und industrienaher Politiker – Kartelle als Teil einer aggressiven exportorientierten wirtschaftlichen Strategie für Westdeutschland. Das Einbringen seines Entwurfes kann als Zermübnungsstrategie gewertet werden mit dem Ziel, den Regierungsentwurf aufzuweichen und weitere kartellfreundliche Kompromisse auszuhandeln. Höcherl war kein Industrieller oder industrienaher Wissenschaftler, sondern gehörte zum kartellüberzeugten Industriezirkel der Union.<sup>633</sup>

Insgesamt zeigt die Darstellung der unterschiedlich positionierten Abgeordneten, dass die Fronten der Kartellgegner und Befürworter mitten durch die CDU/CSU-Fraktion gingen und sich weniger eine Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition, sondern vielmehr eine parteiinterne Auseinandersetzung um die Kartellgesetzgebung abspielte.

---

<sup>632</sup> Zu Hellwig vgl. Hellwig et al. 2012.

<sup>633</sup> Zu Höcherl vgl. Vogel und Höcherl 1988.

*Der Mittler zwischen Politik und Industrie: Robert Pferd-  
menges*

Die wohl mit prägendste Person der westdeutschen Wirtschaftspolitik der 1950er Jahre und frühen 1960er Jahre ist der engste wirtschaftspolitische Berater und Kanzlerfreund Robert Pferd-  
menges gewesen. Robert Pferd-  
menges war kein Freund des Scheinwerferlichts, sondern ein Mann, der im Hintergrund die Fäden zog, ein sogenannter ‚Strippenzieher‘, der in informellen kleinen Kreisen wichtigen politischen Entscheidungen den Weg ebnete.<sup>634</sup>

Seine Biographie ist recht charakteristisch für bedeutende Persönlichkeiten der Nachkriegspolitik. Auf der einen Seite verzeichnete er einen erstaunlichen Karriereaufstieg als Bankier während der Weimarer Republik bis zur Kanzlerschaft Brüning und wurde ein wichtiger Berater des Reichskanzlers in der Bankenkrise. Zum anderen kooperierte er nicht mit dem nationalsozialistischen Regime, sondern leitete die Sal. Oppenheim Bank in Köln und rettete das Vermögen der Familie Oppenheim im vertraulichen Einvernehmen mit der Familie durch den Krieg. Innerhalb der 1920er und 1930er Jahre baute Pferd-  
menges ein weitreichendes Netzwerk von Kontakten in Privat-  
wirtschaft und Politik auf, auf das er in der Nachkriegszeit an vielen Stellen zurückgreifen konnte.<sup>635</sup> Es war auch in den 1930er Jahren, in denen Robert Pferd-  
menges bzw. insbesondere seine Frau den Kontakt zu Adenauer trotz

---

<sup>634</sup> Zu Pferd-  
menges vgl. Silber-Bonz 1997 und Treue 1986.

<sup>635</sup> Vgl. Treue 1986.



dessen Internierung und der anschließenden Flucht aus Köln aufrechterhielt und per Brief pflegte.<sup>636</sup>

Pferdmenges konnte als Mitbegründer der CDU im Rheinland, der sich mehr und mehr der Politik zuwandte und sich schrittweise von seiner Bankierskarriere verabschiedete, dennoch seine alten Kontakte in der Industrie- und Bankenwelt nutzen, um einen Interessensausgleich zwischen den Vorstellungen der Privatwirtschaft und den in der Politik anvisierten Ziele zu vermitteln, was ihm auch in zahlreichen Fällen gelang. Die Bedeutung der Persönlichkeit Robert Pferdmenges' für die Nachkriegswirtschaftspolitik unter Adenauer kann hier nur angedeutet werden. Eine eigenständige Pferdmenges gewidmete Studie ist sicherlich als ein Forschungsdesiderat anzusehen.

### *Die Lobbyisten der Industrie und der Privatwirtschaft*

#### *Fritz Berg*

In der westdeutschen Öffentlichkeit der 1950er Jahre galt Fritz Berg als Vorsitzender des BDI als der Hauptkontrahent von Erhard in der Kartelldebatte. Die offenen Streitgespräche und Briefwechsel zwischen Erhard und Berg spiegeln die Zuspitzung der Kartelldebatte im Verlauf der 1950er Jahre wieder. Berg vertrat dabei als mittelständischer Unternehmer und enger Vertreter des Bundeskanzlers die Interessen der kartellförmig organisierten Industrie. Entscheidend für Bergs Einfluss waren die engen Kontakte ins Kanzleramt, die auch schließlich Erhard dazu drängten, sich mehr und mehr mit

---

<sup>636</sup> Vgl. Mensing und Raths 2007.

den Positionen des BDI auseinanderzusetzen und im Laufe der 1950er Jahre zunehmend kompromissbereiter zu werden, wollte er denn das Ziel erreichen, überhaupt ein Kartellgesetz zu verabschieden. Berg als Interessenvertreter der Industrie, dessen wortgewaltige Reden als ‚Berg-Predigten‘ berühmt und auch verspottet wurden, zeigte ein erstaunliches Gespür dafür, zu welchen Zeitpunkten eine erfolgreiche Einbringung der Interessen der Industrie Sinn machte, wartete er doch mit der Zuspitzung seiner Kartellfreundlichen Kampagne solange ab, bis die Alliierten sich schrittweise aus der Entflechtungs- und Kartelldebatte in Westdeutschland verabschiedet hatten. Insgesamt galt Berg als ‚hartschädlicher‘ Draufgänger und konfrontativer Gegner in Auseinandersetzungen, dessen Interventionen nicht nur innerhalb der Politik, sondern auch innerhalb der Führungsgremien von Unternehmen gefürchtet und zum Teil doch recht unbeliebt waren.<sup>637</sup>

### *Carl Schleussner als Sprecher des deutschen Mittelstandes*

Wenn BDI und DIHT auch sehr geschlossen als Repräsentanten der Unternehmenschaft gegenüber der Politik auftraten, so gab es dennoch andere Gruppen von Unternehmern, die eine deutlich kartellkritischere Position vertraten und sich für eine auf dem Verbotsprinzip basierende Gesetzgebung einsetzten. Die oben bereits vorgestellte ASU war vor allem durch ihren langjährigen Vorsitzenden Carl Schleussner geprägt, der aus seiner kartellkritischen Haltung und positiven Haltung gegenüber dem Verbotsprinzip keinen Hehl machte. So hieß es in einem von Schleussner 1953 herausgegebenen Buch zu Kartellen aus Perspektive des Mittelstandes: „Das selbständige

---

<sup>637</sup> Zu Berg vgl. Schulte-Goebel 1999; vgl. auch Bühner 2008; zu Bergs konfrontativer Art vgl. Fritz Berg. Nold Raus. Aktionäre, in: *Der Spiegel*, 18.10.1961, S. 38.

Mittelunternehmen sollte daher erkennen, daß das Kartell nur einen sehr zweifelhaften Schutz bietet und daß seine Chancen vielmehr in der Verwirklichung der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft gewahrt sind, die nur bei einem Verbotsgesetz mit wirksamen Vorschriften zur Verhütung und notfalls Abwehr des von Marktbeherrschern drohenden Mißbrauchs ihrer faktischen Marktmacht auf die Dauer gesichert ist.“<sup>638</sup> Schleussner selbst führte das mittelständische Fotoindustrie-Unternehmen ADOX<sup>639</sup>, engagierte sich neben seinen Tätigkeiten für die ASU auch im Rahmen der ASM und suchte aktiv den Kontakt zu neoliberalen Wissenschaftlern, deren theoretische Ausführungen er sehr schätzte.<sup>640</sup>

Schleussner bemühte sich nach Kräften neoliberale Wirtschaftstheorie innerhalb der Unternehmerschaft zu verankern und zu verbreiten und publizierte zu diesem Zwecke 1953 sogar ein Buch mit Orientierungshilfen in der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie für Unternehmer mit dem Titel ‚Fibel der sozialen Marktwirtschaft: Zur Orientierung für Unternehmer und Unternehmensleiter‘.<sup>641</sup> Darin befand sich eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen von Eucken, Röpke, Müller-Armack

---

<sup>638</sup> Vgl. Kartelle - ein zweifelhafter Schutz, in: *FAZ*, 17.09.1954, S. 11.

<sup>639</sup> Zum Unternehmen von Schleussner vgl. den Artikel in der *FAZ* zu den Schleussner-Werken: 90 Jahre Schleussner, in: *FAZ*, 22.08.1950, S. 6.

<sup>640</sup> Zu Schleussners Engagement vgl. Nicholls 1994, S. 296f.

<sup>641</sup> Vgl. Nicholls 1994, S. 296ff.

und Rüstow.<sup>642</sup> Er wurde für dieses Engagement ausdrücklich von Wilhelm Röpke persönlich gelobt.<sup>643</sup>

Der mittelständische Unternehmer bemühte sich darüber hinaus, dass bereits an Schulen Jugendlichen die Vorzüge der neoliberalen Theorie und der Sozialen Marktwirtschaft nähergebracht wurden. Er unterstützte zu diesem Zwecke finanziell einen Schülerwettbewerb, in dem die Teilnehmer bestmöglich den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft erklären sollten.<sup>644</sup>

Schleussner repräsentierte einen prominenten Dissidenten im Unternehmerlager, der sich gegen die Befürworter von Kartellen und hinter die Position des Bundeswirtschaftsministers stellte und zu diesem Zweck auch öffentlich zugunsten einer verschärften Kartellgesetzgebung intervenierte.<sup>645</sup>

---

<sup>642</sup> Vgl. auch den Artikel über das Buch von Schleussner in der *FAZ*: Popularisieren, in: *FAZ*, 30.07.1953, S. 9.

<sup>643</sup> In einem Brief bezeichnete Röpke das Projekt einer solchen Fibel als „ausgezeichnet.“ IWP, NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 608f., Brief von Wilhelm Röpke an Carl Schleussner vom 10.05.1953.

<sup>644</sup> Vgl. Nicholls 1994, S. 298.

<sup>645</sup> Vgl. Kartelle - ein zweifelhafter Schutz, in: *FAZ*, 17.09.1954, S. 11.

## 5.2.5 Der Kampf um die Wettbewerbsordnung der Bundesrepublik

### *Der Anstoß kommt von außen – Das Bizonen-Memorandum vom 29. März 1949*

Mit dem Bizonen-Memorandum am 29.03.1949 von Amerikanern und Briten, das die deutsche Seite dazu aufforderte eigenständig ein Dekartellierungsgesetz zu entwerfen<sup>646</sup>, das auf den Grundlagen der Havanna-Charta vom 24. März 1948 basieren sollte<sup>647</sup>, bauten die westlichen Alliierten von Anfang an Druck gegenüber der westdeutschen Politik auf.<sup>648</sup> Dieses Memorandum, dessen notwendige Umsetzung von der Alliierten Hohen Kommission am 28. März 1950 in einer Note erneut betont wurde, führte bei westdeutschen Politikern vor allem zu zwei Konsequenzen. Erstens wollte man sich schnellstmöglich des Besatzungsstatuts und der damit verbundenen Gesetze und Richtlinien entledigen und verspürte so einen Handlungsdruck in diesem Bereich der Gesetzgebung.<sup>649</sup> Und zweitens war auch der Charak-

---

<sup>646</sup> Zum Bizonenmemorandum vom 29.03.1949 vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Schreiben von Eberhard Günther an den Vorsitz der Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Pünder vom Juli 1949.

<sup>647</sup> Zur Havanna-Charta vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Havana Charta for an international trade organization, 24.03.1948.

<sup>648</sup> Am 5. Oktober 1948 hatte es bereits ein Memorandum der Alliierten gegeben, das die Eckdaten der Gesetzgebung andeutete. Vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Memorandum of the Bibartite Control Office on cartels and restrictive trade provisions – Havana Charta of I.T.O.

<sup>649</sup> Ähnliche Memoranden wie im Bereich der Kartellgesetzgebung gab es auch in anderen Politikbereichen, u.a. wie oben unter 5.1 bereits erläutert im Bereich der Geld- und Währungspolitik.

ter eines Dekartellisierungsgesetzes durch die bereits vorhandenen besatzungsrechtlichen Bestimmungen und den Hinweis auf die Havanna-Charta im Memorandum in seiner Stoßrichtung vorgegeben.<sup>650</sup> Die besatzungsrechtlichen Bestimmungen sahen ein grundsätzliches Verbot von Kartellen vor<sup>651</sup>, und in der Havanna Charta war zumindest die Liberalisierung der Volkswirtschaften vorgesehen, auch wenn man konstatieren muss, dass die Havanna-Charta keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Ausgestaltung des Kartellgesetzes zulässt.<sup>652</sup>

Gleichwohl führten die Aufforderungen der Alliierten, insbesondere der USA, dazu, dass Wirtschaftsminister Erhard zum einen internationale Rückendeckung für eine weitgehende Antimonopolgesetzgebung hatte, zum anderen auch bei den übrigen Mitgliedern der Bundesregierung und im gesamten deutschen Bundestag der Handlungsdruck groß war, wollte man sich doch möglichst schnell dem Besatzungsstatut entziehen und die Autonomie

---

<sup>650</sup> Ausgenommen von diesen Bestimmungen war zunächst die Frage der Entflechtung der Großkonzerne. Dies behielten sich die Alliierten zunächst selbst vor. Vgl. BA, Sign B 102/17071, Begründung zum Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Mitteilung der Militärregierung an den Präsidenten des Wirtschaftsrates und Vorsitzenden des Länderrates vom 9. April 1949.

<sup>651</sup> Das ein grundsätzliches allgemeines Kartellverbot Bestandteil des Gesetzes sein müsse, hatte der Leiter der amerikanischen Dekartellisierungs-Abteilung Colonel Bronson immer wieder gegenüber den Vertretern der Vfw Risse und Günther betont. Vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Vermerk über zwei Besprechungen mit dem Leiter der amerikanischen Dekartellisierungs-Abteilung Colonel Bronson über die Grundzüge des deutschen Dekartellisierungs-Gesetzes.

<sup>652</sup> Zu Kartellgesetz und Havanna Charta vgl. die Ausführungen dazu in der Publikation der Vfw ‚Wirtschaftsverwaltung‘. BA, Sign. B 102/17071, Heft 3, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.), Dekartellisierungsgesetze und Havanna-Charta, in: Wirtschaftsverwaltung 13/1, Dezember 1948.

des westdeutschen Staates in der Gesetzgebung herstellen.<sup>653</sup> Hier muss man gleichzeitig konstatieren, dass es unter den Alliierten vor allem die Amerikaner waren, die eine weitreichende Anti-Kartellgesetzgebung befürworteten und die Briten und Franzosen dem Sachverhalt weitaus flexibler gegenüber standen.<sup>654</sup>

Neben Wirtschaftsminister Erhard gab es mit der neoliberalen Schule und ihren Vertretern in Wissenschaft und Politik eine Gruppe von Akteuren, die sich der Möglichkeit des Bruchs mit dem bisherigen Umgang mit Kartellen in Deutschland annahmen und die Chance für eine neue Wettbewerbspolitik nutzen wollten.<sup>655</sup> Dieser Gestaltungsanspruch manifestierte sich bereits zwei Jahre nach dem Krieg bei Gesprächen mit den Alliierten über die Konstituierung der Nachkriegswirtschaftsordnung, in denen wissenschaftliche Experten von deutscher Seite angehört wurden. 1947 brachte Walter Eucken die Ideen der neoliberalen Schule bei den Alliierten vor und forderte in Einklang mit der amerikanischen Anti-Trust-Bewegung ein radikales Kartellverbot, verbunden zugleich mit dem Hinweis auf die Möglichkeit von Ausnahmenregelungen bei natürlichen Monopolen: „Kartelle, Syndikate usw. sind zu verbieten und als rechtsunwirksam zu erklären. Konzerne, Trusts und monopolistische Einzelunternehmen sind zu entflechten oder aufzulösen,

---

<sup>653</sup> Im Oktober 1950 signalisierte die Alliierte Hohe Kommission sogar dem Bundeskanzler in einem Brief, dass die Bundesregierung ein Gesetz entwerfen solle, dass die bisher von den Alliierten durchgeführte Entflechtung der Großindustrie ebenfalls umfassen sollte. Dies spornte die Bemühungen der Bundesregierung an. Vgl. BA, Sign. B 102/17078, Heft 2, Entwurfsstadien des Kartellgesetzentwurfs, Brief des Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission Ivone Kirkpatrick an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 26.10.1950.

<sup>654</sup> Zur Haltung der Alliierten gegenüber der Kartellgesetzgebung vgl. Robert 1976, S. 86-89.

<sup>655</sup> Vgl. Robert 1976, S. 61.

soweit nicht technische oder volkswirtschaftliche Sachverhalte eine solche Entflechtung oder Auflösung unmöglich machen.“<sup>656</sup>

*Der Josten-Entwurf und das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats zur Monopolgesetzgebung vom 24. Juli 1949 – die neoliberale Schule meldet sich zu Wort*

Grundlegende Unterstützung für einen kartellkritischen Kurs bekam das BMWi von Seiten der Wissenschaft und von Teilen der in der Verwaltung für Wirtschaft zuständigen Beamten. Diese beiden Gruppen von Personen hatten sich bereits frühzeitig mit der Frage der Monopolgesetzgebung beschäftigt und sich dazu ebenso früh deutlich öffentlich geäußert. Erstmals geschah dies mit politischer Absicht mit der Erarbeitung eines Entwurfes für ein Kartellgesetz im Rahmen der Arbeit des wissenschaftlichen Beirats der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt am Main zwischen 1947 und 1948.<sup>657</sup> Mitglieder der VfW und Kartellexperten aus der Wirtschaftswissenschaft, darunter einige neoliberale Wissenschaftler<sup>658</sup>, hatten einen auf dem Verbotsprinzip basierenden Gesetzesentwurf – den sogenannten Josten-Entwurf - erarbeitet, der keine Ausnahmen vorsah, bewusst grundlegend mit der gescheiterten Missbrauchsgesetzgebung der 1920er und 1930er Jahre

---

<sup>656</sup> Bundesverband der Deutschen Industrie 1954, S. 70.

<sup>657</sup> Die grundlegenden Schriften zu einer liberalen Wettbewerbspolitik wurden bereits in Kapitel 3 dieser Arbeit vorgestellt. Die wissenschaftlichen Ursprünge einer Monopolgesetzgebung stammen also bereits aus den 1930er Jahren.

<sup>658</sup> Franz Böhm beteiligte sich intensiv an der Erstellung des Josten-Entwurfs und forderte neben dem erstellten Entwurf, dass Regierung und sämtliche Ministerien auf eine wettbewerbsfördernde Politik verpflichtet würden. Vgl. BA, Sign. B 102/316863 AE 1/2, fol. 1, Diktat von Prof. Franz Böhm auf der Tagung in Königstein/Taunus, 07.04.1949.



brach und ein Monopolamt zur Gewährleistung eines dauerhaften Wettbewerbs vorsah.<sup>659</sup> Der zentrale Akteur, der hinter diesem Entwurf steckte, war der oben bereits erwähnte Paul Josten, leitender Beamte der VfW. Josten hatte vor dem Krieg das Kartellreferat im Reichswirtschaftsministerium geleitet und sich auf Basis dieser Erfahrung für ein weitreichendes Verbotprinzip stark gemacht.<sup>660</sup>

Alle im wissenschaftlichen Beirat des BMWi vertretenen Schulen der Volkswirtschaftslehre waren sich in der Frage der Monopolbekämpfung einig und betonten die Zentralität derartiger Maßnahmen für das Funktionieren der Wirtschaftsordnung.<sup>661</sup> So hieß es im ersten Gutachten zum Sachverhalt der Monopolgesetzgebung von 1949 einleitend: „Eine wirksame Politik der Monopolbekämpfung würde von den verschiedenen wirtschaftspolitischen Richtungen, unbeschadet ihrer besonderen Auffassung über die wünschenswerte Gestalt der Wirtschaftsordnung, unterstützt werden. [...] Der Beirat sieht in der Monopolbekämpfung eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart [...].“<sup>662</sup> Eine Tendenz zum Verbotprinzip lässt sich in demselben Gutachten ebenfalls verzeichnen: „Hiernach kommt

---

<sup>659</sup> Zum Josten Entwurf vgl. BA, Sign. B 102/17071, Heft 1, Entwurf zu einem Gesetz zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und zu einem Gesetz über das Monopolamt mit Stellungnahme des Sachverständigen-Ausschusses und Minderheitsgutachten.

<sup>660</sup> Der Josten-Entwurf wurde kurz nach Abschluss breit rezipiert, vor allem auch von der Industrie, die davon am meisten betroffen gewesen wäre. In den Akten im Bundesarchiv zum Josten-Entwurf finden sich zahlreiche Bestellanfragen von Industrie- und Handelskammern. Vgl. BA, Sign. B 102, 17071, Heft 2, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, diverse Bestellungen von Industrie- und Handelskammern im Jahre 1950.

<sup>661</sup> Auch der Vorgänger des BMWi-Beirats, der wissenschaftliche Beirat der VfW, hatte sich bereits am 18.04.1948 positiv zu einem strikten Kartellgesetz geäußert. Vgl. BA, Sign B 102/17073, Begründung zum Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung.

<sup>662</sup> Bundesministerium für Wirtschaft 1973, S. 41f.

es in erster Linie darauf an, durch eine Vielzahl wirtschaftspolitischer und gesetzgeberischer Maßnahmen schon der Entstehung konkurrenzbeschränkter Machtgebilde entgegenzuwirken.“<sup>663</sup> Und schließlich empfahl der Beirat die Einrichtung eines Monopolamtes als einer unabhängigen Bundesbehörde, die über ähnliche politische Unabhängigkeit wie die Zentralbank verfügen solle: „Zur Nichtigkeitserklärung, Durchführung der Auflösungen und für die Handhabung der Monopolaufsicht sollte ein Monopolamt als eine unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Bundesbehörde errichtet werden.“<sup>664</sup>

Die Stimmen aus der Vfw und dem BMWi-Beirat gaben von Beginn an Rückendeckung für ein Kartellgesetz, dass dem Verbotsprinzip verpflichtet sein sollte. Auch zu späteren Zeitpunkten blieb es bei dieser Rückendeckung, wie der weitere Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zeigen wird. Dies war eine nicht unbedeutende Referenz für den Bundeswirtschaftsminister in den zukünftigen politischen Auseinandersetzungen. Gleichwohl wurde der Josten-Entwurf – wie ‚Die Welt‘ Ende Juli 1949 schrieb – kurz nach seiner Veröffentlichung erst einmal „klanglos zu Grabe getragen.“<sup>665</sup>

*1948: Die grundlegenden Schriften zur Wettbewerbspolitik in der Zeitschrift ORDO*

---

<sup>663</sup> Ebd., S. 42.

<sup>664</sup> Bundesministerium für Wirtschaft 1973, S. 45.

<sup>665</sup> BA, Sign. BA 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Heinz-Dietrich Ortlieb, Frankfurter Unvollendete, in: *Die Welt*, 26.07.1949.

Nicht nur auf der Ebene der wirtschaftspolitischen Beratung meldete sich die neoliberale Schule der Volkswirtschaftslehre zu Wort. Auch mit der Veröffentlichung des ersten Bandes der wissenschaftlichen Zeitschrift *ORDO* im Jahre 1948 lieferten mehrere Akteure wichtige Beiträge zur Frage der wirtschaftlichen Neuordnung Westdeutschlands. Sie diskutierten dabei selbstverständlich auch die Wettbewerbspolitik und ihre Ausgestaltung.

Insgesamt vier der zwölf Beiträge des ersten Bandes behandelten mehr oder weniger intensiv die Frage der Wettbewerbsordnung und den Umgang mit Monopolen und Kartellen innerhalb dieser Ordnung. Der Aufsatz von Walter Eucken kritisierte zunächst den fördernden Einfluss des Staates auf die Kartellbildung in den modernen Industriestaaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert: „Die Monopolbildung kann durch den Staat selbst provoziert werden, etwa durch seine Patentpolitik und seine Handelspolitik, seine Steuerpolitik usw. So geschah es in der neueren Wirtschafts- und Staatengeschichte häufig. Erst begünstigt der Staat die Entstehung privater wirtschaftlicher Macht und wird dann von ihr teilweise abhängig.“<sup>666</sup> Eucken spricht in diesem Kontext von einer „Interdependenz der Ordnungen“<sup>667</sup>, in diesem Fall zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Ordnungen und folgert daraus, dass die unterschiedlichen Ebenen von Gesellschaft sich gegenseitig beeinflussen und deshalb eine Konsistenz der Ordnungen vonnöten ist. Wenn die Politik also keine Kartelle will, dann muss sie auch entsprechende politische Rahmenbedingungen schaffen. Der Aufsatz von Wilhelm Röpke zu ‚Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft‘ greift die Frage

---

<sup>666</sup> Eucken 1948, S. 72.

<sup>667</sup> Eucken 1948, S. 72.

der Kartelle anders als Eucken nicht theoretisch, sondern konkreter auf. Röpke konstatierte, dass Monopole und Kartelle durchweg negative Konsequenzen für eine Volkswirtschaft haben, da sie zu fragwürdiger Machtkonzentration innerhalb einer Gesellschaft führten, die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung hemmten und durch ihr großes Gewicht und die damit verbundene Abhängigkeit der Gesellschaft von ihnen zu mehr systemischer Instabilität führten: „Großbetrieb bedeutet Zusammenballung und Zusammenballung heißt Konzentration der Macht, wirtschaftlicher, sozialer und schließlich auch politischer Macht. [...] Konzentration aber heißt auch zugleich, zum mindestens der Tendenz nach, steigende *Unstabilität* des Wirtschaftslebens, steigende Empfindlichkeit gegen die Püffe und Stöße des Marktes und *geringere Geschmeidigkeit* sie zu parieren.“<sup>668</sup> Der Aufsatz von Leonhard Miksch ‚Zur Theorie des Gleichgewichts‘ griff die Kartellfrage auf der demokratietheoretischen Ebene auf und kam zu dem Schluss, dass Kartelle und Monopole und die damit verbundene Marktmacht nicht nur die Tendenz der Wirtschaft zum Gleichgewicht unterminierten, sondern auch schlecht mit wirtschaftsdemokratischen Elementen und freier Marktwirtschaft – hier Verkehrswirtschaft genannt – vereinbar seien: „Sachlich aber ist das Monopol eine Befehlswirtschaft, die, weil das Gesetz der großen Zahl nicht mehr erfüllt ist, den Rahmen einer reinen Verkehrswirtschaft an einer bestimmten Stelle sprengt und die Gleichgewichtstendenz in dem Maße außer Kraft setzt, in dem der Bereich des Monopols sich ausdehnt oder verschiedene Märkte mit Monopolen durchsetzt werden, bis schließlich das

---

<sup>668</sup> Röpke 1948, S. 166f.

universelle Monopol in die reine Befehlswirtschaft übergeht.“<sup>669</sup> Schließlich griff Franz Böhm in seinem Aufsatz die Frage der Kartelle aus rechtshistorischer Perspektive auf und kritisierte das Reichsgerichtsurteil von 1897, dass Kartellvereinbarungen legalisierte und positiv bejahte, daher Machtkonzentration in der Wirtschaft des Deutschen Reiches und in Folge massiv beförderte und so zu einer Unterminierung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft geführt habe: „Die Tatsache, daß das RG [Reichsgericht; Anmerkung M.B.] die Kartellverträge nicht nur für rechtswirksam erklärt, sondern in seiner Urteilsbegründung auch so überaus positiv gewertet und idealisiert hat, hat zur Folge gehabt, daß der Neigung der Unternehmer vieler und wichtiger Industriezweige, sich zu kartellieren, ein außerordentlicher Auftrieb zuteil geworden ist. Deutschland ist das klassische Land der Kartelle geworden.“<sup>670</sup> Böhm nannte die deutsche Volkswirtschaft eine „durch und durch vermachete Verkehrswirtschaft.“<sup>671</sup>

Der erste Band des *ORDO* lieferte also bereits ein Jahr vor Gründung der Bundesrepublik eine umfassende Kritik des deutschen Kartellwesens aus unterschiedlichen Perspektiven. Wenn hier auch noch nicht die konkrete Form der Gesetzgebung diskutiert wurde, so zeigt diese Publikation dennoch eine deutlich kartellfeindliche Grundstimmung der Verfasser auf. Die wissenschaftliche Fundierung dieser Kritik war mit diesem Band geliefert und bot eine hilfreiche Referenz für politische Debatten über das Kartellgesetz. Die häufige Auseinandersetzung mit dem Thema der Kartelle und Monopole im

---

<sup>669</sup> Miksch 1948, S. 187.

<sup>670</sup> Böhm 1948, S. 211f.

<sup>671</sup> Ebd., S. 212.

ersten Band des *ORDO* zeigt ferner, wie bedeutsam das Thema für die Neoliberalen der Nachkriegszeit und auch in der zeitgenössischen – von den Alliierten beeinflussten – wissenschaftlichen Diskussion war und welche Signifikanz sie der Regelung der Kartellfrage zumaßen.

In den darauffolgenden Bänden des *ORDOS* spielten das Kartellgesetz und die damit verbundene Wettbewerbspolitik immer eine Rolle. Mindestens ein Aufsatz pro Band thematisierte entweder die Frage der Wettbewerbsordnung, den Umgang mit Monopolen oder das Kartellgesetz selbst. Dabei kamen unterschiedliche Protagonisten der neoliberalen Schule zu Wort und äußerten sich zur Kartellfrage. Tabelle 2 zeigt, welcher Wissenschaftler sich in welchem Band des *ORDOS* zur Kartellfrage zu Wort meldete:

<b>Jahr</b>	<b>Band</b>	<b>Autor</b>	<b>Aufsatztitel</b>
<b>1949</b>	II	Walter Eucken	Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung
<b>1950</b>	III	Walter Eucken	Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft
<b>1950</b>	III	Heinrich Kronstein	Die Politik des Wettbewerbs in den Vereinigten Staaten von Amerika
<b>1950</b>	III	Burkhardt Röper	Der wirtschaftliche Hintergrund der Kartell-Legalisierung durch das Reichsgericht 1897

<b>1951</b>	IV	Harold Rasch	Über die Literatur zu den Entwürfen eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung
<b>1953</b>	V	Friedrich A. Lutz	Einwände gegen die Wettbewerbsordnung. Ein Gespräch mit Studenten
<b>1954</b>	VI	Fritz W. Meyer	Warum feste Preise für Markenartikel. Auseinandersetzung mit einer Interessentenideologie
<b>1955</b>	VII	Fritz W. Meyer	Zur wirtschaftspolitischen Lage in der Bundesrepublik
<b>1955</b>	VII	Harold Rasch	Neues Schrifttum zum Kartellproblem
<b>1956</b>	VIII	Friedrich A. Lutz	Bemerkungen zum Monopolproblem
<b>1957</b>	IX	Mestmäcker, Ernst-Joachim	Dekartellierung und Wettbewerb in der Rechtsprechung der deutschen Gerichte

*Tabelle 2: Überblick über Publikationen im ORDO zum Kartellgesetz 1949-1957, eigene Darstellung.<sup>672</sup>*

---

<sup>672</sup> Vgl. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1949-1957.

Ein deutlicher zeitlicher Schwerpunkt liegt dabei auf den frühen Jahren zwischen 1948 und 1950, in denen Walter Eucken und Leonhard Miksch noch lebten, Fragen zur Wettbewerbsordnung in den Vordergrund der wissenschaftlichen Debatte rückten und versuchten, Grundpositionen zu diesem Sachverhalt zu setzen. Dass eine einheitliche Position zur politischen Auseinandersetzung um das Kartellgesetz erst nach dem Tod von Miksch und Eucken gelang, ist nicht zuletzt ihren kleinen, politisch jedoch bedeutsamen Differenzen zuzuschreiben.

### *Die Ausnahmerolle von Leonhard Miksch in der neoliberalen Schule*

In überraschender Weise äußerte sich Miksch 1950 in der Öffentlichkeit zum anstehenden Kartellgesetz. Im März 1950 meldete er sich in der *FAZ* zu Wort und sprach sich für die Erlaubnis von Kartellen in bestimmten Branchen aus. Dort hieß es: „Sind Kartelle nützlich? Nein! Aber sie sind auf einigen Märkten nicht zu entbehren. Und wo sie unentbehrlich sind, brauchen sie nicht schädlich zu sein, wenn man sie richtig organisiert, wozu ich schon vor zwölf Jahren konkrete Vorschläge gemacht habe.“<sup>673</sup>

Miksch votierte hier also anders als viele seiner neoliberalen Kollegen für eine auf dem Missbrauchprinzip basierende Gesetzgebung in bestimmten Teilbereichen der Volkswirtschaft. Die 12 Jahre zurückliegenden Vorschläge, auf die Miksch in seinem Artikel verwies, findet man in seinem Buch zur Wettbewerbsordnung von 1937, in dem er sich für eine mit umfassenderen

---

<sup>673</sup> Leonhard Miksch, Gibt es nützliche Kartelle?, in: *FAZ*, 07.03.1950, S. 7.



Instrumenten als in der Weimarer Zeit ausgestattete Mißbrauchskontrolle von Kartellen ausspricht.<sup>674</sup>

Diese Stellungnahme Mikschs markierte einen deutlichen Bruch mit anderen Theoretikern der neoliberalen Schule. Dies lässt zwei Schlussfolgerungen zu. Erstens spiegelte sich in diesen Äußerungen die Uneinigkeit neoliberaler Wissenschaftler vor dem Tod von Miksch im September 1950 wider. Diese Uneinigkeit äußerte sich auch noch an anderer Stelle, unter anderem in einem Vortrag von Miksch zur Wettbewerbsgesetzgebung, der den Bruch mit Böhm's Vorstellungen eines generellen Kartellverbots benannte.<sup>675</sup> Dort formulierte Miksch den Bruch mit Böhm explizit: „Die Restriktionsidee meines Freundes Böhm, mit dem ich hier leider nicht einer Meinung bin – wir haben das erst neulich in Freiburg wieder festgestellt – schafft der Dekartellisierung oder der Wettbewerbsordnung an dieser Stelle mehr Feinde als wirklich nötig, und ich glaube, das sollte man immer vermeiden.“<sup>676</sup> Zweitens lässt dieser Bruch in den wettbewerbpolitischen Vorstellungen der Neoliberalen auch das unten noch zu erläuternde anfängliche Zögern von Erhard in der Wettbewerbsgesetzgebung in einem anderen Lichte erscheinen. Man kann davon ausgehen, dass sich Erhard seines Umgangs mit den Kartellen im Jahre 1949 selbst nicht so ganz sicher war und darin durch den ihm

---

<sup>674</sup> Vgl. Miksch 1937.

<sup>675</sup> Dieser Bruch und die divergierenden Vorstellungen Miksch wurden auch im BMWi wahrgenommen. Vgl. ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-039, Leonhard Miksch, Der Schutz des Wettbewerbs im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft. Referat auf der Tagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten am 20. März 1950 in Weinheim a.d. Bergstr.

<sup>676</sup> Vgl. ebd.

nahestehenden Miksch durchaus bestärkt wurde.<sup>677</sup> Die einheitlichen Vorstellungen hin zum Verbotsprinzip konnten sich erst entwickeln, als Miksch und Eucken beide tot und deren unterschiedliche Positionen zur konkreten Ausgestaltung der Wettbewerbsgesetzgebung nicht mehr so präsent waren.

Böhm, Röpke und Rüstow als die Wissenschaftler, die bei Erhard das meiste Gehör fanden, waren Vertreter eines umfassenden Verbotes von Kartellen. Zwar findet man Zweifel an der Verbotsgesetzgebung auch bei Müller-Armack, dieser aber war nicht so ein eindeutiger Vertreter des Missbrauchsprinzips wie Miksch es war.

### *Die ersten Gesetzesentwürfe des BMWi und die Rolle der Ministerialbürokratie 1949 - 1951*

Durchaus anders als der Beirat des BMWi positionierte sich ein Teil der Ministerialbeamten desselben Ministeriums. Erkennt man beim Beirat des Ministeriums eine Haltung, die das Verbot zum Grundprinzip des Gesetzes erklärte, so lässt sich diese Haltung in der Ministerialbürokratie nicht so eindeutig wiederfinden.<sup>678</sup> Weder bei den Staatssekretären noch bei den leitenden Beamten war die Leitlinie des Verbotsprinzips anzutreffen. Da man zu diesem Zeitpunkt der deutschen Ministerialbürokratie, ihrem Sachverstand und ihrem Gestaltungswillen, ein durchaus beträchtliches politisches Eigengewicht zuschreiben kann, ist dies von Bedeutung für die Ausgestaltung des Kartellgesetzes.<sup>679</sup>

---

<sup>677</sup> Zum Verhältnis von Erhard und Miksch vgl. Berndt und Goldschmidt 2000, S. 5ff.

<sup>678</sup> Vgl. Robert 1976, S. 120f.

<sup>679</sup> Vgl. ebd., S. 119.

Der Haltung der Ministerialbeamten kommt dabei vor allem anfangs – zwischen März 1949 und Januar 1950 – eine besonders große Rolle zu, weil sich Erhard als zuständiger Minister in diesem Zeitraum nicht so stark wie ab Januar 1950 um die Wettbewerbsgesetzgebung kümmerte. Dies hängt nicht zuletzt mit dem fehlenden Druck der Alliierten zusammen, denn die Alliierten hielten sich seit ihrem Memorandum vom März 1949 bis März 1950 erst einmal in der westdeutschen Wettbewerbspolitik zurück. Dies hängt aber auch mit der anfänglichen Überforderung des Ministers mit seinem neuen Posten in der Bundesregierung zusammen, die zeitweise zu chaotischen Zuständen im BMWi führte und die zu einer deutlichen Verstimmung des Bundeskanzlers gegenüber seinem Wirtschaftsminister führten.<sup>680</sup> Im für das Kartellgesetz zuständigen Bundestagsausschuss für Wirtschaftspolitik konnte Erhard im Dezember 1949 nicht einmal die Anzahl der bereits im Ministerium entstandenen Entwürfe angeben.<sup>681</sup> Dies verdeutlicht des Ministers anfänglich ignorante oder aber überforderte Haltung gegenüber dem Kartellgesetz.<sup>682</sup>

Der für das Gesetz zuständige Beamte Günther erarbeitete deshalb auch zunächst Entwürfe, die kein Verbotprinzip enthielten. Auch wenn Günther eine neoliberale wirtschaftspolitische Grundhaltung besaß, so hatte dieser

---

<sup>680</sup> Vgl. ebd., S. 120.

<sup>681</sup> Zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik vgl. BA, Sign. B 102/316863, AE 2/2, fol. 1, 3. Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags am 14.12.1949.

<sup>682</sup> Vgl. Robert 1976, S. 124.

anfangs einen weitaus flexibleren Umgang mit seiner grundlegenden theoretischen Ausrichtung in Fragen der Wettbewerbspolitik.<sup>683</sup> Daran änderte auch ein Memorandum von Erhard am 4. November 1949 nichts, in dem er seine Ministeriumsmitarbeiter dazu aufforderte einen Entwurf zu erarbeiten, der das Verbotsprinzip des Josten-Entwurfs aufnahm und gleichzeitig bei den Ausnahmen Kompromissbereitschaft gegenüber der Industrie signalisierte.<sup>684</sup> In diesem Zusammenhang kam es auch zu Besprechungen zwischen Industrievertretern und dem BMWi, die unter Anwesenheit Erhards durchaus kontrovers verliefen.<sup>685</sup> Die ersten drei Entwürfe aus dem Bundeswirtschaftsministerium, von denen der zweite und dritte gemeinsam mit Vertretern der Länder erarbeitet wurden, enthielten dennoch kein Kartellverbot und bestimmten die Linie in der Kartellgesetzgebung bis Dezember 1949.<sup>686</sup>

---

<sup>683</sup> Während der Erarbeitung der ersten Entwürfe waren auch Vertreter der Industrie in Besprechung zu Rate gezogen worden. Vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Liste der eingeladenen Industrievertreter für eine Besprechung zum Kartellgesetz am 17.10.1949.

<sup>684</sup> Vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 170f.

<sup>685</sup> Am 17. November kam es zu einer Besprechung zwischen Vertretern des BMWi und Vertretern der Spitzenverbände der Industrie. Vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 2, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Niederschrift über eine Besprechung zwischen Vertretern der Industrie und Professor Dr. Erhard am 17. November 1949 in Bonn.

<sup>686</sup> Vgl. Robert 1976, S. 124. Die einzelnen Entwürfe liegen im Bundesarchiv vor. Sie wurden allesamt noch im alten Sitz der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt am Main/Höchst erstellt. Vgl. BA, Sign. B 102/17080, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen: 1. -5. Entwurf.

Der oben beschriebene Gestaltungsspielraum der Ministerialbürokratie verengte sich nach dem dritten Entwurf im Dezember 1949 deutlich.<sup>687</sup> Dies geschah aus zwei sich gegenseitig bedingenden und verstärkenden Gründen. Zum einen kam es zu Gerüchten, dass die Alliierten im Sinne einer amerikanischen Anti-Trust-Gesetzgebung radikal in die Kartell- und Monopolgesetzgebung mit neuen Verordnungen eingreifen würden, was in der deutschen Politik, insbesondere auf Regierungsseite für Panik sorgte und Bundeswirtschaftsminister Erhard in Zugzwang brachte. Denn man wollte im Bereich der Wettbewerbspolitik unbedingt die erst kürzlich zugestandene Souveränität der Bundesrepublik bewahren. Zum zweiten veranlassten die Gerüchte Bundeswirtschaftsminister Erhard, seine wettbewerbspolitische Position öffentlich deutlich zu konkretisieren und sich infolge energischer einer Kartellgesetzgebung zu widmen.<sup>688</sup> Insgesamt wurden in der Zeit zwischen Dezember 1949 und April 1950 fünf weitere Entwürfe für das Kartellgesetz erarbeitet, wobei die entscheidende Veränderung ab dem vierten Entwurf die Einarbeitung des Verbotsprinzips in § 1 des Gesetzes war.<sup>689</sup> Erhard stellte erstmals einen der Entwürfe am 13. Januar 1950 im Kabinett vor und kündigte dort an, dass dieser in Bälde den Bundesministern zugestellt werden

---

<sup>687</sup> Vgl. hierzu auch die Besprechung von Vertretern des BMWI, der Wissenschaft und der Privatwirtschaft in Königstein im Dezember 1949, in der die bisherigen Entwürfe kritisch diskutiert wurden. BA, Sign. B 102/17075, Protokoll der Besprechung des Gesetzesentwurfes in Königstein am 29.11.1949: Entwurf (Teilnehmer RA Etzel, Prof. Böhm, Petrick u.a.).

<sup>688</sup> Vgl. Robert 1976, S. 127-132.

<sup>689</sup> Vgl. hierzu auch die ministeriellen Besprechungen zum Kartellgesetz unter der Leitung von Eberhard Günther. BA, Sign. B 102/133895, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Vermerk über eine Besprechung betreffend den „Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (Kartellgesetz) am 23.01.1950.

würde.<sup>690</sup> Im Bundeskabinett legte Erhard also von Beginn eine Fassung des Kartellgesetzes vor, die das Verbotsprinzip enthielt. Interessant ist dabei in der Tat, dass erst der Druck der Alliierten erneut Anstoß dazu gab, dass sich im Bereich der Wettbewerbsgesetzgebung etwas tat.

Allerdings führte der weiter bestehende Druck der USA nicht dazu, dass es zu einer Verschärfung der Gesetzesentwürfe in die Richtung kam, dass eine vollständige Unterbindung von Kartellstrukturen möglich werden konnte. Zu widersprüchlichen Signalen von Seiten der Alliierten kam es immer wieder. Insbesondere eine Rede des französischen Hohen Kommissars André François-Poncet stärkte die Position der Industrieverbände, die auf eine Missbrauchsgesetzgebung bestanden. In seiner Rede am 24. Januar 1950 war er Erhards neuerlicher Initiative in den Rücken gefallen, indem er sich für mehr wirtschaftliche Planung von Staatsseite und für die Nützlichkeit von

---

<sup>690</sup> Vgl. Protokoll der 35. Kabinettsitzung am 13.01.1950, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_4.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1_2/kap2_3/para3_4.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Kartellen aussprach.<sup>691</sup> Infolge hatten sämtliche Ministerien und Industrieverbände gegenüber dem BMWi Ausnahmeregelungen für die sie betreffenden Wirtschaftszweige eingefordert.<sup>692</sup>

Dass es einige Monate später dann dennoch bei einem auf dem Verbotsprinzip basierenden Kurs des BMWi blieb, hing eng damit zusammen, dass die Amerikaner Erhard erneut in internen Besprechungen unter Druck gesetzt hatten. Die Amerikaner machten dabei deutlich, dass sie erstens keine Missbrauchsgesetzgebung akzeptieren würden und dass sie zweitens eine deutliche Reduzierung der Ausnahmen vom Verbotsprinzip gegenüber dem Januarentwurf erwarteten.<sup>693</sup> Zwischen Mai 1950 und September 1951 entstanden vier weitere Gesetzesentwürfe. Auf Basis von Erhards Positionen wurden bis Juni 1950 ministerielle Richtlinien für die Arbeit am Gesetzesentwurf erstellt, was auch Erhards gestiegenes Interesse an der Wettbewerbsgesetzgebung dokumentiert. Gleichzeitig wurde der bereits am Josten-Entwurf beteiligte Senatspräsident a.D Köppel damit beauftragt, im Rahmen dieser Richtlinien an einem neuen Gesetzesentwurf zu arbeiten, der sich

---

<sup>691</sup> Vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 174. Vgl. auch den spöttischen Artikel von Adolf Sonnenschein in der *Textil-Zeitung* im April 1950, in dem der Autor das Kartellverbot mit seinen Ausnahmeregelungen im aktuellen Kartellgesetzentwurf mit einem Schweizer Käse vergleicht, „der nur noch aus Löchern bestehe.“ BA, Sign. B 102/17076, Heft 3, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Adolf Sonnenschein, Kartell und Marktordnung, in: *Textil Zeitung*, 29.04.1950.

<sup>692</sup> Vgl. hierzu exemplarisch die Anfrage von Robert Pferdmenzes hinsichtlich einer Ausnahme für die Energiebranche. BA, Sign. B 102/17076, Heft 3, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Briefwechsel zwischen Robert Pferdmenzes und Ludwig Erhard am 02.05.1950 und 26.05.1950.

<sup>693</sup> Vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 174f.

stärker an neoliberale Positionen anlehnen sollte.<sup>694</sup> Trotz der Tatsache, dass die Alliierten der Bundesregierung im September 1950 die Erlaubnis erteilten, den Kartellgesetzentwurf um Bestimmungen zur Entflechtung von marktbeherrschenden Unternehmen zu ergänzen, wurde dieses Zugeständnis bis 1951 nicht von Köppel für eine Verschärfung des Entwurfes genutzt.<sup>695</sup> Offensichtlich wurde Köppel aber auch von Erhard nicht dazu angehalten dies zu tun. Dies hing vermutlich damit zusammen, dass man dem im Gesetzesentwurf vorgesehenen Monopolamt nicht die Entscheidung über die politisch brisante, gleichwohl aber kartellmäßig hochrelevante Frage der Entflechtung übertragen wollte. Die sachte Vorgehensweise Erhards mit dem Kartellgesetz lässt sich an drei Punkten festmachen: Erstens forderte Erhards nicht rigoros die Einhaltung der zuvor erstellten Richtlinien ein, sondern ließ Köppel recht viel Spielraum. Zweitens ließ es Erhard zu, dass die Ausnahmen für die Erlaubnis von Kartellen im Gesetzesentwurf zunahmen. Dies galt für Konjunkturkrisen-, Export- und Rationalisierungskartelle. Drittens nutzte Erhard nicht die Chance die von den Alliierten übertragene Kompetenz für die Entflechtung von marktbeherrschenden Großunternehmen in den Gesetzesentwurf zu integrieren, sondern ließ diesen entscheidenden Aspekt einer ernsthaften deutschen Dekartellierung außen vor. Auch wenn

---

<sup>694</sup> Zum Beschluss Köppel zu beauftragen vgl. ebd., Vermerk für Herrn Staatssekretär Dr. Schlafejew über das Ergebnis der Besprechung mit Herrn Minister Dehler und Herrn Staatssekretär Strauss am 04.05.1950 im Hotel Königshof in Bonn.

<sup>695</sup> Trotz Druck von Seiten der Alliierten Behörden erfolgte in diesem Fall keine Verschärfung des Entwurfs. Vgl. den Bericht über eine Unterredung mit dem Leiter der amerikanischen Dekartellisierung. BA, Sign. B 102/17082, Heft 2, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Bericht vom 06.08.1951 von Roland Risse an Staatssekretär Ludger Westrick über Rücksprache zusammen mit Herrn Dr. Günther bei M. Kelleher, dem Leiter der amerikanischen Dekartellisierung am 06.08.1951.



Erhard streng darüber wachte, dass das Verbotsprinzip im Gesetzesentwurf erhalten blieb, so war er in Auseinandersetzungen mit den anderen Ressorts und den Interessengruppen offensichtlich zu Zugeständnissen bereit, die von seinen wissenschaftlichen Vorstellungen einer Wettbewerbspolitik abwichen.<sup>696</sup>

*Die Öffentlichkeitsarbeit des Bundeswirtschaftsministers: Von grundsätzlichen Ausführungen zur Kartellfrage im ‚Volkswirt‘ zur Grundsatzrede zur Wirtschaftspolitik auf dem CDU Parteitag in Goslar im Herbst 1950*

Doch zunächst begann Erhard ab Dezember 1949 unentwegt in der Öffentlichkeit über die – aus seiner Sicht – große Bedeutung eines umfassenden Kartellgesetzes für die westdeutsche Wirtschaftsordnung zu sprechen und zu publizieren.<sup>697</sup> Hatte er sich bislang nur abstrakt zugunsten einer den Leistungswettbewerb befördernden Monopolgesetzgebung geäußert,<sup>698</sup> so wurden seine öffentlichen Äußerungen gegen Kartelle und Monopole fortan konkreter. Auch wenn man im Wahlkampf im Juli 1949 bereits radikale Äußerungen von Erhard vorfindet, so sollte man diese im Kontext des Wahlkampfes nicht überbewerten.<sup>699</sup> Den Auftakt zu wirklich konkreteren Vorstellungen machte ein vom Duktus her wissenschaftlicher Artikel im *Volkswirt* vom 16. Dezember 1949, in dem Erhard ausführte, dass in Zukunft für

---

<sup>696</sup> Zum gesamten Absatz vgl. Robert 1976, S. 132-137.

<sup>697</sup> Zur Öffentlichkeitskampagne von Erhard vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 172f.

<sup>698</sup> Vgl. beispielsweise Erhard 1988c, S. 212f.

<sup>699</sup> In der Heidenheimer Zeitung forderte Erhard beispielsweise im Rahmen des Wahlkampfes am 29. Juli die Auflösung von Kartellen und Monopolen. Vgl. Erhard 1988g, S. 215.

Kartelle kein Platz in der Wirtschaft der Bundesrepublik sei.<sup>700</sup> Dem vorausgegangen war ein Artikel im *Volkswirt*, der Anfang November ein Kartellverbot scharf kritisierte und die gewichtige Rolle von Kartellen bei der Stabilisierung von Volkswirtschaften betonte, ihren gesamtwirtschaftlichen Nutzen also rechtfertigte und davor warnte, dass ein übereiltes Kartellgesetz als „politisches Kampfinstrument gegen den privaten Wirtschaftssektor“ eingesetzt werden könne.<sup>701</sup> Seine „deutlich ablehnende Haltung gegenüber kartellmäßigen Bindungen“<sup>702</sup> begründete Erhard vor allem damit, dass sie die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft unterminierten.<sup>703</sup> Auch warf er den deutschen Unternehmern Heuchelei vor, wenn sie auf der einen Seite die Vollbeschäftigungsforderung der Gewerkschaften kritisierten und auf der anderen Seite kartellmäßige Absprachen für legitim hielten.<sup>704</sup> Erhard diffamierte ferner das Kartellwesen der 1930er Jahre als „Entartung der Marktwirtschaft“<sup>705</sup> und brachte dessen Auswüchse in Verbindung mit der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland.<sup>706</sup> Dem Artikel lässt sich zwar noch nicht explizit entnehmen, dass Erhard das Verbotsprinzip im Kartellgesetz favorisierte. Aber die Stellungnahme war ein öffentliches Signal, dass der Bundeswirtschaftsminister sich fortan in die Frage des Kartellgesetzes einmischen würde. Dieses Signal ging auch an sein eigenes Ministerium, das aufmerksam seine Stellungnahmen verfolgte und daraufhin auch – wie der

---

<sup>700</sup> Erhard 1988b.

<sup>701</sup> Vgl. hierzu Ueberstürzung kann gefährlich sein, in: FAZ, 09.11.1949, S. 7.

<sup>702</sup> Erhard 1988b, S. 222.

<sup>703</sup> Vgl. ebd., S. 217f.

<sup>704</sup> Vgl. ebd., S. 218.

<sup>705</sup> Vgl. ebd., S. 221.

<sup>706</sup> Vgl. ebd., S. 221.

vorherige Abschnitt beschrieben hat – seine Entwürfe für das Gesetz entsprechend anpasste.<sup>707</sup>

Es folgten im Januar 1950 Artikel in der Tageszeitung *Die Welt* und in der *Neuen Zeitung*. Bei dem Artikel in *Die Welt* handelte es sich um eine Replik auf einen offenen Brief vom 31.12.1949 des Unternehmers Otto A. Friedrichs, einem Freund Erhards, der Vorsitzender des Vorstandes der Harburger Gummiwarenfabrik Phoenix A.G. war und später in den Flick-Konzern wechselte und dem Lager der deutschen Großindustrie zuzuordnen ist. Dieser hatte Erhard offen kritisiert, wobei ihm vor allem das offene Ohr des Wirtschaftsministers für informelle Beratungen mit der Privatwirtschaft fehlte und ihm eine die Praxis übergehende Wirtschaftspolitik vorwarf.<sup>708</sup> Damit zielte Friedrichs deutlich auf die öffentlichen Äußerungen Erhards zu einem anstehenden Kartellgesetz. Daraufhin fühlte Erhard sich bemüßigt, ihm umgekehrt öffentlich mitzuteilen, dass eine soziale Marktwirtschaft nur ihr Attribut verdiene, wenn sie auch die preisverzerrende „Kartellherrlichkeit“<sup>709</sup> der 1930er Jahre bekämpfe.<sup>710</sup> Gleichzeitig signalisierte Erhard in dieser Replik erste vorsichtige Kompromissbereitschaft mit dem Unternehmerlager, indem er konstatierte: „Wo deshalb Marktabreden volkswirtschaftlich nützlich erscheinen, werde ich mich nicht um eines Prinzips willen solchen Notwendigkeiten versperren.“<sup>711</sup> Zugleich wehrte sich Erhard gegen weitere

---

<sup>707</sup> Vgl. hierzu Robert 1976, S. 127f.

<sup>708</sup> Vgl. Wünsche der deutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1950. Offener Brief von Otto A. Friedrich an Bundeswirtschaftsminister Erhard, veröffentlicht in: Abelshäuser 1987, S. 97-99.

<sup>709</sup> Erhard und Hohmann 1988, S. 227.

<sup>710</sup> Vgl. ebd.

<sup>711</sup> Ebd.

Angriffe und eine zunehmende Kritik an einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbspolitik von sozialistischer Seite. Dies tat Erhard unter anderem mit seiner Replik auf einen Artikel von Prof. Alfred Weber vom 4. Januar 1950, in dem Weber die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angegriffen hatte. Auch hier führte Erhard das Kartellgesetz als Mittel zur „Entfaltung des Wettbewerbs“ und um die „alten planwirtschaftlichen Rentenpositionen mehr und mehr auflösen“ zu können, an.<sup>712</sup> Erhard sah sich einer eher überraschenden Koalition gegenüber, den vornehmlich im BDI und DIHT organisierten Unternehmerschaft einerseits und Vertretern des Sozialismus andererseits, die beide aus unterschiedlichen Beweggründen gegen eine rigorose Antikartellpolitik öffentlich Stellung nahmen.

Mitte des Jahres 1950 kam es zum Koreakrieg, die wirtschaftspolitische Debatte verschob sich und das Kartellgesetz geriet vorerst in den Hintergrund. Der Druck auf das BMWi und seinen Minister stieg. Selbst in den eigenen Reihen forderte man von der Wirtschaftspolitik staatliche Preisbindungen und Rationierung sowie subventionierende Maßnahmen für die Industrie.<sup>713</sup> Wenn sich Erhard also in den Sommermonaten im Jahre 1950 zu Wort meldete, dann ging es mehr und mehr darum, die erst seit kurzem eingeführten marktwirtschaftlichen Prinzipien zu verteidigen.<sup>714</sup>

---

<sup>712</sup> Ebd., S. 230.

<sup>713</sup> Zu Erhards defensiver Haltung in der Wirtschaftspolitik während der Koreakrise vgl. Nicholls 1994, S. 271-299.

<sup>714</sup> Vgl. beispielsweise die Rundfunkansprache von Erhard am 9. August 1950: Erhard 1988f.

In seiner wirtschaftspolitischen Grundsatzrede auf dem CDU-Parteitag griff Erhard im Herbst 1950 das Thema des Kartellgesetzes erneut auf und präzierte innerhalb seiner Partei seine wettbewerbspolitischen Vorstellungen, hatte er sie doch öffentlich bereits mehrfach angedeutet. Er wollte nun damit in der Partei Fuß fassen.<sup>715</sup> Diese Rede hielt er nicht nur im Namen seines Ressorts, sondern im Namen der Bundesregierung, was ihre Bedeutung zusätzlich brisant machte.<sup>716</sup> Nachdem sich Erhard bereits einige Male öffentlich zur Kartellfrage geäußert hatte – beispielhaft sei hier noch einmal oben dargestellter Artikel im *Volkswirt* vom 16.12.1949 in Erinnerung gerufen<sup>717</sup> – und deutlich gemacht hatte, dass er Kartelle jeglicher Form grundsätzlich erst einmal ablehnte, griff er in seiner Rede das im Entstehen begriffene Kartellgesetz auf. Die Ankündigung des Gesetzesprozesses erfolgte kurz vor Ende seiner Rede und hob die Bedeutung, die er dem „Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft“ zuschrieb, noch einmal durch die gewählte Chronologie hervor. Diese Ansage zum Kartellgesetz zum Ende der Rede war zugleich eine Kampfansage an den industrienahen Flügel der CDU, machte Erhard doch deutlich, dass ein grundsätzliches Kartellverbot Kernbestandteil des Gesetzes sein und außerdem Mittel zur Bekämpfung illegal fortbestehender Monopolstrukturen liefern sollte. Er plante also ein Gesetz, das „die privatwirtschaftliche Ausnutzung von organisatorisch oder juristisch begründeten

---

<sup>715</sup> Interessant ist, dass Erhard das Thema des Kartellgesetzes in seiner wirtschaftspolitischen Rede auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe ein Jahr später am 20. Oktober 1951 nicht erwähnte, da er zunehmend politisch in die Defensive geraten war. Vgl. Erhard 1988d.

<sup>716</sup> Vgl. Bonn/Kartellgesetz. Der siebenjährige Krieg, in: *Der Spiegel*, Mittwoch, 7. Juli 1957, S. 20.

<sup>717</sup> Kartelle im Blickpunkt der Wirtschaftspolitik, in: *Der Volkswirt*, 16.12.1949, in: Erhard und Hohmann 1988, S. 217-223.

Machtpositionen zugunsten eines freien Leistungswettbewerbs unterbindet und der Bundesregierung das gerade heute so wichtige Instrument eines wirksamen Vorgehens gegen offene oder versteckte Preisabreden an die Hand gibt.“<sup>718</sup> Der industrienaher Flügel rund um Höcherl, Pferdenges, Straeter und Hellwig verwarf die Vorschläge von Erhard als realitätsferne Ideen, die „nur im Elfenbeinturm der Wissenschaft Gültigkeit“ hätten.<sup>719</sup>

### *Die Reaktion des BDI auf den Gesetzesentwurf und die Offensive Erhards*

Die Reaktion der Industrie auf die Rede Erhards ließ nicht lange auf sich warten. Nicht nur in den eigenen Reihen, also innerhalb der CDU, formierte sich der Widerstand aus industrienahen Abgeordneten. Auch in den Interessenverbänden selbst begann man sich – wenn auch vorsichtig mit Rücksicht auf die Gefahr, dass die Alliierten ein möglicherweise hartes Anti-Trust-Gesetz oktroyieren könnten – zu formieren und kritisch gegenüber Erhards Vorhaben zu positionieren.<sup>720</sup>

Bereits im November 1949 fand ein Treffen zwischen Vertretern der Großindustrie und Erhard statt, in dem beide Parteien ihre Vorstellungen skizzierten und sich herausstellte, dass man diametral gegensätzlicher Ansicht war. Erhards Ziel bei dem Treffen war es, die Industrie um kooperative Zusammenarbeit am Gesetzesentwurf zu bitten. Die Industrievertreter signalisierten jedoch keine Bereitschaft an einem dem Verbotprinzip verschriebenen Gesetzesentwurf mitzuwirken, lehnten sie ein grundlegendes Kartellverbot

---

<sup>718</sup> Erhard und Hohmann 1988, S. 266.

<sup>719</sup> Bonn/Kartellgesetz. Der siebenjährige Krieg, in: *Der Spiegel*, Mittwoch, 3. Juli 1957, S. 20.

<sup>720</sup> Zur zurückhaltenden Strategie der Interessenverbände vgl. Robert 1976, S. 181f.

doch ab und wollten - fernab von den Ideen des Josten-Entwurfs – die Weimarer Missbrauchsgesetzgebung wiederbeleben. Nach diesem Treffen, bei dem Erhard zwar Kompromissbereitschaft bei den Ausnahmeregelungen des Gesetzes, nicht aber beim grundsätzlichen Festhalten am Verbotsprinzip signalisierte, wurden die Fronten zwischen BMWi und Industrie abgesteckt.<sup>721</sup>

Offiziell teilte Fritz Berg als Vorsitzender des BDI dem Bundeswirtschaftsminister seine Ablehnung gegenüber den bisherigen Kartellgesetzentwürfen am 22. Juni 1950 per Brief mit. Er forderte in dem Brief eine Erlaubnis für Kartelle in Deutschland und verwies auf das französische Kartellgesetz als Leitbild für eine zukünftige deutsche Gesetzgebung und drohte gleichzeitig mit einer öffentlichen Kampagne gegen den bisherigen Gesetzesentwurf. Erhard antwortete Berg mit der Bitte, keine offene Kampagne gegen die Verbotsgesetzgebung zu führen und verband dies mit der Drohung, dass die Amerikaner andernfalls eine strengere Gesetzgebung oktroyieren würden, ohne dass er weiteren Einfluss darauf nehmen könnte.<sup>722</sup> Berg ließ also die Muskeln gegenüber dem BMWi spielen. Dies war nicht zuletzt möglich, weil er große Teile der Regierungsparteien auf seiner Seite wusste. Selbst Bundeskanzler Adenauer, der einen engen Kontakt zu den französischen Alliierten und auch mit Industriellenkreisen pflegte, legte kein eindeutiges Bekenntnis zur Erhard'schen Wettbewerbspolitik ab.<sup>723</sup>

---

<sup>721</sup> Vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 171f.

<sup>722</sup> Vgl. ebd., S. 175.

<sup>723</sup> Vgl. ebd., S. 173.

Wenn Erhard auch auf die Rückendeckung des Wissenschaftlichen Beirats seines Ministeriums und der politisch organisierten neoliberalen Wissenschaftler in der Kartellgesetzgebung zählen konnte, so hatte er dennoch nicht die gesamte Wissenschaft hinter sich. Auch der BDI versuchte wissenschaftliche Rückendeckung für seine Position zu gewinnen und war dabei durchaus erfolgreich. So organisierte der BDI am 2. Juli 1951 eine wissenschaftliche Tagung zur Kartellfrage, an der eine Reihe von Wissenschaftlern und einige Beamten des BMWi teilnahmen und bei der sich die Mehrheit der Anwesenden zugunsten einer Missbrauchsgesetzgebung aussprach. Unter anderem war der an den Entwürfen im BMWi ebenfalls beteiligte Beamte Risse anwesend und verfolgte die Diskussion auf der Tagung. Insbesondere in Anbetracht des internationalen Wettbewerbs schien den Tagungsteilnehmern ein geschlossenes und kooperatives Auftreten deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten unbedingt notwendig. Kooperation sei nicht nur wegen des internationalen Wettbewerbs geboten, sondern vor allem, um eine ‚volkswirtschaftliche Leistungssteigerung‘ sicherstellen zu können.<sup>724</sup>

### *Die Erklärung der anderen Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften*

---

<sup>724</sup> Vgl. Arbeitskreis Kartellgesetz im Ausschuß für Wettbewerbsordnung des Bundesverbands der Deutschen Industrie 1968, S. 454-456.



Auch innerhalb des DIHT rumorte es angesichts der sich andeutenden Verbotsgesetzgebung.<sup>725</sup> Bereits im März 1950 wurde die positive Rolle von Kartellen zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft von Mitgliedern des erweiterten Kartellausschusses des DIHT hervorgehoben und die Ablehnung des Verbotssprinzip und damit der politischen Stoßrichtung des Bundeswirtschaftsministers ersichtlich.<sup>726</sup> Von Handels- und Handwerksverbänden, aber auch vom DIHT folgten nach dem BDI öffentliche Erklärungen, die den Entwurf der Bundesregierung ablehnten. Insbesondere der DIHT stand dem BDI in keiner Weise nach, was seine Angriffe gegen die Regierungsentwürfe für ein Kartellgesetz anging. Vertreter des DIHT nahmen ebenso wie der BDI an den Verhandlungen für den neuen Entwurf für das Kartellgesetz im Rahmen eines im Folgenden zu behandelnden gemeinsamen Arbeitskreises mit den Ministeriumsvertretern teil.<sup>727</sup> Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass der BDI zum Teil Forderungen des DIHT in seinen Stellungnahmen zu Rationalisierungskartellen übernahm, was auf eine weitgehende Abstimmung der Verbände untereinander hindeutet.<sup>728</sup> Eine Vielzahl von weiteren, kleineren

---

<sup>725</sup> Vgl. hierzu die Besprechungen des erweiterten Kartellausschusses des DIHT. BA, Sign. B 102/316879a, fol. 1, Brief des DIHT an die Herren Mitglieder des erweiterten Kartellausschusses nebst Anlagen.

<sup>726</sup> Vgl. Robert 1976, S. 177.

<sup>727</sup> Der hier gemeinte Arbeitskreis Kartellgesetz tagte erst ab 1954. Zuvor kam es aber auch bereits immer wieder zu Besprechungen zwischen Vertretern des BMWI und der Wirtschaftsverbände. Vgl. beispielsweise BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Vermerk über eine Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit dem Bundesverband der deutschen Industrie am 31.01.1951.

<sup>728</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 45.

Verbänden nahmen ebenfalls im Laufe des Jahres 1950 Stellung zu den Gesetzesentwürfen, wobei die meisten – ähnlich wie BDI und DIHT – das grundsätzliche Verbot von Kartellen ablehnten.<sup>729</sup>

Unterstützung hinsichtlich seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Verbotsgesetzgebung, allerdings aufbauend auf einer anderen Argumentationsweise, bekamen die Wirtschaftsverbände von Seiten der Gewerkschaften. In den Gewerkschaftlichen Monatsheften nahm der Heidelberger Statistikprofessor Rolf Wagenführ für den DGB Stellung zum Monopolproblem.<sup>730</sup> Diese Stellungnahme verurteilte eine Verbotsgesetzgebung und forderte sogar in manchen Fällen die Beibehaltung von Kartellabsprachen, allerdings „unter öffentlicher Kontrolle, die von der zwangsweise vorzuschreibenden öffentlichen Prüfung der Betriebe bis zur Überführung in Gemeineigentum reichen kann.“ Die Gewerkschaften sahen also nicht im Wettbewerb die Lösung für das Machtproblem in der Wirtschaft, sondern in der Eigentumsfrage.<sup>731</sup>

Der einzige Verband, der sich bereits Ende 1952 zum Verbotsprinzip bekannte und auf Grundlage dessen zum Gesetzesentwurf Stellung nahm, war die eher randständige mittelständisch geprägte ASU. Die ASU kritisierte

---

<sup>729</sup> Vgl. beispielsweise die Stellungnahmen des Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände vom Mai 1950. BA, Sign. B 102/316875, AE 1/2, fol.1, Gutachten des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände zum Kartellgesetzentwurf vom 25. Mai 1950.

<sup>730</sup> Der DGB hat sich bereits im November 1949 zur Kartellfrage geäußert und eine Verbotsgesetzgebung skeptisch beurteilt. Vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Gewerkschaften zur Kartellfrage („Der Bund“ v. 19.11.1949).

<sup>731</sup> Wagenführ 1950, S. 103-106.

zwar Teile des Gesetzesentwurfs, stellte sich aber zugleich hinter das Verbotsprinzip. Trotz der geringen Größe und Bedeutung des Verbands kam es zu zahlreichen Stellungnahmen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens.<sup>732</sup>

### *Die Intervention der Amerikaner - Verbote aller Kartelle in Westdeutschland*

Im Juli 1950 kam Erhard von anderer Seite in Bedrängnis, weil die Amerikaner die Geduld bei der Kartellgesetzgebung verloren hatten und klare Vorgaben hinsichtlich einer radikalen Verbotsgesetzgebung machten.<sup>733</sup> Von Seiten der Industrie war man zugleich unzufrieden damit, dass sie das von ihnen favorisierte Missbrauchsprinzip nicht durchsetzen konnte. Umgekehrt waren den unter den Alliierten dominierenden amerikanischen Vertretern der Hohen Kommission die Ausnahmen bei dem Verbotsgesetzgebungsentwurf des BMWi zu weitreichend. Sie reagierten auf diesen Tatbestand mit Richtlinien für ein Kartellgesetz, die sie Erhard zuschickten. Die Richtlinien sahen ein striktes Kartellverbot für die deutsche Industrie vor, das selbst Erhard in Anbetracht der deutschen Verhältnisse zu weit ging.<sup>734</sup>

Jenseits der eigenen Position war der Bundeswirtschaftsminister also gezwungen, die Interessen der Alliierten Hohen Kommission zu berücksichti-

---

<sup>732</sup> Die ASU lieferte 5 Eingaben zum Kartellgesetz, was in Anbetracht der geringen Größe des Verbandes äußerst viel ist. Vgl. BA, Sign. B 102/316860, fol. 1, Sammlung der privaten Materialien zum GWB (Gutachten, Eingaben etc. von Verbänden etc. sowie von Einzelpersonen).

<sup>733</sup> Einen sehr guten generellen Überblick über die amerikanische Anti-Kartellpolitik in Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg liefert Lisa Murach-Brand: Murach-Brand 2004.

<sup>734</sup> Vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 176.

gen, gleichzeitig aber nicht zu sehr unter Beschuss in der eigenen Partei sowie von Seiten der Industrie zu geraten. Es ist insofern kaum verwunderlich, dass der Gesetzgebungsprozess solange ins Stocken geriet, wie die genannten vollkommen divergierenden Interessen im Spiel waren. Die Amerikaner verliehen ihren Forderungen sogar dadurch Nachdruck, dass sie nicht nur Richtlinien verfassten, sondern Ende November 1951 dem BMWi einen eigenen Gesetzesentwurf als Orientierung vorlegten.<sup>735</sup> Erst als die Amerikaner sich aus der Kartellgesetzgebung 1952 endgültig zurückzogen, war der Raum für einen politischen Prozess – wenn auch durchaus weiterhin konfliktreich – geschaffen, der schließlich nach einigen Jahren zur Verabschiedung eines Gesetzes führen konnte.

Denn auf jede Form der Verbotsgesetzgebung reagierte der BDI energisch und attackierte den Bundeswirtschaftsminister öffentlich. Dies ging so weit, dass sich der BDI am 9. November 1950 entschloss einen eigenen Entwurf für ein Kartellgesetz zu erarbeiten und zu veröffentlichen.<sup>736</sup> Die Erarbeitung eines eigenen Vorschlags unter Ausschluss der Ministerien war ein Affront, der eine Reihe von öffentlichen Auseinandersetzungen zur Folge hatte, bei denen beide Seiten versuchten, auf die Expertise der Wissenschaft zu rekurrieren und sich dadurch eine Legitimation für ihre Position zu schaffen.

---

<sup>735</sup> Vgl. den Vermerk von Günther zu dem Entwurf der Alliierten Hohen Kommission Ende November 1951. BA, Sign. B 102/316866, AE 1/2, fol. 1, Vermerk von Eberhard Günther an den Vorsitzenden des engeren Kabinettsausschusses Herr Vizekanzler Blücher am 05.12.1951 betr. Stellungnahme der Alliierten Hohen Kommission zum deutschen Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 18.11.1951.

<sup>736</sup> Vgl. Mierzejewski und Emmert 2005, S. 177f.

### *Wissenschaftliche Unterstützung für den BDI von 1950-1955*

Auch neben der oben erwähnten Tagung des BDI in Unkel fanden die Bedenken gegenüber einem generellen Kartellverbot ihren Ausdruck in von Wissenschaftlern erstellten Gutachten, vor allem von Teilen der deutschen Rechtswissenschaften. Der 1905 in Krefeld geborene industrienähe Rechtswissenschaftler Herbert Krüger,<sup>737</sup> ein überzeugter Nationalsozialist während des NS-Regimes, veröffentlichte 1950 ein rechtliches Gutachten, dass aus freiheitsrechtlichen Gründen zum dem Schluss kam, dass ein Verbotprinzip im Falle des Kartellgesetzes verfassungswidrig sei: „Ein deutsches Kartellgesetz könnte [daher; Anmerkung M.B.] ein solches generelles und präventives Kartellverbot nicht enthalten, es sei denn unter der undenkbareren Voraussetzung, daß im Wege einer formellen Verfassungsänderung die grundsätzliche Struktur des Grundrechtsteils in ihr Gegenteil verkehrt würde.“<sup>738</sup> Krüger kritisierte darüber hinaus, dass die bisherigen Bewertungen eines generellen Kartellverbots von Seiten der Rechtswissenschaften die „vollständige Vorherrschaft der Wirtschaftswissenschaften“ hinnähmen, ohne deren Grundannahmen kritisch auf Basis der bestehenden rechtlichen Grundsätze zu prüfen.<sup>739</sup>

Dem Gutachten von Krüger folgten weitere Gutachten, die die Position des BDI stützten. Unter anderem meldeten sich die Verfassungsrechtler Giese,

---

<sup>737</sup> Zu Krügers NS-Vergangenheit vgl. Dreier 2001, S. 17.

<sup>738</sup> Krüger 1950, S. 27.

<sup>739</sup> Ebd., S. 3.

Huber<sup>740</sup> und Isay mit einer ähnlichen Stoßrichtung zu Wort.<sup>741</sup> Im Gutachten von Prof. Isay von Anfang 1954 – also einige Jahre später während der zweiten Legislaturperiode – argumentierte dieser ebenfalls für das Missbrauchsprinzip. Er begründete dies damit, dass die Handhabung der Verbotsgesetzgebung in den USA – die ja das Vorbild des deutschen Gesetzesentwurfes sei – in der Praxis nicht anders liefe als ein Gesetz nach dem Missbrauchsprinzip. Denn nur Kartelle, denen gesamtwirtschaftliche Relevanz zukäme, würden in den USA dann auch real verfolgt.<sup>742</sup> Auch ein Gutachten des Ökonomen Prof. Wagemann im Jahresbericht des BDI von 1954 weist eine ähnliche Argumentationslinie auf. Zum einen wies er auf die von Isay angeführte De-facto-Rechtsprechung in den USA hin. Zum anderen verwies er darauf, dass sich Westdeutschland nicht von der Kartellgesetzgebung im Rest Westeuropas abkoppeln könne, wo eben kein grundsätzliches Kartellverbot die vorherrschende Rechtsgrundlage sei.<sup>743</sup>

1955 folgten zwei weitere zentrale Gutachten, die von sehr unterschiedlichen Positionen aus ein grundsätzliches Kartellverbot infrage stellten.<sup>744</sup> Auf der einen Seite vertrat Prof. Hans Peter aus Tübingen aus sozialistischer Per-

---

<sup>740</sup> Das Gutachten von Huber verfasste dieser im Auftrag des Wirtschaftsverband Stahlverformung. Vgl. BA, Sign. B 102/316883a, fol. 1, Professor Dr. Huber, Die Verfassungsproblematik eines Kartellverbots, Hagen 1955.

<sup>741</sup> Vgl. Robert 1976, S. 180.

<sup>742</sup> Vgl. ebd., S. 42.

<sup>743</sup> Vgl. ebd.

<sup>744</sup> Ein drittes Gutachten lieferte Prof. Geiger, Karlsruhe. Er argumentierte, dass eine kartellfreie Wirtschaft unrealistisch sei und dass man sich infolge auf die Bestrafung des Missbrauchs kartellartiger Absprachen beschränken solle. Vgl. BA, Sign. B 102/316883, fol. 1, Prof. Dr. W. Geiger, Grundgesetzliche Schranken für eine Kartellgesetzgebung, Köln 1955.

spektive, dass das liberale Paradigma in den Wirtschaftswissenschaften utopisch sei und nicht viel mit der ökonomischen Realität gemein habe, man deshalb auch Marktkonzentrations- und Koordinationsmechanismen in einer Marktwirtschaft in Kauf nehmen müsse.<sup>745</sup> Ferner konstatierte Peter, wenn man das liberale Paradigma ernst nähme, man auch die Freiheit des privaten Unternehmers nicht einschränken dürfe.<sup>746</sup> Auch das zweite Gutachten von Prof. Vershofen namens „Wettbewerb als System der Gegenkräfte“ argumentierte ebenfalls für eine Missbrauchsgesetzgebung. Vershofen postulierte vor allem ein Recht auf Koalitionsfreiheit innerhalb einer Gesellschaft und einer Volkswirtschaft.<sup>747</sup> Dennoch erkannte er an, dass ein Verbot von Kartellabsprachen im Marktbereichen ohne sogenannter ‚Substitutionskonkurrenz‘ notwendig sei. Auf Basis dieser Argumentation lehnte er dennoch den 1955 vorliegenden Gesetzesentwurf ab.<sup>748</sup>

Wenn der BDI auch nicht hinter allen Argumentationslinien der vorgelegten Gutachten stand,<sup>749</sup> so teilte er doch die grundsätzliche Kritik an der Verbotsgesetzgebung und wusste die Gutachten gezielt als Argumentationshil-

---

<sup>745</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/17084, Heft 3, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Hans Peter, Gutachten zu Grundfragen eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Köln 1955, veröffentlicht vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Ausschuß für Wettbewerbsordnung.

<sup>746</sup> Vgl. Robert 1976, S. 42.

<sup>747</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/17084, Heft 3, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Wilhelm Vershofen, Wettbewerb als System der Gegenkräfte. Gutachten zum Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Köln 1955, veröffentlicht vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Ausschuß für Wettbewerbsordnung.

<sup>748</sup> Vgl. Robert 1976, S. 43.

<sup>749</sup> Beispielsweise lässt sich durchaus beim Gutachten von Prof. Vershofen eine gewisse Distanzierung aus der Einleitung zum Gutachten herauslesen. Vgl. Noch ein Kartellgutachten für die Industrie. ‚Wettbewerb als System der Gegenkräfte‘, in: FAZ, 11.03.1955, S. 11.

fen einzusetzen und zum rechten Zeitpunkt zu streuen. Es war beispielsweise sicherlich kein Zufall, dass die Gutachten im Jahre 1955 im Vorfeld der ersten Lesung des Kartellgesetzes im Bundestag publiziert wurden.<sup>750</sup> Damit reagierte der BDI auf die Unterstützung neoliberaler Wissenschaftler des Kurses von Bundeswirtschaftsminister Erhard.

*Die Diskussion um den Gesetzesentwurf im Bundesrat im Mai 1952 – Zustimmung von den Genossen, Widerstand aus den eigenen Reihen*

Als der Gesetzesentwurf nun im Mai 1952 im Bundesrat landete, ergab sich eine recht unangenehme Situation für Erhard. Seine eigene Partei versagte ihm die Unterstützung. Angeführt von CDU-Wirtschaftsminister Sträter<sup>751</sup> aus dem industriell geprägten Nordrhein-Westfalen, lehnten viele der Christdemokraten den Entwurf ab.<sup>752</sup>

Die Sozialdemokraten, angeführt durch Karl Schiller, hingegen befürworteten den Entwurf und unterstützten ihn nach Leibeskraften.<sup>753</sup> Deutliche Kritik an Sträter und seinen Anhängern übte Schiller, konnte er ihnen doch eine

---

<sup>750</sup> Ebd.

<sup>751</sup> Straeter sah die Interessen der in Nordrhein Westfalen konzentrierten Schwerindustrie gefährdet und stellte sich energisch den Plänen Erhards entgegen. Vgl. BA, Sign. B 102/316867a, fol. 1, Stellungnahme von Straeter betr. den Entwurf eines Bundesgesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Bundesratsdrucksache Nr 121/52 Punkt 1 (Bund) der Tagesordnung der 283. Kabinettsitzung.

<sup>752</sup> Vgl. hierzu das Protokoll der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundesrats im Mai 1952. BA, Sign. B 102/133896, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Niederschrift über die 61. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundesrats am Donnerstag, dem 15. Mai 1952, 10.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus.

<sup>753</sup> Schiller führte die Begründung seiner Unterstützung des Verbotsprinzips detailliert in einem Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände im Mai 1954 aus. Vgl. BA, Sign. B 102/316869, AE 1/2, fol. 1, Brief von Freiherr von Epphardt an Seibt, Müller-Armack und Risse vom 8. Mai 1954, der als Anhang den Vortrag von Schiller umfasst.



gewisse Halbherzigkeit bei der Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien vorwerfen: „Es wirkt einigermaßen erstaunlich, wenn geschworene Anhänger und Lippenbekenner des marktwirtschaftlichen Prinzips jetzt, wo die Sache ernst wird, wo also diejenigen, die seinerzeit A gesagt haben, B sagen sollen, Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen.“<sup>754</sup>

Die Debatte im Bundesrat zeigte Erhard deutlich die Grenzen seiner Macht auf. Erhard verfügte nur über eine kleine Hausmacht in der CDU, die alleine nicht dazu imstande war, seinen neoliberalen wirtschaftspolitischen Kurs zu tragen. Spätestens also mit dem offenen Aufstand der eigenen Partei im Bundesrat gegen den Kartellgesetz-Entwurf war klar, dass Erhard ohne Zugeständnisse an die Gegenseite seine Ideen von Wettbewerbspolitik nicht würde umsetzen können.

### *Der Briefwechsel zwischen Erhard und Berg im Herbst 1952*

Zudem war mittlerweile in Frankreich ein Kartellgesetz nach dem Missbrauchsprinzip verabschiedet worden, so dass in Anbetracht der französischen Konkurrenz die Begehrlichkeiten der Industrie nach einer daran angelehnten Gesetzgebung in Westdeutschland vehementer formuliert wurden.<sup>755</sup> Im Juli 1952 entschloss sich Ludwig Erhard infolge der aufgeheizten wirtschaftspolitischen Debatte um den Umgang mit Kartellen in der deutschen Volkswirtschaft, einen offenen Brief an seinen größten Widersacher

---

<sup>754</sup> Bonn/Kartellgesetz. Der siebenjährige Krieg, in: *Der Spiegel*, 03.07.1957, S. 21.

<sup>755</sup> Zum französischen Kartellgesetz vgl. BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen, u.a. Vermerk für den Herrn Minister a.d.D. betr. : Verbotprinzip für Preiskartelle in Frankreich.

Fritz Berg als Präsidenten des BDI zu schreiben. Seine ‚Zehn Thesen zur Verteidigung der Kartellverbotsgesetzgebung‘ fanden breite öffentliche Rezeption und führten zu einer ebenso öffentlichen Replik Bergs.<sup>756</sup>

In seinem offenen Brief verwehrt sich Erhard gegen den Vorwurf des „weltfremden Ideologen“<sup>757</sup> und beanspruchte für sich, mit der Wirtschaftspraxis aufs Engste vertraut zu sein.<sup>758</sup> Erhard begann seine zehn Thesen mit einer grundsätzlichen Verurteilung des Typus von Unternehmer, der sich mit Kartellen dem Wettbewerb und dem Preismechanismus entziehe: „Wer also nicht Leistungswettbewerb und freien Marktpreis will, hat jedes Argument gegen die Planwirtschaft aus der Hand gegeben.“<sup>759</sup> Die Fixierung der Preise, die im Rahmen einer Kartellvereinbarung auf die eine oder andere Art stattfindet, griff Erhard aufs Schärfste an und begründete damit auch die Verbotsgesetzgebung sowie die prinzipielle Ablehnung des Missbrauchsprinzip: „Ich wiederhole noch einmal, [...], daß ich in dem Faktum kollektiv gebundener Preise, auch wenn diese sittlich und kalkulatorisch durchaus zu vertreten sind, einen volkswirtschaftlichen Mißstand an sich erblicke.“<sup>760</sup> Schließlich verteidigte er die von ihm geplante Verbotsgesetzgebung aus der negativen

---

<sup>756</sup> Unmittelbarer Anlass für das Schreiben des Briefs war ein von Robert Pferdmenget an Erhard weitergeleitete kritische Stellungnahme von Berg zum Kartellgesetzentwurf. Vgl. BA, Sign. B 102/17083, Heft 1, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Brief von Ludwig Erhard an Fritz Berg vom 10.07.1952.

<sup>757</sup> Ebd.

<sup>758</sup> Vgl. ebd.

<sup>759</sup> Ebd.

<sup>760</sup> Ebd.

historischen Erfahrung mit einer Missbrauchsgesetzgebung während der Weimarer Zeit.<sup>761</sup>

Die Antwort von BDI-Chef Fritz Berg ließ nicht lange auf sich warten. In der sogenannten ‚Berg-Predigt‘ vom 6. Oktober 1952 antwortete er Erhard auf seinen Brief. Diese Antwort sollte der Auftakt zu einer Großoffensive der Industrie gegen den von Erhard eingebrachten Kartellgesetzentwurf sein. In dem Brief bekannte sich Berg im Namen der deutschen Industrie grundsätzlich zum Wettbewerb und zur Wettbewerbsordnung der sozialen Marktwirtschaft. Zugleich machte er deutlich, dass sich aus Sicht der Industrie erstens Kartellvereinbarungen nicht mit Wettbewerb grundsätzlich schneiden, dass vielmehr ein grundsätzliches Kartellverbot „zwangsläufig zur Kapitalkonzentration“ führen würde.<sup>762</sup> Zweitens sei ein Kartellverbot in Anbetracht der großen Anzahl der Ausnahmen im Gesetzentwurf diskriminierend gegenüber der Industrie. Und drittens ließe sich eine zweifelsohne notwendige Kontrolle von Marktmacht auch mit Hilfe einer Missbrauchsgesetzgebung bewerkstelligen.<sup>763</sup>

Im Wesentlichen handelte es sich bei dem Briefwechsel zwischen Erhard und Berg um einen öffentlichen Schlagabtausch, um die politische Elite, aber auch die öffentliche Meinung hinter sich zu bringen. Zugleich ging es dabei um eine inhaltliche Positionierung, die die unterschiedlichen Ausgangspunkte für die weiteren Verhandlungen zwischen Wirtschaftsministerium und Industrie markierten.

---

<sup>761</sup> Vgl. ebd.

<sup>762</sup> Berg 1968, S. 429.

<sup>763</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 44.

### *Die Kabinettsitzung vom 20. Januar 1953: Das Ende des Gesetzesentwurfs*

Nachdem die Industrie das Kartellgesetz drei Jahre beschossen hatte, zeichnete sich im Januar 1953 ab, dass das Gesetz nicht mehr in der ersten Legislaturperiode kommen würde. Dies galt insbesondere, weil Bundeskanzler Adenauer die Wünsche der Industrie nach Verschiebung des Gesetzesvorhabens im Kabinett vorbrachte und bestärkte.<sup>764</sup> Fritz Berg habe ihm in einer Unterredung darum gebeten, die Verabschiedung des Gesetzes zu verschieben, teilte Adenauer in der Kabinettsitzung mit.<sup>765</sup>

Dazu kam es auch, weil Erhard innerhalb der eigenen Partei keine Mehrheiten für sein Gesetzesvorhaben gewinnen konnte und das Gesetz nur mit den Stimmen der SPD hätte durchbringen können<sup>766</sup>, was wiederum Adenauer aus machtpolitischen Gründen unter keinen Umständen akzeptieren wollte.<sup>767</sup> Auch wenn Erhard sich in der Kabinettsitzung am 20. Januar wei-

---

<sup>764</sup> Vgl. Protokoll der 270. Kabinettsitzung am 20.01.1953, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1953k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_19.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1953k/kap1_2/kap2_3/para3_19.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>765</sup> Vgl. Ebd.

<sup>766</sup> Im Kabinett war Adenauer nicht der einzige Skeptiker gegenüber einer Verbotsgesetzgebung. Es gab auch Kollegen, wie Vizekanzler Blücher, die recht früh und wesentlich grundlegender eine Verbotsgesetzgebung ablehnten. Vgl. hierzu die Notiz von Günther für Erhard. BA, Sign. B 102/17082, Heft 3: Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Vermerk für den Herr Minister betr. Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Einwendungen des Herrn Vizekanzler – von Eberhard Günther vom 20.02.1952.

<sup>767</sup> Gegen Ende der 1. Legislaturperiode bis zur Verabschiedung unterstützte die SPD die Verbotsgesetzgebung. BA, Sign. B 102/316878, AE 1/2, fol.1, Bericht über die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu dem Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (I. u. II. Legislaturperiode).

gerte zu kapitulieren, so kamen die Sitzung und die Haltung des Bundeskanzlers zu Erhards Entwurf doch dem Eingeständnis eines Scheiterns einer Regelung der Kartellfrage in der ersten Legislaturperiode gleich.<sup>768</sup>

Die oben geschilderte machtpolitische Situation hatte sich sowohl in den Debatten im Bundesrat als auch im Bundestag widerspiegelt. Im Bundestag fuhr sich der im Juni vom Kabinett verabschiedete Entwurf fest, weil die zahlreiche Konflikte zum Kartellgesetz im Rahmen der Kabinettsitzungen bei weitem nicht geklärt worden waren.<sup>769</sup> Zuletzt war der Gesetzesentwurf auf Kabinettssebene im Juni 1952 behandelt und seitdem nicht mehr auf den Sitzungen angesprochen worden.<sup>770</sup> Insofern kann man in der Tat bei der Sitzung im Januar 1953 vorerst von einem Scheitern des Kartellgesetzes aufgrund der Blockadehaltung der Gegner sprechen. Die letzten Monate der Legislaturperiode waren durch letzte verzweifelte Versuche Erhards gekennzeichnet, zwischen Zugeständnissen an die Industrie und dem Druck der Amerikanischen Hohen Kommission zu vermitteln, was ihm trotz Engagement nicht gelang.<sup>771</sup>

---

<sup>768</sup> Vgl. Lenz und Gotto 1989, S. 531.

<sup>769</sup> Vgl. hierzu auch die kontroversen Sitzungen im Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Deutschen Bundestags, die oft in längeren Grundsatzdebatten mündeten. BA, Sign. B 102/133897, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Kurzprotokoll der 188. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik (13. Ausschuß) am Donnerstag, den 26. Februar 1953, 9.00 Uhr in Bonn – Bundeshaus.

<sup>770</sup> Vgl. Protokoll der 226. Kabinettsitzung am 10.06.1952, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_44/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_44/para3_3.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>771</sup> Vgl. hierzu die Verhandlungen von Erhard mit den Verbänden der Industrie und der Amerikanischen Hohen Kommission im Verlaufe des Jahres 1953. BA, Sign. B 102, 133897, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Erhard hofft auf Kartell-Einigung. Wieder Besprechungen mit der Industrie – Parlamentsberatungen in großer Zeitnot, in: Handelsblatt,

*Kampf den Kartellen – die neoliberale Lobby wird aktiv*

Als Reaktion auf den öffentlichen Kampf der Industrie gegen ein hartes Kartellgesetz formierten sich auch die politisch organisierten neoliberalen Wissenschaftler im Rahmen der ASM im Jahre 1953 und begannen einen Kampf um die Gunst der öffentlichen Meinung. In zwei abgehaltenen Konferenzen, von denen die eine in unmittelbarer Regierungsnähe in Bad Godesberg bei Bonn stattfand und bei der auch Erhard zugegen war, wurden Vorträge gehalten, die den Kurs Erhards, die Durchsetzung des Verbotsprinzips stützten und „den vollständigen Leistungswettbewerb“ für die deutschen Unternehmen einforderten.<sup>772</sup>

Die erste der beiden Konferenzen fand im Mai 1953 statt, war inhaltlich wesentlich soziologischer ausgerichtet und trug den philosophisch anmutenden Titel „Entscheidung für die Freiheit“. Lediglich der einführende Vortrag des Unternehmers Otto Lautenbach betonte die Notwendigkeit eines Kartellgesetzes zur Vollendung der marktwirtschaftlichen Ordnung und prangerte die Widerstände von Seiten der Unternehmer an: „Ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, kurz Kartellgesetz genannt, ist zwar von Bundeswirtschaftsminister Erhard entschieden vorangetrieben worden, konnte jedoch in dieser Legislaturperiode noch nicht abgeschlossen werden. Der Widerstände waren zu viele. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung,

---

18.03.1953; und ebd., Vermerk über eine Besprechung mit Vertretern der amerikanischen Hohen Kommission in Mehlem am 23.04.1953, 9.30 Uhr.

<sup>772</sup> Vgl. Lang et al. 1954, Lautenbach et al. 1953.

das Kartellgesetz muß zum zweiten tragenden Fundament [neben der stabilen Geldordnung] der sozialen Marktwirtschaft werden.“<sup>773</sup> Die anderen Vorträge nahmen sich gesellschaftspolitische Themen von großer Tragweite, wie „Der Weg zu einem freiheitlichen Europa“ vor. Man kann davon ausgehen, dass die Tagung insgesamt nicht sonderlich gut besucht war. Dies gilt insbesondere für die Anwesenheit von Politikern und Ministerialbeamten.

Die zweite Tagung des Jahres am 18. und 19. November hingegen war vom Titel eindeutig an die Politik gerichtet. Sie fand nach der Bundestagswahl vom 6. September statt, und ihr Tagungsort Bad Godesberg lag in unmittelbarer Nähe des Bonner Politikbetriebs. Die Tagung mit dem Namen „Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft“ zählte mit elf Beiträgen mehr als doppelt so viele wie Tagung im Frühjahr 1953. Und diese elf Beiträge umfassten ferner konkrete wirtschaftspolitische Themen, unter anderem auch ein Referat von Franz Böhm zum Leistungswettbewerb, das die Frage des Kartellgesetzes behandelte.<sup>774</sup> Auch der Vortrag von Ludwig Erhard mit dem Titel „Was mir am meisten am Herzen liegt“ griff das Kartellgesetz erneut auf und machte deutlich, dass er weiter eine Verbotsgesetzgebung beabsichtigte.<sup>775</sup> Die *FAZ* kommentierte den Vortrag entsprechend: „Nach dem, was Professor Erhard

---

<sup>773</sup> Lautenbach et al. 1953, S. 11.

<sup>774</sup> Vgl. Lang et al. 1954.

<sup>775</sup> Zum Vortrag von Erhard vgl. BA, Sign. B 102/316881a, fol. 1, Prof. Erhard zum Problem der Kartelle und Berufsordnungen auf der Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 19.11.1953 in Bad Godesberg.

in Godesberg zur Kartelldebatte gesagt hat, dürften alle in letzter Zeit geäußerten Zweifel, ob Erhard in dieser Frage hart bleiben werde, beseitigt sein. Mit Bemerkungen wie ‚Hier geht es hart auf hart‘, ‚Hier kommt es zum Schwur‘ hat der Bundesminister jeden Kompromiß abgelehnt, wobei offenblieb, ob er sich von der vor der Beendigung der ersten Legislaturperiode abzeichnenden Kompromißlösung wieder entfernen wollte.<sup>776</sup> Im Begrüßungsvortrag des stellvertretenden Vorsitzenden der ASM Johann Lang wird deutlich, dass diese Tagung erstens sehr gut besucht war und das zweitens zahlreiche Minister und Bundestagsabgeordnete teilnahmen. Neben Erhard waren Bundesminister für Wohnungsbau Preusker und Bundesminister für besondere Aufgaben Tillmanns zugegen, Finanzminister Fritz Schäffer hatte kurzfristig aus terminlichen Gründen absagen müssen. Darüber hinaus waren Abgeordnete von CDU, CSU, SPD und FDP zugegen. Auch Vertreter der Bank deutscher Länder waren anwesend.<sup>777</sup> Man kann also im Fall dieser Konferenz der ASM von einem Zusammentreffen und Austausch zwischen Politik und Wissenschaft sprechen, der in dieser Zeit weitaus größere Tragweite hatte als etwa die heutigen Empfänge von Lobbygruppen. Die ASM stand mit ihrer wissenschaftlich untermauerten Lobbyarbeit im Politikbereich noch relativ allein da und war insofern durchaus attraktiv und auch relevant als Referenz für damals aktive Politiker.<sup>778</sup>

---

<sup>776</sup> Erhard bleibt hart. Scharfe Rede auf der Tagung der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft, in: *FAZ*, 20.11.1953, S. 9.

<sup>777</sup> Lang et al. 1954, S. 7.

<sup>778</sup> Die Tagung der ASM wurde auch von der politischen Gegenseite wahrgenommen und rezipiert, so auch innerhalb des BDI. Vgl. BA, Sign. B 102/316881a, Bericht von der ASM-Tagung im November 1953 für die Mitglieder des Unterausschuss für Marktwirtschaft im Rechtsausschuss des BDI vom 30.11.1953.



Was war nun die entscheidende Funktion dieser Tagung? Sie war eine Diskursintervention zu Beginn der neuen Legislaturperiode, und sie machte die Erwartungen der neoliberalen Kräfte deutlich. Diese Tagung war mit Franz Böhms Vortrag zur Kartellfrage auch ein Moment des Zusammenschweißens zur Vollendung des Kampfes für die sogenannte „Soziale Marktwirtschaft.“ So hieß es in der Begrüßung von Johann Lang auch kämpferisch zur Frage des Kampfes für eine Wettbewerbswirtschaft: „Diesen Krieg zu gewinnen, ist nun unser aller Aufgabe.“<sup>779</sup> Sicherlich hat die Intervention der ASM nicht so eine große Bedeutung gehabt wie das Wort Fritz Bergs für Kanzler Adenauer. Aber sie war eben dennoch ein Ereignis, das die liberalen Kräfte aller Parteien für ein radikales Kartellgesetz mobilisierte und das zudem in der Öffentlichkeit breit rezipiert wurde.<sup>780</sup>

### *Erhard auf Propagandareise in der Republik*

Der Vortrag des Bundeswirtschaftsministers auf der Tagung der ASM war nur einer von vielen Vorträgen, die Erhard im Herbst und Winter 1953 hielt. Er äußerte sich dabei unentwegt zum Kartellgesetz und machte deutlich, dass er nicht vom grundsätzlichen Verbot von Kartellen im Gesetzesvorhaben abrücken würde. So sagte er in dem eben bereits genannten Vortrag auf der ASM-Tagung: „Wer mich als Wirtschaftsminister will, der muß mich so

---

<sup>779</sup> Lang et al. 1954, S. 8.

<sup>780</sup> Vgl. hierzu die Pressestimmen, u.a. von *Deutsche Zeitung* und *Wirtschaftszeitung*, *Die Welt am Sonntag*, *Die Zeit*, *FAZ*, *Handelsblatt* und *Industriekurier*, zur Tagung der ASM im November 1953. BA, Sign. B 102/316881a, fol. 1, Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V., Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft. Pressestimmen, Bad Nauheim, November 1953.

verdauen, wie ich gewachsen bin, nämlich mit dem Kartellverbot.“<sup>781</sup> Die Liste der Vorträge im Herbst und Winter 1953 in Tabelle 3 zeigt seine rege Tätigkeit in diesem Bereich:

Datum	Vortragstitel	Ort und Rahmen
<b>11/1953</b>	Titel unbekannt; Kartellgesetz war u.a. Thema des Vortrags	Nürnberg, Nürnberger Hochschulwoche
<b>19.11.1953</b>	Was mir am meisten am Herzen liegt (Aufgreifen des Kartellgesetzes)	Bad Godesberg, Arbeitstagung der ASM
<b>13.12.1953</b>	Wirtschaftspolitik in der Massendemokratie (Diskussion mit Generaldirektor Friedrichs über Kartellgesetz).	Loccum, Evangelische Akademie
<b>15.12.1953</b>	Titel unbekannt; Kartellgesetz war u.a. Thema des Vortrags.	Bad Homburg, Hauptausschuss des Verbandes Gesamttextil
<b>17.12.1953</b>	Titel unbekannt – Vortrag zur Rolle des Unternehmers in der Wirtschaft und zum Kartellgesetz.	Dortmund, Industrie- und Handelskammer <sup>782</sup>

*Tabelle 3: Vorträge von Ludwig Erhard zum Kartellgesetz im November und Dezember 1953, eigene Darstellung.*<sup>783</sup>

<sup>781</sup> Rede Erhards auf der ASM-Tagung am 19.11.1953 in Bad Godesberg, zitiert nach Robert 1976, S. 245.

<sup>782</sup> Zu der Rede auf Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Dortmund vgl. "Streitet mit euren Freunden". Professor Erhard in Dortmund zur Kartellfrage, in: FAZ, 18.12.1953, S. 11.

<sup>783</sup> Darstellung nach Robert 1976, S. 244f.

Die öffentlichen Vorträge können dabei sowohl als Signal an die eigene Partei – insbesondere an das neue Kabinett – aber auch an die deutsche Öffentlichkeit gewertet werden. Erhard scharte seine Unterstützer in Wirtschaft und Wissenschaft um sich und machte seinen Gegnern aus den Industrieverbänden deutlich, dass sich sein wettbewerbsspolitischer Kurs trotz des Scheiterns in der ersten Legislaturperiode nicht verändern würde.<sup>784</sup> Dies kam nicht von ungefähr, wusste Erhard doch, dass sich die Fronten im Kabinett wie im Bundestag, aber auch in der öffentlichen Debatte zunehmend verhärteten, weil mit der Rückendeckung der Amerikaner in der zweiten Legislaturperiode nicht mehr zu rechnen war. Man kann also Erhards Vortragsreisen gewissermaßen als eine ‚Flucht nach vorn‘ ansehen.<sup>785</sup>

### *Stellungnahme innerhalb der Partei: ‚Soziologie des Kartellproblems‘*

Im Februar 1954 sah sich Wirtschaftsminister Erhard erneut dazu veranlasst innerhalb der eigenen Partei die Verbotsgesetzgebung zu begründen. Zu diesem Zwecke veröffentlichte er in der CDU-internen Zeitschrift ‚Deutsches Monatsblatt‘ am 15. Februar einen Aufsatz zur ‚Soziologie des Kartellproblems‘ und begründete die Kartellverbotsgesetzgebung diesmal vor allem mit dem Argument, das von Seite der Kartellbefürworter immer als Argument

---

<sup>784</sup> Vgl. ebd., S. 244ff.

<sup>785</sup> Erhards agile Vortragstätigkeit führte gar dazu, dass der BDI im drohte, wenn er sich weiterhin in der Öffentlichkeit kartellkritisch äußere und die Industrie kritisieren, käme es zu einer Aufkündigung des „wirtschaftsspolitischen Friedens“ und zu einem „erneuten Aufblammen einer öffentlichen Kartellfehde.“ BA, Sign. B 102/316881b, fol. 1, Brief vom Hauptgeschäftsführer des BDI an Ludwig Erhard vom 13.04.1954.

entgegen gehalten worden war: Die Frage der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Ähnlich wie in vorangegangenen Stellungnahmen kritisierte Erhard zunächst die Gefahr der „Erstarrung der Preise“<sup>786</sup> durch das Vorhandensein von kartellartigen Strukturen. Soziologisch war die Argumentation des Artikels von Erhard insofern, als dass er vor allem darauf verwies, dass ein Untergraben der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs das Vertrauen in die Marktwirtschaft in den Augen der gesamten Gesellschaft schädigen würde. Das Vertrauen in die Marktwirtschaft bliebe nur dann bestehen, wenn sie auch dem Verbraucher nutze und ihm nicht – wie im Falle der Existenz von Kartellen – zunehmend schade: „Wenn der Verbraucher aber in einer stark kartelldurchsetzten Wirtschaft aufs neue befürchten muß, daß er im Markte unsichtbaren, anonymen Mächten ausgeliefert ist, wenn das Vertrauen zu der Persönlichkeit des Unternehmers und das Erleben im Markte verloren geht, dann wird sich auch das politische Klima wieder zum Ungünstigen hin wandeln.“ Erhard warnte also vor der Gefahr der De-Legitimierung der Marktwirtschaft in breiten Bevölkerungsschichten, sollte man sich nicht zu einem grundsätzlichen Kartellverbot entschließen.

Dies ist auch als deutliche Warnung an die unternehmerfreundlichen Kreise in seiner eigenen Partei zu werten, die ihm gegenüber zunehmend opponierten. Und es ist zugleich ein Artikel, der die Integrität der Kartellbefürworter aus Gerechtigkeitsgründen in Frage stellt. Nicht zuletzt deutete der

---

<sup>786</sup> Erhard 1988e, S. 393.

Artikel Erhards Enttäuschung darüber an, dass er im Fall der Kartellgesetzgebung innerhalb seiner eigenen Partei weniger Unterstützung bekam als von Seiten der Sozialdemokraten in der Opposition.

### *Der zweite, gleiche Gesetzesentwurf von 1954*

Bundeswirtschaftsminister Erhard brachte im Mai 1954 den auf dem Verbotprinzip beruhenden Gesetzesentwurf aus der ersten Legislaturperiode in unveränderter Form erneut in Bundestag und Bundesrat ein. Diese Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers ist nicht nur mit der Hartnäckigkeit und dem Einstehen Erhards für seine kartellpolitischen Ansichten zu erklären. Vielmehr stand dahinter das Wissen aller am Gesetz beteiligten deutschen Stellen, dass ein neuer Kabinettsentwurf erneut der Zustimmung der Alliierten bedurfte. Dies wollten sowohl die Industrieverbände als auch alle am Gesetzesprozess beteiligten Ministerien verhindern, fürchtete man doch das harte Durchgreifen der Amerikaner in der Kartellpolitik.<sup>787</sup> Erhard hatte also relativ leichtes Spiel, als er den alten Gesetzesentwurf vom 13. Juni 1952 im Januar 1954 dem Kabinett vorlegte und die Anmerkungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages aus der ersten Legislaturperiode als Merkblatt hinzufügte. Trotz einiger Kritik – auch von Seiten des BDI<sup>788</sup>, der sich vor der Kabinettsitzung an den Bundeskanzler gewandt und vergebens versucht hatte, ihn zu seinem Sprachrohr zu machen – wurde

---

<sup>787</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 247.

<sup>788</sup> Fritz Berg schrieb dem Bundeswirtschaftsminister in Anbetracht der Wiedereinbringung im Februar 1954 einen mahnenden Brief. BA, Sign. B 102/17085, Heft 1, Brief von Fritz Berg an Ludwig Erhard vom 06.02.1954.

der Entwurf vom Kabinett beschlossen und dann infolge an den Bundesrat weitergeleitet.<sup>789</sup>

Sicherlich war die Situation für Erhard strategisch gesehen von Vorteil, erweiterte sie doch seinen Verhandlungsspielraum und garantierte zumindest, dass man erneut von einem Gesetzesentwurf ausging, der auf dem Verbotsprinzip basierte und damit Kartelle erst einmal für illegal erklärte. Insofern nahmen namhafte Industrievertreter nach einer Besprechung im Januar mit Vertretern des BMWi diese Vorgehensweise sicherlich auch nur zähneknirschend zur Kenntnis. Sie signalisierten aber gleichzeitig, dass sie an späterer Stelle des Gesetzgebungsverfahrens noch deutliche Veränderungen des Entwurfes erwarteten und auch darauf drängen würden.<sup>790</sup>

Auf neoliberaler Seite war man sehr besorgt darüber, dass der Gesetzesentwurf aufgrund der Forderungen der Industrie noch erhebliche Abschwächungen erfahren würde. Mit den geteilten Sorgen mehrerer MPS-Mitglieder wandte sich Hans Ilau im März 1954 in einem Brief an Erhard, um ihn darum zu bitten, hinsichtlich einer Verbotsgesetzgebung hart zu bleiben und ihm zu versichern, dass er die Unterstützung von neoliberaler Seite bekommen würde.<sup>791</sup> Weitere Unterstützungssignale bekam Erhard auch von der ASM, die im März begann ganzseitige Anzeigen für eine Kartellgesetzgebung nach dem Verbotsprinzip regelmäßig in der *FAZ* zu schalten und sich darüber hinaus bei Erhard persönlich erkundigte, wie man ihn weiter in dem Kampf

---

<sup>789</sup> Vgl. Robert 1976, S. 248ff.

<sup>790</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 247.

<sup>791</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/17084, Heft 2, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Brief von Hans Ilau an Ludwig Erhard vom 01.03.1954 mit Anlage eines besorgten Briefes des NZZ-Wirtschaftsredaktionsmitglieds Carlo Mötteli vom 23.02.1954.

um das Kartellgesetz unterstützen könne, woraufhin Erhard dazu riet erst während der Beratungen im Bundestag richtig aktiv zu werden.<sup>792</sup>

### *Die Beratungen im Bundesrat ab dem 21. Mai 1954*

In Anbetracht der bekannten skeptischen Grundstimmung einiger CDU/CSU-regierter Bundesländer, vor allem des industriellen Kernlandes Westdeutschlands, Nordrhein-Westfalens, war Erhard bemüht, die Stellungnahme des Bundesrats zum Gesetzesentwurf zu umgehen. Dies gelang ihm allerdings nicht, weil die Vertreter des Bundestags auf eine vorherige Anhörung des Bundesrats bestanden.<sup>793</sup>

Die Skepsis der CDU-regierten Länder spiegelte sich denn auch deutlich in den Debatten in Ausschuss und Plenum wider. Im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats sprach sich ein Großteil der CDU/CSU-Ländervertreter gegen den Regierungsentwurf aus.<sup>794</sup> Prominentester Gegner des Verbots- und Vertreter des Missbrauchsprinzip war erneut NRW-Wirtschaftsminister Straeter, der diesmal die Stimmung im Wirtschaftsausschuss fest im Griff hatte, zumal Karl Schiller für die SPD nicht mehr gegen ihn opponierte, weil dieser mittlerweile einen Sitz im Bundestag innehatte.<sup>795</sup> Dass die Abstimmung zum Regierungsentwurf dennoch knapp zugunsten des eingebrachten

---

<sup>792</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/192483, Brief der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft an Ludwig Erhard vom 15.03.1954 mit handschriftlichen Anmerkungen von Seiten des BMWi.

<sup>793</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 279f.

<sup>794</sup> Insbesondere das anfängliche Zögern Hamburgs, von dem man Zustimmung erwartet hatte, bereitete dem BMWi Sorgen. Vgl. BA Sign. B 102/17085, Heft 1, Vermerk vom Ministeriumsmitarbeiter Epphardt für Müller-Armack vom 14.05.1954.

<sup>795</sup> Auf die anfängliche Ablehnung des Regierungsentwurfs und das Einbringen eines eigenen Entwurfs durch den NRW-Wirtschaftsminister Straeter reagierte Erhard mit einem langen

Entwurfs ausging, lag an der massiven Vorarbeit von Erhard und seinen Mitarbeitern – in Form von Gesprächen mit unterschiedlichen Landesregierungen, die mit der Aushandlung von Zugeständnissen hinsichtlich Ausnahmeregelungen für Kartelle verbunden waren – vor allem derjenigen Hamburgs – und auch des Berichterstatters des Wirtschaftsausschuss Seidel.<sup>796</sup> Die Aussprache zugunsten des Regierungsentwurfs war zwar nicht als einhellig positives Signal des Bundesrates, jedoch durchaus als Duldung des Verbotsprinzips zu werten und damit erst einmal ein Sieg Erhards.<sup>797</sup>

*Die Intervention des BMWi-Beirats: Das Gutachten zum Kartellgesetz vom Wissenschaftlichen Beirat des BMWi vom 2. Oktober 1954*

Da der Bundeswirtschaftsminister Bedenken um die Unterstützung der Verbotsgesetzgebung hegte und auch aus der Wissenschaft skeptische Stimmen zu hören waren, war ein Signal des wissenschaftlichen Beirats seines Ministeriums zugunsten seiner Politik eine hilfreiche Unterstützung. Ähnlich wie das erste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des BMWi vom Juli 1949 substantiierte ein zweites Gutachten im Oktober 1954 erneut die Prinzipien des BMWi-Entwurfs. Der Beirat sah also ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung vor, das zum einen dem Verbotprinzip folgte und zum

---

Schreiben an die Ausschussmitglieder, dass das Verhalten NRW'S verurteilte und den Regierungsentwurf verteidigte. BA, Sign. B 102/316869, AE 1/2, fol. 1, Schreiben von Ludwig Erhard an die Ausschussmitglieder des Wirtschaftsausschusses des Bundesrates vom 14.05.1954.

<sup>796</sup> Dabei wurde der BMWi-Entwurf stark verwässert. Vgl. den Bericht von Eberhard Günther an den Staatssekretär des Bundeskanzleramts im Juni 1954. BA, Sign. B 102/316869, AE 2/2, fol. 1, Stellungnahme von Eberhard Günther an den Staatssekretär des Bundeskanzleramts vom 23.06.1954.

<sup>797</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 280-285.



zweiten eine möglichst begrenzte Anzahl an Ausnahmeregelungen vorsah: die Erlaubnis von Konditionskartellen, Rationalisierungskartellen, Außenhandelskartellen und Struktur-Krisenkartellen unter bestimmten Bedingungen. Ferner forderte der Beirat ein hohes Strafmaß für Fälle des Missbrauchs, also im Falle, dass ein Kartell trotz Verbots agierte und dann dabei ertappt wurde. Zurückhaltender war der Beirat in Hinblick auf das Verbot von marktbeherrschenden Unternehmen. Hatte das Gutachten von 1949 noch die Auflösung sämtlicher marktbeherrschender Unternehmen gefordert, so hieß es im Gutachten von 1954, dass ein zu schaffendes Monopolamt die Erlaubnis dazu haben solle, marktbeherrschende Unternehmen aufzulösen.<sup>798</sup>

Interessant ist an der Position des Beirats, dass das heterogen zusammengesetzte Gremium offensichtlich weiterhin eindeutig die Position des Wirtschaftsressorts in der Kartellfrage stützte.<sup>799</sup> Trotz der Gewerkschaftsnähe einiger Wissenschaftler im Beirat blieb man bei der Frage der Verbotsregelung bei einer eindeutigen Position und lehnte damit die Positionen von BDI und Gewerkschaften im Gutachten von 1954 ab. Dies lag nicht zuletzt an den personellen Kontinuitäten einiger zentraler Akteure, wie Erwin von Beckerath, Alfred Müller-Armack und Karl Schiller, deren wettbewerbspolitische Position sich seit Gründung des Beirats 1948 nicht geändert hatte.

### *Die Beratungen des BMWi mit dem BDI-Arbeitskreis Kartellgesetz zwischen Mai 1954 und März 1955*

---

<sup>798</sup> Vgl. ebd., S. 38ff.

<sup>799</sup> Zur heterogenen Besetzung des Beirats vgl. Kapitel 5.1.

In Anbetracht der deutlich auseinandergelassenen Positionen von Industrie und Bundeswirtschaftsminister regte Bundeskanzler Adenauer Verhandlungen zwischen den beiden Opponenten auf der Basis einer grundsätzlichen Anerkennung einer Verbotsgesetzgebung an.<sup>800</sup> Unter dieser Voraussetzung erklärte sich Erhard bereit, mit den Experten des BDI Verhandlungen bezüglich Ausnahmeregelungen von der Verbotsgesetzgebung zu führen, die über einen bislang stattfindenden kontinuierlichen Austausch hinausgingen und verbindlicheren Charakter hatten.<sup>801</sup>

Allerdings wurde die in einem Gespräch zwischen Adenauer, Erhard und Berg vereinbarte Grundvoraussetzung für die Verhandlungen in einer ersten Phase von sieben Sitzungen von den Vertretern des BDI ignoriert.<sup>802</sup> Diese traten mit der Forderung einer Missbrauchsgesetzgebung an und ignorierten die vorher getroffenen Absprachen, was zu einem Abbruch der Verhandlungen im Juli 1954 führte.<sup>803</sup> Die Zeit des Abbruchs der Verhandlungen nutzte Erhard geschickt, um seine Verhandlungsposition zu stärken. Dies gelang ihm dadurch, dass er das Industriellenlager zu spalten suchte. Während

---

<sup>800</sup> Der Vorschlag kam offiziell von Fritz Berg in einem Brief an Erhard, wurde aber von Adenauer bestärkt. Vgl. BA, Sign. B 102/316881a, fol.1, Brief von Fritz Berg an Ludwig Erhard vom 02.10.1953.

<sup>801</sup> Einen Austausch zwischen Vertretern der Industrie und des Bundeswirtschaftsministerium in Form von Besprechungen hatte es kontinuierlich gegeben. Vgl. beispielsweise BA, Sign. B 102/316865, AE 1/2, fol. 1, Vermerk über eine Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung mit dem Bundesverband der deutschen Industrie am 31.01.1951.

<sup>802</sup> Darüber beschwerte sich Erhard beim Bundeskanzler in einem Brief am 01.07.1954. Der Brief zeigt zudem, dass Erhard stets versuchte, Adenauer für seine Politik zu gewinnen und dabei in Konkurrenz zu seinem Beraterkreis stand, dem u.a. Fritz Berg angehörte. BA, Sign. B 102/17085, Heft 1, Brief von Ludwig Erhard an Konrad Adenauer betr. Kartellgesetz in binnen- und aussenwirtschaftlicher Betrachtung vom 01.07.1954.

<sup>803</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 255f.

einer Konferenz auf dem Petersberg in Bonn zum Kartellgesetz, bei der eine Großzahl von Unternehmern am 12.03.1954 zugegen war, gelang es Erhard eine gewichtige Anzahl von Industriellen für die Verbotsgesetzgebung zu gewinnen. Die Konferenz hatte zur Folge, dass der Präsident der Industrie- und Handelskammer Essen, Friedrich-Wilhelm Ziervogel einen Brief an den Präsidenten des BDI Fritz Berg schrieb, der deutlich machte, dass die Unterzeichner das Verbotsprinzip und nicht das Missbrauchsprinzip bei der Kartellgesetzgebung unterstützten. Dies war insofern ein Schlag für Fritz Berg und die im BDI organisierten Vertreter der Missbrauchsgesetzgebung als dass durchaus eine gewichtige Anzahl von Industriellenpersönlichkeiten den Brief unterschrieb, darunter der spätere Bundesbankpräsident Karl Blessing (Margarine-Verkaufs-Union, Hamburg), der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und führende Unternehmer der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie Günter Henle (Klößner), der Generalbevollmächtigte der Friedrich-Krupp Werke Friedrich Janssen, Alfred Knoerzer (Robert Bosch), der Vorstandsvorsitzende der Mannesmann AG Hermann Winkhaus sowie weitere wichtige Vertreter deutscher industrieller Großunternehmen. Wichtig war der Brief, weil er den Handlungsspielraum des BDI einschränkte. Er führte zwar nicht dazu, dass der BDI nicht weiter die Missbrauchsgesetzgebung befürwortete. Er sorgte aber durchaus dafür, dass der BDI sich wieder zu dem auf dem Verbotsprinzip basierenden Gesetzesentwurf als Verhandlungsgrundlage bekannte.<sup>804</sup>

---

<sup>804</sup> Zu der Konferenz von Erhard mit Vertretern der Industrie sowie zu dem Brief vgl. Industrielle für das Kartellverbot. Führende Unternehmer unterstützen Erhard, in: *FAZ*, 31.07.1954, S. 1.

Die Verhandlungen wurden schließlich nach einer Tagung des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU in Bad Ems – nicht zuletzt durch die Vermittlung von Franz Etzel, CDU-Mitglied und Vizepräsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – wieder aufgenommen.<sup>805</sup> Bei besagter Tagung waren sowohl Vertreter des BMWi als auch Vertreter des BDI anwesend, und man einigte sich entsprechend auf die Anerkennung des im Regierungsentwurf verankerten Verbotsprinzips als Grundlage weiterer Diskussionen. Die folgenden Verhandlungen führten zu einer großen Anzahl von Ausnahmeregelungen, die BDI-Präsident Fritz Berg sogar schließlich dazu veranlassten, Erhard einen ausgesprochen freundlichen Dankesbrief zu schreiben.<sup>806</sup> Aus einem abschließenden Bericht über die Verhandlungen wurde jedoch deutlich, dass grundlegende Fragen – wie die Frage des Verbotsprinzips – nicht für beide Seiten zufriedenstellend geklärt werden konnten, dass zugleich das BMWi entschieden war, seiner Linie treu zu bleiben.<sup>807</sup>

Die Verhandlungen zwischen den am Gesetzesentwurf beteiligten Ministerien und dem BDI zeigten zudem deutlich die Machtverhältnisse in der Kartelldebatte auf.<sup>808</sup> Eine kleine Gruppe von neoliberalen Wissenschaftlern

---

<sup>805</sup> Einen Großteil der Verhandlungen bestritten Staatssekretär Müller-Armack sowie Günther und Risse für das Bundeswirtschaftsministerium. Vgl. beispielsweise BA, Sign. B 102/17084, Heft 1, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Besprechung mit dem Arbeitskreis der Industrie über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen am 22.07.1954.

<sup>806</sup> Vgl. von Bethusy-Huc 1962, S. 260f.

<sup>807</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/316870, AE 1/2, fol.1, Bericht von den Besprechungen mit dem Arbeitskreis Kartellgesetz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 16.10.1954.

<sup>808</sup> Auch wenn das BMWi den konsultativen Charakter der Beratungen betonte, beeinflussten die Positionen der Industrie sicherlich den weiteren Weg des Gesetzgebungsverfahrens. Dies gilt insofern, als das die Industrie dort ihre Schmerzgrenzen herausstellte und die Ergebnisse der Gespräche auch in den späteren Bundestagsausschussdebatten eine Rolle spielten. Zur Beteuerung des konsultativen Charakters vgl. BA, Sign. B 102/17084, Heft 2,

und Ministerialbeamten, eine kleine Minderheit innerhalb der CDU sowie in der FDP sowie die Opposition unterstützten den wettbewerbpolitischen Kurs des Bundeswirtschaftsministers. Diese geringe Hausmacht innerhalb der eigenen Partei zwang Erhard zu weitgehenden Zugeständnissen, die letztlich seine ursprünglich neoliberal geprägte wettbewerbpolitische Position aufweichten.

### *Das Kartellgesetz im Bundestag Ende März 1955*

In Anbetracht der oben beschriebenen Machtverhältnisse und der damit verbundenen – sicherlich in den Bundestag durchgesickerten Information der Uneinigkeit der Regierung hinsichtlich der Kartellfrage – war die Situation im Bundestag für den GWB-Gesetzesprozess äußerst offen. Die politische Lage hatte sich gegenüber den Konfliktlinien in der ersten Legislaturperiode kaum verändert. Missbrauchsprinzip-Unterstützer lehnten weiterhin den dem Verbotsprinzip verpflichteten Regierungsentwurf ab. Verändert hatte sich die Gemengelage jedoch insofern, als dass die Vertreter eines strikten Verbotsprinzips den Regierungsentwurf mit seinen Zugeständnissen an die Industrie als zu lasch betrachteten und deshalb dem Regierungsentwurf kritisch gegenüberstanden.<sup>809</sup>

---

Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Vermerk des Ministeriumsmitarbeiters Seibt an Müller-Armack betr. Antrag der SPD-Fraktion Drucksachen Nr. 906 vom 19.10.1954 – Bericht zum Kartellgesetzentwurf.

<sup>809</sup> Die Divergenzen spiegelten sich später recht gut in den kontroversen Auseinandersetzungen im Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Bundestags. Vgl. BA, Sign., B 102/316871, AE 2/2, fol. 1, Kurzprotokoll der 72. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschluß – am Mittwoch, dem 21. September 1955, 9.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus.

Da von allen Seiten Kritik gegenüber dem überarbeiteten Entwurf des Kartellgesetzes zu erwarten war, war dessen Rechtfertigung vor dem Bundestag im März 1955 einer besondere Herausforderung.<sup>810</sup> Dieser Herausforderung stellte sich Erhard gleichwohl persönlich.<sup>811</sup> In seiner Rede wies Erhard zum einen auf den Kompromisscharakter des Entwurfs und die Zugeständnisse an die Industrie hin, er zeigte sich aber zugleich nicht bereit, vom Verbotsprinzip abzurücken und machte deutlich, dass die Schmerzgrenze bei den Zugeständnissen absolut erreicht sei. Erhard kritisierte im Bundestag deutlich die Interessenverbände, die trotz der zugestandenen Kompromisse unachgiebig das Missbrauchsprinzip im Gesetz forderten.<sup>812</sup>

Verändert hatte sich insgesamt im Bundestag die Konfliktbereitschaft aller Beteiligten. Die Bereitwilligkeit zur Konfrontation hatte zugenommen, denn es lastete auf der einen Seite Druck auf Regierung und Parlament, ein Kartellgesetz endlich zu verabschieden und auf der anderen Seite hatte sich die deutsche Wirtschaft bei abnehmender Präsenz der Alliierten wieder in Kartellen organisiert, um Fakten zu schaffen. Die wirtschaftsnahen Kritiker des Regierungsentwurfs nahmen also kaum ein Blatt vor den Mund, auch nicht

---

<sup>810</sup> Die Einbringung wurde seit Januar 1955 mehrfach verschoben und kam nur durch Erhards Druck im März 1955 zustande. Vgl. BA, Sign. B 102/316870, AE 2/2, fol. 1, Brief von Ludwig Erhard an den Präsidenten des Deutschen Bundestags vom 23. Februar 1955 und ebd., Tagesordnung der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, 24.03.1955, 9 Uhr.

<sup>811</sup> Vgl. hierzu die Notizen von Günther, die als Vorbereitung für die Einbringung fungierten. BA, Sign. B 102/316870, AE 2/2, fol. 1, Stichwortvermerk zur Einbringung der Regierungsvorlage vom 16.03.1955.

<sup>812</sup> Vgl. die Rede von Erhard vor dem Deutschen Bundestag am 24. März 1955, Erhard 1988a.

bei der Formulierung eindeutiger Partikularinteressen für bestimmte Wirtschaftszweige.<sup>813</sup> Um ein Beispiel zu nennen: Der Abgeordnete Samwer, gleichzeitig Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung, forderte im Plenum des Bundestages offen eine Ausnahmegenehmigung für Kartelle der Kredit- und Versicherungswirtschaft.<sup>814</sup>

Die konfrontative Haltung – insbesondere der Unterstützer der Missbrauchsgesetzgebung – führte sogar dazu, dass dem Bundestagsplenum offiziell gleich drei, inoffiziell sogar vier Entwürfe für ein Kartellgesetz vorlagen. Dabei handelte es sich erstens um den ursprünglichen Regierungsentwurf, zweitens um einen Gegenentwurf der Gegner eines Verbotsgesetzes, den sogenannten Höcherl-Entwurf, drittens um einen Entwurf neoliberaler Abgeordneter um Franz Böhm als strategische Gegenposition, den sogenannten Böhm-Entwurf. Als viertes stand inoffiziell der mit dem BDI ausgehandelte Kompromissvorschlag im Raum, dieser wurde den Abgeordneten aber lediglich als Anlage zum Regierungsentwurf vorgelegt.<sup>815</sup> Insgesamt

---

<sup>813</sup> Vgl. hierzu auch die Debatte um die Anwendung des Kartellgesetzes auf die Versicherungs- und Kreditwirtschaft. Vgl. BA, Sign. B 102/316872, AE 1/2, fol. 1, Eberhard Günther, Entwurf Anwendung der Bestimmungen des Entwurfs eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Drucks. 1158) auf die Versicherungs- und Kreditwirtschaft vom 30.11.1955.

<sup>814</sup> Vgl. Robert 1976, S. 292. Zudem wurde der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftspolitik von Robert Pferdenges als Vorsitzendem des Bundesverbandes privater Banken dazu aufgefordert, die Kredit- und Versicherungswirtschaft von den Bestimmungen des Kartellgesetzes auszunehmen. Vgl. BA, Sign. B 102/316884, fol. 1, Brief von Robert Pferdenges an Fritz Hellwig vom 11.10.1956 und Brief von Fritz Hellwig an Robert Pferdenges vom 16.10.1956.

<sup>815</sup> Zu einem Überblick über die Entwürfe vgl. die Darstellung aller Entwürfe durch den CDU-Abgeordneten Erich Köhler. BA, Sign. B 102/316871, AE 1/2, fol. 1, Erich Köhler, Zur Kartelldebatte, 28.06.1955. Eine vergleichende Darstellung der Entwürfe liegt ferner vom BMWi vor. Vgl. BA, Sign. B 102, 316870, AE 2/2, fol. 1, Vergleichende Darstellung der Grundgedanken der drei Entwürfe sowie der Änderungsvorschläge des Bundesrats zum Regierungsentwurf.

fürte diese Situation der Vielzahl an vorliegenden Entwürfen nicht zu einer eindeutigen Gruppenbildung innerhalb des Bundestags, weil es durchaus industrienaher Abgeordnete gab, die nicht den Höcherl-Entwurf unterstützten, sondern sich mehr von einem ausgeprägten Ausnahmekatalog beim gegebenen Kartellverbot versprachen. Deutlich positionierten sich allerdings die 162 Abgeordneten der SPD, die eine dem Regierungsentwurf folgende Verbotsgesetzgebung unterstützten und somit eine brisante politische Spaltung innerhalb der Regierungskoalition bestärkten.<sup>816</sup> Da allerdings Bundeskanzler Adenauer auf einer Regierungsmehrheit bestand, war eine Abstimmung mit Hilfe der Opposition zugunsten des Regierungsentwurfs aus machtpolitischen Gründen erst einmal keine Option. Dennoch stärkte die Position der SPD dem Bundeswirtschaftsminister den Rücken und veränderte durchaus die machtpolitischen Auseinandersetzungen im Bundestagsplenum sowie später in den relevanten Ausschüssen.<sup>817</sup>

Ähnliches galt für den Böhm-Entwurf. Der vom MPS-Mitglied Franz Böhm eingebrachte Entwurf fungierte strategisch als eine Art Zuspitzung des Forderungskatalogs der Vertreter des Regierungsentwurfs und erweiterte insofern den Verhandlungsspielraum für Erhard. Böhm war sich zwar vermutlich der strategischen Konsequenz des Einbringens seines Entwurfs bewusst. Dass er diesen Entwurf einbrachte, war allerdings den Quellen zufolge in erster Linie eine Reaktion der Enttäuschung über den von Erhard eingebrachten Regierungsentwurf mit seinen zahlreichen Ausnahmen. Böhm war

---

<sup>816</sup> Zur Haltung der SPD vgl. BA, Sign. B 102/316878, AE 1/2, fol. 1, Bericht über die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu dem Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (I. u. II. Legislaturperiode).

<sup>817</sup> Vgl. Robert 1976, S. 298-301, 308f.



dermaßen erbot über die Zugeständnisse, die der Regierungsentwurf der Industrie gegenüber machte, dass er sich geradezu gezwungen sah, eine eigene Position zu beziehen und die ursprünglichen wettbewerbpolitischen Vorstellungen der Neoliberalen einzubringen. Entsprechend empört reagierte der BDI-nahe Industriekurier auf den Böhm-Entwurf und beschrieb ihn als „romanhafte Zusammenstellung kapitalistischer Sünden aus der Sicht eines Ideologen heraus.“<sup>818</sup> Zutreffend ist der Vorwurf des Ideologen insofern, als dass Böhm in der Tat einen der neoliberalen Wettbewerbstheorie in Reinform getreuen Gesetzesentwurf vorlegte. In der Debatte um den Böhm-Entwurf scheute man sich nicht vor bösartigen Diffamierungskampagnen gegenüber Böhm. So versuchte der Geschäftsführer des Deutschen Industrie-Instituts und Bundestagsabgeordnete Fritz Hellwig offensichtlich, wenn auch vergebens, Franz Böhm und den Neoliberalismus öffentlich als nationalsozialistisch zu diffamieren.<sup>819</sup>

Die Auseinandersetzungen in den Bundestagsausschüssen, insbesondere im Ausschuss für Wirtschaftspolitik, waren nicht weniger ausgeprägt als der

---

<sup>818</sup> ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-040/1, N VIII/7, Verworrene Kartelldiskussion. Kopfschütteln über Franz Böhm – Vorzüge des Übereinkommens Prof. Erhard/Industrie, Industriekurier, 17.03.1955.

<sup>819</sup> Franz Böhm beschwerte sich gegenüber dem Wirtschaftsjournalisten Volkmar Muthesius über diese Diffamierungskampagne in einem Brief. Vgl. ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-006/3, G III, Brief von Franz Böhm an Volkmar Muthesius vom 25. Juni 1955. Auch Alexander Rüstow war empört über die Diffamierungsversuche von Hellwig und beschwerte sich darüber in einem Brief an Muthesius. Vgl. IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 374, Brief von Alexander Rüstow an Volkmar Muthesius vom 25.05.1955.

vorherige Schlagabtausch im Bundestagsplenium.<sup>820</sup> Mit allen Mitteln – inklusive der erneuten Heranziehung verfassungsrechtlicher Bedenken durch Einschaltung des Rechtsausschusses – wurde zum einen der Regierungsentwurf von BDI-naher Seite bekämpft und von neoliberaler Seite zumindest deutlich kritisiert. Die nahezu zwei Jahre andauernde Debatte, die im März 1955 begann, sollte zu einem Ergebnis führen, bei dem das Kartellgesetz am Ende zwar das Verbotsprinzip beibehielt, zugleich aber derart viele Ausnahmen für bestimmten Formen von Kartellen und Branchen umfasste, dass man aus neoliberaler Sicht keineswegs mit dem Ergebnis zufrieden sein konnte.<sup>821</sup> In den Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftspolitik zeigte sich auch das unentwegte Engagement von Franz Böhm für ein möglichst umfassendes Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Ohne dessen En-

---

<sup>820</sup> Neben der Tatsache, dass ein großer Teil der Sitzungszeit des Ausschusses für Wirtschaftspolitik des Bundestags in den Jahren 1956 und 1957 in die Beratungen des Kartellgesetzes floss, zeigen selbst die Sitzungen im März 1957 noch grundlegende Differenzen, vor allem zwischen den Abgeordneten Höcherl und Böhm auf, die in Grundsatzdebatten ausarteten. Vgl. beispielsweise BA, Sign. B 102/316875, AE 2/2, fol.1, Kurzprotokoll der 170. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Mittwoch, dem 13. März 1957, 9.00 Uhr.

<sup>821</sup> Energisch und erfolgreich setzte sich nach eingehenden Beratungen mit Verbandsvertretern der Ausschuss des Bundestages für Geld und Kredit für eine Sonderstellung des Banken- und Versicherungswesens aus dem Kartellgesetz ein. Vgl. dazu Berichte über die Beratungen mit Vertretern der Banken und Versicherungen im Ausschuss für Geld und Kredit BA, Sign. B 102/316873, AE 1/2, fol. 1, Vermerk für Herrn Ministerialrat Dr. Günther betr. Anwendung der Bestimmungen des Entwurfs eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Drucksache 1158) auf die Versicherungs- und Kreditwirtschaft. Vgl. auch die entsprechenden Beratungen im federführenden Ausschuss für Wirtschaftspolitik BA, Sign. B 102/316873, AE 2/2, fol. 1, Kurzprotokoll der 114. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Freitag, dem 01.06.1956, 14 Uhr; vgl. schließlich die Entscheidung im Ausschuss für Wirtschaftspolitik für eine Sonderbehandlung des Kredit- und Versicherungswesens. BA, Sign. B 102/316876, AE 1/2, fol. 1, Kurzprotokoll der 183. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Samstag, dem 6. April 1957, 9.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus.

agement wäre damit zu rechnen gewesen, dass es den industrienahen Abgeordneten gelungen wäre, den Regierungsentwurf vollständig zu unterminieren.<sup>822</sup> Das Ergebnis und die zuvor stattfindenden Debatten führten erneut zu heftigsten Reaktionen, sowohl von wirtschaftsnahen Vertretern innerhalb der CDU sowie den Verbänden als auch von neoliberaler Seite.<sup>823</sup> Die heftigen Debatten zogen weite Kreise. Auch im Ausland wurde die deutsche Kartelldebatte rezipiert. Und selbst in Indien kam es zu mitunter empörenden Reaktionen, was die im Gesetzesentwurf enthaltenen Ausnahmen anging. In Indien fürchtete man sich vor allem vor der Erlaubnis von Exportkartellen.<sup>824</sup>

### *Ilus Intervention als Beispiel für Positionen innerhalb der FAZ zum GWB*

Eine der Tageszeitungen, die regelmäßig die Gegner des Missbrauchsprinzips zu Wort kommen ließen, war die dem Neoliberalismus nahestehende FAZ. In der Zeit zwischen dem 1. November 1949 und 31. Dezember 1957, also der Zeit des Gesetzgebungsverfahrens bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1958, beschäftigten sich insgesamt 555 Artikel mit dem

---

<sup>822</sup> Zum Engagement Böhms vgl. beispielsweise seine Grundsatzrede in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik am 20. März 1957. BA, Sign. B 102/316875, AE 2/2, fol. 1, Kurzprotokoll des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Mittwoch, dem 20. März 1957, 9.00 Uhr in Bonn – Bundeshaus.

<sup>823</sup> Das Einbeziehen von Ausnahmen in den Gesetzesentwurf führte zu einer Lawine von Anfragen diesbezüglich geführt. Nachdem Verkehrswesen, Geld- und Kreditwesen, Ernährungs-, Landwirtschafts- und Forstwirtschaft Sonderstatus innerhalb des Kartellgesetzes eingeräumt bekamen, beanspruchte auch das industrielle Gewerbe nicht vom Verbotsprinzip betroffen zu sein. Vgl. BA, Sign. B 102/316883b, fol. 1, Brief des BDI an den Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages vom 04.06.1956.

<sup>824</sup> Vgl. BA, Sign. B 102/192488, Brief des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi an Eberhard Günther vom 31.01.1957.

Kartellgesetz. Das zeigt, wie intensiv die Debatte um das Kartellgesetz in der Öffentlichkeit geführt wurde. Da ein Großteil der Artikel einen kartellkritischen Einschlag aufweist und somit die Position des Bundeswirtschaftsministers flankierte, stellte die FAZ für den Bundeswirtschaftsminister ein wichtiges Unterstützungsorgan dar.<sup>825</sup>

Exemplarisch sei hier der Artikel von Hans Ilau, einem Mitglied der ASM, vom 17. März 1955 herausgegriffen.<sup>826</sup> Bei diesem Artikel handelte es sich um einen Meinungsartikel, der als Reaktion auf das oben erwähnte Gutachten von Prof. Hans Peter und als Intervention in die Debatte um das Kartellgesetz kurz vor der Einbringung in den Bundestag zu verstehen ist.<sup>827</sup> Auch wenn der Aufhänger des Artikels das Gutachten von Peter ist, kann der Artikel als genereller Angriff auf die Forderung nach einem Missbrauchsprinzip in der Kartellgesetzgebung gelten. Ilau argumentiert in seinem Artikel, dass es schwierig sei, einen Missbrauch von Kartellvereinbarungen festzustellen und dass man aufgrunddessen am Verbotsprinzip festhalten müsse. Außerdem konstatierte er, dass eine Missbrauchsgesetzgebung ein fadenscheiniges Argument für die Legalisierung von Kartellstrukturen sei: „Was ihren Trägern wirklich am Herzen liegt, ist nicht die schillernde Seifenblase einer

---

<sup>825</sup> Zur FAZ als Publikationsorgan deutscher MPS-Mitglieder vgl. Mussler 2008, S. 569.

<sup>826</sup> Es gibt selbstverständlich weitere geplante politische Intervention zum GWB, die auch dokumentiert sind. So entschieden sich beispielsweise Wilhelm Röpke und Erich Welter zu Beginn der Beratungen im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Bundestages einen kartellkritischen Artikel von Röpke in der FAZ zu publizieren. Zu den systematischen Überlegungen von Welter und Röpke über den Zeitpunkt der Publikation vgl. IWP Köln, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 673f., Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 17.05.1955.

<sup>827</sup> Das Gutachten von Hans Peter wurde im Abschnitt über die wissenschaftliche Unterstützung für den BDI auf Seite 206 vorgestellt.

Mißbrauchskontrolle, sondern die handfeste Realität eines Rechtsschutzes für Kartelle.“<sup>828</sup> Ilau's Misstrauen gegenüber der Missbrauchskontrolle kann als exemplarisch gelten, rührte sie doch aus der leidlichen Erfahrung mit diesem Prinzip während der Weimarer Zeit her. Als nicht so exemplarisch kann die ausgesprochen ausgeprägte Polemik Ilau gelten. Sie spiegelt aber deutlich die Zuspitzung der Kartelldebatte vor der zweiten Einbringung des Entwurfes in den Bundestag wider. Insgesamt war Ilau stets darum bemüht den Bundeswirtschaftsminister und die am Gesetz beteiligten Ministeriumskollegen auf seine Publikationen zum Kartellgesetz hinzuweisen und Erhard seine Rückendeckung für das Verbotssprinzip zuzusichern.<sup>829</sup>

### *Die ASM Tagung vom 28. und 29. April 1955*

Auch die ASM-Tagung vom April 1955 führte erneut Entscheidungsträger der Politik mit namhaften Vertretern der Wissenschaft des neoliberalen Spektrums zusammen. Sie kann als politische Reaktion auf den Kompromisscharakter des Regierungsentwurfs gelten. Die Bedeutung einer solchen Zusammenkunft sollte man nicht unterschätzen, denn die Tagung bot die Möglichkeit für Ideenaustausch und vor allem wiederum für das Herstellen eines Zusammengehörigkeitsgefühls mit wirtschaftspolitisch gleichgesinnten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Verbänden. Auch bot die Tagung die Mög-

---

<sup>828</sup> Hans Ilau: Was ist eigentlich „Mißbrauch“?, in: FAZ, 17.03.1955, S. 11.

<sup>829</sup> Vgl. seinen Brief im Oktober 1955, in dem Ilau Erhard auf zwei neue Artikel zur Kartellfrage von ihm hinwies. BA, Sign. B 102/17085, Heft 2, Brief von Hans Ilau an Ludwig Erhard vom 06.10.1955.

lichkeit, Brücken zu schlagen zwischen anwesenden Bundestagsabgeordneten von Regierungsparteien und Opposition.<sup>830</sup> Die Kartellgesetzgebung stand vielfach im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung. Sie wurde von einigen Vortragenden in ihren Referaten, in der Begrüßung zur Tagung und im Abschlusstatement sowie während der Diskussionsrunde behandelt. Die ihr zugemessene zentrale Bedeutung für die Gesetzgebung in der neuen Legislaturperiode wurde somit deutlich herausgestellt.<sup>831</sup>

Von ministerieller Seite waren der Bundesminister für besondere Aufgaben Hermann Schäfer, der Bundesminister für Atomfragen Franz-Josef Strauß und der Bundesminister für Familienfragen Franz Würmeling auf der Tagung anwesend. Darüber hinaus waren auch die Staatssekretäre Nahm, Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt), Strauß (BMJ) und Westrick (BMWl) zugegen.<sup>832</sup> Auch wenn aus den Aufzeichnungen über die Tagung nicht hervorgeht, wie lange Minister und ihre Staatssekretäre anwesend waren, so kann man zunächst einmal festhalten, dass sie in jedem Falle Präsenz zeigten. Bundeswirtschaftsminister Erhard war aufgrund von französischem Staatsbesuch verhindert, hatte aber gleichwohl ein schriftliches Grußwort übermittelt.

Was die Frage des Kartellgesetzes angeht, so wurde diese bereits in besagtem Grußwort von Erhard aufgegriffen und damit als wichtiger Aspekt für die Tagung positioniert: „Behinderungen des Wettbewerbs – mit welcher

---

<sup>830</sup> Von der SPD war beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Georg Kurlbaum anwesend. Vgl. Erhard et al. 1955, S. 132ff.

<sup>831</sup> Vgl. Erhard et al. 1955.

<sup>832</sup> Vgl. ebd., S. 9.

Begründung sie auch immer gefordert werden – verschlechtern nicht nur die Versorgung, vermindern nicht nur die Produktivität, sondern müssen schlechthin zu einer Sprengung des marktwirtschaftlichen Ordnungssystems führen<sup>833</sup>, warnte Erhard eindringlich und kritisierte damit die Gegner eines umfassenden Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Wenn es sich hier auch nur um einen Allgemeinplatz gegen Wettbewerbsbeschränkungen handelt, so kann man dennoch konstatieren, dass Erhard wohl jede Möglichkeit nutzte, um in der Öffentlichkeit für mehr Wettbewerb zu werben und eine Koalition gegen die Kartellbefürworter aufzubauen. In seinem kurzen Grußwort an die Teilnehmer der Konferenz ist ein zweiter Aspekt höchst interessant. Erhard schrieb der ASM eine wichtige Bedeutung bei der Errichtung der marktwirtschaftlichen Ordnung in Westdeutschland zu, indem er ihr folgendes zum Abschluss seiner Rede wünschte: „Möge der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, der ich zu ihrer 3. Arbeitstagung dieses Grußwort widme, weiterer Erfolg in der Stärkung und Festigung unserer Wirtschaftsordnung beschieden sein.“<sup>834</sup> Die Formulierung ‚weiterer Erfolg‘ suggeriert, dass die ASM aus Erhards Sicht bereits zum Erfolg der Marktwirtschaft in Westdeutschland beigetragen hatte und betont damit die Bedeutung des Diskursraums der ASM-Tagungen für die wirtschaftspolitische Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft. Man mag die Formulierung Erhards für eine Floskel halten. Die Floskel drückt aber zumindest aus, dass Erhard die Bedeutung der ASM für seine politische Stoßrichtung entweder aner-

---

<sup>833</sup> Ebd., S. 7.

<sup>834</sup> Ebd., S. 8.

kannte oder aber in Anwesenheit seiner Kollegen aus Bundestag und Bundesregierung in ihrer Autorität stärken wollte. Beide Interpretationen vergrößern in jedem Falle die Bedeutung der ASM in der Prägung wirtschaftspolitischer Debatten.

Nicht nur das Grußwort Erhards, sondern auch weitere Beiträge der Tagung hatten das Kartellgesetz zum Thema. Insbesondere der Vortrag ‚Schutz dem Leistungswettbewerb‘ von Franz Böhm ist in diesem Kontext zu nennen. Der Vortrag griff alle drei Entwürfe für ein Kartellgesetz auf, die dem Bundestag vorlagen, sowohl den oben behandelten Höcherl-Entwurf, den Böhm-Entwurf und den Regierungsentwurf. In seinem Vortrag kritisierte Böhm scharf den Umgang des Höcherl-Entwurfs mit Kartellen und lobte – wie zu erwarten – den Regierungsentwurf und vor allem seinen eigenen Entwurf. Böhm betonte dabei die Bedeutung des Verbotsprinzips, um einen Bruch mit der historischen Kartelltradition in der deutschen Wirtschaft herbeizuführen, und damit einen kulturellen Wandel in der Wettbewerbsvorstellung der deutschen Unternehmerschaft herbeizuführen. Zur Implementierung einer neuen Wettbewerbsvorstellung kommentierte Böhm: „Wenn wir aber diesen Schritt tun, dann wird sich bei uns eine *neue Tradition* bilden, und zwar eine Tradition, die neben anderen Vorzügen auch noch den weiteren, sehr entscheidenden Vorzug hat, daß nämlich die Ordnung unserer Wirtschaft durchsichtiger und klarer wird.“<sup>835</sup> Hier wird noch einmal deutlich, dass neolibérale Akteure wie Böhm im Kartellgesetz einen Hebel für eine umfas-

---

<sup>835</sup> Ebd., S. 113.



sende Veränderung der Wirtschaftsordnung in Westdeutschland sahen. Damit erklären sich auch die hohe Bedeutung und die Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit auf diesem Gebiete.

Relevant erscheint auch die Diskussion im Anschluss an den Vortrag von Franz Böhm. In der Diskussion kam der Bundestagsabgeordnete Georg Kurlbaum als Vertreter der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu Wort und wehrte sich gegen den Vorwurf, seine Partei würde nur den Regierungsentwurf zum Kartellgesetz unterstützen, um die Regierungsparteien zu blamieren: „Wir möchten Herrn Professor Erhard unterstützen, damit er zu seinem Kartell-Verbotsgesetz-Entwurf steht und ihn durchsetzen kann.“<sup>836</sup> Jenseits des Parlaments bekannte sich also Kurlbaum für die SPD-Fraktion zum Regierungsentwurf, und zwar nicht aus strategischen Gründen, sondern aus der Überzeugung, dass es richtig sei, Machtkonzentrationen in der westdeutschen Volkswirtschaft zu unterbinden.

Auch das Schlusswort der Konferenz von Alexander Rüstow griff noch einmal die Rolle der SPD in den Auseinandersetzungen um das GWB auf. Rüstow würdigte das Verhalten der SPD in Bundestag und Bundesrat in Fragen des Kartellgesetzes als einen Prozess der „Wandlung in voller Ehrlichkeit“, weg vom antagonistischen Prinzip des Klassenkampfes hin zu einer „spannungsvollen Kooperation auf einem gemeinsamen Boden.“<sup>837</sup> Und er mahnte zugleich die Unternehmerschaft – insbesondere die politisch aktive Unternehmerschaft in Verbänden und im Parlament – diesen Wandel hin zu einem sozialen Frieden nicht zu untergraben: „Wenn da nicht dafür gesorgt wird,

---

<sup>836</sup> Ebd., S. 134.

<sup>837</sup> Ebd., S. 139.

daß eine haltbare politische Struktur geschaffen wird, auf der sich die unternehmerische Tätigkeit entfalten kann, dann sägt der Unternehmer als Politiker den Ast ab, auf dem er als Unternehmer sitzt. Und zwar gerade dann, wenn er glaubt, die Politik unmittelbar in den Dienst seiner privatwirtschaftlichen Unternehmerinteressen stellen zu können.“<sup>838</sup>

Nicht zuletzt die versöhnlichen Worte Rüstows in seinem Abschlussstatement machen die Bedeutung der ASM-Tagung für eine Stimmung der Kooperation und des Einschwörens auf einen partei- und klassenübergreifenden Konsens in der Wettbewerbsgesetzgebung deutlich. Der parteiübergreifende Charakter der Tagung, der Wissenschaftler, Politiker und Unternehmer zusammenbrachte, zeigt, dass die politische Strategie der ASM nicht auf die Regierungsvereinnahmung reduziert werden kann, sondern auf ein partei- wie klassenübergreifendes Einverständnis über ein neues liberales Wirtschaftsprogramm abzielte. Entscheidend dabei war, dass wichtige Entscheidungsträger der Politik auf den Tagungen anwesend waren. Dies gelang auf dieser Tagung zum Kartellgesetz sicherlich.

### *Der Fraktionsausschuss unter Pferdmenes im Januar 1957*

Aufgrund der festgefahrenen Fronten und infolge der stagnierenden Ausschussberatungen schaltete sich im Januar 1957 der Vorstand der CDU ein und lancierte die Einrichtung eines Fraktionsausschusses, der unter dem Vorsitz von Robert Pferdmenes koalitionsinterne Kompromisslinien für das

---

<sup>838</sup> Ebd.

Kartellgesetz entwickeln sollte. Dem Ausschuss gehörten außer Pferdmen- ges Bundeswirtschaftsminister Erhard, ferner die Abgeordneten Blank, Böhm, Hellwig, Höcherl, Illerhaus und Samwer an. Damit waren alle wesent- lichen Konfliktparteien in diesem Ausschuss vertreten.<sup>839</sup>

Das Ergebnis war eine Bereitschaft zu Zugeständnissen von beiden Konfliktparteien und die Entscheidung, die stagnierenden Beratungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss fortzusetzen. Es ist nicht zuletzt der integrativen Kraft Robert Pferdmenes zu verdanken, dass die stockenden Verhandlungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss fortgesetzt werden konnten. Pferdmenes verfügte sowohl über ein Vertrauensverhältnis zu Erhard als auch zu den industrienahen Abgeordneten wie Hellwig und Höcherl. Insbesondere das Verhältnis zu Hellwig kann dabei als entscheidend gelten, denn dieser leitete ab 1956 den Wirtschaftspolitischen Ausschuss und konnte durch seine Funktion maßgebende Weichen stellen. Pferdmenes genoss das Vertrauen aller Beteiligten durch seine Doppelfunktion als industrienaher Bankier und zugleich integrierter Wirtschaftspolitiker, der den Kurs des Bundeswirtschaftsministers stützte und ihm dies auch vertraulich signalisierte.<sup>840</sup>

---

<sup>839</sup> Zur Bedeutung des Fraktionsausschuss vgl. Robert 1976, S. 312f.

<sup>840</sup> Vgl. hierzu die Korrespondenz zwischen Erhard und Pferdmenes. Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, Sign. Signatur I. 4) 57, diverse Briefwechsel zwischen Ludwig Erhard und Robert Pferdmenes in den 1950er Jahren.

*Die Großoffensive der Kartellgesetzgegner im Rechtsausschuss vom 16. Mai 1957*

Trotz des erfolgreichen Vermittlungsversuchs von Robert Pferdmenges im Januar kam es dennoch zu einem finalen Versuch, die Verabschiedung des Kartellgesetzes zu verhindern. Dieser Versuch erfolgte nicht innerhalb des Wirtschaftsausschusses, sondern von Seiten des Rechtsausschusses des Bundestags. Dabei war offensichtlich, dass es sich bei den vom Rechtsausschuss im Mai 1957 geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber dem Kartellgesetz um eine Verzögerungstaktik handelte.<sup>841</sup> Denn der Rechtsausschuss war bereits im Herbst 1955 mehrfach dazu aufgefordert worden möglicherweise bestehende rechtliche Bedenken gegenüber dem Gesetzesentwurf zeitnah zu äußern, damit man das Kartellgesetz in der laufenden Legislaturperiode verabschieden könne. Dies geschah allerdings erst im Mai 1957, und zwar in einer Form, die eine Einarbeitung der Bedenken unrealistisch erscheinen ließ.<sup>842</sup>

Auf diese Blockadepolitik reagierten Erhard und Staatssekretär Strauss vom BMJ mit einer Blockade des Rechtsausschusses, indem sie am 17. Mai kurzerhand gemeinsam mit Beamten des BMWi und BMJ die Sitzung verließen und den auf ministerielle Unterstützung angewiesenen Ausschuss arbeitsunfähig hinterließen.<sup>843</sup> Dieser einmalige Vorgang in der Geschichte des

---

<sup>841</sup> Vgl. hierzu den Bericht von Erhard an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Krone, BA, Sign. B 102/316876, AE 2/2, fol. 1, Bericht von Wirtschaftsminister Erhard an den Vorsitzenden der CDU/CSU Fraktion Krone vom 20. Mai 1957.

<sup>842</sup> Vgl. Robert 1976, S. 318-320.

<sup>843</sup> Vgl. hierzu das Sitzungsprotokoll der 212. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsschutz. BA, Sign. B 102/316876, AE 2/2, fol. 1, Wortprotokoll der 212. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsschutz am 17.05 1957, 9.30 Uhr, Bonn, Bundeshaus.

Bundestages sorgte für weitreichendes Aufsehen und dafür, dass sich Bundeskanzler Adenauer in die Auseinandersetzung einschaltete. Erhard musste sich für das Verlassen der Sitzung entschuldigen<sup>844</sup>, hatte aber zugleich dafür gesorgt, dass nun der Bundeskanzler Stellung beziehen musste. Adenauer lud am 20. Mai Erhard, Krone, Hoogen, Hellwig, Wahl und Günther zum Vermittlungsgespräch ins Bundeskanzleramt ein und stellte sich in diesem Gespräch hinter das Kartellgesetz des Bundeswirtschaftsministers. Auch wenn Adenauer nicht so sehr an Wettbewerbspolitik interessiert war, so hatte er dennoch Interesse vor der Bundestagswahl geschlossen als Koalition das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu verabschieden.<sup>845</sup> Wahlstrategische Gründe sorgten also auch dafür, dass es dann schließlich kurz vor Ende der zweiten Legislaturperiode doch noch zur Verabschiedung des Gesetzes kam. Erhard musste zwar noch auf einige wenige Kompromisse gegenüber dem Rechtsausschuss eingehen, konnte aber zugleich den Erfolg verzeichnen, ein Kartellgesetz zu verabschieden, das auf dem Verbotprinzip basierte.<sup>846</sup>

---

<sup>844</sup> Vgl. hierzu Erhards Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsschutz am 20. Mai 1957. BA, Sign. 316876, AE 2/2, fol. 1, Wortprotokoll der 214. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht am 20.05.1957, 10 Uhr, Bonn, Bundeshaus.

<sup>845</sup> Zur Verabschiedung vgl. Protokoll der 223. Bundestagssitzung am 04.07.1957. BA, Sign. B 102/316878, AE 1/2, fol. 1, Protokoll der 223. Sitzung des Deutschen Bundestags am Donnerstag, 04.07.1957, Bonn. Vgl. auch die Zustimmung des Bundesrats am 19.07.1957. BA, Sign. B 102/316878, AE 2/2, fol. 1, Brief vom Präsidenten des Bundesrates an Bundeskanzler Adenauer vom 19.07.1957.

<sup>846</sup> Vgl. Robert 1976, S. 318-323.

### **5.2.6 Zusammenfassung**

Insgesamt kann man konstatieren, dass sich der Prozess zu einem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wie ein konstanter Prozess des stetigen Abweichens vom neoliberalen Ideal liest. Geht man vom ursprünglichen Josten-Entwurf und seinem radikalen Verbotsprinzip mit wenigen Ausnahmen aus und schaut man sich parallel dazu den finalen Regierungsentwurf vom Juli 1957 an, dann weichen die Ausnahmen vom Verbotsprinzip das Prinzip selbst doch erheblich auf.

Zugleich erreichte dieses Gesetz erstmals in der deutschen Geschichte eine prinzipielle rechtliche Illegalisierung von Kartellen, also einen riesigen Schritt im sogenannten Mutterland der Kartelle. An diesem Bruch mit der Kartelltradition hatten der Bundeswirtschaftsminister, sein Ministerium, das Justizministerium und die ständige Flankierung durch neoliberale Wissenschaftler in unterschiedlichen organisatorischen Formen sicherlich ihren Anteil. Der begrenzte Spielraum von wissenschaftlicher Einflussnahme von MPS-Mitgliedern auf die Wirtschaftspolitik wird hier allerdings deutlich, gerade wenn die wissenschaftlichen Vorstellungen von denen machtvoller Interessengruppen, wie der deutschen Industrie, abwichen.

### **5.3 Die erste Aufwertungsdebatte in Westdeutschland**

Während die ersten zwei Fallstudien dieser Arbeit Gesetzgebungsverfahren der 1950er Jahre behandelt haben, widmet sich die dritte Fallstudie nun einer politischen Auseinandersetzung um die Währungspolitik der Bundesrepublik, an deren Ende kein Gesetz steht, sondern eine Entscheidung über die Veränderung des Wechselkurses der D-Mark im Rahmen des internatio-

nenen Währungssystems. Ähnlich jedoch wie bei den Gesetzgebungsverfahren der bisherigen Fallstudien endet auch diese währungspolitische Debatte mit einer wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidung – einer Entscheidung über die Veränderung des Wertes der D-Mark gegenüber dem Dollar, die weitreichende Konsequenzen für die westdeutsche Volkswirtschaft, aber auch für sämtliche am Wechselkurssystem von Bretton Woods beteiligten Volkswirtschaften hatte.<sup>847</sup>

Gleichwohl unterscheiden sich die Ebenen der Analyse hier von den anderen Fallstudien. Zum einen waren die Entscheidungen über die Anpassung des Wertes der Währung im fixen Wechselkurssystem auf der Regierungsebene verortet. Zentraler Entscheidungsort war also das Kabinett unter Miteinbeziehung der Zentralbank, also zunächst der Bank deutscher Länder, ab 1957 der Bundesbank. Deshalb spielten Bundestag und Bundesrat als Orte der politischen Auseinandersetzung keine Rolle. Ferner war die Entscheidung über eine Änderung des Wechselkurses eine Entscheidung mit weitreichenden außen(wirtschafts)politischen Implikationen. Dies hatte zur Folge, dass es – noch mehr als bei der Kartellfrage – mit einem großen Diplomatie-Aufwand verbunden war, den Wert der D-Mark zu verändern. Rücksicht musste man auch aus sicherheitspolitischen Gründen gegenüber den westlichen Bündnispartnern nehmen, die ihre Truppen in der Bundesrepublik stationiert hatten und deren Ausgaben die Zahlungsbilanzüberschüsse Westdeutschlands verstärkten. Man war schließlich auf die Unterstützung der Westmächte im Falle einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion angewiesen und

---

<sup>847</sup> Zum Wechselkurssystem von Bretton Woods und Wechselkursänderungen vgl. James 1995, S. 96, 114ff.

konnte sich keine diplomatischen Verstimmungen aufgrund einer Wechselkursänderung leisten.<sup>848</sup>

Eine solche konnte nur in Einverständnis mit dem wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik, den USA, passieren. Insofern waren die Signale der US-Regierung von höchster Relevanz für die Diskussion um die Veränderung des Wertes der D-Mark. Zweitens waren die Interessen weiterer westlicher Verbündeter, vor allem Großbritanniens und Frankreichs zu berücksichtigen. Die damit verbundenen Interessenskonflikte wurden vor allem innerhalb der Gremien des Währungssystems von Bretton Woods – bei den IWF-Taugungen und im IWF-Exekutivrat – sowie innerhalb der Gremien auf europäischer Ebene – im Wirtschaftsausschuss der EWG sowie innerhalb der EZU – ausgehandelt.<sup>849</sup>

Gerade diese Internationalität der Diskussion um eine Neuanpassung der D-Mark-Parität macht dabei das Alleinstellungsmerkmal der dritten Fallstudie aus. Waren die ersten beiden Fallstudien ab einem bestimmten Zeitpunkt vor allem nationale Entscheidungen und wurden von einem nationalen öffentlichen Diskurs begleitet, so verhielt sich die Sache im Fall der sogenannten „Aufwertungsdebatte“ anders. Der Diskurs war sehr international insofern, als das er in den wichtigsten Tageszeitungen der westlichen Industriestaaten seinen Niederschlag fand. Er wurde ob der vermeintlich hohen Kom-

---

<sup>848</sup> Vgl. Zimmermann 2002, S. 2-7.

<sup>849</sup> Zu den internationalen Institutionen vgl. Dickhaus 1996, S. 13-17.



plexität der währungspolitischen Zusammenhänge stark von Expertengremien geprägt<sup>850</sup>, und schien gerade deshalb bestens dafür geeignet, vorrangig auf der wissenschaftlichen Ebene diskutiert zu werden. In Anbetracht dieser Ausgangssituation – einem international geprägten Diskurs und einer großen Diskursmacht wissenschaftlicher Akteure – ist also zunächst zu erwarten, dass ein international bestens aufgestellter Akteur wie die deutschen neoliberalen Wissenschaftler gute Chancen auf eine Durchsetzung seiner Vorstellungen und Konzeptionen hatte. Die folgende Untersuchung analysiert somit insbesondere die Vorteile einer international aufgestellten Wissenschaftlergemeinschaft bei der Auseinandersetzung um eine währungspolitische Entscheidung.

### **5.3.1 Kernpunkte der Auseinandersetzungen**

In der Debatte um die Aufwertung der D-Mark in den 1950er Jahren kann man im Kern zwischen zwei Positionen unterscheiden. Zum einen gab es eine kleinere Gruppe von Befürwortern einer Aufwertung der D-Mark, die sich rund um das Bundeswirtschaftsministerium gruppierte. In dieser Gruppe sind auch die MPS-Akteure zu verorten. Zum anderen gab es eine demgegenüber größere Gruppe von Gegnern einer Aufwertung der D-Mark, die sich um das Kanzleramt gruppierten. Am Rande kann man noch eine

---

<sup>850</sup> Gerade in der politikwissenschaftlichen Literatur zur internationalen Währungs Kooperation findet sich wiederholt das Argument, dass es sozialen Gruppen jenseits spezialisierter währungspolitischer Experten schwer fällt, im Hinblick auf währungspolitische Zusammenhänge stabile Präferenzen zu entwickeln. Siehe zu diesem Argument zum Beispiel McNamara 1999, S. 35.

ritte, mittlere Position identifizieren. Diese Position befürwortete eine Aufwertung unter der Voraussetzung, dass es international zu einer konzertierten Neubewertung von Währungen käme.<sup>851</sup>

Die Befürworter der Aufwertung der D-Mark befürchteten bei deren Ausbleiben die inflatorische Wirkung dauerhafter Zahlungsbilanzüberschüsse, den störenden Einfluss dauerhafter Überschüsse auf die internationalen Handels- und Zahlungsbeziehungen sowie die Gefahren einer übermäßig auf Exportmärkte fokussierten Wirtschaft. Durch eine Aufwertung erhoffte man sich also einen Rückgang der Leistungsbilanzüberschüsse, die Vermeidung von Konflikten, die aus dauerhaften Überschüssen mit Handelspartnern entstehen könnten sowie eine Stärkung der Binnenwirtschaft und damit einer Reduzierung der Abhängigkeit der westdeutschen Volkswirtschaft von der Exportindustrie.<sup>852</sup>

Die Gegner der Aufwertung betrachteten eine Aufwertung der D-Mark als eine Gefahr, die zur Verschlechterung der internationalen Preisverhältnisse zu Lasten Deutschlands führen würde. Dies galt insbesondere für die deutsche Exportindustrie, die bei steigenden Produktionskosten im internationalen Vergleich um ihre Wettbewerbsfähigkeit fürchtete. Zudem erwarteten die Gegner der Aufwertung Belastungen aus der Tilgung von Auslandsschulden und der Gewährung von Wiedergutmachung sowie einen Rückgang des Dollarzuflusses durch die Truppen der Alliierten, so dass sich die Zahlungsbilanzsituation aus ihrer Sicht perspektivisch entspannen werde. In dieser Situation eine Aufwertung der Währung zu vollziehen, hatte aus ihrer Sicht

---

<sup>851</sup> Vgl. Kapitel 5.3.3.

<sup>852</sup> Vgl. Kapitel 5.3.5.

eine Schädigung der deutschen Exportwirtschaft und der deutschen Wirtschaft insgesamt zur Folge.<sup>853</sup>

Die Befürworter einer konzertierten Neu Anpassung der Paritäten innerhalb des Bretton Woods-Verbundes, inklusive einer Aufwertung der D-Mark, teilten grundsätzlich gewisse Argumente mit der erstgenannten Gruppe. Sie betonten aber vor allem die diplomatische Komponente bei einer Neubewertung sämtlicher im Bretton-Woods System verankerten Währungen. Da es auch andere Währungen mit Korrekturbedarf gab, wollten sie möglichst eine konzertierte Aufwertung umsetzen.<sup>854</sup>

Der Konflikt um die Aufwertung der D-Mark konzentrierte sich somit im Wesentlichen auf die Frage, welche ökonomischen und politischen Konsequenzen mit einem Anstieg des D-Mark-Wertes (gemessen in anderen Währungen) verbunden wären, und wie Kosten und Nutzen einer solchen Aufwertung aussehen würden. Dabei erfolgte die Auseinandersetzung stets mit Rücksicht auf die internationale Interessenlage und die dominanten Positionen der zentralen kapitalistischen Industriestaaten, allen voran der USA. Dabei lässt sich feststellen, dass die Befürworter der Aufwertung sich letztlich die internationale diplomatische Situation zunutze machten. Durch Vertreter in wichtigen internationalen Gremien hatten sie einen privilegierten Zugang zu Informationen im Hinblick auf währungspolitische Fragen und konnten somit geschickt agieren, sobald sich eine für sie günstige Situation in der internationalen Konstellation ergab.<sup>855</sup>

---

<sup>853</sup> Vgl. ebd.

<sup>854</sup> Vgl. ebd.

<sup>855</sup> Vgl. ebd.

Hinzukommend hatte die öffentliche Debatte über eine mögliche Aufwertung der D-Mark Devisenspekulationen zur Folge, die dazu führten, dass zeitweise große Mengen ausländischen Kapitals nach Deutschland flossen.<sup>856</sup> Insofern konnte nicht erst die Formulierung einer positiven Haltung gegenüber der Aufwertung der D-Mark, sondern bereits deren bloße Erwähnung als Möglichkeit durch einen politisch Verantwortlichen eine Spekulation an den Devisenmärkten zur Folge haben, die zusätzlichen Druck hinsichtlich einer Aufwertung aufbaute. Dies ist ein Umstand, den sich die Befürworter der Aufwertung ebenfalls zunutze machten und damit den Druck der Märkte für ihre politischen Vorstellungen einspannten.

### **5.3.2 Das neoliberale Leitbild einer Weltwährungsordnung**

Anders als bei den Fallstudien zur Konstitution der Bundesbank und zur Ausgestaltung der Wettbewerbspolitik lässt sich im Falle der Währungspolitik keine eindeutige inhaltliche Positionierung der deutschsprachigen MPS-Mitglieder feststellen. Vielmehr gab es ab Mitte der 1950er Jahre eine große Kontroverse unter den in der MPS organisierten Neoliberalen über die Frage des Wechselkursregimes. Auf der einen Seite standen die Befürworter eines Regimes fixer Wechselkurse, wie es das Bretton-Woods System verkörperte. Diese Position wurde vor allem von europäischen MPS-Mitgliedern vertreten, insbesondere von Jacques Rueff, dem Berater des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles. Auf der anderen Seite standen die Befürworter eines Systems flexibler Wechselkurse, das vor allem von MPS Mitgliedern aus den USA in die Diskussion eingebracht wurde. Prominentester

---

<sup>856</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 110.

Befürworter flexibler Wechselkurse war der Chicagoer Ökonom Milton Friedman<sup>857</sup>, der zusammen mit Fritz Machlup und einigen weiteren Akteuren diese Idee überhaupt erst in die Debatte innerhalb der MPS einspeiste.<sup>858</sup>

In Westdeutschland herrschte unter den dortigen MPS-Mitgliedern zunächst einmal die Meinung vor, dass ein System fixer Wechselkurse mit einem abgewandelten Goldstandard durchaus einer liberalen Wirtschaftsordnung entspräche.<sup>859</sup> Darin waren sich Wilhelm Röpke und Otto Veit 1954 einig. So schrieb Röpke an Veit:

*„Auch ich kann mir wirkliche internationale Wirtschaftsintegration nicht ohne ein System fester Wechselkurse vorstellen – was weder einmalige Readjustierungen [...] noch gelegentliche Ausnahmen ständig flottierender Wechselkurse eines einzelnen Landes ausschliesst.“<sup>860</sup>*

Es wurde zwar unter anderem von Eucken in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik eruiert, ob nicht auch andere Währungssysteme denkbar wären, aber letztlich befürwortete man im Wesentlichen einen indirekten Goldstandard, wie er mit dem Bretton-Woods-System geschaffen worden war. Eucken schlug vor, dass ein Güterbündel bestehend aus Gütern mit äußerst stabilen Preisen das knappe Gold als Deckung ersetzen solle, um das

---

<sup>857</sup> Vgl. auch Friedmans erste, äußerst frühe wissenschaftliche Publikation, in der er flexible Wechselkurse forderte. Friedman 1953.

<sup>858</sup> Vgl. Schmelzer 2010, S. 135f.

<sup>859</sup> Gegenüber Erhard äußerte sich Röpke 1953 ablehnend hinsichtlich eines Systems flexibler Wechselkurse. Röpke tat dies in Zusammenhang mit der Vorbereitung einer USA-Reise des Bundeswirtschaftsministers, für die Röpke entsprechende vorbereitende Unterlagen erstellte. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2040, Vocke: Korrespondenz R, Zusammenstellung von Röpkes Argumenten für Vocke von unbekanntem Mitarbeiter der BdL am 17.12.1950.

<sup>860</sup> IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 657, Brief von Wilhelm Röpke an Otto Veit vom 09.02.1954.

System dauerhaft zu stabilisieren.<sup>861</sup> Dieser Vorschlag mündete aber nicht in eine größere wissenschaftliche Debatte und bekam zudem auch keine Aufmerksamkeit von politischer Seite.

Die Stimmung unter den MPS-Mitgliedern Westdeutschlands hinsichtlich des Währungssystems änderte sich ab 1957, als zunehmend krisenhafte Symptome beim Bretton-Woods-System sichtbar wurden.<sup>862</sup> Der Vorschlag eines Systems größerer Bandbreiten oder gar flexibler Wechselkurse wurde infolge zunehmend prominenter. Selbst der Beirat des BMWi äußerte sich in einem geheimen Gutachten positiv gegenüber einem System flexibler Wechselkurse.<sup>863</sup> Auch im *ORDO* plädierte der Schweizer Ökonom Friedrich A. Lutz 1958 für eine Auseinandersetzung mit einer alternativen internationalen Währungsordnung mit flexiblen Wechselkursen. Dem bisherigen Währungssystem bescheinigte er Versagen auf ganzer Linie.<sup>864</sup> In der Debatte unter neoliberalen Wissenschaftlern bildete sich schließlich ein Konsens zugunsten eines Systems flexibler Wechselkurse auf der MPS-Konferenz von 1960 in Kassel heraus. Auch der Bundeswirtschaftsminister war auf dieser Konferenz zugegen und sehr interessiert an der Debatte um das Wechselkursregime.<sup>865</sup> Dieser schrittweise neoliberale Konsens befand sich aber während der hier behandelten Aufwertungsdebatte ab Mitte der

---

<sup>861</sup> Vgl. Eucken 1959, S. 260-264.

<sup>862</sup> Vgl. beispielsweise Röpkes Stellungnahme zu den deutschen Zahlungsbilanzüberschüssen. Wilhelm Röpke, Zahlungsbilanz und Nationalreichtum, in: *FAZ*, 03.07.1957, S. 15f.

<sup>863</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt zum Geheimgutachten des Beirats unter 5.3.5.

<sup>864</sup> Vgl. Lutz 1958.

<sup>865</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt zur MPS-Konferenz in Kassel unter 5.3.5.

1950er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre noch in einem Aushandlungsprozess und spielt deshalb nur indirekt eine Rolle für die politischen Interventionen der hier betrachteten Akteure.

Einig war man sich ab Mitte der 1950er Jahre in neoliberalen Kreisen, dass das System von Bretton Woods einen Mangel an Flexibilität aufwies und nicht ausreichend auf die internationalen volkswirtschaftlichen Verschiebungen bei Handel und Produktion reagieren konnte.<sup>866</sup> Die Wahrnehmung, dass es sich beim Bretton-Woods-System um ein in mancher Hinsicht problembehaftetes Währungssystem handelte, kann man sogar als Konsens innerhalb der Wirtschaftswissenschaften insgesamt ab Ende der 1950er Jahre bezeichnen.<sup>867</sup> Allerdings war die erste Antwort auf die Beobachtung dieser Mängel in neoliberalen Kreisen nicht die Infragestellung des Systems fester Wechselkurse als solches, sondern eine Befürwortung der Aufwertung der D-Mark gegenüber anderen Währungen. Einer partiellen Neuanspassung wurde also zunächst der Vorzug gegenüber einer grundsätzlichen Änderung der ‚Spielregeln‘ gegeben. Ab Ende der 1950er Jahre trat zu der Befürwortung der Aufwertung der D-Mark ein weiterer Aspekt im Diskurs hinzu – die Idee einer allgemeinen Flexibilisierung der Wechselkurse.<sup>868</sup> So kam es dazu,

---

<sup>866</sup> Vgl. Lutz 1958.

<sup>867</sup> Die Problematik wurde erstmals von Robert Triffin 1959 im sogenannten Triffin-Dilemma beschrieben. Eichengreen fasst es folgendermaßen zusammen: „The Triffin Dilemma was that if the United States refused to provide dollars to other countries, trade would stagnate and growth would be stifled. But if the United States did provide an unlimited supply of dollars, lubricating growth and trade, confidence in its commitment to convert them into gold would be eroded.“ Eichengreen 2011, S. 50.

<sup>868</sup> Dabei waren sowohl größere Bandbreiten des Wechselkurses als auch vollständig flexible Wechselkurse im Gespräch.

dass im Band des *ORDO*-Jahrbuches von 1958 zwei Positionen nebeneinander standen: Zum einen das Plädoyer von Lutz für flexible Wechselkurse, zum anderen die Forderung von Meyer nach einer Aufwertung der D-Mark als Antwort auf die westdeutsche Zahlungsbilanzkrise.<sup>869</sup> Wenn also neoliberale Wissenschaftler zur Frage der Aufwertung der D-Mark zwischen 1955 und 1961 Stellung nahmen, dann befürworteten sie in der Regel diesen Schritt und forderten zum Teil eine weitergehende Flexibilisierung des internationalen Währungssystems zu einem System flexibler Wechselkurse.

### **5.3.3 Zentrale institutionelle Akteure in den Auseinandersetzungen um die Aufwertung der D-Mark**

Wie bereits anfangs erwähnt, sammelten sich die politischen Kontrahenten in der Aufwertungsdebatte um zwei Pole. Die Befürworter einer D-Mark-Aufwertung gruppierten sich um das Bundeswirtschaftsministerium, die Gegner um das Kanzleramt. Beide Institutionen waren in die Entscheidungsfindung bei einer Aufwertung involviert, da die Bundesregierung über die Veränderung der eigenen Währungsparitäten im Rahmen des Bretton-Woods-Systems entschied.

Die Befürworter einer Aufwertung fanden zahlreiche Unterstützung von wissenschaftlicher Seite. Der Beirat des BMWi befürwortete die Position des Wirtschaftsministers und sprach sich dafür – wenn auch zögerlich – in seinen Gutachten aus.<sup>870</sup> Desweiteren kann man auch tatsächlich davon sprechen,

---

<sup>869</sup> Vgl. Lutz 1958 und Meyer 1958.

<sup>870</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00245, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 30 April 1957; vgl. auch Kapitel 5.3.5.



dass auch die für die Aufwertung zuständige Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums die Position ihres Ministers teilte. Also kann man auf der ministeriellen Ebene eine deutlich positive Haltung zur Aufwertung antreffen.<sup>871</sup> Auch von Seiten der Tagespresse bekam das BMWi Unterstützung. Vor allem die *FAZ* und die *NZZ* als international rezipierte Tageszeitungen sprachen sich spätestens Ende der 1950er Jahre für eine Aufwertung der D-Mark aus.<sup>872</sup> Beide Zeitungen lieferten – ähnlich wie in den anderen Fallstudien – eine Publikationsplattform für neoliberale Wissenschaftler.

Innerhalb der deutschen Zentralbank bekam die Forderung nach einer Aufwertung der D-Mark wenig Zuspruch. Lediglich eine Minderheit innerhalb des Zentralbankrats und des Direktoriums hielt die Aufwertung der D-Mark für einen probaten Umgang mit der Zahlungsbilanzkrise.<sup>873</sup> Eine Mehrheit, die den Chef der Bundesbank Karl Blessing umfasste, wehrte sich bis zuletzt, also bis zum Februar 1961, erbittert gegen die Aufwertung.<sup>874</sup>

Gegenüber den Befürwortern stand die um das Kanzleramt gruppierte Koalition der Gegner einer Aufwertung der D-Mark. Der Kanzler selbst, aber auch sein Mitarbeiterstab, bildete den Kern der Aufwertungsgegner im Bundeskabinett. Dies war nicht zuletzt bedingt durch den wirtschaftspolitischen Beraterkreis Adenauers, der vorwiegend aus Industriellen und Bankiers be-

---

<sup>871</sup> Dies wird bei Emminger angedeutet. Vgl. Emminger 1986a, S. 83.

<sup>872</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 108f.

<sup>873</sup> Vgl. ebd.

<sup>874</sup> Vgl. Holtfreich 1998, S. 404.

stand. Der sogenannte ‚kleine Kreis‘ war ein nicht mit dem BMWi verbundenes informelles Beratergremium in wirtschaftspolitischen Fragen, das sich Adenauer in seinem Bedürfnis nach Unabhängigkeit vom Bundeswirtschaftsminister aufgebaut hatte<sup>875</sup> und das gerade in der Frage der Währungspolitik konträr entgegengesetzte Positionen zu denen Erhards einnahm.<sup>876</sup>

Auch wenn der BDI in den Beratergremien des Kanzlers mit Fritz Berg prominent vertreten war, bezog der Industrieverband auch jenseits seiner Beratertätigkeit kritisch gegenüber einer Aufwertung der D-Mark Stellung und bat stattdessen Bundesregierung und Bundesbank Hilfe beim Kapitalexport an.<sup>877</sup> Die industrienahen Zeitungen *Industriekurier* und *Deutsche Zeitung* stützten diesen Kurs.<sup>878</sup> Auch die Kreditwirtschaft wehrte sich gegen eine Veränderung der Währungsparitäten, fürchtete sie nicht zuletzt zunehmende Instabilitäten, die durch eine Paritätsveränderung auf den Devisenmärkten entstünden. Der Bundesverband deutscher Privatbanken und die Deutsche Bank bildeten insgesamt die Speerspitze der Aufwertungsgegner.<sup>879</sup>

Im Bundeskabinett spiegelte sich eine Dominanz des Bundeskanzlers bei währungspolitischen Entscheidungen wider. Davon zeugen die öffentlichen

---

<sup>875</sup> Zur Entstehung des ‚Kleinen Kreis‘ vgl. Archiv Sal. Oppenheim, NL Pferdmenes, Sign. Büro P,R/16, Bd. 1, Robert Pferdmenes, Sammelordner politische Mandate, Bd.1., Brief von Pferdmenes an Adenauer vom 19. Januar 1954.

<sup>876</sup> Zur währungspolitischen Haltung des Kreises vgl. Holtfrerich 1998, S. 404.

<sup>877</sup> Zur Rolle des BDI während der Aufwertungsdebatte vgl. Berger 1997, S. 240-249.

<sup>878</sup> Zur Position des *Industriekuriers* vgl. Aufwertung. Erhards Mark, in: *Der Spiegel*, 15.03.1961, S. 21; zur Positionierung der *Deutschen Zeitung* vgl. Hellwig 1961.

<sup>879</sup> Vgl. Berger 1997, S. 241.

Stellungnahmen, die das Kabinett zur Aufwertung bezog, aber auch die Diskussionen innerhalb der Kabinettsitzungen, die man anhand der Sitzungsprotokolle nachvollziehen kann. Befürwortet wurde eine Aufwertung lediglich von zwei Ressorts, dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium. Dies waren zweifelsohne die relevantesten Ressorts für Währungsfragen, sie verfügten dennoch lange Zeit über keine Mehrheit für eine Aufwertung im Kabinett.<sup>880</sup>

Wichtige Signale gegen sowie für eine Aufwertung kamen auch von den internationalen Partnern Westdeutschlands. Neben Frankreich und Großbritannien berücksichtigte die Bundesregierung vor allem die Vorstellungen der US-amerikanischen Regierung. Eruiert wurden die Interessen der westlichen Bündnispartner vor allem im Rahmen der IWF-Gremien, die sich bis zuletzt gegen eine Aufwertung aussprachen. Andere Positionen wurden 1960 unter den europäischen Bündnispartnern laut, unter anderem im Rahmen der OEEC, der EWG und der BIZ. Dort wurde die Bundesrepublik mehrfach dazu aufgefordert eine Aufwertung der D-Mark in Erwägung zu ziehen.<sup>881</sup>

Man kann also konstatieren, dass eine Mehrheit der an der Debatte um die Aufwertung der D-Mark beteiligten institutionellen Akteure sich lange Zeit gegen eine Aufwertung positionierte. Zu erklären, warum es dennoch im März 1961 zur Aufwertung kam und eine Minderheit von Akteuren aus dem

---

<sup>880</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 109.

<sup>881</sup> Vgl. Kapitel 5.3.5.

Umfeld der MPS ihren Einfluss geltend machen konnte, ist Aufgabe dieses Kapitels.

### **5.3.4 Zentrale Personen in den Auseinandersetzungen um die Aufwertung der D-Mark**

Wie bereits oben erwähnt, gruppierten sich die Befürworter der Aufwertung der D-Mark um das Bundeswirtschaftsministerium. Es war vor allem Bundeswirtschaftsminister Erhard, der immer wieder aufs Neue die Debatte um die Aufwertung innerhalb des Kabinetts, aber auch in der Öffentlichkeit anstieß. Oft unterstützt wurde Erhard dabei im Kabinett von seinem Kollegen aus dem Finanzministerium Franz Etzel. Etzel gehörte grundsätzlich zu den Befürwortern der Aufwertung, fügte sich aber weitaus mehr als Erhard der „Macht des letzten Wortes“ des Kanzlers im Kabinett und des Drucks des Bundesbankchefs.<sup>882</sup>

Über seinen Neffen Wilfried Guth verfügte Erhard über einen direkten Draht in das Exekutivkomitee des IWF, in dem dieser für die Bundesrepublik Deutschland als Exekutivdirektor saß und damit einen guten Einblick in die Positionen der Regierungen der westlichen Industriestaaten bekam. Wilfried Guth hatte unter anderem bei Rüstow in Heidelberg und Röpke in Genf Volkswirtschaftslehre studiert und war entsprechend in seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen geprägt.<sup>883</sup> Ebenfalls nicht abgeneigt gegenüber der Aufwertung war Erhards Staatssekretär Müller-Armack, der die

---

<sup>882</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 117f.

<sup>883</sup> Dies geht aus einem Briefwechsel zwischen Erhard und Rüstow aus dem Jahre 1950 hervor: Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Röpke vom 22. Mai 1950.

Bundesrepublik in den Gremien der OEEC vertrat. Das Mitglied des Direktoriums und des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank, Otmar Emminger, befürwortete ebenso die Aufwertung wie Müller-Armack und Guth.<sup>884</sup> Zu dieser Meinung gelangte Emminger allerdings erst Ende 1956. Vorher war er Gegner einer Aufwertung gewesen.<sup>885</sup> Emminger stand mit seiner neu gewonnenen Position in den Gremien der Bundesbank allein. Dennoch initiierte er innerhalb der Zentralbank eine interne Debatte über die Frage der Aufwertung. Zugute kam ihm dabei, dass er für die Bundesbank in den 1950er Jahren in den internationalen währungspolitisch relevanten Einrichtungen der EWG, OEEC, der EZU und des IWF saß.<sup>886</sup> So hatte er ebenso wie Guth und Müller-Armack einen hervorragenden Einblick in die internationale Debatte hinsichtlich einer potentiellen Aufwertung der D-Mark.<sup>887</sup>

Flankierung bekamen die um das BMWi gruppierten Aufwertungsbefürworter von neoliberalen Ökonomen wie Wilhelm Röpke, Albert Hahn, Friedrich Lutz und Rechtswissenschaftlern wie Hans Ilau, die in öffentlichen Vorträgen, Studien und Zeitungsartikel die Aufwertung der D-Mark ab Mitte der

---

<sup>884</sup> Emminger war 1953 auf den Vorschlag Vockes in das Direktorium der BdL berufen worden. Emminger bedankte sich für Vockes Engagement in einem Brief im März 1953. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Vocke vom 12.03.1953.

<sup>885</sup> Vgl. Emmingers Korrespondenz mit Vocke im Juli 1956, in der er die Initiativen Erhards hinsichtlich einer Änderung von Währungsparitäten kritisiert. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Vocke vom 20.07.1956.

<sup>886</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 94.

<sup>887</sup> Hinzukommend muss man berücksichtigen, dass Emminger auch die Gegner der Aufwertung, insbesondere Robert Pferdmeiges, bereits seit längerer Zeit kannte und mit Ihnen Kontakt pflegte. Dies geht aus der Korrespondenz zwischen Emminger und Pferdmeiges vom Dezember 1953 hervor. Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Robert Pferdmeiges an Otmar Emminger vom Dezember 1953.

1950er Jahre postulierten.<sup>888</sup> Vor allem die Öffentlichkeitswirksamkeit der Auftritte von Röpke und Hahn ist dabei zu betonen, denn beide waren national wie international renommiert und trugen so die Debatte um die Revaluierung der westdeutschen Währung auch in die Öffentlichkeiten anderer Länder. Auch Röpke und Emminger waren bereits seit 1952 miteinander bekannt und hatten sich damals persönlich wie postalisch über Zahlungsbilanzprobleme ausgetauscht. Bereits in dem Briefwechsel werden die ähnlichen Positionen der beiden deutlich.<sup>889</sup> Hier wird der enge Bezug des BdL-Direktoriumsmitglieds zur Wissenschaft und insbesondere zu neoliberalen Wissenschaftlern deutlich.<sup>890</sup> Emminger pflegte im Übrigen auch wissenschaftlichen Austausch mit neoliberalen Wissenschaftlern in den USA während seiner Zeit in Washington beim IWF.<sup>891</sup>

Weitaus ‚nationaler‘ war die Gegenseite aufgestellt. Rund um Bundeskanzler Adenauer und das Kanzleramt formierte sich von 1956 an der Widerstand gegen die Aufwertung der D-Mark. Die engsten wirtschaftspolitischen Berater, die Bankiers Robert Pferdmenges (Sal. Oppenheim) und Hermann Josef

---

<sup>888</sup> Die entsprechenden Studien und Zeitungsartikel werden in Kapitel 5.3.5 aufgegriffen.

<sup>889</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Röpke vom 15.12.1952 und Brief von Wilhelm Röpke an Otmar Emminger vom 19.12.1952.

<sup>890</sup> Emminger war auch mit Bernhard Pfister und Otto Veit bereits seit 1952 im wissenschaftlichen Austausch. Veit und Emminger kannten sich bereits aus der Zeit, in der Veit Landeszentralbankpräsident von Hessen war. Entsprechende Korrespondenz macht dies nachvollziehbar. Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Bernhard Pfister vom 29.10.1952 und Brief von Otmar Emminger an Otto Veit vom 17.06.1952.

<sup>891</sup> Es wundert also nicht, dass Emminger über internationale Forschungsdiskussionen informiert war. In den USA pflegte er unter anderem auch Kontakt zu dem MPS-Mitglied und Harvard-Ökonomen Gottfried Haberler. Vgl. BBk, NL Emminger, N 2/00054, Brief von Gottfried Haberler an Otmar Emminger vom 17.12.1955.

Abs (Deutsche Bank), waren sowohl Gegner einer Aufwertung, als auch extrem skeptisch gegenüber dem manchmal von den Befürwortern der Aufwertung geäußerten Vorschlag, das internationale Währungsregime zu flexibilisieren.<sup>892</sup> Gerade Abs galt als der entschiedenste Gegner der Aufwertung in der deutschen Öffentlichkeit und war zugleich in Wirtschafts- und Politikkreisen extrem gut vernetzt, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.<sup>893</sup> Adenauer vertraute sicherlich nicht blind seinen Beratern, befürchtete aber in der Tat eine Schwächung der deutschen Exportwirtschaft im Fall einer Aufwertung.<sup>894</sup> Seine engsten Berater und sein informelles Beratergremium, der sogenannte ‚Kleine Kreis‘, stützten ihn in dieser Position. Im ‚Kleinen Kreis‘ war auch der Chef des BDI Fritz Berg vertreten, der darüber hinaus auch seinen Verband gegen die Aufwertung mobilisierte.<sup>895</sup>

Unterstützung für Adenauers Position kam auch von der Bundesbank. Sowohl der ehemalige Bundesbankchef Wilhelm Vocke als auch sein Nachfolger Karl Blessing sprachen sich gegen eine Aufwertung der D-Mark aus.<sup>896</sup> Blessing ging sogar so weit, dem Kabinett seinen Rücktritt für den Fall einer Aufwertung anzubieten, was er jedoch letztlich zurückzog. Nicht nur die führenden Mitglieder des Bundesbankdirektoriums, auch die Mehrheit des Zentralbankrats stützte die Position Blessings. Vor allem zu nennen sind in

---

<sup>892</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 109.

<sup>893</sup> Abs war als einer der führenden deutschen Bankiers der Nachkriegszeit auch mit den Vertretern der Bank deutscher Länder eng vertraut. Dies galt auch für den Aufwertungsbeefürworter Emminger, mit dem er wegen seiner Funktionen beim IWF und in anderen internationalen Gremien regelmäßig in Austausch stand. Vgl. beispielsweise BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00054, Brief von Hermann J. Abs an Otmar Emminger vom 09.12.1955.

<sup>894</sup> Aufwertung. Erhards Mark, in: *Der Spiegel*, 15.03.1961, S. 17f.

<sup>895</sup> Zum ‚Kleinen Kreis‘ vgl. Kapitel 5.2.3.

<sup>896</sup> Aufwertung. Erhards Mark, in: *Der Spiegel*, 15.03.1961, S. 16.

diesem Kontext das Direktoriumsmitglied von der Lippe und das Zentralbankratsmitglied von Schelling. Beide vertraten in der Öffentlichkeit und in den Gremien der Zentralbank eine ablehnende Haltung gegenüber einer potentiellen Aufwertung.<sup>897</sup> Darüber hinaus war Blessing eng vertraut mit dem entschiedenen Aufwertungsgegner Abs, den er auch als notenbankpolitischen Berater heranzog.<sup>898</sup>

Nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene sprach man sich gegen eine Aufwertung der D-Mark aus. Insbesondere der IWF Exekutivdirektor Per Jacobsson war dagegen und machte dies vielfach in Briefen und öffentlichen Stellungnahmen deutlich.<sup>899</sup> Jacobsson war in der Bank deutscher Länder bereits als Experte herangezogen worden und hatte dort eine sehr gute Reputation.<sup>900</sup> Lange Zeit galt ähnliches für die europäischen wirtschaftspolitischen Institutionen, die OEEC, die EWG und die EZU. In allen drei Institutionen waren die Vertreter anderer europäischer Staaten bis Ende 1960 gegen die Aufwertung der D-Mark und machten sich stattdessen für andere Formen der Dezimierung der Zahlungsbilanzungleichgewichte stark.<sup>901</sup> Auf internationaler Ebene sind insbesondere noch die Interessenverbände der Wall Street als Gegner der Aufwertung zu nennen. Namhafte Banker aus

---

<sup>897</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 92.

<sup>898</sup> Zum Austausch zwischen Blessing und Abs und zu Abs Beratungstätigkeit vgl. beispielsweise den Danksagungsbrief von Blessing diesbezüglich. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Karl Blessing an Hermann Josef Abs am 03.01.1959.

<sup>899</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 85f.

<sup>900</sup> Vgl. hierzu einen Brief des Präsidenten des Direktoriums Vocke an den Präsidenten des Zentralbankrats Bernard von 1955. BBk, Sign. B 330/28598 (Auszüge aus den Grundsatzakten zur Frage eigener Emissionen), Brief von Wilhelm Vocke an Karl Bernard vom 15.07.1955.

<sup>901</sup> Vgl. Kapitel 5.3.5.



New York waren hierüber sehr besorgt und versuchten über diplomatische Kontakte während der hektischen Debatten 1960 und 1961 Einfluss auf die deutsche Entscheidung zu nehmen.<sup>902</sup>

Man kann also insgesamt konstatieren, dass insbesondere die Gegner der Aufwertung äußerst breit aufgestellt waren. Warum die Befürworter einer Aufwertung dennoch erfolgreich sein konnten, versucht das vorliegende Kapitel im Folgenden zu erklären.

---

<sup>902</sup> Vgl. Kapitel 5.3.5.

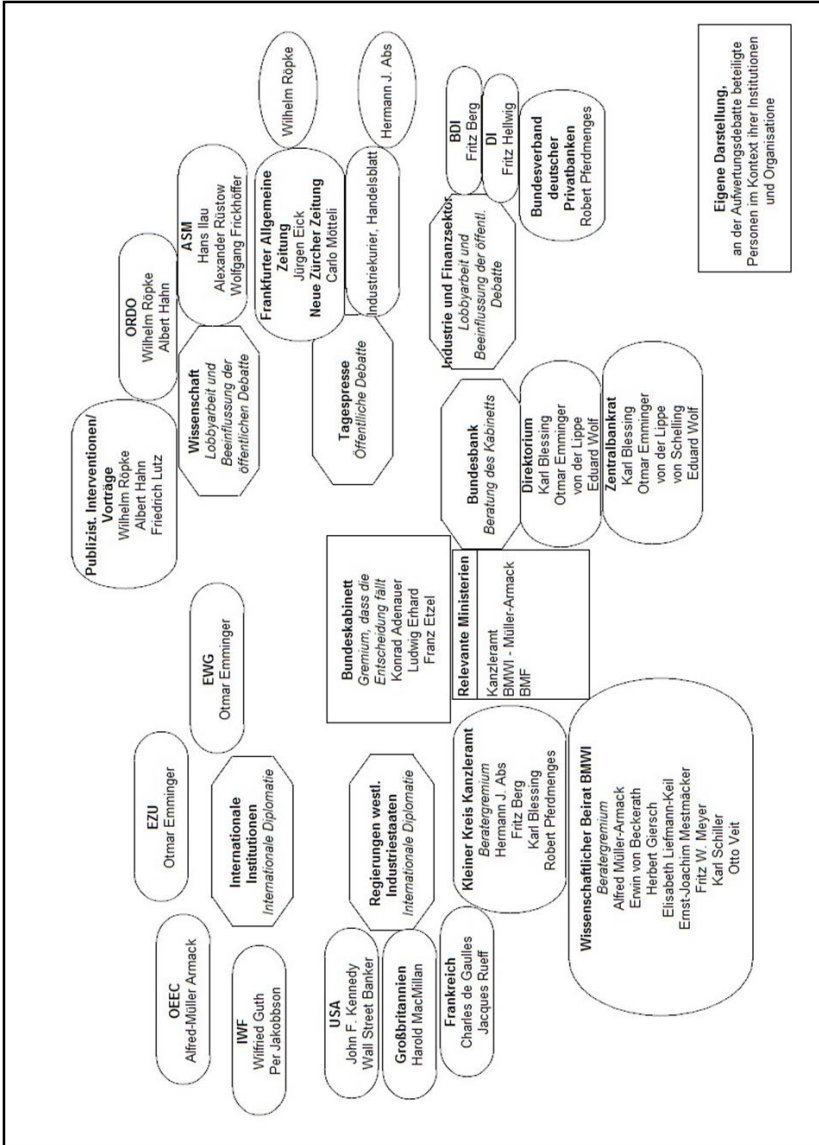


Abbildung 22: An der Aufwertungsdebatte beteiligte Personen im Kontext ihrer Institutionen und Organisationen, eigene Darstellung.

### 5.3.5 Die Aufwertungsdebatte bis zur Aufwertung vom 4. März 1961

Eine Debatte über die Aufwertung der D-Mark kam überhaupt erst zustande, als sich die Bundesregierung ab 1956 infolge des Problems der gleichzeitigen Überhitzung der Konjunktur und des fortdauernden Zustroms von Kapital über konjunkturdämpfende Maßnahmen Gedanken machte.<sup>903</sup> Zuvor hatte es zwar bereits ein vom BMWi in Auftrag gegebenes Gutachten zur Wechselkursfrage gegeben, dass vom MPS-Mitglied Friedrich Lutz erstellt wurde und die Einführung fluktuierender Wechselkurse empfahl. Dieses Gutachten war aber nicht weiter in die Öffentlichkeit gedrungen, es hatte lediglich für interne Debatten zwischen BMWi und Notenbank gesorgt, bei denen sich die spätere, unter 5.3.4 erwähnte Frontenbildung in der Aufwertungsdebatte bereits abzeichnete.<sup>904</sup> Ab 1956 war nun die Situation akuter: Die überhitzte westdeutsche Konjunktur hatte dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse zur Folge, denen wiederum mit unterschiedlichen Formen des Kapitalexports begegnet wurde, so zum Beispiel mit der Einrichtung der Entwicklungshilfe, sowie durch Diskontzinssenkungen. Zugleich verstärkten

---

<sup>903</sup> Bereits 1953, bevor die Debatte über eine Aufwertung in der Öffentlichkeit ausbrach, hatten Bundeswirtschaftsminister Erhard und der Präsident des Direktoriums der BdL Vocke ihre Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Wechselkursfrage einander deutlich gemacht. 1953 trat Erhard in einer Denkschrift bereits für größere Wechselkursbandbreiten ein und bezeichnete dieses System als ‚relativ stabile Wechselkurse‘. Vocke lehnte dies entschieden ab und machte dies in seinem Brief unmissverständlich deutlich. Gleichwohl wurde diese Auseinandersetzung nicht öffentlich geführt. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 19.03.1953.

<sup>904</sup> Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 21. Oktober 1953.

Zinssenkungen der Notenbank jedoch den konjunkturellen Boom. Eine Aufwertung der D-Mark wurde dabei von OEEC-Seite in die Diskussion eingebracht und führte in der Folge zu Gerüchten über eine Aufwertung.<sup>905</sup> Solchen Gerüchten begegnete die Bundesregierung im Juni 1956 energisch mit Dementierung eines solchen Vorhabens: „Eine Aufwertung der D-Mark gehöre nicht zu den Maßnahmen, die von den Bundesministern Erhard und Schaeffer in ihrem Konjunkturprogramm dem Kabinett vorgeschlagen worden seien“, ließ die *FAZ* in einem Artikel vom 7. Juli 1956 verlauten.<sup>906</sup>

Jenseits einer zunächst noch konsensuellen öffentlichen Ablehnung einer Aufwertung herrschte innerhalb der Bundesregierung gleichwohl eine gewisse Uneinigkeit darüber, ob und mit welchen Mitteln man die Konjunktürüberhitzung bekämpfen solle. Erhard wollte ursprünglich auf der Herbsttagung der Weltbank 1956 eine Revision der Wechselkursparitäten anregen, worauf die BdL-Leitung mit Empörung reagierte und einen diplomatischen Eklat befürchtete.<sup>907</sup> Dass es bei einem solchen Vorschlag zu einem diplomatischen Eklat gekommen wäre, zeigte die empörte Reaktion des britischen

---

<sup>905</sup> Vgl. Keine Aufwertung der D-Mark, in: *FAZ*, 15.05.1956, S. 11.

<sup>906</sup> Aufwertung nicht akut, in: *FAZ*, 07.06.1956, S. 11.

<sup>907</sup> Vocke teilte Erhard in einem Brief im Juni 1956 mit, dass bei einer Anregung der Revision der Wechselkurse insbesondere Frankreich und Großbritannien empfindlich reagieren würden, da diese Länder gerade versuchten, ihre Paritäten zu stabilisieren. Man würde „wieder einmal als *praeceptor mundi*“ negativ auffallen. Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 19.06.1956.

Schatzkanzlers MacMillan Anfang Juli 1956, nachdem Erhard ihm eine gemeinsame Initiative im Herbst in einem Brief vorgeschlagen hatte. Erhard hielt fortan nicht mehr an seinem Vorhaben fest.<sup>908</sup>

Auf der anderen Seite empörte sich Bundeskanzler Adenauer im Mai 1956 über die gegen seinen Willen kurz zuvor durchgesetzte Diskontzinserhöhung, die Bundeswirtschaftsminister Erhard und Finanzminister Schäffer hinter seinem Rücken unterstützt hatten. In der sogenannten ‚Gürzenich Rede‘ äußerte Adenauer seinen Unmut über das Verhalten seiner Minister und darüber, dass durch die Entscheidung der Bank deutscher Länder „der deutschen Konjunktur ein schwerer Schlag versetzt worden“ sei.<sup>909</sup> Die Form, in der Adenauer seine Ministerkollegen öffentlich an den Pranger stellte, führte zu einer Kabinettskrise, die in währungspolitischen Fragen den Grundzusammenhalt des Kabinetts störte. Wo Erhard und Schäffer durch die Überhitzung der Konjunktur die Gefahr von hohen Inflationsraten befürchteten, sah Adenauer die Leitzinserhöhung als unnötigen und schädlichen Schritt, der die deutsche Industrie schwächen und Arbeitsplätze kosten würde. Dies war aus Adenauers Sicht in Anbetracht der ein Jahr später anstehenden Bundestagswahl eine grundlegende Fehlentscheidung und

---

<sup>908</sup> Zu Erhards diplomatischem Eklat vgl. den Bericht von Emminger an Vocke über diesen Sachverhalt. Vgl. BBK, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Vocke vom 20.07.1956.

<sup>909</sup> Vgl. Rede vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln („Gürzenich-Rede“) am 23. Mai 1956. Adenauer: Das Fallbeil trifft die kleinen Leute. Die Kölner Rede des Bundeskanzlers vor der Industrie im Wortlaut, in: FAZ, 30.05.1956, S. 7.

fürte zu seiner heftigen, für das Kabinett überaus destabilisierenden Reaktion.<sup>910</sup>

Nun haben Diskontzinsänderungen nur über ‚Umwege‘ etwas mit der Frage von Währungsparitäten zu tun. Die oben angeführte Debatte zeigt aber, dass es ab circa 1956 grundlegend unterschiedliche Einschätzungen über die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands innerhalb der Bundesregierung gab. Diese unterschiedlichen Einschätzungen betrafen zum einen die Frage, wie viel ‚Überhitzung‘ der Konjunktur volkswirtschaftlich verträglich sei, und davon abgeleitet, welche Therapie angebracht wäre, um als problematisch wahrgenommenen Entwicklungen zu begegnen. Differenzen in letzterem Punkt sollten sich aber erst ab 1957 deutlicher manifestieren. Adenauer war dabei Gegner von Leitzinserhöhungen und Aufwertung der Währung, Erhard als Wirtschaftsminister befürwortete die Zinserhöhungen und trat ab 1957 für die Aufwertung der D-Mark ein. Darüber hinaus war das Vertrauen unter den Kabinettsmitgliedern durch die öffentlich ausgetragenen Differenzen über die Diskontzinspolitik im währungspolitischen Bereich erschüttert.<sup>911</sup>

Der öffentlich verlautbarten Meinungsänderung des Wirtschaftsministers hinsichtlich der Aufwertung der D-Mark ging eine Diskussion des Wissenschaftlichen Beirats des BMWi voraus, an dessen Ende ein Geheimgutachten

---

<sup>910</sup> Man könnte sogar so weit gehen und die Gürzenich-Rede als Anfang von Adenauers schleichendem Machtverlust bezeichnen. Denn die politische Niederlage, dass sich seine Minister hinter seinem Rücken auf die Seite der Zentralbank schlugen und sich der sonst so eiserne Kabinettsdisziplin entzogen, veränderte sicherlich auch perspektivisch die Machtverhältnisse zuungunsten von Adenauer im Kabinett. Vgl. Berger 1996. Zur Gürzenich-Rede und ihren Folgen vgl. auch Nützenadel 2005, S. 244-264.

<sup>911</sup> Vgl. Nützenadel 2005, S. 244-264.

mit der Empfehlung einer Aufwertung der Währung stand, die dem Bundeswirtschaftsminister den Rücken stärkte. Ende April 1957 empfahl der wissenschaftliche Beirat zur dauerhaften Lösung des Problems der deutschen Exportüberschüsse „eine Revision der Wechselkurse.“<sup>912</sup> Darunter verstand der Beirat idealerweise eine international koordinierte „Kombination von Aufwertungen und Abwertungen“<sup>913</sup>, wobei die Schuldnerländer abwerten und die Gläubigerländer aufwerten sollten „mit der Folge einer optimierten „Verteilung der Währungsreserven auf die wirtschaftlich verflochtenen Volkswirtschaften.“<sup>914</sup> Der Beirat plädierte auch dafür, dass im Falle eines Nicht-Zustandekommens eines multilateralen Vorgehens Deutschland allein mit der Aufwertung voranschreiten solle, um damit den Anstoß für eine weitere Bereinigung der Handelsbilanzungleichgewichte durch eine Abfolge internationaler Abwertungen und Aufwertungen zu geben.<sup>915</sup> Brisant an dem Gutachten ist, dass erstmals in der deutschen Debatte die Möglichkeit eines Systems flexibler Wechselkurse als Lösung für die dauerhaften Handelsbilanzungleichgewichte diskutiert wurde. Als Lösungsvorschlag stand neben dem ausführlicher beschriebenen Vorschlag der Aufwertung also zusätzlich am Rande die Idee durch „simultane Freigabe aller Wechselkurse“<sup>916</sup> das

---

<sup>912</sup> BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00245, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 30 April 1957, S. 12; Holtfrerich weist darüber hinaus darauf hin, dass der Wissenschaftliche Beirat solch eine Stoßrichtung bereits in einem Gutachten vom Juni 1956 erstmals angedeutet hatte. Vgl. Holtfrerich 1998, S. 404.

<sup>913</sup> BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00245, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 30 April 1957, S. 15.

<sup>914</sup> Ebd., S. 12.

<sup>915</sup> Ebd., S. 12f.

<sup>916</sup> Ebd., S. 12.

Problem der Ungleichgewichte zu lösen. Diese Debatte sollte sich mit Zunahme der Ungleichgewichte im Rahmen des Bretton-Woods-Systems ausweiten, wird aber nicht weiter im Rahmen dieser Arbeit diskutiert.<sup>917</sup> Im Hinblick auf das Gutachten sei hier noch festgehalten, dass Erhard diese Diskussion innerhalb des Wissenschaftlichen Beirats zur Kenntnis nahm und anzunehmen ist, dass dies dazu beitrug, dass sich Erhard fortan für eine Aufwertung der D-Mark einsetzte. Das Geheimgutachten hat mit Sicherheit sein Problembewusstsein gestärkt.<sup>918</sup>

Die Protokolle der Kabinettsitzungen des Jahres 1956 zeugen davon, dass es trotz der in der Öffentlichkeit kursierenden Gerüchte über eine mögliche Aufwertung keine großartigen Diskussionen der politischen Entscheidungsträger über diese Frage gab.<sup>919</sup> Es wurde vielmehr im Kabinett entschieden, mit einer dementierenden öffentlichen Erklärung den Gerüchten einer Aufwertung offensiv zu begegnen. Dazu entschied man sich, weil die Bank deutscher Länder dies dem Kabinett nach zunehmendem spekulativem Kapitalzustrom empfahl.<sup>920</sup> Auch von internationaler Seite kam bezüglich einer Neuanpassung der Paritäten kein Druck auf. In einem Bericht von der

---

<sup>917</sup> Zu den sich ausweitenden Ungleichgewichten im Rahmen des Bretton-Woods System vgl. Burhop et al. 2013.

<sup>918</sup> Vgl. hierzu auch Holtfrerich 1998, S. 404.

<sup>919</sup> Die Gerüchte kursierten in der deutschen Tagespresse. Vgl. beispielsweise BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Kalter Krieg zwischen Pfund und DM. Gerüchte um die Aufwertung verstummen auch in Bonn nicht, in: *Frankfurter Rundschau*, 09.10.1957; ferner ebd. Bonn: Keine Lösung durch Inflationierung. Zu englischen Auslegungen – Aufwertung der DM wieder im Spiel?, in: *Kölnische Rundschau*, 09.10.1957.

<sup>920</sup> Protokoll der 139. Kabinettsitzung am 13.06.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_33/para3\\_8.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_33/para3_8.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.



OEEC-Tagung in der 144. Kabinettsitzung am 20. Juli 1956 erwähnte Erhard, dass er sich mit dem britischen Schatzkanzler MacMillan darin einig gewesen sei, dass die Veränderung der Währungsparitäten nicht auf der Tagesordnung stehe: „Macmillan habe erklärt, daß ihm die Gerüchte um die deutsche Aufwertung genau so unangenehm seien wie diejenigen um die englische Abwertung,“<sup>921</sup> berichtete Erhard im Kabinett. Ähnliches gilt für das Wahlkampfsjahr 1957. Obwohl es erneut zu Diskussionen über eine Aufwertung der D-Mark in der Öffentlichkeit kam<sup>922</sup>, war sowohl im Kabinett als auch im Direktorium der Bundesbank die Mehrheit der Mitglieder gegen eine Veränderung der Währungsparität. Man sah sich im Juli 1957 allerdings erneut dazu veranlasst, eine öffentliche Erklärung von Bundesregierung und Bundesbank abzugeben, in der es heißen sollte: „Alle Gerüchte über eine beabsichtigte Aufwertung der DM sind gegenstandslos.“<sup>923</sup>

Dass Erhard die Frage der Aufwertung nicht im Kabinett eingebracht hatte, lag wohl nicht zuletzt daran, dass er infolge der Diskussionen innerhalb des BMWi-Beirats Anfang April 1957 eine geheime Besprechung mit Otmar Emminger, Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder, anberaunt hatte. In dieser Besprechung brachte er in Erfahrung, dass die Mehrheit der Direktoriums- und Zentralbankratsmitglieder gegen eine Aufwertung der D-

---

<sup>921</sup> Protokoll der 144. Kabinettsitzung am 20.07.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_40/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_40/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>922</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 86.

<sup>923</sup> Protokoll der 193. Kabinettsitzung am 20.08.1957, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1\\_2/kap2\\_36/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1_2/kap2_36/para3_1.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Mark waren.<sup>924</sup> Dieses Treffen zwischen Erhard, Emminger, Ministerialdirektor Müller-Armack (BMWi) und Staatssekretär Ludger Westrick (BMWi) hatte zugleich eine darüber hinausgehende Bedeutung, als das hier ein zukunftsweisendes Bündnis von Akteuren entstand. Mit diesen vier Personen kamen erstmals zentrale Befürworter der D-Mark-Aufwertung zusammen und berieten darüber, ob und auf welche Weise eine Aufwertung der D-Mark noch im Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst umsetzbar sei. Emminger teilte Erhard mit, dass diese innerhalb der Zentralbank nur eine Chance habe, wenn Vocke als der Präsident des Direktoriums zustimmen würde. Dieser jedoch lehnte die Aufwertung in einer Geheimbesprechung mit Erhard noch am selben Tag ab.<sup>925</sup> Vocke bekräftigte seine ablehnende Haltung auch erneut in einem Brief an Erhard im Mai 1957 und bezeichnete sich selbst als „entschiedener Gegner einer Aufwertung.“<sup>926</sup> Damit schien für Erhard eine solche Maßnahme in der laufenden Legislaturperiode erst einmal nicht als durchsetzungsfähiges Vorhaben, da nur mit Unterstützung der Zentralbankvertreter eine Auseinandersetzung mit Adenauer aussichtsreich erschien.<sup>927</sup> Dies hatte zur Folge, dass Erhard von Mai 1957 eine Paritätsveränderung der D-Mark stets in der Öffentlichkeit ablehnte, um den Kapitalzustrom zu mindern.<sup>928</sup>

---

<sup>924</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 83.

<sup>925</sup> Vgl. ebd., S. 83.

<sup>926</sup> BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00243, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 2. Mai 1957.

<sup>927</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 87.

<sup>928</sup> Vgl. beispielsweise die Stellungnahme in München im Ende Juni 1957: Aufwertung nicht verantwortbar, *Die Welt*, 01.07.1957.

Mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer Aufwertung war Vocke jedoch Erhard in der Folgezeit ein Dorn im Auge. Es gibt ambivalente Spekulationen darüber, warum Vocke Ende 1957 den Posten des Präsidenten der deutschen Zentralbank räumen musste. Vocke argumentierte in seinen Memoiren 1973, dass er seinen Posten verlassen musste, weil er die Aufwertung ablehnte und deshalb Erhard seine erneute Wahl zum Präsidenten hintertrieb.<sup>929</sup> Man könnte meinen, dass dies plausibel klingt. Allerdings gehörte Adenauer als Gegner der Aufwertung ebenfalls zu den Gegnern Vockes und betrieb dessen Abberufung dem Anschein nach weitaus intensiver. Adenauer war dabei getrieben von seiner Empörung über die Diskontzinserhöhungen der 1950er Jahre, die nach der Zinserhöhung vom Mai 1956 zur oben erwähnten Gürzenich-Rede geführt hatte. Nicht zuletzt kam auch eine persönliche Komponente hinzu: Adenauer und Vocke mochten sich schlichtweg nicht. Das Verhältnis galt als „stark unterkühlt“<sup>930</sup>, der Kanzler sprach von Vocke als „überständiger Eisschrank.“<sup>931</sup> Es war also sicherlich nicht Erhard allein, der Vockes Abberufung betrieb, sondern eher das Werk Adenauers in Einverständnis mit Erhard. Allerdings mit dem schlechteren Ende für den letzteren – denn Adenauer setzte zum Missfallen Erhards mit Karl Blesing erneut einen Gegner der D-Mark Aufwertung als Bundesbankpräsidenten durch.<sup>932</sup>

---

<sup>929</sup> Vgl. Vocke 1973, S. 153f.

<sup>930</sup> Pohl 1981, S. 58.

<sup>931</sup> Emminger 1986a, S. 463.

<sup>932</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 92f.

Der Widerstand gegen eine Aufwertung in den Jahren 1956 und 1957 war nicht auf einen Großteil des Kabinetts und die Zentralbank begrenzt. Insbesondere in deutschen Bankierskreisen stand man einer Aufwertung äußerst kritisch gegenüber. Der mit Abstand prominenteste Protagonist auf der Seite der Aufwertungsgegner aus der Bankenbranche war das Vorstandsmitglied der Süddeutschen Bank und ab 1957 Vorstandssprecher der Deutschen Bank Hermann Josef Abs.<sup>933</sup> Bereits im Juni 1956 bekräftigte er die Stellungnahme der Bundesregierung gegen die Aufwertung vor Wirtschaftsjournalisten. Er erwähnte dabei explizit die Gefahr der Schwächung der deutschen Exportindustrie.<sup>934</sup> Einen Monate später äußerte er sich im Rahmen der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Göttingen erneut kritisch gegenüber einer Aufwertung der D-Mark. Stattdessen sei es „zweckmäßiger, die Wechselkurse derjenigen Länder zu korrigieren, deren inflationäre Politik erst zu den Verzerrungen der Kursrelationen geführt hat.“<sup>935</sup> Diese und ähnliche Standpunkte wiederholte Abs in öffentlichen Auftritten, immer auch verbunden mit dem Hinweis, dass – wenn überhaupt – diejenigen Länder mit inflationären Tendenzen ihre Währungsparitäten zu verän-

---

<sup>933</sup> Die Deutsche Bank war nach dem 2. Weltkrieg von den Alliierten in drei Teilinstitute zerschlagen worden und wurde im Jahre 1957 wieder zur Deutschen Bank zusammengeführt. Vgl. Gall et al. 1995, S. 409-578.

<sup>934</sup> Vgl. Gegen eine Aufwertung, in: *FAZ*, 13.06.1956, S. 13.

<sup>935</sup> Abs gegen die Aufwertung der D-Mark, in: *FAZ*, 21.07.1956, S. 7.

den hätten. Andernfalls würde der Widerstand gegen inflationäre Tendenzen geschwächt.<sup>936</sup> Dieselbe Position vertrat Abs auch bei Auftritten im Ausland, auch im Falle potentieller Abwertungskandidaten wie Frankreich.<sup>937</sup> Den Widerstand gegen die Aufwertung der D-Mark hielt Abs bis zur Entscheidung im März 1961 aufrecht, er kann damit neben Adenauer, Blessing und Vocke als größter Widersacher von Erhard in der Aufwertungsdebatte gelten. Nicht zuletzt seine Beratertätigkeit für den Bundeskanzler und die engen Kontakte in die Führungsgremien der Zentralbank verschafften ihm einen weitreichenden Einfluss auf die Frage der Aufwertung.<sup>938</sup>

Gestützt wurde Abs in seinen Vorstellungen durch die Anwesenden im wirtschaftspolitischen Beraterkreis des Bundeskanzlers, dem ‚kleinen Kreis.‘ Insbesondere der Präsident des Bundesverbandes deutscher Privatbanken Robert Pferdenges, engster wirtschaftspolitischer Vertrauter des Kanzlers, sowie der Präsident des BDI Fritz Berg lehnten die Aufwertung ebenfalls ab und hatten so die Möglichkeit, ihre Vorstellungen dem Kanzler unmittelbar mitzuteilen. Nicht nur privat, sondern auch öffentlich nahmen Mitglieder des ‚Kleinen Kreis‘ Stellung gegen die Aufwertung, so unter anderem Fritz Berg, der während der zweimal aufflammenden Debatte (1956 und

---

<sup>936</sup> Ebd.

<sup>937</sup> Vgl. beispielsweise den Bericht in der *FAZ* zu Abs Auftritt auf einer Veranstaltung der *Chambre de Commerce Suisse en France* in Paris: Aufwertung ist kein Ausweg, in: *FAZ*, 03.01.1957, S. 9.

<sup>938</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 109.

1959/1960) jeweils die Position der Exportindustrie deutlich machte.<sup>939</sup> Unter den Teilnehmern am ‚Kleinen Kreis‘ befanden sich auch einige weitere Interessenvertreter der deutschen Exportindustrie, die eine Aufwertung Mitte der 1950er Jahre entschieden zurückwiesen. Beispielhaft sei hier die Stellungnahme des Vorsitzenden der Generalversammlung des Vereins Hamburger Exporteure Hans E.B. Kruse erwähnt, der eine Aufwertung strikt ablehnte und die Lösung der Zahlungsbilanzungleichgewichte „durch Erhöhung des Liberalisierungssatzes, durch Zollsenkungen, Rüstungseinkäufe und eine vorzeitige Tilgung der staatlichen Auslandsschulden“ gegeben sah.<sup>940</sup>

Neben dem Kabinett war das zweite Hauptauseinandersetzungsfeld das Direktorium der Zentralbank. Im Direktorium der Bank deutscher Länder war die Aufwertungsfrage lange ein Tabuthema, nicht zuletzt, weil der Präsident des Direktoriums Vocke es zu einem solchen gemacht hatte. Ein elfseitiges Memorandum von Otmar Emminger, das als Plädoyer für die Aufwertung gelesen werden kann, legte dieser Vocke im November 1956 vor. Letzterer wiederum weigerte sich, es dem Direktorium vorzulegen. Erst nach der Drohung Emmingers, seine Ideen dem Zentralbankrat zukommen zu lassen und dort offen zu diskutieren, kam es im Dezember 1956 in einer Geheimsitzung des Direktoriums zur Diskussion über die Aufwertung der D-Mark, die damit

---

<sup>939</sup> Zu Fritz Bergs Ablehnung der Aufwertung, die er als "eine Katastrophe für die gesamte Wirtschaft" und sogar als "ein Verbrechen" bezeichnete, vgl. den Artikel von Jürgen Eick in der FAZ. Jürgen Eick, Erhard oder Berg?, in: FAZ, 04.10.1960, S. 1.

<sup>940</sup> Vgl. BBk, Sign. B 330/3651, Bundesbankgesetz: Bundestag, 1955-1956, VI.1., R 11/14, Bank deutscher Länder, Auszüge aus Presseartikeln, S. 9.

endete, dass Emmingers Argumente zwar Gehör fanden, aber weitgehend nicht berücksichtigt wurden.<sup>941</sup>

Die Position des Direktoriums der deutschen Zentralbank wurde auch von internationaler Seite gestützt. Der geschäftsführende Direktor des IWF Per Jacobsson ließ von Beginn seiner Amtszeit im Jahre 1956 keinen Zweifel daran, dass er nichts von einer Aufwertung der D-Mark halte. Im April 1957 schrieb er an Vocke zur Frage der Aufwertung und begründete seine Ablehnung der Aufwertung mit den daraus entstehenden Unsicherheiten für das internationale Währungssystem: „I myself feel that revaluation would not be a proper solution, in that it would introduce an element of uncertainty in the monetary structure which would soon be found to be harmful not only to Germany but to Europe as a whole.“<sup>942</sup> Er machte zudem deutlich, dass er für die Lösung der deutschen Zahlungsbilanzprobleme expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen Westdeutschlands erwarte, so unter Anderem frühere Rückzahlungen von Reparationen oder den Auf- und Ausbau der Entwicklungshilfe. Der hier zitierte Brief vom April 1957 von Jacobsson bestärkte Vocke sicherlich erneut in seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Aufwertung, die er kurz darauf – wie oben beschrieben – gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister bekräftigte. Jacobsson positionierte sich diesbezüglich sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in zahlreichen privaten Briefen gegenüber den zuständigen deutschen Verantwortlichen in

---

<sup>941</sup> Zu Emmingers Memorandum und der Geheimsitzung des Direktoriums im Dezember 1956. vgl. Emminger 1986a, S. 79-82.

<sup>942</sup> BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00243, Brief von IWF-Exekutivdirektor Per Jacobsson an Wilhelm Vocke vom 24. April 1957.

Kabinett und Zentralbank.<sup>943</sup> Betrachtet man hingegen die weitaus aufgeschlosseneren Haltung gegenüber einer Aufwertung von Seiten des Vertreters der Bundesrepublik im Exekutivrat des IWF, Wilfried Guth (dem Neffen Ludwig Erhards), so wird deutlich, dass dieser wenig Einfluss auf die Position des IWF und anderer Mitglieder des Exekutivrates hatte. Guth befürwortete zwar grundsätzlich eine Aufwertung der D-Mark und kommunizierte diesbezüglich mit Erhard und Emminger, er konnte im Rahmen des IWF allerdings nicht viel gegen die Position Jacobssons und der Vertreter anderer Mitgliedstaaten ausrichten und musste aus diplomatischen Gründen auch auf eine deutlichere Positionierung verzichten.<sup>944</sup>

Solche diplomatische Rücksichtnahme mussten die hier betrachteten deutschen Neoliberalen nicht üben. Zugleich verhalten jedoch deren kritische Interventionen anfänglich in der Öffentlichkeit, schließlich waren sie an der Entscheidung über die Aufwertung nicht unmittelbar beteiligt und galt der Aufwertungsdruck 1957 innerhalb von Bundesregierung und Bundesbank als noch beherrschbar.<sup>945</sup> Im August und September 1957 versuchte beispielsweise der Währungsexperte Prof. Albert Hahn, ein Mitglied der MPS

---

<sup>943</sup> Zu Jacobssons Position vgl. auch Emminger 1986a, S. 85-88.

<sup>944</sup> Vgl. hierzu ebd., S. 114-117; Zu Guths eigener Position vgl. auch dessen akademische Ausbildung bei Röpke und Rüstow. Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Röpke vom 22. Mai 1950.

<sup>945</sup> Allerdings gerieten die politisch Verantwortlichen später durch den von Hahn angestoßenen Diskurs durchaus unter Druck. Eine – verärgerte - Rezeption von Hahns Publikationen fand statt, wie die Korrespondenz von Bundesbankpräsident Blessing mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf Karl Albrecht zeigt. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00227, Brief nebst Anhang von Karl Albrecht an Karl Karl Blessing vom 16.08.1960.



und zur damaligen Zeit in Paris beheimatet, eine Debatte über die Veränderung der Währungsparitäten anzustoßen. Innerhalb der MPS gehörte er grundsätzlich zu den Befürwortern flexibler Wechselkurse. In einer am 30. August veröffentlichten Broschüre namens "Autonome Konjunkturpolitik und Wechselkurs-Stabilität" kritisierte Hahn die Blockadehaltung der Bank deutscher Länder gegenüber einer Veränderung des sakrosankten D-Mark-Wechselkurses und plädierte für die Flexibilisierung der Wechselkurse.<sup>946</sup> Darunter verstand er kein reines „Floating“, sondern die Festlegung von größeren Wechselkursbandbreiten.<sup>947</sup> So hieß es in einem Artikel in der *FAZ* über die Broschüre von Hahn, „man könne keine autonome Konjunktur- und Geldwertpolitik betreiben und gleichzeitig an starren Wechselkursen festhalten.“<sup>948</sup> In einem Artikel in der *ZEIT* vom 19. September stellte er die dauerhafte Fixierung von Wechselkursen in Frage und forderte im derzeitigen internationalen Währungssystem die Aufwertung der D-Mark und damit eine deutsche Initiative zur Beseitigung der Zahlungsbilanzungleichgewichte:

*„Wenn die deutsche Bilanzaktivität herabgemindert werden soll, so muß dies gegenüber der Gesamtheit des Auslandes geschehen, was im vorliegenden Falle bedeuten*

---

<sup>946</sup> Den Inhalt der Broschüre kritisierte Emminger ausführlich in einem Brief an Hahn im Oktober 1958. Sie blieb insbesondere in Notenbankkreisen nicht unbeachtet, denn die BdL wurde darin von Hahn explizit angegriffen. Emminger, der sich bereits intern in der BdL für eine Aufwertung der D-Mark eingesetzt hatte, fühlte sich ungerecht behandelt. Vgl. BBK, NL Emminger, Sign. N 2/00057, Brief von Otmar Emminger an Albert Hahn vom 25. Oktober 1958.

<sup>947</sup> Vgl. Kritik am starren Wechselkurs. L. Albert Hahn plädiert für eine teilweise Freigabe des D-Mark-Kurses, in: *FAZ*, 31.08.1957, S. 7.

<sup>948</sup> Ebd.

*würde, daß die deutsche Zahlungsbilanz sich nicht nur gegenüber den schwachen Ländern entaktivieren, sondern auch gegenüber dem Dollarraum weiter passivieren müßte. Gerade dies würde eine Aufwertung bewirken.*<sup>949</sup>

Von Regierungsstellen und von der Bank deutscher Länder wurden diese Stellungnahmen Hahns nicht aufgegriffen, sie führten auch nicht zu verstärkten Spekulationen an den Märkten über eine D-Mark-Aufwertung. Dies impliziert, dass nur die Positionierung enger Berater der Bundesregierung für Aufruhr in der öffentlichen Debatte um die Aufwertung sorgen konnte, die Wirkung von Hahns publizistischer Intervention also eher als mittelfristig relevant betrachtet werden kann.<sup>950</sup>

In anderen internationalen Gremien, innerhalb der EWG und der EZU, kamen zur gleichen Zeit zunächst keine Forderungen nach einer Aufwertung der D-Mark auf. Es wurde begrüßt, dass die Bundesrepublik Maßnahmen gegen übermäßige Devisenzuflüsse ergriff und den Kapitalexport förderte. Im Jahre 1958 beruhigte sich die Situation in Hinblick auf die deutsche Zahlungsbilanz, die Überschussposition nahm aufgrund der abklingenden internationalen Konjunktur sowie der Abwertungen von britischem Pfund<sup>951</sup> und französischem Franc ab, so dass die Debatte über eine Aufwertung der D-

---

<sup>949</sup> Albert Hahn, Die Kaufkraft stabil halten. Aufwertung der D-Mark oder Abwertung des Pfundes, in: *Die Zeit*, 19.09.1957.

<sup>950</sup> Interessant wäre sicherlich, die Relevanz von öffentlichen Aussagen von Ökonomen anhand von Marktreaktionen zu untersuchen. Gerade die Aufwertungsdebatte scheint dazu einen günstigen Untersuchungsraum darzustellen.

<sup>951</sup> Bei der Abwertung des Pfundes handelte es sich um eine interne Abwertung

Mark ebenfalls abflaute. 1958 schien es also, als ob diejenigen, die den deutschen Zahlungsbilanzüberschuss als vorübergehend betrachtet hatten, Recht behalten sollten.<sup>952</sup>

Dieser Interpretation der Situation folgte auch der 1958 neu ins Amt gekommene Präsident der Deutschen Bundesbank Karl Blessing. Blessing hatte sich in seiner Amtsantrittsrede im Januar 1960 schon auf die Seite der Aufwertungsgegner geschlagen und schien im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Jahres recht zu behalten.<sup>953</sup> Es gibt in den Quellen Hinweise auf eine private Unterredung beim gemeinsamen Abendessen zwischen Blessing und den Befürwortern einer Aufwertung beziehungsweise flexibler Wechselkurse Otmar Emminger, Hans Ilau, Prof. Albert Hahn und Heinrich Troeger, dem SPD-Mitglied und Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, bei der die Frage der Wechselkursparitäten durchaus zur Sprache gekommen sein könnte.<sup>954</sup> Diese Unterredung fand relativ bald nach dem Amtsantritt Blessings im März 1958 statt. Allerdings führten diese offensichtlich nicht zu einer Meinungsänderung des Amtsnachfolgers von Vocke, wie weitere öffentliche Stellungnahmen im Laufe des Jahres belegen.<sup>955</sup> Emminger zeigte sich in dieser Zeit zunehmend interessiert an den währungspolitischen Diskussionen innerhalb der MPS, die zwischen Jacques Rueff und Milton Friedman

---

<sup>952</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 82.

<sup>953</sup> Zu Blessings Positionierung zur Aufwertung vgl. ebd., S. 92.

<sup>954</sup> BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330 00273, Brief von Hans Ilau an Karl Blessing vom 28.02.1958.

<sup>955</sup> Vgl. beispielsweise Blessings Vortrag vor dem Deutschen Sparkassentag am 20. Juni 1958, Blessing 1966, S. 149.

zur Frage des Währungssystems geführt wurden, wie aus der Korrespondenz seines Sekretariats mit dem MPS-Sekretär Hunold hervorgeht.<sup>956</sup>

Die Diskussion über das internationale Währungssystem beschränkte sich nicht auf die Wissenschaft. Über die internationale währungspolitische Lage wurde zwischen Aufwertungsbefürwortern und Gegnern zwischen 1957 und 1958 auch im informellen Kreise offener diskutiert. So hatte Hermann Josef Abs einen Kreis von Währungsexperten und Notenbankern zu sich nach Hause zum einem Austauschgespräch eingeladen, bei dem diverse Referate zur internationalen Währungspolitik gehalten wurden. Darunter waren definitiv Veit und Emminger. Trotz einer öffentlich kontroversen Debatte gab es also gleichwohl einen direkten persönlichen Austausch zwischen den Kontrahenten in einem eher privaten Rahmen.<sup>957</sup>

Innerhalb der Bundesbankgremien war es dann wiederum erneut Emminger, der eine weitere Debatte zur Neuanpassung der Wechselkurse unter dem neuen Bundesbankpräsidenten Blessing initiierte. Im Gegensatz zu Vocke zeigte sich Blessing sehr viel aufgeschlossener für eine diesbezügliche Auseinandersetzung im Direktorium und später auch im Zentralbankrat, lehnte die Aufwertung selbst aber zugleich weiterhin entschieden ab. Die Debatte im Direktorium im Januar 1959 war gleichwohl entscheidend für Emminger, weil sie ihn nicht mehr isoliert dastehen ließ. Sein Direktoriums-

---

<sup>956</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00057, Brief von Sekretariat Emminger an Albert Hunold vom 06.10.1958.

<sup>957</sup> Vgl. hierzu die Korrespondenz zwischen Veit und Emminger im Oktober 1958. Vgl. BBk, NL Emminger, Sign N 2/00057, Brief von Otto Veit an Otmar Emminger vom 01.10.1956 und Brief von Otmar Emminger an Otto Veit vom 25.10.1958.

kollege und langjähriger Weggenosse Eduard Wolf, der bislang eine Aufwertung abgelehnt hatte und diesen Standpunkt öffentlich verteidigt hatte, schlug sich fortan auf seine Seite.<sup>958</sup> Dies galt zumindest für die internen Debatten innerhalb der Gremien der Zentralbank. Zugleich gab es sowohl im Direktorium als auch im Zentralbankrat aber weiterhin eine eindeutige Mehrheit, die sich gegen eine Aufwertung aussprach, welche die Ausrichtung der Notenbank bestimmte.<sup>959</sup>

Innerhalb des Kabinetts können die Jahre 1958 und 1959 in währungspolitischer Hinsicht als ruhige Jahre gelten. Die Frage einer Neubestimmung des DM-Außenwertes findet keine explizite Erwähnung in den Protokollen. Das gilt sowohl für die Kabinettsitzungen als auch für die Sitzungen des Kabinettsausschusses für Wirtschaft. Dort wurde zwar das Problem der zunehmenden Preissteigerungen im Jahr 1959 reflektiert, aber nie direkt verbunden mit dem Lösungsweg der Aufwertung. Von Bundesbankpräsident Blessing wurden stattdessen mehrfach drastische Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur gefordert. Unter anderem forderte Blessing die Einschränkung der öffentlichen Investitionen in den Wohnungsbau in der 17. Sitzung des Ausschusses am 13. August 1959.<sup>960</sup>

---

<sup>958</sup> Wolf und Emminger verstanden sich bereits Anfang der 1950er Jahre ausgezeichnet, wie die Korrespondenz widerspiegelt. Vgl. beispielsweise BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Eduard Wolf vom 25.07.1952.

<sup>959</sup> Zur erneuten Debatte um die Aufwertung in der Bundesbank vgl. Emminger 1986a, S. 104-108.

<sup>960</sup> Protokoll der 17. Sitzung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft am 13.08.1959, BA Koblenz, 'Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung' online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/x/x1958e/kap1\\_2/kap2\\_15/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/x/x1958e/kap1_2/kap2_15/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Auch in der deutschen Öffentlichkeit wurde eine Aufwertung der D-Mark in diesen beiden Jahren kaum diskutiert. Lediglich ein wenig beachteter Artikel in der *FAZ* im April 1959 über eine Analyse der UN-Wirtschaftskommission für Europa deutete darauf hin, dass die Aufwertungsdebatte zumindest auf internationaler Ebene offensichtlich doch noch nicht ganz vom Tisch war. Dort hieß es, dass es für eine Lösung der übermäßigen deutschen Devisenüberschüsse nur zwei Wege gebe: „eine Änderung des Außenwertes der D-Mark [also eine Aufwertung; Anmerkung M.B.] oder öffentlicher Kapitalexport in großem Ausmaß, Wirtschaftshilfe an überseeische Länder und Unterstützung des privaten Kapitalexports.“<sup>961</sup> Hier wurde die Aufwertung zwar nicht als ausweglose Alternative dargestellt, aber im Gegensatz zum innerdeutschen Diskurs fand sie immerhin Erwähnung.

Doch schon 1959 flammte die öffentliche Debatte über eine Aufwertung der D-Mark erneut auf. Zum einen verschlechterte sich die Zahlungsbilanzsituation wieder.<sup>962</sup> Zum anderen gingen fortan deutsche Befürworter der Aufwertung offensiver mit ihrer Forderung in die Öffentlichkeit und weigerten sich das vom Kanzler verordnete Stillschweigen weiterhin aufrechtzuerhalten. Es kam jedoch zugleich zu einer erneuten Erklärung der Bundesregierung, die Pläne zur Aufwertung der D-Mark dementierte.

Für großes Aufsehen sorgte zunächst die Lombard-Kolumne<sup>963</sup> in der *Financial Times* vom Dezember 1959 mit dem Titel „Can't be sorry for the D-

---

<sup>961</sup> Kapitalexport oder Aufwertung. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa zu den deutschen Devisenüberschüssen, in: *FAZ*, 04.04.1959, S. 7.

<sup>962</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 104f.

<sup>963</sup> Die Lombard Kolumne erscheint bis heute regelmäßig in der *Financial Times* und beschäftigt sich im Untersuchungszeitraum dieser Studie regelmäßig mit geldpolitischen Fragen.

Mark.“ Die Kolumne kritisierte die deutschen Regierungsverantwortlichen, die trotz der Überschüsse und zunehmenden Devisenspekulationen keine Aufwertung in Erwägung gezogen hatten. Trotz der durchaus ernstzunehmenden Initiativen zum Kapitalexport sei das Problem der unterbewerteten Währung nicht gelöst worden.<sup>964</sup> Eine Reaktion von Seiten deutscher Bankiers erfolgte prompt mit einer kritischen Stellungnahme von Abs Anfang Juni 1960 in der *FAZ*, in der er die Argumente gegen eine Aufwertung zusammenfasste und eine klare Stellungnahme von der Bundesregierung erwartete.<sup>965</sup> Er forderte,

*„daß sofort und mit aller Autorität erklärt werden sollte – wie es namens der Bundesregierung erfolgreich auf der Weltbanktagung im September 1957 geschah –, daß an eine Aenderung des deutschen Wechselkurses nicht, und zwar unter keinen Umständen, gedacht wird.“*<sup>966</sup>

Hauptargument gegen die Aufwertung waren aus seiner Sicht die negativen Folgen für den deutschen Export und der übergroße Wettbewerbsdruck auf die deutsche Industrie, die im Rahmen der EZU erfolgenden Verluste der Bundesbank sowie die Annahme, dass es sich bei den Zahlungsbilanzungleichgewichten um kein strukturelles Problem handle.<sup>967</sup> Abs energische Stellungnahme gegen eine Aufwertung, die er regelmäßig öffentlich wiederholte und für die er bis an sein Lebensende eintrat, hatte dennoch keine

---

<sup>964</sup> BBk, NL Emminger, N 2 00243, Lombard Kolumne, Can't be sorry for the D-Mark. The Financial Times vom 15.12.1959.

<sup>965</sup> Diese Stellungnahme ließ er auch seinen politischen Vertrauten, u.a. auch Bundesbankpräsident Blessing zukommen. Vgl. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief nebst Anlage des *FAZ* Aufsatzes von Hermann Josef Abs an Karl Blessing vom 08.06.1960.

<sup>966</sup> Hermann Josef Abs, Der Wechselkurs. Kein Feld für Experimente, in: *FAZ*, 11.06.1960, S. 5.

<sup>967</sup> Ebd.

beruhigende Wirkung auf die Debatte über eine potentielle Veränderung der D-Mark-Parität.<sup>968</sup>

Sichtlich beunruhigt waren amerikanische Bankiers an der Wall Street über die erneute Debatte über den Wert der D-Mark. Offensichtlich hatte man sich an der Wall Street darauf eingestellt, dass die Parität zwischen D-Mark und Dollar unangetastet bleibt. Die dortige Abneigung gegenüber einer Aufwertung der D-Mark führte dazu, dass der deutsche Konsul in New York am 7. Juli 1960 einen Brief an das Auswärtige Amt und das BMWi schrieb und dazu aufforderte, auf eine Aufwertung der D-Mark zu verzichten. An der Wall Street gehe man davon aus, dass die „augenblicklichen Gleichgewichtsstörungen im deutschen Devisenhandel von vorübergehender Natur“ seien und man infolge auf die Aufwertung verzichten könne.<sup>969</sup> Tatsächlich kann man davon ausgehen, dass dahinter die Interessen amerikanischer Anleger steckten, die an dauerhaft fixierten Wechselkursverhältnissen und zugleich einem größeren Wert des Dollars gegenüber der D-Mark interessiert waren. Darüber hinaus befürchtete man an der Wall Street eine dauerhafte Destabilisierung des internationalen Währungssystems dadurch, dass ein Land mit einer harten Währung den Defizitländern entgegenkäme.<sup>970</sup>

Dieser internationale Druck auf der einen Seite, aber auch der Druck der deutschen Industrie und der Banken, blieb nicht ohne Wirkung. Noch im Juni

---

<sup>968</sup> Vgl. Gall 2006, S. 319-322.

<sup>969</sup> BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00244, Brief des Generalkonsuls Federer der Bundesrepublik Deutschland, New York, an das Auswärtige Amt, Bonn vom 7. Juli 1960.

<sup>970</sup> Vgl. Ebd.



erklärten der Bundeskanzler und die Bundesbank gemeinsam, dass eine Aufwertung der D-Mark nicht in Betracht käme. Sie kündigten gleichzeitig verschärfte Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung an.<sup>971</sup> Die Ablehnung der Aufwertung wurde von Seiten der Banken und der Industrie äußerst zufrieden zur Kenntnis genommen.<sup>972</sup> Bei der darauf folgenden Beruhigung der Märkte sollte es aber nicht dauerhaft bleiben, weil neue glaubwürdige Gerüchte über eine Aufwertung in der deutschen und internationalen Debatte aufkamen.

Die in der Folge ergriffenen Maßnahmen der Bundesbank waren durchaus radikal und wurden von Emminger rückblickend als ‚kreditpolitische Breitseite‘ bezeichnet.<sup>973</sup> Sie umfassten eine Diskontzinserhöhung von vier auf fünf Prozent, um die Konjunktur zu drosseln. Dies heizte allerdings gleichzeitig die Aufwertungsstendenzen weiter an, weil die D-Mark noch attraktiver wurde. Die Maßnahmen umfassten ferner Kürzungen der Rediskontkontingente und Erhöhung der Mindestreservesätze, gleichzeitig Sondermaßnahmen zur Abwehr von Auslandsgeldern, die Aktivierung der Offenmarktoperationen der Bundesbank sowie die Stilllegung von Geldern. Die Maßnahmen blieben insgesamt hinsichtlich des Rückgangs von Devisenzuflüssen aufgrund ihrer Ambivalenz nahezu ohne Erfolg.<sup>974</sup> Zugleich gab es allerdings

---

<sup>971</sup> Vgl. den Kommentar dazu in der *FAZ*: Sicherung der Währung, in: *FAZ*, 24.06.1960, S. 1.

<sup>972</sup> So hieß es in den wirtschaftlichen Mitteilungen der Deutschen Bank AG: „Mit der zu wünschenden Bestimmtheit haben Bundesregierung und Notenbank klargestellt, daß eine Aufwertung der D-Mark nicht in Betracht kommt.“ BBK, NL Emminger, N 2 00243, Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Keine Aufwertung, aber auch keine Preiserhöhungen, Wirtschaftliche Mitteilungen der Deutschen Bank AG, Frankfurt a.M., Nr. 3, 06.07.1960.

<sup>973</sup> Emminger 1986a, S. 109.

<sup>974</sup> Zu den Maßnahmen und ihren Wirkungen vgl. Emminger 1986a, S. 109f.

auch keinen ernstzunehmenden politischen Druck auf internationaler Ebene, der auf die Änderung der D-Mark-Parität abzielte, wie Emminger und Wolf am 23. Juni 1960 im Zentralbankrat berichteten. Weder in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich noch im Währungsausschuss der EWG drängte man auf eine Änderung des Wechselkurses. Man begrüßte gleichzeitig in den internationalen Gremien die ergriffenen Maßnahmen der Bundesbank ausdrücklich.<sup>975</sup>

Nach dem Scheitern der ‚kreditpolitischen Breitseite‘ nahm Emminger im August 1960 einen weiteren Versuch vor, Mehrheiten für eine Aufwertung innerhalb der Bundesbank zu organisieren. Denn mittlerweile waren auch besorgte Stimmen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss der OEEC zu vernehmen gewesen, wie Emminger als dortiger Bundesbank-Vertreter intern berichtete.<sup>976</sup> Er legte Blessing eine Studie mit „juristischen und technischen Überlegungen zur Wechselkurspolitik“ vor, die sowohl die Option einer Aufwertung wie auch die Möglichkeit flexibler Wechselkurse erörterte.<sup>977</sup> Und er bat den Bundesbankpräsidenten gleichzeitig darum, die Studie dem Zentralbankrat zur Diskussion vorzulegen. Dies tat Blessing, allerdings verbunden mit einer deutlichen Distanzierung von den Inhalten der Erörterungen.<sup>978</sup> In einer darauf folgenden Erörterung von Emmingers Studie im Zentralbankrat

---

<sup>975</sup> Vgl. BBk, Sign. B 330/DRS.142 (2.Ex.),Protokoll der 73. Sitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank in Frankfurt (Main) Taunusanlage 4-6 am 23. Juni 1960.

<sup>976</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00059, Bericht vom 29.07.1960 von Otmar Emminger an Friedrich Wilhelm von Schelling, Präsident der Landeszentralbank der Freien und Hansestadt Hamburg, von der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der OEEC am 26./27.07.1960.

<sup>977</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00244, Otmar Emminger, Juristische und technische Überlegungen zur Wechselkurspolitik, 20. August 1960.

<sup>978</sup> Vgl. ebd.

sprach sich eine Mehrheit des Gremiums weiterhin gegen eine Aufwertung aus.

Den auf Regierungsseite und bei Bundesbankspitze bestehenden Wünschen nach einer Beruhigung der Lage entgegengesetzt flammte die Debatte in Deutschland in Anbetracht der ausbleibenden Entspannung auf den Devisenmärkten wieder auf. Ausschlaggebender Anstoß für eine zunehmende Diskussion der Aufwertung war die Konferenz der MPS Anfang September 1960 in Kassel.<sup>979</sup> Mehrere Beiträge auf der Konferenz behandelten die Frage der deutschen Zahlungsbilanz. Dabei variierten die Lösungsvorschläge zwischen Plädoyers für eine Aufwertung der D-Mark und der Einführung flexibler Wechselkurse – Hartwell spricht in seinem Buch zur MPS vom einem „usual disagreement“<sup>980</sup>, dass in der Gesellschaft in dieser Frage vorherrschte. Vor allem die Professoren Albert Hahn und Gottfried Haberler forderten in erster Linie eine Aufwertung der D-Mark und kritisierten die ablehnende Haltung des Bundesbankpräsidenten Blessing demgegenüber.<sup>981</sup> Die grundlegende Kontroverse innerhalb der Neoliberalen war auf der Konferenz in Kassel also bereits in vollem Gange und brach – wie Schmelzer in seinem Buch zu den Ursprüngen neoliberaler Währungspolitik zu Recht konstatiert – ein Jahr später bei der Konferenz in Turin endgültig aus.<sup>982</sup> Entscheidend für die Aufwertungsdebatte in Deutschland waren zwei

---

<sup>979</sup> Zur MPS-Konferenz in Kassel vgl. Hartwell 1995, S. 113-117.

<sup>980</sup> Vgl. Hartwell 1995, S. 114.

<sup>981</sup> Vgl. Sind die Wechselkurse richtig? Die Mont Pèlerin-Gesellschaft diskutiert finanzielle Probleme des Westens, in: FAZ, 10.09.1960, S. 7.

<sup>982</sup> Vgl. Schmelzer 2010, S. 93f., S. 97f.

Dinge. Erstens wurde in aller Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Aufwertung der D-Mark als Lösung für die internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte diskutiert und medial durchaus breit rezipiert.<sup>983</sup> Der Sekretär der MPS Hunold hatte dafür Sorge getragen, dass zahlreiche nationale wie internationale Medienvertreter anwesend waren, u.a. Journalisten von *Le Figaro*, *Le Monde*, *FAZ*, *NZZ*, *New York Times* und *New York Herald Tribune*.<sup>984</sup> Und zweitens wurde die Möglichkeit einer Wechselkursneuanpassung in Anwesenheit von politisch Verantwortlichen aus Wirtschafts- und Finanzministerium besprochen.<sup>985</sup> Zudem forderte auch Wirtschaftsminister Erhard auf der Tagung eine „Korrektur der Wechselkurse“, was eindeutig auf die Aufwertungsdebatte in Deutschland abzielte.<sup>986</sup> Die Kombination aus beachtlicher Medienpräsenz und Vertretern der Bundesregierung, die sich zu einer Aufwertung bekannten, machte das Gewicht der Konferenz für das Anheizen der Debatte aus.

Nach der Tagung der MPS startete daraufhin Wilhelm Röpke eine publizistische Initiative zugunsten einer Aufwertung und hielt auch Vorträge zu diesem Thema. Ein erster Artikel erschien Mitte Oktober in der Weltwoche und forderte die politischen Verantwortlichen dazu auf, eine Aufwertung der D-Mark vorzunehmen: „Entweder läßt man der inflatorischen Wirkung des

---

<sup>983</sup> Vgl. hierzu: Sind die Wechselkurse richtig? Die Mont Pèlerin-Gesellschaft diskutiert finanzielle Probleme des Westens, in: *FAZ* 10.09.1960, S. 7.

<sup>984</sup> Die Einbeziehung der Presse war zwar in gewisser Weise ein Verstoß gegen die selbst verordnete Regel der Diskretion der Gesellschaft, führte in diesem Fall aber nicht zu einem Eklat innerhalb der MPS. Vgl. Hartwell 1995, S. 113.

<sup>985</sup> Vgl. ebd., S. 113-117.

<sup>986</sup> Vgl. den Artikel zur Tagung der MPS im *Tagesspiegel*: Liberale Wirtschaftswissenschaftler diskutierten in Berlin. Auch Professor Erhard sprach vor der Mont Pèlerin Society, in: *Tagesspiegel*, 04.09.1956.

Geldzustroms aus den Überschüssen der Zahlungsbilanz freien Lauf oder man wertet die D-Mark auf“<sup>987</sup>, so Röpke. In einem Vortrag vor dem Unternehmerverband der Industrie Ruhr-Niederrhein kritisierte er kurz darauf, am 25. Oktober, die ablehnende Haltung der Bundesbank gegenüber einer Aufwertung. Die unterlassene Aufwertung hätte nun unweigerlich einen „Prozeß der Auftriebswirkung auf Kosten, Preise und Löhne“ zur Folge, den man durch eine frühzeitige Aufwertung hätte unterbinden können.<sup>988</sup> In der *NZZ* forderte Röpke einen Monat später schließlich die Aufwertung der D-Mark als einen deutschen Beitrag zur Lösung der amerikanischen Zahlungsbilanzkrise.<sup>989</sup>

Ähnlich wie Röpke argumentierte jetzt auch eine CDU-interne gutachtliche Studie zur Frage der Aufwertung vom 1. September 1960. Die von Hans Ilau, Mitbegründer der ASM und Aufwertungsbeefürworter, angefertigte Studie verfehlte ihre Wirkung innerhalb der CDU nicht und stärkte dem Bundeswirtschaftsminister den Rücken. Sie kritisierte zudem offen „die unverantwortlichen Berater“ des Bundeskanzlers, womit u. a. Abs, Pferdenges und vor allem auch Fritz Berg gemeint waren.<sup>990</sup> Substantiiert wurde diese Studie durch ein kurz darauf folgendes Gutachten der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, indem es hieß:

---

<sup>987</sup> Vgl. Preissteigerung oder Aufwertung. Professor Röpke zu den Überschüssen der deutschen Zahlungsbilanz, in: *FAZ*, 15.10.1960, S. 7.

<sup>988</sup> Vgl. Kritik an der Währungspolitik. Professor Röpke: Wechselkursänderung würde Luft schaffen, in: *FAZ*, 26.10.1960, S.21.

<sup>989</sup> Vgl. Wilhelm Röpke, Diagnose und Therapie der amerikanischen Zahlungsbilanz, in: *NZZ*, 28.11.1960.

<sup>990</sup> BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330 00273, Äussere Aufwertung oder innere Abwertung der D-Mark? Eine erbetene gutachtliche Studie von Dr. Hans Ilau, 1. September 1960, S. 17.

*"Nachdem Bundesregierung und Bundesbank eine Aenderung des Wechselkurses abgelehnt haben [...], bleibt somit als letzte, höchst unerwünschte Alternative, daß sich das Problem der Zahlungsbilanzüberschüsse durch allgemeine Preissteigerungen im Innern von selbst löst. Es hat den Anschein, daß die Entwicklung diesen gefährlichen Weg bereits eingeschlagen hat."<sup>991</sup>*

Der Druck auf den Bundeskanzler wuchs durch diese parteiinterne Studie, die Unruhe in die Partei brachte, und durch die zunehmende öffentliche Debatte, so dass Adenauer in Zugzwang geriet, sich erneut zur Frage der Aufwertung innerhalb des Kabinetts zu positionieren.

Ebenfalls im September 1960 begann zusätzlich die ASM eine systematische Kampagne für eine Aufwertung der D-Mark. Neben der Publikation von Aufsätzen, die eine Aufwertung der D-Mark in der aktuellen zahlungsbilanzpolitischen Situation forderten, wurden einzelne Personen, die politisch für die Aufwertung verantwortlich waren, angeschrieben und agitiert.<sup>992</sup> So findet sich in den Dienstakten von Bundesbankpräsident Blessing ein mehrfacher Briefwechsel zur Aufwertung der D-Mark zwischen Alexander Rüstow und Blessing, der Ende September 1960 begann und bis Mitte Dezember des Jahres andauerte. In seinem Anschreiben an Blessing vom 27.09.1960 konstatierte Rüstow: „Wir setzen uns in der Veröffentlichung mit den Argumenten auseinander, die in letzter Zeit hierzu [zur Wechselkursdebatte; Anmerkung M.B] vorgebracht wurden, und haben jetzt an alle Verantwortlichen appel-

---

<sup>991</sup> Die Studie wurde zitiert nach einem Artikel in der FAZ von Alexander Rüstow: Alexander Rüstow, Die Waffe gegen die latente Inflation, in: FAZ, 21.12.1960, S. 17.

<sup>992</sup> Zur Publikation von Aufsätzen und zum Anschreiben von politisch Verantwortlichen vgl. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00225, mehrere Briefwechsel zwischen Karl Blessing und Alexander Rüstow zwischen dem 27.09.1960 und 13.12.1960.

liert, die unbedingt nötige Wechselkursberichtigung keinesfalls länger hinauszuschieben.“<sup>993</sup> Blessing antwortete Rüstow mehrfach und lehnte eine Aufwertung der D-Mark fortwährend ab.<sup>994</sup> Der Druck auf die politisch Verantwortlichen Aufwertungsgegner wuchs durch diese persönliche Agitation der Verantwortlichen.

Auch der Bundeswirtschaftsminister versuchte erneut, den Bundeskanzler von der Aufwertung der D-Mark zu überzeugen. Gegenüber Erhard positionierte sich Adenauer am 17. September ein weiteres Mal in einem Brief als Aufwertungsgegner und lehnte diese als Maßnahme, die „grobe Erschütterungen unseres wirtschaftlichen und politischen Gefüges“ zur Folge habe, ab.<sup>995</sup> Am 20. September stärkte erneut Herman Josef Abs die Position des Kanzlers in der Öffentlichkeit in einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer in Essen und forderte verstärkten Kapitalexpert der Bundesrepublik statt einer Aufwertung<sup>996</sup>, eine Position, die auch die 10 Tage später stattfindende Tagung des IWF dominieren sollte.<sup>997</sup> In der wirtschaftspolitischen Klausurtagung der Unionsparteien am 23. September wurde eine Auf-

---

<sup>993</sup> Vgl. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00225, Brief von Alexander Rüstow an Karl Blessing vom 28.11.1960.

<sup>994</sup> Bis Juli 1969 findet sich weitere Korrespondenz der ASM mit Blessing. Darunter befinden sich sowohl persönliche Briefe an Blessing von Frickhöffer als auch Hinweise auf Tagungen und Studien der ASM. Vgl. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00225, Briefwechsel zwischen Karl Blessing und Wolfgang Frickhöffer von 1960 bis 1969. Siehe zur währungspolitischen Positionierung der ASM und einem hieraus entstehenden Konflikt mit der Bundesregierung auch Becker 2011, S. 67f.

<sup>995</sup> Zitiert nach Pohl 1992, S. 44.

<sup>996</sup> Abs für größeren Kapitalexpert. Anleihen wären wirtschaftlicher als eine Aufwertung, in: FAZ, 21.09.1960, S. 25.

<sup>997</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 114-117.

wertung ebenfalls lediglich als allerletztes Mittel gegen die Zahlungsbilanzungleichgewichte in Betracht gezogen und anderen Vorschlägen – wie dem Kapitalexport – absoluter Vorrang gegeben.<sup>998</sup> Interessant ist, dass es selbst während der Jahrestagung des IWF am 30. September in Washington nicht zu einem internationalen Druck auf die Bundesrepublik hinsichtlich einer Aufwertung kam, obwohl der übermäßige Kapitalzufluss nach Deutschland andauerte. Blessing konnte ohne in die Kritik zu geraten die Position der Bundesregierung in seiner Ansprache deutlich machen: „Die deutsche Regierung hat den Gedanken an eine Änderung des Wechselkurses verworfen, und ich möchte es heute hier ganz klar aussprechen, daß keine Absicht besteht, diesen Standpunkt aufzugeben.“<sup>999</sup> Emminger, der gemeinsam mit Erhard, Guth und Blessing auf der Tagung anwesend war, konstatierte, dass es offensichtlich internationale Absprachen auf Initiative der USA im Vorfeld der Tagung gab, die DM-Aufwertung nicht zu fordern, sondern stattdessen der deutschen Delegation Kapitalexport – vor allem mittels Entwicklungshilfe<sup>1000</sup> – nahezulegen.<sup>1001</sup> Laut Emminger war dies vor allem auf die Bemühungen des Exekutivdirektors des IWF Jacobsson zurückzuführen, der strikt

---

<sup>998</sup> Vgl. Konjunkturpolitische Ermächtigung für die Regierung? Die Klausurtagung der Unionsparteien/Eine Aufwertung der D-Mark bleibt im Gespräch, in: *FAZ*, 24.09.1960, S. 7.

<sup>999</sup> Ansprache bei der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank am 28. September 1960 in Washington (deutsche Fassung). Abgedruckt in Blessing 1966, S. 11-14.

<sup>1000</sup> Die Deutsche Bank hatte bereits bis Anfang 1958 eine Studie zur Entwicklungshilfe am Beispiel Indiens erstellen lassen, das auch in Regierungskreisen und der Notenbank kursierte und konkrete Vorschläge für Investitionen vorschlug. Dies geht aus einem Brief von Abs an Erhard hervor, der auch an Blessing ging. Vgl. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief mit Anhang von Hermann Josef Abs an Karl Blessing vom 09.01.1958.

<sup>1001</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 116.



gegen eine D-Mark Aufwertung war und dies gegenüber der Presse im Vorfeld der Konferenz bereits deutlich gemacht hatte.<sup>1002</sup> Darauf deutet auch ein Brief von Jacobsson im Vorfeld der Tagung an den Bundesbankpräsident am 13. September hin, in dem er darauf hinwies, dass auf eine Aufwertung der D-Mark unbedingt zu verzichten sei.<sup>1003</sup> In seinem Vortrag während der Tagung thematisierte Jacobsson auch explizit die deutsche Zahlungsbilanzproblematik, ließ aber an keiner Stelle das Wort Aufwertung fallen, sondern forderte die erwähnten Anstrengungen zu Kapitalexporten.<sup>1004</sup>

Mit dieser internationalen Rückendeckung gegen eine Aufwertung – insbesondere aus den USA – fuhr die deutsche Delegation nach Hause. Insbesondere Blessing fühlte sich in seiner Position bestärkt. In der Öffentlichkeit forderte er auf der einen Seite konjunkturdämpfende Maßnahmen von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand ein<sup>1005</sup> und machte gleichzeitig am 17. Oktober in einer Sitzung des Direktoriums deutlich, dass es mit ihm keine Aufwertung geben werde, er also zurücktreten werde, sollte man sich für eine Aufwertung entscheiden.<sup>1006</sup> Emminger, Erhard und Guth waren gleichzeitig ernüchtert und fügten sich fürs Erste den internationalen Kräfteverhältnissen. So kam es am 18. Oktober dann auch zu einer weiteren öffentlichen

---

<sup>1002</sup> Vgl. Währungsfonds dringt auf deutsche Hilfe. Per Jacobsson rechnet nicht mit Aufwertungs-Diskussion in Washington, in: *FAZ*, 26.09.1960, S. 17.

<sup>1003</sup> In dem Brief an Blessing hieß es: „I have just prepared the first draft of my speech for the Annual Meeting, and I have been thinking in general about the problems of the world. This exercise has made me more convinced than ever that your country should not revalue the mark.“ BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00244, Brief von Per Jacobsson an Karl Blessing vom 13. September 1960.

<sup>1004</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 115f.

<sup>1005</sup> Vgl. beispielsweise die Rede bei der Feier zum 175-jährigen Bestehen des Bankhauses C.G. Trinkaus am 7. Oktober 1960 in Düsseldorf. Abgedruckt in: Blessing 1966, S. 18.

<sup>1006</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 117f.

Erklärung und damit verbundenen Ablehnung der Aufwertung von Bundesregierung und Bundesbank. Zuvor hatte ein sogenanntes ‚Konjunkturge­spräch‘ beim Bundeskanzler stattgefunden, an dem Blessing, Erhard, Etzel sowie Vizekanzler und Außenminister von Brentano teilnahmen und bei dem der Kanzler verlauten ließ, dass er „von der Aufwertung bis zur Bundestagswahl [im September 1961; Anmerkung M.B.] nichts mehr hören“ wolle.<sup>1007</sup> In diesem ‚Konjunkturge­spräch‘ wurde gleichzeitig vereinbart in den kommenden Wochen konkrete Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur und zum Kapitalexpert zu ergreifen.<sup>1008</sup>

Doch weniger als 24 Stunden nach der gemeinsamen Stellungnahme von Bundesregierung und Bundesbank stellte der Bundeswirtschaftsminister die von ihm vorher mitgetragene Ablehnung der Aufwertung kurzerhand in einer öffentlichen Stellungnahme gegenüber der *New York Herald Tribune* in frage und forderte stattdessen eine Aufwertung der D-Mark. Dadurch hinterging er eindeutig die Forderung des Bundeskanzlers vom 18. Oktober nach einer Beendigung der währungspolitischen Debatte und hintertrieb den Versuch, die Spekulationen über eine Aufwertung einzudämmen.<sup>1009</sup> Man kann sogar konstatieren, dass Erhard die Debatte damit neu entfachte. Dies war mit Sicherheit eine berechnete Aktion des Bundeswirtschaftsministers. Reaktionen auf seine Stellungnahme innerhalb des Kabinetts sind nicht

---

<sup>1007</sup> Dies sagte Adenauer bei dem Gespräch laut Blessing. Zitiert nach Emminger 1986a, S. 118.

<sup>1008</sup> Vgl. Konjunkturregulierung zunächst durch Importerleichterung. Erhard, Etzel und Blessing sollen die Grundsatzentscheidung im Kabinett vorbereiten / Diskontsenkung möglich, in: *FAZ*, 20.10.1960, S. 13.

<sup>1009</sup> Vgl. BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00243, Gaston Coblentz, Erhard for revaluation of currency. Position held despite disapproval, in: *New York Herald Tribune*, 20.10.1960.

protokollarisch erwähnt. Man kann aber davon ausgehen, dass es zu Auseinandersetzungen über die abweichende Position Erhards kam.

Seltsamerweise spielte diese Stellungnahme Erhards jedoch erst einmal keine weitere Rolle in der deutschen Diskussion um die Aufwertung.<sup>1010</sup> Die Bundesbank ergriff eine auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht abzielende Politik von Lockerungsmaßnahmen in Form von Zinssenkungen, um den Kapitalabfluss zu verstärken. Das dies zugleich die Konjunktur antreiben würde und Preissteigerungen drohten, spiegelte das Dilemma zwischen außenwirtschaftlichem und binnenwirtschaftlichem Gleichgewicht wider, in dem sich die Bundesbank in Anbetracht der nicht vollzogenen Aufwertung des Außenwerts der D-Mark befand. Nach außen kommunizierte die Bundesbank entsprechend, dass die Diskontzinssenkungen ausschließlich der Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts dienten, ein Versuch, die Verantwortung für die dabei zu erwartenden Inflationserscheinungen von sich zu weisen:

*„Die Bundesbank hat stets betont, daß sie sich zu einer Lockerung der Kreditpolitik nicht etwa durch ein Nachlassen der inneren Konjunkturspannungen veranlaßt gesehen hat, sondern ausschließlich durch die Zahlungsbilanzentwicklung.“<sup>1011</sup>*

---

<sup>1010</sup> In der FAZ finden sich im Oktober 1960 keine weiteren Hinweise auf die Stellungnahme Erhards. Gleiches gilt für die Protokolle des Bundeskabinetts.

<sup>1011</sup> Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1960, S. 4f.

Dementsprechend fanden gleichzeitig konjunkturdämpfende Maßnahmen – wie die Drosselung des öffentlichen Wohnungsbaus – von Seiten des Wirtschafts- und Finanzministeriums statt.<sup>1012</sup> Auf die Maßnahmen hatte man sich in dem konjunkturpolitischen Gespräch am 18. Oktober grob geeinigt, und sie wurden in den Kabinettsitzungen im November eingehend diskutiert. Neben den Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung wurden Maßnahmen des Kapitalexports diskutiert, unter anderem die freiwillige Entwicklungsanleihe der deutschen Wirtschaft, die der BDI vorgeschlagen hatte.<sup>1013</sup>

Scharf kritisiert wurden diese Maßnahmen von neoliberalen Ökonomen. Man darf hier ein Einvernehmen zwischen Bundeswirtschaftsminister Erhard und den publizierenden neoliberalen Ökonomen unterstellen, wie Hinweise auf ein Treffen zwischen Erhard und Röpke in einem Briefwechsel andeuten.<sup>1014</sup> Röpke reagierte mit äußerst kritischen Stellungnahmen auf den eingeschlagenen Kurs von Notenbank und Politik. Er spitzte dabei seine Kritik im November 1960 deutlich zu und prangerte vor allem die Niedrigzinspolitik der Notenbank an<sup>1015</sup>: Hatte Röpke bislang der deutschen Wirtschaftspolitik zumeist ein positives Zeugnis ausgestellt – man vergleiche

---

<sup>1012</sup> Vgl. Protokoll der 127. Kabinettsitzung am 02.11.1960, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1960k/kap1\\_2/kap2\\_43/para3\\_7.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1960k/kap1_2/kap2_43/para3_7.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

<sup>1013</sup> Vgl. ebd.

<sup>1014</sup> In einem Brief an Erhard Ende Oktober 1960 resümierte Röpke folgendermaßen über ein Treffen zwischen Erhard und ihm: „Am Sonntag nach unserem Treffen im ‚Adler‘ und in Ihrem schönen Heim habe ich mich dann noch mit meinem vortrefflichen Kollegen Meyer getroffen und zu meiner Freude wieder einmal völlige Einheit konstatiert, auch in allem, was Sie und die um Sie umkreisenden Probleme betrifft.“ Archiv der Ludwig Erhard Stiftung, NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Wilhelm Röpke an Ludwig Erhard vom 31.10.1960.

<sup>1015</sup> Vgl. hierzu Emminger 1986a, S. 121f.

hierzu sein Gutachten von 1950 ‚Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?‘ – so konstatierte er in einem Artikel vom 19. November 1960, dass „wenn diese Frage heute aufs neue an mich gestellt würde, meine Antwort mehr auf ein Nein als auf ein Ja hinauslaufen würde.“<sup>1016</sup>

Ein viel entscheidenderes politisches Signal für die deutsche Regierung und die Bundesbank als diese Kritik der neoliberalen Wissenschaftler an der Währungspolitik war die amerikanische Positionierung. Nachdem Kennedy am 8. November 1960 zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden war, mehrten sich die Signale aus den USA, dass eine Abwertung des Dollars als Beitrag zur Lösung der Zahlungsbilanz nicht infrage käme. Somit war auch eine konzertierte internationale Auf- und Abwertungsaktion, wie sie lange Erhard und Etzel vorgeschwebt hatte, immer unwahrscheinlicher.<sup>1017</sup> Gleichzeitig signalisierten die USA, dass sie einen größeren deutschen Beitrag zur Lösung des Zahlungsbilanzproblems erwarteten. Dabei war zum einen ein substanzieller Ausbau der Entwicklungshilfe im Gespräch, zum anderen ein größerer Beitrag zur Finanzierung der Besatzungstruppen. Dies ließ Kennedy bereits vor seiner Wahl Anfang November 1960 verlauten.<sup>1018</sup>

Zudem kam mit Ausnahme des bereits erwähnten IWF in den internationalen Gremien Ende 1960 schließlich doch noch Druck gegenüber Westdeutschland hinsichtlich einer währungspolitischen Anpassung auf. Man

---

<sup>1016</sup> Wilhelm Röpke, Die Verleumder der Marktwirtschaft, in: *FAZ*, 19.11.1960, S. 5.

<sup>1017</sup> Vgl. Kennedy outlines economic policy. Freer trade: Shared defence costs: & no devaluation, in: *Financial Times*, 02.11.1960, S. 12.

<sup>1018</sup> Vgl. German share of arms burden. U.S. Minister see Dr. Adenauer today, in: *Financial Times*, 21.11.1960, S. 9.

zeigte sich auf der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der OEEC am 17. und 18.11.1960 „besorgt und deprimiert“<sup>1019</sup> darüber, dass Westdeutschland weiterhin eine Aufwertung ablehne und dabei entsprechend weitere Ungleichgewichte entstünden. Es wurde explizit angesprochen, dass man die deutsche Wettbewerbsfähigkeit fürchtete. Diese sei nicht zu reduzieren ohne einen „Verzicht auf eine Aufwertung oder eine drastische Anhebung des Kosten- und Preisniveaus.“<sup>1020</sup> Da man nicht mit einer zeitnahen Anhebung des Kosten- und Preisniveaus rechnete, rückte die Aufwertung bei diesen Diskussionen stärker in den Vordergrund. Staatssekretär Müller-Armack, der die Bundesregierung in diesem Ausschuss vertrat, versuchte zwar die anderen Mitglieder des Ausschusses zu beschwichtigen und wies auf die Anstrengungen der Bundesregierung beim Kapitalexport durch Entwicklungshilfe hin, er konnte jedoch die Anwesenden nicht davon überzeugen, dass dadurch das Zahlungsbilanzproblem beseitigt werden könne.<sup>1021</sup> Insbesondere Abs war großer Befürworter von Kapitalexporten und machte dies, wann immer möglich, in der Öffentlichkeit deutlich.<sup>1022</sup> Ihm war besonders wichtig zu betonen, dass die Privatwirtschaft ebenfalls

---

<sup>1019</sup> BBk, NL Emminger, Sign. N 2/K 520 (1), Ergebnisse der Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der OEEC am 17. und 18.11.1960 mit Anmerkungen zum Protokoll von Emminger.

<sup>1020</sup> Ebd.

<sup>1021</sup> Vgl. ebd.

<sup>1022</sup> Vgl. hierzu einen Brief von Abs an Blessing, in dem er seine positive Haltung gegenüber Kapitalexporten herausstellte, woraufhin Blessing ihm zusicherte diesen Sachverhalt international zu verbreiten. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Hermann Josef Abs an Karl Blessing am 01.12.1960 und Brief von Karl Blessing an Hermann Josef Abs vom 05.12.1960.

ihren Beitrag dazu leisten werde, da die öffentliche Hand alleine dazu nicht imstande sei.<sup>1023</sup>

Als im Februar 1961 endgültig klar wurde, dass die USA keine Abwertung des US-Dollars beabsichtigten und damit die Aussichten auf eine multilaterale Neubewertung der Währungen vom Tisch waren, gingen die Befürworter der D-Mark Aufwertung erneut in die Offensive und strebten eine unilaterale Aufwertung an. Dabei spielte die internationale politische Situation den Aufwertungsbeefürwortern in die Hände. Die amerikanische Regierung kritisierte im Februar 1961 in einem Memorandum die ständige Anhäufung von Gold- und Devisenreserven durch die Bundesbank und die daraus resultierenden Spannungen innerhalb der internationalen Gemeinschaft der westlichen Staaten. Darüber hinaus hatten die Wirtschaftsberater von Kennedy verlauten lassen, dass man insbesondere Westdeutschland zur Lösung des Zahlungsbilanzproblems höhere Inflationsraten verordnen sollte, was zu empörenden Reaktionen auf der deutschen Seite führte.<sup>1024</sup>

Entscheidend war nun vor allem Erhards Rolle hinsichtlich einer Lösung des Zahlungsbilanzproblems über eine Aufwertung. Erhard gelang es schließlich doch, mit der Unterstützung von Finanzminister Etzel den Bundesbankpräsidenten und den Bundeskanzler zu überzeugen.<sup>1025</sup> Emmingers und Wolfs

---

<sup>1023</sup> Vgl. hierzu einen Brief von Abs an Erhard, in dem er konkrete Vorschläge für einen verstärkten Kapitalexport „aus dem privaten Bereich“ machte. BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Hermann Josef Abs an Ludwig Erhard vom 12.11.1960.

<sup>1024</sup> Emminger schrieb bezüglich der Empörung in Deutschland über die Forderungen der Wirtschaftsberater Kennedys Per Jacobsson einen Brief, in dem er auch die Lösung einer Aufwertung ihm gegenüber offen nahelegte. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00060, Brief von Otmar Emminger an Per Jacobsson vom 26.01.1961.

<sup>1025</sup> Vgl. Emminger 1986a, S. 123-125.

Stellung war zu diesem Zeitpunkt im Zentralbankrat zwar zu schwach, um Blessing von seiner Ablehnung der Aufwertung alleine abzubringen, zumal Blessing intern mit der Aufwertung seinen Rücktritt verbunden hatte. Gleichwohl war das Einbringen von inhaltlichen Argumenten für eine Aufwertung durch Emminger und Wolf eine wichtige Grundlage dafür, dass Erhard Blessing schließlich überzeugen konnte. Denn Blessing war damit klar, dass er aus guten Gründen keinen vollständigen Rückhalt im eigenen Haus genoss.

Die entscheidenden Sitzungen, in denen Blessing und Adenauer überzeugt wurden, fanden am 27. und 28. Februar 1961 statt. Am 27. Februar trafen sich Erhard, Etzel und Blessing im BMWi. Dort wurde Blessing vor die Wahl zwischen Devisenbewirtschaftung und Aufwertung gestellt und lenkte zugunsten letzterer Alternative ein. Am 28. Februar fand dann die Sitzung mit Adenauer statt, in der zudem noch Staatssekretär Globke, von Brentano und Pferdenges anwesend waren. Auch hier stellte sich heraus, dass der Widerstand gegenüber einer Aufwertung gefallen war, vor allem, weil Erhard Pferdenges, den engsten Berater des Kanzlers, auf seine Seite ziehen konnte. Bis zur Entscheidung am 3. März im Kabinett wurde der Sachverhalt geheim gehalten, so dass nicht erneut eine Spekulation über eine Aufwertung entstand.<sup>1026</sup>

Die Reaktionen gegenüber der Aufwertung waren äußerst unterschiedlich. Während die Industrieverbände, allen voran Hermann Josef Abs für die Fi-

---

<sup>1026</sup> vgl. ebd., S. 124.



nanzbranche und Fritz Berg für den BDI, empört auf die Entscheidung reagierten und der Bundesregierung Wortbruch vorwarfen, wurde die Entscheidung zur unilateralen Aufwertung der D-Mark international insgesamt begrüßt. Wenn auch IWF-Exekutivdirektor Jacobsson tobte und gegenüber Emminger im Vorfeld der Sitzung des Exekutivkomitees, in der die Aufwertung offiziell gebilligt wurde, einen Wutanfall bekam, so waren die Vertreter anderer Länder insgesamt deutlich positiv gegenüber der Entscheidung der Bundesregierung eingestellt.<sup>1027</sup>

### **5.3.6 Zusammenfassung: Die Aufwertung als neoliberale Erfolgsgeschichte**

Insgesamt kann man die erste Aufwertung der D-Mark am 3. März 1961 als Erfolg für die neoliberale Koalition aus Wissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern verbuchen. Wenn auch letztlich die politischen Entscheidungsträger in Kabinett und Zentralbankrat sowie die außenpolitische Situation der Bundesrepublik maßgeblich für diese Erfolgsgeschichte waren, so bereiteten neoliberale Wissenschaftler wie Hahn und Röpke mit ihren öffentlichen Debatten der Aufwertung überhaupt erst eine öffentliche Legitimation. Nicht zuletzt für Erhard war der Rückhalt innerhalb der Wissenschaft von zentraler Bedeutung, um Bundeskanzler Adenauer, aber vor allem auch Bundesbankchef Blessing dazu zu bewegen, die Aufwertung mitzutragen. Das Votum

---

<sup>1027</sup> Hierzu sollte man wissen, dass Emminger und Jacobsson trotz ihrer konträren Positionen miteinander in Freundschaft verbunden waren. Dies deutet einmal mehr an, wie empört Jacobsson gewesen sein muss. Zur Freundschaft zwischen Jacobsson und Emminger vgl. beispielsweise die weihnachtliche Korrespondenz aus dem Dezember 1960. BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00059, Brief von Otmar Emminger an Per Jacobsson vom 21.12.1960.

des wissenschaftlichen Beirates seines Ministeriums verschaffte ihm bereits 1957 Rückendeckung für die Forderung nach einer Aufwertung der D-Mark.

Die MPS-Konferenz in Kassel im Herbst 1960 war zudem eine wichtige Diskursintervention, die die Aufwertungsdebatte zu einem Zeitpunkt erneut anstieß, zu dem die internationale diplomatische Lage aufgrund der Neuwahl von Kennedy und dessen politischen Signalen günstig für eine Durchsetzung der Aufwertung war. Interessant ist dabei, dass diese MPS-Konferenz von ihrem europäischen Sekretär Hunold in Einvernehmen mit den deutschen Vorbereitungskreisen, durch die Einladung zahlreicher Medienvertreter für eine Diskursintervention genutzt wurde. Dies war mit einem Abweichen von der üblichen Modalität äußerst diskreter Treffen der MPS verbunden. Hier spielten also tatsächlich nicht nur deutsche MPS-Mitglieder, sondern die MPS als Ganze eine Rolle bei der Diskursverschiebung. Bei einer politischen Entscheidung über Währungsparitäten von internationaler Tragweite konnte die MPS gerade durch die Internationalität ihrer Mitglieder für öffentlichen Druck sorgen.

Das Zusammenspiel von Akteuren in den Entscheidungsgremien, vor allem mit Erhard im Kabinett sowie Emminger und später Wolf, im Direktorium der Bundesbank war von entscheidender Bedeutung für die erfolgreiche Durchsetzung der Aufwertung. Diese MPS-nahen Akteure waren durch die internationale wissenschaftliche Rückendeckung gestärkt, was nicht zu unterschätzen ist in Anbetracht der Tatsache, dass sowohl Emminger als auch Erhard in ihren Gremien Minderheitenpositionen vertraten. Man kann also abschließend konstatieren, dass der Einfluss von MPS-Akteuren im Falle der Aufwertung der D-Mark durch die Mitgestaltung des wissenschaftlichen und

öffentlichen Diskurses und der damit verbundenen Rückendeckung für die politischen Entscheidungsträger äußerst bedeutend war.



## 6. Fazit

### 6.1 Die ‚Ära Adenauer‘ als ‚Stunde der Neoliberalen‘?

Die ‚Ära Adenauer‘ kann historisch als entscheidende Periode der Institutionenbildung des westdeutschen Staates gelten. Besonders in ökonomischer Hinsicht wurden zu Ende der 1940er und während der 1950er Jahre wegweisende Eckpfeiler der Wirtschaftsordnung geschaffen. In Hinblick auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit, wie und inwieweit neoliberale MPS-Mitglieder die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik dabei mitgestaltet haben, fällt das Ergebnis unterschiedlich aus. Zwar waren deutsche MPS-Mitglieder äußerst gut organisiert und versuchten in der Tat, die Wirtschaftspolitik der Adenauer-Zeit auf verschiedenen Wegen zu beeinflussen, dies haben die vorangegangenen Ausführungen in Kapitel 3 und 4 illustriert. Aber es gelang ihnen – gemessen an ihren eigenen Idealvorstellungen – nur begrenzt ihre Vorstellungen in Form einer entsprechenden Wirtschaftsordnung umzusetzen. Wie die exemplarischen Fallstudien gezeigt haben, entstand nach dem Krieg zwar eine liberalere Wirtschaftsordnung als vor 1945. Zugleich waren die Eckpfeiler dieser Wirtschaftsordnung sicherlich nicht neoliberal geprägt. Man kann also, wenn man zum Ausgangspunkt dieser Studie zurückkehrt, nicht von einer ‚Stunde der Neoliberalen‘ in der Ära Adenauer sprechen. Allenfalls in der Währungspolitik kann man Anfang der 1960er Jahre einen neoliberalen Trend beobachten, der aber weniger mit dem starken Einfluss von MPS-Mitgliedern zu tun hatte, als vielmehr mit der internationalen Interessenlage, die eine Aufwertung der D-Mark beförderte. Wichtigste Quellengrundlage dieser Studie zum Einfluss neoliberaler Kräfte auf die Wettbewerbs-, Geld- und Währungspolitik und deren Organisation

für diesen Zweck waren die Überlieferung der relevanten Institutionen und Organisationen, private Nachlässe sowie die systematische Heranziehung von vorhandener Literatur zu einzelnen Akteuren der Nachkriegswirtschaftspolitik unter einer spezifischen Fragestellung. Dies hat sich insgesamt als ein produktiver Ansatz erwiesen, führte er doch die Überlieferung zentraler Institutionen mit ‚informellen Quellen‘ zusammen und bereicherte das bisherige historische Bild der Nachkriegswirtschaftspolitik um einen neuen Komponente.

Als Grundlage für die Erweiterung dieses historischen Bildes lieferte Kapitel 2 einen Überblick über die wirtschaftshistorischen Entwicklungen der frühen Bundesrepublik der Ära Adenauer und eine hiermit verbundene Forschungskontroverse. Darin wurde deutlich, dass in den 1950er Jahren die Grundsteine für eine neue Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik entstanden. In der Geld-, Währungs- und Wettbewerbspolitik, aber auch in der Außenhandels und Fiskalpolitik wurden relevante Gesetze verabschiedet, die Deutschlands Volkswirtschaft bis heute prägen. Ungeachtet der Differenzen in der wirtschaftshistorischen Forschung kristallisierte sich heraus, dass die 1950er Jahre als entscheidende Phase von Reformprozessen gelten können, in denen politische Kräfte mit unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen im Hinblick auf die Gestaltung der Wirtschaft sich auseinandersetzten und einen eindrucksvollen Institutionenbildungsprozess von großem Ausmaß umsetzten. Von der Bundesbank bis zum Bundeskartellamt entstanden Einrichtungen, die weitreichenden Einfluss auf das Wirtschaftsleben nahmen und bis heute nehmen.

Wie Kapitel 3 gezeigt hat, stellte die neoliberale Akteurskoalition dabei eine wichtige, international integrierte wirtschaftspolitische Kraft in Westdeutschland dar, die bereits in den 1930er Jahren ein theoretisches Fundament für den deutschen Neoliberalismus geschaffen hatte und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg bereits mit Umsetzungskonzepten ihrer theoretischen Vorstellungen aufwartete. Die deutschen MPS-Mitglieder waren als Gruppe zudem gut organisiert, verfügten dank einiger Exilanten unter den MPS-Mitgliedern wie Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow über eine gute Reputation bei den Besatzungsmächten und waren eng angebunden an das Bundeswirtschaftsministerium durch seinen Minister und Teile seines Mitarbeiterstabs sowie den wissenschaftlichen Beirat. Sie verfügten ferner ab 1953 mit der ASM über eine Ideenagentur, die in konkrete Gesetzgebungsverfahren und wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen mittels Tagungen, Anzeigen in Zeitungen und persönlicher Kontaktierung von politischen Entscheidungsträgern intervenierte und sich mit diesen Mitteln um die Beeinflussung der Politik und der öffentlichen Meinung bemühte. Sie konnten schließlich auf eine Reihe von Wirtschaftsforschungsinstituten zurückgreifen, die sowohl an kurzfristigen Gesetzesfragen als auch an den längerfristigen Linien einer neoliberalen Wirtschaftspolitik arbeiteten.

Mit den für Westdeutschland relevanten Mitgliedern der MPS wurde zudem in Kapitel 4 der deutschsprachige Teil einer international relevanten Gemeinschaft von Neoliberalen vorgestellt, wobei die MPS in der Ära Adenauer einen wichtigen ‚Versammlungsraum‘ für ihre Mitglieder darstellte und dortige Debatten Ausstrahlung auch auf die deutschen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen hatte. Die Netzwerkanalyse lieferte einen Überblick über die Entwicklung der deutschen MPS-Mitgliedschaft und zeigte auf, dass

die Gründungen der ASM und des Walter-Eucken Instituts eine vertiefte Integration deutscher Neoliberaler einleiteten und dann verstetigten. Die wichtigsten Akteure sind vor allem drei Typen zuzuordnen: Eine Gruppe von Gründungsvätern, eine Gruppe von öffentlich bekannten, vor allem wissenschaftlich renommierten Persönlichkeiten, hier ‚Shooting Stars‘ genannt, und eine Gruppe von engagierten Wirtschaftspolitikern, die ursprünglich der Wissenschaft entstammten und sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Wirtschaftspolitik zuwandten.

Die Sichtbarkeit und Relevanz neoliberaler Akteure war dabei sehr unterschiedlich, je nach wirtschaftspolitischem Feld. In den Fallstudien in Kapitel 5 wurden drei Felder behandelt, in denen aus inhaltlichen Gründen eine besondere Aktivität vermutet werden konnte. In der Studie zur Entstehung des Bundesbankgesetzes wurde deutlich, dass sich neoliberale Forderungen zwar durchsetzten, obwohl nur eine geringe Anzahl von MPS-Mitgliedern in diesem Bereich explizit versuchte, Einfluss zu nehmen. Die Forderung nach einer unabhängigen Zentralbank, deren Mandat die Geldwertstabilität priorisierte, wurde im Laufe der 1950er Jahre zur ‚Mainstreamposition‘ und setzte sich in der deutschen Öffentlichkeit fest. Neoliberale Akteure wussten in diesem Falle das anti-inflationistische politische Klima der Zeit und die Rückendeckung der Alliierten für sich zu nutzen und stützten in der Öffentlichkeit die Bank deutscher Länder, die deren Forderungen für sich übernahm und mit ihrem Direktoriumspräsidenten Vocke einen wichtigen Vertreter von Zentralbankunabhängigkeit an ihrer Spitze hatte. In Kontext dieser Öffentlichkeitsarbeit ist vor allem die bedeutende Rolle von Volkmar Mutheusius als Öffentlichkeitsarbeitsstrategie zu nennen, der eng mit der BdL zusammenarbeitete. Deutlich wurde in dieser Fallstudie zudem die wichtige



Rolle von Ludwig Erhard, dessen veränderte Position hinsichtlich der Unabhängigkeit der Notenbank ausschlaggebend dafür war, dass diese Position im Bundeskabinett eine Chance hatte, und der dafür sorgte, dass die Zuständigkeit für das Notenbankgesetz auf sein Ressort überging. Wichtig war auch die Rolle der Alliierten, die mit der BdL bereits eine Institution geschaffen hatten, die für ihre eigene Unabhängigkeit kämpfte und so zu einem Bündnispartner der Neoliberalen avancierte. Grundsätzlich gab es allerdings in der deutschen Öffentlichkeit der 1950er Jahre nach zwei furchtbaren Inflationserfahrungen kaum eine Gegenstimme gegen eine unabhängige Notenbank, die für Preisstabilität zu sorgen hatte. Zu negativ war auch die letzte Erfahrung mit der von der NS-Regierung kontrollierten Notenbank gewesen.<sup>1028</sup>

Die Fallstudie zum GWB zeigt, dass eine politische Auseinandersetzung, die zentral für neoliberale Politik war und dadurch viele der Akteure aus der MPS anzog, nicht unbedingt erfolgreich ausgehen musste. Gerade hier wurde deutlich, wie entscheidend die Frage der Macht der politischen Gegenkräfte war. Sobald die Alliierten sich ab 1952 aus der deutschen Wettbewerbsgesetzgebung zurückzogen, gewannen die Verbände der Privatwirtschaft, vor allem der Industrie, wieder an Einfluss auf die Politik. Auch hier zeigte sich, dass die Unterstützung der USA für eine Anti-Trust-Gesetzgebung entscheidend dafür war, dass radikale Vorschläge, wie der Josten-Entwurf mit seinem umfassenden Verbot von Kartellen überhaupt eine Rolle in

---

<sup>1028</sup> Vgl. Vocke 1973, S. 126-130.

der wirtschaftspolitischen Diskussion spielten. Das Ergebnis, die erste Fassung des GWB von 1957 mit ihren zahlreichen Ausnahmegenehmigungen für Kartelle war aus neoliberaler Sicht sehr ernüchternd und aus Sicht vieler MPS-Mitglieder eine Niederlage. Es kann gleichwohl als Erfolg neoliberaler Akteure erachtet werden, dass in Deutschland als dem ‚Mutterland‘ der Kartelle überhaupt ein grundsätzliches Kartellverbot zustande kam.

Eine etwas andere Situation als bei den Gesetzgebungsverfahren findet man im Fall der Aufwertungsdebatte zwischen 1955 und 1961 vor. Ähnlich wie beim GWB gab es eine mächtige Koalition von Akteuren rund um das Kanzleramt und die Bundesbank, die industrienah war und eine Aufwertung lange Zeit verhindern wollte. MPS-nahe Akteure forderten ab 1957 eine Aufwertung der D-Mark in der öffentlichen Debatte und stießen damit auch die politische Debatte stets erneut an. Hier ist erneut Ludwig Erhards Engagement zu betonen, dessen Positionen aufgrund seiner Mitentscheidungsbezugnis in der Öffentlichkeit viel Wiederhall fanden. Auch die Konferenz der MPS im Herbst 1960 in Kassel lieferte Zündstoff für die Aufwertungsdebatte und zeigte die Stärke einer internationalen Expertengemeinschaft mit hoher Reputation, die in diesem Falle Erhards Pro-Aufwertungskurs grundsätzlich stützte und damit die noch weitergehende Forderung nach einer Flexibilisierung der Wechselkurse verband. Auch hier war es Erhard, der die sonst so diskreten Versammlungen der MPS im Fall der Kasseler Konferenz politisierte. Entscheidend aber war die internationale Rückendeckung - mit Ausnahme des IWF - mit der es Erhard und seinen Unterstützern aus der MPS gelang, die Aufwertung in Westdeutschland durchzusetzen. Ähnlich also wie bei den beiden anderen Fallstudien war eine Unterstützung von außen entscheidend für die Umsetzung neoliberaler Programmatik.

Es lässt sich feststellen, dass die in der MPS versammelten Akteure eine relevante Gestaltungskraft der Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer waren. Ihre Positionen brachten sie vorwiegend über zwei Wege in die Politik ein: Erstens über das der MPS nahestehende BMWi, eng verbunden mit dem Interesse des Bundeswirtschaftsministers, MPS-Akteure in seine Politik einzubinden, und zweitens über die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses durch Vorträge, Meinungsartikel und Kampagnen.

MPS-Akteure arbeiteten dabei über Institutionengrenzen hinweg, wie die Fallstudien gezeigt haben. Gerade das transinstitutionelle Zusammenwirken war die Stärke deutscher MPS-Mitglieder. Denn sie waren in unterschiedlichen Kreisen zu Hause und konnten so ihre Positionen über verschiedene Kanäle verbreiten und verbreitern. Das Zusammenspiel aus Akteuren innerhalb und außerhalb der demokratischen Institutionen des jungen westdeutschen Staates kann als Erfolgsrezept gelten: Akteure im BMWi oder im Bundestag arbeiteten an denselben Positionen wie die ASM und wissenschaftliche Forschungsinstitute außerhalb des Parlaments.

Durch die Rückendeckung, und nur durch die Rückendeckung der Alliierten, bot sich die Chance eine neoliberale Programmatik in die westdeutsche Nachkriegswirtschaftsordnung einzubringen. Andernfalls hätte ein solches Programm nicht annähernd eine Gelegenheit auf Realisierung gehabt. Dies zeigten insbesondere die Fallstudien zum GWB und zur Währungspolitik.

Nochmal hervorzuheben ist dabei Erhards Rolle im BMWi. Die historisch einmalige Situation der Besatzungszeit zwischen 1945 und 1949 ermöglichte Erhard den Aufstieg zum Leiter der Vfw in Frankfurt und damit den Sprung

in die Politik der Bundesrepublik. Auch der Einfluss von neoliberalen Wissenschaftlern wie Wilhelm Röpke ist auf dessen Begegnung mit Erhard zurückzuführen. Das Röpke privaten Zugang zu Erhard neben seiner Kommentierung der deutschen Wirtschaftspolitik in der öffentlichen Debatte hatte, machte einen Unterschied. Denn es veränderte das Maß an Verbindlichkeit zwischen den beiden Akteuren.

Die Fallstudien in Kapitel 5 haben insgesamt gezeigt, dass trotz guter Organisation neoliberale MPS-Mitglieder und ihre wirtschaftspolitische Programmatik in der Ära Adenauer nicht auf dem Vormarsch waren. Sie gerieten vielmehr spätestens ab Mitte der 1950er Jahre zunehmend in die Defensive. Denn die alten Kräfte des organisierten Kapitalismus in Deutschland ordneten sich nach dem Krieg relativ schnell neu und hatten spätestens ab Mitte der 1950er Jahre ein stärkeres politisches Gewicht als die an das BMWi angebundenen Mitglieder der MPS.

Zudem ließ der Einfluss der Alliierten auf die Nachkriegswirtschaftsordnung spätestens ab Mitte der 1950er Jahre ebenfalls nach, so dass auch die Rückendeckung für eine neoliberale Wirtschaftspolitik sich verringerte. Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges verschoben sich die Prioritäten der amerikanischen Politik, so dass die Amerikaner Abstand davon nahmen, Westdeutschland intern weiterhin mitzugestalten.

Die Aufwertung der D-Mark stellt hinsichtlich des internationalen Einflusses eine Ausnahme dar, weil sie mit erheblichen internationalen diplomatischen Rücksichtnahmen der jungen deutschen Demokratie verbunden war. Hier zeigt sich zum einen, dass Währungspolitik sehr stark von außenpolitischen

Erwägungen geprägt ist. Es zeigt sich zum anderen erneut, dass mit internationaler Rückendeckung neoliberale MPS-Mitglieder in Westdeutschland handlungsfähiger wurden als in anderen Feldern und Politik mitgestalten konnten.

## **6.2 Ausblick**

Die Forschung zum deutschen Neoliberalismus in der Ära Adenauer bietet noch viele spannende Felder für Untersuchungen, die im Rahmen dieser Studie unbeantwortet bleiben mussten. Sie stellen gleichwohl ein Forschungsdesiderat dar und werden infolge im Rahmen des Ausblicks kurz benannt.

Sicherlich gehören zu den Forschungsdesideraten weitere Fallstudien zum Einfluss von MPS-Akteuren auf die Prozesse der Wirtschaftsordnung der 1950er Jahre. Deutsche Neoliberale beschäftigten sich beispielsweise intensiv mit der Frage, wie ein europäischer Integrationsprozess aussehen sollte. Dabei sticht für die 1950er Jahre vor allem die Regelung des internationalen Kapitalverkehrs über die europäische Zahlungsunion als eine interessante Fallstudie ins Auge. Zweitens wäre eine Erweiterung des Samples der vorliegenden Studie ein sehr spannendes Projekt. Um die deutschen neoliberalen Organisationen herum gab es zahlreiche Akteure, die sicherlich einen interessanten Untersuchungsgegenstand darstellen und den Blickwinkel auf die Geschehnisse erweitern. Drittens fällt auf, dass für viele der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen die BdL bzw. die Bundesbank eine zentrale Rolle spielte. Der Einfluss von neoliberalen Akteuren über die Notenbank auf die Wirtschaftspolitik bedarf eingehenderer Untersuchung. Ein Blick auf die transinstitutionellen Beziehungen zwischen den Akteuren in Notenbank, Ministerien und außerparlamentarischen institutionellen Akteuren wäre dabei

sinnvoll. Schließlich ist eine tiefergehende Beschäftigung mit dem Bundeswirtschaftsministerium und seiner Koordinationsrolle für den Einfluss deutscher neoliberaler Akteure ein wünschenswertes Forschungsprojekt, dem man sich widmen könnte.

Fest steht insgesamt nach Abschluss dieser Studie, dass die Verzahnung zwischen deutschem Neoliberalismus und der Nachkriegswirtschaftspolitik nicht so eng war wie der historische Mythos der Nachkriegsgeschichtsschreibung einst suggerierte. Von einer Stunde der neoliberalen Wirtschaftspolitik kann nicht die Rede sein. Gleichwohl gilt es den in dieser Studie nachgewiesenen, durchaus vorhandenen Einfluss dezidierter zu untersuchen, um ein immer deutlicher werdendes Bild vom Entstehen der westdeutschen Wirtschaftsordnung zu rekonstruieren.

## Literaturverzeichnis

**Abelshauer, Werner (1975):** Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30).

**Abelshauer, Werner (1987):** Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1966. 1. Aufl. Düsseldorf: Schwann (Historisches Seminar, 5).

**Abelshauer, Werner (2003):** Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus ; Festschrift für Dietmar Petzina zum 65. Geburtstag. Unter Mitarbeit von Dietmar Petzina. Essen: Klartext.

**Abelshauer, Werner (2005):** Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

**Abelshauer, Werner (2011):** Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. 2. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

**Achterberg, Erich; Muthesius, Volkmar (1951):** Leonhard Miksch. Geboren am 20. Mai 1901 in Teplitz, gestorben am 19. September 1950 in Freiburg i. Br. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 4, S. 411–415.

**Ambrosius, Gerold (1979):** Funktionswandel und Strukturveränderung der Bürokratie 1945 bis 1949: Das Beispiel der Wirtschaftsverwaltung. In: Heinrich August Winkler (Hg.): *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 167–207.

**Ambrosius, Gerold (1989):** Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M.: Fischer.

**Arbeitskreis Kartellgesetz im Ausschuß für Wettbewerbsordnung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (1968):** Kartellverbot oder Kartellaufsicht? Zur gesetzlichen Behandlung des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft. Fazit einer Diskussionsveranstaltung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Unkel/Rhein am 2. Juli 1951. In: Arbeitskreis Kartellgesetz im Ausschuß für Wettbewerbsordnung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Hg.): 10 Jahre Kartellgesetz 1958-1968. Eine Würdigung aus der Sicht der Industrie. Bergisch Gladbach: Heider, S. 454–456.

**Balderston, Theo (2002):** Economics and politics in the Weimar Republic. Cambridge, New York: Cambridge University Press (New studies in economic and social history).

**Bank deutscher Länder (1950-1957):** Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt a.M.: Bank Deutscher Länder.

**Becker, Julian (2011):** Die "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft". Geschichte einer advokatischen Ideenagentur des Neoliberalismus. Magisterarbeit. Köln.

**Becker, Wolf-Dieter (1982):** Diskussion über ein Bundesbankgesetz im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium. In: Werner Ehrlicher und Diethard B. Simmert (Hg.): Geld- und Währungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot, S. 61–77.

**Berg, Fritz (1968):** Die Auffassung der Industrie zur Kartellfrage. In: Arbeitskreis Kartellgesetz im Ausschuß für Wettbewerbsordnung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Hg.): 10 Jahre Kartellgesetz 1958-1968. Eine Würdigung aus der Sicht der Industrie. Bergisch Gladbach: Heider, S. 429–431.

**Berger, Helge (1996):** The Bundesbank's path to independence. Evidence from the 1950s. München: Volkswirtschaftliche Fakultät Ludwigs-Maximilians-Universität (Münchener wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, 96,9).

**Berger, Helge (1997):** Konjunkturpolitik im Wirtschaftswunder. Handlungsspielräume und Verhaltensmuster von Bundesbank und Regierung in den 1950er Jahren. Tübingen: Mohr Siebeck.



**Berndt, Arnold; Goldschmidt, Nils (2000):** "Wettbewerb als Aufgabe" - Leonhard Mikschs Beitrag zur Ordnungstheorie und -politik. Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität (Reihe des Instituts für Allgemeine Wirtschaftsforschung. Abteilung für Mathematische Ökonomie, 24).

**Bethusy-Huc, Viola von (1962):** Demokratie und Interessenpolitik. Wiesbaden: Steiner.

**Bierling, Stephan (2007):** Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart. 3. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1509).

**Blessing, Karl (1966):** Im Kampf um gutes Geld. Frankfurt a.M.: Knapp.

**Böhm, Franz (1937):** Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung. In: Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (Hg.): Schriftenreihe Ordnung der Wirtschaft, Bd. 1. Stuttgart: Kohlhammer.

**Böhm, Franz (1948):** Das Reichsgericht und die Kartelle. Eine wirtschaftsverfassungsrechtliche Kritik an dem Urteil des RG. vom 4. Febr. 1897, RGZ.38/155. In: *Ordo : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 1 (1948), S. 197–213.

**Böhm, Franz (1950):** Die Idee des Ordo im Denken Walter Euckens. Dem Freunde und Mitherausgeber zum Gedächtnis. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 3, S. XV–LXIV.

**Böhm, Franz; Sauer mann, Heinz; Mestmäcker, Ernst-Joachim (Hg.) (1975):** Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag. Tübingen: Mohr.

**Borchardt, Knut (1982):** Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle. Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts? In: Knut Borchardt (Hg.): Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts: Vandenhoeck & Ruprecht (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 50), S. 100–124.

**Bremer, Klaus J. (1985):** Die Kartellverordnung von 1923: Entstehung, Inhalt und praktische Anwendung. In: Hans Pohl (Hg.): Kartelle und Kartellgesetzgebung in Praxis und Rechtsprechung vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Stuttgart: Franz Steiner, S. 111–128.

**Buchheim, Christoph (1989):** Die Währungsreform in Westdeutschland im Jahre 1948. Einige ökonomische Aspekte. In: Wolfram Fischer (Hg.): Währungsreform und soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren. Berlin: Duncker & Humblot, S. 391–402.

**Buchheim, Christoph (1998):** Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland. In: Ernst Baltensperger (Hg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München: Beck, S. 91–138.

**Buchheim, Christoph (2001):** Die Unabhängigkeit der Bundesbank. Folge eines amerikanischen Oktrois? In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49 (1), S. 1–30.

**Bührer, Werner (2008):** Fritz Berg, Konrad Adenauer und die "Bergfeste". In: Kuriosa der Wirtschafts-, Unternehmens- und Technikgeschichte : Miniaturen einer "fröhlichen Wissenschaft". Essen: Klartext, S. 166–168.

**Bundesministerium für Wirtschaft (Hg.) (1973):** Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972. Göttingen: Otto Schwartz.

**Bundesverband der Deutschen Industrie (Hg.) (1954):** 5 Jahre BDI. Bundesverband der Deutschen Industrie. Bergisch Gladbach: Heider.

**Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2004):** Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z. 2. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

**Burhop, Carsten; Lübbers, Thorsten (2009):** Cartels, managerial incentives, and productive efficiency in German coal mining, 1881 - 1913. In: *The journal of economic history* 69 (2), S. 500–527.

**Burhop, Carsten; Becker, Julian; Bank, Max (2013):** Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods. In: *Geschichte und Gesellschaft* 39, S. 1–43.

**Dathe, Uwe; Goldschmidt, Nils (2003):** Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena. In: *Ordo : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 54 (2003), S. 49–74.

**Deutsche Bundesbank (1960):** Geschäftsbericht.

**Dickhaus, Monika (1996):** Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau, München, Florenz.

**Dietrich, York (2013):** Franz Etzel als Finanzpolitiker. In: Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Hg.). 2 Bände. Wien, Köln: Böhlau (Historisch-Politische Mitteilungen), S. 173–188.

**Dreier, Horst (2001):** Bericht. In: Horst Dreier und Walter Pauly (Hg.): Die Deutsche Staatsrechtslehre in der Zeit des Nationalsozialismus. Berlin: de Gruyter (Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, 60), S. 9–69.

**Ebenstein, Alan O. (2003):** Friedrich Hayek. A biography. University of Chicago Press ed. Chicago: University of Chicago Press.

**Eichengreen, Barry (1995):** Mainsprings of economic recovery in post-war Europe. In: Barry Eichengreen (Hg.): Europe's post-war recovery. Cambridge: Cambridge University Press (Studies in monetary and financial history), S. 3–35.

**Eichengreen, Barry (2011):** Exorbitant privilege. The rise and fall of the dollar. Oxford, New York: Oxford University Press.

**Eichengreen, Barry J. (2007):** The European economy since 1945. Coordinated capitalism and beyond. Princeton: Princeton University Press.

**Eichengreen, Barry; Ritschl, Albrecht (2009):** Understanding West German economic growth in the 1950s. In: *Cliometrica* 2 (3), S. 191–219.

**Emminger, Otmar (1986a):** D-Mark, Dollar, Währungskrisen. Erinnerung eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

**Emminger, Otmar (1986b):** Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. In: Kurt H. Biedenkopf und Hartmut Pick (Hg.): Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. Stuttgart ; New York: G. Fischer, S. 33–48.

**Erhard, Ludwig (1988a):** Die Ziele des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Rede vor dem Deutschen Bundestag, 24. März 1955. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON, S. 430–439.

**Erhard, Ludwig (1988b):** Kartelle im Blickpunkt der Wirtschaftspolitik. In: Der Volkswirt, 16.12.1949. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON, S. 217–223.

**Erhard, Ludwig (1988c):** Keine Beschränkung des Leistungswettbewerbs. Die Welt, 29. Juli 1949. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON.

**Erhard, Ludwig (1988d):** Lodern wie die Fackeln. Rede beim 2. Bundesparteitag der CDU, Karlsruhe, 20. Oktober 1951. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON, S. 296–303.

**Erhard, Ludwig (1988e):** Soziologie des Kartellproblems. Deutsches Monatsblatt, 15. Februar 1954. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON, S. 393–395.

**Erhard, Ludwig (1988f):** Tagessorgen nicht überbewerten. Rundfunkansprache, 9. August 1950. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON, S. 236–241.

**Erhard, Ludwig (1988g):** Wahlaufruf zur ersten Bundestagswahl 1949. Heidenheimer Zeitung, 29. Juli 1949. In: Ludwig Erhard und Karl Hohmann (Hg.): Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON.

**Erhard, Ludwig; Hohmann, Karl (Hg.) (1988):** Gedanken, Reden und Schriften. Düsseldorf: ECON.

**Erhard, Ludwig; Schröder, Gerhard (Hg.) (1972):** Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Frankfurt am Main: Propyläen Verlag.

**Erhard, Ludwig; Lang, Johann; Schmölders, Günter (Hg.) (1955):** Wir fordern eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik. Heraus aus dem Sumpf der Halbheiten und Inkonsequenzen. Wortlaut der Vorträge, die auf der 3. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. am 28. und 29. April 1955 in Bad Godesberg gehalten wurden. Ludwigsburg: Hoch.

**Eucken, Walter (1932):** Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. In: *Weltwirtschaftliches Archiv* 36 (2), S. 297–321.

**Eucken, Walter (1948):** Das ordnungspolitische Problem. In: *Ordo: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 1 (1948), S. 56–90.

**Eucken, Walter (1950):** Die Grundlagen der Nationalökonomie. 6. Auflage. Berlin: Springer-Verl. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft).

**Eucken, Walter (1959):** Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hg. v. Edith Eucken-Erdsiek und K. Paul Hensel. Hamburg: Rowohlt (Rowohlts deutsche Enzyklopädie, 81).

**Fischer, Wolfram (Hg.) (1989):** Währungsreform und soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Verein für Socialpolitik. Berlin: Duncker & Humblot.

**Freytag, Andreas (2012):** Was ist ein politischer Ökonom? - Zum Beitrag von Hans Willgerodt zur Theorie der politischen Ökonomie. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 63, S. 9–18.

**Friedman, Milton (1953):** The case for flexible exchange rates. In: *Essays in positive economics / Milton Friedman*, S. 157–159.

**Gall, Lothar (2006):** Der Bankier. Hermann Josef Abs. Eine Biographie. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1722).

**Gall, Lothar (2007):** Franz Bernhard Gerhard Schnabel. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 23, S. 273–274.

**Gall, Lothar; Feldman, Gerald D.; James, Harold; Holtfrerich, Carl-Ludwig; Büschgen, Hans E. (1995):** Die Deutsche Bank 1870-1995. München: C. H. Beck.

**Geisler, Rudolf P. (1953):** Notenbankverfassung und Notenbankentwicklung in USA und Westdeutschland. Eine vergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Zentralisation und Dezentralisation und des Verhältnisses von Staat und Notenbank. Berlin: Duncker & Humblot (Volkswirtschaftliche Schriften, 9).

**Gestrich, Hans (1936):** Neue Kreditpolitik. In: Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (Hg.): Schriftenreihe die Ordnung der Wirtschaft, Bd. 3. Stuttgart: Kohlhammer.

**Giersch, Herbert (1971):** Kontroverse Fragen der Wirtschaftspolitik. München: R. Piper.

**Giersch, Herbert; Paqué, Karl-Heinz; Schmieding, Holger (1992):** The fading miracle. Four decades of market economy in Germany. Cambridge: Cambridge University Press.

**Glyn, Andrew (2006):** Capitalism unleashed. Oxford: Oxford University Press.

**Goldschmidt, Nils (Hg.) (2005):** Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand. Tübingen: Mohr Siebeck (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, 48).

**Goldschmidt, Nils; Köhler, Ekkehard (2008):** Die Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft und die Währungsreform von 1948, in: 60 Jahre Währungsreform. Fünf Vorträge. Darmstadt: Hessisches Wirtschaftsarchiv (Beiträge zur hessischen Wirtschaftsgeschichte 4), S. 82–98.

**Görgens, Egon; Tuchtfeldt, Egon (1992):** Ernst Dürr zum 65. Geburtstag. In: Egon Görgens und Egon Tuchtfeldt (Hg.): Die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung. Perspektiven und Probleme ; Ernst Dürr zum 65. Geburtstag. Bern: Haupt (Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 55), S. 11–24.

**Griffiths, Richard T. (Hg.) (1997):** Explorations in OEEC history. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD historical series).

**Grossekettler, Heinz (2010):** Walter Eucken (1891-1950). In: Christian Scheer (Hg.): Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXV. Die deutschsprachige Wirtschaftswissenschaft in den ersten Jahrzehnten nach 1945. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 115/XXV), S. 291–341.

**Günther, Eberhard (1975):** Die geistigen Grundlagen des sogenannten Josten-Entwurfs. In: Franz Böhm, Heinz Sauer mann und Ernst-Joachim Mestmäcker (Hg.): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag. Tübingen: Mohr, S. 183–204.

**Hansen, Niels (2009):** Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten. Düsseldorf: Droste.

**Hartung, Lea (2010):** Half-an-idea machine. Die Mont Pèlerin Society zwischen Gelehrten-Gesellschaft und Think Tank. In: Thomas Brandstetter (Hg.): Think Tanks. Die Beratung der Gesellschaft. Zürich, Berlin: Diaphanes, S. 87–111.

**Hartwell, Ronald Max (1995):** A history of the Mont Pelerin Society. Indianapolis: Liberty Fund.

**Haselbach, Dieter (1991):** Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus. Baden-Baden: Nomos.

**Heideking, Jürgen; Mauch, Christof; Wala, Michael (2007):** Geschichte der USA. Mit CD-ROM Quellen zur Geschichte der USA. 5. Aufl. Tübingen: Francke (UTB Geschichte, 1938).

**Heilemann, Ullrich; Gebhardt, Heinz; Loeffelholz, Hans Dietrich von (2003):** Wirtschaftspolitische Chronik der Bundesrepublik 1949 - 2002. 2. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius.

**Hellwig, Fritz; Malettke, Klaus; Oldenhage, Klaus (Hg.) (2012):** Fritz Hellwig. Saarländer, Deutscher, Europäer : eine Festschrift zum 100. Geburtstag. Heidelberg: Winter.

**Hellwig, Hans (1961):** Die Aufwertung der Deutschen Mark. Köln: Verlag der Deutschen Zeitung.

**Hennecke, Hans Jörg (2000):** Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit. Düsseldorf: Wirtschaft und Finanzen.

**Hennecke, Hans Jörg (2005):** Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

**Hennecke, Hans Jörg (2012):** Wertvolle Wissenschaft - Anmerkungen zu Hans Willgerodt, Werten und Wissen. Beiträge zur politischen Ökonomie. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 63, S. 3–8.

**Hentschel, Volker (1988a):** Die Entstehung des Bundesbankgesetzes 1949-1957. Politische Kontroversen und Konflikte (Teil I). In: *Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte* 14 (1), S. 3–31.

**Hentschel, Volker (1988b):** Die Entstehung des Bundesbankgesetzes 1949-1957. Politische Kontroversen und Konflikte (Teil II). In: *Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte* 14 (2), S. 79–115.

**Hesse, Jan-Otmar (2010):** Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik. Frankfurt: Campus.

**Hochstätter, Matthias (2008):** Karl Schiller. Eine wirtschaftspolitische Biografie. Saarbrücken: VDM.

**Holtfrerich, Carl-Ludwig (1988):** Relations between Monetary Authorities and Governmental Institutions: The Case of Germany from the 19th Century to the Present. In: Gianni Toniolo (Hg.): *Central banks' independence*. Berlin ; New York: de Gruyter, S. 105–159.

**Holtfrerich, Carl-Ludwig (1998):** Geldpolitik bei festen Wechselkursen (1948-1970). In: Ernst Baltensperger (Hg.): *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948*. München: Beck, S. 347–438.

**Hüttenberger, Peter (1976):** Wirtschaftsordnung und Interessenpolitik in der Kartellgesetzgebung der Bundesrepublik 1949-1957. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24 (3), S. 287–307.

**Institut der Deutschen Wirtschaft (Hg.) (1976):** 25 Jahre Institut der Deutschen Wirtschaft. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.



**Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln (Hg.) (1967):** Wirtschaftspolitische Chronik. Festgabe für Fritz W. Meyer. Köln: Institut für Wirtschaftspolitik (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2/3).

**James, Harold (1995):** The IMF and the creation of the Bretton Woods System, 1944-1958. In: Barry Eichengreen (Hg.): Europe's post-war recovery. Cambridge: Cambridge University Press (Studies in monetary and financial history), S. 93–126.

**Jansen, Dorothea (2006):** Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. 3. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

**Kindleberger, Charles Poor (1973):** Die Weltwirtschaftskrise. 1929-1939. München: Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv-Taschenbücher, 4124).

**Klinckowstroem, Wendula Gräfin v. (2008):** Zur Einführung: Edith Eucken-Erdsiek (1896-1985). In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 397–403.

**Koerfer, Daniel (1987):** Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

**Kowitz, Rolf (1998):** Alfred Müller-Armack: Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.

**Krengel, Rolf (1958):** Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956. Berlin: Duncker & Humblot (Sonderhefte / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-West, 42).

**Krüger, Herbert (1950):** Grundgesetz und Kartellgesetzgebung. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

**Lang, Achim; Leifeld, Philip (2008):** Die Netzwerkanalyse in der Policy-Forschung: Eine theoretische und methodische Bestandsaufnahme. In: Frank Janning und Katrin Toens (Hg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223–241.

**Lang, Johann; Rüstow, Alexander; Lautenbach, Otto (Hg.) (1954):** Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft. Bad Nauheim: Vita Verlag (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Tagungsprotokoll Nr. 2).

**Lautenbach, Otto (1954):** Wir fordern von Regierung und Bundestag eine stabile Währungsordnung. In: Johann Lang, Alexander Rüstow und Otto Lautenbach (Hg.): Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft. Bad Nauheim: Vita Verlag (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Tagungsprotokoll Nr. 2), S. 22–28.

**Lautenbach, Otto; Schmid, Werner; Ilau, Hans; Lang, Johann (Hg.) (1953):** Entscheidung für die Freiheit. Wortlaut der Vorträge, die auf der 1. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 20. und 21. Mai 1953 in Bad Nauheim gehalten wurden (Wiedergabe der Dimafon-Aufnahme). Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Bad Nauheim: Vita-Verlag (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Tagungsprotokoll Nr. 1).

**Lengemann, Jochen (1986):** Das Hessen-Parlament 1946 - 1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags ; 1.-11. Wahlperiode. Frankfurt am Main: Insel-Verlag.

**Lenz, Otto; Gotto, Klaus (Hg.) (1989):** Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951 - 1953. Düsseldorf: Droste (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11).

**Ley, Richard (1978):** Föderalismusdiskussion innerhalb der CDU/CSU. Von der Parteigründung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes. Mainz: V. Hase und Koehler (Beiträge zu Wissenschaft und Politik, 17).

**Lindlar, Ludger (1997):** Das mißverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität. Tübingen: Mohr Siebeck.

**Löffler, Bernhard (2002):** Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard. Stuttgart: Steiner.

**Lütjen, Torben (2007):** Karl Schiller (1911 - 1994). "Superminister" Willy Brandts. Bonn: Dietz (Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte 76).

**Lutz, Friedrich A. (1936):** Das Problem der Geldverfassung. In: Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (Hg.): Schriftenreihe die Ordnung der Wirtschaft, Bd. 4. Stuttgart: Kohlhammer.

**Lutz, Friedrich A. (1958):** Das Problem der internationalen Währungsordnung. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 10, S. 133–147.

**Maassen, Hermann; Hucko, Elmar (1977):** Thomas Dehler, der erste Bundesminister der Justiz. Köln: Bundesanzeiger.

**Macleay, Mairi; Harvey, Charles; Press, Jon (2007):** Managerialism and the Post-war evolution of the French national business system. In: *Business History* 49 (4), S. S. 531-551.

**Marsh, David (1992):** Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht. 2. Auflage. München: C. Bertelsmann.

**McNamara, Kathleen R. (1999):** The currency of ideas. Monetary politics in the European Union. Ithaca, NY: Cornell Univ. Press (Cornell studies in political economy).

**Meier-Rust, Kathrin (1993):** Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement. Zugl.: Zürich, Univ., Diss., 1988. Stuttgart: Klett-Cotta (Sprache und Geschichte, 20).

**Mensing, Hans Peter; Raths, Ursula (Hg.) (2007):** Freundschaft in schwerer Zeit. Die Briefe Konrad Adenauers an Dora Pferdenges 1933 - 1949. Bonn: Bouvier (Veröffentlichung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus).

**Meyer, Fritz W. (1958):** Das Problem der deutschen Zahlungsbilanz. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 10, S. 149–166.

**Mierzejewski, Alfred C.; Emmert, Anne (2005):** Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft; Biografie. 2. Aufl. München: Siedler.

**Miksch, Leonhard (1937):** Wettbewerb als Aufgabe. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung. In: Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (Hg.): Schriftenreihe Ordnung der Wirtschaft, Bd. 4. Stuttgart: Kohlhammer.

**Miksch, Leonhard (1948):** Zur Theorie des Gleichgewichts. In: *Ordo : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 1 (1948), S. 175–196.

**Miksch, Leonhard (2008):** Versuch eines liberalen Programms. In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 163–170.

**Mirowski, Philip; Plehwe, Dieter (2009):** The road from Mont Pèlerin. The making of the neoliberal thought collective. Cambridge, Mass: Harvard University Press.

**Mooser, Josef (2005):** Liberalismus und Gesellschaft nach 1945. Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus am Beispiel von Wilhelm Röpke. In: Manfred Hettling und Bernd Ulrich (Hg.): Bürgertum nach 1945. Hamburg: Hamburger Edition, S. 134–163.

**Möschel, Wernhard (1996):** Enflechtung - Antimonopolrecht. In: Bernhard Diestelkamp und Zentaro Kitagawa (Hg.): Zwischen Kontinuität und Fremdbestimmung. Zum Einfluss der Besatzungsmächte auf die deutsche und japanische Rechtsordnung 1945 bis 1950 : Deutsch-Japanisches Symposium in Tokio vom 6. bis 9. April 1994. Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 233–244.

**Müller-Armack, Alfred (1971):** Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke. Tübingen, Stuttgart: R. Wunderlich, C.E. Poeschel.

**Müller-Armack, Alfred (1972):** Wirtschaftspolitiker zwischen Wissenschaft und Politik. In: Ludwig Erhard und Gerhard Schröder (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Frankfurt am Main: Propyläen Verlag, S. 472–483.

**Müller-Henneberg, Hans Martin (Hg.) (1963):** Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und Europäisches Kartellrecht: Gemeinschaftskommentar. 2. Aufl. Köln, Berlin: Heymann.

**Murach-Brand, Lisa (2004):** Antitrust auf deutsch. Der Einfluss der amerikanischen Alliierten auf das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) nach 1945. Tübingen: Mohr Siebeck.

**Mussler, Werner (2008):** Zur Einführung: Erich Welter (1900-1982). In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 566–571.

**Muthesius, Volkmar (1950):** Die Zukunft der D-Mark. Frankfurt a.M.: Knapp (Schriftenreihe der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 2).

**Neck, Reinhard (2008):** Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Frankfurt am Main, New York: Lang (Schriftenreihe der Karl Popper Foundation Klagenfurt, 4).

**Nicholls, Anthony James (1994):** Freedom with responsibility. The social market economy in Germany, 1918 - 1963. Oxford: Clarendon Press.

**Niclauss, Karlheinz (1998):** Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945-1949. Paderborn: F. Schöningh (Uni-Taschenbücher, 2058).

**Nützenadel, Alexander (2005):** Stunde der Ökonomen. Wissenschaft Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949 - 1974. Zugl.: Köln, Univ., Habil.-Schr., 2004. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 166).

**o. V. (2012):** Professor Hans Willgerodt zum Gedächtnis. In: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 63, S. 1–2.

**Oswalt, Walter (2008):** Zur Einführung: Walter Eucken (1891-1950). In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 118–125.

**Peukert, Helge (2010):** Wilhelm Röpke (1899-1966): Ein aufrechter deutscher Volkswirt. In: Christian Scheer (Hg.): Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXV. Die deutschsprachige Wirtschaftswissenschaft in den ersten Jahrzehnten nach 1945. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 115/XXV), S. 343–361.

**Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard (1998):** Eine "Art von fünfter Kolonne des Liberalismus". Die Bedeutung der Mont-Pèlerin-Society für den markt-radikalen Neoliberalismus. In: Regina Stötzel (Hg.): Ungleichheit als Projekt. Globalisierung - Standort - Neoliberalismus. Marburg: BdWi, S. 367–380.

**Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard (1999):** Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikalen Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 29 (115), S. 203–235.

**Plickert, Philip (2008):** Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der "Mont Pèlerin Society". Univ., Diss. Tübingen, 2008. Stuttgart: Lucius & Lucius (Marktwirtschaftliche Reformpolitik, N.F., 8).

**Plumpe, Werner (2008):** Wirtschaftsgeschichte zwischen Ökonomie und Geschichte. Ein historischer Abriss. Stuttgart: Steiner.

**Pohl, Hans (Hg.) (1992):** Adenauers Verhältnis zur Wirtschaft und Gesellschaft. Bonn: Bouvier.

**Pohl, Manfred (1981):** Hermann J. Abs. Eine Bildbiographie. Mainz.

**Ptak, Ralf (2004):** Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Hamburger Univ. für Wirtschaft und Politik, Diss. Hamburg, 2003. Opladen: Leske + Budrich.

**Rieter, Heinz (2007):** Schmölders, Franz Hermann Günter. In: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 23, S. 257–259.

**Ritschl, Albrecht (1985):** Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshausen über die Produktionswirkungen der Währungsreform. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1), S. 136–165.

**Ritschl, Albrecht (2005):** Der späte Fluch des Dritten Reichs: Pfadabhängigkeiten in der Entstehung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 6 (2), S. 151–170.

**Robert, Rüdiger (1976):** Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik - Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen: Duncker und Humblot (Volkswirtschaftliche Schriften, 250).

**Röpke, Wilhelm (1948):** Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft. In: *Ordo : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 1 (1948), S. 155–174.

**Röpke, Wilhelm (1950):** Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik. Stuttgart: Kohlhammer.

**Röpke, Wilhelm; Hunold, Albert (1959):** Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit. Zürich: Rentsch.

**Röpke, Wilhelm; Ilau, Hans; Böhm, Franz (Hg.) (1957):** Hat der Westen eine Idee? Vorträge auf der 7. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 8. Mai 1957 in Bad Godesberg. Ludwigsburg: Hoch (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Tagungsprotokoll 7).

**Rüstow, Dankwart A. (1981):** Alexander Rüstow (1885-1963): Eine biographische Skizze. In: M. Rainer Lepsius (Hg.): *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918 - 1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte*. Opladen: Westdeutscher Verlag (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft, 23), S. 369–378.

**Schäfer, Claus; Seifert, Hartmut (Hg.) (2006):** Kein bisschen leise. 60 Jahre WSI. Hamburg: VSA.

**Schanetzky, Tim (2007):** Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982. 1. Aufl. Berlin: Akademie Verlag.

**Scherner, Jonas (2006):** Das Verhältnis zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen. Zwang oder Kooperation? In: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 51 (2), S. 166–190.

**Scherner, Jonas (2010):** Nazi Germany's preparation for war. Evidence from revised industrial investment series. In: *European review of economic history* 14 (3), S. 433–468.

**Schmelzer, Matthias (2010):** Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society. Marburg: Metropolis.

**Schmölders, Günter (1972):** Ludwig Erhard und die Mont Pelerin Society. In: Ludwig Erhard und Gerhard Schröder (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Frankfurt am Main: Propyläen Verlag, S. 484–493.

**Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hg.) (2009):** Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen. Wiesbaden: VS Verlag.

**Schröter, Harm G. (1994):** Kartellierung und Dekartellierung 1890 - 1990. In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 81, S. 457–493.

**Schulte-Goebel, Achim (1999):** Fritz Berg 1901 - 1979: Unternehmer und Industriepäsident in der Adenauer-Ära. Diss. Düsseldorf.

**Schulz, Günther (1985):** Die Entflechtungsmassnahmen und ihre wirtschaftliche Bedeutung. In: Hans Pohl (Hg.): Kartelle und Kartellgesetzgebung in Praxis und Rechtsprechung vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Stuttgart: Franz Steiner, S. 210–228.

**Silber-Bonz, Christoph (1997):** Pferdenges und Adenauer. Der politische Einfluß des Kölner Bankiers. Bonn: Bouvier.

**Smeets, Heinz-Dieter; Sket, Michael (2002):** Miksch, Leonhard. In: Rolf Hasse, Hermann Schneider und Klaus Weigelt (Hg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn: F. Schöningh (UTB, 2325).

**Solf, Heinz (1988):** Otto Veit, ein Ordoliberaler. 1. Aufl. Würzburg: Creator.

**Starbatty, Joachim (2002):** Frickhöffer, Wolfgang. In: Rolf Hasse, Hermann Schneider und Klaus Weigelt (Hg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn: F. Schöningh (UTB, 2325), S. 36.

**Starbatty, Joachim (2008):** Zur Einführung: Alexander Rüstow (1885-1963). In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 417–422.



**Tilly, Richard H.; Frank, Harald (1993):** Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft. München: Oldenbourg.

**Treue, Wilhelm (1986):** Robert Pferdmeniges (1880-1962). In: Volks- und Betriebswirtschaftliche Vereinigung Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet et al. (Hg.): Kölner Unternehmer im 19. und 20. Jahrhundert. Münster: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung (Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, 13), S. 203–222.

**Utz, Friedemann (2003):** Preusse, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauss und sein Staat. Tübingen: Mohr Siebeck.

**Vanberg, Viktor (2008):** Zur Einführung: Franz Böhm (1895-1977). In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 43–48.

**Vanberg, Viktor; Veit-Bachmann, Verena (2003):** Währungsordnung und Inflation. Zum Gedenken an Friedrich A. Lutz (1901 - 1975). Unter Mitarbeit von Friedrich August Lutz. Tübingen: Mohr Siebeck (Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, 169).

**Vedres, Balázs; Scotti, Marco (Hg.) (2012):** Networks in social policy problems. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

**Veit, Otto (1950):** Deutsche Geldpolitik. Frankfurt am Main: Klostermann.

**Veit, Otto (1952):** Die Verantwortung der Notenbank. In: Weltwirtschaftliches Archiv : Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 68 (2), S. 147–177.

**Veit, Otto (1954):** Pecunia in ordine rerum. In: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 6, S. 39–77.

**Vocke, Wilhelm (1956):** Gesundes Geld. Gesammelte Reden und Aufsätze zur Währungspolitik. Mit einer Einleitung von Volkmar Muthesius. 1 Band. Frankfurt a.M.: Fritz Knapp Verlag (Schriftenreihe zur Geld- und Finanzpolitik).

**Vocke, Wilhelm (1973):** Memoiren. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

**Vogel, Reiner; Höcherl, Hermann (1988):** Hermann Höcherl. Annäherung an einen politischen Menschen. Regensburg: Pustet.

**Wagenführ, Rolf (1950):** Unsere Stellungnahme zum Monopolproblem. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1 (3), S. 103–106.

**Wallich, Henry Christopher (1955):** Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Frankfurt a.M.: Knapp.

**Walpen, Bernhard (2004):** Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. Hamburg: VSA (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie, 1).

**Walter Herrmann (1954):** Der organisatorische Aufbau und die Zielsetzungen des BDI. In: Bundesverband der Deutschen Industrie (Hg.): 5 Jahre BDI. Bergisch Gladbach: Heider, S. 37–148.

**Watrin, Christian (1988):** Alfred Müller-Armack (1901-1978). In: Friedrich-Wilhelm Henning (Hg.): Kölner Volkswirte und Sozialwissenschaftler. Über den Beitrag Kölner Volkswirte und Sozialwissenschaftler zur Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Köln, Wien: Böhlau (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln, 7), S. 39–68.

**Watrin, Christian (2008):** Zur Einführung: Alfred Müller-Armack (1901-1978). In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 451–455.

**Weisz, Christoph (Hg.) (1994):** OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945 - 1949. München: Oldenbourg (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 35).

**Welter, Erich (1954):** Falsch und richtig planen. Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im Zweiten Weltkrieg. Heidelberg: Quelle & Meyer (Veröffentlichungen des Forschungsinstitutes für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 1).

**Welter, Erich (2008):** Ziele der Wirtschaftspolitik. In: Nils Goldschmidt (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 573–583.

**Windolf, Paul (2006):** Unternehmensverflechtung im organisierten Kapitalismus. Deutschland und USA im Vergleich 1896-1938. In: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 51, S. 191–222.

**Wolf, Holger (1995):** Post-war Germany in the European context: domestic and external determinants of growth. In: Barry Eichengreen (Hg.): *Europe's post-war recovery*. Cambridge: Cambridge University Press (Studies in monetary and financial history), S. 323–352.

**Wünsche, Horst Friedrich (Hg.) (1986):** Die Korea-Krise als ordnungspolitische Herausforderung der deutschen Wirtschaftspolitik. Texte und Dokumente ; ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn am 7. Nov. 1984 in Bonn. Stuttgart: Fischer (Symposium / Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn, 15).

**Zimmermann, Hubert (2002):** Money and security. Troops, monetary policy and West Germany's relations with the United States and Britain, 1950-1971. Cambridge, Washington, D.C: Cambridge University Press; German Historical Institute (Publications of the German Historical Institute).

## Quellenverzeichnis

### Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP)

- ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-006/3, G III, Brief von Franz Böhm an Volkmar Muthesius vom 25. Juni 1955.
- ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-039, Leonhard Miksch, Der Schutz des Wettbewerbs im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft. Referat auf der Tagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten am 20. März 1950 in Weinheim a.d. Bergstr.
- ACDP, NL Böhm, Sign. I-200-040/1, N VIII/7, Verworrene Kartelldiskussion. Kopfschütteln über Franz Böhm – Vorzüge des Übereinkommens Prof. Erhard/Industrie, Industriekurier, 17.03.1955.
- ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, Interne Veröffentlichung zur MPS aus dem Jahre 1961.
- ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, Statement of aims und Mitgliederverzeichnis der MPS von 1961.
- ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-05/2, The Mont Pèlerin Society, January 1, 1961.
- ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-045/1, C II, Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln im Jahre 1951, 1955, 1956/57, 1957/58.
- ACDP, NL Müller-Armack, Sign. I-236-055/4, D VIII, The Mont Pèlerin Society, list of participants, 7.-12.09.1953.
- ACDP, Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Sign. 06-059-001/4: VIB 10/59, Briefwechsel Ilau-Rüstow-Röpke, 2.6.1959.

### Archiv der Deutschen Bundesbank (BBk)

- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00225, Brief von Alexander Rüstow an Karl Blessing vom 28.11.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00225, Briefwechsel zwischen Karl Blessing und Wolfgang Frickhöffer von 1960 bis 1969.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00225, mehrere Briefwechsel zwischen Karl Blessing und Alexander Rüstow zwischen dem 27.09.1960 und 13.12.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief mit Anhang von Hermann Josef Abs an Karl Blessing vom 09.01.1958.

- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief nebst Anlage des FAZ Aufsatzes von Hermann Josef Abs an Karl Blessing vom 08.06.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Hermann Josef Abs an Ludwig Erhard vom 12.11.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Hermann Josef Abs an Karl Blessing am 01.12.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Karl Blessing an Hermann Josef Abs am 03.01.1959.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00226, Brief von Karl Blessing an Hermann Josef Abs vom 05.12.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330/00227, Brief nebst Anhang von Karl Albrecht an Karl Karl Blessing vom 16.08.1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330 00273, Äussere Aufwertung oder innere Abwertung der D-Mark? Eine erbetene gutachtliche Studie von Dr. Hans Ilau, 1. September 1960.
- BBk, Dienstakten Blessing, Sign. B 330 00273, Brief von Hans Ilau an Karl Blessing vom 28.02.1958.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Bernhard Pfister vom 29.10.1952.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Otto Veit vom 17.06.1952.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Eduard Wolf vom 25.07.1952.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Röpke vom 15.12.1952.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Robert Pferdmenes an Otmar Emminger vom Dezember 1953.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Wilhelm Röpke an Otmar Emminger vom 19.12.1952.
- BKK, NL Emminger, Sign. N 2/00053, Brief von Erich Zachau an Otmar Emminger vom 15.03.1954.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00054, Brief von Hermann J. Abs an Otmar Emminger vom 09.12.1955.
- BBk, NL Emminger, N 2/00054, Brief von Gottfried Haberler an Otmar Emminger vom 17.12.1955.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00057, Brief von Otmar Emminger an Albert Hahn vom 25. Oktober 1958.

- BBk, NL Emminger, Sign N 2/00057, Brief von Otmar Emminger an Otto Veit vom 25.10.1958.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00057, Brief von Sekretariat Emminger an Albert Hunold vom 06.10.1958.
- BBk, NL Emminger, Sign N 2/00057, Brief von Otto Veit an Otmar Emminger vom 01.10.1956.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00059, Bericht vom 29.07.1960 von Otmar Emminger an Friedrich Wilhelm von Schelling, Präsident der Landeszentralbank der Freien und Hansestadt Hamburg, von der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der OEEC am 26./27.07.1960.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00059, Brief von Otmar Emminger an Per Jacobsson vom 21.12.1960.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2/00060, Brief von Otmar Emminger an Per Jacobsson vom 26.01.1961.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00243, Brief von IWF-Exekutivdirektor Per Jacobsson an Wilhelm Vocke vom 24. April 1957.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00243, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 2. Mai 1957.
- BBk, NL Emminger, N 2 00243, Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Keine Aufwertung, aber auch keine Preiserhöhungen, Wirtschaftliche Mitteilungen der Deutschen Bank AG, Frankfurt a.M., Nr. 3, 06.07.1960.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00243, Gaston Coblenz, Erhard for revaluation of currency. Position held despite disapproval, in: *New York Herald Tribune*, 20.10.1960.
- BBk, NL Emminger, N 2 00243, Lombard Kolumne, Can't be sorry for the D-Mark. *The Financial Times* vom 15.12.1959.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00244, Brief des Generalkonsuls Federer der Bundesrepublik Deutschland, New York, an das Auswärtige Amt, Bonn vom 7. Juli 1960.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00244, Otmar Emminger, Juristische und technische Überlegungen zur Wechselkurspolitik, 20. August 1960.
- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00244, Brief von Per Jacobsson an Karl Blessing vom 13. September 1960.

- BBk, NL Emminger, Sign. N 2 00245, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 30 April 1957.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2015 I, Vocke: Korrespondenz Bi-Br, Brief von Karl Blessing an Wilhelm Vocke vom 24.01.1950.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2015 I, Vocke: Korrespondenz Bi-Br, Brief von Karl Blessing an Wilhelm Vocke vom 06.07.1957.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2015 I, Vocke: Korrespondenz Bi-Br, Brief von Wilhelm Vocke an Karl Blessing vom 21.01.1950.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Vocke vom 20.07.1956.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Vocke vom 12.03.1953.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Otmar Emminger an Wilhelm Vocke vom 20.07.1956.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Edith Eucken-Erdsiek an Wilhelm Vocke vom 02.04.1951.
- NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz Hi – Hz, Brief von Walter Hofmann an Wilhelm Vocke vom 09.02.1953.
- NL Vocke, Sign. B 330/2020, Vocke: Korrespondenz E (ohne Erhard), Brief von Wilhelm Könneker und Eduard Wolf (Direktorium der Bank deutscher Länder) an das Walter Eucken Institut vom 02.11.1954.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 I, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 10.07.1948.
- NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Vocke vom 15.01.1955.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 19.03.1953.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 21. Oktober 1953.

- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Brief von Wilhelm Vocke an Ludwig Erhard vom 19.06.1956.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Keine Lösung durch Inflationierung. Zu englischen Auslegungen – Aufwertung der DM wieder im Spiel?, in: *Kölnische Rundschau*, 09.10.1957.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2021 II, Vocke: Korrespondenz Erhard, Ludwig, Kalter Krieg zwischen Pfund und DM. Gerüchte um die Aufwertung verstummen auch in Bonn nicht, in: *Frankfurter Rundschau*, 09.10.1957.
- NL Vocke, Sign. B 330/2027, Vocke: Korrespondenz I, Brief von Wilhelm Vocke an Hans Ilau vom 04.09.1950.
- Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2035, Vocke: Korrespondenz MF – MZ, Brief von Volkmar Muthesius an Viktor von der Lippe am 18.04.1950.
- Vgl. BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2035, Vocke: Korrespondenz MF – MZ, Brief von Viktor von der Lippe an Volkmar Muthesius vom 21.04.1950.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2035, Vocke: Korrespondenz MF – MZ, Brief von Wilhelm Vocke an Volkmar Muthesius vom 04.12.1950.
- BBk, NL Vocke, Sign. B 330/2040, Vocke: Korrespondenz R, Zusammenstellung von Röpkes Argumenten für Vocke von unbekanntem Mitarbeiter der BdL am 17.12.1950.
- BBk, Sign. B 330/646, Bundesbankgesetz: Entwürfe, Sitzungsprotokolle etc. Band I, Anlage 2 des Kurzprotokolls der 82. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit am Donnerstag, 05.02.1953, 10 Uhr in Bonn, Bundeshaus.
- BBk, Sign. B 330/646, Bundesbankgesetz: Entwürfe, Sitzungsprotokolle etc. Band I, Kurzprotokoll der 87. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit am Freitag, den 13. März 1953, 10 Uhr. Bonn, Bundeshaus.
- BBk, Sign. B 330/646, Bundesbankgesetz: Entwürfe, Sitzungsprotokolle etc. Band I, Kurzprotokoll der 72.-101. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit, Bonn, Bundeshaus.
- BBk, B 330/3488, Direktorium Bundesbankgesetz § 1-24, 1955, Kurzprotokoll der 87. Sitzung des Ausschusses für Geld und Kredit am Freitag, den 13. März 1953, 10 Uhr. Bonn, Bundeshaus.



- BBk, Sign. B 330/3488, Direktorium Bundesbankgesetz § 1-24, 1955. Organisations- und Revisionsabteilung 510/-/53, Frankfurt (Main), 6. März 1953, Hausruf 547, Vermerk, Betreff: Sitz der Bundesbank; Gründe, die für Frankfurt (Main) sprechen.
- BBk, Sign. B 330/3488, Direktorium Bundesbankgesetz § 1-24, 1955, Stellungnahme zu den Fragen des Bundeswirtschaftsministeriums betr. Bundesbankgesetz (Schreiben vom 29. Juni 1954).
- BBk, Sign. B 330/3491, Direktorium, Unterlagen zum Bundesbankgesetz (Dr. Zachau), 1957, Stellungnahme des Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Köln, 23.01.1957.
- BBk, Sign. B 330/3492, Direktorium, Unterlagen zum Bundesbankgesetz (Dr. Zachau), 1957, Brief von Dr. Friedrich Lemmer an Dr. von der Lippe vom 08.04.1957.
- BBk, Sign. B 330/3642, Bundesbankgesetz, 1952-1953 I., R 11/14, Entwurf Gesetz über die Währungs- und Notenbank des Bundes (Bundesbankgesetz), Fassung vom 08.07.1952.
- BBk, Sign. B 330/3642, Bundesbankgesetz, 1952-1953 I., R 11/14, FDP und BMWi-Entwurf.
- BBk, Sign. B 330/3643, Bundesbankgesetz, 1955 II., R 11/14, Aktuelle Notenbankprobleme, Vortrag von Vizepräsident Könneker zur Eröffnung des 9. Lehrganges zur Vorbereitung auf die höhere Bankprüfung in Klein-Heubach, Mai 1955.
- BBk, Sign. B 330/3645, Bundesbankgesetz: Gesetzesentwürfe II., 1955-1956, R 11/14, Hans Henckel, Grundgesetz und Notenbank, Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage zu Teil IV B Nr. 27, 05.07.1952.
- BBk, Sign. B 330/3645, Bundesbankgesetz: Gesetzesentwürfe II., 1955-1956, R 11/14, Verfassungsklage der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei wegen des Umfangs der Rechte des Bundesrats beim Erlass des Bundesnotenbankgesetzes, Bonn, 04.02.1953.
- BBk, B 330/3646, Bundesbankgesetz: Schriftwechsel und Vermerke (Allgemein) IIa., 1955.-1956., R 11/14, Brief von Robert Pferdmeiges an Bundeskanzler Adenauer vom 05.05.1956.
- BBk, Sign. B 330/3646, Bundesbankgesetz: Schriftwechsel und Vermerke (Allgemein) IIa., 1955. – 1956., R 11/14, Protokoll über die Sitzung des Geld-, Kredit- und Währungsausschusses am 16.02.1956 im Hause des BDI in Köln.

- BBk, Sign. B 330/3646, Bundesbankgesetz: Schriftwechsel und Vermerke (Allgemein) IIa., 1955.-1956., R 11/14, Vermerk 1/17934/55, Betr.: Bundesbankgesetz, Frankfurt (Main), 27.10.1955.
- BBk, Sign. B 330/3651, Bundesbankgesetz: Bundestag, 1955-1956, VI.1., R 11/14, Bank deutscher Länder, Auszüge aus Presseartikeln.
- BBk, Sign. B 330/8582, Bundesbankgesetz, Pressearchiv (K 3, 22) IV: Kurzprotokolle über die Sitzungen des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit, in welchen über das Bundesbankgesetz beraten wurde, 1953-1957.
- BBk, Sign. B 330/9154, Bundesbankgesetz, Pressearchiv, 03.01.1956, August 1956, Bundesnotenbank ohne Aufsicht? Vocke hält nichts von Theorie, *Die Zeit*, 16.08.1956.
- BBk, Sign. B 330/9984, Handakte Dr. Fögen, Bundesbankgesetz, 13.10.1950 – 22.1.1953 (R), Brief von Wilhem Vocke an Fritz Schäfer vom 7. März 1950.
- BBk, Sign. B 330/9985, Handakte Dr. Fögen, Bundesbankgesetz, 15.8.1949 – 22.11.1955 (R), Brief von Robert Pferdmenges an Bundeskanzler Adenauer vom 18.12.1953.
- BBk, Sign. B 330/28598 (Auszüge aus den Grundsatzakten zur Frage eigener Emissionen), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Vocke vom 29.06.1954.
- BBk, Sign. B 330/28598 (Auszüge aus den Grundsatzakten zur Frage eigener Emissionen), Brief von Wilhelm Vocke an Karl Bernard vom 15.07.1955.
- BBk, Sign. B 330/31205, Bundesbankgesetz 1955/1956, Vermerke von Schelling/Döll, BWM-Gesetzentwurf, Einzelfragen, Schreiben BDL vom 25.02.1955 an Bankenverbände wegen Vorbereitungen des Bundesbankgesetzes und Fragen des BWM hierzu.
- BBk, Sign. B 330/31206, Bundesbankgesetz 1956/1957, Vermerke Döll, Satzung BWM-Entwurf nebst Begründung, Vermerke von Döll (BdL) über die Sitzungen des Ausschusses für Geld und Kredit des Bundestages von Januar bis März 1957.
- BBk, Sign. B 330/31207, Bundesbankgesetz 1956, Höcherl-Entwurf, BWM-Entwurf, Dr. Fögen/Ausgleichsforderungen u. anderes, Einzelfragen, Bundestagsdrucksache 2832 Höcherl-Entwurf.
- BBk, Sign. B 330/31208, Bundesbankgesetz 1957, Mutter-Tochterentwurf, BWM-Entwürfe, 1. Und 2. Lesung des Ausschusses für

Geld und Kredit, Sonstiges, Fernschreiben von Präsident Vocke an Präsident Bernard vom 15.02.1957.

- BBk, Sign. B 330/DRS.142 (2.Ex.),Protokoll der 73. Sitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank in Frankfurt (Main) Taunusanlage 4-6 am 23. Juni 1960.

### **Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung**

- NL Erhard, Sign. Signatur I. 4) 57, diverse Briefwechsel zwischen Ludwig Erhard und Robert Pferdmenges in den 1950er Jahren.
- NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Röpke vom 22. Mai 1950.
- NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke),Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Röpke vom 07.10.1953.
- NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Ludwig Erhard an Wilhelm Röpke vom 7.10.1959.
- NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Wilhelm Röpke an Ludwig Erhard vom 26.09.1953.
- NL Erhard, Sign. I.4) 59, (Korrespondenz Erhard und Röpke), Brief von Wilhelm Röpke an Ludwig Erhard vom 31.10.1960.
- NL Erhard, Sign. I.4) 60, vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961, Brief von Ludwig Erhard an Alexander Rüstow vom 20.10.1950.
- NL Erhard, Sign. I.4) 60 ( vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961), Brief von Ludwig Erhard an Alexander Rüstow vom 27.10.1952.
- NL Erhard, Sign. I.4) 60 (vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961), Brief von Alexander Rüstow an Ludwig Erhard am 03.09.1949.
- NL Erhard, Sign. I.4) 60, vor allem Korrespondenz zwischen Rüstow und Erhard, 1949-1961. Briefwechsel zwischen Alexander Rüstow und Ludwig Erhard 1949, 1950, 1952.

### **Bundesarchiv Koblenz (BA)**

- BA, NL Rüstow, Sign. 1169, Brief von Alexander Rüstow an Otto Veit vom 24.07.1962.

- BA, NL Rüstow, Sign. N 1169, u.a. Briefwechsel von Rüstow mit Coing Utermann, Veit, Vogel und Willgerodt 1962.
- BA, NL Rüstow, Sign. N 1169 3, Brief von Walter Eucken an Alexander Rüstow vom 08.02.1950.
- BA, Sign. B 102, 17071, Heft 1, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Anfrage von Eberhard Günther an Roland Risse wegen Teilnahme an der Sitzung des Josten-Kreises.
- Vgl. BA, Sign. B 102, 17071, Heft 1, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Entwurf zu einem Gesetz zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und zu einem Gesetz über das Monopolamt mit des Stellungnahme des Sachverständigen-Ausschusses und Minderheitsgutachten.
- BA, Sign. B 102 17071, Heft 1, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Stellungnahme zum deutschen Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung wirtschaftlicher Machtstellungen von Eberhard Günther an den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft Prof. Dr. Ludwig Erhard.
- BA, Sign. B 102, 17071, Heft 2, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, diverse Bestellungen von Industrie- und Handelskammern im Jahre 1950.
- BA, Sign. B 102/17071, Heft 3, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.), Dekartellisierungsgesetze und Havanna-Charta, in: Wirtschaftsverwaltung 13/1, Dezember 1948.
- BA, Sign. B 102/17071, Heft 3, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Vermerk über eine Besprechung über die Schaffung eines deutschen Kartellgesetzes am 28.06.1949 im Rektorat der Universität Frankfurt.
- BA, Sign. B 102/17071, Heft 4, Kartellgesetzentwurf: Josten-Entwurf, Brief von Hermann Pünder an Ludwig Erhard vom 02.02.1949.
- BA, Sign B 102/17071, Begründung zum Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Mitteilung der Militärregierung an den Präsidenten des Wirtschaftsrates und Vorsitzenden des Länderrates vom 9. April 1949.
- BA, Sign B 102/17073, Begründung zum Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung.

- BA, Sign. B 102/17075, Protokoll der Besprechung des Gesetzesentwurfes in Königstein am 29.11.1949: Entwurf (Teilnehmer RA Etzel, Prof. Böhm, Petrick u.a.).
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Havana Charta for an international trade organization, 24.03.1948.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Schreiben von Eberhard Günther an den Vorsitz der Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Pünder vom Juli 1949.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Memorandum of the Bibartite Control Office on cartels and restrictive trade provisions – Havana Charta of I.T.O.
- BA 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Heinz-Dietrich Ortlieb, Frankfurter Unvollendete, in: Die Welt, 26.07.1949.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 1, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Vermerk über zwei Besprechungen mit dem Leiter der amerikanischen Dekartellisierungs-Abteilung Colonel Bronson über die Grundzüge des deutschen Dekartellisierungs-Gesetzes.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 2, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Niederschrift über eine Besprechung zwischen Vertretern der Industrie und Professor Dr. Erhard am 17. November 1949 in Bonn.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 3, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Briefwechsel zwischen Robert Pferdenges und Ludwig Erhard am 02.05.1950 und 26.05.1950.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 3, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Adolf Sonnenschein, Kartell und Marktordnung, in: Textil Zeitung, 29.04.1950.

- BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Gewerkschaften zur Kartellfrage („Der Bund“ v. 19.11.1949).
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Liste der eingeladenen Industrievertreter für eine Besprechung zum Kartellgesetz am 17.10.1949.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen u.a., Vermerk über eine Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit dem Bundesverband der deutschen Industrie am 31.01.1951.
- BA, Sign. B 102/17076, Heft 4, Kartellgesetzentwürfe, auch deutsche Beteiligung an der Dekartellisierung: Allgemeines, Stellungnahmen, u.a. Vermerk für den Herrn Minister a.d.D. betr. : Verbotprinzip für Preiskartelle in Frankreich.
- BA, Sign. B 102/17078, Heft 2, Entwurfsstadien des Kartellgesetzentwurfs, Brief des Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission Ivone Kirkpatrick an Bundeskanzler Adenauer vom 26.10.1950.
- BA, Sign. B 102/17080, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen: 1. -5. Entwurf.
- BA, Sign. B 102/17082, Heft 2, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Bericht vom 06.08.1951 von Roland Risse an Staatssekretär Ludger Westrick über Rücksprache zusammen mit Herrn Dr. Günther bei M. Kelleher, dem Leiter der amerikanischen Dekartellisierung am 06.08.1951.
- BA, Sign. B 102/17082, Heft 3: Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Vermerk für den Herr Minister betr. Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Einwendungen des Herrn Vizekanzler – von Eberhard Günther vom 20.02.1952.
- BA, Sign. B 102/17083, Heft 1, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Brief von Ludwig Erhard an Fritz Berg vom 10.07.1952.
- BA, Sign. B 102/17083, Heft 1, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, C.A. Schleussner, Die Kleineren müssen sich wehren können. Das marktbeherrschende Unternehmen im neuen Kartellgesetz, in: *Handelsblatt*, 10.06.1953.
- B 102/17084, Heft 1, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Besprechung mit dem Arbeitskreis der Industrie über den Entwurf

eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen am 22.07.1954.

- BA, Sign. B 102/17084, Heft 2, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Brief von Hans Ilau an Ludwig Erhard vom 01.03.1954 mit Anlage eines besorgten Briefes des *NZZ*-Wirtschaftsredaktionsmitglieds Carlo Mötteli vom 23.02.1954.
- BA, Sign. B 102/17084, Heft 2, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Vermerk des Ministeriumsmitarbeiters Seibt an Müller-Armack betr. Antrag der SPD-Fraktion Drucksachen Nr. 906 vom 19.10.1954 – Bericht zum Kartellgesetzentwurf.
- BA, Sign. B 102/17084, Heft 3, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Hans Peter, Gutachten zu Grundfragen eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Köln 1955, veröffentlicht vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Ausschuß für Wettbewerbsordnung.
- BA, Sign. B 102/17084, Heft 3, Kartellgesetz: Allgemeines, auch Entwürfe, Wilhelm Vershofen, Wettbewerb als System der Gegenkräfte. Gutachten zum Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Köln 1955, veröffentlicht vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Ausschuß für Wettbewerbsordnung.
- BA, Sign. B 102/17085, Heft 1, Brief von Fritz Berg an Ludwig Erhard vom 06.02.1954.
- BA, Sign. B 102/17085, Heft 1, Brief von Ludwig Erhard an Konrad Adenauer betr. Kartellgesetz in binnen- und aussenwirtschaftlicher Betrachtung vom 01.07.1954.
- BA Sign. B 102/17085, Heft 1, Vermerk vom Ministeriumsmitarbeiter Epphardt für Müller-Armack vom 14.05.1954.
- BA, Sign. B 102/17085, Heft 2, Brief von Hans Ilau an Ludwig Erhard vom 06.10.1955.
- BA, Sign. B 102/133895, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Vermerk über eine Besprechung betreffend den „Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (Kartellgesetz) am 23.01.1950.
- BA, Sign. B 102/133896, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Niederschrift über die 61. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundesrats am Donnerstag, dem 15. Mai 1952, 10.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus.
- BA, Sign. B 102, 133897, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Erhard hofft auf Kartell-Einigung. Wieder Besprechungen mit der

Industrie – Parlamentsberatungen in großer Zeitnot, in: Handelsblatt, 18.03.1953.

- BA, Sign. B 102/133897, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Kurzprotokoll der 188. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik (13. Ausschuß) am Donnerstag, den 26. Februar 1953, 9.00 Uhr in Bonn – Bundeshaus.
- BA, Sign. B 102, 133897, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Vermerk über eine Besprechung mit Vertretern der amerikanischen Hohen Kommission in Mehlem am 23.04.1953, 9.30 Uhr.
- BA, Sign. B 102/192483, Brief der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft an Ludwig Erhard vom 15.03.1954 mit handschriftlichen Anmerkungen von Seiten des BMWi.
- BA, Sign. B 102/192488, Brief des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi an Eberhard Günther vom 31.01.1957.
- BA, Sign. B 102/316860, fol. 1, Sammlung der privaten Materialien zum GWB (Gutachten, Eingaben etc. von Verbänden etc. sowie von Einzelpersonen).
- BA, Sign. B 102/316863 AE 1/2, fol. 1, Diktat von Prof. Franz Böhm auf der Tagung in Königstein/Taunus, 07.04.1949.
- BA, Sign. B 102/316863, AE 2/2, fol. 1, 3. Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags am 14.12.1949.
- BA, Sign. B 102/316865, AE 1/2, fol. 1, Vermerk über eine Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung mit dem Bundesverband der deutschen Industrie am 31.01.1951.
- BA, Sign. 102/316866, AE 1/2, fol. 1, Vermerk von Eberhard Günther an den Vorsitzenden des engeren Kabinettsausschusses Herr Vizekanzler Blücher am 05.12.1951 betr. Stellungnahme der Alliierten Hohen Kommission zum deutschen Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 18.11.1951.
- BA, Sign. B 102/316867a, fol. 1, Stellungnahme von Straeter betr. den Entwurf eines Bundesgesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Bundesratsdrucksache Nr 121/52 Punkt 1 (Bund) der Tagesordnung der 283. Kabinettsitzung.
- BA, Sign. B 102/316869, AE 1/2, fol. 1, Brief von Freiherr von Epphardt an Seibt, Müller-Armack und Risse vom 8. Mai 1954, der als Anhang den Vortrag von Schiller umfasst. Köln 1955, veröffentlicht vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Ausschuß für Wettbewerbsordnung.



- BA, Sign. B 102/316869, AE 1/2, fol. 1, Schreiben von Ludwig Erhard an die Ausschussmitglieder des Wirtschaftsausschusses des Bundesrates vom 14.05.1954.
- BA, Sign. B 102/316869, AE 1/2, fol. 1, Vermerk betr. Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Besprechung mit der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer am 30.04.1954.
- BA, Sign. B 102/316869, AE 2/2, fol. 1, Stellungnahme von Eberhard Günther an den Staatssekretär des Bundeskanzleramts vom 23.06.1954.
- BA, Sign. B 102/316870, AE 1/2, fol.1, Bericht von den Besprechungen mit dem Arbeitskreis Kartellgesetz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 16.10.1954.
- BA, Sign. B 102/316870, AE 2/2, fol. 1, Brief von Ludwig Erhard an den Präsidenten des Deutschen Bundestags vom 23. Februar 1955.
- BA, Sign. B 102/316870, AE 2/2, fol. 1, Stichwortvermerk zur Einbringung der Regierungsvorlage vom 16.03.1955.
- BA, Sign. B 102/316870/AE 2/2, fol. 1, Tagesordnung der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, 24.03.1955, 9 Uhr.
- BA, Sign. B 102, 316870, AE 2/2, fol.1, Vergleichende Darstellung der Grundgedanken der drei Entwürfe sowie der Änderungsvorschläge des Bundesrats zum Regierungsentwurf.
- BA, Sign. B 102/316871, AE 1/2, fol.1, Erich Köhler, Zur Kartelldebatte, 28.06.1955.
- BA, Sign. B 102/316871, AE 2/2, fol. 1, Kurzprotokoll der 72. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuß – am Mittwoch, dem 21. September 1955, 9.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus.
- BA, Sign. B 102/316872, AE 1/2, fol. 1, Eberhard Günther, Entwurf Anwendung der Bestimmungen des Entwurfs eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Drucks. 1158) auf die Versicherungs- und Kreditwirtschaft vom 30.11.1955.
- BA, Sign. B 102/316873, AE 1/2, fol. 1, Vermerk für Herrn Ministerialrat Dr. Günther betr. Anwendung der Bestimmungen des Entwurfs eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Drucksache 1158) auf die Versicherungs- und Kreditwirtschaft.

- BA, Sign. B 102/316873, AE 2/2, fol. 1, Kurzprotokoll der 114. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Freitag, dem 01.06.1956, 14 Uhr.
- BA, Sign. B 102/316875, AE 1/2, fol.1, Gutachten des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände zum Kartellgesetzentwurf vom 25. Mai 1950.
- BA, Sign. B 102/316875, AE 2/2, fol.1, Kurzprotokoll der 170. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Mittwoch, dem 13. März 1957, 9.00 Uhr.
- BA, Sign. B 102/316875, AE 2/2, fol. 1, Kurzprotokoll des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Mittwoch, dem 20. März 1957, 9.00 Uhr in Bonn – Bundeshaus.
- BA, Sign. B 102/316876, AE 1/2, fol. 1, Kurzprotokoll der 183. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik – 21. Ausschuss – am Samstag, dem 6. April 1957, 9.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus.
- BA, Sign. B 102/316876, AE 2/2, fol. 1, Bericht von Wirtschaftsminister Erhard an den Vorsitzenden der CDU/CSU Fraktion Krone vom 20. Mai 1957.
- BA, Sign. B 102/316876, AE 2/2, fol. 1, Wortprotokoll der 212. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsschutz am 17.05.1957, 9.30 Uhr, Bonn, Bundeshaus.
- BA, Sign. 316876, AE 2/2, fol. 1, Wortprotokoll der 214. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht am 20.05.1957, 10 Uhr, Bonn, Bundeshaus.
- BA, Sign. B 102/316878, AE 1/2, fol.1, Bericht über die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu dem Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (I. u. II. Legislaturperiode).
- BA, Sign. B 102/316878, AE 1/2, fol. 1, Protokoll der 223. Sitzung des Deutschen Bundestags am Donnerstag, 04.07.1957.
- BA, Sign. B 102/316878, AE 2/2, fol. 1, Brief vom Präsidenten des Bundesrates an Bundeskanzler Adenauer vom 19.07.1957.
- BA, Sign. B 102/316879a, fol. 1, Aus Müller-Armack/Münster.
- BA, Sign. B 102/316879a, fol. 1, Brief des DIHT an die Herren Mitglieder des erweiterten Kartellausschusses nebst Anlagen.
- BA, Sign. B 102//316880b, fol. 1, Franz Böhm, Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung, gehalten vor dem ‚Freiwirtschaftsbund‘ in Heidelberg am 06.11.1952.

- BA, Sign. B 102/316881a, fol. 1, Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V., Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft. Pressestimmen, Bad Nauheim, November 1953.
- BA, Sign. B 102/316881a, Bericht von der ASM-Tagung im November 1953 für die Mitglieder des Unterausschuss für Marktwirtschaft im Rechtsausschuss des BDI vom 30.11.1953.
- BA, Sign. B 102/316881a, fol.1, Brief von Fritz Berg an Ludwig Erhard vom 02.10.1953.
- BA, Sign. B 102/316881a, fol. 1, Prof. Erhard zum Problem der Kartelle und Berufsordnungen auf der Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 19.11.1953 in Bad Godesberg.
- BA, Sign. B 102/316881b, fol. 1, Brief vom Hauptgeschäftsführer des BDI an Ludwig Erhard vom 13.04.1954.
- BA, Sign. B 102/316883, fol. 1, Prof. Dr. W. Geiger, Grundgesetzliche Schranken für eine Kartellgesetzgebung, Köln 1955.
- BA, Sign. B 102/316883a, fol. 1, Professor Dr. Huber, Die Verfassungsproblematik eines Kartellverbots, Hagen 1955.
- BA, Sign. B 102/316883b, fol. 1, Brief des BDI an den Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages vom 04.06.1956.
- BA, Sign. B 102/316884, fol. 1, Brief von Fritz Hellwig an Robert Pferdenges vom 16.10.1956.
- BA, Sign. B 102/316884, fol. 1, Brief von Robert Pferdenges an Fritz Hellwig vom 11.10.1956.

**Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Röpke Archiv (IWP)**

- NL Röpke, Ordner 12, Lettres 03.1944 – 04.1946, Brief 157, Brief von Walter Eucken an Wilhelm Röpke vom 30.04.1948.
- NL Röpke, Ordner 12.53-7.55, Brief 9, Brief von Wilhelm Röpke an Carl Antoni vom 30.10.1954.
- NL Röpke, Ordner 12.53-7.55, Brief 490, Brief von Jacques Rueff an Wilhelm Röpke vom 06.06.1955.
- NL Röpke, Ordner 13, Lettres 12.12.1938 – 16.06.1942, Brief 177, Brief von Röpke an Eucken vom 02.06.1949.

- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 86, Brief von Wilhelm Röpke an Edith Eucken-Erdsiek vom 25.10.1953.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 87/88, Brief von Edith Eucken-Erdsiek an Wilhelm Röpke vom 21.10.1953.
- NL Röpke, Ordner 14, Brief 157, Brief von Wilhelm Röpke an Friedrich August von Hayek vom 06.11.1952.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 255f., Brief von Hans Ilau an Wilhelm Röpke vom 24.06.1953.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 455 – 460, Korrespondenz zwischen Wilhelm Röpke und Carlo Mötteli.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 650, Brief von Wilhelm Utermann an Wilhelm Röpke vom 01.04.1952.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 714f., Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 28.11.1953.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 717, Brief von Wilhelm Röpke an Erich Welter vom 14.09.1953.
- NL Röpke, Ordner 14, Lettres 07.1952 – 12.1953, Brief 730f., Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 24.04.1952.
- NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 60f., Brief von Alfred Müller-Armack an Wilhelm Röpke vom 10.11.1953.
- NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 117, Brief von Albert Hunold an Wilhelm Röpke vom 04.07.1955.
- NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 373, 421 – 427, Korrespondenz zwischen Wilhelm Röpke und Carlo Mötteli.
- IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 374, Brief von Alexander Rüstow an Volkmar Muthesius vom 25.05.1955.
- IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief von Wilhelm Röpke an Volkmar Muthesius vom 10.07.1955.
- IWP, Röpke Archiv, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 579 – 587, Briefwechsel von Wilhelm Röpke und Günther Schmölders 1954/1955.

- IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 657, Brief von Wilhelm Röpke an Otto Veit vom 09.02.1954.
- IWP Köln, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 673f., Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 17.05.1955.
- IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 688, Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 28.08.1954.
- IWP, NL Röpke, Ordner 15, Lettres Dez. 1953 – Juli 1955, 1953 – 1955, Brief 689, Brief von Erich Welter an Wilhelm Röpke vom 04.09.1954.
- NL Röpke, Panzerschrank\_Korrespondenz III, Brief 136, Brief von Konrad Adenauer an Wilhelm Röpke vom 02.10.1953.

#### **Hausarchiv des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. (Archiv Sal. Oppenheim)**

- Archiv Sal. Oppenheim, NL Pferdmenes, Sign. Büro P,R/16, Bd. 1, Robert Pferdmenes, Sammelordner politische Mandate, Bd.1, Anlage zum Brief vom 14. Januar 1954.
- Archiv Sal. Oppenheim, NL Pferdmenes, Sign. Büro P,R/16, Bd. 1, Robert Pferdmenes, Sammelordner politische Mandate, Bd.1., Brief von Pferdmenes an Adenauer vom 19. Januar 1954.

#### **Universitätsarchiv Mainz**

- Universitätsarchiv Mainz, Sign. S8-B55, Erich Welter, Ein Wirtschaftspolitisches Forschungsinstitut. Wirtschaftstheoretische Kenntnisse werden für die praktische Wirtschaftspolitik nutzbar gemacht, in: Staatszeitung und Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, 29.07.1951.
- Universitätsarchiv Mainz, Sign. S8-B55, Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Johannes Gutenberg Universität, Haus Recht und Wirtschaft, Stand 1971, Tätigkeitsbericht des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik.

## Internetquellen

### **„Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online, 1. Kabinett:**

Protokoll der 35. Kabinettsitzung am 13.01.1950, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_4.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1_2/kap2_3/para3_4.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 139. Kabinettsitzung am 03.04.1951, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1951k/kap1\\_2/kap2\\_28/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1951k/kap1_2/kap2_28/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 207. Kabinettsitzung am 14.03.1952, Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_18/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_18/para3_1.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 226. Kabinettsitzung am 10.06.1952, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_44/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_44/para3_3.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 243. Kabinettsitzung der Bundesregierung am 29.08.1952, Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1\\_2/kap2\\_62/index.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_62/index.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 270. Kabinettsitzung am 20.01.1953, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1953k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_19.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1953k/kap1_2/kap2_3/para3_19.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

**„Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online, 2. Kabinett:**

Protokoll der 113. Kabinettsitzung am 18.01.1956, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_3/para3_3.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 127. Kabinettsitzung am 02.11.1960, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1960k/kap1\\_2/kap2\\_43/para3\\_7.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1960k/kap1_2/kap2_43/para3_7.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 137. Kabinettsitzung am 06.06.1956, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_31/para3\\_8.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_31/para3_8.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 139. Kabinettsitzung am 13.06.1956, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_33/para3\\_8.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_33/para3_8.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 141. Kabinettsitzung am 26.06.1956, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_37/para3\\_7.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_37/para3_7.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 143. Kabinettsitzung am 11.07.1956, BA Koblenz, „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_39/para3\\_4.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_39/para3_4.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 144. Kabinettsitzung am 20.07.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_40/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_40/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 148. Kabinettsitzung am 24.08.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_46/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_46/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 187. Kabinettsitzung am 2. Juli 1957, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1\\_2/kap2\\_28/para3\\_15.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1_2/kap2_28/para3_15.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der 193. Kabinettsitzung am 20.08.1957, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1\\_2/kap2\\_36/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1957k/kap1_2/kap2_36/para3_1.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der Sondersitzung des Kabinetts am 08.03.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_17/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_17/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der Sondersitzung des Kabinetts am 24.05.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_29/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_29/para3_1.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Protokoll der Sondersitzung des Kabinetts am 14.08.1956, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_44/para3\\_3.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1956k/kap1_2/kap2_44/para3_3.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.



Protokoll der 17. Sitzung des Kabinettsausschuss für Wirtschaft am 13.08.1959, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/x/x1958e/kap1\\_2/kap2\\_15/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/x/x1958e/kap1_2/kap2_15/para3_2.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

### **Sonstige Internetquellen:**

Gocht, Rolf, Ministerialbeamter BMWi, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1\\_7/para2\\_41.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_7/para2_41.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Henckel, Hans, Ministerialbeamter BMWi, BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1\\_8/para2\\_71.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/z/z1960a/kap1_8/para2_71.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Hermens, Ferdinand, Hinweise zu seinem Nachlass auf der Website des American Catholic History Research Center and University Archives, verfügbar unter folgender URL: <http://archives.lib.cua.edu/findingaid/hermens.cfm>; zuletzt überprüft am: 10.06.2013.

Nelleßen-Strauch, Dagmar (1997): Der Frankfurter Wirtschaftsrat, Hg. von Konrad Adenauer Stiftung. St. Augustin. Online verfügbar unter: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_818\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_818_1.pdf); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Scharnberg, Hugo, Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) CDU, Scharnberg vgl. BA Koblenz, ‚Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung‘ online; online verfügbar unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/z11/z/z1961z/kap1\\_6/para2\\_35.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/z11/z/z1961z/kap1_6/para2_35.html); zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Liste der Vorträge zwischen 1954 und 1963 auf der Homepage des Walter-Eucken Instituts: online verfügbar unter: <http://www.walter-eucken-institut.de/veranstaltungen/veranstaltungen-archiv/veranstaltungen-1954-2007/veranstaltungen-1954-1963.html>; zuletzt überprüft am 10.06.2013.

Website des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/DE/Ministerium/beiraete,did=9360.html>; zuletzt überprüft am 10.06.2013.

## Liste der zitierten Zeitungsartikel

**Hermann Josef Abs**, Der Wechselkurs. Kein Feld für Experimente, in: *FAZ*, 11.06.1960, S. 5.

**Franz Böhm**, Eine wirkliche Freiheitsordnung, in: *FAZ*, 02.10.1950, S. 7.

**Gaston Coblentz**, Erhard for revaluation of currency. Position held despite disapproval, in: *New York Herald Tribune*, 20.10.1960.

**Jürgen Eick**, Erhard oder Berg?, in: *FAZ*, 04.10.1960, S. 1.

**Jürgen Eick**, Ein Vorbild des Wirtschaftsjournalismus. Volkmar Muthesius gestorben, in: *FAZ*, 13.07.1979, S. 13.

**Albert Hahn**, Die Kaufkraft stabil halten. Aufwertung der D-Mark oder Abwertung des Pfundes, in: *Die Zeit*, 19.09.1957.

**Hans Ilau**, Was ist eigentlich „Mißbrauch“?, in: *FAZ*, 17.03.1955, S. 11.

**Wolfgang Krüger**, Kritik ist immer gut – aber nicht so! Ein böser Seitenhieb gegen die Unabhängigkeit der Notenbank ans dem Gewerkschaftslager, in: *Die Zeit*, 25.07.1957.

**Leonhard Miksch**, Gibt es nützliche Kartelle?, in: *FAZ*, 07.03.1950, S. 7.

**Leonhard Miksch**, Die Unabhängigkeit der Notenbank, in: *FAZ*, 03.11.1949, S. 7.

**Volkmar Muthesius**, Dreizehn Männer, in: *FAZ*, 15.08.1951, S. 7.

**Heinz-Dietrich Ortlieb**, Frankfurter Unvollendete, in: *Die Welt*, 26.07.1949.

**Wilhelm Röpke**, Die ‚demokratische‘ Inflation, in: *FAZ*, 17.02.1951, S. 7.

**Wilhelm Röpke**, Diagnose und Therapie der amerikanischen Zahlungsbilanz, in: *NZZ*, 28.11.1960.

**Wilhelm Röpke**, Der Platz der Zentralbank, in: *FAZ*, 09.02.1953, S. 3.

**Wilhelm Röpke**, Die Verleumder der Marktwirtschaft, in: *FAZ*, 19.11.1960, S. 5.

**Wilhelm Röpke**, Zahlungsbilanz und Nationalreichtum, in: *FAZ*, 03.07.1957, S. 15f.

**Alexander Rüstow**, Die Waffe gegen die latente Inflation, in: *FAZ*, 21.12.1960, S. 17.

**Wilhelm Seuss**, Volkmar Muthesius 75 Jahre, in: *FAZ*, 18.03.1975, S. 13.

**Adolf Sonnenschein**, Kartell und Marktordnung, in: *Textil Zeitung*, 29.04.1950.

**Wilhelm Vocke**, Harte Währung, in: *FAZ*, 04.02.1957, S. 11.

**Erich Welter**, Der Geldkorb, in: *FAZ*, 10.12.1949, S. 5.

**Erich Welter**, Jetzt fallen die Würfel, in: *FAZ*, 04.11.1950, S. 9.

**Jürgen Eick**, Ein Zeitungsmann und ein Unternehmer. Zum Tode von Erich Welter, in: *FAZ*, 14.06.1980, S. 10.

**Erich Welter**, Wirtschaftswunder, letzter Akt?, in: *FAZ*, 26.05.1956, S. 1.

90 Jahre Schleussner, in: *FAZ*, 22.08.1950, S. 6.

Abs gegen die Aufwertung der D-Mark, in: *FAZ*, 21.07.1956, S. 7.

Abs für größeren Kapitalexport. Anleihen wären wirtschaftlicher als eine Aufwertung, in: *FAZ*, 21.09.1960, S. 25.

Aufwertung. Erhards Mark, in: *Der Spiegel*, 15.03.1961, S. 21.

Aufwertung ist kein Ausweg, in: *FAZ*, 03.01.1957, S. 9.

Aufwertung nicht akut, in: *FAZ*, 07.06.1956, S. 11.

Aufwertung nicht verantwortbar, *Die Welt*, 01.07.1957.

Bonn/Kartellgesetz. Der siebenjährige Krieg, in: *Der Spiegel*, 03.07.1957, S. 17-25.

Bonn: Keine Lösung durch Inflationierung. Zu englischen Auslegungen – Aufwertung der DM wieder im Spiel?, in: *Kölnische Rundschau*, 09.10.1957.

Bundesbank. Die Gürzenich Rechnung, in: *Der Spiegel*, 17.07.1957, S. 18ff.

Bundesregierung und Notenbank. Ein neuer Vorschlag des Finanzausschusses, in: *FAZ*, 13.12.1949, S.5.

Deutsche Welle: Der Intendant war nicht der Entführer, in: *FAZ*, 13.10.2011, S. S. 35.

Erhard bleibt hart. Scharfe Rede auf der Tagung der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft, in: *FAZ*, 20.11.1953, S. 9.

Das Fallbeil trifft die kleinen Leute. Die Kölner Rede des Bundeskanzlers vor der Industrie im Wortlaut, in: *FAZ*, 30.05.1956, S. 7.

Fritz Berg. Nold Raus. Aktionäre, in: *Der Spiegel*, 18.10.1961, S. 38f.

Gegen eine Aufwertung, in: *FAZ*, 13.06.1956, S. 13.

German share of arms burden. U.S. Minister see Dr. Adenauer today, in: *Financial Times*, 21.11.1960, S. 9.

Hans Ilau gestorben, in: *FAZ*, 03.05.1974, S. 15.

Industrielle für das Kartellverbot. Führende Unternehmer unterstützen Erhard, in: *FAZ*, 31.07.1954, S. 1.

Kalter Krieg zwischen Pfund und DM. Gerüchte um die Aufwertung verstummen auch in Bonn nicht, in: *Frankfurter Rundschau*, 09.10.1957.

Kapitalexport oder Aufwertung. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa zu den deutschen Devisenüberschüssen, in: *FAZ*, 04.04.1959, S. 7.

Kartelle sind kein Kavaliersdelikt. Spiegel-Gespräch mit dem Präsidenten des Bundeskartellamts, Dr. Eberhard Günther, in: *Der Spiegel*, 17.02.1960, S. 38-47.

Kartelle - ein zweifelhafter Schutz, in: *FAZ*, 17.09.1954, S. 11.

Keine Aufwertung der D-Mark, in: *FAZ*, 15.05.1956, S. 11.

Kennedy outlines economic policy. Freer trade: Shared defence costs: & no devaluation, in: *Financial Times*, 02.11.1960, S. 12.

Konjunkturpolitische Ermächtigung für die Regierung? Die Klausurtagung der Unionsparteien/Eine Aufwertung der D-Mark bleibt im Gespräch, in: *FAZ*, 24.09.1960, S. 7.

Konjunkturregulierung zunächst durch Importerleichterung. Erhard, Etzel und Blessing sollen die Grundsatzentscheidung im Kabinett vorbereiten / Diskontsenkung möglich, in: *FAZ*, 20.10.1960, S. 13.

Kritik am starren Wechselkurs. L. Albert Hahn plädiert für eine teilweise Freigabe des D-Mark-Kurses, in: *FAZ*, 31.08.1957, S. 7.

Kritik an der Währungspolitik. Professor Röpke: Wechselkursänderung würde Luft schaffen, in: *FAZ*, 26.10.1960, S.21.

Libérale Wirtschaftswissenschaftler diskutierten in Berlin. Auch Professor Erhard sprach vor der Mont Pèlerin Society, in: *Tagesspiegel*, 04.09.1956.

Noch ein Kartellgutachten für die Industrie. ‚Wettbewerb als System der Gegenkräfte‘, in: *FAZ*, 11.03.1955, S. 11.

Die Notenbank bleibt unabhängig, in: *FAZ*, 08.01.1955, S. 7.

Popularisieren, in: *FAZ*, 30.07.1953, S. 9.

Preissteigerung oder Aufwertung. Professor Röpke zu den Überschüssen der deutschen Zahlungsbilanz, in: *FAZ*, 15.10.1960, S. 7.

Professor Erhard in Dortmund zur Kartellfrage, in: *FAZ*, 18.12.1953, S. 11.

Sind die Wechselkurse richtig? Die Mont Pèlerin-Gesellschaft diskutiert finanzielle Probleme des Westens, in: *FAZ* 10.09.1960, S. 7.

Sicherung der Währung, in: *FAZ*, 24.06.1960, S. 1.

Verlegung der Notenbank ist unwahrscheinlich, in: *Neue Presse*, 27.08.1956.

Währungsfonds dringt auf deutsche Hilfe. Per Jacobsson rechnet nicht mit Aufwertungs-Diskussion in Washington, in: *FAZ*, 26.09.1960, S. 17.

Währungspolitik. Wären wir Befehlsempfänger, in: *Der Spiegel*, 22. November 1950, S. 25.

## Anhang

### Anhang 1a: Deutschsprachige MPS-Mitglieder 1947-1963 (Übersicht)

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Bauer	Walter	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	Frankfurt a.M	Universitätsprofessor; MDB CDU 1953-1965); Direktor des Universitätsinstituts für Wirtschaftsrecht; Rektor der Universität Frankfurt (1948-1949)	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissenschaftliche Fakultät	Walter-Eucken-Institut; ASM; WiBei (1948-1977)	1949	
Coing	Helmut	Frankfurt a.M	Universitätsprofessor; Rektor der Universität Frankfurt (1955-1957)	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechtsphilosophie	Vorsitzender des Wissenschaftsrats; Vorsitzender des WiBei der Fritz-Thyssen- Stiftung	1951	
Dürr	Ernst	Düsseldorf	Universitätsprofessor			1957	1962

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Erhard	Ludwig	Bonn	Direktor VfW; Bundeswirtschaftsminister		Walter-Eucken-Institut; FIW; IWP; BMWi	1950	1977 †
Eucken	Walter	Freiburg i.B.	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre		1947	1950 †
Eucken-Erdsiek	Edith	Freiburg i.B.	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken-Institut; FIW	1951	1985 †
Etzel	Franz	Luxemburg	Vizepräsident EGKS			1953	1955
Flender	Alfred	Bocholt	Unternehmer		Vorsitzender ASU	1957	1962
Förster	Wolfgang	Berlin-Dahlem	Unternehmer			1957	
Frickhöffer	Wolfgang	Heidelberg	Vorsitzender und Geschäftsführer ASM		ASM	1961	
Gocht	Rolf	Bonn	BMW i		FIW	1953 <sup>1029</sup>	

---

<sup>1029</sup> Einmalige Teilnahme an MPS-Tagung. Gocht wurde hier berücksichtigt, weil er in den Fallstudien in Kapitel 5 als Ministeriumsmitarbeiter eine Rolle spielt.



Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Hayek	Friedrich A.	London/ Chicago/ Freiburg	Universitätsprofessor	Chicago: Sozial- und Moralwissenschaft	Walter-Eucken-Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	Marburg	Universitätsprofessor; Leiter Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut	1949	1975 †
Hermens	Ferdinand A.	Köln	Universitätsprofessor; Leiter Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Köln	Politikwissenschaft		1961	1998 †
Hunold	Albert	Zürich	Unternehmer		Walter-Eucken-Institut; SIA.	1947	1961

## IV

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Ilau	Hans	Frankfurt a.M	IHK Frankfurt a.M.; Verwalter Rhein- Main Bank; LDP Mit- glied des Landtages Hessen; Vorsitzen- der Bundesaus- schuss für Wirt- schaftspolitik FDP		Walter-Eucken-Insti- tut	1949	1974 †
Lübke	Heinrich	Bonn	Bundeslandwirt- schaftsminister; MDB			1954	1955
Lutz	Friedrich A.	Prince- ton/Zürich	Universitätsprofes- sor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken-Insti- tut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1974
Maier	Karl Fried- rich	Freiburg i.B.	Universitätsprofes- sor		Walter-Eucken-Insti- tut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	Bonn	Universitätsprofes- sor	Wirtschaftliche Staatswissenschaf- ten	Walter-Eucken-Insti- tut; ASM; WiBei (1950-1980)	1951	1980 †
Miensch	Leonhard	Frankfurt a.M.	Verwaltungsange- stellter			1949	1950 †

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Mötteli	Carlo	Zürich	Zeitungsredakteur (NZZ)			1949	1985 †
Müller-Ar- mack	Alfred	Köln	Universitätsprofessor; Leiter des IWP; Leiter der Grund- satzabteilung des BMWi; Staatssekre- tär für Europäischen Angelegenheiten BMWi (1958-1963)	Wirtschaftliche Staatswissenschaften	Walter-Eucken-Insti- tut; WiBei (1948- 1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Muthesius	Volkmar	Frankfurt a.M	Chefredakteur Zeit- schrift für das ge- samte Kreditwesen			1953	1979 †
Niehaus	Heinrich	Bonn	Universitätsprofessor; Institutsdirek- tor, Institut für Agrar- wesen und Agrar- politik (Agrarpolitik und Marktfor- schung), Univ. Bonn		ASM	1958	1977 †

## VI

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Pfister	Bernhard	München	Universitätsprofessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1949	1987 †
Risse	Roland	Bonn	BMWl; Leiter der Unterabteilung I B (Preise, Kartelle, Monopole, Steuern und Abgaben) (1949-1957)			1953 <sup>1030</sup>	
Röpke	Wilhelm	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; ASM	1947	1961
Rüstow	Alexander	Istanbul/ Heidelberg	Universitätsprofessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1961
Schmölders	Günter	Köln	Universitätsprofessor	Finanzwissenschaften	Verein für Socialpolitik; ASM; WiBei BMF (1950-1975)	1953	1991 †

---

<sup>1030</sup> Einmalige Teilnahme an MPS-Tagung. Risse wurde hier berücksichtigt, weil er in den Fallstudien in Kapitel 5 als Ministeriumsmitarbeiter eine Rolle spielt.

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Schnabel	Franz	München	Universitätsprofessor	Geschichte		1947	1956
Utermann	Wilhelm	Dortmund	Hauptgeschäftsführer der IHK Dortmund			1961	
Veit	Otto	Frankfurt a.M	Präsident der Landeszentralbank von Hessen (1948-1952); Mitglied des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder (1948-1952); Universitätsprofessor	Ordentlicher Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Socialpolitik	1949	1984 †
Vogel	Otto A.H.	Garmisch-Patenkirchen	Unternehmer			1957	1962
von Dietze	Constantin	Freiburg i.B.	Universitätsprofessor; Leiter der Forschungsstelle der internationalen Agrarkonferenz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter-Eucken-Institut; Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD	1956	1973 †

## VIII

Name	Vorname	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Austritt MPS
Welter	Erich	Mainz	Universitätsprofessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des FIW Mainz	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; Mitglied des WiBei beim Bundesministerium für Verkehr (1949-1971); Mitglied des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †
Wesemann	Hans Otto	Köln	Chefredakteur Deutsche Welle (1953-1961)		ASM	1957	1976 †
Willgerodt	Hans	Köln	Privatdozent	Wirtschaftliche Staatswissenschaften	IWP	1961	2012 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1963; Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln im Jahre 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

## Anhang 1b: Deutschsprachige MPS-Mitglieder 1947-1963 (einzelne Jahrgänge)

### 1947

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Eucken	Walter	westl. Be- satzungs- zone	Freiburg	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1950 †
Hayek	Friedrich A.	Großbritan- nien	London	Universitätsprofes- sor/LSE	Volkswirtschaftslehre und Statistik	1947	1992 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		1947	1961
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Princeton (USA)	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1974
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1961

X

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Rüstow	Alexander	Türkei	Istanbul	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsge- schichte	1947	1961
Schnabel	Franz	westl. Be- satzungs- zone	München	Universitätsprofessor	Geschichte	1947	1956

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhme, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Hartwell 1995; Cockett 1995, Hasse et al. 2002; Plickert 2008.



**1948**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Eucken	Walter	westliche Besat- zungszone	Freiburg	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1950 †
Hayek	Friedrich A.	Großbritan- nien	London	Universitätsprofes- sor/LSE	Volkswirtschaftslehre und Statistik	1947	1992 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		1947	1961
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Princeton (USA)	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1975 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1961
Rüstow	Alexander	Türkei	Istanbul	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeographie und Wirtschafts- und So- zialgeschichte	1947	1962
Schnabel	Franz	westliche Besat- zungszone	München	Universitätsprofessor	Geschichte	1947	1956

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Hartwell 1995; Cockett 1995, Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1949**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätsprofessor; Direktor des Universi- tätsinstituts für Wirt- schaftsrecht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissenschaftliche Fakultät	1949	
Eucken	Walter	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1950
Hayek	Friedrich August	Großbritan- nien	London	Universitätsprofes- sor/LSE	Volkswirtschaftslehre und Statistik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Wissenschaftlicher Assis- tent Universität		1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier und Politiker		1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	USA	Princeton (USA)	Universitätsprofessor	Full Professor Volkswirt- schaftslehre	1947	1974
Maier	Karl Fried- rich	BRD	Freiburg	Universität; Assistent Eucken		1949	1993 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Miksch	Leonhard	BRD	Frankfurt a.M.	Verwaltungsangestellter		1949	1950 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist		1949	1985 †
Müller-Ar- mack	Alfred	BRD	Münster	Universitätsprofessor; Direktor des Forschungs- instituts für allgemeine und textile Marktwirt- schaft.	Nationalökonomie und Kultursoziologie;	1949	1978 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeschichte	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	1947	1961
Rüstow	Alexander	BRD	Heidelberg	Universitätsprofessor	Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	1947	1962

## XIV

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätsprofessor	Geschichte	1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Präsident der Landes- zentralbank von Hessen; Mitglied des Zentral- bankrates der Bank deutscher Länder (1948- 1952).		1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Hartwell 1995; Cockett 1995, Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1950**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; Direktor des Universitätsin- stituts für Wirt- schaftsrecht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	WiBei (1948- 1977)	1949	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		FIW; BMWi; WiBei (1948-1963)	1950	1977 †
Hayek	Friedrich August	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Verein für Social- politik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Wissenschaftli- cher Assistent (Eu- cken)			1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		SIA.	1947	1961

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier und Poli- tiker			1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	USA	Princeton (USA)	Universitätspro- fessor	Full Professor	Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universität; Assis- tent Eucken			1949	1993 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik	WiBEi (1948- 1966)	1949	1978 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre		1947	1961

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Verein für Social- politik	1947	1962
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätspro- fessor	Geschichte		1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Präsident der Lan- deszentralbank von Hessen; Mit- glied des Zentral- bankrates der Bank deutscher Länder (1948- 1952).		WiBEi (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Hartwell 1995; Cockett 1995, Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1951**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; Direktor des Universitäts- instituts für Wirt- schaftsrecht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	WIBEI (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie		1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		FIW; IWP; BMWI	1950	1977 †
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		FIW	1951	1985 †
Hayek	Friedrich August	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Verein für Social- politik	1947	1992 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Habilitation an Euckens Lehrstuhl in Freiburg			1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier und Politi- ker			1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	USA	Princeton (USA)	Universitätspro- fessor	Full Professor	Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätsdo- zent (Assistent Eucken)			1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	WIBEL (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

XX

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik	WIBEL (1948- 1966); IWP	1949	1978 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre		1947	1961
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Verein für Social- politik	1947	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätsprofessor	Geschichte	Präsident der Historischen Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften (1951-59)	1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Präsident der Landeszentralbank von Hessen; Mitglied des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder (1948-1952).		WIBEL (1948-84); Verein für Socialpolitik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln (IWP) im Jahre 1951; Hartwell 1995; Cockett 1995, Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1952**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; Direktor des Universitäts- instituts für Wirt- schaftsrecht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	WiBei (1948- 1977)	1949	
Coing	H.	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie		1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		FIW; IWP; BMWI	1950	1977 †
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		FIW	1951	1985 †
Von Hayek	Friedrich August	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Verein für Social- politik	1947	1992 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität			1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Fédération Suisse des Associations de Fabricants d'Horlogerie, Zür- cher Börse, Banki- ervereinigung, Schweizerische Kreditanstalt, SIA		SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier (Rhein- Main Bank) und Politiker			1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	USA	Princeton (USA)	Universitätspro- fessor	Full Professor	Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität			1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	WiBei (1950- 1980)	1951	1980 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist/NZZ			1949	1985 †
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Kommissa- rischer Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik	WiBei (1948- 1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre		1947	1961
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Verein für Social- politik	1947	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätspro- fessor	Geschichte	Präsident der His- torischen Kom- mission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften (1951-59)	1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Außerordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissen- schaften, insbe- sondere Wäh- rungs- und Bank- politik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röppe, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; IWP-Tätigkeitsbericht 1951; Hartwell 1995; Cockett 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1953**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	WiBei (1948- 1977); ASM	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie		1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		FIW; IWP; BMWI	1950	1977 †
Etzel	Franz	LUX	Luxem- burg	Vizepräsident EGKS			1953	1955
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		FIW	1951	1985 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Gocht	Rolf	BRD	Bonn	BMWI		FIW		
Hayek	Friedrich August	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Verein für Social- politik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität			1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier (Rhein- Main Bank) und Politiker		ASM	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor		Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität			1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	WiBei (1950- 1980); IWP	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist/NZZ			1949	1985 †

## XXVIII

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Leiter des Institutes für Wirtschaftspolitik	WiBei (1948-1966); IWP; BMWI	1949	1978 †
Muthesius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen		ASM	1953	1979 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeschichte	Verein für Socialpolitik	1949	1987 †
Risse	Roland	BRD	Bonn	BMWI; Leiter der Unterabteilung I B (Preise, Kartelle, Monopole, Steuern und Abgaben) (1949-1957)			1953	
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre		1947	1961

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1962
Schmölders	Günter	BRD	Köln-Lin- denthal	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; WiBei BMF (1950-1975)	1953	1991 †
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätspro- fessor	Geschichte	Präsident der His- torischen Kom- mission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften (1951-59)	1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Außerordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissen- schaften, insbe- sondere Wäh- rungs- und Bank- politik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; IWP Tätigkeitsbericht 1951; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

XXX

**1954**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter-Eucken- Institut; WiBei (1948-1977); ASM	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie		1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter-Eucken- Institut; FiW; IWP; BMW	1950	1977 †
Etzel	Franz	LUX	Luxem- burg	Vizepräsident EGKS			1953	1955

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken- Institut; FIW	1951	1985 †
Hayek	Friedrich August	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität; Leiter Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme		Walter-Eucken- Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Fédération Suisse des Associations de Fabricants d'Horlogerie, Zür- cher Börse, Banki- ervereinigung, Schweizerische Kreditanstalt, SIA		Walter-Eucken- Institut; SIA.	1947	1961

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier (Rhein- Main Bank) und Politiker		Walter-Eucken- Institut	1949	1974 †
Lübke	Heinrich	BRD	Bonn	Bundeslandwirt- schaftsminister; MDB			1954	1955
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor		Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter-Eucken-In- stituts		Walter-Eucken- Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter-Eucken- Institut; WiBei (1950-1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Kommissa- rischer Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik	Walter-Eucken- Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWII	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur Zeitschrift für das gesamte Kredit- wesen		Walter-Eucken- Institut; ASM	1953	1979 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut	1947	1961 (Hunold Affäre)
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1962 (Hunold Affäre)

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Schmölders	Günter	BRD	Köln-Lindenthal	Universitätsprofessor	Finanzwissenschaften	Verein für Socialpolitik; WiBei BMF (1950-1975)	1953	1991 †
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätsprofessor	Geschichte	Präsident der Historischen Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften (1951-59)	1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätsprofessor	Außerordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Socialpolitik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1963; IWP-Tätigkeitsbericht 1951; Becker 2011; Hartwell 1995; Cockett 1995, Hasse et al. 2002; Plickert 2008.



**1955**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter Eucken Institut; ASM; WIBEI (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; Rektor der Universität Frank- furt	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie		1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter Eucken Institut; FIW; IWP; BMWl	1950	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Etzel	Franz	LUX	Luxem- burg	Vizepräsident EGKS			1953	1955
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter Eucken Institut; FIW	1951	1985 †
Hayek	Friedrich August	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter Eucken Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität; Leiter Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme		Walter Eucken Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter Eucken Institut; SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier (Rhein- Main Bank) und Politiker		Walter Eucken Institut; ASM	1949	1974 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Lübke	Heinrich	BRD	Bonn	Bundeslandwirt- schaftsminister; MDB			1954	1955
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor		Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter Eucken In- stituts		Walter Eucken Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter Eucken Institut; ASM; WIBEI (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist/NZZ			1949	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Kommissa- rischer Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik	Walter Eucken Institut; WIBEI (1948-1966); IWP; BMWII	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur Zeitschrift für das gesamte Kredit- wesen		Walter Eucken Institut	1953	1979 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut; ASM	1947	1961
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Schmölders	Günter	BRD	Köln- Lindent- hal	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WIBEI BMF (1950- 1975)	1953	1991 †
Schnabel	Franz	BRD	München	Universitätspro- fessor	Geschichte	Präsident der His- torischen Kom- mission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaf- ten (1951-59)	1947	1956
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Außerordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissen- schaften, insbe- sondere Wäh- rungs- und Bank- politik.	WIBEI (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954,1955; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

XL

**1956**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter Eucken Institut; ASM; WIBEL (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; Rektor der Universität Frank- furt	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonfe- renz	1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter Eucken Institut; FIW; IWP; BMWl	1950	1977 †
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter Eucken Institut; FIW	1951	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Hayek	Friedrich A.	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter Eucken Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg	Privatdozent Uni- versität; Leiter Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme		Walter Eucken Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter Eucken Institut; SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Bankier (Rhein- Main Bank) und Politiker		Walter Eucken Institut; ASM; WIBEL (1948- 1977)	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut; ASM Ver- ein für Socialpoli- tik	1947	1974

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter Eucken In- stituts	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter Eucken Institut; ASM; WIBEL (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Kommissa- rischer Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik	Walter Eucken Institut; WIBEL (1948-1966); IWP; BMW I	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kredit- wesen)		Walter Eucken Institut	1953	1979 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut; ASM	1947	1961
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1962
Schmöl- ders	Günter	BRD	Köln- Lindent- hal	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WIBEI BMF (1950- 1975)	1953	1991 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
v. Dietze	Constantin	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor; Leiter der Forschungsstelle der internationalen Agarkonferenz	Agarwissenschaft und Außenhandel	Walter Eucken Institut; Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD	1956	1973 †
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätsprofessor	Außerordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WIBEI (1948-84); Verein für Socialpolitik	1949	1984 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1956; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1957**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter Eucken Institut; ASM; WIBEL (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; Rektor der Universität Frank- furt	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonfe- renz	1951	
Dürr	Wolfgang	BRD	Düssel- dorf	Universitätspro- fessor			1957	1962
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter Eucken Institut; FIW; IWP; BMWl	1950	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter Eucken Institut; FIW	1951	1985 †
Flender	Alfred Fr.	BRD	Bocholt	Unternehmer		Vorsitzender ASU	1957	1962
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Hayek	Friedrich A.	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter Eucken Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Freiburg/ Marburg	Universitätprofes- sor	außerplanmäßiger Universitätspro- fessor Frei- burg/Wechsel Marburg im sel- ben Jahr/Leiter Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme	Walter Eucken Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter Eucken Institut; SIA.	1947	1961

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter Eucken Institut; ASM; WIBEI (1948- 1977)	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor		Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter Eucken In- stituts		Walter Eucken Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter Eucken Institut; ASM; WIBEI (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

XLVIII

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Kommissa- rischer Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik; Kommissari- scher Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWI	Walter Eucken Institut; WIBEI (1948-1966); IWP; BMWII	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur Zeitschrift für das gesamte Kredit- wesen		Walter Eucken Institut	1953	1979 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut; ASM	1947	1961

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1962
Schmöl- ders	Günter	BRD	Köln	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WIBEI BMF (1950- 1975)	1953	1991 †
v. Dietze	Constan- tin	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter der Forschungsstelle der internationa- len Agrarkonfe- renz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter Eucken Institut; Präses der gesamtdeut- schen Synode der EKD	1956	1973 †
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WIBEI (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

L

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Vogel	Otto A.H.	BRD	Gar- misch- Parten- kirchen	Unternehmer			1957	1962
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätspro- fessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsin- stituts für Wirt- schaftspolitik an der Universität Mainz (FIW)	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut; Mitglied des Wissenschaft- lichen Beirats beim Bundesmi- nisterium für Ver- kehr (1949-1971); Mitglied des For- schungsbeirats für Fragen der Wie- dervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Wese- mann	Hans Otto	BRD	Köln	Chefredakteur Deutsche Welle (1953-1961)		ASM	1957	1976 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1957; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1958**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Mitbegründer und Vorsitzender des Wissenschaftsrats	1951	
Dürr	Wolfgang	BRD	Düssel- dorf	Universitätspro- fessor			1957	1962
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter-Eucken- Institut; FIW; IWP; BMW	1950	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken- Institut; FIW	1951	1985 †
Flender	Alfred Fr.	BRD	Bocholt	Unternehmer		Vorsitzender ASU	1957	1962
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Hayek	Friedrich A.	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Marburg	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre / Leiter For- schungsstelle zum Vergleich wirt- schaftlicher Len- kungssysteme	Walter-Eucken- Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter-Eucken- Institut; SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter-Eucken- Institut; ASM	1949	1974 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter-Eucken-In- stituts		Walter-Eucken- Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Leiter des Institutes für Wirtschaftspolitik; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Walter-Eucken-Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen)		Walter-Eucken-Institut	1953	1979 †
Niehaus	Heinrich	BRD	Bonn	Universitätsprofessor; Institutsdirektor, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik (Agrarpolitik und Marktforschung), Univ. Bonn	Volkswirtschaftslehre (Agrarpolitik/Marktforschung)	ASM	1958	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut; ASM	1947	1961 (Hunold Affäre)
Rüstow	Alexan- der	BRD	Heidel- berg	Universitätspro- fessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaf- ten	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1962 (Hunold Affäre)
Schmöl- ders	Günter	BRD	Köln-Lin- denthal	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WiBei BMF (1950- 1975)	1953	1991 †
v. Dietze	Constan- tin	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter der Forschungsstelle der internationa- len Agarkonferenz	Agarwissenschaft und Außenhandel	Walter-Eucken- Institut; Präses der gesamtdeut- schen Synode der EKD	1956	1973 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †
Vogel	Otto A.H.	BRD	Gar- misch- Parten- kirchen	Unternehmer			1957	1962 (Hunold Affäre)

## LVIII

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätsprofessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr (1949-1971); Mitglied des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †
Wesemann	Hans Otto	BRD	Köln	Chefredakteur Deutsche Welle (1953-1961)		ASM	1957	1976 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1958; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.



**1959**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Vorsitzender des Wissenschaftsrats	1951	
Dürr	Wolfgang	BRD	Düssel- dorf	Universitätspro- fessor			1957	1962
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter-Eucken- Institut; FIW; IWP; BMWwi	1950	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken- Institut; FIW	1951	1985 †
Flender	Alfred Fr.	BRD	Bocholt	Unternehmer		Vorsitzender ASU	1957	1962
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Hayek	Friedrich A.	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Marburg	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre / Leiter For- schungsstelle zum Vergleich wirt- schaftlicher Len- kungssysteme	Walter-Eucken- Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter-Eucken- Institut; SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter-Eucken- Institut	1949	1974 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter-Eucken-In- stituts	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWI	Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Leiter des Institutes für Wirtschaftspolitik; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Walter-Eucken-Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWI	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen)		Walter-Eucken-Institut	1953	1979 †
Niehaus	Heinrich	BRD	Bonn	Universitätsprofessor; Institutsdirektor, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik (Agrarpolitik und Marktforschung), Univ. Bonn	Volkswirtschaftslehre (Agrarpolitik/Marktforschung)	ASM	1958	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeschichte	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; ASM	1947	1961
Rüstow	Alexander	BRD	Heidelberg	Universitätsprofessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1962
Schmölders	Günter	BRD	Köln-Lindenthal	Universitätsprofessor	Finanzwissenschaften	Verein für Socialpolitik; ASM; WiBei BMF (1950-1975)	1953	1991 †
v. Dietze	Constantin	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor; Leiter der Forschungsstelle der internationalen Agrarkonferenz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter-Eucken-Institut; Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD	1956	1973 †

## LXIV

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †
Vogel	Otto A.H.	BRD	Gar- misch- Parten- kirchen	Unternehmer			1957	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätsprofessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr (1949-1971); Mitglied des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †
Wesemann	Hans Otto	BRD	Köln	Chefredakteur Deutsche Welle (1953-1961)		ASM	1957	1976 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1959; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1960**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Vorsitzender des Wissenschaftsrats	1951	
Dürr	Wolfgang	BRD	Düssel- dorf	Universitätspro- fessor			1957	1962



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter-Eucken- Institut; FIW; IWP; BMW i	1950	1977 †
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken- Institut; FIW	1951	1985 †
Flender	Alfred Fr.	BRD	Bocholt	Unternehmer		Vorsitzender ASU	1957	1962
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Hayek	Friedrich A.	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Marburg	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre / Leiter For- schungsstelle zum Vergleich wirt- schaftlicher Len- kungssysteme	Walter-Eucken- Institut	1949	1975 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter-Eucken- Institut; SIA.	1947	1961

## LXVIII

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter-Eucken- Institut	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter-Eucken-In- stituts	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter-Eucken- Institut; ASM; WIBEL (1950- 1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Leiter des Institutes für Wirtschaftspolitik; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Walter-Eucken-Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen)		Walter-Eucken-Institut	1953	1979 †
Niehaus	Heinrich	BRD	Bonn	Universitätsprofessor; Institutsdirektor, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik (Agrarpolitik und Marktforschung), Univ. Bonn	Volkswirtschaftslehre (Agrarpolitik/Marktforschung)	ASM	1958	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeschichte	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; ASM	1947	1961
Rüstow	Alexander	BRD	Heidelberg	Universitätsprofessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1962
Schmölders	Günter	BRD	Köln-Lindenthal	Universitätsprofessor	Finanzwissenschaften	ASM; Verein für Socialpolitik; WiBei BMF (1950-1975)	1953	1991 †
v. Dietze	Constantin	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor; Leiter der Forschungsstelle der internationalen Agrarkonferenz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter-Eucken-Institut; Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD	1956	1973 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †
Vogel	Otto A.H.	BRD	Gar- misch- Parten- kirchen	Unternehmer			1957	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätsprofessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; Mitglied WiBei beim Bundesministerium für Verkehr (1949-1971); Mitglied des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †
Wesemann	Hans Otto	BRD	Köln	Chefredakteur Deutsche Welle (1953-1961)		ASM	1957	1976 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1960; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1961**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaf- ten/Kreise	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Vorsitzender des Wissenschafts- rats; Vorsitzender des Wissen- schaftl. Beirates der Fritz-Thyssen- Stiftung	1951	
Dürr	Wolfgang	BRD	Düssel- dorf	Universitätspro- fessor			1957	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter-Eucken- Institut; FIW; IWP; BMW i	1950	1977 †
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken- Institut; FIW	1951	1985 †
Flender	Alfred Fr.	BRD	Bocholt	Unternehmer		Vorsitzender ASU	1957	1962
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Frickhöf- fer	Wolfgang	BRD	Heidel- berg	Geschäftsführer ASM		ASM	1961	
Hayek	Friedrich A.	USA	Chicago	Universitätspro- fessor	Sozial- und Moral- wissenschaft	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Marburg	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre / Leiter For- schungsstelle zum Vergleich wirt- schaftlicher Len- kungssysteme	Walter-Eucken- Institut	1949	1975 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Hermens	Ferdinand A.	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Leiter Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Köln	Politikwissenschaft		1961	1998 †
Hunold	Albert	Schweiz	Zürich	Unternehmer		Walter-Eucken-Institut; SIA.	1947	1961
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter-Eucken-Institut	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor; Leiter des Walter-Eucken-Instituts	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut	1949	1993 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätsprofessor	Wirtschaftliche Staatswissenschaften	Walter-Eucken-Institut; ASM; WiBei (1950-1980)	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †
Müller-Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Leiter des Institutes für Wirtschaftspolitik; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Walter-Eucken-Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Muthesius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen)		Walter-Eucken-Institut	1953	1979 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Niehaus	Heinrich	BRD	Bonn	Universitätsprofessor; Rektor; Institutsdirektor, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik (Agrarpolitik und Marktforschung), Univ. Bonn	Volkswirtschaftslehre (Agrarpolitik/Marktforschung)	ASM	1958	1977 †
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätsprofessor	Wirtschaftsgeschichte	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1949	1987 †
Röpke	Wilhelm	Schweiz	Genf	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; ASM	1947	1961
Rüstow	Alexander	BRD	Heidelberg	Universitätsprofessor	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Walter-Eucken-Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1962

## LXXVIII

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Schmöl- ders	Günter	BRD	Köln-Lin- denthal	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WiBei BMF (1950- 1975)	1953	1991 †
Uter- mann	Wilhelm	BRD	Dort- mund	Hauptgeschäfts- führer der IHK Dortmund			1961	
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †
Vogel	Otto A. H.	BRD	Gar- misch- Parten- kirchen	Unternehmer			1957	1962

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
v. Dietze	Constantin	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor; Leiter der Forschungsstelle der internationalen Agrarkonferenz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter-Eucken-Institut; Präses der gesamtdeutschen Synode der EKD	1956	1973 †
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätsprofessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz	Volkswirtschaftslehre	Walter-Eucken-Institut; Mitglied des WiBei beim Bundesministerium für Verkehr (1949-1971); Mitglied des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †

LXXX

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Wese- mann	Hans Otto	BRD	Köln	Intendant Deut- sche Welle (1961- 1967)		ASM	1957	1976 †
Will- gerodt	Hans	BRD	Köln	Privatdozent Uni- versität	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	IWP	1961	2012 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1961; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

**1962**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätsprofessor; MDB CDU; Direktor des Universitätsinstituts für Wirtschaftsrecht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissenschaftliche Fakultät	Walter-Eucken-Institut; ASM; WiBei (1948-1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätsprofessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechtsphilosophie	Vorsitzender des WiBei der Fritz-Thyssen- Stiftung	1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirtschaftsminister		Walter-Eucken-Institut; FIW; IWP; BMWi	1950	1977 †
Eucken-Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter-Eucken-Institut; FIW	1951	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Frickhöf- fer	Wolfgang	BRD	Heidel- berg	Vorsitzender und Geschäftsführer ASM		ASM	1961	
Hayek	Friedrich A.	USA	Freiburg	Universitätspro- fessor	Wirtschaftspolitik	Walter-Eucken- Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Marburg	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre / Leiter For- schungsstelle zum Vergleich wirt- schaftlicher Len- kungssysteme	Walter-Eucken- Institut	1949	1975 †
Hermens	Ferdin- and A.	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Leiter For- schungsinstituts für Politische Wis- senschaft und Eu- ropäische Fragen Köln	Politikwissen- schaft		1961	1998 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter-Eucken- Institut	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätspro- fessor	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter des Walter-Eucken-In- stituts	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	Walter-Eucken- Institut; ASM; WiBei (1950- 1980);	1951	1980 †
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Leiter des Institutes für Wirtschaftspolitik; Kommissarischer Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi	Walter-Eucken-Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen)		Walter-Eucken-Institut	1953	1979 †
Niehaus	Heinrich	BRD	Bonn	Universitätsprofessor; Rektor; Institutsdirektor, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik (Agrarpolitik und Marktforschung), Univ. Bonn	Volkswirtschaftslehre (Agrarpolitik/Marktforschung)	ASM	1958	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter-Eucken- Institut; ASM; Verein für Social- politik	1949	1987 †
Schmöl- ders	Günter	BRD	Köln	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WiBei BMF (1950- 1975)	1953	1991 †
Uter- mann	Wilhelm	BRD	Dort- mund	Hauptgeschäfts- führer der IHK Dortmund			1961	
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
von Dietze	Constan- tin	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter der Forschungsstelle der internationa- len Agrarkonfer- renz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter-Eucken- Institut; Präses der gesamtdeut- schen Synode der EKD	1956	1973 †
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätspro- fessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsin- stituts für Wirt- schaftspolitik an der Universität Mainz	Volkswirtschafts- lehre	Walter-Eucken- Institut; Mitglied des WiBei beim Bundesministe- rium für Verkehr (1949-1971); Mit- glied des For- schungsbeirats für Fragen der Wie- dervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Wese- mann	Hans Otto	BRD	Köln	Intendant Deut- sche Welle (1961- 1967)		ASM	1957	1976 †
Will- gerodt	Hans	BRD	Köln	Privatdozent Uni- versität	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	IWP	1961	2012 †

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; IWP-Tätigkeitsberichte 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1962; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

LXXXVIII

**1963**

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Bauer	Walter	BRD	Fulda	Unternehmer			1950	
Böhm	Franz	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor; MDB CDU; Direktor des Uni- versitätsinstituts für Wirtschafts- recht	Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht, Rechtswissen- schaftliche Fakul- tät	Walter Eucken Institut; ASM; WiBei (1948- 1977)	1949	
Coing	Helmut	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Bürgerliches und Römisches Recht sowie zeitweise auch für Rechts- philosophie	Vorsitzender des WiBei der Fritz- Thyssen- Stiftung	1951	
Erhard	Ludwig	BRD	Bonn	Bundeswirt- schaftsminister		Walter Eucken Institut; FIW; IWP; BMW i	1950	1977 †
Eucken- Erdsiek	Edith	BRD	Freiburg	Schriftstellerin und Philosophin		Walter Eucken Institut; FIW	1951	1985 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Förster	Wolfgang	BRD	Berlin- Dahlem	Unternehmer			1957	
Frickhöf- fer	Wolfgang	BRD	Heidel- berg	Vorsitzender und Geschäftsführer ASM		ASM	1961	
Hayek	Friedrich A.	USA	Freiburg	Universitätsprof- fessor	Wirtschaftspolitik	Walter Eucken Institut; Verein für Socialpolitik	1947	1992 †
Hensel	Karl Paul	BRD	Marburg	Universitätsprof- fessor	Volkswirtschafts- lehre / Leiter For- schungsstelle zum Vergleich wirt- schaftlicher Len- kungssysteme / Dekan der Rechts- und staatswissen- schaftlichen Fa- kultät der Univer- sität Marburg (1963/64)	Walter Eucken Institut	1949	1975 †

XC

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Hermens	Ferdinand A.	BRD	Köln	Universitätsprofessor; Leiter Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Köln	Politikwissenschaft		1961	1998 †
Ilau	Hans	BRD	Frankfurt a.M.	Politiker		Walter Eucken Institut	1949	1974 †
Lutz	Friedrich A.	Schweiz	Zürich	Universitätsprofessor	Volkswirtschaftslehre	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Socialpolitik	1947	1974
Maier	Karl Friedrich	BRD	Freiburg	Universitätsprofessor; Leiter des Walter Eucken Instituts	Volkswirtschaftslehre	Walter Eucken Institut	1949	1993 †
Meyer	Fritz W.	BRD	Bonn	Universitätsprofessor	Wirtschaftliche Staatswissenschaften	Walter Eucken Institut; ASM; WiBei (1950-1980);	1951	1980 †



Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Mötteli	Carlo	Schweiz	Zürich	Journalist (NZZ)			1949	1985 †
Müller- Armack	Alfred	BRD	Köln	Universitätspro- fessor; Kommissa- rischer Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWi	Wirtschaftliche Staatswissen- schaften und Lei- ter des Institutes für Wirtschaftspo- litik; Kommissari- scher Leiter der Grundsatzabtei- lung des BMWi	Walter Eucken Institut; WiBei (1948-1966); IWP; BMWi	1949	1978 †
Muthe- sius	Volkmar	BRD	Frankfurt a.M.	Chefredakteur (Zeitschrift für das gesamte Kredit- wesen)		Walter Eucken Institut	1953	1979 †
Niehaus	Heinrich	BRD	Bonn	Universitätspro- fessor; Institutsdi- rektor, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik (Ag- rarpolitik und Marktforschung), Univ. Bonn	Volkswirtschafts- lehre (Agrarpoli- tik/Marktfor- schung)	ASM	1958	1977 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Pfister	Bernhard	BRD	München	Universitätspro- fessor	Wirtschaftsge- schichte	Walter Eucken Institut; ASM; Verein für Social- politik	1949	1987 †
Schmöl- ders	Günter	BRD	Köln	Universitätspro- fessor	Finanzwissen- schaften	Verein für Social- politik; ASM; WiBei BMF (1950- 1975)	1953	1991 †
Uter- mann	Wilhelm	BRD	Dort- mund	Hauptgeschäfts- führer der IHK Dortmund			1961	
Veit	Otto	BRD	Frankfurt a.M.	Universitätspro- fessor	Ordentlicher Pro- fessor für wirt- schaftliche Staats- wissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.	WiBei (1948-84); Verein für Social- politik	1949	1984 †

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
von Dietze	Constan- tin	BRD	Freiburg	Universitätspro- fessor; Leiter der Forschungsstelle der internationa- len Agrarkonfe- renz	Agrarwissenschaft und Außenhandel	Walter Eucken Institut; Präses der gesamtdeut- schen Synode der EKD	1956	1973 †
Welter	Erich	BRD	Mainz	Universitätspro- fessor; Gründer und Herausgeber FAZ; Gründer und Vorstandsmitglied des Forschungsin- stituts für Wirt- schaftspolitik an der Universität Mainz	Volkswirtschafts- lehre	Walter Eucken Institut; Mitglied des WiBei beim Bundesministe- rium für Verkehr (1949-1971); Mit- glied des For- schungsbeirats für Fragen der Wie- dervereinigung Deutschlands (1953-1975); FIW	1957	1982 †

## XCIV

Name	Vorname	Herkunft	Stadt	Beruf	Bei Professur Fachbereich	Mitgliedschaften	Eintritt MPS	Ende Mitglied- schaft
Wese- mann	Hans Otto	BRD	Köln	Intendant Deut- sche Welle (1961- 1967)		ASM	1957	1976 †
Will- gerodt	Hans	BRD	Köln	Universitätspro- fessor / Vertre- tung Alfred Müll- er-Armack	Professur für Wirtschaftliche Staatswissen- schaften	IWP		

Quellen: MPS-Mitgliederliste 1961; MPS-Mitgliederliste 1989; diverse private Korrespondenz zu MPS-Mitgliedschaft aus NL Röpke, NL Böhm, NL Rüstow, NL Müller-Armack; Jahresberichte des Walter Eucken Instituts, 1954-1963; Bericht über die Tätigkeit des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln im Jahre 1951, 1955, 1956/57, 1957/58; Becker 2011; Cockett 1995; Hartwell 1995; Hasse et al. 2002; Plickert 2008.

## Anhang 2a: Vorstandsmitglieder Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), 1953-1966 mit Hinweis auf MPS-Mitgliedschaft

Name, Vorname	Beruf	Zeitraum
Barthelmess, Heinrich	Kaufmännischer Leiter der Firma Peek & Cloppenburg; i. Hs. Breuninger K. G. a. A.; Unternehmensberater und Verleger	seit 1955
Blum, Wilhelm	Direktor der Frank'schen Eisenwerke	1953–1964
Böhm, Prof. Dr. Franz	Universitätsprofessor; Mitglied des Bundestages 1953–1965 (CDU)	1955–1959
Dresbach, Dr. August	IHK-Geschäftsführer, Mitglied des Bundestages 1949–1965 (CDU)	1955–1964
Frickhöffer, Wolfgang	Journalist; Dolmetscher; seit 1954 Geschäftsführer; seit 1955 geschäftsführendes Vorstandsmitglied, seit 1962 Vorstandsvorsitzender der ASM	seit 1955
Gütermann, Horst R.	geschäftsführender Teilhaber der Firma Gütermann & Co.	seit 1962
Hoch, Walter	Martin Hoch Druckerei und Verlagsgesellschaft	seit 1953
Kalbfleisch, Dr. G. W.	Rechtsanwalt und Notar	1953–1959
Lang, Dr. Johann	Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V.	1953–1961
Lautenbach, Otto	Publizist, Vorstandsvorsitzender der ASM 1953–1955	1953–1955
Meier-Lenoir, Dr. Alexander	Rechtsanwalt und Notar	1953–1961
Rüstow, Prof. Dr. Alexander	Universitätsprofessor; Vorstandsvorsitzender der ASM 1955–1962	1955–1962

## XCVI

Name, Vorname	Beruf	Zeit- raum
Schwab, Heinrich	Fa. Heinrich Schwab, Import	seit 1953
Winkler, Prof. Dr. Ernst	Universitätsprofessor	1953– 1954

(MPS-Mitglieder sind durch einen grauen Hintergrund gekennzeichnet.)

Quelle: Becker 2011, S. 98f.

## Anhang 2b: Beiratsmitglieder der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), 1953-1963 mit Hinweis auf MPS-Mitgliedschaft

Name, Vorname	Zeitraum Mitgliedschaft
Barthelmess, Heinrich	1953–1955
Böhm, Prof. Dr. Franz	seit 1953
Briefs, Prof. Dr. Götz	seit 1960
Diehl, Prof. Dr. Paul	1953–1955
Großmann, Walter	1953–1955
Ilau, Dr. Hans	1953–1954, 1955–1959
Lindenkohl, Adolf	1953–1955
Lutz, Prof. Dr. Friedrich A.	seit 1955
Meyer, Prof. Dr. Fritz W.	seit 1955
Mirbach, Dr. Oswald	1953–1955
Muthesius, Dr. Volkmar	1953–1955
Niehaus, Prof. Dr. Heinrich	seit 1955
Nipperdey, Prof. Dr. Hans Carl	seit 1955
Pfister, Prof. Dr. Bernhard	seit 1955
Priebe, Prof. Dr. Hermann	seit 1960
Reif, Prof. Dr. Hans	seit 1955
Reinhardt, Prof. Dr. Rudolf	seit 1960
Röpke, Prof. Dr. Wilhelm	1955–1966
Rüstow, Prof. Dr. Alexander	1953–1962
Schmölders, Prof. Dr. Günter	seit 1955
Schürer, Kar Kurt	1953–1964
Vogel, Dr. med. H. H.	1953–1955
Wesemann, Dr. Dr. h. c. Hans Otto	seit 1955

(MPS-Mitglieder sind durch einen grauen Hintergrund gekennzeichnet.).

Quelle: Becker 2011, S. 97f.

### Anhang 3: Herausgeber ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1948 – 1963.

Band	Jahr	Herausgeber	Unter Mitwirkung von
1	1948	Walter Eucken, Franz Böhm	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Friedrich A. Lutz, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
2	1949	Walter Eucken, Franz Böhm	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Friedrich A. Lutz, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
3	1950	Walter Eucken, Franz Böhm	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Friedrich A. Lutz, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
4	1951	Walter Eucken, Franz Böhm, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Friedrich A. Lutz, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
5	1953	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
6	1954	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
7	1955	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
8	1956	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow



<b>Band</b>	<b>Jahr</b>	<b>Herausgeber</b>	<b>Unter Mitwirkung von</b>
9	1957	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
10	1958	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
11	1959	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
12	1960	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
13	1962	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow
14	1963	Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer	Karl Brandt, Constantin von Dietze, F.A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow

Quelle: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1948 – 1963.

## **Anhang 4: MPS-Vorträge am Walter-Eucken-Institut mit Hinweis auf MPS-Mitgliedschaft**

### **Veranstaltungen 1954**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
1	v. Hayek, Friedrich A. Chicago	Progressiv- oder Proportionalsteuer?
2	Gregory , Sir Theodore E., Berater der Griechischen Notenbank, Athen	Erfolg oder Mißerfolg im Kampf gegen die Inflation
	Lutz, Friedrich A. , Zürich	Das Problem der wirtschaftlichen Voraussage

### **Veranstaltungen 1955**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
4	Röpke, Wilhelm Genf	Marktwirtschaft ist nicht genug
5	Villey, Daniel, Poitiers	Wirtschaftsliberalismus und katholisches Denken
6	v. Beckerath, Erwin, Bonn	Vom Einfluß der Nationalökonomie auf die Wirtschaftspolitik

### Veranstaltungen 1956

Nr.	Name des Referenten	Titel des Vortrags
7	Schiller, Karl, Hamburg	Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik
8	Conant, James B., Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik	Beziehungen zwischen Naturwissenschaft und Industrie
9	Polanyi, Michael, Manchester	Die Magie des Marxismus
10	Haberler, Gottfried, Harvard	Kritische Bemerkungen zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder
11	Lutz, Friedrich A., Zürich	Die Gefahr der chronischen Inflation
12	Förster, Wolfgang, Osteuropa-Institut an der FU Berlin	Das Problem des Ost-West-Handels
13	Achinger, Hans, Frankfurt a. M.	Ziele und Wege einer Reform der sozialen Leistungen
14	Schubnell, Hermann	Die Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Sowjetunion

### Veranstaltungen 1957

Nr.	Name des Referenten	Titel des Vortrags
15	Litt, Theodor, Bonn	Der Geist des Abendlandes und des Menschenbildes des Kommunismus
16	Schneider, Erich, Kiel	Das Problem der Beherrschung der Konjunktur in der Marktwirtschaft
17	Rasch, Harold, Frankfurt	Rechtspolitische Probleme der Unternehmenskonzentration

**Veranstaltungen 1958**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
18	Gocht, Rolf, Bonn	Der Gemeinsame Markt der dritten Länder
19	Böhm, Franz, Frankfurt	Der der Wettbewerbswirtschaft zugeordnete Staat
20	Kronstein, Heinrich, Frankfurt und Washington	Die Vertrauensfrage in der amerikanischen Wirtschaftskontrolle
21	Sternberger, Dolf, Heidelberg	Autorität, Freiheit und Befehlsgewalt
22	Machlup, Fritz, Baltimore	Der Wettstreit zwischen Makro- und Mikro-Theorien in der Nationalökonomie
23	Staiger, Emil, Zürich	Goethe und die Freiheit des Menschen

**Veranstaltungen 1959**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
24	v. Hayek, Friedrich A., Chicago	Der Nationalökonom und die Freiheit
25	Friedrich, Carl J., Harvard und Heidelberg	Was heißt Ideologie?
26	Briefs, Götz, Washington	Wirtschaftliches Verbandswesen und demokratischer Staat
27	Machlup, Fritz, Baltimore	Maximale Beschäftigungsrate, maximale Wachstumsrate und stabiles Preisniveau

**Veranstaltungen 1960**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
28	Eschenburg, Theodor Tübingen	Ämterpatronage
29	Strauss, Walter, Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Bonn	Aufgaben und Grundzüge der Aktienrechtsreform
30	Rau, Walter, Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, Bonn	Die Entwicklungsländer und die Bundesrepublik
31	Barnes, Irston R., Washington	Wirtschaftliche und politische Folgen der monopolistischen Preisbildung

**Veranstaltungen 1961**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
32	Mestmäcker, Ernst-Joachim, Saarbrücken	Grenzprobleme zwischen Kartellrecht und Nationalökonomie
33	Rüstow, Alexander, Heidelberg	Die Moral der Verbände
34	Hahn, Albert, Paris	Monetäre Integration
35	Wieacker, Franz, Göttingen	Europa und das Römische Recht
36	Mötteli, Carlo, Zürich	Die Soziale Marktwirtschaft zwischen Ost und West
37	Fellner, William J., New Haven	Erfahrungen mit der Lohninflation in den Vereinigten Staaten
38	Machlup, Fritz, Princeton	Pläne zur Reform des internationalen Geldwesens

**Veranstaltungen 1962**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
39	Sternberger, Dolf, Heidelberg	Die Entstehung der Massengesellschaft und der moderne Verfassungsstaat
40	von Mering, Otto Freiherr, Luzern	Inhärente Schwächen des älteren Liberalismus
41	Welzel, Hans, Bonn	Was bleibt vom Naturrecht?
42	Niehaus, Heinrich, Bonn	Agrarprobleme der EWG
43	Bernhard, Richard C. , University of California	Ökonomische Freiheit und Wettbewerbsrecht in Deutschland, England und den USA
44	Mann, Fritz Karl, Washington	Der Wechsel in der finanzpolitischen Problematik

**Veranstaltungen 1963**

<b>Nr.</b>	<b>Name des Referenten</b>	<b>Titel des Vortrags</b>
45	Günter, Eberhard, Präsident des Bundeskartellamtes, Berlin	Die politischen Grundlagen des EWG-Vertrages
46	Pfister, Bernhard, München	Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik - Illusionen und Aufgaben
47	v. Beckerath, Erwin, Bonn	Kritik an Marx
48	Hahn, Albert Paris	Die amerikanische Konjunkturpolitik und der Dollar
49	von Habsburg, Otto, Pöcking	Probleme der Entwicklungshilfe

(MPS-Mitglieder sind durch einen grauen Hintergrund gekennzeichnet.).

Quelle: Liste der Vorträge zwischen 1954 und 1963 auf der Homepage des Walter-Eucken Instituts: online verfügbar unter: <http://www.walter-eucken-institut.de/veranstaltungen/veranstaltungen-archiv/veranstaltungen-1954-2007/veranstaltungen-1954-1963.html>; zuletzt überprüft am 10.06.2013.

## Anhang 5: Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) 1948-1963

Name	von - bis
Professor Dr. Franz Böhm	1948 – 1977
Professor Dr. Walter Eucken	1948 – 1950
Professor Dr. Walther G. Hoffmann	1948 – 1969
Professor Dr. Wilhelm Kromphardt	1948 – 1977
Professor Dr. Adolf Lampe	1948
Professor Dr. Elisabeth Liefmann-Keil	1948 – 1975
Professor Dr. Alfred Müller-Armack	1948 – 1966
Professor Dr. Oswald v. Nell-Breuning	1948 – 1965
Professor Dr. Erik Nölting	1948
Professor Dr. Hans Peter	1948 – 1959
Professor Dr. Erich Preiser	1948 – 1967
Professor Dr. Ludwig Raiser	1948 – 1968
Professor Dr. Heinz Sauermann	1948 – 1981
Professor Dr. Karl Schiller	1948 – 1994
Professor Dr. Otto Veit	1948 – 1984
Professor Dr. Gerhard Weisser	1948 – 1989
Professor Dr. Theodor Wessels	1948 – 1972
Professor Dr. Erwin v. Beckerath	1948 – 1964
Professor Dr. Otto Heinrich v.d. Gablentz	1948 – 1950
Professor Dr. Woldemar Koch	1948 – 1983
Professor Dr. Leonhard Miksch	1949 – 1950
Professor Dr. Fritz W. Meyer	1950 – 1980

## CVI

<b>Name</b>	<b>von - bis</b>
Professor Dr. Walter Hallstein	1950 – 1958
Professor Dr. Hans Möller	1950 – 1996
Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb	1951 – 1952
Professor Dr. Fritz Neumark	1951 – 1984
Professor Dr. Helmut Meinhold	1952 – 1992
Professor Dr. Erich Gutenberg	1954 – 1966
Professor Dr. Gottfried Bombach	1959 – 1966
Professor Dr. Helmut Koch	1959 – 1965
Professor Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker	1960 – 2006
Professor Dr. Herbert Giersch	1960 - 2007

Quelle: Website des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/DE/Ministerium/beiraete,did=9360.html>; zuletzt überprüft am 10.06.2013